

HISTORISCH
POLITISCHE
MITTEILUNGEN

Archiv für
christlich-demokratische
Politik

1/1994

HISTORISCH POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für
christlich-demokratische Politik

Herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

1. Jahrgang
1994



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN
Archiv für christlich-demokratische Politik

1. Jahrgang 1994

Herausgeber:
Konrad-Adenauer-Stiftung

Schriftleitung:
Dr. Günter Buchstab
Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann
Dr. Felix Becker (Redaktion)

Anschrift von Schriftleitung und Redaktion:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Wissenschaftliche Dienste
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin bei Bonn
Tel. 02241 / 246 201
Fax 02241 / 246 490

Verlag:
Böhlau Verlag GmbH & Cie, Theodor-Heuss-Straße 76, D-51149 Köln

Die Zeitschrift HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN erscheint einmal jährlich mit einem Heftumfang von ca. 260 Seiten. Der Preis beträgt DM 38,-. Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

Copyright © 1994 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln
Alle Rechte vorbehalten

Einbandgestaltung: Stephanie Jancke, Köln
Satz: Richarz Publikations-Service, Sankt Augustin
Druck und Verarbeitung: Druckerei Plump KG, Rheinbreitbach

ISSN 0943-691X

Inhalt

Zum Geleit	V
<i>Rudolf Morsey:</i> Die Deutschlandpolitik Konrad Adenauers	1
<i>Günther Heydemann:</i> Deutschlandpolitische Neuansätze der 60er Jahre	15
<i>Christian Hacke:</i> Die deutschlandpolitischen Konzeptionen von CDU und CSU in der Oppositionszeit (1969-1982)	33
<i>Manfred Kittel:</i> Peripetie der Vergangenheitsbewältigung. Die Hakenkreuzschmie- rereien 1959/60 und das bundesdeutsche Verhältnis zum National- sozialismus	49
<i>Martin Rißmann:</i> Zur Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR	69
<i>Manfred Agethen:</i> Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost- CDU im Vorfeld der Wende. Der »Brief aus Weimar« und der »Brief aus Neuenhagen«	89
<i>Michael Richter:</i> Zur Entwicklung der Ost-CDU im Herbst 1989	115
<i>Winfried Becker:</i> Die europäische Einigung und die Unionsparteien. Von den Anfän- gen in der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart	135
<i>Jean-Dominique Durand:</i> Christliche Demokratie und europäische Integration	155

Reinhard Schreiner:

Die Europapolitik der CDU im Hinblick auf Frankreich und den
Mouvement Républicain Populaire (MRP) 1945-1966 183

Christiane Liermann:

Philosophie aus dem Geist des Christentums. Religion und Politik
bei Antonio Rosmini (1797-1855) 197

Günter Buchstab:

Parteiarchive in Europa I: Grundsätzliche Überlegungen 215

Udo Wengst:

Die CDU aus der Nähe betrachtet. Der Beitrag des Archivs für
Christlich-Demokratische Politik zur Geschichtsschreibung über die
Union 223

Reinhard Schreiner:

Organisationen und Zusammenschlüsse christlich-demokratischer
Parteien seit 1945. Eine Übersicht 241

Abstracts – Résumés des articles – Resúmenes –
Zusammenfassungen 253

Die Mitarbeiter dieses Bandes 269

Zum Geleit

Warum eine neue historische Zeitschrift? Die Antwort fällt leicht und schwer zugleich. Es ist evident, daß die historische Umbruchzeit, die wir seit dem Zerfall der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa und dem Ende der Teilung Deutschlands erleben, neue Orientierung erfordert: Die Deutschen ringen mit der Frage ihrer nationalen Identität, mit der Schwierigkeit, ihre innere Einheit wiederzufinden und die Rolle Deutschlands in der Welt zu bestimmen. Politische Kompaßpunkte und Zweckbestimmungen, die fast ein halbes Jahrhundert gültig waren, stimmen nicht mehr. Wertunsicherheit verbreitet sich. Zweifel an der politischen Kultur des freiheitlichen Rechts- und Sozialstaats kommen auf. Wie sieht Europa zukünftig aus?

Um in dieser Situation wieder festeren Boden zu gewinnen, um uns – genauer gesagt – darüber klar zu werden, was wir wollen und wohin wir gehen, brauchen wir Antworten auf die Frage, woher wir kommen; wir brauchen die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte. Es geht bei dieser neuen Zeitschrift also – zunächst und ganz allgemein – um Förderung des Geschichtsbewußtseins.

Der Geschichte in Wissenschaft und Unterricht wird sich in Zukunft verstärkt die Aufgabe stellen, das in der Nachkriegszeit im freien Teil Deutschlands Erreichte – Westorientierung, europäische Integration, demokratischer Grundkonsens, Rechtsstaatlichkeit, Etablierung von Volksparteien, innenpolitisches Gleichgewicht, Soziale Marktwirtschaft, um nur die wichtigsten Errungenschaften zu nennen – historisch zu vergegenwärtigen. Hier fällt der Christlichen Demokratie eine besondere Verantwortung zu. In der Abwehr gegen die modernen Totalitarismen entstanden und erstarkt, haben die christlich-demokratischen Bewegungen beim Aufbau der freiheitlichen demokratischen Nachkriegsordnung in Deutschland und Europa »Geschichte gemacht«. Diese Geschichte verdient es, mehr und konzentrierter als bisher in ihren Zusammenhängen und Entwicklungen untersucht und dargestellt zu werden. Dazu sollen die nun erstmals vorliegenden Historisch-Politischen Mitteilungen der Konrad-Adenauer-Stiftung beitragen. Als wissenschaftliches Organ des Archivs für Christlich-Demokratische Politik wollen sie ein Forum für historische Forschungen bieten, die die Entstehung und Entwicklung der christlich-demokratischen Parteien, ihre Bedeutung und Rolle im politischen und sozialen Leben und damit in Zusammenhang stehende Fragen zum Gegenstand haben. Zugleich soll dem geistigen

und politischen Kontinuitätszusammenhang zwischen neuester Geschichte und Zeitgeschichte Rechnung getragen werden. Dabei wird der inhaltliche Schwerpunkt auf die Gegenwart des politischen Denkens und Handelns und ihrer historischen Erklärung gelegt.

Die Zeitschrift ist für Forschungen offen, die die historisch-politische Dimension der Demokratie in Deutschland und Europa von der veränderten Gegenwart aus zu bestimmen suchen. Nur im pluralistischen Diskurs kann ein gemeinsames, von den Bürgern innerlich akzeptiertes Geschichtsbild entstehen. Als Politische Stiftung sieht sich die Konrad-Adenauer-Stiftung auf besondere Weise in diesen Diskurs einbezogen.

Dr. Gerd Langguth
Geschäftsführender Vorsitzender
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Deutschlandpolitik Konrad Adenauers

Von Rudolf Morsey

Mein Thema¹ ist seit dem 9. November 1989 einem Perspektivenwechsel unterworfen, wie ihn säkulare politische Umbrüche nach sich ziehen. Mit dem Übergang von der zweiten in die dritte deutsche Republik sind auch Teile der Literatur zur Deutschlandpolitik zu wissenschaftlichen Souvenirs geworden: einschlägige Publikationen jener Autoren, die den Wiedervereinigungswillen des Gründungskanzlers der Bundesrepublik Deutschland bezweifelt oder geleugnet, sein entsprechendes Postulat als »Wiedervereinigungsrhetorik« und »Lebenslüge« der Bundesrepublik bezeichnet haben.²

Erstaunlich dabei ist weniger die Tatsache als vielmehr die Selbstsicherheit, mit der manche dieser Autoren geradezu prophetisch verkündeten, das Ende der Ära Adenauer bezeichne die »endgültige Spaltung der Nation in zwei Staaten«; der Bau der Berliner Mauer habe die Teilung auf Dauer zementiert, kurz: der Übergang zur Zweistaatlichkeit Deutschlands sei irreversibel, wenn nicht sogar erwünscht. Inzwischen hat Jens Hacker entsprechende Spekulationen, Fehlprognosen und Wunschbilder von Wissenschaftlern, Publizisten und Politikern als »Deutsche Irrtümer« umfassend dokumentiert.³

An solche Irrtümer auch von Historikern zu erinnern, geschieht nicht aus nachträglicher Besserwisseri, sondern wegen des methodisch falschen Ansatzes zahlreicher Adenauer-Kritiker. Denn sie haben die Äußerungen des Bundeskanzlers über seine deutschlandpolitischen Zielsetzungen nicht ernstgenommen – im Unterschied zu deutschlandpolitischen Ansichten und

1 Es handelt sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrags im Rahmen einer Tagung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung über »Die Deutschlandpolitik der Unionsparteien vom Beginn der fünfziger Jahre bis zur deutschen Vereinigung« am 25. Juni 1992 in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin. Ausführlichere Belege finden sich in meiner Abhandlung über *Die Deutschlandpolitik Adenauers* (Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Vorträge G 308, Opladen 1991). Nachgewiesen werden Zitate und einige seit 1990 erschienene einschlägige Titel. Hervorgehoben sei die unserem Thema bedeutsamste Neuerscheinung: Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1991.

2 Das betrifft von Historikern u.a. Rolf Steininger, Josef Foschepoth und Wilfried Loth (teilweise noch in 1991/92 veröffentlichten Publikationen). Neuerdings heißt es: Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sei nicht etwa »wegen, sondern trotz« Adenauers Deutschlandpolitik erfolgt. So Josef FOSCHEPOTH in der *Frankfurter Rundschau* vom 13. Februar 1993 und Wilfried LOTH in *Das Parlament* vom 8. Mai 1992.

3 Untertitel: *Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin 1992.

Planspielen seiner Gegner – und deren Stellenwert verkannt. Dabei blieb nicht nur die große Zahl und die Konstanz einschlägiger Aussagen unberücksichtigt⁴, sondern auch deren politische Verbindlichkeit; denn Adenauer hat zweierlei erreicht: Er hat die Deutsche Frage vertragsrechtlich offengehalten und sogar die Westmächte auf die Mitbeteiligung zur Wiedervereinigung verpflichtet.

Bemerkenswert ist das Urteil des früheren Regierenden Bürgermeisters in West-Berlin und prominenten SPD-Politikers Klaus Schütz, der erste Bundeskanzler sei »kein Rheinbund-Politiker alten Stils gewesen«, wozu »einige ihn auch jetzt noch stilisieren, darunter so mancher Sozialdemokrat«.⁵ Damit widerspricht Schütz der Einschätzung Willy Brandts, wonach »der 'Alte vom Rhein' über weite Strecken anders geredet als gedacht« habe.⁶ Diese Annahme trifft, jedenfalls für Adenauers Deutschlandpolitik, nicht zu. Auch wäre eine solche Haltung über ein so langes Politikerleben hin – aus dem inzwischen genügend Äußerungen bekannt sind, die keineswegs für die Öffentlichkeit gedacht waren – nicht durchzuhalten gewesen.

Nach diesen Vorbemerkungen gilt es, zunächst die deutschlandpolitischen Wert- und Zielvorstellungen darzustellen, von denen der erste Bundeskanzler im Herbst 1949 ausgegangen ist.

Der damals 73jährige rheinische Christdemokrat besaß ein fest umrissenes Weltbild, bei dessen politischer Umsetzung er Grundsatztreue mit situationsgerechter Anpassung verband. Von allen nichtkommunistischen Politikern hatte er die radikalsten Konsequenzen aus der Niederlage des Reiches und aus der neuen weltpolitischen Konstellation gezogen. Seit 1945 hielt er angesichts der Polarisierung zwischen Ost und West Europa und Deutschland bereits für geteilt. Seine klassische Kurzformel dafür vom März 1946, »Asien steht an der Elbe«, umschrieb die »Grundtatsache«, die die europäische und deutsche Geschichte über mehr als vier Jahrzehnte hin bestimmen sollte. Angesichts dieser Wirklichkeit sah Adenauer »einstweilen« keine Möglichkeit für eine »Wiedervereinigung aller Zonen«. Die deutschen Ostgebiete hielt er, so am 11. Juni 1946, »bis auf weiteres« für verloren.

4 Vgl. Leo HAUPTS, »Adenauer und die deutsche Einheit«, in: *Geschichte in Köln*, H. 32 (1992), S. 16: »Wenn man die Deutschlandpolitik Adenauers beurteilen will, muß man die Kern-Aussagen wörtlich nehmen.« – Dazu vgl. jüngst Hans-Peter SCITWARZ, »Die Bedeutung Adenauers für die deutsche und europäische Geschichte«, in: *Nach-Denken. Über Konrad Adenauer und seine Politik*, hrsg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1993, S. 40: »Die von seinen Kritikern immer wieder vorgebrachte Behauptung, er habe zwar an offiziellen Wiedervereinigungspositionen festgehalten, im Herzen aber, wie oft behauptet wird, weder daran geglaubt noch dies erstrebt, verkennt in sehr unhistorischer Art und Weise, daß in der Politik letztlich allein das zählt, was ein Staatsmann völkerrechtlich und staatsrechtlich verbindlich äußert und vertraglich festklopfen läßt.«

5 *Logenplatz und Schleudersitz. Erinnerungen*, Berlin 1992, S. 229.

6 *Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 54.

Aus der von ihm ständig »fortgeschriebenen« Konstellationsanalyse der internationalen Kräfteverhältnisse zog Adenauer, damals Vorsitzender der CDU in der britischen Besatzungszone, drei Folgerungen: Erstens gelte es, die expansionistisch-totalitäre Sowjetunion durch einen Zusammenschluß Westeuropas an weiterem Vordringen zu hindern. Zweitens wollte er die Deutschen westlich des Eisernen Vorhangs so rasch wie möglich aus Ohnmacht und Isolierung herausgeführt wissen. Sie sollten sich an einer neuen, supranational ausgerichteten Zielsetzung orientieren. Diese lautete: politische, kulturelle und ökonomische Integration mit den Demokratien des Westens. Die damit verbundene geistige Neubesinnung sollte künftig jede Abkehr von einem Weg des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats verhindern. Drittens hielt es Adenauer, ebenfalls als Lehre der Geschichte, für notwendig, den vor 1933 zwischen Ost und West hin- und hergerissenen Deutschen die außenpolitische Entscheidungsfreiheit für einen Sonderweg abzunehmen. Das galt für die Möglichkeit einer »Schaukelpolitik« zwischen West und Ost, aber ebenso für die einer nationalstaatlichen Restauration.

Mit der Adenauer vorschwebenden »westeuropäischen Föderation« ließen sich gleichzeitig weitere Ziele erreichen: Damit konnte das Sicherheitsverlangen der Nachbarvölker befriedigt, eine Aussöhnung vor allem mit Frankreich in die Wege geleitet, eine Neuauflage der Konstellation von Versailles verhindert und schließlich ein Verzicht der westlichen Anliegerstaaten auf Annexionen erleichtert werden. Der Gedanke einer europäischen Einigung war zudem das Symbol historischen Fortschritts gegenüber der diskreditierten Nationalstaatsidee. Er bot den Besiegten, ohne deren Zutun, eine politisch und wirtschaftlich attraktive Perspektive, kompensierte Souveränitätseinbußen und begünstigte eigene Vorleistungen. Schließlich ließ sich »im Schutze der Fahne Europas« die »Last der deutschen Vergangenheit leichter abtragen«. ⁷

Adenauer ging davon aus (und hielt daran fest), daß die Freiheit der in den Westzonen lebenden drei Viertel der Deutschen einer etwaigen Einheit aller, aber in Unfreiheit, vorzuziehen sei. Für den Unionspolitiker, ebenso wie für den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, bildete die Bundesrepublik den deutschen Kernstaat. Dessen freiheitliches Verfassungsleben und wirtschaftliche Attraktivität (plus der Sogwirkung der europäischen Integration) mußten magnetische Anziehungskraft auf die Deutschen im kommunistischen Herrschaftsbereich ausüben.

Sie sollten durch Gewährung der Selbstbestimmung die Möglichkeit erhalten, über ihre politische Zukunft frei zu entscheiden. Der Rekurs auf dieses Grundrecht war nicht illusionär, denn die Menschenrechtskonvention der

⁷ Anneliese POPPINGA, *Konrad Adenauer*, Stuttgart 1975, S. 133.

Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 hatte auch Stalin unterzeichnet. Allerdings haben diejenigen Politiker und Historiker, die später dafür eingetreten sind, deutschlandpolitische »Angebote« des Moskauer Diktators ernst zu nehmen (»auszuloten«), nie verlangt, auch von der Sowjetunion die Menschenrechtsverpflichtung einzufordern.

Ein Überblick über die Deutschlandpolitik des ersten Bundeskanzlers muß von zwei Voraussetzungen ausgehen. Erstens: Die 1949 errichtete Bundesrepublik besaß nur eingeschränkte Handlungsfreiheit; über wesentliche Souveränitätsrechte wie Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik – durch Einbeziehung in den Marshall-Plan – verfügte die von den Hohen Kommissaren der drei Westmächte gebildete Alliierte Hohe Kommission. Diese Oberregierung auf dem Petersberg stützte sich auf die Besatzungstruppen ihrer Staaten und derjenigen, die mit ihnen in der NATO verbündet waren. Zweitens: Schon die Zielsetzung dieser gerade erst, im Mai 1949, gegründeten atlantischen Verteidigungsbündnis begrenzte den Handlungsspielraum der Bundesregierung. Adenauer war anfangs in der Tat, wenn man Schumachers Zwischenruf vom 25. November 1949 im Bundestag seiner polemischen Zuspitzung entkleidet, »der Bundeskanzler der Alliierten«. Er selbst verstand sich hingegen als Kanzler der Besiegten im deutschen Kernstaat.

Welches aber waren die Interessen der westlichen Siegermächte und besonders der USA? Das Hauptziel ihrer Stabilisierungspolitik in Europa bestand darin, jede weitere sowjetische Expansion zu verhindern, konkret: einen Verlust der Bundesrepublik an den Osten, aber ebenso die Neutralisierung eines vereinigten Vierzonen-Deutschlands, das sowjetischer Einflußnahme offenliegen würde. Die dauerhafteste Form, um den neuen Staat zu gewinnen und gleichzeitig dessen Ausgleich mit Frankreich herbeizuführen, war seine Integration in die westeuropäisch-atlantische Staatengemeinschaft; denn sie verschaffte den Westmächten Sicherheit vor Deutschland, schuf aber gleichzeitig Sicherheit für Deutschland.

Diese Zielsetzungen deckten sich mit denen Adenauers. Sein Nahziel war es, der noch ungefestigten Bundesrepublik durch Integration in die westliche Staaten- und Wertegemeinschaft dreierlei zu verschaffen: zunächst Sicherheit, dann Gleichberechtigung und schließlich Souveränität.

Eine derartige europäische Neudefinition deutscher Interessen war revolutionär. Sie bedeutete eine historische Achsendrehung nach Westen. Dabei gab es für den Bundeskanzler keinen Zielkonflikt zwischen einer – wie er es in seinen Memoiren umschrieben hat – »Politik für Europa oder aber einer Politik für die deutsche Einheit«. Oberstes Ziel war Frieden in Europa sowie die Freiheit und Sicherheit von drei Vierteln aller Deutschen in der Bundesrepublik, nicht aber die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unter Hammer und Sichel. Adenauer verband somit Westintegration und

Wiedervereinigung »in einer Politik der zwei Ziele«; dabei wies er dem Notwendigen und Erreichbaren Priorität zu.⁸

Andererseits erwartete der Bundeskanzler die Überwindung der Teilung nicht als automatische Folge der Westbindung. Sie allerdings galt als Voraussetzung, um die Bundesrepublik überhaupt – mit Hilfe der westlichen Bündnispartner – in künftige Verhandlungen über Deutschland einschalten zu können. Die Zeit dafür sah Adenauer jedoch erst – wie er unermüdlich wiederholte – nach einer Entspannung des Ost-West-Konflikts gekommen, der als Ursache der Teilung Deutschlands galt.

Dabei besaß er für sein Ziel, die Teilung Deutschlands zu überwinden, ungeachtet mancher apodiktischen und widersprüchlichen Äußerungen, weder einen Stufen- noch einen Zeitplan. Er vertraute vielmehr, aus dem Erfahrungsschatz eines langen Politikerlebens schöpfend, auf die Möglichkeiten geschichtlichen Wandels. 1876 geboren, hatte er den Glanz und den Untergang des Kaiserreichs erlebt, die Weimarer Republik und Hitlers Deutschland kommen und wieder verschwinden gesehen, genauso wie manche Staaten in Ost- und Ostmitteleuropa.

Noch im Herbst 1944 hatte er sich selbst zwei Monate lang in Gestapo-Haft befunden – davon überdies zehn Tage lang im gleichen Gefängnis in Brauweiler wie seine Frau, aber ohne voneinander zu wissen. Der Oberbürgermeister a.D. hatte bereits am 16. März 1945, noch sieben Wochen vor Kriegsende, die ersten Amerikaner, die ihn in Rhöndorf aufsuchten, verblüfft. Auf deren Frage nach seinen Plänen hatte er nämlich nicht etwa seine Mitarbeit beim Wiederaufbau der Trümmerwüste in Köln angeboten oder gar als selbstverständlich angesehen, sondern erklärt, er fühle sich vor allem dazu ausersehen, »das deutsche Volk von Grund auf zum Frieden zu erziehen«.⁹

1949 war auch für den ersten Regierungschef die Zukunft offen. Auch er konnte 1955, nach dem Erreichen der vertragsrechtlichen Westintegration einer nunmehr souveränen Bundesrepublik nicht voraussehen, wie sich die auch von ihm als unerlässlich betrachtete Entspannung des Ost-West-Konflikts auswirken würde: sie festigte zunächst – da ab diesem Zeitpunkt auch die Sowjetunion über atomare Waffen verfügte – den Zustand von 1945 in Europa.

8 Klaus GOTTO, »Die Sicherheits- und Deutschlandfrage in Adenauers Politik 1954/55«, in: *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung*, hrsg. von Bruno THOSS und Hans-Erich VOLK-MANN, Boppard 1988, S. 146.

9 Adenauer im Dritten Reich, bearb. von Hans Peter MENSING (Rhöndorfer Ausgabe, hrsg. von Rudolf MORSEY und Hans-Peter SCHWARZ), Berlin 1991, S. 334; Rudolf MORSEY, »Leben und Überleben, Konrad Adenauer im Dritten Reich«, in: *Geschichte im Westen* 7 (1992), S. 142.

Umso mehr hielt Adenauer daran fest, die Teilung Deutschlands nicht anzuerkennen. Dabei ging er vermutlich davon aus, daß die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße verloren seien. Gleichwohl hielt er am Menschenrecht auf Heimat fest und verstand die Grenzfrage als Verhandlungsgegenstand, wenn Moskau eines Tages freien Wahlen in ganz Deutschland zustimmen sollte.

Das Fundament für Adenauers Politik bildete weiterhin der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland aufgrund der These von der rechtlichen Identität mit dem Reich und wegen der alleinigen Legitimität des durch freie Wahlen konstituierten Kernstaats. Diese Treuhänderschaft wurde zunächst von allen demokratischen Parteien vertreten, von den Westmächten allerdings dahingehend eingeschränkt, daß die Bundesrepublik keine internationalen gesamtdeutschen Verpflichtungen eingehen durfte.¹⁰ Die vom SED-Regime beherrschte DDR galt weiterhin als »Ostzone« bzw. »Sowjetisch besetzte Zone« oder als »russische Kolonie«, wenn nicht gar als »Sowjetpreußen« (Herbert Wehner).

Adenauers Nahziel, die Westintegration der Bundesrepublik, schien mit dem Abschluß des Deutschlandvertrags Ende Mai 1952 erreicht: Mit diesem und dem von Frankreich angeregten, gleichzeitig abgeschlossenen Vertrag über die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wurden die bisherigen Besatzungsmächte zu Partnern. Die Bundesrepublik erhielt Sicherheit und wurde vertrags- und bündnisfähig.

Der Deutschlandvertrag verpflichtete die Unterzeichnerstaaten – auch in der revidierten Fassung vom 23. Oktober 1954 –, bis zum Abschluß einer »frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland« zusammenzuwirken, »um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist«.

Es war dies genau jene Formel, auf deren Grundlage 1990 die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zur Einheit Deutschlands geführt wurden: ein bemerkenswerter Beleg für die Bedeutung von Rechtspositionen in der internationalen Politik.

Im Deutschlandvertrag waren die Unterzeichnerstaaten weiterhin »darüber einig«, die Festlegung der Grenzen Deutschlands »bis zu einer friedensvertraglichen Regelung« aufzuschieben. Allerdings verpflichteten sich die Westmächte nicht, aktiv für die Rückgewinnung der Ostgebiete einzutreten. Schon das Bekenntnis zum Offenhalten der Grenzfrage war ihnen müh-

¹⁰ Werner LINK, »Deutsche Ostpolitik und Zuständigkeit der Alliierten«, in: *Großbritannien und Ostdeutschland seit 1918*, hrsg. von Adolf M. BIRKE u.a., München 1992, S. 109.

sam abgerungen worden.¹¹ Beiden Abkommen – Deutschland-Vertrag und Bildung der EVG – mußten noch die Parlamente der Unterzeichnerstaaten zustimmen.

Die Zuversicht des Bundeskanzlers, künftig mit Hilfe eines einigen und starken Westens über ein europäisches Konzept die Teilung Deutschlands überwinden zu können, löste leidenschaftliche Kontroversen aus. Sie erreichten einen Höhepunkt nach dem 10. März 1952, nachdem Stalin den drei Westmächten die Aufnahme von Verhandlungen angeboten hatte. Deren Ziel war ein Friedensvertrag mit einem neutralisierten und nach DDR-Muster »demokratisierten« Deutschland im Sinne der Potsdamer Beschlüsse von 1945 (ohne die Ostgebiete des Reiches und ohne Hinweis auf das Saarland).

Inzwischen ist unstrittig, daß 1952 die Westmächte aus »machtpolitischem Kalkül und nationalstaatlichem Eigeninteresse«¹² an der für sie vorteilhafteren Alternative festhielten: an der Westintegration der Bundesrepublik.¹³ Allerdings blieben sie darauf bedacht, Stalins Einheitslockungen so zu beantworten, daß ein Abbruch der diplomatischen »Notenschlacht« nicht an ihnen hängen blieb. Adenauer hat die Verbündeten darin bestärkt, zunächst die vertragliche Westintegration der Bundesrepublik unwiderruflich festzuschreiben und erst dann über die Bedingungen für eine Wiedervereinigung zu verhandeln.

Seine Zuversicht auf künftige erfolversprechende Verhandlungen mit Moskau beruhten auf folgendem Kalkül: Die östliche Großmacht könne und werde eines Tages – im Zuge einer globalen Entspannung – aus eigenem Interesse dazu bewogen werden, ihre Ziele und Positionen zu ändern: sei es aus politischer Schwäche oder infolge (rüstungs-)wirtschaftlicher Schwierigkeiten, sei es aus Rücksichtnahme auf Selbstständigkeitsbestrebungen in den Satellitenstaaten, sei es mit Blick auf eine künftige Bedrohung durch Rotchina.¹⁴

Der Bundeskanzler blieb davon überzeugt, mit der totalitären östlichen Diktatur nicht aus einer Position der Schwäche und Uneinigkeit des Westens verhandeln zu können. Er suchte vielmehr »durch eigene Stärke« ein

11 Vgl. Adenauers Verhandlungen mit den drei Hohen Kommissaren am 14. November 1951. *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland*, Band 1, bearb. von Frank-Lothar KROLL und Manfred NEBELIN, München 1989, S. 575f.

12 Andreas HILLGRUBER, »Die Forderung nach der deutschen Einheit im Spannungsfeld der Weltpolitik nach 1949«, in: *Einheit – Freiheit – Selbstbestimmung. Die Deutsche Frage im historischen Bewußtsein*, hrsg. von Karl-Ernst JEISMANN, Frankfurt 1988, S. 220.

13 Die Literatur zum Thema »Stalin-Note« ist inzwischen kaum mehr überschaubar. Zuletzt Gerhard WETTING, »Die Stalin-Note vom 10. März 1952 als geschichtswissenschaftliches Problem«, in: *Deutschland-Archiv* 25 (1992), S. 157ff.

14 Eine seiner letzten Äußerungen zu diesem Thema lautete am 13. August 1963: »Ich würde am liebsten haben, wenn die Russen und die Chinesen sich gegenseitig an den Hals kriegen.« Adenauer, *Teegespräche 1961-1963*, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1992, S. 428.

Verhandlungspartner zu werden, den auch der Kreml respektierte. Dabei ging er – auch wenn er ständig vor dem expansionistischen Bolschewismus warnte – davon aus, daß Moskau die angestrebte Herrschaft über ganz Westeuropa nicht durch einen Krieg zu erreichen suche. Ebenso blieb Adenauer davon überzeugt, daß die westlichen Freiheitsvorstellungen auf die Dauer unwiderstehliche Anziehungskraft auf die Menschen hinter dem Eisernen Vorhang entwickeln würden.

Seit 1953, nach Stalins Tod, schwächte sich der Ost-West-Gegensatz ab, unbeschadet der Niederschlagung des Volksaufstands in der DDR am 17. Juni 1953 durch die Rote Armee. Dieses Vorgehen bestätigte im übrigen Adenauers Sicherheitskonzept. Es erwies sich auch als tragfähig, als es in der Folge den Vier Mächten nicht gelang, sich über Deutschland zu verständigen. Umso schwerer war der Rückschlag für Adenauers Integrationspolitik, als Ende August 1954 das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft an der französischen Nationalversammlung scheiterte.

Dadurch allerdings wurde den Westmächten schlagartig bewußt, daß die Bundesrepublik auf andere Weise supranational integriert, also gebündigt werden mußte. Innerhalb weniger Wochen gelang der Abschluß eines revidierten Deutschlandvertrags. Er führte im Mai 1955 zur Souveränität der Bundesrepublik und, daran anschließend, zu ihrem Beitritt zur NATO, deren Verzicht auf militärpolitische Souveränität bedeutete. Auf der Gegenseite gliederte die Sowjetunion ihr »Faustpfand« DDR dem Warschauer Pakt ein.

Für Frankreichs Zustimmung zum Deutschlandvertrag hatte der Bundeskanzler Konzessionen für das Saargebiet zugestehen müssen, das seit 1946 von Deutschland getrennt war. Er erreichte jedoch, daß die französische Regierung in zwei Punkten nachgab: Sie akzeptierte, daß das von ihr geforderte »Saarstatut« – die Grundlage für eine Art europäisiertes Musterland – einer Volksabstimmung unterworfen wurde und daß sich als Voraussetzung für eine »Demokratisierung im Innern« pro-deutsche Parteien organisieren konnten.

Seit Mitte der fünfziger Jahre veränderte sich die Nachkriegskonstellation, schwächte sich der Ost-West-Gegensatz ab: Folge des schon erwähnten atomaren Gleichgewichts der beiden Supermächte. Deren vordringliches Interesse galt nunmehr bilateralen Verhandlungen über kontrollierte Abrüstung und ein europäisches Sicherheitssystem. Unter deren Schirm suchte die Sowjetunion die DDR international aufzuwerten.

Im Gefolge von Chruschtschows Koexistenz-Propaganda geriet die Deutsche Frage in den Sog einer Entspannungseuphorie. Nach dem Scheitern einer Gipfelkonferenz der Vier Mächte 1955 in Genf und dem einer anschließenden Deutschlandkonferenz ihrer Außenminister mußte die Bonner Deutschlandpolitik aus der Defensive operieren.

Bei seinem Staatsbesuch in Moskau im September 1955 gelang es Adenauer nicht, die kommunistischen Diktatoren von ihrer Fixierung auf die DDR abzubringen. Im Gegenteil: der Bundeskanzler mußte – als Gegenleistung für die Freilassung von fast 10 000 Kriegsgefangenen – der vom Kreml geforderten Aufnahme diplomatischer Beziehungen zustimmen. Die westlichen Bündnispartner waren über den von ihnen nicht erwarteten Bonner Kurswechsel zunächst überrascht, dann jedoch erleichtert. Künftig sahen sie eigene Initiativen zur Entspannung nicht mehr durch Rücksichtnahme auf deutsche Belange blockiert.

Adenauer war gezwungen, seine Deutschlandpolitik in einem gewandelten internationalen Umfeld neu zu vermessen. Die Politik im Zeichen der »Hallstein-Doktrin« vermochte die DDR erstaunlich lange international zu isolieren, verengte jedoch den außenpolitischen Spielraum. Andererseits wurde der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik durch die »Abstimmung mit den Füßen« in Form anhaltender Massenflucht aus der DDR (bis 1961: 2,7 Millionen) weiterhin legitimiert.

Angesichts der Stagnation in der Deutschlandpolitik gewann die Lösung des Saarproblems, das die deutsch-französische Verständigung so lange belastet hatte, Signalcharakter. Zwar verwarfen im Oktober 1955 67,7 % der Wähler an der Saar, entgegen Adenauers Votum, den ihnen zgedachten europäischen Sonderstatus. Die französische Regierung akzeptierte jedoch – und dies war eine Folge der inzwischen erreichten Aussöhnung zwischen Bonn und Paris – die freie Willensbekundung. Damit war das Tor für neue Verhandlungen geöffnet. Als deren Ergebnis konnte das Saarland Anfang 1957 in die Bundesrepublik eingegliedert werden. Diese »Wiedervereinigung im kleinen« (Hans-Peter Schwarz) – eine unmittelbare Folge praktizierten Selbstbestimmungsrechts – erhielt Modellcharakter für eine gesamtdeutsche Lösung.

Diese aber rückte keineswegs näher. Im Gegenteil: die neue globale Kräfteverteilung verstärkte Adenauers Besorgnis über ein – auch in der Doppelkrise vom Herbst 1956 (Suez, Ungarn) praktiziertes – weiteres Zurückweichen der Westalliierten gegenüber der Sowjetunion. Er befürchtete, daß sich die Welt an die Existenz der DDR gewöhnen werde. So suchte er weiterhin alles zu verhindern, was geeignet erschien, das Ulbricht-Regime international aufzuwerten. Gleichzeitig aber blieb der Bundeskanzler darauf bedacht, das Schicksal der davon betroffenen Deutschen zu erleichtern und sie aus ihrer »Sklaverei« zu befreien, wie er seit 1956 immer wieder formulierte.

Er wollte nicht die Bundesrepublik »auf den Altar der Versöhnung zwischen Ost und West geworfen« wissen, weil damit auch das Schicksal der Deutschen in der »Ostzone erledigt« sei (10. März 1956). Sein »Potsdam-Komplex« bestand in der Furcht, daß die Vier Mächte zur Sieger-Konstellati-

tion von 1945 zurückkehren und den status quo, also die Teilung, vertraglich festschreiben würden.

Dabei wuchs auch in der Bundesrepublik die Bereitschaft, auf östliche Forderungen einzugehen. So lautete auch ein Vorschlag des Bundestags vom 2. Juli 1958, ein Viermächte-Gremium zur »Lösung der Deutschen Frage« zu bilden, also nicht mehr, wie bisher, zur »Wiedervereinigung Deutschland«. (Eine »Lösung« konnte auch auf andere Weise erfolgen.) Damit griff diese einstimmig verabschiedete Entschließung, die Adenauer als »Aufweichung« der bisherigen Linie kritisierte, jene Formel auf, die die Sowjetunion seit 1955 benutzte, um die Anerkennung der DDR durchzusetzen.

Dieses Ziel suchte Chruschtschow seit Ende November 1958 mit Hilfe der provokativ ausgelösten zweiten Berlin-Krise zu erreichen, die gleichzeitig darauf ausgerichtet war, die Westmächte aus der Stadt zu verdrängen. Deren Regierungen ließen sich zum Entsetzen Adenauers – der aufgrund der neuen Konstellation seinen außenpolitischen Bewegungsspielraum verlor – auf Verhandlungen ein. Sie drängten zudem die Bundesregierung, sogar »in ziemlich massiver Weise« (22. Januar 1959), zu Entgegenkommen. Bei aller Bereitschaft dazu weigerte sich der Bundeskanzler jedoch, das Ulbricht-Regime (und damit die Teilung Deutschlands) anzuerkennen oder Vier-Mächte-Kompromissen auf Kosten Deutschlands zuzustimmen.

Allerdings konnte er nicht verhindern, daß an der Genfer Außenministerkonferenz vom Sommer 1959 erstmals auch »Berater« aus der DDR teilnahmen. Dort einigten sich die Vier Mächte darauf – entgegen Adenauers Drängen –, das Sonderproblem Berlin getrennt zu behandeln, also von dem der Wiedervereinigung Deutschlands und einer kontrollierten Abrüstung, als Voraussetzung globaler Entspannung, abzukoppeln. Die Westmächte hielten die akut gefährdete Freiheitssicherung für die West-Berliner für vordringlich. Damit gaben sie die bisherigen Bekundungen ihrer Verpflichtung preis, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.¹⁵

Das wurde seit 1961 noch deutlicher. Nach dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Kennedy gewann in Washington eine Defensivstrategie die Oberhand, das nukleare »Gleichgewicht des Schreckens« durch weitere Nachgiebigkeit gegenüber Moskau zu stabilisieren, und zwar auf Kosten Berlins. Am 25. Juli 1961 – angesichts einer dramatisch angestiegenen Fluchtbewegung aus der DDR – reduzierte Kennedy demonstrativ die Interessen der Westmächte auf die bekannten drei »Essentials«: freier Zugang nach und Präsenz der alliierten Truppen in Berlin, aber Freiheitssicherung nur für die West-Berliner.¹⁶

¹⁵ Aufgeführt bei Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987, S. 849.

¹⁶ Eine nur auf West-Berlin bezogene – aber wenig beachtete – Erklärung hatte bereits

Die Antwort Ulbrichts auf diese Respektierung der sowjetischen Einflußsphäre erfolgte drei Wochen später: der Bau der von den Diktatoren des Ostblocks genehmigten Berliner »Schandmauer«. Die Beton- und Stacheldrahtgrenze, bald auch quer durch Mitteldeutschland, stabilisierte, aber diskreditierte gleichzeitig auch das Regime des »real existierenden Sozialismus«.

Der 13. August 1961 bedeutete aber auch einen Rückschlag für die Deutschlandpolitik Adenauers, der nicht sofort die bedrohte Stadt aufsuchte, weil er befürchtete, dadurch die Krise noch zu verschärfen. Die Quittung erhielten die Unionsparteien sechs Wochen später bei der Bundestagswahl. Verluste der CDU schwächten die Stellung Adenauers. In den ihm noch verbleibenden zwei Kanzlerjahren erreichte er immerhin, allerdings nur mit enormem Druck, daß die Westmächte nicht weitere Konzessionen auf Kosten Berlins machten.

Deswegen unterstützte er vorübergehend auch, anders als 1959, die Verbündeten in deren Absicht, das akute Berlin-Problem zunächst gesondert zu lösen. Auf diese Weise sollte die sowjetische Verhandlungsbereitschaft über andere Fragen (Abrüstung) getestet und den Berlinern »mal wieder für zehn Jahre, wenn möglich, eine Hoffnung« gegeben werden, »damit die Stadt innerlich lebendig bleibt«. Unabhängig davon sondierte Adenauer erneut Möglichkeiten eines direkten Gesprächs mit Chruschtschow. Dabei betonte er, wie seit 1956 unentwegt, daß für ihn die »Frage der Zone und Berlins« nicht in erster Linie ein nationales, sondern ein menschliches Problem sei.

So war er für humanitäre Zugeständnisse des Ulbricht-Regimes, das Los der 17 Millionen Menschen zu erleichtern, bereit, einen politischen »Preis zu bezahlen«, d.h. – wie eine berüht gewordene Passage in einer Regierungserklärung vom 9. Oktober 1962 lautete –, »über vieles mit sich reden zu lassen«. Zu den Zwischen- bzw. »Übergangslösungen«, die Adenauer – unter dem Druck der bis 1962 anhaltenden Berlin-Krise – vorschwebten, zählte auch eine befristete Hinnahme der DDR-Existenz. Allerdings sollten über eine endgültige Lösung des Deutschland-Problems (einschließlich der Grenzfrage)¹⁷, und daran hielt er fest, später dann allein die Deutschen frei

das Kommuniké eines Gesprächs Adenauer mit Präsident Eisenhower am 15. März 1960 in Washington enthalten. *Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/A/1*, bearb. von Ernst DEUERLEIN und Günter HOLZWEISSIG, Frankfurt 1972, S. 514.

17 Dazu vgl. Lothar KETTENACKER, »Die Oder-Neiße-Linie als Faustpfand«, in: *Großbritannien und Ostdeutschland* (wie Anm. 10), S. 77: »Solange das politische Bewußtsein in Deutschland noch von der Kriegsgeneration geprägt war, konnte es sich keine frei gewählte deutsche Regierung erlauben, auf die ehemals deutschen Ostgebiete zu verzichten.« Am 9. November 1959 erklärte Adenauer im Bundesvorstand der CDU: »Man muß sich darüber klar sein ... daß keiner unserer Bundesgenossen ... einen Krieg anfangen wird wegen der Oder-Neiße-Linie.« ACDP VIII-001-008/3.

entscheiden. Dafür jedoch war Chruschtschow nicht zu gewinnen, der auf ein Sich-Abfinden mit dem status quo spekulierte.

Andererseits waren die Westmächte nicht bereit, Adenauers Drängen zu folgen und die ständig in Wirtschaftskrisen befindliche Sowjetunion durch ein gezieltes Handelsembargo »gegen den ganzen Ostblock« (Seeblockade, Röhrenembargo) an den Verhandlungstisch zu bringen.

Die verschiedenartigen Problemlösungsversuche der Jahre 1958-1962 (»Österreich-Lösung«, »Burgfriedensplan«, »GlobokePlan«, »Stillhalteabkommen«) belegen die realpolitische Flexibilität des vielfach als »doktrinär« und »starr«, als »Kalter Krieger« eingeschätzten, inzwischen 85jährigen Bundeskanzlers. Sie verdeutlichen aber auch dessen Dilemma angesichts der fortbestehenden Bedrohung Berlins: Selbst die inzwischen auch gegenüber Moskaus Satellitenstaaten defensive Deutschlandpolitik¹⁸ wurde von der Opposition wie von meinungsbildenden Medien nicht mehr unterstützt, noch weniger von den auf Entspannungskurs gegenüber Chruschtschow verharrenden Westmächten.

Am 8. Februar 1962 erläuterte Adenauer dieses Dilemma gegenüber einem amerikanischen Journalisten: »Sehen Sie mal, in welch verrückter Welt wir leben: Wenn Neger am Kongo oder im Inneren Afrikas so behandelt würden wie jetzt die Deutschen mitten in Europa, dann würde ein Aufstand in der Welt sein, die UNO würde Gott weiß was für ein Spektakel machen, und man brächte sich um. Aber an der Tatsache, daß nun mitten im Herzen Europas deutsche Menschen – 16 Millionen sind es jetzt noch – derartig schmachvoll behandelt werden, daran nimmt keiner mehr Anstoß.«¹⁹

Die Westmächte, die an ihren Positionen in (West-)Berlin festhielten, wollten nicht durch eine unkalkulierbare Neuordnung des europäischen Staatensystems in einen nuklearen Konflikt getrieben werden. Andererseits erreichten sie nicht, daß Adenauer darauf verzichtete, weiterhin das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk zu fordern. Insofern blieb dem ersten Bundeskanzler eine »Kapitulation vor der Realität« der Teilung (Hermann Graml) erspart. Er vermochte jedoch nicht, das Deutschlandproblem mit der europäischen Antwort für alle Deutschen zu lösen.

18 Die von Außenminister Heinrich von Brentano 1959 entwickelte und von Adenauer akzeptierte Idee eines deutsch-polnischen Gewaltverzichtsabkommens war innenpolitisch nicht durchsetzbar, weil daraus eine indirekte Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze abgeleitet worden wäre. Wilhelm G. GREWE, »Heinrich von Brentano«, in: *Geschichtsblätter Kreis Bergstraße* 23 (1990), S. 15. Brentano hatte 1956 öffentlich ausgesprochen, daß die deutsche Einheit nur um den Preis der ehemaligen Ostgebiete gewonnen werden könne. Daniel KOSTHORST, »Heinrich von Brentano (1904-1964)«, in: *Die Brentano*, hrsg. von Konrad FEILCHENFELD und Luciano ZAGARI, Tübingen 1992, S. 89.

19 *Teegespräche* (wie Anm. 14), S. 99. Die beiden folgenden Zitate ebd., S. 421, 459.

Am 13. August 1963 antwortete er auf die präzise Frage des deutsch-amerikanischen Historikers Klaus Epstein, ob die Wiedervereinigung seit 1949 »überhaupt je möglich gewesen« wäre, ebenso präzise: »nein«, fügte jedoch hinzu: »Aber wenn wir klug sind und Geduld haben, wird es eines Tages ... doch dazu kommen.« Und noch fünf Tage vor seinem Rücktritt erklärte er: »Ich möchte nur, daß endlich einmal Deutschland vereinigt würde und frei wäre.«

Niemand konnte die revolutionären Umwälzungen vom Herbst 1989 in Ost- und Ostmitteleuropa vorhersehen, auch nicht der erste Bundeskanzler. Dennoch hat er, im Unterschied zu zeitgenössischen wie späteren Kritikern seiner Wiedervereinigungspolitik, an zwei Voraussetzungen festgehalten: Die Deutsche Frage auf friedlichem Wege offen zu halten, ohne die Bindungen der Bundesrepublik an den Westen zu zerstören. Erst dann war im Rahmen einer europäischen Lösung, mit Hilfe der Westmächte, die Überwindung der Teilung anzustreben, aber nur, wenn auch Freiheit und Sicherheit ganz Deutschlands garantiert sein würden. Der Weg zu diesem Ziel sollte über das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen führen und dessen Ergebnisse dann, wie immer sie ausfallen würden, gültig sein.

In seiner letzten Rede auf einem Parteitag der CDU, am 21. März 1966 in Bonn, bezeichnete es Adenauer als »sehr schmerzlich«, daß es nicht gelungen sei, die Wiedervereinigung zu erreichen. Dann jedoch prophezeite der 90jährige Unionspolitiker: »Eines Tages wird auch Sowjetrußland einsehen, daß diese Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist.«

Inzwischen hat die deutschlandpolitische Zielsetzung des ersten Bundeskanzlers eine späte Rechtfertigung erfahren, hat sich der »Realist als Visionär« erwiesen.²⁰ Die Westintegration schloß die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit nicht aus²¹, und die »Magnettheorie« erwies sich als richtig. Adenauer wollte die Wiedervereinigung nur zu bestimmten Bedin-

20 Klaus GOTTO in *Die politische Meinung* Jg.35 (1990), H. 249, S. 8; DERS.: »Konrad Adenauer – Gedanken zum 25. Todestag«, in: *Die politische Meinung* Jg. 37 (1992), H. 269, S. 8.

21 Nach Hans-Peter SCHWARZ ist die »Erreichbarkeit des Adenauerschen Maximalkonzepts einer Wiedervereinigung« 1989/90 »empirisch verifiziert worden«, in: *Das Parlament*, 1. Mai 1992. Vgl. ferner Horst MÖLLER, »Die Politik Konrad Adenauers im Spannungsfeld von Westintegration und 'Deutscher Frage'«, in: *Nachdenken über Geschichte*, hrsg. von Hartmut BOOCKMANN und Kurt JÜRGENSEN, Neumünster 1991, S. 630f.

gungen, die, was bis 1967 schwerlich zu erwarten war, 1989 eingetreten sind. Die Geschichte hat den ersten Bundeskanzler »posthum zum Sieger erklärt«. ²² Und die Widmung seiner Memoiren (»Meinem Vaterland«) bezog sich nicht nur auf die »alte« Bundesrepublik Deutschland.

²² Claus JACOBI, *Fremde, Freunde, Feinde*, Berlin 1991, S. 175. – Ungewöhnlich prägnant hat der CDU-Abgeordnete Karl Theodor Frhr. zu Gutenberg am 31. Oktober 1962 den Zusammenhang von westlicher Integrations- und Wiedervereinigungspolitik in einem Privatbrief (als Antwort auf eine Zuschrift, in der dieser Zusammenhang bezweifelt worden war) so formuliert: »Ich will Ihnen einen Beweis dafür, daß die Europäische Einigung der deutschen Wiedervereinigung nicht im Wege steht, geben: Die deutsche Spaltung ist eine Folge des Kalten Krieges. Der Kalte Krieg ist der Ausdruck des sowjetischen Strebens nach Weltherrschaft. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist Freiheit, setzt also die Beendigung des Kalten Krieges voraus. Um den Kalten Krieg erfolgreich bestehen zu können, muß der Westen einig und stark sein. Alles, was daher das freie Deutschland zur Einigung und Stärkung des Westens tut, ist gleichzeitig wohlgetan für die deutsche Wiedervereinigung. Ergo: Europäische Einigungspolitik und deutsche Wiedervereinigungspolitik ist ein- und dieselbe Sache.« Kopie im Besitz des Verfassers.

Deutschlandpolitische Neuansätze der 60er Jahre

Von Günther Heydemann

In der Einleitung zu seinen *Erinnerungen* forderte Konrad Adenauer, »die Historiker ... müßten wenigstens den Versuch machen, auf dem Wege von Analogieschlüssen aus dem Geschehen unserer Zeit, sogar unserer Tage, zu erkennen, wohin der Lauf der Entwicklung wahrscheinlich gehen werde«¹. Dieses zweifellos beherzigenswerte Postulat dürfte gegenwärtig nicht nur die Historiker, sondern vielleicht auch die Politiker kleinmütig stimmen, angesichts des kaum vorhergesehenen, vielleicht nicht einmal vorhersehbaren Umbruchs, der sich in Osteuropa und nicht zuletzt im wiedervereinigten Deutschland vollzogen hat. Bei der gegenwärtig laufenden Ursachenforschung ist auch die Ost- und Deutschlandpolitik wieder ins Zentrum der Debatte gerückt, insbesondere die in der Tat ambivalente Frage, inwieweit sie tatsächlich zum Zusammenbruch spätstalinistischer Herrschaftsformen und zentral verwalteter Wirtschaftsordnungen beigetragen oder ob sie nicht vielmehr deren Existenz verlängert hat.

Gleichzeitig wird kritisiert, daß die Ostpolitik seit dem Ausgang der 70er Jahre zunehmend in Gefahr geraten sei, im unablässigen Bemühen um Entspannung den unauflöslichen Zusammenhang von Frieden und Freiheit aus den Augen zu verlieren. So habe die Tendenz bestanden, wie dies Dieter Haack formuliert hat, »dem Frieden alle anderen Ziele unterzuordnen.« Gerade in der Deutschlandpolitik »sei auf diese Weise das SED-Regime zum Friedenspartner hochstilisiert worden und habe im öffentlichen Bewußtsein nach und nach seinen Unrechtscharakter verloren«².

Diese aktuellen Fragen zeigen, daß die Ost- und Deutschlandpolitik nach wie vor in der politischen, publizistischen und zeitgeschichtlichen Diskussion große Beachtung findet, ein Sachverhalt, der die wissenschaftliche Forschung keineswegs erleichtert, hat sie sich doch häufig mit politischen Vereinseitigungen und historiographischen Vereinnahmungen auseinanderzusetzen, wobei sie in Gefahr gerät, selbst parteiisch zu werden. So kann dann der Eindruck entstehen, als sei die Integration der jungen Bundesrepublik in die Allianz der westlichen Staaten ausschließlich das Verdienst der CDU/CSU-bestimmten Regierungen, wohingegen die Ostverträge einzig und

1 Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1945-1953*, 2. Aufl. Stuttgart 1973, S. 13.

2 Dieter HAACK, »Wir haben das Unrecht verharmlost«, in: *Rheinischer Merkur* vom 27.3.1992, S. 3.

allein auf die Politik der SPD zurückzuführen seien. Ganz abgesehen davon, daß dabei die eigenständige Rolle der FDP als außenpolitischer Vordenker wie auch als beidseitiger Koalitionspartner übersehen wird,³ die von der Regierung Brandt/Scheel gegenüber Moskau, Ost-Berlin und den übrigen Ostblockstaaten konzipierte und praktizierte Ost- und Deutschlandpolitik wäre ohne die Politik des späten Adenauer, Erhards und der Großen Koalition nicht möglich gewesen.

Darüber hinaus wird man sich durchweg zu vergegenwärtigen haben, daß der Begriff Ostpolitik letztlich ein unscharfer Terminus bleibt, zumal Ostpolitik von ihrer innersten Motivation und Zielsetzung her immer auf Deutschland ausgerichtet war, was nicht heißt, daß sie durchweg Deutschlandpolitik gewesen sei. Ostpolitik hat sich vielmehr fortwährend auf drei Ebenen – mit entsprechenden Querverbindungen – bewegen müssen: Sie umfaßte die Beziehungen zur Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Staaten ebenso wie die innerdeutschen Beziehungen selbst. Diese Verflechtung darf nie aus den Augen verloren werden, wenn man die jeweils vorherrschenden Zielsetzungen und primären Interessen ausmachen will. Dieses Grundproblem wird spiegelbildlich deutlich an der Politik Ost-Berlins oder – wie man damals noch sagte – Pankows. Hat die SED gegenüber Bonn überhaupt Deutschlandpolitik betrieben? Oder, wenn vielleicht nicht Ostpolitik, so doch jedenfalls Westpolitik? Und war ihre angeblich permanente Interessenübereinstimmung mit Moskau wiederum Ostpolitik, Deutschlandpolitik oder nur Bündnispolitik?⁴

Wie auch immer, trotz der berechtigten Warnung vor der »Illusion des retrospektiven Herangehens« (Timothy Garton Ash) – aus der Rückschau drängt sich der Eindruck auf, daß die Herausbildung des Konzepts der Ost- und Deutschlandpolitik in den 60er Jahren ein viel organischerer, in gewisser Weise geradezu stringenter Prozeß gewesen ist, viel stringenter, als es die harten parteipolitischen und parlamentarischen Auseinandersetzungen jener Dekade (und späterer Tage) erscheinen lassen. Gleichzeitig wird man nicht übersehen können, wie sehr die Deutschlandpolitik der SED nicht nur fortwährend von der sowjetischen, sondern auch von der Bonner Ost- und Deutschlandpolitik abhängig blieb. Möglicherweise ist man sich am Rhein dieser unmittelbaren Interdependenz angesichts der durchweg antithetischen Politik der SED nicht immer völlig bewußt gewesen. Ohnehin bliebe der Versuch einer Darstellung und Analyse deutschlandpolitischer Neuansätze

3 Vgl. die kommentierte Quellenedition von Wolfgang BENZ, Günter PLUM, Werner RÖDER, *Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945*, Stuttgart und Bad Canstatt 1978.

4 Zur keineswegs konvergenten Politik der Sowjetunion und der DDR in der Deutschlandfrage vgl. Gerhard WETTIG, *Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschland-Frage 1965-1976. Einvernehmen und Konflikte im sozialistischen Lager*, 2. Aufl. Stuttgart 1977.

in den 60er Jahren, ohne einen Blick auf die Politik des Ulbricht-Regimes zu werfen, unvollständig.

Obwohl die Forschung schon Anfang der 70er Jahre nachgewiesen hat, daß Adenauers Deutschland- und Ostpolitik keineswegs von Inflexibilität und Immobilismus geprägt war, lebt dieses Verdikt noch immer fort.⁵ Die Vertreter dieser irrigen Ansicht übersehen, daß die ost- und deutschlandpolitischen Neuansätze seit Mitte der 60er Jahre ohne die zum Teil radikalen Alternativmodelle und Lösungsvorschläge nicht zu verstehen wären, die von Adenauer selbst und seinem Mitarbeiterkreis seit Frühjahr 1958 erwogen und mit den westlichen Verbündeten, aber auch mit der Sowjetunion ventiliert wurden. Die sogenannte »Österreich-Lösung« (März 1958), der »Globke Plan« in seinen zwei Fassungen (Januar 1959 und November 1960), der »Burgfriedensplan« und das »Stillhalteabkommen« von 1962/63 nehmen in der einen oder anderen Weise Elemente der späteren Ostpolitik vorweg. Zugleich waren sie Ausdruck und Konsequenz der seit 1957 grundlegend veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen: Mit dem erfolgreichen Test von Interkontinentalraketen war es der Sowjetunion erstmals gelungen, mit den USA gleichzuziehen und das amerikanische Territorium einer permanenten atomaren Bedrohung auszusetzen. Die jetzt erreichte nukleare und militärtechnische Parität beraubte Washington der Möglichkeit, weiter von einer Position relativer militärischer Überlegenheit aus zu handeln. Entsprechend rückten in der amerikanischen Politik nun zunehmend Entspannungsbemühungen in den Vordergrund.⁶ Die einschneidenden Folgen für das geteilte Deutschland und die Deutschlandpolitik Bonns bestanden darin, daß die USA künftig atomarer Rüstungskontrolle und dem Abbau von Spannungen den Vorzug gegenüber der bisher verfolgten Mithilfe zur Wiedervereinigung geben würden. Als Zwischenlösung gedacht, entsprang die »Österreich-Lösung«⁷ Adenauers Einschätzung: »Die Wiedervereinigung

⁵ Siehe hierzu die fundierte Zurückweisung dieser ebenso undifferenzierten wie unhistorischen Kritik in dem prägnanten Überblick von Rudolf MORSEY, »Die Deutschlandpolitik Adenauers«, in: Alexander FISCHER (Hg.), *Vierzig Jahre Deutschland-Politik im internationalen Kräftefeld*, Köln 1989, S. 16-31, passim.

⁶ Hierzu i.e. Ernst-Otto CZEMPIEL: »Auf der Suche nach neuen Wegen: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen 1961-1969«, in: Wolfgang Uwe FRIEDRICH (Hg.), *Die USA und die Deutsche Frage 1945-1990*, Frankfurt/M. und New York 1991, S. 167-193 (zu den neuen Parametern der internationalen Politik seit 1957). Zur Entwicklung der Deutschlandpolitik, die seither auf die Entspannungspolitik der USA und dann auch der Sowjetunion zu reagieren hatte, vgl. jetzt Peter SIEBENMORGEN, *Zeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik*, Bonn 1990.

⁷ Zur »Österreich-Lösung« siehe zunächst Klaus GOTTO, Hans MAIER, Rudolf MORSEY, Hans-Peter SCHWARZ, *Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945-1963*, München 1975, S. 168 ff. und S. 203-211; weiterhin Heinrich KRONE, »Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954-1969«, in: Rudolf MORSEY und Konrad REPGEN (Hg.), *Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie (Adenauer-Studien, Bd.3)*, Mainz

würde nicht von heute auf morgen herbeigeführt werden können, es würden viele Jahre darüber vergehen.«⁸ Vergleichbar mit der für Österreich 1955 erzielten Lösung sollte die DDR einen militärischen Neutralitätsstatus erhalten, den Menschen in der DDR sollten mehr Freiheitsrechte eingeräumt werden. Die Bundesrepublik sollte dafür mittelfristig auf die Wiedervereinigung verzichten, um so sowjetische Befürchtungen gegenüber einem wiedervereinten, militärisch starken Deutschland zu reduzieren. Eine solche partielle Lösung hätte das Deutschlandproblem überdies aus den von Moskau und Washington gewünschten Bemühungen um Abrüstung und Entspannung herausgelöst; der permanente Junktim-Charakter der Deutschen Frage wäre auf diese Weise eskamotiert worden und die Deutschlandpolitik hätte an Eigeninitiative gewinnen können.

Die sowjetische Führung ging jedoch auf diesen Plan nicht ein, sondern setzte im Vertrauen auf die erreichte Stärke im Spätherbst 1958 mit dem Berlin-Ultimatum an der exponiertesten und zugleich verwundbarsten Stelle des westlichen Bündnisses an, um dessen Tragfähigkeit auf die Probe zu stellen.⁹ Mit der Forderung Chruschtschows, binnen sechs Monaten Verhandlungen über die Gewährung des Status einer entmilitarisierten Freien Stadt West-Berlin aufzunehmen, was gleichzeitig die Schaffung dreier staatlicher Gebilde auf deutschem Boden nach sich gezogen hätte, drohte die Sowjetunion, den Vier-Mächte-Status Berlins aufzukündigen und alle Befugnisse, die ihr aufgrund interalliierten Abkommen für die Zugänge nach Berlin zustanden, an die DDR zu übertragen. Eigentliche Absicht Moskaus war es, die Westmächte dazu zu bringen, über ihre Zugangsrechte nach Berlin mit der DDR verhandeln zu müssen, um auf diese Weise deren völkerrechtliche Anerkennung wenigstens de facto durchzusetzen.

An verschiedenen amerikanischen Reaktionen zeigte sich bald, daß zwischen der Deutschlandpolitik Bonns und Washingtons erstmals ein unübersehbarer Interessenkonflikt zutage trat: Zwar gab es völlige Übereinstimmung in dem Ziel, die Freiheit West-Berlins zu sichern, doch die zweite Bonner Maxime, daß diese Absicherung keinesfalls zu Lasten der Wiedervereinigung gehen dürfe, wurde von den USA erstmals nicht mehr geteilt. Für sie stand im Vordergrund, eine dauerhafte Bestätigung ihrer Rechte zumindest in West-Berlin zu erhalten, weil damit ein permanenter

1974, S. 157; sowie Hans-Peter SCHWARZ: »Die deutschlandpolitischen Vorstellungen Konrad Adenauers 1955-1958«, in: ders. (Hg.), *Entspannung und Wiedervereinigung* (Rhöndorfer Gespräche, Bd.2). Stuttgart und Zürich 1979, S. 7-40 passim; und Helga HAFTENDORN, *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982*, Baden-Baden 1983, S. 116-112.

⁸ Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1955-1959*, Stuttgart 1967, S. 366.

⁹ Zur zweiten Berlinkrise vgl. die prägnante Zusammenfassung bei Hans BUCHHEIM, *Deutschlandpolitik 1949-1972. Der politisch-diplomatische Prozeß*, Stuttgart 1984, S. 87-92.

Krisenherd entschärft werden konnte, der sie ebenso permanent in einen internationalen Konflikt zu involvieren drohte. Der Schock über die Erkenntnis, daß die Amerikaner, aber auch die Briten ihre bisherige, mit Bonn gemeinsam getragene, gesamtdeutsche Zielsetzung, wie im Deutschlandvertrag niedergelegt und in der Berliner 12-Punkte-Erklärung vom Vorjahr noch einmal bestätigt, aufzugeben im Begriff waren, saß tief. Künftig nahm die Zielsetzung Wiedervereinigung bei den Anglo-Amerikanern nur noch einen sekundären Stellenwert ein. Mochte die weitere Behandlung der Berlin- und Deutschland-Problematik während der Genfer Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1959 auch keiner weiteren Lösung zugeführt werden, für Bonn entstand jetzt akuter Handlungsbedarf – und zwar in doppeltem Sinne: Man mußte auf die neue Prioritätensetzung antworten und gleichzeitig der amerikanisch-britischen Forderung nach Flexibilität in der Deutschlandfrage nachkommen.¹⁰ Das schlug sich in weiteren bemerkenswerten Plänen und Entwürfen nieder, in denen zum Teil nicht einmal vor den Grundpfeilern der bisherigen Deutschlandpolitik, dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland und der Nicht-Anerkennung der DDR, halt gemacht wurde.¹¹

Im unmittelbaren Anschluß an Chruschtschows Berlin-Ultimatum kam der »Globke-Plan«¹² den Forderungen der Sowjetunion weit entgegen: Für Gesamt-Berlin war der Status einer entmilitarisierten Freien Stadt unter Aufsicht der UNO vorgesehen; die beiden deutschen Staaten sollten sich – ausgehend vom territorialen status quo – gegenseitig anerkennen und innerhalb eines halben Jahres volle diplomatische Beziehungen aufnehmen. Nach Ablauf von fünf Jahren sollten sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR Volksabstimmungen über die Wiedervereinigung stattfinden. Deutschland werde »wiedervereinigt, wenn sich sowohl in der Bundesrepublik Deutschland wie in der Deutschen Demokratischen Republik die Mehrheit der Abstimmenden für die Wiedervereinigung ausspricht. Wird diese Mehrheit in einem der beiden Staaten nicht erreicht, so bleiben sie getrennte souveräne Staaten.«¹³ Im ersten Fall würde Berlin Hauptstadt werden, im zweiten Fall sollten die Berliner mehrheitlich entscheiden können, ob sie Freie Stadt bleiben wollten oder sich einem der beiden deutschen Staaten anschließen würden. Damit entschied das souveräne Volk, wenn

10 Vgl. GOTTO u.a. (zit. Anm. 7) S. 214 ff.

11 Sie bildeten »die rechtlichen und politischen Pfeiler der Deutschlandpolitik der siebziger Jahre«, so Christian HACKE: »Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland«, in: Werner WEIDENFELD und Hartmut ZIMMERMANN (Hg.), *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989*, Bonn 1989, S. 535-550, Zitat S. 537.

12 Text der beiden Entwürfe in MORSEY/REPGEN (zit. Anm. 7) S. 202-209.

13 MORSEY/REPGEN (zit. Anm. 7) S. 202 (erste Fassung Anfang 1959).

auch getrennt in zwei Staaten, über die Wiedervereinigung in Wahrnehmung seines Rechtes auf Selbstbestimmung.¹⁴

Der »Burgfriedensplan« vom Juni und das »Stillhalteabkommen«¹⁵ vom November 1962 standen bereits im Zeichen des Mauerbaus. Für einen Zeitraum von zehn Jahren sollte die Deutsche Frage aus der Weltpolitik herausgehalten werden, ein Vorschlag, der jeweils der sowjetischen wie der amerikanischen Seite unterbreitet wurde. Auf diese Weise sollten, unbelastet vom deutschen Dauerproblem, internationale Bemühungen um Entspannung und Abrüstung ermöglicht werden, bis ein günstiger Zeitpunkt gekommen wäre, die Deutsche Frage erneut aufzurollen und gegebenenfalls der Wiedervereinigung näher zu bringen.

Allein die quantitative Häufung dieser Pläne belegt, wie sehr die Deutschlandpolitik während der Berliner Doppelkrise von 1958 und 1961 unter Handlungszwang geraten war – eine Folge wiederholter und sich verschärfender sowjetischer Pressionen, eine Folge aber auch notwendig gewordener Anpassung an amerikanische Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen.¹⁶ Zugleich gingen diese Pläne an äußerste Grenzen, indem sie sakrosankte, aber eben auch rechtstaatlich und moralisch wohl begründete Grundsätze wie den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und die Nichtanerkennung der DDR aufgaben, Entscheidungen, die zu diesem Zeitpunkt wohl schwerlich innenpolitisch und innerparteilich durchzusetzen gewesen wären. Aber war es schon höchst fraglich, ob die Deutsche Frage als Element des Kalten Krieges überhaupt aus den sich verhärtenden internationalen Beziehungen herausgehalten werden könnte – neben Kuba 1962 war es eben Berlin, das eine an den Rand des atomaren Krieges führende Weltkrise verursacht hatte –, so schien es doch illusorisch, daß sich die Sowjetunion und ihre Vasallen in Ost-Berlin jemals auf eine Abstimmung der unter ihrer Herrschaft lebenden Deutschen über die Wiedervereinigung einlassen würden: Der Ausgang einer solchen Abstimmung war ziemlich gewiß! Schon die sprunghaft steigenden Zahlen jener, die seit Herbst 1959 Monat für Monat die DDR durch die noch offene Tür Berlin verließen,¹⁷ zeigte, wie das Ergebnis gelautet hätte: Machtverlust für die Sowjetunion und Untergang des SED-Regimes. Darüber hinaus bestanden alle Pläne darauf,

14 Umfassende Beurteilung des »Globke-Planes« bei GOTTO u.a. (zit. Anm. 7) S. 224 ff. sowie bei BUCHHEIM (zit. Anm. 9) S. 100-102.

15 Hierzu erneut GOTTO u.a. (zit. Anm. 7) S. 225 ff. und BUCHHEIM (zit. Anm. 9) S. 102-104. Zu Recht wird in beiden Analysen der Zusammenhang zwischen »Österreich-Lösung« und »Globke-Plan« betont.

16 Siehe die komparative Beurteilung dieser Pläne bei Werner LINK, »Neuanstöße in der Deutschlandpolitik 1961-1973«, in: FISCHER (zit. Anm. 5) S. 32-41, hier S. 34.

17 Im Jahre 1959 hatten 143 000, 1960 199 000 und allein im April 1961 30 000 Flüchtlinge die DDR via Berlin verlassen, vgl. Hermann WEBER, *Die DDR 1945-1986* (Grundriß der Geschichte, Bd. 20). München 1988, S. 53.

daß den Deutschen in der DDR erheblich mehr Freiheitsrechte zugestanden würden, kurz – ein grundlegender Wandel der Verhältnisse in der DDR blieb die Grundvoraussetzung, in keinem Fall wurde jedoch, wenn auch rechtlich und moralisch erneut durchaus verständlich, die dort bestehende Lage akzeptiert.¹⁸

Der eigentliche Schritt hin zur Konzipierung der späteren Ostpolitik bestand aber gerade in der tatsächlichen Akzeptanz dieser Situation, drastisch vor Augen geführt durch den Bau der Berliner Mauer, dem trotz aller Unmenschlichkeit – zumindest aus östlicher Sicht – eine Logik innewohnte. Die Wiedervereinigung und jede darauf abzielende Politik schien jetzt nicht nur auf eine ferne Zukunft verschoben, sondern gänzlich aufgehoben zu sein. Kaum weniger deprimierend mußte die in der Öffentlichkeit unverständliche, gleichwohl realistische Haltung der USA sein: Den sogenannten drei »Essentials«¹⁹ folgend, beschränkten sich die Amerikaner auf die Sicherung der Präsenz der Westmächte in West-Berlin, den Schutz des Zuganges dorthin und die Freiheit der West-Berliner, ansonsten blieben alle weiteren deutschlandpolitischen Interessen buchstäblich vor der Mauer liegen. Der tiefen Enttäuschung vieler Deutscher über die amerikanische Schutzmacht schloß sich die Auffassung an, die eigene Deutschlandpolitik habe durch Immobilismus und Inflexibilität versagt, ein Eindruck, den die von der Sache her notwendige, auf höchste Regierungskreise beschränkte Arkan-Diplomatie Adenauers zwangsläufig hervorrufen mußte, obwohl dies keineswegs den Tatsachen entsprach. Wilhelm G. Grewe hat auf diese psychologische Rezeption der Adenauerschen Deutschlandpolitik, der in den nächsten Jahren entscheidendes politisches Gewicht zuwachsen sollte, hingewiesen: »Man stößt hier auf eine gewisse Antinomie der Adenauerschen Deutschlandpolitik, die im Laufe der Jahre immer schwerer zu verkraften war, nämlich auf die Diskrepanz zwischen der Flexibilität und der taktischen Anpassungsfähigkeit des pragmatischen Politikers Adenauer und seiner verbal konsequent aufrechterhaltenen Politik eines deutschlandpolitischen Maximalprogramms mit freien Wahlen, Nichtanerkennung der

18 Der sowjetische Standpunkt in dieser Hinsicht kommt in dem Brief Ministerpräsident Bulganins an Bundeskanzler Adenauer vom 18. März 1957 unmißverständlich zum Ausdruck: »Wir bedauern sehr, daß es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin nicht für möglich erachtet, zu einer realistischen und vorurteilsfreien Einschätzung der Lage zu gelangen, die dadurch entstanden ist, daß nun bereits mehr als sieben Jahre zwei souveräne deutsche Staaten existieren, von denen jeder seine eigene Verfassung, sein Parlament und seine Regierung hat. Es ist leicht einzusehen, daß die deutsche Demokratische Republik nicht geneigt ist, sich mit einer Ausdehnung der in der Bundesrepublik Deutschland herrschenden Ordnung auf ihr Staatsgebiet einverstanden zu erklären. Denn auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt ja, daß sie nicht damit einverstanden sei, daß die in der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Bundesrepublik übertragen werden«; ADENAUER (*Erinnerungen 1955-1959*, zit. Anm. 8) S. 358 f.

19 Vgl. BUCHHEIM (zit. Anm. 9) S. 107.

DDR, Verknüpfung von europäischer Sicherheit und Wiedervereinigung, Aufschiebung der Grenzregelung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung. Diese Diskrepanz beeinträchtigte in einem gewissen Umfang die Glaubwürdigkeit seiner Deutschlandpolitik in den Augen einer Bevölkerung, die sich in bezug auf die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung immer noch Illusionen machte.«²⁰

Es entbehrte daher nicht der politischen – und wie wir aus heutiger Rückschau feststellen müssen – der historischen Konsequenz, daß sich gerade in Berlin, in der von tagtäglicher Abschnürung bedrohten Stadt, die Konzipierung und Ausformulierung jener Politik entwickeln sollte, die man später mit dem vereinfachenden Etikett Ostpolitik versehen hat.²¹ Hier wurde zwischen Sommer 1961 und Sommer 1963 jener entscheidende Schritt zur Anerkennung des Status quo vollzogen, der sich seit 1945 in Deutschland herausgebildet und eben erst seine schmerzvollste Ausprägung erfahren hatte. Die Erkenntnis der Gruppe um den Regierenden Bürgermeister Brandt bestand darin, daß »die Politik des alles oder nichts« chancenlos war. »Entweder freie Wahlen oder gar nicht, entweder gesamtdeutsche Entscheidungsfreiheit oder ein hartes Nein, entweder Wahlen als erster Schritt oder Ablehnung, das alles ist nicht nur hoffnungslos antiquiert und unwirklich, sondern in einer Strategie des Friedens auch sinnlos«,²² stellte Egon Bahr in seiner berühmten Rede vor der Evangelischen Akademie in Tutzing am 15. Juli 1963 fest.

Die Überwindung des Status quo lasse sich nur dadurch erzielen, daß dieser zunächst hingenommen werde. Das bedeute die vorbehaltlose Akzeptierung der deutschlandpolitischen Lage in der internationalen Politik als Voraussetzung und Grundlage für eine weiterführende Ostpolitik. »Heute ist klar, daß die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, ... sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und Stationen.« Das bedinge aber auch eine Relativierung des bestehenden Nicht-Anerkennungs-Dogmas, das bisher jede praktische Deutschlandpolitik gegenüber dem Regime Ulbrichts unmöglich gemacht habe. »Niemand von uns erkennt das Ulbricht-Regime an«, aber »unterhalb der juristischen Anerkennung, unterhalb der bestätigten

²⁰ Aus dem Korreferat von GREWE in SCHWARZ (Rhöndorfer Gespräche, Bd.2, zit. Anm. 7) S. 41-54, hier S. 46f.

²¹ Die nach wie vor beste und zugleich quellengesätzigste Untersuchung zur Berliner Initialphase der späteren Ostpolitik stammt von Diethelm PROWE, »Die Anfänge der Brandtschen Ostpolitik in Berlin 1961-1963«, in: Wolfgang BENZ und Hermann GRAML (Hg.): *Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1976, S. 249-286. Zum grundlegenden Wechsel in den außenpolitischen Zielsetzungen der SPD, der ebenfalls mit dem Namen Godesberg verknüpft ist, siehe Beatrix W. BOUVIER, *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung*, Bonn 1990, insbesondere S. 46 ff.

²² Abdruck der Rede bei Boris MEISSNER (Hg.), *Die deutsche Ostpolitik 1961-1970. Kontinuität und Wandel*, Köln 1970, S. 45-48.

Legitimität dieses Zwangsregimes« müßte es möglich sein, die Auflockerung der Grenzen und der Mauer zumindest teilweise zu verwirklichen: »Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung«. ²³ Nicht mehr die Transformierung der Verhältnisse im anderen deutschen Staat wurde im Konzept dieser Politik als Grundvoraussetzung betrachtet, wie nach wie vor von Bonn gefordert, sondern die Zusammenarbeit mit dem Staat der SED – mit dem Nahziel konkreter Erleichterungen für die dort lebenden Menschen und dem Fernziel der Wiedervereinigung. Die dieser Politik zugrundeliegende Motivation und Zielsetzung deckte sich dabei mit Adenauers innerster Intention, »daß das Wichtigste eine Erleichterung des Loses der Menschen in der Zone« ²⁴ sei.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang gleichfalls, daß man auch in Teilen der FDP zu ähnlich gelagerten Konzeptionen gelangte. Wolfgang Schöllwer entwickelte dort von 1962 an bis 1967 eine Politik der Verklammerung beider deutscher Staaten, wobei die Fortexistenz der DDR zu akzeptieren sei und der Alleinvertretungsanspruch aufgegeben werden müsse; es bestehe die »Aufgabe, eine Deutschlandpolitik zu formulieren, die zu einer Entkrampfung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR führen kann und damit zugleich eine Anpassung der DDR an die Demokratisierungstendenzen im übrigen kommunistischen Europa möglich macht« ²⁵.

Der Nachsatz ist bemerkenswert. Denn auch dem Konzept der späteren Ostpolitik lag die Annahme zugrunde, daß die bestehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände in den Ostblockstaaten irgendwann einmal aufbrechen würden und die dort bestehenden Regime den Forderungen nach freien Wahlen, Menschen- und Bürgerrechten, freier Marktwirtschaft und anderem mehr nachgeben müßten. Auch hier bestand eine unübersehbare Affinität zu jener von Adenauer immer wieder geäußerten Grundauffassung, daß das Mißverhältnis zwischen forcierter Rüstungs- und vernachlässigter Konsumgüterindustrie in der Sowjetunion auch einmal ihren politischen Handlungsspielraum einschränken, wenn nicht gar zu krisenhaften Entwicklungen im Ostblock insgesamt führen könne. Inwieweit eine demokratische, wirtschaftlich prosperierende Bundesrepublik auf die DDR und die übrigen osteuropäischen Staaten eine Magnetwirkung entfalte, bliebe dann abzuwarten. ²⁶

23 EBENDA.

24 ADENAUER (*Erinnerungen 1955-1959*, zit. Anm. 8) S. 379.

25 Text des sogenannten Schöllwer-Papiers in BENZ/PLUM/RÖDER (zit. Anm. 3) S. 208-217, hier S. 214; vgl. dazu auch LINK (zit. Anm. 16) S. 35 f.

26 Vgl. hierzu auch SCHWARZ (*Rhöndorfer Gespräche*, Bd.2, zit. Anm. 7) S. 20f., der diese Erwartung als »Krisentheorie« Adenauers bezeichnet.

Bereits ein halbes Jahr nach der Tutzinger Rede Bahrs ergab sich aus zwei Gründen die Chance, die neue Konzeption dieser Politik erstmals praktisch umzusetzen. Offensichtlich um ihr international stark ramponiertes Ansehen aufzubessern, schlug die SED-Führung im Dezember 1963 dem Berliner Senat die Aufnahme von Passierscheinverhandlungen vor. Das rasche Zustandekommen eines Abkommens, das 1,2 Millionen Westberlinern den Weg durch die Mauer öffnete – Weihnachten stand bevor –, zeigte, daß konkrete Vereinbarungen mit der östlichen Seite möglich, wenngleich ungemein schwierig waren. An den Berliner Passierscheinverhandlungen erwies sich, wie charakteristisch es für die zukünftige Ost- und Deutschlandpolitik bleiben sollte, daß die eigentliche politische Problematik immer wieder in formaljuristischen, völkerrechtlichen Fragen steckte. Nach den Methoden der klassischen Diplomatie behalf man sich dabei mit sogenannten *agree-to-disagree*-Klauseln.²⁷ So wurde über das Passierscheinabkommen selbst nur ein Verhandlungsprotokoll unterzeichnet, jedoch kein Vertrag geschlossen, während die eigentlichen Regelungen in einem nicht-unterzeichneten Anhang aufgeführt wurden. Termini wie »Ost-Berlin« oder »Hauptstadt der DDR« wurden im Alternat verwendet. Um die unumgängliche Präsenz von Ostberliner Beamten für die Bearbeitung von Antragsformularen der Westberliner zu ermöglichen, einigte man sich auf Postbeamte. Zwar machte Ost-Berlin geltend, daß seine Beamten konsularische und damit hoheitsrechtliche Befugnisse eines souveränen Staates ausübten, doch nach internationalem Verständnis handelte es sich um reines Verwaltungspersonal ohne jede politische Funktion. Aufgrund dessen kam es zu einem skurrilen Verfahren: Damit die Ostberliner Postbeamten tatsächlich keine Hoheitsakte auf Westberliner Territorium vollzogen, wurden sie am Abend nach Ost-Berlin zurückgebracht, um dort über Nacht die Anträge zu bearbeiten. Am nächsten Morgen nahmen sie dann wieder in West-Berlin ihre Arbeit auf.

Nur ein Jahr nach der Kuba-Krise, als der Kalte Krieg beinahe in einen heißen umgeschlagen wäre, bedeutete das Berliner Passierscheinabkommen eine kleine Sensation. Zugleich verblieb es unterhalb der befürchteten de-facto-Anerkennung des Ulbricht-Regimes; es entging jener Gefahr, die für die Ost- und Deutschlandpolitik immer bestanden hat und der sie in den Jahren vor dem Zusammenbruch der DDR zunehmend nachzugeben schien. Zudem hatte Brandt in Berlin die Chance erhöhter politischer Aktionsfreiheit nutzen können, zumal die Passierscheinverhandlungen in Bonn in die Regierungsbildung Erhards nach vierzehnjähriger Kanzlerschaft Adenauers fielen. Bis 1966 sollten sich die Passierscheinabkommen als Experimentierfeld zukünftiger Ostpolitik erweisen und dem Regierenden Bürgermeister zugleich einen für später wichtigen Popularitätsgewinn erbringen.

²⁷ Vgl. PROWE (zit. Anm. 21) S. 279 ff.

Nicht in der Deutschlandpolitik, wohl aber in der Ostpolitik zeigte auch die neue Regierung Erhard Flexibilität.²⁸ Während die Westpolitik Bonns in der Auseinandersetzung um deren grundsätzliche Ausrichtung auf Washington oder Paris zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« in und zwischen den Parteien oszillierte, war ihre Deutschlandpolitik kompromißlos. Die Existenz der DDR wurde weiterhin offiziell nicht zur Kenntnis genommen, während man durch den systematisch vorgenommenen Abschluß von Handelsverträgen mit den übrigen Ostblockstaaten zwischen 1963 und 1967 den anderen deutschen Staat gleichsam auszuhebeln suchte.²⁹ Vom Wert stabiler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit Bonn überzeugt, sollten sie ihren Einfluß auf den sozialistischen Bruderstaat DDR geltend machen, damit dieser einen verständigungsbereiteren deutschlandpolitischen Kurs nehme. Zwischen der in dieser Weise konzipierten und praktizierten Deutschland- und der Ostpolitik bestand gleichsam nur ein negativer Zusammenhang; die unerläßliche Kongruenz und Konformität zwischen beiden Bezügen war nicht gegeben. Zudem blieb ungewiß, ob die kleineren Ostblockstaaten überhaupt den Willen und genügend Gewicht besäßen, auf die DDR einzuwirken, ganz abgesehen vom permanent drohenden sowjetischen Einspruch.³⁰ Während die DDR auf völkerrechtliche Anerkennung und damit auf den Ausbruch aus der internationalen Isolation zielte, suchte die Bundesregierung eben dies zu verhindern, und provozierte Ostberlin dadurch fast zwangsläufig zur gegenteiligen Reaktion: Um die Entwicklung von freundschaftlichen, profitablen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und Bonn zu verhindern, schloß die SED-Führung ihrerseits bilaterale, intrasystemare Bündnisverträge, womit sie ihre Position im Ostblock konsolidieren konnte.³¹

28 Vgl. die prägnante Einschätzung der Deutschland- und Ostpolitik des Kabinetts Erhard bei BUCHHEIM (zit. Anm. 9) S. 114-116; umfassend hierzu Klaus HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd.4), Stuttgart und Wiesbaden 1984; zu den außenpolitischen Richtungskämpfen zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« ebenfalls HILDEBRAND: »Der provisorische Staat und das Ewige Frankreich – Die deutsch-französischen Beziehungen 1963-1969«, in: Hans-Peter SCISWARZ (Hg.), *Die deutsch-französischen Beziehungen 1958 bis 1969* (Rhöndorfer Gespräche, Bd.7), Bonn 1985, S. 62-81, passim.

29 Diese Idee war bereits im Jahre 1957 erwogen worden; vgl. SCHWARZ (Rhöndorfer Gespräche, Bd.2, zit. Anm. 7) S. 31; das erweist zugleich, auf welch sukzessive Weise Elemente der späteren Ostpolitik herausgebildet wurden, um später verwirklicht zu werden.

30 So die treffende Beurteilung von HACKE (zit. Anm. 11) S. 540.

31 Am wichtigsten in dieser Hinsicht ist der »Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit« zwischen der UdSSR und der DDR vom 12. Juni 1964; hierzu die bezeichnende Interpretation in der offiziellen Darstellung der DDR-Außenpolitik durch die SED in: *Geschichte der Außenpolitik der DDR, Abriß*, Berlin (Ost) 1984, S. 192-196; siehe auch S. 196-203 über den »Beitrag der DDR zur Festigung der sozialistischen Gemeinschaft«.

Führte die Deutschlandpolitik Erhards somit eher zum gegenteiligen Effekt, so blieb sie auf ostpolitischem Feld weiter innovativ: Mit der Friedensnote vom 25. März 1966 wiederholte sie den bereits 1954 ausgesprochenen Verzicht auf Gewalt zur Lösung der Deutschen Frage und bot an, entsprechende Abkommen auch mit den Ostblockstaaten auszutauschen.³² Auch wenn die Glaubwürdigkeit dieses Angebots durch die bewußte Aussparung der DDR in Osteuropa in Zweifel gezogen werden mußte, vor dem Hintergrund des nach wie vor ausstehenden Friedensvertrages waren die Hegemonialmacht Sowjetunion und die übrigen osteuropäischen Staaten daran interessiert, den Status quo einschließlich aller Grenzfragen und völkerrechtlicher Probleme so weit wie möglich festzuschreiben. Nicht umsonst sollten sich die wiederholten Vorschläge der Großen Koalition zum Gewaltverzichts-austausch mit der Sowjetunion ab 1967 nur drei Jahre später als archimedischer Hebel erweisen, um die Ostpolitik in Gang zu bringen und die übrigen Ostblockstaaten, besonders aber die DDR, unter politischen Zugzwang zu setzen.³³

Der Übergang zur eigentlichen Ostpolitik wurde schließlich durch die Große Koalition eingeleitet. Obwohl es in den Koalitionsparteien, vor allem in der Union, beträchtliche Resistenzkräfte gab, stimmte eine Mehrheit doch in dem Ziel überein, die Ost- und Deutschlandpolitik aus ihrer Erstarrung lösen zu wollen. »Wir wollen entkrampfen und nicht verhärten, Gräben überwinden und nicht vertiefen«³⁴, so lautete der Schlüsselsatz in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966. »Das Zusammenwachsen der getrennten Teile Deutschlands« könne man nur »eingebettet sehen«, führte Bundeskanzler Kiesinger in seiner Rede zum »Tag der deutschen Einheit« am 17. Juni 1967 aus, »in den Prozeß der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa«. Darum habe sich die Große Koalition entschlossen, gegenüber der Sowjetunion, den Ostblockstaaten und der DDR eine flexible Politik zu verfolgen. Nach wie vor könnten alle europäischen Staaten nicht auf eine umfassende Friedensordnung verzichten, in der die bestehende politische Spaltung und damit die Teilung Deutschlands überwunden werde.³⁵ Mit dieser neuen, ostpolitischen Beweglichkeit übernahm die Große Koalition die deutschlandpolitische Initiative. Erstmals nahm ein deutscher Bundeskanzler mit Spitzenvertretern des SED-Staates einen Briefwechsel

32 Dazu umfassend HAFENDORN (zit. Anm. 7) S. 282 ff.

33 Tatsächlich setzten rasch nach Versendung der Friedensnote erste Sondierungen über einen Gewaltverzicht mit der Sowjetunion ein; vgl. HAFENDORN (zit. Anm. 7) S. 291 ff.

34 Auszüge der Erklärung in MEISSNER (zit. Anm. 22) S. 161-163, hier S. 163. Zur Politik der Großen Koalition jetzt insgesamt Reinhard SCHMOECKEL und Bruno KAISER, *Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen*, Bonn 1991; zur Ost- und Deutschlandpolitik S. 141 ff.

35 Auszüge der Rede ebda., S. 205-208.

auf und schlug konkrete Entspannungsmaßnahmen für das Verhältnis beider deutscher Staaten vor. Das nun erstmals gemachte Bonner Zugeständnis von Regierungsverhandlungen auf höchster Ebene schlug Ost-Berlin jedoch, überrascht und verunsichert, aus.

Schon im Januar 1967 hingegen wurde das Bonner Angebot an die osteuropäischen Staaten, offizielle diplomatische Beziehungen aufzunehmen, von Rumänien wahrgenommen. Damit wurde nicht nur von bundesdeutscher Seite aus erstmals die Hallstein-Doktrin³⁶ durchbrochen; auch auf östlicher Seite verletzte Rumänien die Konventionen, indem es sich über die Abmachung hinwegsetzte, keine Beziehungen mit Bonn aufzunehmen. Auch Ulbricht besaß seine Hallstein-Doktrin!³⁷ Daß Jugoslawien ein Jahr später ebenfalls offizielle Beziehungen mit der Bundesrepublik wiederaufnahm, nachdem diese von Bonn zehn Jahre zuvor abgebrochen worden waren, weil Staatschef Tito die DDR anerkannt hatte, mußte in der SED-Führung Bestürzung hervorrufen. Doch von entscheidender Tragweite sollten sich die mehrfachen Versuche der Großen Koalition erweisen, über ein Gewaltverzichtsabkommen mit der Sowjetunion Fortschritte im Verhältnis zum Osten zu erzielen. Auch hier zeigt sich wieder die geradezu prozeßhafte Kontinuität einer politischen Initiative, die, ausgehend von bereits Ende der 50er Jahre angestellten Erwägungen, vom Kabinett Erhard wiederaufgenommen und von der Großen Koalition fortgesetzt wurde, um schließlich unter der sozial-liberalen Regierung Brandt/Scheel zum Erfolg geführt zu werden. Daß diese Bemühungen der Großen Koalition mit Moskau zu einem Arrangement zu kommen, abgesehen von tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten, schließlich einen Monat vor der Niederschlagung des Prager Frühlings im Juli 1968 scheiterten, war eine Konsequenz sui generis.

Seitdem hatte sich der Vorrat an Gemeinsamkeiten in der Deutschlandpolitik zwischen beiden Parteien und Koalitionspartnern allerdings erschöpft. Als die SPD unter Brandt auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg im März 1968 von der 'Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie'³⁸ sprach, solange keine umfassende, europäische Friedensregelung existiere, war für die Union und die ihr nahestehenden Vertriebenenverbände die Grenze des Zumutbaren überschritten.

Als die Regierung der sozial-liberalen Koalition Brandt/Scheel am 22. Oktober 1969 ihr Amt antrat, waren somit alle Elemente der neuen Ostpo-

³⁶ Zur Hallstein-Doktrin und ihrer späteren Modifizierung zur Scheel-Doktrin vgl. BUCHHEIM (zit. Anm. 9) S. 126 ff.

³⁷ Zur Durchsetzung dieser Politik auf der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten in Warschau vom 8. bis 10. Februar 1967 sowie auf der Karlsbader Konferenz der kommunistischen Parteien Europas vom 24. bis 26. April desselben Jahres vgl. WETTIG (zit. Anm. 4) S. 47-49.

³⁸ Zitiert nach BUCHHEIM (zit. Anm. 9), dort Anm. 347.

litik vorhanden, verbunden mit dem Willen, diese umgehend umzusetzen, obgleich die dazu notwendige parlamentarische Absicherung mit nur zwölf Stimmen Mehrheit äußerst knapp war und noch weiter schrumpfen sollte. Brandts Regierungserklärung machte deutlich, daß die innerste Zielsetzung der wenig später tatsächlich praktizierten Ostpolitik nach wie vor auf eine Lösung oder zumindest Regelung der Deutschen Frage ausgerichtet blieb. Aufgabe der praktischen Politik sei es, »die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst werde«. Ein »weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation müsse verhindert« werden, es sei »über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander« zu kommen. Auch wenn »zwei Staaten in Deutschland existierten, so seien sie füreinander doch nicht Ausland«. Unverändert hielt die Koalition aus SPD und FDP jedoch daran fest, daß »eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung« nicht in Betracht käme.³⁹

Wiederum setzte die neue Koalition an dem Punkt an, mit dem jede ost- und deutschlandpolitische Initiative stehen oder fallen mußte – an der Sowjetunion. Erneut wurde von Bonn ein Gewaltverzichtsabkommen vorgeschlagen, diesmal jedoch unter erheblich günstigeren internationalen Rahmenbedingungen. Nach der Durchsetzung der Breschnew-Doktrin in Prag war die Sowjetunion daran interessiert, wieder aus ihrer internationalen Isolation herauszukommen; aber auch die USA wünschten eine Wiederaufnahme des Ost-West-Dialogs. Nach wie vor blieb es ein Hauptziel Moskaus, sein im II. Weltkrieg gewonnenes ost- und mitteleuropäisches Glacis zu sichern. Konnte mit der Sowjetunion ein entsprechender Vertrag, zusammen mit wichtigen osteuropäischen Ländern, insbesondere Polen und der Tschechoslowakei, geschlossen werden, konnte sich Ost-Berlin nicht mehr ausschließen – im Gegenteil! Unter sowjetischem Druck stehend, der der Bonner Politik zusätzliche Wirkung verlieh, mußte sich das SED-Regime zu vertraglichen Regelungen bereit finden. Mit dem Abschluß des Moskauer Vertrages am 12. August 1970⁴⁰, dessen Kern ein Gewaltverzichtsabkommen darstellte, gerieten jetzt auch die übrigen Ostblockstaaten – allen voran – die DDR unter Handlungsdruck. Jetzt befand sich das SED-Regime unter einem ähnlichen außenpolitischen Anpassungsdruck wie seinerzeit die Adenauer-Regierung in ihrer Spätphase, zumal die stereotype, immer wieder vorgebrachte Forderung der DDR, nach völkerrechtlicher Anerkennung dem Gang der Entwicklung bereits hinterherlief. Die Sowjetunion wünschte eine

³⁹ Zitate nach MEISSNER (zit. Anm. 22) S. 380-383. Zur Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel Christian HACKE, *Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1988, S. 161 ff.

⁴⁰ Vgl. Benno ZÜNDORF, *Die Ostverträge*, München 1979, S. 51 ff.

Festschreibung ihres europäischen Besitzstandes; dem konnte die DDR nicht im Wege stehen.⁴¹

Bereits Anfang 1967 hatte die Reaktion der SED auf die modifizierte Deutschlandpolitik der Großen Koalition erste, defensive Züge gezeigt. Sie setzte nun zunehmend auf Abwehr und innere Konsolidierung. Der Widerspruch zwischen Wiedervereinigungsrhetorik und faktischen Gegenmaßnahmen wurde zusehends deutlich. Ihr bisher stärkstes propagandistisches Argument, daß der westdeutsche Staat die DDR nicht einmal zur Kenntnis nehme und schon dadurch jede Lösung der Deutschen Frage behindere, war plötzlich entfallen. Im Februar 1967 nannte sie das »Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen« in ein solches für »westdeutsche Fragen« um, schaffte im gleichen Monat die seit 1913 bestehende einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft ab und führte eine eigene Staatsbürgerschaft ein. Zeitweise bezeichnete sie die SPD nur noch als SP, um den Namen Deutschland zu vermeiden.⁴² Symptomatisch war gleichfalls, daß die Herausbildung eines sozialistischen Staats- und Geschichtsbewußtseins unter den Bürgern der DDR einer der Schwerpunkte des VII. Parteitages im April 1967 darstellte. Die Abwehr- und Immunisierungsfunktion eines solchen Bewußtseins erschien der Partei gegenüber dem westdeutschen Konkurrenzstaat unerlässlich.⁴³ Jetzt erhielt die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR durch den Satz Walter Ulbrichts, man könne »unter die Grenze der formellen Anerkennung ... nicht hinuntergehen«⁴⁴, kanonischen Charakter. Zudem distanzierte sich die SED mit der im April 1968 verabschiedeten zweiten Verfassung erstmals von einer einheitlichen deutschen Nation. In der modifizierten Verfassung bekannte sie sich nur noch insoweit zur Einheit einer deutschen Nation, als die DDR im Artikel 1 »als sozialistischer Staat deutscher Nation« definiert wurde.⁴⁵

41 Zu dem bis dahin immer wieder propagierten Konföderationsplan wichtige Dokumente in Jürgen HOFMANN (Hrsg.), *Es ging um Deutschland. Vorschläge der DDR zur Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten 1956 bis 1967*, Berlin 1990. Die Kommentare stammen allerdings von ehemaligen DDR-Historikern, denen die Wende inhaltlich wie terminologisch nicht gelungen ist.

42 Vgl. hierzu Gottfried ZIEGER, *Die Haltung der SED und DDR zur Einheit Deutschlands 1949-1987*, Köln 1988, S. 110 ff.

43 Vgl. hierzu Alexander FISCHER und Günther HEYDEMANN, *Geschichtswissenschaft in der DDR, Bd.1: Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik*, Berlin 1988, S. 12 ff. (Einleitung).

44 *Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd.1, S. 61.

45 Siehe hierzu Hedwig ROGGMANN, *Die DDR-Verfassungen. Einführung in das Verfassungsrecht der DDR. Grundlagen und neuere Entwicklung*, 4. erweiterte Aufl. Berlin 1989, S. 64 ff.

Erstmals zeigte sich jedoch, daß diese Abgrenzungsschritte bei der DDR-Bevölkerung auf beträchtliches Ressentiment stießen. Wiederholt hatten die Bezirkssekretäre der SED-Führungsspitze zu berichten, daß nach wie vor »Tendenzen einer gesamtdeutschen Ideologie« existent seien und die Meinung vorherrsche: »Wir sind doch alles Deutsche, und es gibt nur ein Deutschland«⁴⁶. »Beeinflußt von der neuen Bonner Politik der kleinen Schritte«, wie es weiter hieß, »erhoffen viele Bürger vor allem Erleichterungen im Reiseverkehr nach Westdeutschland«; das sei wichtiger als die völkerrechtliche Anerkennung der DDR.⁴⁷ Noch während der Regierungszeit der Großen Koalition hatte sich somit gezeigt, daß die Deutschen in der DDR die ostpolitischen Initiativen Bonns mit großer Aufmerksamkeit und Sympathie verfolgten.

Die Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf das deutsch-deutsche Gipfeltreffen in Erfurt am 19. März 1970 führten schließlich zu einer tiefen Verunsicherung in der SED-Führungsspitze. Bei der Ankunft Willy Brandts in Erfurt durchbrachen über 2000 Menschen die Absperrungslinien, skandierten seinen Namen und demonstrierten einer konsternierten Weltöffentlichkeit, daß die Teilung Deutschlands für viele Bürger in der DDR kein auf immer unabänderlicher Zustand bedeute. Erneut mußte in zahlreichen internen Berichten der SED-Bezirksleitungen resignierend zugegeben werden, daß »unter allen Schichten der Bevölkerung Erscheinungen des nicht klassenmäßigen Herangehens bei der Bewertung des Erfurter Gesprächs«^{48,49} unübersehbar gewesen seien.

Nur vierzehn Tage später behandelte die »Außenpolitische Kommission der SED« Ergebnisse und Folgen des Erfurter Treffens und suchte ihre Strategie für die zweite Begegnung in Kassel auszuarbeiten. Wiederum wurde das gefährlichste Moment der neuen Bonner Ost- und Deutschlandpolitik für die DDR »in der Gefahr des Eindringens des Nationalismus gesehen. Diese Analyse war für die SED-Führung charakteristisch, sachlich aber keineswegs zutreffend. Denn wie die Reaktionen eines großen Teils der DDR-Bevölkerung gezeigt hatten, waren nationale Empfindungen noch immer vorhanden und mußten nicht erst von außen eingebracht werden. Das doppelte Dilemma für das SED-Regime bestand vielmehr darin, daß die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel diese Gefühle wachhielt und sogar verstärkte, zumal sie auf konkrete menschliche Erleichterungen abzielte, die als solche auch von der überwiegenden Mehrheit

⁴⁶ Vgl. Gerhard NAUMANN und Eckhard TRÜMLER, *Der Flop mit der DDR-Nation*, Berlin 1991, S. 37.

⁴⁷ NAUMANN/TRÜMLER (zit. Anm. 46) S. 145.

⁴⁸ NAUMANN/TRÜMLER (zit. Anm. 46) S. 172.

⁴⁹ Rolf STEININGER: »Es wächst die Gefahr des Eindringens des Nationalismus in die DDR«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19.3.1980.

der DDR-Bevölkerung anerkannt wurden, und gleichzeitig der DDR bestritt, ein eigener deutscher Nationalstaat zu sein.⁵⁰

Darüber hinaus zwang sie die Machthaber in Ost-Berlin auf internationaler wie deutschlandpolitischer Ebene zu einer Politik der Verhandlung und Verständigung, die deren eigentlichen Intentionen völlig zuwiderlief. Der immer wieder vorgenommene Rückgriff der SED auf eine Politik der Abgrenzung diskreditierte sie jedoch nicht nur bei der eigenen Bevölkerung, sondern schädigte auch ihr internationales Renommee. Zudem konnte eine solche Politik auf lange Sicht kein taugliches Mittel sein: Eine wirksame Abgrenzung ließ sich angesichts der internationalen Verflechtungen, in die auch die DDR einbezogen war und ja so verzweifelt sein wollte, weder auf außen- und aktuell politischer Ebene noch in ideologischer Hinsicht durchhalten. Als Frontstaat des Ostblocks verblieb der zweite deutsche Staat permanent im Ausstrahlungsbereich westlicher Massenmedien. Nicht in der Theorie des Marxismus-Leninismus, sondern hier vollzog sich die Dialektik der Aufklärung!⁵¹

In der Retrospektive lassen sich vier Entwicklungsstapen deutschlandpolitischer Neuansätze in den 60er Jahren unterscheiden:

1. Eine *Vorphase zwischen 1958 und 1963*, in der unter dem Eindruck, die Deutschlandpolitik der späten Adenauer-Kanzlerschaft könne Gefahr laufen, von der Politik der West-Alliierten abgekoppelt zu werden, erste, zum Teil sogar radikale Konzeptionen einer neuen Deutschlandpolitik entstehen, die keineswegs nur auf einer theoretischen Ebene stehenbleiben.

2. Eine *Übergangphase zwischen 1963 und 1966* zur Zeit des Kabinetts Erhard, die auf der einen Seite dadurch gekennzeichnet ist, daß Elemente der späteren sogenannten Ostpolitik erstmals aufgegriffen und angewendet werden, wegen innenpolitischer Resistenzkräfte und ungünstiger internationaler Rahmenbedingungen jedoch meist scheitern. Gleichzeitig gelingt es

50 Die wichtigsten Dokumente und Verlautbarungen zu den Treffen von Erfurt und Kassel in: *Zehn Jahre Deutschlandpolitik. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969-1979. Berichte und Dokumentation*, Bonn 1980.

51 Für die ost- und deutschlandpolitischen Initiativen der Regierung Brandt/Scheel traf es sich glücklich, daß die DDR aufgrund wirtschaftspolitischer Fehlentscheidungen gerade zu diesem Zeitpunkt in einer schweren Wirtschafts- und Versorgungskrise steckte; hierzu neue Dokumente bei Gerhard NAUMANN und Eckhard TRÜMLER, *Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – ein Krisenjahr der DDR*, Berlin 1990. Zu den Ursachen siehe André STEINER: »Abkehr vom NÖS. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen 1967/68 – Ausgangspunkt der Krisenprozesse 1969/70?«, in: Jochen CZERNY (Hg.), *Brüche – Krisen – Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte*, Leipzig, Jena, Berlin 1990, S. 247-253. Daß diese ökonomische Krise in der DDR und das Bestreben nach verschärfter Abgrenzung neben anderen Gründen zur Ablösung Ulbrichts durch Honecker führte, geht auch aus den Dokumenten hervor, die Peter PRZYBYLSKI veröffentlichte: *Tatort Deutschland. Die Akte Honecker*, 2. Aufl. Berlin 1991, S. 101 ff.

in Berlin, das neue Konzept, wenngleich lokal und zeitlich beschränkt, aber doch an einer weltpolitisch hochbrisanten Stelle, während der Passierscheinverhandlungen praktisch und erfolgreich zu erproben.

3. Eine *Einleitungsphase ab Ende 1966*, als die Große Koalition in konzeptueller wie praktischer Hinsicht wichtige Vorarbeiten und -leistungen erbringt.

4. Diese Einleitungsphase führt seit *Ende 1969 zur eigentlichen Praktizierung der Ost- und Deutschlandpolitik* durch die Regierung Brandt/Scheel, basierend auf der faktischen, jedoch nicht völkerrechtlich gültigen Akzeptanz der seit Kriegsende 1945 eingetretenen Lage in Deutschland und Europa.

Die deutschlandpolitischen Konzeptionen von CDU und CSU in der Oppositionszeit (1969-1982)*

Von Christian Hacke

Die folgenden Ausführungen, mit denen ich auf frühere Arbeiten über die Ost- und Deutschlandpolitik aus der Sicht der CDU/CSU von 1969 bis 1975 zurückkomme, sollen als Skizze und nicht als geschlossene Abhandlung verstanden werden.¹ Vorab sei in fünf Punkten konstatiert, was ich bei der Betrachtung dieser Periode methodisch als wichtig ansehe.

1. Mir scheint, daß das, was mein Kollege Wolfram Hanrieder als »compatibility and consensus«, also als Vereinbarkeits- und Zustimmungspröblem bezeichnet hat, von Bedeutung ist:² Zur Analyse der Außenpolitik gehört die Frage, inwieweit diese kompatibel ist mit dem, was außenpolitisch vor sich geht, und zum zweiten, daß Außenpolitik nur so erfolgreich sein kann, wie sie bei der eigenen Bevölkerung, also innenpolitisch, Zustimmung findet. Ich möchte noch eine dritte Leitlinie hinzufügen, die den deutschen Hintergrund verdeutlicht, unser spezifisches Parteiensystem reflektiert: Die koalitionspolitische Geschlossenheit der Bundesregierung ist für die Formulierung und Durchsetzung von Außenpolitik notwendig, ja geradezu zwingend.

2. Ausgehend vom außenpolitischen Realismus Hans Morgenthau und seiner Fortentwicklung in der Münchner Schule von Karl-Gottfried Kindermann, dem ich mich auch verpflichtet fühle, halte ich es für unerläßlich, vorab eine realistische Konstellationsanalyse der innenpolitischen und internationalen Lage in Umrissen anzudeuten.³

3. Beachtung verdient besonders das Spannungsverhältnis zwischen Außenpolitik und parlamentarischer Opposition, das prinzipiell – und speziell in

* Überarbeitete Fassung eines Vortrages, den ich am 26. Juni 1992 anläßlich einer Tagung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik über »Die Deutschlandpolitik der Unionsparteien vom Beginn der sechziger Jahre bis zur Wiedervereinigung« in der Konrad-Adenauer-Stiftung gehalten habe.

1 Christian HACKE, *Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU. Wege und Irrwege der Opposition seit 1969*, Köln 1975.

2 Wolfram HANRIEDER, »Compatibility and Consensus: A Proposal for the Conceptual Linkage of External and Internal Dimensions of Foreign Policy«, in: *American Political Science Review* Vol. LXI, No. 4 (Dezember 1967).

3 Hans MORGENTHAU, *Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik*, Gütersloh 1963; Gottfried-Karl KINDERMANN, *Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung*, München 1990.

der Bundesrepublik Deutschland – ein vernachlässigtes Thema der Politikwissenschaft ist. Seit 1975 ist das Thema »parlamentarische Opposition und Außenpolitik« von der Politikwissenschaft nur sehr zögerlich aufgegriffen worden.

4. Das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition ist für eine demokratisch verfaßte Außenpolitik zentral. Wann und wo muß demokratische Außenpolitik auf innenpolitische Hemmnisse und Verwerfungen Rücksicht nehmen? Es ist eine alte Frage, ob eine demokratische Außenpolitik mit all den prozessualen und inhaltlichen Schwierigkeiten nicht letztlich doch die effizientere Außenpolitik hervorbringt als die geschlossene Außenpolitik eines totalitären Staates.

5. Die Frage, die uns auch in den kommenden Jahren beschäftigen wird, lautet: Wie steht es mit der Entspannung seit Ende der 60er Jahre? Hat sie den Niedergang des sowjetischen Imperiums und der kommunistischen Ideologie beschleunigt? Oder ist durch diese Entspannungspolitik ein irreversibler Prozeß vielleicht nur verlangsamt worden? Ich meine, es darf keine Vereinfachungen geben, die ein simples 'entweder – oder' suggerieren. Das entspannungspolitische Wechselspiel zwischen West und Ost war komplex. Es kommt deshalb auf die Zwischentöne an. Wie die revolutionären Veränderungen von 1989/90 einmal beurteilt werden, das wird erst im Laufe der nächsten Generationen abgewogen und aus Distanz objektiv beurteilt werden können. Aber was wir heute leisten müssen, ist den Nebel der vergangenen drei Jahrzehnte zu durchdringen.

In der internationalen Konstellation zu Ende der 60er Jahre war die Veränderung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen herausragend. Unter Nixon und Kissinger wurde schon ein Neuansatz der Entspannung versucht, der realistische Züge aufwies, weil die Vereinigten Staaten unter der außenpolitischen Führung von Nixon zum ersten Mal der Sowjetunion ein realistisches Entspannungskonzept angeboten hatten. Unter Nixon und Kissinger stiegen die USA vom Podest der moralischen, militärischen, politischen Überlegenheit herunter und boten der Sowjetunion Entspannung auf der Grundlage von Parität und Gleichberechtigung an.⁴ Dieses Angebot führte zu weiteren Entspannungsbemühungen – auch in Europa.

Welche Versionen von Entspannung standen damals zur Debatte? Die amerikanisch-sowjetische Detente war ein Konzept auf Supermachtebene: Parität, Rüstungskontrolle, Anerkennung des Status quo waren zentrale Eckpunkte zwischen den beiden Supermächten. Die europäische Entspannungslage und speziell die in Deutschland schloß diese Momente nicht aus, aber andere kamen hinzu: Die Anerkennung der Grenzen, die Anerkennung der

⁴ Christian HACKE, *Die Ära Nixon – Kissinger 1969 bis 1974. Konservative Reform der Weltpolitik*, Stuttgart 1983, S. 119f.

Regime, Anerkennung der DDR und vor allem Freizügigkeit. Wie es damals Rainer Barzel formulierte: Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen. Es ergab sich Ende der 60er Jahre ein Zwang zur Entscheidung: entweder diesem Entspannungsprimat – wie er zwischen Sowjetunion und USA sich andeutete – zu folgen oder zu widerstehen. Die Bundesregierung Brandt/Scheel griff den Primat der Entspannung auf. Später geriet sie unter den Zwang der Anpassung. Die CDU/CSU als parlamentarische Opposition sträubte sich zunächst gegen diesen Entspannungsimpetus.

Die zweite Konstellationsveränderung an der Schwelle der 70er Jahre stellen wir im Verhältnis Sowjetunion – Bundesrepublik fest. Die neue Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion war auch eine Folge des Wandels der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Auch der Wandel von CDU-Kanzlerschaft und Großer Koalition zur sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Brandt war für die veränderte Einstellung in der Sowjetunion entscheidend. Trotzdem halte ich es für wichtig, die Periode von Kurt Georg Kiesinger in der Deutschlandpolitik noch einmal in Erinnerung zu rufen. In meinen Analysen dieser Periode kommen Bewertungen von Bundeskanzler Kiesinger zum Tragen, die ich auch im nachhinein, also auf dem Hintergrund der Erfahrungen von 1989/90, als viel positiver für das Ost-West-Verhältnis bewerte, als damals angenommen wurde. Seine Entspannungsansätze waren bemerkenswert. Er bemühte sich um eine Einbindung des anderen Teils Deutschlands in das neue entspannungspolitische Klima. Kiesinger war auch kritisch gegenüber der amerikanischen Vietnampolitik. Er hat übrigens auch das Verdienst, stilistisch bescheiden, aber substantiell deutlich das Selbstbewußtsein Deutschlands gegenüber den Vereinigten Staaten gezeigt zu haben, zu Zeiten, wo diese Haltung nicht unbedingt populär war. Zwar hielt er am Alleinvertretungsanspruch fest, reduzierte jedoch diesen und interpretierte ihn primär moralisch. Man kann sagen, daß im Vergleich zu Bundeskanzler Erhard Kiesingers Deutschland- und Ostpolitik gedanklich und terminologisch anspruchsvoller war. Aber: Es fehlte noch der konzeptionelle Guß, vor allem das Moment und die Bereitschaft zur Kodifizierung der Beziehungen. Ich bin sehr im Zweifel, ob eine Regierung Kiesinger nach 1969 dieses Moment der Kodifizierung so mutig aufgegriffen hätte wie die Regierung Brandt/Scheel. So blieb Bundeskanzler Kiesinger in gewisser Weise in Begriffsakrobatik stecken. Er scheiterte eigentlich in einem Drei-Fronten-Krieg gegenüber der eigenen Partei, gegenüber dem sozialdemokratischen Partner und natürlich auch an der mangelnden Bereitschaft zur Entspannung im Kreml.⁵

⁵ Vgl. hierzu: Klaus HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969* (Geschichte der Bundesrepublik, Bd.IV), Stuttgart 1984.

Ein drittes Element in der internationalen Konstellation zu Beginn der 70er Jahre deutet auf folgende Frage: Wie sah es im nordatlantischen Bündnis aus? Wie verhielt sich Entspannung und deutsche Frage zueinander? Der Harmel-Report verband deklaratorisch beide Momente unmißverständlich. Den Alliierten erschien allerdings das Moment der Entspannung und der Abrüstung realpolitisch wichtiger als die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Bundesrepublik sollte entspannungspolitisch zunächst eingebunden werden in diesen Prozeß, aber die Forderung nach Lösung der deutschen Frage blieb für die Regierungen in Westeuropa und Nordamerika rein deklaratorisch.

Wie sah 1969/70 die innenpolitische Konstellation aus? Die deutsche Frage war bis 1961 vorrangig eine Rechtsfrage und eine moralische Frage. Ab August 1961 wurde die alltägliche Dimension der Teilung vorrangig, und es genügte nicht mehr allein, die Zukunft moralisch und rechtlich bestechend darzustellen. Statt dessen wurde immer kritischer die Frage gestellt: Was kann im unmittelbaren Alltag der deutschen Teilung in kleinen Schritten verbessert werden, um die Teilung Deutschlands und der Deutschen durch ein Management der Detente menschlich und politisch erträglicher zu gestalten? Moralische Überzeugungen und völkerrechtliche Postulate reichten nicht mehr aus. Kleine Schritte wurden zwingend. Die Forderung nach Selbstbestimmung, freien Wahlen, nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937, nach Nichtanerkennung der DDR waren rechtlich und zum Teil moralisch nachvollziehbar, aber nach dem Bau der Mauer 1961 waren es vor allem die SPD, insbesondere die Berliner SPD um Willy Brandt, und auch die FDP, die nach neuen entspannungspolitischen Ansätzen suchten.

Mit gewisser Nüchternheit muß man feststellen, daß nach der langen Phase der Adenauerschen Kanzlerschaft innerhalb der CDU Politiker mit dem Mut zur innerparteilichen Kontroverse und zu neuen entspannungspolitischen Überlegungen rar waren. Mutige und souveräne Politiker wie Johann Baptist Gradl oder Walther Leisler Kiep, die die entspannungspolitische Kooperation mit der SPD suchten, blieben in den Reihen der Union Ausnahmen.⁶

In der historischen Distanz wird heute auch klar, wie unabhängig im Urteil und Temperament Kiesinger war. Er versuchte noch vor 1969 in der Ost- und Deutschlandpolitik den Neuansatz durch mutiges Anknüpfen an die entspannungspolitische Brückenkonzeption im Sinne von Jakob Kaiser. Wer die Parteigeschichte der CDU nach dem Krieg genauer kennt, weiß, daß das Verhältnis zwischen Kiesinger und der Berliner CDU um Jakob Kaiser nicht nur harmonisch war. Eine gewisse politische Paradoxie oder Pikanterie war schon dabei, wenn Kurt Georg Kiesinger die Formulierungen von Jakob

⁶ Vgl. hierzu Christian HACKE (Hrsg.), *J.B. Gradl. Stets auf der Suche. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik*, Köln 1979.

Kaiser, wie z. B. die von Deutschland als der Brücke zwischen Ost und West, wieder aufgriff.⁷

Nach 1969, als auch Kiesingers machtpolitischer Einfluß in der Partei rapide zurückging, war der großbürgerlich verbindliche Stil, war Feinsinnigkeit, Courage und Kooperation mit der SPD, wie seinerzeit durch Gradl und Kiep personifiziert, in der CDU nicht mehr gefragt. Unter dem Vorsitz von Rainer Barzel dominierten nüchternes machtpolitisches Kalkül, angestrenzte Ambition und zögerliche entspannungspolitische Überlegungen. Zwei weitere Probleme prägten das außenpolitische Verhalten der Unionsparteien nach 1969: Zum einen war die neue Oppositionsrolle nach 20 Jahren Regierungsverantwortung ungewohnt. Gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik glaubten die Unionsparteien an einen »Alleinvertretungsanspruch«; überspitzt formuliert glaubten sie, allein zu wissen, wie Außenpolitik richtig praktiziert wird. Zum anderen übernahm die Bundesregierung Brandt/Scheel die politische Verantwortung mit einer unglaublichen Anfangsgeschwindigkeit, besonders in der Ostpolitik. Die Opposition war gerade dabei zu prüfen, ob die Holzbänke der Opposition hart oder weich sind, und schon hinkte sie den Initiativen der Bundesregierung hinterher. Die Regierung Brandt/Scheel grenzte die CDU/CSU außenpolitisch aus. Das war legitim, denn die CDU/CSU grenzte sich sozusagen durch ihre eigene Fundamental-Opposition zur Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung selbst aus.

Es geht also um drei Dimensionen oppositioneller Einstellung zur Ost- und Deutschlandpolitik: die moralische Dimension der Nichtanerkennung, die rechtliche des Alleinvertretungsanspruchs und die politische der Hallstein-Doktrin. Diese Mittel, Vorgehensweisen, rechtlichen und politischen Eckpunkte waren Sache oppositioneller Strategie in der Außenpolitik. Aber wie sah es mit der Zielsetzung aus? Beides ist wichtig: Nicht nur die Frage der Vorgehensweise, das richtige Gefühl für Stimmungslagen, die Einschätzung politischer Konstellationen waren zentral, sondern auch die Interpretation der substantiellen Problematik von Ost- und Deutschlandpolitik.

Politikwissenschaftler sprechen gern von außenpolitischen Optionen, so als ob eine Regierung ständig zwischen verschiedenen Möglichkeiten auswählen könnte. Aber in den seltensten Fällen können die Entscheidungsträger so agieren und zwischen außenpolitischen Alternativen wählen. Die Wirklichkeit sieht viel komplizierter aus. Realpolitisch stecken Politiker oft zwischen verschiedenen Dilemmata. Nur selten geht es um richtig oder falsch, um gut oder böse in der Außenpolitik. Vielmehr geht es um die Bewertung und die Abwägung zwischen verschiedenen Interessenprioritäten, die sich nicht selten diametral widersprechen. Da aber deutsche

⁷ Christian HACKE (Hrsg.), *Jakob Kaiser. Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik*, Köln 1988.

Politologen, speziell im Fach Internationale Politik, in den vergangenen Jahrzehnten realpolitische Dilemmata gerne übergangen haben, sieht es um die wissenschaftliche Aufarbeitung deutscher Außenpolitik nicht nur gut aus. Das Nachvollziehen der Schwierigkeiten bei den Entscheidungsträgern wird gerade bei uns zu sehr vernachlässigt.

Das entscheidende Element der ostpolitischen Innovation ab 1969 lag im Moment der Kodifizierung. Man könnte in überspitzter Form die Entspannungsphilosophie der sozial-liberalen Regierungskoalition Brandt/Scheel in einem Satz zusammenfassen: In dem Maß, in dem die kommunistische Seite bereit war, die Grenzen qualitativ zu verändern, zu öffnen für Menschen, Informationen und Meinungen, in dem Maße zeigte sich die westliche Seite oder die bundesrepublikanische Seite bereit, die Qualität der Grenzen zwischen Ost und West anzuerkennen. Dabei waren auch Unklarheiten und Mißverständnisse vorprogrammiert; das Problem der Interpretation wurde zentral. Weil zentrale Begriffe und Probleme wie deutsche Frage, Anerkennung der Grenzen; Menschenrechte und das Wesen von Ost-West-Entspannung unterschiedlich bzw. gegensätzlich interpretiert wurden, kam es zu folgendem grundlegenden Dissens: Während der Osten die Verträge als Teilungsverträge, als endgültige unabdingbare völkerrechtliche Anerkennung des politischen und rechtlichen Status quo in Europa interpretierte, verstand der Westen, insbesondere die Bundesrepublik, diese Verträge als Modus-vivendi-Verträge, als wichtige, aber vorläufige Vereinbarungen mit Übergangscharakter:

»Mit dem Begriff 'Entspannung' – so Walther Leisler Kiep – hatte man in den 70er Jahren zwar eine gemeinsame Umschreibung für eine ganz bestimmte Politik zwischen Ost und West gefunden, aber die gemeinsame Umschreibung schloß grundsätzlich unterschiedliche Zielvorstellungen in Ost und West mit ein: 1. Beide Seiten, der Westen und der Osten, sprechen davon, daß der Status quo die Grundlage der Beziehungen bilden muß. Der Westen besteht aber auf der Möglichkeit der friedlichen und einvernehmlichen Grenzänderung; die andere Seite versteht unter 'Anerkennung' die Zementierung des gegenwärtigen Status. 2. Die eine Seite wünscht, daß die Grenzen zwar bestehen, aber durchlässiger gemacht werden müssen; die andere Seite wünscht deren Stabilisierung oder – wie man es nennt – deren totale Unverletzbarkeit. 3. Beide Seiten sprechen von Freizügigkeit. Die einen sprechen von individueller Freizügigkeit für den Menschen; die andere Seite meint mit Freizügigkeit im wesentlichen staatlich reglementierte Freizügigkeit für Regierungen, Funktionäre und für staatliche Institutionen. 4. Beide Seiten sprechen über Truppenreduzierung. Der Osten hat den Wunsch, die vorhandene konventionelle Überlegenheit in Europa auf Dauer zu stabilisieren; der Westen möchte durch eine Reduzierung zu einem ausgeglichenen Gleichgewicht kommen. 5. Unter dem Gewaltverzicht versteht der

Westen ebenfalls etwas anderes als der Osten. Wir verstehen darunter den tatsächlichen Verzicht auf Gewalt in den Beziehungen zwischen den Staaten; die andere Seite versteht darunter lediglich Abmachungen zwischen Staaten, die staatliche Maßnahmen in diesem Bereich in Zukunft ausschließen.«⁸

Die Ostverträge und die Verträge mit der DDR konnten die zentralen Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands und der Liberalisierung Osteuropas nicht lösen, aber doch einkapseln. So wurden neue entspannungspolitische Möglichkeiten geschaffen. Das West-Ost-Verhältnis wurde auf eine klarere und verlässlichere Grundlage gestellt, welche die Gefahr der Konfrontation vertraglich bannte. Damit konnte auch der Boden für erste zarte Wurzeln der Liberalisierung innerhalb der kommunistischen Staaten bereitet werden. Wir sehen dann ab 1989/90, daß diese Idee westlicher Entspannungspolitik mit dazu beitrug, daß die Kräfte der Liberalisierung in Mittel- und Osteuropa zunächst die Oberhand gewannen.

Mit Blick auf das andere Schlüsselproblem der Kodifizierung, nämlich die Schwierigkeit der Interpretation, wird deutlich, daß das Postulat, nur eindeutige Verträge seien gute Verträge, leider nicht vollständig zu verwirklichen war. Wer diese Forderung konsequent vertrat, wie viele in der CDU/CSU seinerzeit, der hätte auch offen hinzufügen müssen, daß die kommunistischen Regime im Osten Europas nicht bereit waren, im westlichen Sinne eindeutige Verträge abzuschließen, wie umgekehrt die Bundesrepublik und der Westen natürlich nicht bereit waren, nur eindeutige ideologische Formulierungen der Kommunisten zu akzeptieren.

Problematisch an der Kodifizierung war auch, daß der umfassende, moralisch-rechtlich-politische Wiedervereinigungsanspruch schrumpfte. Was blieb, war die Formulierung, »die deutsche Frage muß offenbleiben, die deutsche Option muß aufrechterhalten werden.«

Ein weiteres Problem lag im Verhältnis zwischen Ostpolitik, Entspannung und Sicherheit begründet. Der Harmel-Report gab die Grundlage von Sicherheit und Entspannung wider. Aber dann entstand in den 70er Jahren eine Situation, in der sich die Kritik der CDU später bewahrheiten sollte: In der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurde eine Entspannungspolitik von Regierungsseite postuliert, die Assoziationen mit einer Hängematte ermöglichte – als ob man sich im Westen geruhsam zurücklehnen oder gar entspannen könnte, so als sei es gar zu einer gemeinsamen Auffassung mit dem Osten gekommen! In diesem Verhältnis zwischen Sicherheit und Entspannung hat die deutsche Sozialdemokratie in den 70er und dann auch in den 80er Jahren schwer gesündigt. Als die Sowjetunion wie zu keiner anderen Zeit vorrüstete, verschloß die SPD die Augen. Deshalb war es eine

⁸ Walther Leisler KIEP, »Bilanz und Ausblick der Entspannungspolitik«, in: Otmar FRANZ (Hrsg.), *Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1975, S. 48 f.

zentrale Leistung der CDU/CSU, in dieser Phase vor entspannungspolitischem Leichtsinns rechtzeitig und intensiv gewarnt zu haben. Wir erlebten dann seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine gefährliche Entwicklung: Die sogenannte Friedensbewegung und linke Kräfte in der SPD verkleinerten die Rüstungsbemühungen der Sowjetunion gleichermaßen wie sie die Abrüstungsbemühungen der Bundesregierung und des Westens negierten, ja sogar diffamierten.

Ein Hauptproblem der Kodifizierung stellte sich im Verhältnis Deutschland- und Ostpolitik. So richtig die Deutschlandpolitik von Bundeskanzler Kiesinger war, sie mußte scheitern, weil sie nicht durch eine entsprechende Ostpolitik gegenüber den Staaten in Mittel- und Osteuropa und vor allem gegenüber der Sowjetunion begleitet war. Dabei war auch entscheidend, daß die Sowjetunion für wirklichen Gewaltverzicht in den Beziehungen zur Bundesrepublik noch nicht bereit war. Erst nach 1969 entwickelte sie entspannungspolitischen Druck auf die DDR, mit der Bundesrepublik vertragliche Beziehungen aufzunehmen, nachdem sie in dem ostpolitischen Pilotvertrag vom August 1970 mit der Bundesrepublik Rahmen, Inhalt, Vorgehensweise und Geschwindigkeit der Entwicklung der Beziehungen zur Bundesrepublik vorexerziert hatte.

All dies zeigt, daß eine isolierte Deutschlandpolitik ohne ostpolitische Flankierung, d. h. vor allem ohne Entspannungspolitik mit der Sowjetunion zum Scheitern verurteilt war. Die sozial-liberale Koalition zog zu Beginn der 70er Jahre die richtige Schlußfolgerung, zuerst die Ostpolitik und vor allem die Beziehungen zur Sowjetunion neu zu ordnen, um dann die gewachsenen Interessen der Sowjetunion so mit denen der Bundesrepublik und der DDR zu verknüpfen, daß Druck von der Sowjetunion auf die DDR ausgehen konnte und letztere sich nicht mehr aus der Entspannungspolitik zwischen West und Ost herauswinden konnte. Der Moskauer Vertrag hatte also eine bilaterale Bedeutung. Aber er besaß vor allem darüber hinaus die zentrale Funktion, den sowjetischen Druck auf die DDR zu erhöhen. Der Moskauer Vertrag wurde zum Vorbild, ein Pilotvertrag für die weiteren Verträge, wie sie dann ausgehandelt wurden.

Nun zur Frage nach dem wirtschaftlichen Hebel. Fast alle Bundesregierungen haben seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre eine »positive Politisierung« des Handels versucht, d. h. der Handel wurde als Chance, als Hebel für politische Verbesserungen im West-Ost-Verhältnis eingesetzt; eine »negative Politisierung« des Handels im Sinne von Embargo-Politik wurde aufgegeben. Handelsbeziehungen zwischen marktwirtschaftlichen Demokratien und planwirtschaftlichen sozialistischen Regimen sind selten unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen. Diese Beziehungen hatten prinzipiell eine politische Bedeutung und waren daher der deutschlandpolitischen Zielsetzung immer untergeordnet. Dies gilt ganz besonders

für den innerdeutschen Handel. Eine positive Politisierung dieser Handelsbeziehungen wirkte durch Anreize, eine negative Politisierung durch Sanktionen oder Embargo oder durch Entzug von Handelsvorteilen. War das Ziel bis Anfang der 60er Jahre Destabilisierung der DDR, so waren auch die Handelsbeziehungen diesem Ziel untergeordnet. Wurden dann die politischen Prioritäten in Richtung Liberalisierung neu geordnet, so war es nur logisch, daß nun auch die handelspolitischen Beziehungen eine positive Politisierung erfuhren.

Unter rechtspolitischen Überlegungen sei daran erinnert, daß die Ostverträge mit der vertraglichen Anerkennung von außen in gewisser Weise auch Ersatz boten für die mangelnde innenpolitische Legitimation der kommunistischen Regime. Die Anerkennung von Grenzen und Regimen war irreversibel. Aber die kommunistische Seite konnte jederzeit die Qualität der Grenzen, ihre Durchlässigkeit oder die Mauer wieder vergrößern oder einengen. Der Osten, insbesondere die DDR wand sich zunehmend aus den vertraglichen Verpflichtungen heraus, indem sie die Durchlässigkeit der Grenzen für Menschen, Informationen und Meinungen zunehmend aufhob und den Zwangscharakter ihrer kommunistischen Herrschaftsordnung wie auch die Beziehungen zu den Staaten im Westen nicht grundlegend verbesserte. Der Warschauer Vertrag veranschaulicht diese vergeblichen und gescheiterten Hoffnungen des Westens bzw. der Bundesrepublik. Bereitschaft zur Aussöhnung und Entspannung blieben moralische Symbolik, die dürre realpolitische Wirkung des Warschauer Vertrages nach 1970 darf nicht vergessen werden.

Wie sah die oppositionelle Strategie in Sachen Ost- und Deutschlandpolitik auf diesem Hintergrund aus? Welche Möglichkeiten oppositioneller Strategie gab es, um Einfluß auf die Regierung zu nehmen? Zunächst glaubte die CDU/CSU, sie könnte die Regierungsverantwortung bald zurückgewinnen. Die Mehrheitsverhältnisse waren knapp. Deshalb entwickelte sie zunächst eine Strategie, als ob sie es außenpolitisch besser machen könnte und als ob sie bald in die Regierungsverantwortung zurückkehren könnte. Nach der verlorenen Bundestagswahl von 1972 wurde offenkundig, daß das erfolglos blieb.

In diesem Zusammenhang und in diesem Zeitraum wurde erkennbar, daß die Opposition nach 1969 keine geschlossene Gruppierung war. Ich habe seinerzeit fünf unterschiedliche Gruppen in der CDU/CSU unterschieden, heute würde ich eher drei zentrale Gruppen unterscheiden wollen: Eine, die grundsätzlich gegen die Ostpolitik und gegen die Deutschlandpolitik der Bundesregierung in Substanz und Vorgehensweise eingestellt war, eine zweite Gruppierung, die für begrenzte Kooperation und vielleicht sogar für Unterstützung der Regierungspolitik eingestellt war, und drittens eine Gruppe von Unentschlossenen, die im Urteil schwankten. Realistischerwei-

se muß bei dieser Dreiteilung noch weiter differenziert werden, weil die Oppositionspolitiker nicht nur die Ost- und Deutschlandpolitik als Ganzes beurteilten bzw. verurteilten, sondern zu den jeweiligen einzelnen ostpolitischen Schritten und Verträgen der Bundesregierung sehr dezidierte und unterschiedliche, zum Teil widersprüchliche Positionen einnahmen.

Trotzdem: Die große Mehrheit der CDU und CSU war gegenüber den Verträgen skeptisch, kritisch und negativ eingestellt. Viele sahen darin Verrat deutscher Interessen und Verrat am Ziel der Wiedervereinigung. Nur eine kleine Minderheit war entschlossen, sich von ihrem Grundsatz der Abgewogenheit, der sachlichen Aufgeschlossenheit und der Bereitschaft zur Kooperation mit der Bundesregierung in Schlüsselfragen der Entspannungspolitik nicht abbringen zu lassen. Der ehemalige Außenminister Schröder schien bisweilen bereit, schwierige und gewisse Schritte der sozial-liberalen Regierung mittragen zu wollen. Der Bundestagsabgeordnete und spätere Bundespräsident von Weizsäcker spitzte bisweilen entspannungspolitisch den Mund, aber wirklich gepiffen hat er nie (auch wenn er die Dinge heute anders sieht). Nur eine verschwindend kleine Gruppe von CDU-Bundestagsabgeordneten – wie Walter Leisler Kiep, Norbert Blüm, Kurt Biedenkopf und J. B. Gradl – waren zur ostpolitischen Kooperation mit der Bundesregierung bereit. Dominant aber waren die Kritiker der Entspannungspolitik. Dabei wurde mancher Unentschlossene und mancher Taktierer schwer geprüft.

Die Strategie der parlamentarischen Opposition wurde zum dritten beeinflußt durch die Suche nach Verbündeten im innenpolitischen Bereich, z. B. bei den Vertriebenenverbänden. In einer weiteren Strategie konzentrierte man sich auf die Suche nach außenpolitischen Partnern, bei Schlüsselstaaten wie den Vereinigten Staaten und bei christlich-demokratischen oder konservativ-republikanischen Parteien. Es war ab 1969 deutlich zu erkennen, daß die CDU/CSU in den Vereinigten Staaten besonders über republikanische Kritiker und Skeptiker ihre Bedenken gegenüber der Brandt'schen Ostpolitik international zu verbreitern und begründen suchte. Manche Überlegung der CDU/CSU wurde dort in einem weit größeren Maße geteilt, als man damals annahm. Aber offiziell schwieg sich die Regierung Nixon aus.

In den Memoiren von Henry Kissinger wurde ein Jahrzehnt später deutlich, wie er die Opposition einschätzte. Die von der CDU geführten Regierungen zeigten zwar bis 1969 nur ein dünnes Entspannungsprofil, weltanschaulich bestand aber keinerlei Zweifel, daß bei christdemokratischer Führung auch in Zukunft die Bundesrepublik eng an der Seite der USA stehen würde und damit der amerikanische Führungsanspruch im Bündnis kaum in Frage gestellt würde. Kissinger gibt in seinen Memoiren eine knappe Schilderung des politischen Machtverfalls der Christdemokraten in der Bundesrepublik. Seine politische Sympathie für die Unionsparteien schlägt um in Kritik angesichts der immer deutlicher werdenden Ideenlosig-

keit der außenpolitischen Vorstellungen der CDU/CSU: »Die immer noch regierenden christlichen Demokraten hielten jedoch starr an den politischen Maximen der 50er Jahre fest. Ihr an Besessenheit grenzender Eifer, die einmal eingeschlagene Richtung beizubehalten, erregte die Ungeduld einer amerikanischen Regierung, die neue Perspektiven eröffnen wollte und die, von der Richtigkeit ihrer Perspektiven überzeugt, besser mit linken oder wenigstens reformistischen Gruppen umgehen konnte als mit den konservativen christlichen Demokraten, die das Nachkriegseuropa aufgebaut hatten.«⁹

Aber Henry Kissinger kann weder als Anwalt für noch als Kronzeuge gegen die Ostpolitik der Bundesrepublik angeführt werden. Das endgültige Urteil überläßt er der Geschichte: »Das deutsche Problem ist nicht einfach eine Frage der jeweiligen Politik, sondern bedeutet ein Navigieren zwischen der Loyalität zu den westlichen Alliierten und dem historischen Imperativ des Wunsches nach Wiedervereinigung, d. h., ein Navigieren zwischen der Realität der Lage in Zentraleuropa und den Gefahren, die eine unabhängige Politik mit sich bringt... Die Ostpolitik bedeutet die Erkenntnis von Realitäten ... Die formale Politik der Wiedervereinigung und der Nichtanerkennung hätte nicht ewig so weitergehen können, und doch sind keine speziellen Schritte eingeleitet worden, die Ostpolitik in die Tat umzusetzen. Die Ostpolitik war eine sehr mutige Entscheidung – sie war nicht in der ersten Phase problematisch, sondern sie wird es in der nächsten, die jetzt beginnt.«¹⁰

Blieb Kissinger in seiner Einschätzung der neuen Ostpolitik ambivalent, so war die Haltung von Präsident Nixon seinerzeit ebenfalls zurückhaltend. Erst viele Jahre später äußerte sich Präsident Nixon in seinen Memoiren eindeutig: Er erwähnt Bundeskanzler Willy Brandt nicht ein einziges Mal. Das kann wohl kaum als Zustimmung zur Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition gewertet werden. Aber: Zur damaligen Zeit äußerte sich die Regierung Nixon/Kissinger offiziell zur Ostpolitik nicht negativ. Sie widerstand der Versuchung, die Avancen der CDU/CSU aufzugreifen und sich in die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik einzumischen.

Die Strategie der parlamentarischen Opposition bezog sich auch auf die Vermutung, um nicht zu sagen Unterstellung, die SPD führe die Bundesrepublik in eine neutrale Position, kopple das Land von Westeuropa und der atlantischen Allianz ab und fordere gleichzeitig eine gefährliche und illusionäre Auflösung der Blöcke, die in die Neutralität der Bundesrepublik, nicht aber in Wiedervereinigung einmünde. Kurz: Die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel gefährde die Einheit und die Freiheit

⁹ Henry KISSINGER, *Memoiren 1968-1973*, München 1979, S. 109.

¹⁰ Zitiert nach Christian HACKE, »Henry Kissingers Erinnerungen an die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland«, in: *Politik und Kultur* 1981, Nr. 5, S. 34 ff.

der deutschen Nation. Diese Strategie des Verdachts und der Unterstellung erwies sich größtenteils als haltlos.

Die Strategie der CDU/CSU konzentrierte sich besonders auf die staats- bzw. völkerrechtliche Überprüfung der Ostverträge. Hieraus resultierte der Antrag der CSU beim Bundesverfassungsgericht, den Grundlagenvertrag hinsichtlich seiner Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen. Dabei wurden wichtige staats- und völkerrechtliche Präzisierungen und Interpretationen deutlich, aber diese Vorgehensweise dokumentierte auch in der Anfangsphase Ohnmacht und Aufbäumen gegen neue Entwicklungen, die nicht aufzuhalten waren. Ab Mitte der 70er Jahre wurde diese Einstellung modifiziert, die normative Kraft des Faktischen, die Ratifizierung und die realpolitische Wirkung, also die Formel *pacta sunt servanda*, – eine Strategie der außenpolitischen Anpassung –, wurden zwingend. Die Verträge schafften neue außenpolitische Realitäten, die die Opposition, ob sie wollte oder nicht, anerkennen mußte.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre intensivierte Helmut Kohl die entspannungspolitische Anpassung der CDU an die neuen Realitäten. Als Bundeskanzler nutzte er die neue Situation, um mit den Verträgen aktiv zu arbeiten, aber auch, um diese ostpolitisch neu zu interpretieren. Löste der Oppositionsführer Kohl sich von der alten Strategie des Sich-Aufbäumens, so suchte der Bundeskanzler Kohl mit dem Regierungspartner FDP aus macht- und koalitionspolitischen Gründen, aber auch aus sachpolitischer Einsicht eine neue Mischung von Kontinuität und Wandel in der Entspannungspolitik. Wieder einmal hatte die FDP eine wichtige koalitionspolitische und entspannungspolitische Scharnierfunktion übernommen. Sie zwang die CDU/CSU dazu, das entspannungspolitische Erbe der sozial-liberalen Koalition zu respektieren, ja aufzugreifen und damit ein unabdingbares Maß an Kontinuität deutscher Ostpolitik tagespolitisch zu verwirklichen. Unter Helmut Kohl als Bundeskanzler gelangen aber auch neue, überzeugende Initiativen der CDU/CSU in der Deutschlandpolitik, nachdem in der Phase von 1974 bis 1980 die Ansätze zur Normalisierung einer hohlen Formalisierung der Deutschlandpolitik durch die sozialliberale Regierungskoalition weichen mußten. Der Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Güstrow hatte eine kafkaeske Kulisse gescheiterter Deutschlandpolitik geoffenbart. Auch die europäische Konstellation hatte sich gegen Ende der 70er Jahre dramatisch und negativ verändert, die ideologische und machtpolitische Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion nahm zu.

Zur Wirkung der Ostverträge läßt sich bis dahin feststellen:

1. Der Moskauer Vertrag hatte eine große Pilotwirkung für alle folgenden Ostverträge, auch für die Deutschlandpolitik und die Einbindung der DDR in den europäischen Entscheidungsprozeß.
2. Der Warschauer Vertrag war dagegen ungenügend. Er konnte auch bi-

lateral die Verhältnisse kaum verbessern. Die große Leistung der CDU/CSU als parlamentarische Opposition lag Mitte der 70er Jahre darin, von der Bundesregierung Nachbesserungen zu fordern, um dann eine Intensivierung der deutsch-polnischen Beziehungen zu begünstigen. Helmut Schmidt hatte zu optimistische Vorstellungen von kommunistischen Führern, auch von Edward Gierek.¹¹

3. Der Grundlagenvertrag war vermutlich der schlechteste Teil der Ostvertragspolitik. Er wurde von Richard Löwenthal auch dementsprechend heftig kritisiert.¹² Erstaunlicherweise aber haben die Unionsparteien in ähnlicher Weise entscheidende Kritikpunkte nie aufgegriffen: Eigentlich trat eine Verwässerung, ja eine Umkehrung der eigenen regierungspolitischen Maßstäbe ein. Die ursprünglichen Maßstäbe für die Ost- und Deutschlandpolitik waren die 20 Punkte von Kassel von 1970. Punkt 1 bis 19 waren Forderungen, die alle eine umfassende politische und rechtliche Regelung des Innenverhältnisses zwischen Bundesrepublik und DDR anstrebten. Darauf aufbauend und im Anschluß sollten dann beide Staaten ihr Außenverhältnis, also ihre internationale Position neu justieren, besonders durch den Beitritt beider in die Vereinten Nationen. Die Wirklichkeit sah jedoch völlig anders aus: Schon 1972 traten beide Staaten wie geplant der UNO bei, ohne aber die Sachfragen, wie in Punkt 1 bis 19 als Auftrag formuliert, zufriedenstellend zu regeln. Was vorher schon hätte im Innenverhältnis erledigt werden müssen, wurde nun hintenan gestellt. Das ganze Problem der Folgeverträge setzte ein. Sie kamen nur schleppend in Gang, blieben unvollständig, und vor allem versuchte die DDR, sich durch eine Abgrenzungspolitik ständig aus vertragsrechtlichen Verpflichtungen wieder herauszuwinden. Das SED-Regime betrieb Abgrenzungspolitik im doppelten Sinne: Einmal gegenüber der Bundesrepublik und zum anderen grenzte es sich von der eigenen Bevölkerung ab.

Die kurzfristige Wirkung der Ostverträge war also unterschiedlich, aber nicht immer sonderlich eindrucksvoll. Die mittelfristige Wirkung war nicht frei von Enttäuschungen. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre konnten die hohen Erwartungen nicht eingelöst werden. Freizügigkeit blieb einseitig auf das Verhältnis West-Ost begrenzt. Doch die langfristige Wirkung der Ost- und Deutschlandpolitik war von immens positiver Bedeutung. Die moralisch aussöhnende Wirkung, personifiziert besonders in Bundeskanzler Brandt und Außenminister Genscher, war und ist nicht zu überschätzen. Brandts Kniefall im Warschauer Ghetto gehört zu den wenigen symbolischen Akten deutscher

¹¹ Helmut SCHMIDT, *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, Berlin 1990, S. 109.

¹² Richard LÖWENTHAL, »Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik«, in: Richard LÖWENTHAL und Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 480 ff.

Außenpolitik, die den deutschen Versöhnungswillen dokumentieren. Die bilaterale Wirkung des Warschauer Vertrages blieb allerdings – bei nüchterner Betrachtung – sehr begrenzt. Die Ostverträge und die deutschlandpolitischen Verträge wurden deshalb langfristig wichtiger als die kurzfristigen Forderungen nach Freizügigkeit. Das moralische Moment der Aussöhnung, der Mut zur Kodifizierung, zur Bereitschaft, Verträge abzuschließen, hatten ganz entscheidend das entspannungspolitische Terrain und die Bereitschaft in Mittel- und Osteuropa vergrößert, die Vereinigung Deutschlands 1990 zu tolerieren, ja sogar zum Teil nachdrücklich zu begrüßen. Ohne die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Regierungskoalitionen wäre die deutsche Wiedervereinigung 1990 schwer vorstellbar. Dank staatsmännischer Einsichten von Willy Brandt, Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl wurde die Bundesrepublik zur europäischen Entspannungsvormacht.¹³ Kohl modifizierte das wertvolle ostpolitische Erbe der sozial-liberalen Regierungskoalition, setzte neue Prioritäten, während Genscher gleichzeitig als erster die kühnen Perspektiven ins Auge faßte, die sich seit Gorbatschows Machtantritt zu offenbaren begannen. So gesehen wurden die Ereignisse in Deutschland und Europa ab 1989 in einer neuen Mischung von Kontinuität und Wandel Wirklichkeit.

Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, daß die Entspannungspolitik der Bundesrepublik auch über Europa hinaus zum Vorbild für andere geteilte Staaten wurde. Wer Korea oder Taiwan kennt, weiß, daß diese Leistung Deutschlands das Renommee unseres Landes als Zivilmacht und Entspannungsvorbild auf globaler Ebene sichtbar gemacht hat. Selten hat ein Land wie das unsere versucht, einen so zentralen Konflikt wie die Teilung der Nation politisch für die Deutschen konstruktiv zu nutzen und gleichzeitig die Interessen der Nachbarn mit einzubeziehen. Dies ist eine große Leistung, an der auch die CDU/CSU als Oppositionspartei entscheidend Anteil hatte.

Ab Mitte der 70er Jahre und an der Schwelle der 80er Jahre wurde jedoch auch erkennbar, daß viele Befürchtungen der CDU/CSU sich leider bewahrheiteten. Die sowjetische Invasion in Afghanistan, nicht nur das Verhalten der DDR, gefährdete die Ost-West-Entspannung. Durch Vorrüstung, durch Ideologisierung, durch Nichteinhaltung der Verträge, durch Zerren am Berlin-Abkommen, durch Rücknahme von vertraglichen Zugeständnissen, durch Abgrenzung begannen die DDR und die Sowjetunion die Grundlagen der Entspannung zu zerstören.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich für eine Beurteilung der Deutschlandpolitik von CDU und CSU?

1. Die realpolitische Skepsis der Union wurde zum konstruktiven Widerlager der regierungsamtlichen Ostpolitik. Der entspannungspolitische Opti-

¹³ Christian HACKE, *Welmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1988, S. 468.

mismus in der sozial-liberalen Regierungskoalition und vor allem in der SPD wurde durch den Realismus der Opposition glücklicherweise gedämpft.

2. Die Kritik der CDU/CSU am Bahr-Papier bewirkte wichtige Verbesserungen am Text. Die Kritik der CDU/CSU führte dazu, daß die FDP nicht zum entspannungspolitischen Nachwächter wurde, sondern aufmerksam den entspannungspolitischen Optimismus in der SPD beobachtete und bremste.

3. Die Initiative der CDU/CSU zur gemeinsamen Bundestagsresolution bewirkte Aufwertung und Verdeutlichung des Modus vivendi-Charakters der Ostverträge. Immer wieder mahnte die CDU/CSU die Verpflichtung zur Einheit der Nation und zur Wiedervereinigung Deutschlands an.

4. Die Anmahnung der Menschenrechte durch die Union brachte, wie beim Warschauer Vertrag, nicht selten verbesserte Lösungen bzw. Nachbesserungen.

5. Die Forderung der CDU/CSU nach mehr Freizügigkeit und Menschlichkeit verwies immer wieder auf den Kern des deutschen Problems und bewahrte viele in Deutschland vor übertriebenem deutschlandpolitischem Optimismus, vor Verwechslung von Formalisierung und Normalisierung der deutschen Lage.

6. Die kritischen Anmerkungen der CDU/CSU zur Sicherheitspolitik, zur sowjetischen Vorrüstung bewahrten den Westen vor militärischer und politischer Erpreßbarkeit.

7. Die Kritik der Opposition stärkte auch die Verhandlungsposition der Bundesregierung in Moskau und anderswo aufgrund der knappen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse.

8. Die Vertragspolitik der Bundesregierung zeigte aber auch, daß die Möglichkeiten der parlamentarischen Opposition zur Einflußnahme auf die Außenpolitik grundsätzlich gering sind. Kontrolle und Kritik oder die Funktion der Alternative kann bzw. konnte nur angedeutet werden. Der Zwang zur Anpassung an die neuen außenpolitischen Notwendigkeiten wurde realpolitisch zwingend.

Zusammenfassend könnte man zur Ost- und Deutschlandpolitik der 70er Jahre sagen, daß die List der Geschichte sich günstig ausgewirkt hat. Demokratische Außenpolitik hat sich hier als stärker erwiesen als die ideologische Politik der Kommunisten, weil die Grundwerte von Regierungsmehrheit und parlamentarischer Opposition und die Zielsetzung in der Quintessenz letztlich geteilt wurden. Die Unterschiede zwischen Regierung und Opposition lagen weniger im Grundsätzlichen, vielmehr in der Vorgehensweise, in der Wahl der Mittel, in der Frage, wie weit kann man gehen, was ist mutig, was ist waghalsig? Diese Fragen wurden unterschiedlich eingeschätzt und es gibt natürlich das Problem der Opposition in der Opposition, aber auch das Problem der Opposition in der Regierungspolitik. Auf der einen Seite

standen die Realisten, auf der anderen die Utopisten. Brandt, Lafontaine und Bahr repräsentierten oder personifizierten in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine andere Version von Entspannung nach Osten als Helmut Schmidt oder Georg Leber. Beide Flügel blockierten sich am Ende der 70er Jahre gegenseitig. In einem schwierigen machtpolitischen Prozeß der Neuordnung gelang es dann ab Anfang der 80er Jahre mit der neuen Bundesregierung Kohl/Genscher, eine zukunftsträchtige Mischung von Entspannungspolitik zu finden.

Konflikte zwischen Regierung und Opposition waren und sind nicht pathologisch zu sehen. Sie dürfen nicht nur kritisch gesehen werden, sondern auch als Stimulans, als Anregung für überparteiliche Außenpolitik. CDU und CSU haben sich letztlich auch ergänzt, befruchtet zum Wohl des Landes, zur Einheit der Nation, auch wenn das damals nicht immer so zu sehen war. In der Regierungsverantwortung standen zwei Parteien, die glaubten, mit Vehemenz und hoher Anlaufgeschwindigkeit den Primat der Kodifizierung durchsetzen und die Ostbeziehungen neu gestalten zu können. Und in der Opposition stand eine Partei oder eine Parteiengruppierung, die sehr viel stärker mit Vorsicht, mit Rücksicht auf rechtliche, völkerrechtliche und staatsrechtliche Argumente und immer wieder hinweisend auf die Grundprinzipien der Menschenrechte sozusagen als konstruktives Widerlager wirkte. Es ist nicht das 'entweder – oder', es ist nicht eine weiche entspannungspolitische Haltung oder eine harte sicherheitspolitische Position, sondern es sind das Wechselspiel und die Ergänzung beider, die zu optimaler Politik nach Osten beitragen. Alle demokratischen Parteien unseres Landes haben schließlich ostpolitisch gesehen zu Vorteilen und Erfolg beigetragen.

Der Niedergang des Kommunismus liegt zwar zuallererst im kommunistischen System selbst begründet, ohne die Entspannungspolitik der Bundesrepublik im Wechselspiel zwischen Bundesregierung und Opposition wäre jedoch 1989/90 schwer vorstellbar.

Peripetie der Vergangenheitsbewältigung

Die Hakenkreuzschmierereien 1959/60 und das bundesdeutsche Verhältnis zum Nationalsozialismus

Von Manfred Kittel

Am Heiligen Abend 1959 wurde in Köln die erst wenige Monate zuvor im Beisein von Bundeskanzler Adenauer eingeweihte neue Synagoge geschändet. Die Täter hatten die Parole »Deutsche fordern Juden raus« neben Hakenkreuzen an die Wände geschmiert und außerdem ein Denkmal für die Opfer des NS-Regimes besudelt.¹ Schon tags darauf konnten die beiden – bereits vorbestraften – Täter festgenommen werden. Sie gehörten der rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP) an und erklärten, aus Protest gegen das Eindringen von Juden in führende Stellungen der Bundesrepublik gehandelt zu haben. Vom Zeitpunkt des Heiligen Abends versprachen sie sich die »beste Wirkung in der Öffentlichkeit«², womit sie recht behalten sollten. Da sonst kaum etwas von Bedeutung vorgefallen war, gehörten ihnen an beiden Weihnachtsfeiertagen die Hauptsendezeiten des Rundfunks und des Fernsehens und an den folgenden Tagen die Schlagzeilen der Presse.

Die DRP distanzierte sich unverzüglich von der Tat und den Tätern, schloß beide – unter Hinweis auf wiederholte Reisen in die Sowjetzone – von der Partei aus und löste sogar den 30 Mitglieder starken Kreisverband Köln auf. Doch trug dies kaum zur Beruhigung der Lage bei. Aus allen Kreisen der Bevölkerung, des politischen, kommunalen und kulturellen Lebens der Stadt Köln, Nordrhein-Westfalens und der gesamten Bundesrepublik ging eine Flut von Telegrammen und Anrufen bei der Gemeinde der betroffenen Synagoge ein.³ Allen anderen voran brachten der Bundespräsident, der Bundeskanzler und Bundesinnenminister Gerhard Schröder ihre Empörung zum Ausdruck. Schröder bedauerte in der Tagesschau des Deutschen Fernsehens besonders, daß »hier ... gegen den allgemeinen Willen« verstoßen worden sei, »das scheußlichste und unentschuld bare Kapitel der NS-Geschichte durch Wiedergutmachung und Versöhnung« endgültig zu überwinden.⁴

1 Die mit schwarzer Farbe übergossene Inschrift lautete: »Hier ruhen die Opfer der Gestapo. Dieses Mal erinnert an Deutschlands schmachvollste Zeit 1933-1945«.

2 *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 28. Dezember 1959.

3 *FAZ*, 28. Dezember 1959.

4 *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 7. Januar 1960, S. 8143.

Die öffentliche Empörung rief allerdings auch blitzartig Nachahmungstäter auf den Plan.⁵ Bis Ende Januar wurden 470 Fälle registriert. Von den ermittelten Tätern befand sich die Hälfte noch in der Berufsausbildung. Politische und insbesondere antisemitische Motive lagen allerdings nur einem Drittel der Taten zugrunde; die Mehrzahl war auf Rowdytum – nicht selten unter Alkoholeinfluß – zurückzuführen. Die schnellen und strengen Urteile der deutschen Justiz gegen die Akteure der Sudelwelle reichten von Geldstrafen bis zu fast zweijährigem Gefängnis.⁶

Auch das Ausland, vor allem Westeuropa und Skandinavien, wurde von der Woge erfaßt. Doch richtete sich die scharfe und zum Teil diffamierende Kritik der Weltpresse allein gegen die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Kommentatoren des Ostblocks versuchten unter Hinweis auf den »faschistischen« Hintergrund der antisemitischen Vorfälle Mißtrauen gegen Bonn zu schüren.⁷ Im britischen Unterhaus hieß es, die Bundesdeutschen seien immer noch das »gleiche arrogante Herrenvolk wie unter Hitler«.⁸ Ein Labour-Politiker zeigte sich ganz und gar unbeeindruckt von »Adenauers Krokodilstränen der Entrüstung«, weil gerade der Bundeskanzler es sei, der viele »durchaus nicht reuevolle Nazis« in prominente Stellungen gebracht habe.⁹ Tausende britische Studenten unterschrieben Protestresolutionen, und Mitte Januar zogen 20.000 Demonstranten in einem Schweigemarsch an der deutschen Botschaft in London vorüber.¹⁰ In New York kam es zu Kundgebungen vor dem deutschen Konsulat. In Washington mußte Botschafter Grewe ein Memorandum des American Jewish Committee entgegennehmen, das in der Bundesrepublik ein Meinungsklima ausmachte, welches Hitlers Verbrechen bagatellisierte, und eine Wiederaufnahme der Entnazifizierung empfahl.¹¹ Israel zeigte sich in einer Demarche bei der Bundesregierung tief erschüttert. Der Zentralrat der Juden in Großbritannien sah es als erwiesen an, »daß der üble Geist des Nazismus in seinem Ursprungsland immer noch am Werk« sei.¹²

Wenngleich sich die Regierungen im westlichen Ausland mit Äußerungen zurückhielten, war der Druck der dortigen öffentlichen Meinung doch ein Politikum ersten Ranges. Sefton Delmer, der Starreporter des Daily Express,

⁵ Vgl. etwa FAZ, 2. Januar 1960 oder 5. Januar 1960.

⁶ FAZ, 14. Januar und 17. Februar 1960; vgl. auch Hans-Peter SCHWARZ, *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957-1963*, Stuttgart 1983, S. 209.

⁷ FAZ, 7. Januar 1960.

⁸ FAZ, 6. Januar, 14. Januar und 13. Februar 1960.

⁹ *The Times*, 5. Januar 1960, zit. nach: *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 7. Januar 1960, S. 8143.

¹⁰ FAZ, 19. Januar 1960.

¹¹ FAZ, 7. Januar 1960.

¹² FAZ, 12. Januar und 2. Januar 1960.

recherchierte ausdauernd nach Spuren des Antisemitismus in Deutschland. In einem Fernsehfilm mit trommelnden Hitler-Jungen von einst und neo-nazistischer deutscher Jugend anno 1960, den Millionen von Engländern sahen, suchte Delmer mit Interviews zu dokumentieren, daß die deutsche Schuljugend nur über die Hohenstaufen, nicht aber über das »Dritte Reich« unterrichtet werde.¹³ Auch der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, sah große Schwächen im Erziehungswesen der Bundesrepublik. Nichts sei systematisch geschehen, um der deutschen Jugend die Schuld der Vergangenheit bewußt zu machen.¹⁴ Weltweit fragte man sich, ob es in Deutschland überhaupt zu den »braunen Ausschreitungen« hätte kommen können, wenn gegen die getarnten antisemitischen Tendenzen »in der staatlichen Verwaltung, der Justiz und im Unterrichtswesen« vorgegangen worden wäre.¹⁵ Bezeichnenderweise suchte der Strafverteidiger der beiden Kölner Synagogenschänder seine Mandanten dadurch zu entlasten, daß er ihnen vor Gericht die Frage stellte, ob sie in der Berufsschule Geschichtsunterricht gehabt hätten, was beide verneinten.¹⁶

In der Folge erlebte die Bundesrepublik eine Fortsetzung der bildungspolitischen Diskussion, die schon im April 1958 ein Fernsehfilm über das zeitgeschichtliche Wissen der deutschen Schüler ausgelöst hatte. Die Sendung *Hilfer und Ulbricht – Fehlanzeige* hatte niederschmetternd geringe Kenntnisse über die beiden Formen des Totalitarismus auf deutschem Boden aufgedeckt.¹⁷ Die Debatte konzentrierte sich allerdings ganz auf die nationalsozialistische Vergangenheit und deren Bewältigung.

Die Fülle der Resolutionen und Publikationen, die eine bessere Unterrichtung über das »Dritte Reich« forderten, war kaum mehr überschaubar.¹⁸ In der *Frankfurter Allgemeinen* hielt der bekannte CDU-Politiker Franz Böhm ein engagiertes Plädoyer für eine Forcierung des Zeitgeschichtsunterrichts.¹⁹ Auf zahlreichen Lehrer- und Erziehertagungen wurde zunehmend selbstkritisch die Frage gestellt, ob die Eltern, die Lehrer oder die Lehrerausbildungsanstalten am meisten Schuld an der zeitgeschichtlichen Malaise treffe.²⁰ Die Ministerpräsidenten der Länder hielten es für geboten, ihren Kultusministern noch einmal selbst die Anweisung zu geben, den Zeitgeschichtsunterricht zu verstärken.²¹ Auf der Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister Mitte Februar 1960 ging es zentral um die Behandlung der jüngsten

13 FAZ, 20. Januar 1960.

14 FAZ, 25. Januar 1960.

15 *Baseler Nachrichten*, zit. nach: FAZ, 5. Januar 1960.

16 FAZ, 6. Februar 1960.

17 *Rheinischer Merkur*, 22. Mai 1959.

18 Vgl. *Christ und Welt*, 9. Juli 1959.

19 FAZ, 9. Juni 1959.

20 Vgl. *Allgemeine Wochenzeitung der Juden*, 19. Juni 1959.

21 *Christ und Welt*, 21. Januar 1960.

Vergangenheit im Geschichts- und gemeinschaftskundlichen Unterricht. Dabei beschlossen die Minister, von den künftigen Lehramtsprüflingen aller Schularten den Nachweis fundierter Kenntnisse des Nationalsozialismus zu verlangen. Neue Lehrstühle für Politische Wissenschaften und präzise Auflagen für den zeitgeschichtlichen Bestand der Lehrer- und Schülerbüchereien sollten den Maßnahmenkatalog ergänzen.²²

Zuweilen nahm die Debatte fast irrationale Züge an. So erklärte der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger den schlechten Besuch einer Veranstaltung zur Woche der Brüderlichkeit, bei der er als Hauptredner auftrat, schlichtweg zum Symptom dafür, daß »die Menschen die Vergangenheit mit ihren grausamen Massenmorden aus dem Bewußtsein verdrängen« wollten.²³ Im Ansatz ähnlich wie nach dem Fernsehfilm *Hitler und Ulbricht – Fehlanzeige*, im Umfang jedoch gesteigert, griff nach den Kölner Schmierereien in der deutschen Öffentlichkeit das Bewußtsein Platz, man habe etwas versäumt, wozu die teils weit überzogenen Angriffe der ausländischen Presse nicht unerheblich beitrugen. Moderate Äußerungen des früheren Hochkommissars Kirkpatrick etwa oder der *Times*²⁴ fielen gegenüber der Germanophobie des *Daily Express*, dem die Zwischenfälle gerade recht kamen, um »mit blinder Wut aufs neue zu behaupten, es lohne sich nicht, zwischen Deutschen und Nazis zu unterscheiden...«²⁵, kaum ins Gewicht. »Es wird lange dauern, ehe der Schatten der Gaskammern von unserem Land weicht...«, begannen die Deutschen nun schockartig zu erkennen: »Das Mißtrauen der Völker gegen uns ist riesengroß.«²⁶

Wenn zunehmend auch westliche Presseorgane mit Hinweis auf die nationalsozialistischen Verbrechen Mißtrauen gegen die Deutschen schürten, so hing dies auch mit der internationalen Entwicklung im Kontext der zweiten Berlin-Krise zusammen, die seit Chruschtschows Ultimatum Ende 1958 andauerte. Ließ sich das deutsche Schuldgefühl nicht gegen die feste Haltung der Bundesregierung in der Frage der Wiedervereinigung einsetzen? Statt Westdeutschland zu säubern, so brachte es der sozialistische *Daily Herald* auf den Punkt, würde Adenauer nach jeder Gelegenheit greifen, Gipfelgespräche zu erschweren und den Kalten Krieg in Gang zu halten.²⁷ Könnte man nicht auch ohne Fortschritte in der deutschen Frage zu einer Entspannung des Ost-West-Konfliktes kommen?

22 *Bulletin der Bundesregierung*, 18. Februar 1960, S. 330.

23 *FAZ*, 14. März 1960.

24 Wobei aber selbst die »auf tiefgefrorenes Temperament geeichte« *Londoner Times* meinte, daß die antisemitischen Taten dazu dienen könnten, »alle Beteuerungen zu bestreiten, daß Deutschland seine Vergangenheit überwunden habe ...«; zit. nach: *Kölner Stadianzeiger*, 30. Dezember 1959.

25 *Kommentar in der FAZ* vom 6. Januar 1960; vgl. auch *FAZ*, 20. Januar 1960.

26 *Christ und Welt*, 28. Januar 1960.

27 Zit. nach: *FAZ*, 14. Januar 1960.

Da das offizielle Bonn erkannte, welche gefährliche Stimmung sich auch im verbündeten Ausland zusammenbrauen könnte, wenn die Bewältigung der NS-Vergangenheit nicht noch energischer und nach außen hin sichtbar vorangetrieben würde, verzichtete man sogar darauf, die handfesten Anhaltspunkte für eine – heute als erwiesen geltende – kommunistische Steuerung der antisemitischen Sudelwelle allzu sehr herauszustellen.²⁸ Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß lag ein Bericht über eine ZK-Sitzung der SED von Anfang 1959 vor, bei der der Einsatz von Aktionskommandos zur planmäßigen Schändung jüdischer Kultstätten besprochen worden war.²⁹ Veröffentlichungen über antisemitische Strömungen seien besonders geeignet, das Ansehen der Bundesrepublik herabzusetzen, hieß es in dem Bericht. Auch ließ die Häufung der Fälle in Berlin auf Verbindungslinien zu sowjetzonalen Drahtziehern schließen. Die Verhaftung von Hakenkreuzschmierern, die kommunistischen Organisationen angehörten und an Lagern der FDJ teilgenommen hatten, deutete ebenfalls auf Maßnahmen der psychologischen Kriegsführung seitens des Sowjetblocks hin.³⁰

Die Medien des Warschauer Paktes führten eine regelrechte Hetzkampagne, die in einem Artikel der *Iswestija*, dem amtlichen Organ der Sowjetregierung, gipfelte. Das Blatt behauptete, die im Gästebuch der Washingtoner Nationalgalerie neben der Unterschrift von Bundeskanzler Adenauer angebrachten Hakenkreuze könnten von ihm selbst stammen. Ebenso bodenlos waren die plötzlich erhobenen Vorwürfe gegen die von deutschen Behörden seit längerem geübte Praxis, Urkunden auch mit Emblemen des Dritten Reiches deutschen Repatrianten in der UdSSR zuzuleiten, damit diese ihre deutsche Staatsangehörigkeit dokumentieren konnten. Die Weiterleitung einer solchen Urkunde durch das Auswärtige Amt wurde von der sowjetischen Propaganda als Indiz für die Fortsetzung der Hitler-Politik gewertet.³¹

Als der polnische Parteisekretär Gomulka und der tschechoslowakische Außenminister David in der UN-Vollversammlung neue Anschuldigungen erhoben, nahmen der griechische, der niederländische und der belgische Außenminister die Bundesrepublik als »wertvollen Partner unserer gemeinsamen Bestrebungen für die friedliche Zusammenarbeit unter den Völkern« in Schutz. Der Belgier Wigny verwies auf die Kronzeugenschaft seines von deutschen Truppen zweimal besetzten Landes und äußerte sich überzeugt, daß »ein neues Deutschland entstanden« sei. Nicht die Bundesregierung,

28 Vgl. Hans-Peter SCHWARZ (zit. Anm. 6) S. 208ff.

29 FAZ, 20. Januar 1960.

30 Vgl. die Ausführungen von Bundesinnenminister Schröder, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 3. Wahlperiode 1957. Stenographische Berichte*, 18. Februar 1960, S. 5575, sowie *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 20. Januar 1960, S. 8167.

31 *Bulletin der Bundesregierung*, 5. April 1961, S. 621, und 6. April 1961, S. 635.

sondern der Osten habe eine einseitige Änderung des Status von Berlin vorgeschlagen.³²

Die freundlichen Urteile der westlichen Regierungen waren wohl auch auf die eindeutigen Reaktionen zurückzuführen, die es bei den Westdeutschen nach den Hakenkreuzschmierereien gegeben hatte. Mehrfach versicherte die Bundesregierung der Weltöffentlichkeit, daß nirgendwo »die Empörung über die Freveltaten so intensiv und allgemein ist wie gerade in der Bundesrepublik«. Das Bundeskabinett bat zudem den Bundestag, das ihm schon im März 1959 zugeleitete »Gesetz gegen Volksverhetzung« nun baldigst zu beschließen.³³ Doch konnten die Sozialdemokraten ihre allgemeinen rechtspolitischen Bedenken gegen die geplante Mindesthaftstrafe von drei Monaten bei antisemitischen Äußerungen auch nach dem Kölner Ereignis nicht überwinden. Der Generalsekretär des Zentralrates der Juden, Hendrik G. van Dam, wollte ebenfalls keinen »Naturschutzpark für Juden«.³⁴

Daß der Kanzler sich als »besonders befugt« erachten konnte, zu den antisemitischen Vorfällen Stellung zu nehmen, war dabei ein glücklicher Umstand. In einer Rundfunk- und Fernsehansprache verwies Adenauer darauf, daß er und seine Familie Opfer des Nationalsozialismus geworden seien. Er hatte schließlich auf der »Todesliste« der Nationalsozialisten gestanden; während des »Dritten Reiches« war ihm von Juden aus finanzieller Bedrängnis geholfen worden. Auch der größere Teil des deutschen Volkes, so hielt Adenauer den Zweiflern im Ausland entgegen, habe dem Nationalsozialismus nur unter dem harten Zwang der Diktatur gedient; eine Wurzel habe der Nationalsozialismus im deutschen Volke nicht.³⁵

Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt erinnerte im Abgeordnetenhaus an die Millionen Morde in den Gaskammern und Vernichtungslagern, die »im Grunde ungesühnt geblieben« seien.³⁶ Auch im nordrhein-westfälischen Landtag einigten sich Regierung und Fraktionen auf eine gemeinsame Resolution.³⁷ Die Abgeordneten im Bayerischen Maximilianeum nahmen stehend eine Erklärung ihres Präsidenten, Hans Ehard, entgegen³⁸, und im Saarland entschlossen sich Parteien und Jugendverbände zu einem Fackelzug auf das ehemalige Konzentrationslager »Goldene Bremm«.³⁹

Der EKD-Ratsvorsitzende Dibelius verurteilte die Ausschreitungen in einem Telegramm an den israelischen Ministerpräsidenten, David Ben Gurion,

32 *Bulletin der Bundesregierung*, 8. Oktober 1960, S. 1835.

33 *Bulletin der Bundesregierung*, 7. Januar 1960, S. 8143.

34 *Die Zeit*, 19. Februar 1960.

35 Zit. nach *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 16. Januar 1960 S. 8159.

36 *Die Welt*, zit. nach *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 7. Januar 1960, S. 8144.

37 *FAZ*, 13. Januar 1960.

38 *FAZ*, 15. Januar 1960.

39 *FAZ*, 18. Januar 1960.

und übermittelte eine EKD-Spende in Höhe von 100.000 Mark. Die Gewerkschaftsjugend und die Landesjugendringe legten Kränze nieder und riefen zu Spenden für Israel auf.⁴⁰ Studenten in der ganzen Bundesrepublik von Bonn bis Berlin veranstalteten zum Jahrestag der NS-Machtergreifung am 30. Januar 1960 Kundgebungen, auf denen sie zusammen mit ihren Professoren gegen die antisemitischen Ausschreitungen protestierten.⁴¹ Bundespräsident Heinrich Lübke besuchte demonstrativ ein jüdisches Altersheim in Berlin. Die am stärksten beachteten Zeichen setzte jedoch der Kanzler selbst. Mitte Januar kam er mit dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, zu einer Aussprache in Bonn zusammen, in deren Folge wenige Wochen später ein gemeinsamer Besuch der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen stattfand. Bei der Mahnfeier mit einer in Bergen-Belsen weilenden Delegation holländischer Juden versicherte Adenauer, daß Deutschland in der Erziehung der Jugend alles tun wolle, damit sich »die Ereignisse wie zur nationalsozialistischen Zeit nicht mehr wiederholen...«.⁴² Die Glaubwürdigkeit des Kanzlers in dieser Frage war so groß, daß bedeutende jüdische Persönlichkeiten zu der Einschätzung gelangten, solange Adenauer regiere, hätten die Juden in Deutschland nichts zu fürchten.⁴³

Als der Deutsche Bundestag am 18. Februar 1960 über die Vorfälle debattierte, markierte dies eine Zäsur in der Auseinandersetzung um die nationalsozialistische Vergangenheit. Zwar hatte das Parlament seit seiner ersten Sitzung 1949 immer wieder ausgiebig über das »Dritte Reich« und seine Folgen für die Politik der Bundesrepublik beraten, doch war das nie in einer so dezidiert defensiven Weise geschehen, wie es sich nun zu Beginn der sechziger Jahre abzeichnete. Selbst im Januar 1959, anlässlich einer großen Justizdebatte nach einer Reihe früherer antisemitischer Vorfälle, hatte es die Regierung noch nicht für nötig befunden, ausführlich ihre gesamten Anstrengungen zur Bewältigung der Vergangenheit seit 1949 darzustellen. Dies war im Ergebnis des Kölner Ereignisses alles anders geworden.

Nun veranlaßte die im In- und Ausland bohrend gestellt Frage nach dem politischen Nährboden, dessen Schichten womöglich tief in die NS-Vergangenheit hinabreichten, Bundesinnenminister Schröder – in Vertretung des erkrankten Bundeskanzlers – zu grundsätzlichen Ausführungen darüber, was

40 *Süddeutsche Zeitung*, 1. Februar 1960, und *FAZ*, 9. Februar 1960.

41 In Bonn sprachen beispielsweise die Professoren Bracher und Iwand; vgl. *FAZ*, 27. Januar, 19. Januar und 1. Februar 1960.

42 *FAZ*, 3. Februar, 4. Februar und 19. Januar 1960; vgl. auch Konrad ADENAUER, *Teegespräche 1939-1961*, hrsg. von Rudolf MORSEY und Hans-Peter SCHWARZ, Berlin 1988, S. 191 und S. 175-177.

43 Carlo Schmid nahm im Rahmen einer Bundestagsdebatte an diesem Urteil Anstoß: »Die Demokratie in Deutschland ruht nicht nur auf seinen zwei Augen«; *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5584.

»bei der Unterrichtung der deutschen Jugend über Schuld und Verhängnis des Dritten Reiches« versäumt und was an Aufklärung vor allem seitens des Bundes geleistet worden sei. Neben der Arbeit des Instituts für Zeitgeschichte nannte Schröder detaillierte Beispiele aus den Massenveröffentlichungen der Bundeszentrale für Heimatdienst: Sonderbeilagen – auch in Kunden- und Sportzeitschriften – über die Geschichte des Judentums in einer Auflage von rund einer Million, Sonderseiten des *Katholischen Lesebogens* und der *Neuen Bildpost* in Auflagen bis zu einer halben Million, Lesezirkel-Veröffentlichungen zum Thema »Vorurteile« in Auflagen bis zu 300.000 Stück, Herstellung und Verbreitung einer Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema »Reichskristallnacht« sowie die Verbreitung der Dokumentarfilme *Nacht und Nebel*, *Kz-Schergen*, *In jenen Tagen*, *Land und Volk Israel*.⁴⁴

Die Abgeordneten schienen zu spüren, wie sich ein Paradigmenwechsel⁴⁵ in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland vollzog. Ausgerechnet der Sprecher der Deutschen Partei, die eher als Apologet der Verdrängungsmentalität galt, verlieh diesem Gefühl Ausdruck und verwies darauf, daß sich der Bundestag »heute an sich das erste Mal« freimütig über die »Bewältigung unserer Vergangenheit« ausspreche.⁴⁶ Der SPIEGEL versuchte, sich an die publizistische Spitze der Bewegung zu setzen, und forderte, »die Nazis aus der Regierung« zu werfen, dann die »Blut-Richter« zu pensionieren und schließlich die Rinnsteine zu säubern.⁴⁷ Die »Frankfurter Allgemeine« bot in ihren »Dokumenten der Zeit« einem »paradigmatischen« Vortrag breiten Raum, den die Leiterin der Londoner Zentralstelle für wissenschaftliche Erforschung des nationalsozialistischen Antisemitismus, Reichmann, auf einer Kundgebung in Bonn gehalten hatte.

Reichmann zweifelte daran, ob die geistige Elite in Deutschland für das ganze Volk spreche, oder ob dessen überwältigende Mehrheit nicht lau »im Banne von Schuld und Gleichgültigkeit«⁴⁸ verharre. Die als typisch für die meisten Nationen erkannte Gleichgültigkeit der Massen wollte Reichmann den Deutschen, »nachdem, was geschehen ist«, nicht zubilligen. Es hätte vielmehr eine »Revolution des Geistes, eine radikale Umwertung sittlicher und politischer Maßstäbe« geben müssen; und wenn Deutschland schon unbegabt zur Revolution sei, dann hätte eben, wie damals bei Stein und

44 *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5576.

45 Den Begriff des »Paradigmenwechsels« verwenden wir nicht in strenger Anlehnung an den von Thomas S. KUHN (*Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt/M. 1988) geprägten Terminus. Vielmehr bezeichnen wir damit den Wandel von politischen Mentalitäten und Verhaltensmustern in einer Gesellschaft.

46 *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5596.

47 *Der Spiegel*, 13. Januar 1960.

48 So der Titel des abgedruckten Vortrages, in: *FAZ*, 23. März 1960; siehe auch *FAZ*, 14. März 1960.

Hardenberg, eine »Revolution von oben« stattfinden sollen. Da der Umbruch nach 1945 in Reichmanns Augen weder personell noch sachlich radikal genug erfolgte, sei der »Bann der Schuldverstrickung« bis heute nicht gebrochen.

Die eigentümliche Metaphorik solcher Urteile war zugleich charakteristisch für ihre Metaphysik. Die Unsicherheit gegenüber einer unfaßbaren Vergangenheit, die eine Schicht mit besonderem intellektuellen Anspruch eben nicht so banal und pragmatisch »bewältigen« – respektive verdrängen – wollte wie die vermeintlich gleichgültigen Massen, sondern »irgendwie« anders, diese Unsicherheit führte schließlich ins Übersinnliche oder einfach ins Nebulöse. Spuren der schon seit 1945 zu beobachtenden und vielleicht auch sehr deutschen Metaphysik der »Vergangenheitsbewältigung« ließen sich ab Ende der 1950er Jahre verstärkt finden.

Diese metaphysische »Vergangenheitsbewältigung«, deren Wirkungen den Paradigmenwechsel 1959/60 begünstigten, durchzog im Februar 1960 weite Strecken der Bundestagsdebatte zu den antisemitischen Ereignissen. Die FDP-Politikerin Lüders etwa zeigte sich erschüttert darüber, »was wir selber in den vergangenen Jahren – trotz aller Bemühungen – versäumt haben«, und zwar, wie sie meinte, nicht aus Feigheit, sondern aufgrund einer tiefen Scham, einer erklärlichen, aber unbeschreibbaren inneren Scheu.⁴⁹ Dabei berief sich Lüders charakteristischerweise auf ihr Gefühl, denn der Verstand habe mit diesen Dingen wenig zu tun. Ähnlich appellierte der Sozialdemokrat Carlo Schmid an die Deutschen, sich Klarheit darüber zu verschaffen, was sich »in jenen Vorgängen – trotz des einmütigen Nein der größten Zahl der Deutschen dagegen – ausdrückt, ausdrückt vor allem in den Bezirken des Unbewußten.«⁵⁰ Auch außerhalb des Parlamentes schien es vielen, als sei der Nationalsozialismus zwar aus Politik und Weltanschauung verschwunden, »dafür aber in den Keller menschlicher Seelenkomplexe hinabgestiegen.«⁵¹

Daß die antisemitischen Ereignisse nicht auf einer politischen Einstellung, »nicht auf einer Organisierung, sondern auf dem so unseligen Nicht-wissen-Wollen und Schweigen« beruhten, wurde infolgedessen zu einem schwer zu greifenden, aber auch schwer zu widerlegenden Erklärungsmodell. Sprecher der Regierungsfractionen griffen darauf ebenfalls gerne zurück, da es schließlich keine direkte Schuldzuweisung an die Exekutive enthielt, sondern die Verantwortung für das Geschehene generalisierte und der anonymen Gesellschaft zuschob.⁵² Auf diesem Boden konnte nun der Weizen der

49 *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5588.

50 Ebd. S. 5582.

51 So etwa Dekan Langenfaß, zit. nach: *Süddeutsche Zeitung*, 14. März 1960.

52 *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5587 (Wilhemi, CDU), S. 5588 (Lüders, FDP) und S. 5579 (Bundesinnenminister Schröder).

Psychologen und Soziologen blühen – mit langfristigen Rückwirkungen auf das politische Klima der Bundesrepublik, wie sie sich damals allerdings nur wenige vorstellen konnten.

Zur Verdammung des allgemeinen »Nicht-wissen-Wollens« und »Schweigens« gehörte auch die rapide Zunahme individueller Schuldbekennnisse: »Wir müssen deshalb immer wieder sagen, daß wir uns dessen schämen, was in unserem Volk in jenen Jahren geschehen ist. Wir schämen uns unabhängig davon, was wir getan, welchen Widerstand, oder ob wir gar keinen Widerstand geleistet haben.«⁵³ Zwar waren derlei Äußerungen alles andere als neu – Theodor Heuss hatte schon zu Beginn der fünfziger Jahre sehr beeindruckend von der deutschen »Kollektivscham« gesprochen, und seine Gedanken waren immer wieder aufgegriffen worden –, doch gewann die metaphysisch aufgeladene »Vergangenheitsbewältigung« nun rasch eine Eigendynamik. Selbst Politiker der Deutschen Partei spekulierten öffentlich darüber, ob durch die antisemitischen Vorfälle »vielleicht ...auch mancher, der in unserem Wirtschaftswunder allzu schläfrig dahindämmert«, wieder Gelegenheit erhielt, »sich zu erinnern, was einmal war und wohin es trieb.«⁵⁴

Die ganze Eigentümlichkeit der Diskussion läßt sich wohl nur mit dem Exzeptionellen der Vergangenheit erklären, um die es dabei ging. Daß es die Nationalsozialisten verstanden hatten, fast alle Bewohner des deutschen Territoriums in »organisierte Schuld« zu verstricken, die inneren Emigranten nicht viel weniger als die Mitläufer und Parteimitglieder, erklärte für Hannah Arendt auch die »dem Außenstehenden so auffällige tiefe Ungeschicklichkeit« der Deutschen, sich in einem Gespräch über die NS-Vergangenheit zu bewegen.⁵⁵ Arendts Analyse läßt erkennen, wie tief die von Karl Jaspers schon 1945/46 beschriebene »metaphysische Schuld« von den Deutschen gefühlt, zumindest aber von ihren demokratisch gewählten Repräsentanten und ihren Medien artikuliert wurde: »Wenn es geschieht und wenn ich dabei war und wenn ich überlebe, wo der andere getötet wird, so ist in mir eine Stimme, durch die ich weiß: daß ich noch lebe, ist meine Schuld.«⁵⁶

Metaphysische Schuld und Metaphysik der »Vergangenheitsbewältigung« müssen zusammen gesehen werden.⁵⁷ Unsere Anmerkungen zur Metaphysik

53 Ebd. S. 5587; vgl. auch den kritischen Kommentar Dolf Sternbergers über »Lehmans Unbefangenheit«, in: FAZ, 4. Januar 1960.

54 *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5592 (Schneider, DP).

55 Hannah Arendt, hier zit. nach der Schröder-Rede, *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5579.

56 Vgl. die Heidelberger Vorlesungsreihe über »Die geistige Situation in Deutschland«, in: Karl JASPERS, *Hoffnung und Sorge. Schriften zur deutschen Politik 1945-1965*, München 1965, S. 77ff. und S. 92ff.

57 Vgl. auch Peter REICHEL, »Vergangenheitsbewältigung als Problem unserer politischen

einer sich verselbständigenden »Vergangenheitsbewältigung« dürfen jedoch nicht mit genereller Kritik an der durch metaphysische Schuldgefühle ausgelösten Diskussion verwechselt werden. Diese hatte gewiß ihren moralischen und politischen Stellenwert 1960 ebenso wie 1945 und in den Jahren danach. Die Einwände gründen vielmehr auf dem Wissen, daß das seit dem Paradigmenwechsel 1959/60 atemberaubend schnell wachsende Schuldgefühl so übermächtig wurde, daß es in wichtigen Teilen der meinungsbildenden Medien auch noch die letzten Residuen des deutschen Nationalgefühls aufzehrte, die vom Kommunismus ausgehenden Gefahren bagatellierte und maßgeblich zur Verdrängung der totalitären Gegenwart in der DDR beitrug. Denn war es, wenn das Deutsche Reich aufgrund singulärer deutscher Schuld zerbrochen war, nicht auch ein »Erfordernis geläuterter politischer Moralität«, die widrigen (deutschlandpolitischen) »Realitäten« anzuerkennen⁵⁸ und sich mit der Sowjetisierung halb Europas zu abzufinden?

Die Kritik an den schädlichen Folgen des Paradigmenwechsels dürfte nicht so deutlich ausfallen, wäre sie nicht bereits von hellstichtigen Zeitgenossen 1960 geäußert worden. Vor allem in den Traditionsräumen des vielgescholtenen national-konservativen Protestantismus wurde ein »gesundes, von Übertreibungen gereinigtes nationales Selbstgefühl« als Voraussetzung einer stabilen Demokratie begriffen und deshalb bedauert, daß die ausschließliche Orientierung am »Schrecken von gestern... unser Geschichtsbild über die unmittelbaren Folgen des ... Nationalsozialismus hinaus« noch weiter demontiere.⁵⁹ Aber auch katholische Unionspolitiker, an ihrer Spitze Konrad Adenauer, beklagten diesen zunehmenden Mangel an Nationalgefühl.⁶⁰

Der Wunsch jedoch, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten, »gewisse Mißgriffe« der pädagogischen »Umerziehung« der Besatzer nicht zu wiederholen und den »Gesamtzusammenhang der deutschen Geschichte«⁶¹ nicht verloren gehen zu lassen, sollte sich nicht erfüllen. Statt dessen schrumpften Jahrhunderte deutscher Geschichte zur Prähistorie der nationalsozialistischen Epoche zusammen und interessierten viele nur noch als Vorgeschichte zu Auschwitz. Ließ das zunehmende Schuldgefühl die einst machtbesessenen Deutschen aber nun nicht machtvorgessen und außenpolitisch vielleicht erpreßbarer werden, als sie es ohne Souveränität bis 1955 während Adenauers

Kultur«, in: Jürgen WEBER und Peter STEINBACH (Hrsg.), *Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? NS-Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1984, S. 150: »Mit ausdrücklichem Bezug auf den moralischen und metaphysischen Schuldbegriff sucht der erweiterte Begriff von Vergangenheitsbewältigung ... in der politischen Kultur nach Spuren bzw. Defiziten entsprechender Bewußtseinszeugnisse und Verhaltensformen.«

58 Vgl. hierzu auch SCHWARZ (zit. Anm. 6) S. 311.

59 *Christ und Welt*, 7. Januar 1960.

60 ADENAUER, *Teegespräche* (zit. Anm. 42), S. 355ff.

61 »Es ist zu wenig geblieben, um der Nation nicht alles zu bewahren, was ihr Wesen ausmacht«; *FAZ*, 16. Januar 1960.

Kanzlerschaft gewesen waren? Jedenfalls begannen die Deutschen in ihrer »schrecklichen Verlegenheit«⁶² eigenhändig einen Kreidekreis der Befangenheit um sich herum zu ziehen. Obwohl »jeder einigermaßen informierte Mensch«⁶² wußte, daß aus den Hakenkreuzschmierern »keine Schlüsse auf die deutsche Mentalität«⁶² gezogen werden konnten, »sagt(e) sich jeder, daß dies nicht auf deutschem Boden passieren durfte. Nach Auschwitz, Maidanek und den anderen Schreckensorten...«⁶².

Die deutsche Politik tat sich schwer, auf die epidemischen Hakenkreuzschmierereien angemessene Antworten zu finden, die im In- und Ausland als Zeichen einer – vermeintlich notwendigen – Läuterung der Bundesrepublik Deutschland in puncto »Vergangenheitsbewältigung«⁶² akzeptiert werden würden. Nachdem die Sozialdemokraten das von der Bundesregierung vorgeschlagene Gesetz gegen Volksverhetzung und antisemitische Äußerungen nicht mittrugen, richtete sich das Interesse zeitweilig auf ein Verbot der neonazistischen DRP, aus deren Dunstkreis einige der Täter hervorgegangen waren. Da Bundesinnenminister Schröder jedoch schon bisher mehr Geld zur Beobachtung dieser Splitterpartei ausgab, als die DRP für ihren ganzen Apparat überhaupt zur Verfügung hatte, betrachtete er ein Verbotsverfahren als unzweckmäßig. Die Aktivitäten der DRP wurden vom Bundesinnenministerium ohnehin voll überblickt, ein Verbotsantrag hätte ihr nur eine weit überproportionale Publizität verschafft.⁶³

Ließ sich bei den strafrechtlichen Schritten kein Konsens herstellen, so waren sich die demokratischen Parteien in den psychologisch-pädagogischen Maßnahmen der zu intensivierenden »Vergangenheitsbewältigung«⁶² weitgehend einig. Gewiß hatten zeitgenössische Beobachter wie Klaus Harpprecht schon im Mai 1959 im Zuge der Antisemitismus-Diskussion auf einen mehr als zehnjährigen »Erziehungsprozeß«⁶² in der Bundesrepublik zurückgeblickt und befunden, daß während der Ära Adenauer kaum ein Tag ins Land gegangen sei, an dem nicht ein Politiker, ein Wissenschaftler, eine Zeitung, eine Rundfunkstation oder eine religiöse Gemeinschaft an das Gewissen der Deutschen appelliert hätte.⁶⁴ Doch nun mußte wohl zur höheren Motivation der (außen)politisch-pragmatisch als notwendig erachteten weiteren Intensivierung der »Vergangenheitsbewältigung«⁶² so getan werden, als ob es die geschlossene Front der öffentlichen Meinung in dieser Sache vorher gar nicht gegeben hätte.

Dem Bundesminister für Familien- und Jugendfragen, Franz Josef Wuermeling, hatten die »ernsten Vorkommnisse«⁶² seit dem Kölner Ereignis deutlich gezeigt, daß das Wort von der unbewältigten Vergangenheit nicht nur

62 FAZ-Kommentar, 28. Dezember 1960.

63 Vgl. SCHWARZ (zit. Anm. 6) S. 210.

64 Klaus Harpprecht, in: *Der Monat* 128/13 (Mai 1959), S. 19.

ein Schlagwort war, sondern »tatsächlich eine gewisse innere Berechtigung« hatte, weil »manche Deutsche, darunter auch junge Menschen, die in der Epoche von 1933 bis 1945 begangenen Schändlichkeiten und Unmenschlichkeiten nicht sehen« wollten. Angesichts der Schatten von Auschwitz und Buchenwald hatten die Deutschen, nach Ansicht Wuermelings, jedenfalls kein Recht, die Vorfälle »lediglich als dumme Jungenstreiche abzutun.« Der CDU-Minister räumte ein, es sei während der vergangenen Jahre im Bereich der politischen Bildungsarbeit viel geschehen, aber es bleibe trotzdem »noch viel zu tun.«⁶⁵ Im Bundesjugendplan wurden dann auch folgerichtig die Mittel für die politische Bildungsarbeit erhöht.

Der Bundesjugendring, der sechs Millionen deutsche Jugendliche von der kirchlichen bis zur Gewerkschaftsjugend vertrat, war indes von den Schmierereien, dem »Werk von Einzelgängern«, bereits abgerückt und hatte der Weltöffentlichkeit bedeutet, wie ernsthaft die jungen Deutschen in den vergangenen Jahren »um die Überwindung der nazistischen Vergangenheit bemüht« gewesen waren: Dafür hätten immer wieder Tausende von jungen Menschen an den Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts, insbesondere in den ehemaligen Konzentrationslagern, öffentlich Zeugnis abgelegt.⁶⁶ Auch im August 1960 beteiligten sich Tausende junger Katholiken an einer »Sühnewallfahrt« nach Dachau, um damit erneut den Willen der Jugend zu bekunden, Sühne für die Untaten zu leisten, die »gewissenlose Männer aus unserem Volk an unschuldigen Menschen begangen« hatten.⁶⁷

Adenauer selbst sah sich im Zuge des Eichmann-Prozesses 1961 abermals veranlaßt, ein grundsätzliches Bekenntnis zur »Vergangenheitsbewältigung« abzulegen. Denn schon seit Mai 1960, als der für die Ausführung der »Endlösung« verantwortliche SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann vom israelischen Geheimdienst aufgespürt und verhaftet worden war, richteten sich die Blicke der Weltöffentlichkeit wieder mit besonderer Schärfe auf die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte. Das Verfahren gegen Eichmann füllte über zwei Jahre lang die Spalten der internationalen Presse. Für die Bereitschaft des israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion – nach einem Gespräch mit Adenauer in New York –, der außenpolitisch in Mißkredit geratenen Bundesrepublik demonstrativ zur Seite zu stehen, zahlte Bonn einen finanz- und militärpolitischen Preis: Auch nach Ablaufen des Wiedergutmachungsabkommens 1964, so Adenauers Zusage, sollte sich die Bundesrepublik an der Entwicklung Israels beteiligen und darüber hinaus

⁶⁵ *Bulletin der Bundesregierung*, 16. Februar 1960, S. 306, sowie 21. Januar 1960, S. 110.

⁶⁶ *Bulletin der Bundesregierung*, 9. Januar 1960, S. 45.

⁶⁷ Auf dem KZ-Gelände weihte der Münchner Bischof Neuhäusler, früher selbst Häftling des Lagers, ein von deutschen Katholiken errichtetes Ehrenmal ein. Die Kapelle für die 30.000 ermordeten Gefangenen trug den Namen »Todesangst Christi«. Vgl. *Bulletin der Bundesregierung*, 2. August 1960, S. 1407.

geheime Waffenlieferungen leisten.⁶⁸ Wenige Tage vor Prozeßbeginn im April 1961 wies Ben Gurion dann darauf hin, daß die jungen Deutschen nicht für Untaten von Angehörigen der älteren Generation verantwortlich gemacht werden könnten.

Adenauer bedankte sich öffentlich für diese Unterstützung und äußerte in einer vielbeachteten Fernsehklärung den Wunsch, daß die volle Wahrheit ans Licht kommen möge: Alle Deutschen seien nach dem Zusammenbruch 1945 von Scham und Sorge erfüllt gewesen, »weil nunmehr zum ersten Male uns, dem deutschen Volk, der furchtbare Abgrund des Nationalsozialismus zum Bewußtsein kam.« Heute, 1961, indes gebe es im moralischen Leben des deutschen Volkes »keinen Nationalsozialismus mehr, kein nationalsozialistisches Empfinden.«⁶⁹ Die schon von Kurt Schumacher abgelehnte Zerknirschungsmentalität war also auch Adenauer nach wie vor fremd; doch seine bei aller Sensibilität für die Vergangenheit unverändert selbstbewußte Position vermochte sich nun immer weniger durchzusetzen. Fast alle bisherigen Formen der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit verfielen statt dessen öffentlicher Geringschätzung, da sie die Hakenkreuzschmiereien schließlich nicht hatten verhindern können.

Der Paradigmenwechsel in der »Vergangenheitsbewältigung« war ganz wesentlich gekennzeichnet durch die Zerstörung des antitotalitären Grundkonsensus und einen Wandel hin zum bloßen Antifaschismus. Symptomatisch für diese Entwicklung verlief der Verbotprozeß, den die Bundesregierung gegen die kommunistische Tarnorganisation der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) im Oktober 1959 angestrengt hatte. Dieser Verband veröffentlichte periodisch Listen von Politikern und Angehörigen anderer exponierter Berufsstände, die in der Hitlerzeit Verbrechen begangen hatten oder haben sollten. Zwar waren die Anschuldigungen nicht immer falsch, in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle jedoch wurden »Lügen wiederholt, die schon hundertmal widerlegt werden konnten.«⁷⁰

Zu den letzten Opfern einer solchen gezielten Verleumdung hatte 1959 der Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer gezählt. Innenminister Schröder – in diesem Zusammenhang als »SA-Mann« diffamiert – hatte das VVN-Verbot ausgerechnet zu einem Zeitpunkt beantragt, als weiteres, laut Ostberlin »sensationelles« Beweismaterial gegen den »Mörder von Lwow« alias Theodor Oberländer unterbreitet und seitens der VVN ein sofortiges Gerichtsverfahren gegen ihn verlangt worden war. Dies veranlaßte nicht nur die SED zur Konstruktion eines direkten Zusammenhangs. Auch die westdeutsche SPD hielt ein Verbot der VVN für »unzeitgemäß«: Es würde

68 Vgl. SCHWARZ (zit. Anm. 6) S. 211.

69 *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 11. April 1961, S. 9025.

70 *General-Anzeiger*, 24. Oktober 1959.

absolut nicht in die politische Landschaft passen und müßte den Eindruck erwecken, als handele es sich um einen Racheakt oder gar um einen Versuch zur Unterdrückung der Wahrheit.⁷¹ Derartige Einwände schienen die Richter am Bundesverwaltungsgericht zu berücksichtigen, als sie den Prozeß drei Jahre lang dilatorisch behandelten und erst im November 1962 – also lange nach dem in der Sache unbegründeten Rücktritt Oberländers – das Verfahren eröffneten.⁷² Nach Vorwürfen gegen den Gerichtspräsidenten wegen seiner Doktorarbeit aus der Zeit des Dritten Reichs beschloß der zuständige Senat, das Verfahren erneut auszusetzen, ohne einen neuen Verhandlungstermin zu nennen. Die Richter zweifelten, ob eine etwaige Feststellung der Verfassungswidrigkeit der VVN ausreiche, um den Verbotsantrag zu rechtfertigen. Denn der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland liege der »Sühnegedanken« zugrunde und dessen Verwirklichung gehöre, so das Gericht, zu den vornehmsten Aufgaben der Bundesregierung. Deshalb müsse abgewogen werden, ob gegen eine Organisation von Verfolgten ein Verbot samt der damit untrennbar verbundenen Strafaktion erlassen werde dürfe.⁷³

Der richterliche Affront gegen die Exekutive war offensichtlich. Ein halbes Jahr nach dem Gerichtsbeschluß vom 5. Dezember äußerte die Bundesregierung dem Senat gegenüber, sie könne nicht nachvollziehen, daß der Hinweis auf den Sühnegedanken die Fortführung des »im Rahmen eines verfassungsrechtlichen Gebotes« eingeleiteten Verfahrens beeinflussen sollte. Doch kam es schließlich aus anderen, formalen Gründen – infolge des 1964 verabschiedeten neuen Vereinsgesetzes – zu einer Einstellung des Prozesses.⁷⁴

Die Bundesregierung war mit ihrem Verbotsantrag im alten Geiste des Antitotalitarismus gescheitert, weil sich das Bundesverwaltungsgericht dem Zeitgeist einer neuen antifaschistischen »Vergangenheitsbewältigung« beugte. Der SPIEGEL nahm erstaunt zur Kenntnis, »daß ein höchstes deutsches Gericht offenbar nach moralischen und humanitären Gesichtspunkten statt nach den harten Paragraphen des geschriebenen Rechts« urteilte. Tatsächlich hatte der Senat mit dem Gedanken der Sühne des NS-Unrechts ein Moralprinzip aufgestellt, das weder aus einem Artikel des Grundgesetzes

71 Zit. nach *Deutsche Tagespost*, Augsburg, 4. November 1959. Zum Fall Oberländer vgl. auch Günter Buchstab (Bearb.), *Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen«*, *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes, 1957-1961*. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, hg. v. G. Buchstab, K. Gotto, H. G. Hockerts, R. Morsey, H.-P. Schwarz, Bd. 24), Düsseldorf 1994, S. 658-665.

72 Vgl. Albin STOBWASSER, *Die den roten Winkel trugen. Zur Geschichte der VVN-Bund der Antifaschisten-Hamburg*, Hamburg 1983, S. 60.

73 *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 6. Dezember 1962, S. 10285.

74 Präsidium der VVN (Hrsg.), *Von Buchenwald bis Hasselbach. Organisierter Antifaschismus von 1945 bis heute*, Köln 1987, S. 53f.

herauszulesen war, noch in einem Verfassungskommentar behandelt wurde, und nach dem bis dahin kein deutsches Obergericht judiziert hatte.

Nicht nur in die juristische Bewertung der nationalsozialistischen Vergangenheit kam dadurch ein moralisierender Impetus hinein; gerade auch in der Politik setzte sich Anfang der 60er Jahre diese Entwicklung vom Antitotalitarismus zum Antifaschismus durch. Die Doppelbödigkeit der damit einhergehenden neuen »Bewältigungsmoral« dokumentierte etwa im März 1962 der gemeinsame Auftritt des DDR-Staatssekretärs für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, mit dem hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller auf einer öffentlichen Veranstaltung der VVN in Frankfurt.

Seigewasser, für die Verfolgung der Christen in Mitteldeutschland hauptverantwortlich, gab sich »stolz darauf, daß in der DDR das Vermächtnis der deutschen Widerstandskämpfer erfüllt« worden sei. In der Bundesrepublik, so VVN-Geschäftsführer Max Oppenheimer, säßen dagegen »in vielen Positionen die gleichen Männer«, die 1933-1945 das »Elend in der Welt heraufbeschworen« hätten. Statt nun in gebotener Schärfe auch den Kirchenkampf in der DDR zu kritisieren, resümierte Niemöller, das Leben dieser Erde reiche nicht aus, »die vom Naziterror geschlagenen Wunden zu heilen.«⁷⁵ So wurde über den seit eineinhalb Jahrzehnten vernarbenden, nach den Kölner Hakenkreuz-Schmierereien 1959 wieder aufgerissenen Wunden der Vergangenheit die totalitäre Gegenwart östlich der Elbe immer häufiger übersehen.

Auch die personelle »Vergangenheitsbewältigung« nahm wieder stärker den denunziatorischen Charakter an, den sie schon während der unmittelbaren Nachkriegszeit gehabt hatte, der aber in der Ära Adenauer einem »inneren Frieden« gewichen war. Dieser innere Friede der fünfziger Jahre bedeutete zwar hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu keinem Zeitpunkt eine Friedhofsruhe – schon die immerwährenden Skandale verhinderten dies –, doch waren die »Fälle« belasteter (Politiker-) Persönlichkeiten meist, wie etwa bei dem 1955 zum Rücktritt gezwungenen niedersächsischen Kultusminister Schlüter, mit Verfehlungen in der demokratischen Gegenwart der Bundesrepublik Deutschland verbunden oder sie waren so kraß, daß sie ohnehin strafrechtliche Relevanz hatten.

Je stärker aber bereits die bloße Mitgliedschaft in der NSDAP oder in der SA »mit dem Makel der Zugehörigkeit zu einer Gangsterbande« behaftet wurde, weil man neigte, jede noch so kleine opportunistische Verfehlung während des »Dritten Reiches« vor dem Hintergrund von Auschwitz zu beurteilen, desto »verlockender« erschien es manchen Kritikern der Regierung, mißliebige Politiker oder Beamte durch Verweis auf eine NS-Vergangenheit

⁷⁵ *Süddeutsche Zeitung*, 19. März 1962.

zur Strecke zu bringen oder doch zu schwächen.«⁷⁶ Dies galt um so mehr, als allmählich eine jüngere Generation politisch mündig wurde, die das »Dritte Reich« nicht mehr selbst miterlebt hatte und die viel strengere Maßstäbe an diese Zeit anlegte als die Generation der Mitläufer.

Dabei wurden andererseits wichtige zeitgeschichtliche Fakten, die den Antitotalitarismus der Ära Adenauer begründet hatten, zunehmend verdrängt. Daß die Weimarer Demokratie nicht zuletzt dem Zangenangriff von Kommunisten und Nationalsozialisten zum Opfer gefallen war⁷⁷, paßte nicht mehr recht in das Geschichtsbild einflußreicher gesellschaftlicher Kräfte, die damals einen »Wandel durch Annäherung« an den Ostblock ins Auge faßten. So fiel eine realistische Sicht des Nationalsozialismus und seiner Ermöglichung auch den Entwicklungen der Weltpolitik und ihren vermeintlichen Notwendigkeiten zum Opfer. Vor allem den Jüngeren erschien die wehrhafte und stabile Demokratie der Ära Adenauer »zunehmend als autoritäres System, die erfolgreiche soziale Marktwirtschaft als kaschierter bürgerlich-materialistischer Kapitalismus, der Antitotalitarismus als bloße Ideologie des Antikommunismus.«⁷⁸

Der Aufstieg des Maoismus als eigenständiger Variante des Kommunismus und der Castro-Kult in Lateinamerika weckten neues Interesse für linke Befreiungsideologien und ließen den Kommunismus als eine gleichwertige Gesellschaftsform unter anderen erscheinen. Diese ideologische Äquidistanz entschärfte und entdämonisierte nicht nur das Totalitäre, sie relativierte zunehmend auch die »grundlegenden Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen freiheitlicher und totalitärer Politik, und sie stellte nun anstelle des Kommunismus vor allem den Antikommunismus unter Ideologieverdacht.«⁷⁹ Im Sog dieser Entwicklung sollte auch der sichtbare Unterschied zwischen denjenigen verschwimmen, die wirklich an der jüngsten deutschen Vergangenheit litten und die mit einem reinen moralischen Impetus um deren »Bewältigung« bemüht waren, und den anderen, die diesen wichtigen Teil der deutschen Geschichtserinnerung von vornherein für ihre teils fragwürdigen, »antifaschistisch« getarnten Zielsetzungen funktionalisierten. Schließlich konnte man Anfang der 1960er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland den Eindruck gewinnen, als würde der nach 1945 rasch abgerissene Faden »antifaschistischer Vergangenheitsbewältigung« wieder weitergesponnen.

76 SCHWARZ (zit. Anm. 6) S. 215.

77 So der Berliner Innensenator Joachim Lipschitz in einem Rundfunkvortrag am 23. April 1960, zit. nach: *Bulletin der Bundesregierung*, 28. April 1960, S. 763.

78 Karl Dietrich BRACHER, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982, S. 291.

79 Ebd. S. 294.

Die durch einige vielbeachtete NS-Prozesse ab 1958 verstärkt in Erinnerung gerufenen Verbrechen des »Dritten Reiches« und das Erschrecken über die weltweite Reaktion nach dem Kölner Ereignis von 1959, mit den alten Bildern des bösen Deutschen, waren wesentliche Voraussetzung für den Paradigmenwechsel vom Antitotalitarismus zum reinen Antifaschismus. Obendrein war die Atmosphäre der Entnazifizierung mit ihren Begleitscheinungen nicht mehr so gegenwärtig. Außerdem war der Formationsprozeß des deutschen Parteiensystems zu einem gewissen Abschluß gekommen, da der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) – lange auch Auffangbecken für ehemalige Parteigenossen – seit den Bundestagswahlen von 1957 zusehends zerfiel. Gerade der BHE hatte als parteipolitische Alternative zu CDU, CSU, SPD und FDP und als deren Koalitionspartner in Bund und Ländern größere Rücksichten auf biographische Belastungen erzwungen, als diese künftig nötig schienen.⁸⁰ Ohne das Ministeramt für Oberländer wäre etwa eine loyale Mitarbeit des BHE in der Bundesregierung 1953 nicht zu haben gewesen.⁸¹

Darüber hinaus hatten die Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag in Bad Godesberg 1959 und mit der denkwürdigen Rede Herbert Wehners am 30. Juni 1960 eine wirtschafts- und außenpolitische Wende vollzogen und ihren Frieden mit Adenauers Politik der Westintegration gemacht. Auf der Suche nach neuen Themen bot sich jetzt auch die Rolle einer personal- und gesinnungspolitischen Opposition an. Dies mochte zudem die Annäherung an die intellektuelle Linke erleichtern, die in besonderer Weise an »Vergangenheitsbewältigung« interessiert war und zum parteipolitischen Lager der SPD während der gesamten 50er Jahre meist Abstand gehalten hatte. Nach den Hakenkreuzschmierereien machten die Sozialdemokraten jedenfalls in erster Linie Konrad Adenauer dafür verantwortlich, daß ehemalige aktive Nationalsozialisten »führende Stellungen in seiner Regierung einnehmen und sogar Kabinettsmitglieder werden konnten...«. Der SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt verwies auf die hohen Etagen in Verwaltung, Justiz und Schulwesen, wo es seiner Einschätzung nach Leute gab, »die besser nicht gleich wieder in ihre Position gekommen wären.« Zuviel sei durch Bonns Großzügigkeit mit dem Mantel der Nächstenliebe zugedeckt worden.⁸² Obendrein wurde dem Bundeskanzler jetzt pauschal die Schuld an der Entstehung »jenes schwülen politischen Klimas« zugewiesen, in dem »das Unkraut antisemitischer und nationalistischer Umtriebe wuchert.«⁸³

80 Vgl. hierzug Wolfgang TREU, *Die deutschen Parteien*, Frankfurt 1975, S. 233.

81 SCHWARZ (zit. Anm. 6) S. 207.

82 *Frankfurter Neue Presse*, 8. Januar 1960.

83 So die sozialdemokratische Zeitung »*Die Freiheit*«, Mainz, am 6. Januar 1960, nach: STOBWASSER (zit. Anm. 72) S. 47.

Schließlich ging bei den Bundestagswahlen im Herbst 1961 nicht nur die absolute Unionsmehrheit verloren, auch die Ära Konrad Adenauers neigte sich nun immer deutlicher dem Ende zu. Neben den bekannten außen- und innenpolitischen Faktoren dieses von Hans-Peter Schwarz eindrucksvoll geschilderten Epochenwechsels, sollten auch die neuen antifaschistischen Paradigmata in der »Vergangenheitsbewältigung« noch stärker in diesem Erklärungszusammenhang Berücksichtigung finden. Denn sie begründeten mit ihrem moralischen Pathos letztlich auch die kulturelle Hegemonie jener gesellschaftlichen Kräfte, die am Ende der 60er Jahre entscheidenden Einfluß vor allem auf die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland gewannen.

Zur Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR

Von Martin Reißmann

Die Entwicklung der Tätigkeitsfelder und der inneren Situation der gleichgeschalteten Ost-CDU hat in der DDR-Forschung bis zur deutschen Vereinigung nur geringe Aufmerksamkeit gefunden.¹ Seit der erzwungenen Umformung zu einer stalinistischen Kaderpartei im Verlauf des Jahres 1950 galt die CDU in organisatorischer und programmatischer Hinsicht als eine Kopie der SED. Nach der Anerkennung der führenden Rolle der SED im Juli 1952 zeichneten sich ihre politischen Erklärungen durch eine bedingungslose Gefolgschaft aus. Auf der anderen Seite vereinigte die CDU Angehörige einer Bevölkerungsgruppe, die aus verschiedenen Gründen nicht Mitglied der SED werden wollte und sich somit dem Hauptstrom parteipolitischer Betätigung in der DDR entzog. Die Mitglieder bekannten sich zu einer Weltanschauung, die von der SED als »unwissenschaftlich« und nicht selten auch als reaktionär betrachtet wurde.

Inwieweit stellte die CDU eine Interessenvertretung für christliche Belange im atheistischen Staat dar? Welche Erfolge und Schwierigkeiten ergaben sich beim Bemühen, die kirchlich gebundenen Mitglieder in die sozialistische Gesellschaft zu integrieren? Wie äußerte sich die innere Spannung zwischen der SED-hörigen Führung und der Parteibasis, die dem offiziellen Kurs nicht nur in den frühen fünfziger Jahren mit deutlicher innerer Distanz gegenüberstand? Der Zugang zu den Akten des ehemaligen Parteiarchivs der Ost-CDU, die Verfügbarkeit der Einschätzungen der SED sowie die Möglichkeit der Befragung von Mitgliedern und Funktionären gewähren nun erstmals Einblicke hinter die Propagandafassade einer problemlosen Zusammenarbeit von Christen und Marxisten in der DDR.

¹ Als einzige monographische Darstellung für die Zeit nach 1952 liegt vor: Peter Joachim LAPP, *Die »befreundeten Parteien« der SED. DDR-Blockparteien heute*, Köln 1988. Vgl. weiterhin Gisela HELWIG, »Zur Rolle der CDU in der DDR«, in: *Mut zur Einheit. Festschrift für Johann B. Gradl zum 80. Geburtstag am 25. März 1984*, Köln 1984, S. 107-124, sowie Siegfried SUCKUT, »Die CDU in der DDR. Zu Funktion und Funktionswandel einer christlichen Partei im Sozialismus«, in: *DDR-Report* 15 (1982), S. 702-705. Veröffentlichungen seit der Wende u.a.: Günter WIRTH, »Die Beteiligung der CDU an der Umgestaltung der DDR in den fünfziger Jahren«, in: *Kirchliche Zeitgeschichte (KZG)* 3 (1990), S. 125-151; Jochen FRANKE, »Zur Reaktion von CDU-Führung und CDU-Basis (Ost) auf den Mauerbau am 13. August 1961«, in: *Deutschland Archiv (DA)* 23 (1990), S. 1242-1251; Leo HAUPTS, »Die Blockparteien in der DDR und der 17. Juni 1953«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZ)* 40 (1992), S. 383-412.

I. Handlungsrahmen und politische Funktion

Die zentrale Aufgabe der Ost-CDU bestand darin, christliche Bürger und selbständige Berufsgruppen (Handwerker, Einzelhändler, Unternehmer) an die Politik der SED heranzuführen, sie im Sinne des Staates ideologisch zu beeinflussen und zu einem zusätzlichen Engagement für die sozialistische Gesellschaft zu bewegen. Auf der Handlungsebene der Partei wurde die Aufgabe der »politisch-ideologischen Überzeugungsarbeit« gegenüber den eigenen Mitgliedern in den monatlichen Ortsgruppenversammlungen und Schulungsveranstaltungen des Politischen Studiums wahrgenommen. Als ein regelmäßiger Tagesordnungspunkt der Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen war seit Jahresbeginn 1951 die Besprechung eines von der Parteileitung herausgegebenen Bildungsthemas vorgesehen, das sich mit der grundsätzlichen Orientierung der DDR-Politik und der Bedeutung des christlichen Beitrags beim Aufbau des Sozialismus befaßte.² Ziel der politischen Erziehung der Mitglieder war die Grundlegung eines DDR-Bewußtseins, das sich auch in einer spezifischen Leistungsbereitschaft für die sozialistische Gesellschaft niederschlagen sollte. Die Programme zum Volkswirtschaftsplan, welche die Ortsgruppen seit 1963 zu erstellen hatten, enthielten Verpflichtungen zu besonderen Anstrengungen der einzelnen Mitglieder im Beruf, im gesellschaftlichen Einsatz oder in der Parteiarbeit. Auch wenn sich solche Verpflichtungserklärungen häufig nicht in meßbaren zusätzlichen Leistungen niederschlugen,³ so bewirkten sie doch einen gewissen Mobilisierungseffekt, der die Möglichkeit einer rein formalen Mitgliedschaft zumindest einschränken sollte.

Die politische Aufklärung der parteilosen Bevölkerung war Aufgabe der Nationalen Front. Es entsprach der Ideologie der »politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung«, daß nur das gemeinsame Wirken aller Kräfte die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus bewältigen könne.⁴ Für die SED war die »Zusammenarbeit« nicht zuletzt ein Kontrollinstrument für die nach außen gerichteten Aktivitäten der Blockparteien. Die feste Einbindung in die sozialistische Volksfrontbewegung führte zu einer Einebnung des Profils der einzelnen Kräfte und stellte die reibungslose Übernahme der Beschlüsse der SED in den Gliederungen der Blockparteien sicher.⁵ Für die CDU-Ortsgruppen galt die Richtlinie, daß sich ihre Arbeit in der Nationalen Front

² Vgl. Arbeitsplan der CDU für das 1. Halbjahr 1951. Anlage zum Protokoll des Sekretariats vom 23.1.1951 (ACDP VII-010-1216).

³ Vgl. als Beispiel: Programm der Ortsgruppe Großvargula [KV Bad Langensalza] zum Volkswirtschaftsplan 1983 (ACDP II-261-005/3).

⁴ Vgl. Jahresbericht 1962 der Abteilung Politik, S. 7 (ACDP VII-013-1064).

⁵ Vgl. Monatsberichte der Bezirksverbände 1969 (ACDP VII-013-1504). Zur Arbeit der NF: *Nationale Front des demokratischen Deutschland, sozialistische Volksbewegung, Handbuch*, Berlin (Ost) 1969.

zu vollziehen habe und in die Stärkung dieses überparteilichen Bündnisses einmünden solle. Der Gradmesser ihrer Leistung sollte die Wirksamkeit in der Nationalen Front sein.⁶ Die Mobilisierung der CDU-Mitglieder für die Ausschüsse und Arbeitsgruppen der Nationalen Front gestaltete sich jedoch als langwieriger Prozeß, bei dem vielerlei Vorbehalten, Passivität und Verweigerung begegnet werden mußte. Ende 1952 sollen 15,7 % der CDU-Mitglieder in der Nationalen Front mitgearbeitet haben,⁷ am Ende des Jahres 1962 wird der Anteil mit 55,7 % angegeben,⁸ die vor allem in den Hausgemeinschaften und in den Arbeitsgruppen »Christliche Kreise« aktiv waren. Diesen Gruppen war die Aufgabe gestellt, den Kontakt zu Pfarrern, kirchlichen Mitarbeitern und aktiven Gemeindegliedern zu pflegen. Die CDU-Verbände führten solche Gespräche auch in eigener Regie durch. Doch eine solche Außenwirkung wurde der Ost-CDU lediglich in Ergänzung zu den gleichgerichteten Aktivitäten der Nationalen Front zugestanden.

Das Haupttätigkeitsfeld, das die CDU in eigener Verantwortung gestalten konnte, war somit die politische Bewußtseinsbildung ihrer Mitglieder. Obwohl der Anspruch auf die ideologische Arbeit mit der parteilosen Bevölkerung stets erhoben wurde, beschäftigte sich die Ost-CDU im wesentlichen mit sich selbst. Weitere politische Funktionen, die Mitarbeit in den Volksvertretungen und im Staatsapparat oder das Erarbeiten politischer Stellungnahmen und Vorschläge, waren im Hinblick auf eine Einflußnahme auf die große politische Linie von geringer Bedeutung. Die CDU erstellte anläßlich zentraler Konferenzen der SED und der Massenorganisationen Stellungnahmen, die inhaltlich auf bestimmte Themen (Handwerk, Handel, Gesundheitswesen, Kultur, Landwirtschaft) begrenzt waren.⁹ Sie stützten im Grundsatz stets die Position der SED und sollten nach außen die Übereinstimmung aller politischen Kräfte in der DDR dokumentieren. Als die CDU nach der Einleitung des Neuen Kurses im Sommer 1953 einmal ohne Absprache eigenständige Sachvorschläge unterbreitete, wurde sie umgehend von der SED gezügelt und angewiesen, öffentlich gegen ihre eigene Initiative Stellung zu nehmen.¹⁰ Die Vorschläge, die in den Arbeitsgruppen der CDU

6 Vgl. Arbeitsplan der Abteilung Politik für das Jahr 1962, Vorlage zur Sekretariatssitzung am 8.1.1962 (ACDP VII-011-1876).

7 Vgl. Die Haltung der Funktionäre und Mitglieder der CDU zu den Fragen des Kampfes um den Frieden und die Einheit eines demokratischen Deutschland sowie zum Aufbau des Sozialismus, S. 2 (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv Berlin, Zentrales Parteiarhiv - fortan StAPMO, ZPA - IV 2/15/3). Der SED-Vermerk gibt eine CDU-Angabe wider, die mit großer Wahrscheinlichkeit zu hoch angesetzt ist.

8 Vgl. Jahresbericht 1962 der Abteilung Politik, Anlage 1 (ACDP VII-013-1064).

9 Vgl. Vorschläge der CDU zum VII. Parteitag der SED (ACDP VII-013-1539).

10 Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Besprechung zwischen dem Stellvertreter des Generalsekretärs, Sefrin, und den Genossen Burkhardt und Lipfert am Donnerstag, den 27.8.1953 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/6).

erstellt wurden, konnten jedoch sinnvoll sein als Anregung für die Lösung sachlicher Detailfragen, für Hinweise auf Versäumnisse und Verbesserungsmöglichkeiten.¹¹ Soweit erkennbar, wurden sie von den entsprechenden Fachministerien auch nachgefragt.¹² Ebenso vollzog die Arbeit der CDU-Minister sich überwiegend in enger Anbindung an die SED. Überliefert ist eine Beurteilung der SED über den CDU-Postminister Burmeister aus dem Jahre 1954. Lobend wird ihm attestiert, daß er bei allen seinen Entscheidungen die Hinweise und Empfehlungen der SED-Betriebsparteiorganisation berücksichtige und bei besonders wichtigen Fragen das Parteisekretariat persönlich aufsuche und den SED-Sekretär um Rat frage.¹³

Die Anerkennung der führenden Rolle der SED beschränkte die Blockparteien auf die Aufgabe der Mitarbeit und Mitverantwortung bei der Verwirklichung der SED-Politik. Diese Rollenzuweisung bedeutete, daß der CDU in keinem Bereich – auch nicht gegenüber den Christen – eine führende Position zukam. Bekundungen eines solchen Selbstverständnisses, das in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre noch vertreten wurde,¹⁴ betrachtete die SED als Anmaßung.¹⁵ Der Satz, die CDU sei »die führende Kraft der friedliebenden Christen Deutschlands im Kampf um Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus«, wurde 1954 auf Anweisung der SED aus dem Entwurf der Satzung gestrichen.¹⁶ Die CDU sollte nicht Vermittler zwischen Staat und Kirche sein, sondern gegenüber kirchlich gebundenen Menschen die Positionen des Staates vertreten und den »Differenzierungsprozeß« zwischen Kirchenleitungen und Gemeinden vorantreiben. Auch den Anschein eines Pluralismus, der Gleichberechtigung und Eigenständigkeit ließ die SED nicht zu. Sie achtete vielmehr mißtrauisch darauf, daß der gesellschaftliche Einfluß der CDU die gesetzten Grenzen nicht überstieg. Regelmäßig registrierte sie die soziale Zusammensetzung der Neuaufnahmen und schritt ein, wenn der Anteil der Arbeiter und Bauern zu groß wurde.¹⁷ An einem überdurchschnittlichen Erfolg des Bündnispartners bestand nur

11 Verbesserungsvorschläge der CDU betreffen u.a. Maßnahmen zur Verhütung von Kartoffelkrankheiten, Möglichkeiten zur Intensivierung des Getreideanbaus oder die Verbesserung der Qualifikation der Mathematiklehrer (Vorschläge zum VII. Parteitag der SED, ACDP VII-013-1539).

12 Vgl. Korrespondenz der Abt. Wirtschaft der Hauptgeschäftsstelle mit dem Ministerium für Handel und Versorgung 1959-1965 (ACDP VII-013-243).

13 Vgl. Beurteilung über Minister Friedrich Burmeister, 19.8.1954 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/28).

14 Vgl. Nuschke, Rede 6. Parteitag, Protokoll, S. 55.

15 Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Die Entwicklung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien in der Zeit zwischen dem IV. und V. Parteitag unserer Partei, S. 3 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/2).

16 Vgl. Entwurf der Satzung der CDU (1954) (StAPMO, ZPA, IV 2/15/28).

17 Vgl. Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1966, dat. 27.4.1967 (StAPMO, ZPA, IV A2/15/49).

wenig Interesse. Als die Mitgliederzahl der Blockpartei nach vielen Jahren einer rückläufigen Tendenz einen deutlichen Sprung machte, griff die SED mehrfach ein, um der nach ihrer Ansicht übertriebenen Werbung Einhalt zu gebieten.¹⁸ Die CDU wurde angewiesen, sich mehr um die ideologische Festigung als um das quantitative Wachstum der Mitgliedschaft zu kümmern.

II. Ideologische Anpassung an die SED

1. Die Meißener Thesen des »Christlichen Realismus«

Die Übernahme von Funktionen in einem von der SED beherrschten Staat setzte die Anerkennung des marxistischen Sozialismus sowie die Bereitschaft zur vollständigen Unterordnung unter die Staatspartei voraus. Mit den Meißener Thesen des »Christlichen Realismus« vollzog die CDU im Oktober 1951 endgültig ihre Abkehr vom »Sozialismus aus christlicher Verantwortung«, der begrifflich an Jakob Kaiser anknüpfte und im Verständnis vieler Mitglieder als Gegenkonzeption zum atheistischen Marxismus aufgefaßt worden war.

Das neue ideologische Konzept stellte den Versuch dar, die Entscheidung für den Sozialismus aus dem Evangelium und der Kirchengeschichte abzuleiten und somit die eigenen Quellen und Traditionen für eine aktuelle Handlungsanleitung heranzuziehen.¹⁹ Es handelte sich um eine Positionsbestimmung, die den Sinn christlichen Lebens auf den aktiven Einsatz für eine »fortschrittliche« Entwicklung der Gesellschaft konzentrierte. In der Nachfolge Jesu, der selbst als Kritiker ungerechter gesellschaftlicher Verhältnisse aufgetreten sei, müsse sich der Christ für die Wahrung von Nächstenliebe und Frieden aktiv einsetzen. Für die Entscheidungen der Gegenwart bedeute dies ein Eintreten für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und ohne »imperialistischen Machtanspruch« nach dem Vorbild der Sowjetunion.²⁰

Die Bilanz fortschrittlichen christlichen Handelns in der Geschichte, wie sie die Meißener Thesen formulierten, war jedoch nicht Anlaß für ein selbstbewußtes Auftreten der Ost-CDU bei der Gestaltung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung. Vielmehr enthielten die Thesen und ihre offizielle Kommentierung durch die Parteiführung bereits die Begründung

¹⁸ Vgl. Einschätzung der Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1971, 13. März 1972 (StAPMO, ZPA, IV A2/15/49).

¹⁹ Vgl. *Christlicher Realismus. Hauptreferate und Thesen der Arbeitstagung der CDU in Meißen vom 19. bis 21. Oktober 1951*, Berlin (Ost) 1951, S. 81-92.

²⁰ Vgl. *Christlicher Realismus* (wie Anm. 19) S. 90, These 19.

für die Unterordnung der CDU unter die führende Rolle der SED. Im Hinblick auf die Gestaltung des Sozialismus müsse die Überlegenheit der ökonomischen Analyse von Karl Marx auch von den Christen anerkannt werden. Die Ansätze der christlichen Sozialreformer seien zu begrenzt, der Marxismus-Leninismus habe den einzigen Weg zur Beseitigung der Schäden der kapitalistischen Ordnung gewiesen.²¹

Ein weiterer Grund für die Anerkennung der marxistischen Führungsrolle bestand nach Auffassung der CDU im historischen Versagen der Christen vor der sozialen Frage. Die seit dem Mittelalter im Christentum wirkungsmächtige fortschrittsfeindliche Tradition habe zu einem Mißbrauch christlicher Werte als Rechtfertigung für Unterdrückung und Krieg geführt und die politische Reaktion auch gegen die soziale Not der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert unterstützt. Folglich sei das Gewicht, das die Christen in den Prozeß der Erneuerung der Gesellschaft einbringen könnten, von einem Lernprozeß und der erfolgreichen Bewältigung der Reste einer »scheinchristlichen Restaurationsideologie«²² abhängig.²³ Der Hinweis auf das »Versagen« von Christentum und Kirche vor der sozialen Frage diene der Parteileitung im übrigen auch als Argument für die Versöhnung mit der Marx'schen Religionskritik. Diese sei nicht einseitig weltanschaulich gewesen, sondern habe sich an der Erfahrung des Mißbrauchs des Christentums für reaktionäre Politik entzündet.²⁴ Die Religion werde im sozialistischen Staat ihre Bedeutung behalten, sofern sie sich für die fortschrittliche Entwicklung einsetze.

Auf dem Weg der Anerkennung wichtiger Grundsätze des Marxismus-Leninismus markierten die Meißener Thesen in der Fassung des Jahres 1951 ein Zwischenstadium. Die Parteiführung hatte bereits im Winter 1950 in einem internen Papier dafür ausgesprochen, daß alle Mitglieder sich umfassend mit der marxistischen Gesellschaftswissenschaft auseinandersetzen sollten.²⁵ Zu diesem Zeitpunkt wurden die weltanschaulichen Differenzen und der unterschiedliche Ausgangspunkt für das politische Handeln jedoch noch deutlich hervorgehoben.²⁶ Bis zur Mitte der fünfziger Jahren übernahm die

21 Vgl. Gerald GÖTTING, »Grundlegung des Christlichen Realismus«, in: *Christlicher Realismus* (wie Anm. 19), S. 34-36.

22 Gerald GÖTTING, »Die Bedeutung der Meißener Thesen«, in: *Wir diskutieren die Meißener Thesen*, Berlin 1952, S. 8.

23 Vgl. These 19: »Das Gewicht, das die Christen bei der Gestaltung dieser Probleme in die Waagschale zu werfen haben, wird davon abhängen, ob sie die Fehler der Vergangenheit erkennen, aus ihnen lernen und entschlossen daraus die Folgerungen ziehen«.

24 Vgl. Günter WIRTH, »Über christliche Verantwortung und gesellschaftliche Erkenntnis«, in: *Neue Zeit* (NZ) v. 26.3.1953, S. 3.

25 Vgl. Stellungnahme des Politischen Ausschusses zum Studium des Marxismus-Leninismus (Entwurf), 13.12.1950 (StAPMO, ZPA, NL 90/509).

26 Vgl. Gerhard DESCZYK, »Christlicher Realismus«, in: *Union teilt mit* (Utm), August

CDU dann schrittweise weitere Teile des Marxismus-Leninismus als gültige Anleitung für das politische Handeln. Die Staats- und Gesellschaftstheorie, die Politische Ökonomie und der historische Materialismus entwickelten sich zu den zentralen Lehrgebieten in der Parteischulung, die bis in die zweite Hälfte der fünfziger Jahre hinein vor allem auf die Betonung der Gemeinsamkeiten von christlicher und marxistischer Politik ausgerichtet war.²⁷ Im Zusammenhang mit der Feier des Karl-Marx-Jahres 1953 nahm die Hochschätzung der marxistischen Theorie schließlich hymnische Formen an: »Wir danken es Karl Marx« – so heißt es in einem Artikel in der Neuen Zeit im März 1953 -, »daß er den Weg entdeckt hat, die gesellschaftliche Grundlage aller antihumanistischen Erscheinungen zu beseitigen. Damit kommt auch die christliche Nächstenliebe erst vollkommen zu ihrem Ziel. Die Schaffung von Verhältnissen, die ein wahrhaft menschliches Dasein ermöglichen und sichern, das ist das gemeinsame Anliegen, das die Marxisten wie auch alle gläubigen Christen vereint.«²⁸

Seit den späten fünfziger Jahren unterschied sich die offizielle Parteideologie der Ost-CDU von der SED nur noch durch eine andere weltanschauliche Begründung für das politische Handeln. Auswirkungen auf politische Entscheidungen hatte dies jedoch nicht. Die unbedingte Anerkennung der Führungsrolle der SED durch Mitglieder der CDU-Parteileitung ging so weit, daß dort eine freiwillige Selbstbeschränkung einsetzte, wo der örtliche Einfluß der Ost-CDU zu groß zu werden drohte. Als es im Verlauf der Kollektivierung der Landwirtschaft Ende der fünfziger Jahre in einigen Orten zu einer verstärkten Hinwendung der Bauern zur CDU kam, sorgte sich die Berliner Zentrale um die Machtsymmetrie. Es könne nicht geduldet werden, daß sich die Ortsgruppen der CDU »in vollgenossenschaftlichen Dörfern zu illegalen LPG-Vorständen oder Betriebsgruppen entwickeln«²⁹. Die Nationale Front sei noch mehr als Plattform der CDU-Arbeit auf dem Land zu nutzen.

Die Politik der gleichgeschalteten Parteiführung bestand weder in der Setzung von inhaltlichen Kontrapunkten noch im Ringen um Erleichterungen im Interesse der Christen in der DDR. Die Transmissionsaufgabe der CDU war vielmehr darauf ausgerichtet, in einer rein äußerlichen Differenzierung

1950, S. 15; vgl. die Rede von Otto Nuschke zur Eröffnung der Zentralen Parteischule Halle, Utm 7/1951, S. 9.

27 Vgl. Günter Kühn, BPS Halle, Analyse der Erfahrungen über die Vorlesungen im 2. Lehrgang 1954 (ACDP VII-014-066).

28 Herbert TREBS, »Was verbindet uns Christen mit dem Anliegen von Karl Marx?«, NZ v. 14.3.1953, S. 3.

29 Protokoll der Dozentenkonferenz in Burgscheidungen am 13.4.1960 (ACDP VII-012-618).

die – wie es Götting formulierte – »allgemeine Argumentation durch betont christliche Argumente zu erweitern«³⁰.

Ein Dilemma der Ost-CDU bestand jedoch darin, daß sie sich zum Erweis ihrer Existenzberechtigung in Sprache und Selbstdarstellung von der SED unterscheiden mußte, auf der anderen Seite aber auch nicht den Anschein einer substantiellen Abweichung erwecken durfte. Wiederholt wurde es für die Parteiführung zum Problem, wenn christliche Begründungszusammenhänge von Mitgliedern entgegen den Intentionen zur Abgrenzung von Thesen des Marxismus-Leninismus verwandt wurden. Dies war beim Christlichen Realismus in so deutlicher Weise gegeben, daß er bereits im Sommer 1954 auf Anweisung der SED wieder zurückgezogen wurden.³¹ Gegen die unerwünschte Interpretation christlicher Argumente behalf sich die Parteiführung seit der Mitte der fünfziger Jahre durch eine deutliche Verringerung der christlichen Thematik,³² die in der Propagandarbeit der Partei erst zu Beginn der 70er Jahre eine Renaissance erlebte.³³

2. Anleitung durch die SED

Seit der Absetzung Jakob Kaisers im Dezember 1947 hatte die SED durch zahlreiche Eingriffe in die Führungsgremien der CDU dafür gesorgt, daß in der zentralen Leitung und den Bezirksvorständen »fortschrittliche« Funktionäre eingesetzt wurden. Zur Absicherung der Gefolgschaft schien dies der SED dennoch nicht ausreichend. Seit der Jahresmitte 1952 baute sie ein umfangreiches Kontrollsystem auf, das ihr nicht nur eine gründliche Kenntnis über vorhandene Stimmungen in den Blockparteien vermitteln sollte, sondern auch eine entscheidende Einflußnahme auf deren Aktivitäten erlaubte. Der »Sektor Befreundete Organisationen« innerhalb der ZK-Abteilung »Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen« erstellte Berichte über die Lage in den Blockparteien und leitete diese Beurteilungen an den zuständigen Sekretär des Zentralkomitees weiter. Quellen für die SED-Informationen waren die Berichte der eigenen Bezirks- und Kreisleitungen,³⁴ wo spezielle Arbeitsgruppen mit der Beobachtung der Blockparteien befaßt waren. Sie nahmen die Anleitung auf diesen Ebenen wahr,

30 Protokoll des Sekretariats vom 19.6.1961 (ACDP VII-011-572).

31 Vgl. Sektor Befreundete Parteien, Bericht über den 7. Parteitag der CDU (StAPMO, ZPA, IV 2/15/29).

32 Vgl. Lehrpläne der Zentralen Schulungsstätte Burgscheidungen 1956 (ACDP VII-012-601) und Dispositionen für die Vorlesungen 1963 (ACDP VII-012-1551).

33 Vgl. die gedruckten Protokolle der Tagungen des Präsidiums »Bürgerpflicht und Christenpflicht«.

34 Vgl. die Instrukteurberichte 1952-1959 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/4).

besuchten die Jahreshauptversammlungen und Delegiertenkonferenzen und hielten Kontakt zu den Funktionären der Blockparteien.³⁵

Darüber hinaus erhielt die SED durch die Protokolle der parteileitenden Gremien der CDU (Hauptvorstand, Präsidium, Sekretariat), durch Monatsstatistiken, Informations- und Brigadeberichte nahezu lückenlose Kenntnis von allen innerparteilichen Vorgängen. Die Effektivität der Anleitung und die Vermeidung unerwünschter Äußerungen sollte weiterhin dadurch gesichert werden, daß die Blockparteien nicht erst nachträglich ihre Protokolle einreichten, sondern bei wichtigen und öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, bei Parteitag oder Hauptvorstandssitzungen, bereits Wochen vor dem Ereignis Konzeptionen über Ablauf, Referatthemen, Diskussionsbeiträge und Entschließungsdokumente bei der SED abliefern. Der SED war es somit möglich, ihre Vorstellungen über die Schwerpunkte von Referaten bis zur Veränderung einzelner Formulierungen durchzusetzen.³⁶ Allerdings wird bei einer Durchsicht des SED-Quellenbestandes »Befreundete Parteien« ebenfalls deutlich, daß der ZK-Sektor mit der vielfach oberflächlichen Wahrnehmung der Anleitung durch die nachgeordneten SED-Parteigliederungen langfristig unzufrieden war.³⁷

Von großer Bedeutung für die organisatorische, inhaltliche und personelle Anleitung der CDU waren weiterhin die Gespräche des Sektors »Befreundete Parteien« mit Götting und weiteren Sekretären des Hauptvorstandes. Beispiele für Anweisungen der SED sind die »Empfehlungen« im Frühjahr 1953, von der Bildung neuer Betriebsgruppen abzusehen, eine eindeutige Stellungnahme zur Jungen Gemeinde in der Neuen Zeit zu veröffentlichen oder politisch unzuverlässige Funktionäre abzuweisen.³⁸ Götting lieferte in diesen Gesprächen Informationen über personelle Interna der Parteileitung und nutzte den direkten Kontakt, um Anliegen der CDU vorzutragen.

Die Einflußnahme der SED beschränkte sich nicht auf Hinweise zur Abberufung von Funktionären, die ihr unzuverlässig schienen. Ebenso griff sie in die Neubesetzung von Stellen des hauptamtlichen Parteiapparates ein. Da das Zentralkomitee genaue Kenntnis über die hauptamtlichen Funktionäre

35 Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Die Entwicklung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien in der Zeit zwischen dem IV. und V. Parteitag unserer Partei, S. 8 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/2).

36 Vgl. zum 7. Parteitag (1954) StAPMO, ZPA, IV 2/15/28 und IV 2/15/29.

37 Vgl. als Beispiele: Abt. Leitende Organe, Bericht von der Arbeitstagung der Bezirksleitung Potsdam mit den verantwortlichen Instruktoren für Befreundete Organisationen der Kreisleitungen am Mittwoch, dem 23.2.1955, S. 1 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/5); ZK-Sektor Befreundete Organisationen, Bericht über den Einsatz in Halle vom 10. bis 13.8.1960, S. 1 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/5).

38 Vgl. Aktennotiz über die durchgeführte Besprechung vom 9.2.1953 zwischen Genossen Elstner, Gen. Fischer sowie dem Generalsekretär der CDU Götting und seinem persönlichen Referenten Fischer (StAPMO, ZPA, IV 2/15/6).

der Blockparteien verlangte, konnte der Generalsekretär in den Besprechungen mit dem Sektor »Befreundete Organisationen« lediglich Vorschläge unterbreiten. Für einen Fall der Neubesetzung eines Bezirksvorsitzes ist sogar bekannt, daß sich Götting im Gespräch mit der SED erkundigte, welcher Termin der SED für den Personalwechsel geeignet erscheine.³⁹ Die SED überprüfte die vorgeschlagenen Kandidaten, indem sie Informationen und Charakteristiken von ihren Kreis- und Bezirksleitungen einholte.⁴⁰ Auch für die vergleichsweise unbedeutenden ehrenamtlichen Mitglieder der Bezirksvorstände bestand eine mehrfache Kontrolle. Sie zeigt, wie der Demokratische Zentralismus in den Blockparteien funktionierte. Bevor ein Bezirksverband die Vorschläge für die Neubesetzung des Vorstandes zur Kontrolle durch die eigene Parteiführung nach Berlin schickte, war die Liste bereits durch die Bezirksleitung der SED überprüft worden.⁴¹ Die enge Form der Anleitung und Kontrolle führte dazu, daß die offiziellen Erklärungen der CDU sowie die Parteitage, die Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen überwiegend den Erwartungen der SED entsprachen. Über jeden einzelnen Delegierten des Parteitages ließ die SED im Vorfeld eine umfangreiche Charakteristik erstellen.⁴² Referate und Diskussionsbeiträge wurden mehrfach geprüft.

Während die Anleitung auf der zentralen, der Bezirks- und der Kreisebene in umfassender Form gewährleistet war, wies sie für die Ortsgruppen zum Teil erhebliche Lücken auf. Der Kontakt zur Nationalen Front funktionierte auf der Ortsgruppenebene nur unzureichend, die Beobachtung der CDU-Veranstaltungen erfolgte nur sporadisch.⁴³ Dies hatte zur Folge, daß im vertrauten Kreis der Ortsgruppen, die in ländlichen Gebieten häufig nicht mehr als ein Dutzend Mitglieder hatten, nicht nur offener gesprochen werden konnte, sondern daß sich aus der mangelhaften Anbindung vieler Ortsgruppen an die eigene Parteileitung auch Hinweise auf eine deutliche Kluft zwischen Führung und Basis ergeben.

39 Vgl. Aktennotiz über eine Besprechung zwischen dem Generalsekretär der CDU, Götting, seinem Stellvertreter Sefrin und den Genossen Marlow und Burkhardt am 4.3.1954 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/6).

40 Vgl. Brief der SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder an den Sektor Befreundete Parteien v. 6.8.1968 (StAPMO, ZPA, IV A2/15/52).

41 Vgl. Bericht über den durchgeführten Instrukteureinsatz im Bezirk Schwerin vom 17. - 20.5.1954, S. 7 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/5).

42 Vgl. für den 8. Parteitag: StAPMO, ZPA, IV 2/15/30/31.

43 Vgl. Monatsberichte der Bezirke 1969 (ACDP VII-013-1504).

III. Interessenvertretung

1. Vertretung christlicher Belange

Eine Interessenvertretung christlicher Belange strebte die CDU-Führung seit den frühen fünfziger Jahre nicht mehr ernsthaft an. Dies gilt auch für Otto Nuschke, der zwar noch eine gewisse Unabhängigkeit in der Beurteilung kirchen- und auch deutschlandpolitischer Fragen bewies,⁴⁴ sich jedoch zu eindeutigen Stellungnahmen nicht mehr in der Lage sah. Unter der Leitung von August Bach und Gerald Götting nahm die CDU schließlich in allen Konflikten zwischen Staat und Kirche konsequent für die Position der SED Partei.

Nachdem sich die CDU-Parteileitung im Frühjahr 1953 nach entsprechender Aufforderung durch die SED entschieden gegen die »staatsfeindlichen Tätigkeit« der Jungen Gemeinde ausgesprochen hatte,⁴⁵ zeigte sie auch in der Auseinandersetzung um die Jugendweihe 1954/55 eine nachgiebige Haltung. Sie stellte sich damit erneut gegen weite Teile ihrer Mitgliedschaft, die der Jugendweihe nicht nur ablehnend gegenüberstanden,⁴⁶ sondern als Eltern oder Lehrer auch erheblichem Druck ausgesetzt waren.⁴⁷ In einem vertraulichen Schreiben an die SED gab die Parteiführung zu verstehen, daß sie als Partei weder zur Jugendweihe aufrufen noch sich an den Ausschüssen für Jugendweihe beteiligen könne.⁴⁸ Ihre Bedenken entzündeten sich jedoch nicht an der Bedrängung christlicher Bürger, sondern an der Gefahr des eigenen Ansehensverlusts und der dadurch verminderten Einflußnahme auf die ihr zugewiesenen Bevölkerungsgruppen. Die Parteiführung sagte zu, ihren Einfluß geltend zu machen, daß von seiten der Kirche oder aus anderen Reihen der christlichen Bevölkerung nicht gegen die Jugendweihe propagiert werde. Sie stellte allen Mitgliedern die Beteiligung an den Ausschüssen für Jugendweihe frei, rief zur Toleranz gegenüber jenen auf, die von diesem Angebot Gebrauch machten und wies die Bezirksverbände an, »kulturkämpferischen Tendenzen« in den Stellungnahmen der Kirchenleitungen gegen die Jugendweihe entgegenzutreten.⁴⁹ Die Jugendweihe ist allerdings auch ein

44 Vgl. Vermerk des Sektors an Matern, 19.2.57 (StAPMO, ZPA IV 2/15/2); vgl. Nuschke, Rede 8. Parteitag, Protokoll, S. 73-74.

45 Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Aktenvermerk über die am 23.2.1953 stattgefundene Besprechung zwischen dem Generalsekretär der CDU, Herrn Götting, sowie mit seinem persönlichen Referenten Herrn Fischer und den Genossen Elstner und Lipfert (StAPMO, ZPA, IV 2/15/6).

46 Vgl. Bericht über Diskussionen in unserer Mitgliedschaft und der weiteren christlichen Bevölkerung zur Jugendweihe, 13. Oktober 1955 (ACDP VII-013-209).

47 Vgl. Korrespondenz der Abt. Kirchenfragen 1954/55 (ACDP VII-013-209).

48 Vgl. undatiertes Schreiben an die SED, »Betr.: Jugendweihe« (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

49 Vgl. Direktive für die Bezirksverbände [Sept. 1955] (ACDP VII-013-209).

Beispiel dafür, daß sich Mitglieder der Parteiführung intern um Korrekturen bemühten. In Gesprächen mit dem SED-Sekretär Paul Wandel versuchten sie, den atheistischen Charakter abzumildern und die Verschiebung des Zeitpunkts der Jugendweihe sowie die Einbeziehung von Pfarrern in die Jugendstunden zu erreichen.⁵⁰

Wie weit die geistige Anpassungsbereitschaft an Positionen der SED und die Suche nach verbaler Rechtfertigung zur Mitte der fünfziger Jahre bereits fortgeschritten war, macht eine Diskussion im Erweiterten Sekretariat der CDU im November 1955 deutlich. Die Äußerung von Walter Ulbricht vor dem ZK der SED, daß die religiöse Weltanschauung den Fortschritt behindere,⁵¹ hatte unter CDU-Mitgliedern zu Unruhe und Empörung geführt. Die Besprechung dieses Vorfalles im erweiterten Sekretariat der CDU offenbart eine sehr weitgehende Toleranz gegenüber der atheistischen Propaganda der SED und zeigt, wie weit sich die Kluft zwischen der Parteiführung und der Basis bereits entwickelt hatte.⁵² Götting erklärte die atheistische Propaganda zur einer »innerparteilichen Angelegenheit der SED«⁵³ und stellte fest, daß fortschrittliches Christentum im Sozialismus durchaus möglich sei. Mehrere Bezirksvorsitzende bekundeten ihr Verständnis. Die in der Verfassung garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit beziehe sich auch auf Atheisten. Für die Christen könne es keine Privilegien geben: »Wenn in einem Staat wahre Glaubens- und Gewissensfreiheit herrscht, muß selbstverständlich auch den Marxisten die Möglichkeit einer atheistischen Propaganda gegeben werden«⁵⁴. Die Diskussionen innerhalb der Mitgliedschaft seien völlig unverständlich; die Aufklärungsarbeit sei zu verbessern.

Auch in anderen Fragen, die die Grundlagen christlichen Selbstverständnisses berührten, zeigte die CDU-Führung wenig Verständnis für die besonderen Belange ihrer Mitglieder. Nach Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes im Januar 1962 wurde die Verbesserung der Wehrmoral auch der christlichen Bevölkerung zu einem vordringlichen Thema der Propagandaarbeit der CDU erklärt. In der Schulung sollte daher die These vertreten werden, daß eine Gewissensnot in der Frage des Wehrdienstes objektiv nicht bestehe und daher die Regelungen des Staates nur den objektiven Gesetzmäßigkeiten

⁵⁰ Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Entwicklung der CDU seit dem IV. Parteitag unserer Partei bis jetzt [1958] (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3). Vgl. auch Brief von Götting an das Politbüro der SED v. 25.10.1956 (Abschrift) (ACDP VII-013-202).

⁵¹ Vgl. Referat Ulbrichts auf der 25. Tagung des ZK der SED im Oktober 1955, *Neues Deutschland* (ND) v. 1. November 1955.

⁵² Vgl. Anlage zum Protokoll der Sitzung des erweiterten Sekretariats vom 9. und 10.11.1955 zur Aussprache über die politische Lage (ACDP VII-011-1838).

⁵³ EBENDA.

⁵⁴ EBENDA.

Rechnung tragen könnten.⁵⁵ Die Reihe solcher Beispiele ließe sich fortsetzen, etwa für die Frage der Spaltung der EKD gegen Ende der sechziger Jahre oder für die Einführung des obligatorischen Wehrkundeunterrichts im Jahr 1978.⁵⁶

Die zumindest seit der Mitte der fünfziger Jahre eindeutige Unterstützung staatlicher Positionen gegen die Interessen der Kirche läßt die distanzierte Haltung von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern als eine natürliche Folge erscheinen. Das Bemühen der CDU, Theologen und Pfarrer anzusprechen, sie zu parteilichen Stellungnahmen in den Gemeinden zu bewegen und sie nach Möglichkeit auch für eine Mitarbeit in der Partei zu gewinnen, erreichte im großen und ganzen keine Erfolge. Während es in der Frühphase der CDU ein großes Engagement von Pfarrern gegeben hatte,⁵⁷ gelang es später nicht mehr, in dieser Gruppe der für die CDU wichtigen Multiplikatoren Fuß zu fassen. Statistiken nennen für das Jahr 1965 222 Pfarrer in den Reihen der CDU,⁵⁸ 1970 waren es noch 207.⁵⁹ Die Neuzugänge konnten somit kaum die Abgänge ausgleichen.

2. Vertretung des Mittelstands

Ein ähnliches Ergebnis ergibt sich für die Interessenvertretung der zweiten Zielgruppe der CDU, der selbständigen Handwerker, Gewerbetreibenden und privaten Unternehmer. Seit der III. Parteikonferenz der SED im Jahre 1956 wurde den Blockparteien verstärkt die Aufgabe zugewiesen, in den »Mittelschichten« für die Organisationsformen der sozialistischen Wirtschaft zu werben. Selbständige Unternehmer sollten sich um staatlichen Kapitalbeteiligung bemühen, private Einzelhändler Kommissionsverträge mit der volkseigenen Handelsorganisation abschließen und Handwerker in Produktionsgenossenschaften eintreten. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die CDU die marxistische Wirtschaftstheorie bereits vollständig zu eigen gemacht. In der Schulungsarbeit wurde den Funktionären und Mitgliedern die Auffassung vermittelt, daß »das Verlangen der Arbeiterklasse nach Sozialisierung aller Produktionsmittel berechtigt«⁶⁰ sei. Die Parteiführung der Ost-CDU erwies

55 Vgl. Protokoll der Dozentenkonferenz in Burgscheidungen v. 31.1.1962 (ACDP VII-012-609).

56 Vgl. HELWIG (wie Anm. 1).

57 Vgl. Siegfried SUCKUT, »Christlich-Demokratische Union Deutschlands, CDU(D)«, in: *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 – 1949*, hg. von Martin BROZAT und Hermann WEBER, München 1990, S. 517.

58 Vgl. Abt. Parteiorgane, Betr.: Bericht über unsere Arbeit im Jahre 1965, S. 36, Vorlage für Sekretariat am 14.3.1966 (ACDP VII011-104).

59 Vgl. Analyse zum statistischen Bericht 1970, S. 4 (StAPMO, ZPA, IV A2/15/49).

60 Vgl. Prüfungsthemen im Mittelstufenlehrgang 1/1956 (ACDP IV-014-081).

sich nicht als eine Kraft, die im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten die Vergesellschaftung zu hemmen suchte, sondern sie schien beim Vorantreiben der Sozialisierung sogar eine aktive Rolle übernommen zu haben. Auf dem 9. CDU-Parteitag (1958) trug Götting weitere Vorschläge zur Ausdehnung der staatlichen Beteiligung und der Genossenschaftsbildung vor.⁶¹ Auch beim letzten Schub der Sozialisierung der halbstaatlichen Betriebe im Jahr 1972 sollen Anregungen und Anstöße von der CDU ausgegangen sein.⁶² Der Kurs der Parteiführung in der »Mittelstandspolitik« traf jedoch nur auf geringe Resonanz unter den Mitgliedern. So heißt es im Jahresbericht 1962 der Abteilung Politik, daß es bei Handwerkern und Angehörigen der privaten und halbstaatlichen Betriebe verbreitet noch »Zweifel an ihrer Perspektive im Sozialismus«⁶³ gebe.

Als in den frühen fünfziger Jahren deutlich wurde, daß die CDU eine Interessenvertretung weder wahrnehmen konnte noch wollte, wandten sich viele Mitglieder ab. Die Gesamtzahl der Mitglieder, die Anfang 1950 noch deutlich über 200.000 gelegen hatte, erreichte im Januar 1955 noch 125.000.⁶⁴ In den 60er Jahren stabilisierte sie sich aufgrund intensiver Mitgliederwerbung bei 100.000,⁶⁵ um schließlich bis zum Ende der 80er Jahre in kleinen Schritten wieder anzusteigen. Bei den Begründungen für die Parteiaustritte fällt auf, daß die CDU in den fünfziger und sechziger Jahren nach beiden Seiten verlor. Nach den statistischen Angaben verließ der kleinere Teil die Partei aus Unzufriedenheit mit der Politik der Ost-CDU, während angeblich die überwiegende Zahl aus weltanschaulichen Motive verließ, weil sich diese »Unionsfreunde« für die marxistisch-leninistische Weltanschauung entschieden hätten.⁶⁶ Derartige statistische Angaben, die von der CDU an die SED weitergeleitet wurden, müssen mit großer Vorsicht beurteilt werden, da sie offensichtlich wiederholt von der Absicht bestimmt waren, Bedenken der SED in bezug auf Meinungen und Ansichten an der CDU-Basis zu zerstreuen.

IV. Stimmung an der Parteibasis

Öffentliche Unmutsäußerungen von CDU-Mitgliedern waren seit den frühen fünfziger Jahren nicht mehr zu erwarten. Seit Ende 1952 wurde das

61 Vgl. Rolf BÖRNER, *Die Bestrebungen der CDU zur Einbeziehung der Mittelschichten in den sozialistischen Aufbau (1956-1958)*, Berlin (Ost) 1967, S. 36-37.

62 Vgl. Monika KAISER, *1972 – Knock Out für den Mittelstand. Zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe*, Berlin 1990, S. 11-12.

63 Jahresbericht der Abteilung Politik, S. 6 (ACDP VII-013-1064).

64 Vgl. Planbericht für Januar 1955 (ACDP VII-013-1800).

65 Jahresbericht 1962 der Abteilung Politik, Anlage 11, (ACDP VII-013-1064).

66 Vgl. Abteilung Parteiorgane, Betr.: Bericht unserer Arbeit im Jahre 1965, S. 36 a, Vorlage für das Sekretariat am 14.3.1966, VII-011-104).

in Kaderparteien übliche Instrumentarium der inneren Kontrolle auch in der CDU angewandt. Instruktoren und Stoßbrigaden der Parteileitung, Untersuchungsausschüsse auf Kreis-, Bezirks- und zentraler Ebene, deren Ergebnisse auch der SED vorgelegt wurden, sowie Kontrollen im Zuge von Umtauschaktionen aller Mitgliedsbücher schufen ein Klima der Einschüchterung.⁶⁷ Die überraschende Verhaftung von Außenminister Dertinger, der an maßgeblicher Stelle den prokommunistischen Kurs der CDU mitbestimmt hatte, war ein deutliches Zeichen, daß sich niemand sicher wähnen konnte.

Obwohl die regelmäßige Berichterstattung über Meinungen und Stimmungen an der Parteibasis zu den festen Pflichten der Parteisekretariate gehörte, sind die dort referierten Zustandsbeschreibungen kaum zuverlässig. Die in der Parteileitung angefertigten zusammenfassenden Berichte erscheinen wirklichkeitsfern und lesen sich z.T. wie eine Aneinanderreihung propagandistischer Losungen: »Die Mitgliederversammlungen, die mit dem Thema 'Frieden für alle Menschen guten Willens' durchgeführt wurden ..., waren vor allem gekennzeichnet von erneuten Protesten unserer Mitglieder gegen die amerikanische Aggression in Vietnam und von dem Bestreben, auch künftig alle Kraft zur weiteren allseitigen Stärkung unserer Republik einzusetzen, in der Gewißheit, damit den wirksamsten Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten«⁶⁸. Es bedarf jedoch noch sorgfältiger Analysen, inwieweit bereits die Berichte der Kreis- und Bezirkssekretariate der Parteileitung ein weitgehend unrealistisches Bild über die Lage in ihren Verbänden vermittelten.

Die Verschleierung der wirklichen Lage, die auch aus dem Bestreben entstand, sich in Konkurrenz gegenüber den anderen Blockparteien keine Blöße zu geben, traf gelegentlich auch bei der SED auf Kritik.⁶⁹ Größere Aussagekraft und Realitätsbezug haben indes die monatlichen Berichte der Kreis- und Bezirksverbände und insbesondere die persönlichen Berichte der Bezirksvorsitzenden an Götting, die nicht an die SED weitergeleitet wurden. Kennzeichnend ist jedoch auch hier, daß sie überwiegend aus dem Blickwinkel der SED-Positionen geschrieben sind. »Falsche« Auffassungen und »feindliche« Argumente werden referiert, damit man ihnen in der ideologischen Arbeit besser begegnen konnte.

Angesichts dieser auf Erfolgsmeldungen orientierten Berichterstattung kommt den Lageeinschätzungen der SED besondere Bedeutung zu. Der ZK-Sektor beurteilte zumindest bis zum Anfang der sechziger Jahre die

⁶⁷ Vgl. Jochen FRANKE, »Der Fall Dertinger und seine innerparteilichen Auswirkungen. Eine Dokumentation«, in: DA 25 (1992), S. 286-298.

⁶⁸ Sekretariat des Hauptvorstandes (SHV), Abt. Parteiorgane, Bericht Nr. 32/66 (Meinungsbildung) (ACDP VII-013-647).

⁶⁹ Vgl. Entwicklung der CDU seit dem IV. Parteitag unserer Partei im Jahre 1954 bis jetzt [1958], S. 3 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

politische Zuverlässigkeit der überwiegenden Mehrheit der CDU-Mitglieder als eindeutig negativ. Der Einfluß »reaktionärer Kreise« sei groß, die tatsächliche Einstellung überwiegend passiv. Die Zustimmung zur Politik der DDR beschränke sich auf formale Bekenntnisse, während die Diskussionen in den Parteigliederungen meist negativen Charakter trügen.⁷⁰ Nach Einschätzung der SED erhielt die CDU vor allem in jenen Ortsgruppen größeren Zulauf, in denen sich Funktionäre offen gegen die Politik der SED gestellt hätten.⁷¹ In der Phase nach Einführung des neuen Kurses, in der es auch bei der CDU-Führung zu Schwankungen gekommen war, habe der Unmut an der CDU-Basis besonders heftige Wogen geschlagen.⁷² Nach wie vor seien die fortschrittlichen Kräfte in der Defensive, sämtliche feindliche Argumente seien in der Partei verbreitet, Forderungen nach der Abberufung von Götting seien erhoben worden. Viele CDU-Mitglieder seien über das gute Ergebnis der westdeutschen CDU bei den Bundestagswahlen 1953 befriedigt.⁷³ In einer Einschätzung der Meinungsbildung in den CDU-Ortsgruppen im Jahr 1958 heißt es: »In sehr vielen Ortsgruppen der CDU haben die reaktionären Kräfte, die vielfach die Politik der West-CDU als richtig anpreisen, die Initiative. Sie spekulieren auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und arbeiten teils offen, teils versteckt feindlich. Viele der Ortsgruppen der CDU sind in Auflösung begriffen, weil sie mit der offiziellen Politik der zentralen Parteileitung nicht einverstanden sind. In der überwiegenden Anzahl weichen die positiven Kräfte in den Ortsgruppen und vielfach auch Mitglieder der Kreisvorstände vor der Auseinandersetzung mit diesen Elementen zurück«⁷⁴.

Daß weite Teile der Mitgliedschaft mit Passivität und Desinteresse auf den Kurs der Parteiführung reagierten, hatte Konsequenzen für die Parteiarbeit, die sich so auf relativ wenige Schultern verteilte. Die Veranstaltungen in den Ortsgruppen und Kreisverbänden stießen auf geringe Resonanz. Dies traf auf die Beteiligung an den monatlichen Mitgliederversammlungen ebenso

70 Vgl. Abt. Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen, Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz, 28.10.1952, S. 5 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3); vgl. Abt. Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen, Einschätzung der Lage in den anderen Parteien, CDU, 4.9.1954 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3); vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Die Entwicklung der kleinstbürgerlich-demokratischen Parteien in der Zeit zwischen dem IV. und V. Parteitag unserer Partei (StAPMO, ZPA, IV 2/15/2).

71 Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Die Haltung der Funktionäre und Mitglieder CDU zu den Fragen des Kampfes um den Frieden und die Einheit eines demokratischen Deutschland sowie zum Aufbau des Sozialismus, 16.1.1953, S. 5 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

72 Vgl. HAUPTS (wie Anm. 1), S. 398-400.

73 Abteilung Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen, Bericht an das Politbüro des Zentralkomitees, Betr.: Die gegenwärtige Lage in den anderen Parteien, 15.12.1953 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

74 Entwicklung der CDU seit dem IV. Parteitag unserer Partei im Jahre 1954 bis jetzt, S. 6 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

wie auf die örtlichen Schulungsveranstaltungen, die aufgrund des geringen Teilnehmerinteresses bis zum Ende der 50er Jahre nur äußerst unregelmäßig zustande kamen.⁷⁵ Daß zahlreiche vorgesehene Teilnehmer an den Lehrgängen der Parteischulen ohne Entschuldigung fernblieben, war kein Einzelfall. Anders als die SED verfügte die CDU auch nicht über die nötigen Druckmittel, um die satzungsmäßig festgelegte Pflicht der Teilnahme an Schulungsmaßnahmen durchzusetzen. Die im Vergleich zur SED geringere Verfügbarkeit der CDU-Mitglieder könnte daher auch als ein Grund für den Beitritt in diese Partei in Betracht kommen. Die Passivität hatte aber auch Folgen für die Bereitschaft zur Übernahme von kommunalen Ämtern und für die Wirksamkeit gegenüber der parteilosen Bevölkerung. Wer selbst nicht überzeugt ist, kann nur schwer Überzeugungsarbeit leisten. Die CDU hatte wiederholt Schwierigkeiten, die ihr zugewiesenen Mandate in den Volksvertretungen auf Gemeindeebene zu besetzen.⁷⁶ Dies galt gelegentlich sogar auch für die nicht so umfangreiche Zahl der Mitglieder von Räten der Kreise.⁷⁷

Zu den Kritikpunkten, die an der Basis der CDU immer wieder vorgebracht wurden, gehörte die Anerkennung des Führungsanspruchs der SED. Die Berichte umschreiben dies in der Regel in allgemeiner Form. Für das Jahr 1954 liegt jedoch in einem Stimmungsbericht der CDU der seltene Fall der Wiedergabe wörtlicher Zitate vor. Es handelt sich dabei um die Reaktion auf einen Artikel des Generalsekretärs Götting, der unter dem Titel »Der IV. Parteitag der SED ist von großer Bedeutung für alle deutschen Patrioten« veröffentlicht worden war. Im Stimmungsbericht heißt es: »Wie kann sich nur der Generalsekretär der CDU für eine derartige Verherrlichung der SED hergeben. Wir wissen doch ganz genau, daß das Volk davon nichts wissen will, und nun macht doch die CDU alles mit und unterstützt noch die SED in ihren Machtbestrebungen. Macht endlich freie Wahlen, dann ist es sowieso vorbei mit dem Führungsanspruch«⁷⁸. Eine andere Stimme äußerte sich so: »Das ist wirklich ein starkes Stück. ... Man darf sich nicht wundern, wenn sich immer mehr Mitglieder abmelden. Mir kommt es so vor, als ob der Generalsekretär bei der Veröffentlichung dieses Artikels

75 Vgl. Planerfüllungsbericht Oktober 1954 (ACDP VII-013-691); Berichte der Bezirksverbände, Februar 1958 (ACDP VII-013-575).

76 Vgl. Brief der SED-Bezirksleitung Halle an den Sektor Befreundete Organisationen, 25.8.1961 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

77 Vgl. SHV, Abt. Parteiorgane, Auswertung des statistischen Berichts für das Jahr 1968 (StAPMO, ZPA, IV A2/15/49); vgl. SHV, Abt. Kader, Beschlußvorlage Sekretariat v. 13.1.1970: Information über den Stand der kaderpolitischen Vorbereitung der Neuwahl der Räte der Kreise (StAPMO, ZPA, IV A2/15/51).

78 Bericht über die Stimmung und Meinung von Funktionären und Mitgliedern der CDU zu dem Artikel des Generalsekretärs Gerald Götting in der NZ v. 14.3.1954 (ACDP VII-013-1291).

nur einen Auftrag von bestimmter Seite ausgeführt hat⁷⁹. Auch das Fazit des Berichterstatters auf diese Äußerungen verdient Beachtung, da es den gewollten Wirklichkeitsverlust in der Parteileitung erkennbar werden läßt. Es gebe immer noch Unionsfreunde, die nicht die politische Reife besitzen, um die Tragweite der Ausführungen von Gerald Götting zu verstehen; durch intensive Aufklärung sei ihnen die erforderliche Klarheit zu vermitteln.⁸⁰

Die Einstellung zur Führungsrolle der SED ist nur ein Beispiel für die großen Vorbehalte, denen die ideologische Aufklärung unter den CDU-Mitgliedern ausgesetzt war. Die Grundfragen der politischen Orientierung der DDR, die Einheitslistenwahl, der Aufbau des Sozialismus, die maßlose Abgrenzung von der Bundesrepublik stießen bei vielen CDU-Mitgliedern auf ausdrückliche Ablehnung. Offensichtlich gelang es auch langfristig nicht, ein »DDR-Bewußtsein« heranzubilden. Zweifel am Sieg des Sozialismus, an der viel beschworenen Gefährlichkeit des »westdeutschen Imperialismus« und die Hoffnung auf Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten blieben für die Stimmungslage an der Basis prägend.⁸¹

Angesichts der skizzierten Anpassungsbereitschaft der Parteileitung ist es erstaunlich, daß die SED auch viele hauptamtliche CDU-Funktionäre unter Einschluß der höchsten Parteigremien als labil und unzuverlässig beurteilte. Vorwürfe gegen den zentralen Apparat, der die fortschrittliche Linie abschwäche und sogar einen »offenen Kampf« gegen die sozialistische Ideologie führe, können bis 1957 belegt werden.⁸² Aber auch für die sechziger Jahre gibt es noch Hinweise der SED, Bezirksvorsitzende von ihren Ämtern abzulösen.⁸³ Sofern nicht sogar »feindliche Auffassungen« bei den Funktionären selbst registriert wurden,⁸⁴ lautete der Hauptvorwurf gegen die CDU-Führung, daß der progressive Kurs nicht energisch genug in der Partei durchgesetzt und die Auseinandersetzung mit »feindlichen« Kräften vermieden werde.⁸⁵ Den Kreissekretären kam als Scharnier zwischen der Parteileitung und den Ortsgruppen besondere Bedeutung zu. Trotz

79 EBENDA.

80 EBENDA.

81 Vgl. Mitteilung von Ufrd. [Unionsfreund] Bömer an Abt. Parteiorgane, Bericht über Argumente, 2.4.1970 (ACDP VII-013-2094); vgl. Mitteilung von Ufrd. Berghäuser an Abt. Parteiorgane, Informationsbericht für April 1970 (ACDP VII-013-2094).

82 Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Die Entwicklung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien in der Zeit zwischen dem IV. und V. Parteitag unserer Partei (StAPMO, ZPA, IV 2/15/2).

83 Protokoll der Beratung der Arbeitsgruppe Befreundete Organisationen v. 17.7.1968 (StAPMO, ZPA IV A2/15/5).

84 Vgl. Abt. Leitende Organe der Partei, Bericht an das Politbüro des Zentralkomitees, Betr.: Die gegenwärtige Lage in den anderen Parteien, 15.12.1953, S. (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

85 Vgl. Entwicklung der CDU seit dem IV. Parteitag unserer Partei im Jahre 1954 bis jetzt, S. 4 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

eindeutiger kaderpolitischer Vorgaben erzwang es die Personalnot jedoch immer wieder, politisch und intellektuell ungeeignete Kräfte einzusetzen, was die ohnehin vorhandene hohe Fluktuation in diesem Amt weiter steigerte.⁸⁶ Bei dieser Funktionärsgruppe gelang es schließlich in der Folge intensiver Schulungsmaßnahmen etwa seit Mitte der sechziger Jahre, Mitarbeiter einzusetzen, die als zuverlässig beurteilt wurden. Die Trennungslinie zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft ist seither bei aller notwendigen Vorsicht im Einzelfall zwischen den Ortsgruppen und den hauptamtlichen Funktionären der Kreisverbandsebene anzunehmen.

V. Zusammenfassung

1. Nach dem Willen der SED sollte die Ost-CDU ein Instrument zur Systemstabilisierung sein. Ohne wirkliche Teilhabe an der Macht, sondern lediglich an der Repräsentation des Staates, hatte sie die primär nach innen gerichtete Funktion, ihre Mitglieder auf die Politik der DDR zu orientieren, Vorbehalte abzubauen und Einsatzbereitschaft für den Sozialismus hervorzubringen. Ihre politische Rolle war damit im Grundsatz der Bedeutung der Massenorganisationen in der Nationalen Front gleichzusetzen. Zumindest seit der Mitte der fünfziger Jahre regierte die Parteileitung als Befehlsempfänger und eifriger Erfüllungsgehilfe der SED.

2. Eine wirksame Interessenvertretung durch die Gesamtpartei ist bisher nicht festzustellen. Die These einer selektiven Interessenvertretung (Lapp) kann in dieser allgemeinen Form nicht aufrechterhalten werden. Dies schließt nicht aus, daß in Einzelfällen auf der lokalen Ebene eine vom offiziellen Kurs abweichende politische Einflußnahme durch Vertreter der CDU möglich war und auch wahrgenommen wurde.

3. Der Eintritt in die CDU ist weniger als ein Signal des Widerstands einzuschätzen, sondern mehr ein Zeichen für den kleineren Kompromiß, ein Ausweichen vor den höheren Verpflichtungen und der schärferen Parteidisziplin, die eine Mitgliedschaft in der SED bedeutete. Weitere Untersuchungen zur Arbeit in den Ortsgruppen müssen sich mit der Frage befassen, inwieweit sich Mitglieder auch gegen die Intentionen der Parteileitung und gegen die zugewiesenen Funktionen »ihre« Partei für andere Belange zunutze gemacht haben.

4. Trotz des äußerlich einheitlichen Erscheinungsbildes der Ost-CDU sind im Inneren zwischen den horizontalen Ebenen deutliche Differenzierungen erkennbar. Die Entwicklung zur Kaderpartei hat zumindest bis zum

⁸⁶ Bis zur Mitte der sechziger Jahre wurden im Jahr bis zu einem Fünftel aller Kreissekretäre ausgewechselt (Abt. Kader, Analyse der kaderpolitischen Situation der Kreissekretäre, Vorlage für das Sekretariat am 6.2.1967, StAPMO, ZPA, IV A2/15/51).

Mauerbau gedauert. Auch für die sechziger Jahre ist erkennbar, daß es noch ein beträchtliches Unruhepotential gab, das sich in der Regel nicht mehr öffentlich artikuliert hat, jedoch eine deutliche Kluft zwischen den Zielsetzungen und Erwartungen an die Parteiarbeit und ihrer tatsächlichen Wirksamkeit begründete. So bleibt als ein vorläufiges Resümee festzuhalten, daß für die Jahrzehnte einer erzwungenen Gleichschaltung unter der glatten Oberfläche der Ost-CDU noch manches Zwiespältige zu entdecken ist.

Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende

Der »Brief aus Weimar« und der »Brief aus Neuenhagen«

Von Manfred Agethen

Schon seit der Gründung der CDU in der SBZ am 26. Juni 1945¹ und ihrer Zulassung durch die sowjetische Militärverwaltung am 14.7.1945 gab es in der Partei Auseinandersetzungen um die Frage, welches der richtige Weg sei, aktiven Anteil an der Politik zu nehmen und sich dem Vereinnahmungs- und Gleichschaltungsdruck der SED zu widersetzen. Männern wie Johann Baptist Gradl, Jakob Kaiser oder Ernst Lemmer, die versuchten, die CDU gesamtdeutsch zu gestalten und den Handlungsspielraum der Partei gegen Sowjetische Militäradministration (SMAD) und SED zu halten, blieb schon Ende 1947 nur das Ausweichen nach Westberlin. Spätestens nach dem 3. Parteitag der Ost-CDU in Erfurt im September 1948 war klar, daß dauerhafter Widerstand gegen Sowjets und SED nicht möglich wäre. Denn auf diesem Parteitag verkündete Oberst Tulpanow als Vertreter der SMAD neue Richtlinien für die politische Arbeit der CDU, die auf eine völlige Anpassung an den kommunistischen Kurs abzielten. In seiner Begrüßungsansprache forderte er die »Ausschaltung« aller Elemente in der CDU, die – wie Kaiser mit seinem Widerstand gegen die Volkskongreßbewegung – »antisowjetische und antidemokratische Zersetzungsarbeit« betrieben.² Otto Nuschke, der auf jenem Parteitag gewählte Vorsitzende der SBZ-CDU, versuchte dem Gleichschaltungsdruck zunächst mit hinhaltendem Widerstand zu begegnen. Der Gründung der DDR und der damit einhergehenden Verschiebung der eigentlich für 1949 geplanten freien Wahlen um ein Jahr stimmte er nur unter der Bedingung zu, daß die Parteien mit getrennten Listen in diese Wahlen gehen müßten. Aber mit Terroranschlägen gegen CDU-Funktionäre, mit der Besetzung von Parteibüros und mit Hetzkampagnen in SED-Zeitungen wurde die CDU-Führung eingeschüchtert. Zahlreiche Funktionäre flohen in

1 Druck des Gründungsaufrufs z.B. bei Siegfried SUCKUT, »Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945-1952)«, in: Hermann WEBER (Hg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie*, Köln 1982, S. 129ff.

2 Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Zentralbestand Ost-CDU, VII-010-485.

den Westen. Im Mai 1950 stimmte Nuschke zu, der Volkskammerwahl am 15. Oktober 1950 eine Einheitsliste zugrunde zu legen.³ Nach der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 erkannte die Ost-CDU auf ihrem 6. Parteitag im Oktober 1952 in Berlin die »führende Rolle« der SED »vorbehaltlos« an.⁴

Mit den Schauprozessen des Jahres 1952 und der Verhaftung des christlich-demokratischen DDR-Außenministers Georg Dertinger im Januar 1953 war der Gleichschaltungsprozeß im wesentlichen abgeschlossen. Es folgten fast vier Jahrzehnte kritikloser Anpassung an den Kurs der SED, ohne wirklichen Einfluß auf die politischen Entscheidungsprozesse. Dabei bestand die den Blockparteien von der SED zugedachte Aufgabe im wesentlichen darin, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen – im Falle der CDU insbesondere die christlich gebundenen Bevölkerungskreise – an den sozialistischen Staat heranzuführen.⁵ Außerdem schienen sie geeignet, die kommunistische Einparteienherrschaft zu vertuschen und eine pluralistische Demokratie vorzuspiegeln.

Das Bild der völligen Unterwerfung unter den Führungsanspruch der SED, der auch im Artikel 1 der DDR-Verfassung von 1968 festgeschrieben war, gilt allerdings nur für die Führungselite der Partei. Das bislang bekannte Quellenmaterial aus allen Gliederungen der Ost-CDU bietet zahlreiche Hinweise darauf, daß die Basis der Partei keineswegs völlig gleichgeschaltet war, daß es Unzufriedenheit und Widerstandspotentiale gab, daß also das Verhältnis zur eigenen, fremdbestimmten Parteispitze problematisch war. Nur das Vorhandensein solcher Kritik- und Reformpotentiale läßt den raschen Erneuerungsprozeß verständlich werden, dem sich die Ost-CDU nach dem Rücktritt ihres Vorsitzenden Gerald Götting am 2. November 1989 unterzog und der mit einem von der Basis geforderten Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 in Berlin seinen organisatorischen Abschluß fand. Das gesamte reformunwillige Präsidium sowie die Sekretäre des Hauptvorstandes waren in dieser kurzen Zeit abgelöst, der Parteivorstand komplett erneuert worden. Die meisten der 800 Delegierten jenes Sonderparteitages waren in Urwahlen demokratisch gewählt worden. Diese rasche Aktivierung demokratischer Potentiale war vor allem deshalb möglich, weil die CDU in ihrem Ursprung eine demokratische Alternative zum SED-Anspruch auf Alleinherrschaft gewesen war.

3 Zu den Gleichschaltungsprozessen vgl. neuerdings v.a. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), 2. korrigierte Auflage, Düsseldorf 1991, v.a. S. 241-249. Vgl. auch Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU, 1945-1982*, Stuttgart 1993, S. 59-68.

4 Auszugsweiser Druck der Entschließung des 6. Parteitages bei SUCKUT (wie Anm. 1), S. 170-173, Zit. S. 171.

5 Vgl. ebd., S. 128. Vgl. auch Peter Joachim LAPP, *Die »befreundeten Parteien« der SED. DDR-Blockparteien heute*, Köln 1988, hier v.a. S. 71ff.

Trotz der Angepaßtheit der CDU-Parteiführung brachte die SED mindestens in den 50er und 60er Jahren den 'alten', auf eigenständige Gründungen zurückgehenden Blockparteien CDU und LDPD weiterhin unverhohlenen Mißtrauen entgegen. Die CDU konnte unter den kleineren Blockparteien als einzige beanspruchen, eine schichten- und klassenübergreifende Volkspartei zu sein und blieb insofern ein potentieller Kontrahent zur »Partei der Arbeiterklasse«. Arbeiter, Bauern, Angestellte, Akademiker, Handwerker und Hausfrauen waren mit bedeutenden Anteilen in ihr vertreten.⁶ Außerdem war die CDU die einzige Blockpartei, die offiziell eine von der SED abweichende Weltanschauung vertrat.

In den Akten der Abteilung »Befreundete Parteien« beim ZK der SED erscheinen Ost-CDU und LDPD in den 50er und 60er Jahren noch weitgehend als Parteien, deren Mitglieder das 'richtige' sozialistische Bewußtsein und eine 'positive' Einstellung noch nicht vollständig erlangt haben und stets in Gefahr sind, dem 'alten' Denken zu verfallen.⁷ Tatsächlich zeugen diese Akten – sowohl die CDU-eigenen als auch die von der SED erstellten »Stimmungsberichte« – von erheblicher Kritik und Unangepaßtheit an der Basis der CDU. Die Kirche oder religiöse Orientierungen spielen hierbei eine wichtige Rolle, auch eine starke Westorientierung ist deutlich herauszulesen. Oft kommt der Widerspruch natürlich nur von Einzelpersonen oder bezieht sich nur auf Einzelfälle, am deutlichsten wird er auf der Ebene der Ortsgruppen.⁸ Die Proteste an der Basis richten sich sowohl gegen den massiven Führungsanspruch der SED, als auch gegen die Unterwerfungsbereitschaft der eigenen Parteispitze.⁹

6 Vgl. die umfassenden Angaben zur Mitgliederstärke (September 1989: 134.507) und zur Mitgliederstruktur (bis Mitte 1990) in ACDP VII-011-3900. Für die Jahre bis 1951 vgl. auch die sozialstatistischen Angaben bei WEBER (Hhg.) (wie Anm. 1), S. 517; auch: P. J. LAPP, »Soziale Zusammensetzung der DDR-Blockparteien«, in: *Deutschland-Archiv* 20 (1987), S. 339-341 (mit Vergleichszahlen für 1951 und 1985).

7 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, SED-Archiv, Bestand »Befreundete Parteien« IV 2/15/1ff. (1945-1961/62) und IV A2/15/1ff. (1963-1971); hier geht es vor allem um die Situation in den Blockparteien aus der Sicht des ZK der SED. Die Akten dieses Bestandes sind für die 70er und 80er Jahre noch nicht zugänglich.

8 Vgl. ebd. außer den angegebenen Stücken auch IV 2/15/44: Berichte über Brigadeeinsätze der CDU in ihren Kreis- und Bezirksverbänden (1954-1960) und IV 2/15/9 und 10: Berichte der Kreis- und Bezirksleitungen der SED über Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen der CDU (1953-1960; 1962). – Die auffällig stereotypen Schwarz-Weiß-Qualifizierungen ideologisch-politischer Einstellungen als »richtig« oder »falsch«, »positiv« oder »negativ« in den Berichten verweisen nicht unbedingt auf sprachliche Defizite der Berichtenden, sondern wohl eher auf die Ohnmacht, berechtigter Kritik anders als mit sprachlichen Leerformeln zu begegnen.

9 Zwei Beispiele für viele: »Warum kann nicht einmal eine andere Partei regieren? ... Warum müssen alle Schlüsselpositionen in Staat und Wirtschaft durch Mitglieder der SED besetzt werden?« (ACDP VII-011-058. Zitat aus einem Kurzbericht der Abteilung Parteiorgane über die »Meinungsbildung« in den Kreisverbänden Roßlau und Dessau vom 8.11.1965.) Und: »Von christlicher Partei ist nichts zu spüren, denn die CDU wagt noch nicht einmal, gegen

Latente Kritikbereitschaft an der Basis wurde natürlich an neuralgischen Punkten der DDR-Geschichte in besonderer Weise virulent. Dies gilt etwa für den Juniaufstand 1953¹⁰, für den Mauerbau im August 1961¹¹ oder für den Volksentscheid über die sozialistische Verfassung der DDR vom Jahr 1968.¹² Insbesondere die Stimmungsberichte aus den Kreis- und Bezirksverbänden der Ost-CDU nach dem Juniaufstand zeigen das tiefe Mißtrauen der Mitglieder gegen die Politik der SED und gegen die eigene Parteispitze. Die These der SED, »westliche Provokateure und Saboteure« hätten den Aufstand gesteuert, findet bei der CDU-Basis keinen Glauben. Forderungen nach Rücktritt oder Umbildung der Regierung, nach freien Wahlen, verbunden mit Kritik an Presseschönfärberei und Zorn auf die eigene Parteiführung, die sich bei den Unruhen als bloßes »Anhängsel der SED« erwiesen habe – all dies wird in den Quellen deutlich.¹³ Der Parteivorsitzende Gerald Götting bereiste ab Ende Juni 1953 zahlreiche Kreis- und Bezirksverbände seiner Partei, um die Kritik an SED und CDU-Spitze »zu zerschlagen«.¹⁴

Es muß vorerst offenbleiben, ob man so weit gehen kann, Führung und Basis der Ost-CDU als »zwei Welten«¹⁵ gegenüberzustellen. Für ein abschließendes Urteil in dieser Hinsicht bleibt die weitere archivalische Verzeichnung und wissenschaftliche Auswertung der Ost-CDU-Aktenbestände – insbesondere im Blick auf die Kreisverbände und Ortsgruppen – abzuwarten. Immerhin ist schon jetzt erkennbar: Die Mehrzahl der einfachen Ost-CDU-Mitglieder stand der SED-Politik und der eigenen Parteispitze über Jahrzehnte hinweg – genauere zeitliche Differenzierungen wären nötig – distanziert gegenüber.¹⁶ Ihnen blieb aber in der Regel nur das aus Orwell's

die SED aufzumucken.« (Ebd. Zitat aus einem Kurzbericht der Abteilung Parteiorgane über die politisch-ideologische Situation im KV Naumburg vom 6.12.1965.)

10 Vgl. dazu Udo WENGST, »Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 41 (1993), Heft 2, S. 277-321; zur Haltung der Ost-CDU zum 17. Juni vgl. auch Günter BUCHSTAB, »Vergangene Spaltung – gespaltene Vergangenheit. Nation, Union und Historiographie«, in: *Civitas. Widmungen für Bernhard Vogel zum 60. Geburtstag*, hrsg. von Peter Haungs u.a., Paderborn u.a. 1992, S. 381-396.

11 Vgl. dazu Joachim FRANKE, Zur Reaktion von CDU-Führung und CDU-Basis (Ost) auf den Mauerbau am 13. August 1961, in: *Deutschland-Archiv* 23 (1990), S. 1242-1251.

12 Vgl. z.B. die Informationsberichte zur »Meinungsbildung« an der CDU-Basis über den Entwurf der sozialistischen Verfassung 1968: SED-Archiv (wie Anm. 7) IV A2/15/54.

13 WENGST (wie Anm. 10), S. 279f.

14 Bericht Göttings über die Besprechungen mit den Kreissekretären und Kreisvorsitzenden in den Bezirkssekretariaten der CDU, S. 1, in: ACDP VII-011-1743.

15 So der ehemalige Oberarchivar des Zentralen Parteiarchivs der Ost-CDU, FRANKE (wie Anm. 11), S. 1251. Mit Sicherheit nicht haltbar ist die These von Christian v. DITFURTH, *Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt*, Köln 1991, S. 11, den meisten CDU-Mitgliedern sei die Anerkennung der SED-Führungsrolle »ein inneres Bedürfnis« gewesen.

16 So im Kern auch Siegfried SUCKUT, »Persönlicher oder politischer Eigensinn im

»1984« bekannte »Zwie-Handeln« bzw. die Schizophrenie, in einer Partei mitzuarbeiten, die zum Transmissionsriemen kommunistischer Politik funktionalisiert war und doch zugleich an der Basis dieser Partei als Christen miteinander umzugehen, kirchliche Belange zu unterstützen und womöglich politische Mandate zu übernehmen.

Niemals innerhalb der 40jährigen DDR-Geschichte hat die SED-Führung das Legitimationsdefizit ihres Herrschaftsanspruchs völlig beseitigen können. Doch gab es Perioden relativer Ruhe und Stabilität. Die Entspannungspolitik zu Beginn der siebziger Jahre brachte dem SED-Regime weltweite diplomatische Anerkennung und auch bescheidene wirtschaftliche Erfolge. Honecker, der Ulbricht 1971 an der Spitze der SED folgte, galt zunächst in Teilen der Bevölkerung als Hoffnungsträger einer sich verändernden DDR. So waren die siebziger Jahre insgesamt eine Phase relativer Ruhe in der innenpolitischen Szene der DDR. Doch spätestens seit der Mitte der achtziger Jahre wuchs vor dem Hintergrund der Reformbewegungen in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn der Druck aus der DDR-Bevölkerung gegen eine vor allen Neuerungen ausweichende SED-Führung. Die zunehmenden ökonomischen Probleme des Landes seit Ende der siebziger Jahre, die chronischen Versorgungsmängel, das unzureichende Dienstleistungsangebot, der Verfall der Städte, der Wohnraummangel, die technologische Rückständigkeit, die Umweltverschmutzung, das Bekanntwerden massiver Wahlfälschungen, die unter dem Dach der Kirchen zunehmend geführte Diskussion um Demokratisierungsprozesse – all dies waren Hintergründe und Erscheinungsformen der existentiellen Krise, in die die DDR im 40. Jahr ihres Bestehens stürzte und die ihren entscheidenden Auslöser in dem Flüchtlingsstrom fand, der möglich wurde, als Ungarn am 10. September 1989 seine Grenze nach Österreich für DDR-Bürger öffnete. Der Fall der Mauer am 9. November 1989 wurde zum Auftakt für den Untergang der DDR.¹⁷

demokratischen Block? Bisher verschlossene Archive geben neue Informationen über die Haltung der SED gegenüber den Blockparteien«, in: *Das Parlament*, 8. Mai 1992.

17 Zu den Krisenerscheinungen und Aufbruchprozessen im Umfeld der 'Wende' vgl. z.B.: Timothy GARTON ASH, *Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990*, München/Wien 1990; *Zurück zu Deutschland. Umsturz und demokratischer Aufbruch in der DDR*, hrsg. vom Rheinischen Merkur, Bonn 1990; Hannes BAIHRMANN/Christoph LINKS, *Wir sind das Volk. Die DDR im Aufbruch – eine Chronik*, Berlin (u.a.) 1990. – Zur Rolle der Kirchen beim Umbruchprozeß vgl. z.B. Reinhard HENKYS, »Die Bedeutung und Rolle der evangelischen Kirche im demokratischen Reformprozeß«, in: *Zeitschrift zur politischen Bildung/Eichholz-Brief* 1991, 2. Quartal, S. 13-19; Gary LEASE, »Religion, the Churches and the German 'Revolution' of November 1989«, in: *German Politics*, Bd. 1, Nr. 2 (August 1992), S. 264-273; Horst DÄHN (Hg.), *Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz* (Geschichte und Staat 291), München 1993.

Auch die Blockparteien waren von der allgemeinen Krisensituation des Spätsommers 1989 ergriffen. Aus der LDPD hörte man deutliche Worte von Parteichef Manfred Gerlach zu den Fehlern der Vergangenheit.¹⁸ Hinsichtlich der Ost-CDU gilt gemeinhin der »Brief aus Weimar« als Fanal des Aufbegehrens der Basis gegen die Parteileitung und gegen die SED. Einen im kritischen Ansatz gleichwertigen, aber weniger prominenten Vorläufer hatte er in einem »Brief aus Neuenhagen«, auf den später eingegangen wird.

Der »Brief aus Weimar«¹⁹ war datiert vom 10. September 1989 – dem denkwürdigen Tag der ungarischen Grenzöffnung, an dem übrigens auch der Gründungsaufruf des »Neuen Forum« erschien. Die Verfasser waren allesamt Kirchenleute und CDU-Mitglieder: Martina Huhn, Rechtsanwältin und Mitglied der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR aus Hopfgarten bei Bad Lausick, Martin Kirchner, Oberkirchenrat aus Eisenach, Christine Lieberknecht, Pastorin aus Ramsla bei Weimar, und Dr. Gottfried Müller, Kirchenrat aus Jena. Letzterer war, wie sich im weiteren Verlauf der Angelegenheit zeigte, der führende Kopf der Aktion. Die Verfasser übergaben den Brief am 11. September persönlich beim Hauptvorstand ihrer Partei in Berlin, wo er auch postalisch zeitgleich eintraf. Zugleich schickten sie ihn an alle Kreis- und Bezirksvorstände der Partei. Er sollte allen Parteimitgliedern zugänglich gemacht und die Diskussion darüber gefördert werden, wie es in dem Begleitschreiben der Verfasser hieß. Einen Vorgeschmack auf die Anliegen des Briefes hatte Gottfried Müller bereits in einem Leitartikel in der thüringischen evangelischen Kirchenzeitung »Glaube und Heimat« vom 13. August 1989 – am Tag des Gedenkens an den Mauerbau – gegeben.²⁰ Hauptziel des Briefes war es – nach einer rückschauenden Betrachtung Müllers Anfang 1993 –, die Blockpartei CDU »als Institution zu erhalten und sie so umzugestalten, daß sie für die Reform der Gesellschaft tauglich werden würde.«²¹

18 Vgl. dazu Katharina BELWE/Ute REUTER (Bearb.), *Dokumentation zur Entwicklung der Blockparteien der DDR von Ende September bis Anfang Dezember 1989*, Bonn: Gesamtdeutsches Institut, Dezember 1989, S. 6-74. – CDU-Mitglieder wiesen ihren eigenen Parteichef fordernd auf Gerlachs Beispiel hin; vgl. die Schreiben an Götting in ACDP VII-010-3370.

19 Druck z.B. in: BELWE/REUTER (Bearb.) (wie Anm. 18), S. 77ff. Vgl. auch ACDP VII-010-3529. Dort alle wesentlichen Unterlagen zum parteiinternen Umfeld des Briefes. Im folgenden erwähnte oder zitierte Dokumente, die nicht eigens belegt sind, finden sich in diesem Faszikel. Gute zusammenfassende Darstellung mit ausführlichen Quellenbelegen bei Markus KIEFER, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der ehemaligen DDR: Struktur, Programm und Politik einer Blockpartei, 1949-1989*. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Saarbrücken, Mai 1993, S. 62ff. und 111-118.

20 Müller war Chefredakteur dieser Kirchenzeitung.

21 Gottfried MÜLLER, *Eine DDR-Blockpartei auf dem Weg zur Regierungsverantwortung. Drei Sätze und begleitende Betrachtungen zur Entwicklung der Ost-CDU*, Rundfunkvortrag SFB III, Sendereihe »Fokus Politik«, 28.2.1993, 19.05-19.30 Uhr.

Insofern sprach der Brief im wesentlichen Probleme der innerparteilichen Demokratie an, monierte den Mangel an Eigenständigkeit der CDU gegenüber der SED. Darüber hinaus wurden aber auch konkrete politische Probleme und Unzulänglichkeiten im DDR-System schlechthin angesprochen: Die Reisebeschränkungen, die Flüchtlingswelle, die Behinderungen der Pressefreiheit, die Schönfärberei der Medien, die notwendige Erneuerung des Wahlgesetzes – mit latenten Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten bei den Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 –, die obrigkeitliche Bevormundung der Bürger, der fehlende Einblick in die tatsächliche wirtschaftliche Lage des Landes.

Bei aller parteiinternen und gesamtgesellschaftlichen Kritik verblieben die Verfasser – ganz wie die übrige Protest- und Reformbewegung des Herbstes '89 – auf dem Boden einer sozialistischen Staatsidee. Es ging ihnen nicht um Abschaffung der DDR, sondern um ihre Erneuerung im Sinne eines demokratischen Sozialismus. Dies war auch Ergebnis eines Gesprächs, das die Weimarer Reformer am 26. September 1989 in der Parteizentrale in Berlin mit den Präsidiumsmitgliedern und Sekretären des Hauptvorstandes Adolf Niggemeier und Dr. Werner Wünschmann auf Veranlassung Göttings führten.²² In einer gemeinsamen Presseerklärung zu diesem Gespräch, die Götting erst nach dem Staatsjubiläum vom 7. Oktober 1989 freigab und die im CDU-Zentralorgan »Neue Zeit« am 9. Oktober erschien, hieß es, die Briefschreiber trügen ihre Reformanliegen in der Absicht vor, »die DDR und ihre sozialistische Demokratie in Stabilität weiterzuentwickeln«.²³

Öffentlich reagierte die Parteispitze erstmals mit einem Kommentar in der »Neuen Zeit« vom 19. September 1989 (»Vertrauen im Miteinander«) auf den Brief – allerdings nur andeutungsweise und ohne auf seinen Inhalt einzugehen. Es widerspreche dem »Geist des vertrauensvollen Umgangs zwischen Unionsfreunden«, hieß es dort, wenn sich Parteimitglieder mit kritischen Überlegungen zuerst an eine internationale Öffentlichkeit wendeten, bevor sie das klärende Gespräch mit ihrem Vorstand suchten. Dieser Vorwurf bezog sich darauf, daß die 'Weimarer' ihren Brief schon bei einer Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, die vom 15. bis 19. September 1989 in Eisenach stattfand, erstmals öffentlich bekanntgemacht hatten²⁴, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt bereits von der Einladung zu dem erwähnten Gespräch beim Hauptvorstand am 26. September wußten. Offenbar sahen die Verfasser in dieser Offensive die einzige Möglichkeit

22 Vgl. das Protokoll in ACDP VII-010-3529.

23 Müller wies allerdings in einem »Informationsbrief zum Brief aus Weimar« vom 10.10.1989 darauf hin, die Presseerklärung sei entgegen der ursprünglichen Vereinbarung nicht in vollem Umfang mit ihnen abgesprochen worden; ACDP VII-010-3529; ebd. auch mehrfach redigierte Versionen jener Presseerklärung.

24 *Glaube und Heimat. Evangelische Kirchenzeitung für Thüringen*, 44. Jahrgang, 24.9.1989.

– das deuteten sie später bei jenem Gespräch auch an –, sich rasch in einer breiten Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen und ihren eigenen, in dem Anschreiben zu ihrem Brief ausdrücklich erwähnten Anliegen gerecht zu werden, diesen gerade auch innerhalb der Kirchen bekanntzumachen und zu diskutieren. Von Eisenach aus wurde der Brief über Westmedien DDR-weit bekannt, bevor sich die CDU-Leitung zu seiner Veröffentlichung entschloß. Der Schweriner Maler und Grafiker Winfried Wolk, Hauptvorstandsmitglied der CDU und Sympathisant der Reformideen, äußerte sich zu ihm anlässlich einer Ausstellungsreise in westlichen Medien, z.B. im »Heute Journal« vom 4. Oktober 1989.²⁵

Göttings Zögerlichkeit bei der Veröffentlichung des Briefes hatten die Verfasser richtig kalkuliert. Sie erfolgte erst am 26. Oktober 1989 im Zentralorgan »Neue Zeit«, am 27. Oktober auch in der Dresdner CDU-Zeitung »Die Union«. Müller beklagte diese Verspätung in einem »2. Informationsbrief zum Brief aus Weimar« vom 30. Oktober. Er forderte jetzt – anders als noch im Brief selbst – die Einberufung eines Sonderparteitages bis spätestens März 1990; eine Unterschriftenaktion dazu – laut Satzung mußte ein Drittel der Mitglieder zustimmen – war bereits im Gange. Im übrigen hätten die zahlreichen Reaktionen auf den »Brief aus Weimar« das Ausmaß des Vertrauensverlustes der Basis gegenüber der Parteispitze gezeigt; dies erfordere auch personelle Konsequenzen.²⁶

Am 25. Oktober 1989 stellte das Präsidium zu seiner eigenen Unter- richtung eine Dokumentation aus den zahllosen Schreiben zusammen, die im Anschluß an den »Brief aus Weimar« in der Parteizentrale eingegan- gen waren.²⁷ Die Bilanz war erschreckend. Es war offensichtlich, daß die Reformvorstellungen der 'Weimarer' einem breiten Konsens an der Basis der Partei entsprachen.²⁸ Die Forderung nach einem rasch einzuberufenden Sonderparteitag wurde durchweg unterstützt. Besonders harsche Kritik er- fuhr die Basisferne der Parteiführung. Es müsse gelingen, »die verstopften Kommunikationsröhren von unten nach oben« wieder gängig zu machen.²⁹ Insgesamt zeigt sich, daß die jetzt vorgetragenen Klagen und Forderungen

25 ACDP VII-010-3529. Wolk trat übrigens bei der CDU-Hauptvorstandssitzung vom 11.11.1989, nach erfolgtem Rücktritt Göttings, als Konkurrent Lothar de Maizières um die Nachfolge im Parteivorsitz auf.

26 Der Sonderparteitag fand bereits am 15./16. Dezember 1989 in Berlin statt. Regulär hätte der nächste (=17.) Parteitag 1992 stattgefunden.

27 »Zur Meinungsbildung der Mitglieder der CDU in der gegenwärtigen Situation«: ACDP VII-010-3529.

28 Vgl. dazu auch die zahlreichen Schreiben und Informationsberichte aus CDU-Ortsgruppen und Kreisverbänden an die Parteileitung in: ACDP VII-010-3368, VII-010-3370 und VII-013-3422. Zahlreiche kritische Briefe an Götting persönlich auch in ACDP VII-010-3357 und 3370.

29 Zitat aus einem Anschreiben bei MÜLLER, »Informationsbrief zum Brief aus Weimar« (wie Anm. 23).

dieselben sind, die die Basis seit den 50er Jahren bewegt hatten, die aber seitens der Leitungsgremien notorisch ohne Antwort geblieben oder mit Beschwichtigungsformeln bedacht worden waren.³⁰ Aufschlußreich in dieser Hinsicht etwa die Stimme eines Abteilungsleiters beim Sekretariat des Hauptvorstandes in einem persönlichen Bericht an Götting vom 30. Oktober 1989: »Es ist, meine ich, nicht länger zu verantworten, daß die an Sie gerichteten monatlichen persönlichen Berichte der Bezirksvorsitzenden und Abteilungsleiter (die häufig Stimmungen und Anfragen von der Basis wiedergeben, M.A.) überwiegend unbeantwortet bleiben. Ich habe mich immer bemüht, wenigstens die von Ihnen gemachten Randbemerkungen an die Absender weiterzugeben. Das blieb oft die einzige Antwort an den Briefschreiber.«³¹ Kein Wunder, daß nun, vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Oppositionsbewegung und nachdem der »Brief aus Weimar« parteiintern Schleusen geöffnet hatte, die kritischen Stimmen diesen an Schärfe übertreffen und z.T. den DDR-Sozialismus selbst substantiell angreifen. Typisch für viele Klagen – so heißt es in der Dokumentation des Parteivorstandes – sei die Einschätzung, »daß die DDR ebenso wie die UdSSR, Ungarn und Polen neue Wege zur Demokratie suchen sollte«. Auch werde »die Berechtigung der Führungsrolle der SED« angezweifelt. Und im Bericht des Bezirksverbandes Gera vom 15. August 1989 heißt es: »Immer öfter tauchen Zweifel auf, ob unsere Planwirtschaft in ihrer gegenwärtigen Form noch vertretbar ist, weil nach Aussagen bewährter Wirtschaftskader planmäßig nichts mehr laufe.«³²

Bestärkt durch das breite positive Echo auf ihren Brief, wurden auch die 'Weimarer' selbst in ihren Forderungen immer konkreter und drängender. In einem Fernschreiben an Götting vom 10. Oktober 1989 – der »Brief aus Weimar« war von der Parteileitung noch immer nicht veröffentlicht worden – mahnte Müller den Parteichef eindringlich, sein Stillschweigen zu brechen: »Sagen Sie, daß die Ausreisetragedie ihren eigentlichen Ursprung in unserem Land selbst hat, in der Bevormundung der Bürger, im mangelhaften Dialog zwischen Volk und Führung, in Vorenthaltungen der Reisefreiheit, in Mängeln der Wirtschaft, im unerträglichen Zwiespalt zwischen der Wirklichkeit und ihrer Darstellung in den Medien. Es gibt noch viele andere Gründe.«³³

Auch langjährige Mitarbeiter Göttings in der Parteileitung kündigten ihm nun das Vertrauen auf und drängten ihn zum Rücktritt. Abteilungsleiter

³⁰ Vgl. die entsprechenden Stimmen in der o.a. Dokumentation (wie Anm. 27) und den Hinweis bei MÜLLER (wie Anm. 29).

³¹ ACDP VII-014-3422.

³² ACDP VII-010-3529.

³³ EBENDA.

Gerhard Quast beklagt in seinem »Bericht an den Parteivorsitzenden zum 1. November 1989« die »Vertrauenskluft zwischen Mitgliedschaft und Parteiführung« und führt weiter aus: »Daß die letzten 15 Jahre überwiegend durch eine ständig zunehmende Entfremdung und die wachsende Unfähigkeit bestimmt waren, miteinander reden zu können, bedauere ich, aber vielleicht ist damit zwischen uns nur das geschehen, was überhaupt in unserer Partei und in der Gesellschaft geschehen ist.«³⁴ Am 1. November 1989 suchten drei der Verfasser des »Briefes aus Weimar« und einige weitere Reformer Götting in Berlin auf und legten ihm den Rücktritt nahe, den dieser tags darauf in einer Sitzung des Hauptvorstandes erklärte.³⁵ Die Anwesenheit der 'Weimarer' bei jenem 'Abschiedsgespräch' mit Götting dokumentiert den unmittelbaren Einfluß des Weimarer Briefes auf die Abschaffung der alten Parteileitung der CDU.

Am 11. November 1989 wurde Lothar de Maizière, nach kurzer kommissarischer Leitung der Partei durch den früheren 2. Vorsitzenden Wolfgang Heyl, bei einer Hauptvorstandssitzung in Berlin zum neuen Vorsitzenden bestimmt. Dieses Votum wurde durch die kurz zuvor demokratisch gewählten Orts- und Kreisverbandsdelegierten des Sonderparteitages vom 15./16. Dezember 1989 in Berlin bestätigt. Unter dem Motto »Umkehr in die Zukunft« präsentierte sich hier – nach Vorarbeiten bei einer Hauptvorstandssitzung im Schulungszentrum der Ost-CDU in Burgscheidungen am 20./21. November 1989 – eine personell, organisatorisch und programmatisch völlig veränderte Ost-CDU³⁶, die so zu ihren Erfolgen bei der Volkskammerwahl im März 1990 (mit 'Flankendeckung' durch die West-CDU mit der »Allianz für Deutschland«) und schließlich beim Prozeß der Wiedervereinigung befähigt wurde. Dr. Gottfried Müller, der Hauptverfasser des Weimarer Briefes, wurde bei jenem Sonderparteitag zu einem der drei Stellvertreter de Maizières im Parteivorsitz gewählt.

34 Bericht an Götting vom 31.10.1989: ACDP VII-013-3422. Quast war seit 1975 Abteilungsleiter »Kaderfragen« beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, vorher (1965-1975) Abteilungsleiter »Kirchenfragen«.

35 Gottfried MÜLLER, »Die Basis muckt auf«, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* vom 10. November 1989; vgl. auch *Neue Zeit* vom 3. November 1989: »Präsidium des Hauptvorstandes tagte«.

36 Vom Sozialismusbegriff hatte sich der erneuerte Hauptvorstand bei seiner Sitzung in Burgscheidungen am 20./21.11.89 per Mehrheitsbeschluß getrennt. – Knappe Zusammenfassung des Veränderungsprozesses in der Ost-CDU seit ihrem 16. Parteitag 1987 in Dresden in: Vorlage Nr. 3 zum Sonderparteitag der CDU, Berlin 15.-16.12.1989: »Information über die Tätigkeit des Hauptvorstandes seit dem 16. Parteitag der CDU« – mit Betonung darauf, daß »die demokratische Umgestaltung der Partei von unten her« begann (S. 3f.). Vgl. auch »Erneuerung und Zukunft: Positionen vom CDU-Sonderparteitag am 15. und 16. Dezember 1989 in Berlin« (CDU-Texte; 1/1990), beides in ACDP VII-011-3911. Vgl. auch Leserbrief Lothar de Maizière: »Der Neubeginn nach der Blockvergangenheit«, in: *FAZ* 15. Juli 1991.

Wie bereits erwähnt, hatte der Erneuerungsprozeß der Ost-CDU von der Basis her aber nicht erst im Zuge der allgemeinen Protestbewegung des Sommers und Herbstes 1989 begonnen. Schon seit etwa 1986, deutlich seit dem Sommer 1988, gab es in den Informationsberichten der Kreise und Bezirke, in unmittelbaren Eingaben oder Berichten an Götting, insbesondere in den persönlichen Informationsberichten seiner Bezirksvorsitzenden und seiner Abteilungsleiter beim Sekretariat des Hauptvorstandes, zunehmend Anzeichen von Unruhe und Protest unter den Parteimitgliedern. Werner Lechtenfeld, Abteilungsleiter »Parteiorgane«, gibt in einem Schreiben an Götting vom 1.8.1988 seiner Sorge angesichts der eingegangenen Informationsberichte der Kreise Ausdruck: Unter Berufung auf Gorbatschows Reformen bedrängten Unionsfreunde ihre Kreissekretäre »mehr und mehr« mit Fragen, denen diese oft hilflos gegenüberständen. Diese betrafen generell die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, aber auch ganz konkret die Wirtschaftspolitik, die Informationspolitik und die Versorgung der Bevölkerung.³⁷

Große Schwierigkeiten, die sich erst neuerdings aus den Quellen in etwa erhellen lassen, bereitete bereits in dieser Zeit dem Parteivorstand ein Brief aus der Ortsgruppe Neuenhagen am östlichen Stadtrand von Berlin, die zum Kreisverband Strausberg im Bezirksverband Frankfurt/Oder gehörte. Der Brief traf – zusammen mit einem Anschreiben der Ortsgruppenvorsitzenden Dr. Else Ackermann vom 27. Juni 1988 – am 4. Juli im Sekretariat des Parteivorsitzenden ein. Neuenhagen war eine besonders rührige Ortsgruppe. Schon seit 1986, als Frau Ackermann den Vorsitz übernahm, wurden hier provokante Vortragsveranstaltungen unter dem Leitthema »Brauchen wir mehr Demokratie?« durchgeführt.³⁸ Der »Brief aus Neuenhagen«, wie wir ihn wegen seiner Äquivalenz zum »Brief aus Weimar« nennen wollen, wird hier als Anhang erstmals vollständig abgedruckt³⁹, weil er eines der ersten und mutigsten Beispiele dafür ist, daß sich größere Gruppen von Parteimitgliedern – meist Ortsgruppenvorstände – unmittelbar an Götting wenden und weil hier der Bruch zwischen Führung und Basis der CDU offensichtlich zu werden beginnt. Indirekt wird hier auch bereits Götting zum Rücktritt aufgefordert, indem von natürlichen »Abnutzungerscheinungen« bei langjährigem Parteivorsitz die Rede ist. Außerdem hebt der Neuenhagener deutlicher als der Weimarer Brief, der den Hauptakzent auf innerparteiliches Reformbemühen legte, auf notwendige Veränderungen

37 »Bericht des Abteilungsleiters zum 1. August 1988«, in: ACDP VII-013-3420.

38 Else ACKERMANN, »Die Revolution – ein Flächenbrand? Eindrücke aus Brandenburg«, in: *Zeitschrift zur politischen Bildung/Eichholz: Brief* 1991, 2. Quartal, S. 101-115.

39 Gekürzte Versionen vgl. bereits an folgenden Stellen: ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 106-109 und »Begleittexte auf dem Weg zur Einheit«, hrsg. von der Exil-CDU, Berlin 1990, S. 23-29.

im DDR-System überhaupt ab. Darauf deutet bereits der Begleitbrief von Frau Ackermann an Götting hin, in dem es heißt, daß die Wurzeln der politischen Spannungen »im gegenwärtigen politischen und ökonomischen Institutionsgefüge unseres Staates begründet« liegen und daß die Verfasser zu »Problemen in unserer Republik« Stellung nehmen wollen.⁴⁰ Schon die Überschrift des Briefes weist aus, daß es über den parteiinternen Aspekt hinaus um »gesellschaftspolitische Fragen in der DDR« geht. In seinen Anklagen und Forderungen ist er ansonsten nahezu identisch mit dem »Brief aus Weimar«: Sie betreffen die Ausreiseproblematik, den Mangel an geistigem Pluralismus, die Gleichschaltung der Medien, die mangelnde Transparenz politischen Handelns, die politisch-psychologische Entmündigung der Bürger, die Basisferne von Staats- und Parteifunktionären und anderes mehr. Besonders akzentuiert wird in beiden Briefen das Problem der politischen Überforderung der (protestantischen) Kirchen: Sie müssen von ihrem »politischen Ballast des Vorbringens und der Diskussion gesellschaftlicher Probleme« befreit werden.⁴¹ Diesen spezifischen Aspekt der von den Kirchen anstelle der versagenden politischen Institutionen übernommenen gesellschaftlichen Verantwortung nahm später de Maizière in sein Referat beim Sonderparteitag auf: »Die gegenwärtige Stellvertreterrolle der Kirchen in gesellschaftlichen Fragen ist nicht kirchliche Anmaßung, sondern ist den Kirchen objektiv aufgedrängt und zugemutet worden, weil die Parteien und speziell auch unsere Partei als Partei von Christen ihre öffentliche Aufgabe nur ungenügend wahrgenommen haben.«⁴²

Der Neuenhagener Brief ist also dem »Brief aus Weimar« gleichwertig an die Seite zu stellen. Natürlich war im Sommer 1988 die politische Gesamtsituation noch nicht reif für Wirkungen und Folgen, wie der Weimarer Brief sie zeitigte. Auch gaben die Neuenhagener ihrem Brief aus Vorsicht keine große Öffentlichkeit, mußten gleichsam konspirativ mit ihm umgehen. Sie brachten nur wenige Exemplare in Umlauf, ließen Ausgabe und Rückgabe jeweils quittieren und wurden schließlich zur Vernichtung des Briefes gezwungen. Frau Dr. Ackermann, Ärztin, verlor am 13.4.1989 aus fadenscheinigen Gründen ihre Stelle bei der Akademie der Wissenschaften in Berlin. An ihrem Privatauto mußte sie Manipulationen feststellen.⁴³

Im Oktober 1989 gehörte Frau Ackermann zu den Initiatoren des »Aufrufs zu einem Sonderparteitag«, wie ihn die 'Weimarer' forderten.⁴⁴ Am 31. Oktober 1989 war sie dabei, als diese sich in einem kleinstädtischen

40 Zusammen mit dem Brief in: ACDP VII-010-3942.

41 So zusammenfassend die Formulierung der 'Weimarer' in der Aussprache beim Parteivorstand in Berlin am 26.9.89; vgl. das Protokoll darüber in: ACDP VII-010-3529.

42 Vgl. das Referat in »Erneuerung und Zukunft« (wie Anm. 36), S. 9.

43 Dazu ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 105.

44 ACDP VII-010-3529.

evangelischen Pfarrhaus am östlichen Stadtrand Berlins mit einigen CDU-Reformern trafen, um den für den nächsten Tag geplanten Besuch bei Götting vorzubereiten, der schließlich zu dessen Rücktritt am 2. November führte.⁴⁵ Heute ist Frau Ackermann Mitglied des Deutschen Bundestages, als Nachrückerin für Lothar de Maizière, der am 11. September 1991 sein Mandat niederlegte.

In einer Vorstandssitzung des Kreisverbandes Strausberg am 20. Februar 1989 monierte Frau Ackermann, daß sie auf den Neuenhagener Brief vom Juni 1988 noch keine Antwort erhalten habe⁴⁶; offenbar meinte sie: keine substantielle, wirklich auf ihre Fragen eingehende Antwort vom Parteivorstand selbst. Denn geschehen war durchaus etwas: Schon am 6. Juli 1988 hatte Präsidiumsmitglied Niggemeier im Namen Göttings an Frau Ackermann geschrieben, man wisse, daß am 28. Juli der erweiterte Neuenhagener Ortsgruppenvorstand mit dem Bezirksvorstand zu einem Gespräch zusammenkommen werde. Der Parteivorsitzende hoffe, daß es dort zu dem gewünschten Dialog komme.⁴⁷ In Berlin wollte man also offenbar nach bewährtem Muster die Problemlösung den Kreisen und Bezirken zuschieben. In einer Sitzung des Bezirkssekretariats Frankfurt/O. vom 12. Juli 1988 wird die Wirkung des Briefes auf Bezirksebene erstmals sichtbar. Das Protokoll vermerkt vage, aus dem Brief und den Unruhen in Neuenhagen ergäben sich »Aufgaben und Schlußfolgerungen« für den Bezirk. Das von Niggemeier avisierte Gespräch zwischen Bezirks- und Ortsgruppenvorstand sollte nun schon am 14. Juli stattfinden⁴⁸; offenbar sah man die Sache als dringlich an. Der Bezirksvorsitzende mußte in diesen Wochen zeitweise täglich nach Berlin eilen, um Götting über die Neuenhagener Situation zu berichten.⁴⁹ Glaubt man den Worten des Frankfurter Bezirksvorsitzenden Werner Zachow, so befand sich diese nach »entsprechenden Gesprächen ... auf dem Wege einer vernünftigen Klärung«. Von den »unhaltbaren Formulierungen« des Briefes hätten alle Neuenhagener Gesprächspartner Abstand genommen. Es herrsche »bei allen Disziplin und Einsicht«. Von den acht vervielfältigten Exemplaren des Briefes seien vorerst sieben in seiner Gegenwart vernichtet worden.⁵⁰ Beschwichtigungsformeln wie diese waren in Berichten 'nach oben' üblich, doch hier handelte es sich offensichtlich um eine Lüge. In Wirklichkeit

45 ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 112; vgl. oben S. 9.

46 ACDP, Bestand CDU-Kreisverband Strausberg, II-305 (unverzeichnet).

47 ACDP VII-010-3942.

48 Protokoll der Sitzung in: ACDP, Bestand CDU-Bezirksverband Frankfurt/O., III-039 (unverzeichnet).

49 ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 105.

50 Aus dem Begleitbrief an Wolfgang Heyl vom 27. Juli 1988 zu dem persönlichen Informationsbericht an Götting für Juli 1988; in: ACDP III-039 (unverzeichnet). Der eigentliche Bericht findet sich im Original in den Akten der Parteizentrale, ACDP VII-013-3420. Dort werden die Neuenhagener Vorgänge nicht thematisiert.

wurden die Briefexemplare nämlich erst fast einen Monat nach Zachows Bericht, am 20. August 1988, in seiner Anwesenheit vernichtet, und zwar wurden sie verbrannt; offenbar weil er dies noch nicht wissen konnte, wählte er die neutrale Formulierung »vernichtet«. Die Verfasser wollten mit dem 'Feuertod' ihres Briefes symbolträchtig an die Bücherverbrennung von 1933 erinnern.⁵¹

Entgegen den Beteuerungen des Bezirksvorstandes war weder in Neuenhagen noch anderwärts Ruhe eingekehrt. Frau Ackermann warf bei einer erweiterten Kreisvorstandssitzung in Strausberg am 20. Februar 1989 die Frage auf, ob die DDR überhaupt ein Rechtsstaat sei und welche Rechtsgrundlagen sie habe. Außerdem konstatierte sie ein »Belügen (der DDR-Bürger, M.A.) durch Staatsfunktionäre«.⁵² Werner Zachow teilte in seinem persönlichen Informationsbericht an Götting für den Monat September 1989 mit, der inzwischen bekanntgewordene »Brief aus Weimar« habe bei vielen Unionsfreunden eine »zunehmende Ungeduld« hervorgerufen. Früher moderat vorgetragene Wünsche würden »jetzt massiv als Forderung erhoben«. Lokale Schwerpunkte der Kritik seien der Kreisverband Beeskow und die Ortsgruppe Neuenhagen. Auf deren letzter Jahreshauptversammlung habe der Pfarrer Friske aus Altlandsberg im Blick auf die Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 von »offenem Betrug« gesprochen.⁵³ Er selbst habe an dieser Jahreshauptversammlung Anfang März 1989 teilgenommen; auch alle monatlichen Mitgliederversammlungen der Ortsgruppe Neuenhagen seit Juni 1988 seien von Mitgliedern des Frankfurter Bezirksvorstandes kontrolliert worden und würden es weiterhin.⁵⁴ Der von Frau Ackermann bei jener Versammlung abgelegte Rechenschaftsbericht der Ortsgruppe sei voll gewesen von »individuellen Wertungen, Verallgemeinerungen, Entstellungen« und sei offensichtlich nicht mit dem übrigen Vorstand abgestimmt gewesen.⁵⁵

Über die Neuenhagener Jahreshauptversammlung vom März 1989 sind wir auch durch das Protokoll einer Strausberger Kreissekretariatssitzung vom 27.3.1989 informiert, auf der Kreissekretär Bernd Knoch ausgiebig über die kurz zurückliegende Ortsgruppenversammlung referierte. Zwar gewann auch er den Eindruck, daß der Rechenschaftsbericht der Ortsgruppe, bei

51 So ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 105. Sie zitiert aus dem Vernichtungsprotokoll und widerlegt damit implizit Zachows Darstellung. – Übrigens habe Götting – so Ackermann – später ihr gegenüber die Vernichtungsanweisung bestritten.

52 Handschriftliches Protokoll der Sitzung in ACDP II-305 (unverzeichnet).

53 Pfarrer Helmut Friske war einer der Wortführer der Neuenhagener Reformen, zugleich Mitglied der Arbeitsgruppe »Familienpolitik« beim Hauptvorstand der CDU. – Zachows Bericht vom 27.9.1989 in: ACDP VII-013-3422.

54 So Zachow in einem Informationsbericht an Götting vom 29.3.1989, in: ACDP VII-013-3421. So auch bei ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 105.

55 Bericht vom 29.3.1989 (wie Anm. 54).

dem die Anliegen des brisanten Briefes an den Parteivorstand klar dominierten, weitgehend von Frau Ackermann allein verfaßt war, doch wurde er offensichtlich von der gesamten Ortsgruppe mitgetragen. »Niemand des Ortsgruppenvorstandes und der Ortsgruppe« – so Knoch – »sprach sich gegen falsche inhaltliche Aspekte des Berichtes aus.«⁵⁶ Offenbar hat der Kreissekretär die Aktivitäten der Reformer gedeckt oder sogar unterstützt. Darauf weisen die moderate Art seiner Berichterstattung sowie einige andere Indizien hin.⁵⁷ In seiner Gesamteinschätzung mußte er gleichwohl ehrlicherweise zu dem Urteil kommen, daß die Neuenhagener Versammlung »in vielen Punkten nicht der Zielstellung der 5. Tagung des Hauptvorstandes« entsprochen und der von Frau Ackermann abgegebene Bericht »viele Passagen mit einer negativen Tendenz« enthalten habe.⁵⁸ In dieser zutreffenden Einschätzung zeigte sich zugleich, daß die »vielfältigen Aktivitäten zur gezielten Einflußnahme« und die »konkreten Maßnahmen unter straffer Kontrolle des Bezirkssekretariats vor Ort im Kreissekretariat Strausberg«, auf die Zachow in seinen Berichten nach Berlin vollmundig hinwies⁵⁹, wenig gefruchtet hatten. Welche Bedeutung die Parteispitze den Neuenhagener Vorgängen beimaß, zeigt sich übrigens auch daran, daß als Beobachter und womöglicher Schlichter an der Jahreshauptversammlung auch ein Mitglied des Hauptvorstandes teilnahm – der stellvertretende Minister für Handel und Versorgung, Dr. Harald Naumann. Dem fiel aber auch nichts Besseres ein, als die widerspenstige Ortsgruppe auf die Beschlüsse des 16. Parteitages⁶⁰ und auf ihre eigentlichen kommunalpolitischen Aufgaben hinzuweisen.⁶¹

Die Briefe aus Neuenhagen und aus Weimar waren Kristallisationspunkte eines breiten Reformverlangens an der Basis der Ost-CDU. Zwar wurden Unmut und Kritik in den unteren Ebenen der Partei erst im Zuge der an die Person Gorbatschows geknüpften politisch-ideologischen Reformen in den Ostblockstaaten seit etwa Mitte der achtziger Jahre deutlich erkennbar, doch kamen dabei Anliegen zum Vorschein, die letztlich schon seit den

56 Das Protokoll vom 5.4.1989 in: ACDP II-305 (unverzeichnet).

57 Vgl. auch einen entsprechenden Hinweis bei ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 102.

58 Knochs Protokoll vom 5.4.1989 (wie Anm. 56).

59 Informationsbericht an Götting vom 29.3.1989 (wie Anm. 54) und Begleitbrief an Heyl vom 24.8.1989 zum Informationsbericht an Götting vom selben Tag für August 1989, in: ACDP III-039 (unverzeichnet).

60 Er fand vom 14. bis 16.10.1987 in Dresden statt und war der letzte reguläre Parteitag vor der 'Wende'. Wie üblich wurden auch hier die auf den unteren Parteebenen kontrovers diskutierten Themen wie z.B. das Recht auf Wehrdienstverweigerung oder die Diskriminierung praktizierender Christen im öffentlichen Leben gar nicht behandelt oder mit den bekannten SED-Argumenten abgetan. Kritiklose Anlehnung an SED-Linie und an Staatspolitik der DDR. Vgl. Andreas SCHLOTMANN, *Zum 16. Parteitag der CDU der DDR (14.-16.10.87)*, hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut, 30. November 1987 (Analysen und Berichte, Nr. 14/1987).

61 Knochs Protokoll vom 5.4.89 (wie Anm. 56).

fünfziger Jahren unter den Mitgliedern virulent waren, die aber von der Parteileitung notorisch ignoriert, unterdrückt oder verharmlost wurden. Der Bruch zwischen Führung und Basis der Partei wurde am Beispiel der Briefe, ihrer Behandlung und ihrer Folgen offensichtlich. Er dürfte strukturell einer fundamentalen Vertrauenskrise innerhalb der gesamten DDR-Bevölkerung gegenüber ihren Staatsfunktionären entsprochen haben. Insofern müßten Enttäuschung, Abwehrhaltung und Verweigerung nicht ausschließlich parteispezifisch sein, sondern könnten Befindlichkeiten repräsentieren und bündeln, die auch in Teilen der nicht parteilich organisierten Bevölkerung vorhanden waren. Der Neuenhagener Brief deutet dies an, und auch Gottfried Müller weist darauf hin.⁶² Bei der CDU wäre dieser Zusammenhang besonders naheliegend, weil in ihr nahezu alle Schichten und sozialen Gruppen der DDR-Gesellschaft vertreten waren. Doch muß diese Frage eingehenderer Untersuchung vorbehalten bleiben.

Sowohl der »Brief aus Weimar« als auch der »Brief aus Neuenhagen« verblieben mit ihren Reformgedanken noch auf dem Boden sozialistischer Staatsvorstellungen. Im Ansatz ging es ihnen nicht um die Abschaffung der DDR, sondern um ihre Erneuerung und die ihrer Parteien im Geist eines demokratischen Sozialismus. Damit standen sie, als parteiliche Erneuerungsbestrebungen, im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Oppositionsbewegung, die sich seit etwa Mitte der achtziger Jahre vor allem auf dem Boden oder unter dem Schutz der (protestantischen) Kirchen ausbreiteten.⁶³ Daß beiden Bewegungen, ob aus dem Innern oder von außerhalb einer Parteiorganisation kommend, zunächst nur ein reformierter Sozialismus als Zielvorstellung denkbar schien, kann ex post den damaligen Reformern nicht zum Nachteil gereichen. »Die geschichtliche Erfahrung lehrt« – so Else Ackermann erklärend –, »daß man sich an dem orientiert, was man kennt.«⁶⁴ Die Wende vom bloßen Reformwillen gegenüber der DDR hin zur Wiedervereinigung konnte im Sommer 1988 und auch noch im September 1989 niemand absehen. Erst nach dem Rücktritt Honeckers am 18. Oktober und nach dem Fall der Mauer wurde aus dem anfänglichen Revolutionsruf »Wir sind das Volk« die Parole »Wir sind ein Volk« und damit das Ziel einer Wiedervereinigung unter den Prämissen von parlamentarischer Demokratie und sozialer Marktwirtschaft sichtbar.

62 MÜLLER, DDR-Blockpartei (wie Anm. 21).

63 Vgl. dazu etwa Markus SCHUBERT, »Zur Vorgeschichte der neuen deutschen Bundesländer I: Politische Initiativgruppen und Parteigründungen zur Zeit des Zusammenbruchs der DDR«, in: *Libertas. Europäische Zeitschrift*, Heft 1-2 (1992), S. 66-94 und: *Zurück zu Deutschland* (wie Anm. 17).

64 ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 115. Ähnlich auch MÜLLER, DDR-Blockpartei (wie Anm. 21).

Gedanken der CDU-Ortsgruppe Neuenhagen zu gesellschaftspolitischen Fragen in der DDR

Wir sind in Neuenhagen eine relativ große Ortsgruppe. Die Mitgliederzahl von 60 Unionsfreunden darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Mehrheit der Mitglieder einer Mitarbeit in der Ortsgruppe verweigert. In Wirklichkeit wird das Gesicht der Ortsgruppe nur von einem harten Kern von etwa 15 Unionsfreunden bestimmt, der die Triebfeder für die gesellschaftliche Arbeit ist.

Von ihm gehen Ideen, Impulse, Initiativen aus, er trägt die Organisation, in ihm sind die Abgeordneten integriert, die das Ansehen der Ortsgruppe nach außen weitgehend bestimmen. Der Rest der Ortsgruppe erscheint zur Weihnachtsfeier, aber auch nicht vollzählig, aus Lust am Feiern mit Ferien von der Politik und zur Jahreshauptversammlung aus Pflichtgefühl. Diese Unionsfreunde entziehen sich durch intermittierende oder ständige Abwesenheit der Parteiarbeit, behindern den Informationsfluß und damit die Einflußnahme auf die Mitglieder. Schriftliche Appelle und mündliche Ermahnungen greifen vielleicht in der Zukunft.

Dabei ist der Vorstand nicht untätig, die Attraktivität der Mitgliederversammlungen durch aktuelle und auch vom Hauptvorstand empfohlene Themen mit entsprechenden Referenten sowie Offenheit in der Diskussion zu erhöhen.

Was ist die Ursache für die Verweigerungshaltung? Es besteht kein Zweifel, daß die Unionsfreunde unserer Ortsgruppe eine Repräsentation des Bevölkerungsdurchschnitts in miniature sind. In persönlichen Gesprächen, in denen die psychischen Barrieren – bedingt durch die Öffentlichkeit – wegfallen, werden die Sorgen, Ängste, Ärgernisse, Enttäuschungen, Abwehrhaltungen, aber auch Zustimmungen und Freuden offenbart, wie man sie auch in der Bevölkerung und am Arbeitsplatz vorfindet. Diese Form der Meinungsforschung führt zu Ergebnissen, die sich nicht mit dem vom Apparat und der von ihr geleiteten Presse decken.

Offizielle und inoffizielle öffentliche Meinung klaffen wie zwei Scherenblätter auseinander, weil der Partei- und Staatsapparat (im folgenden Text Apparat) an dem Bild einer heilen Welt festhalten, in der nicht sein kann, was nicht sein darf. Das durch Gorbatschow verordnete Neue Denken hat auch in der DDR Fuß gefaßt, weil hier das offiziell verordnete alte Denken längst abgelegt und seit vielen Jahren durch inoffizielles Neues Denken ersetzt wurde. Unsere Gesellschaft erscheint uns genau so reif für Reformen wie die sowjetische, nur anders, weil durch jahrzehntelanges Abgrenzen ihre Fähigkeit zur demokratischen Mitwirkung verkümmert ist. Vielmehr haben Heuchelei und ein kultivierter Provinzialismus die Lebensbedingungen verschlechtert. Der Mensch lebt eben nicht vom Brot allein, und Lebensqualität wird nicht allein dadurch definiert, daß jeder genug zu essen und eine Wohnung hat.

Wir machen uns Sorgen um die zunehmende Verweigerung besonders junger Menschen im Beruf und im gesellschaftlichen Leben, ihr demonstratives Desinteresse an Politik und Verantwortung. Ein Teil dieser Menschen will seine Heimat verlassen und in die BRD ausreisen. Jede Ausreise ist aber auch eine Kritik an dem in der DDR praktizierten Gesellschaftssystem mit der ihm innewohnenden Entmündigungspraxis und bedarf einer Analyse, deren Ergebnis der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollte. Die bisherige Praxis der Ausgrenzung der Antragsteller bis hin zur

Kriminalisierung, das Unvermögen des Apparates, die Beweggründe der Ausreisewilligen zu akzeptieren oder wenigstens anzuhören und publik zu machen mit der Bereitschaft, Mißstände – so sie existieren – zu beseitigen, fördert nicht das Vertrauen zur SED und Regierung und schwächt die Bündnispolitik.

Inzwischen hat sich bei vielen DDR-Bürgern ein Abgrenzungssyndrom entwickelt mit gewissen Hospitalisierungserscheinungen einer bevormundeten Existenz. Zu diesem Syndrom gehören Verantwortungsscheu unter starkem Anpassungsdruck. Die Ausreisewilligen sind häufig die kritischen DDR-Bürger, die etwas verändern wollen, was ihnen reformbedürftig erscheint. Unser Gesellschaftssystem hat sich zu einer Zeit entwickelt, da wir den politischen Aufbau vorrangig von oben her in Angriff nahmen und zentrale Planung, Lenkung sowie die Durchsetzung des zentralen Kurses Vorrang hatten. Über die Jahrzehnte haben wir uns so an das Administrieren gewöhnt, daß wir das Regieren verlernt haben. Diese Form des demokratischen Zentralismus haben wir in allen europäischen sozialistischen Staaten mit interessanten nationalen Besonderheiten, die in der DDR durch preußische Züge charakterisiert sind. Zweifelsohne haben wir es hier noch mit dem stalinistischen Erbe zu tun, das nicht nur mit der Ära des Personenkults zu umschreiben ist. Gorbatschow mit seiner Umgestaltung spricht unverblümt aus, was uns alle bewegt und jeder in seinem Buch »Perestroika« nachlesen kann, so er Gelegenheit dazu hat. In der Presse des sozialistischen Auslands (nicht die UdSSR) kann man lesen, daß zwar der Personenkult abgeschafft, aber in den osteuropäischen Staaten das sogenannte »sowjetische Modell des Sozialismus über die paternalistischen Reflexe des bürokratischen Zentralismus« nicht hinausgekommen sei. Die Transparenz des politischen Handelns, eine entscheidende Voraussetzung für Demokratie, auch die sozialistische, wird von Gorbatschow ernsthaft betrieben und von den Menschen in der DDR vermißt. Deshalb haben sich in Gesellschaft, Wirtschaft, gesellschaftlichem Leben und in sämtlichen existentiellen Bereichen viele Spannungen angehäuft, die von den Menschen in unterschiedlicher Weise abreagiert werden. Das eine Extrem ist die Verweigerung, das andere der Ausreisewille. Dazwischen liegt die Skala der Anpassungsmodalitäten mit der Heuchelei als Leitsyndrom. Das Ergebnis ist ein müdes innenpolitisches Leben. Da sich das Handeln nur auf die Durchführung zentraler Programme beschränkt, sind auch die Parteiorganisationen vielerorts gelähmt.

Die in den vergangenen zwei Jahren begonnene Praxis der Reiseerleichterungen für Bürger unterhalb des Rentenalters in die BRD hat die Menschen nicht nur beglückt, sondern ihnen auch die Schwachstellen unserer Gesellschaft gezeigt durch einfachen Vergleich. Aus der Reihenfolge: Hören, sehen, lesen entsteht als typisch menschliche Leistung ein Resultat. Aus diesem leiten sich Forderungen und auch phantasievolle Wunschvorstellungen ab, denen nicht überall und immer mit dem nötigen Verständnis und einfach mit der Fähigkeit das Zuhörens von seiten des Apparates begegnet wurde; denn die Ideologie bedingte jahrzehntelang betriebene Vorstellung einer »geschlossenen Gesellschaft«, für die der Marxismus-Leninismus gar keine Theorie hat, bedeutet die primitiv-schematische Auffassung der anderen Seite als eines Schreckgespenstes, vor der der Bürger bewahrt werden muß, was durch Abgrenzung geschieht, und der grundsätzlich moralischen, politischen und wirtschaftlichen Überlegenheit unserer Seite, die sich aber nicht immer mit den

Erfahrungen der Bürger deckt. Die geschlossene Gesellschaft ist aber in der heutigen Zeit der politischen Öffnung eine ideologische Deformation und wird von den Menschen als Anachronismus empfunden. Unsere Ortsgruppe ist nicht aufgerufen, eine gesellschaftliche Analyse anzufertigen. Sie ist aber durchaus mündig und berufen, über bedrückende Umstände nachzudenken und nach Lösungswegen zu suchen.

Der Vorstand der CDU-Ortsgruppe in Neuenhagen fragt nach der Eigenständigkeit der CDU in unserem Land, die sich nicht in Appellen an die christliche Ethik und Moral erschöpfen darf. Nach vielen, intensiven Diskussionen haben sich vier Schwerpunkte herauskristallisiert, zu denen wir Fragen und Vorstellungen entwickelt haben. Sie umfassen folgende Problemkreise:

1. Die Ausreise- und Reisewelle in der DDR und ihre Handhabung durch den Apparat,
2. der fehlende geistige Pluralismus,
3. der Stand der Vertretungsdemokratie,
4. das Verhältnis von Staat und Kirche.

1. Die Ausreise- und Reisewelle in der DDR und ihre Handhabung durch den Apparat

Die Handhabung der Reisepraxis in der DDR zu Reisen in die BRD ist zwar großzügiger geworden, aber deshalb nicht gerechter. Eine Zahlenangabe von 5 Millionen DDR-Bürgern, die in einem Jahr die Grenze Richtung BRD passieren, ist zwar bei 16,9 Millionen Einwohnern eine respektable Zahl. Wir wollen aber nicht vergessen, daß der überwiegende Teil der Reisenden im Rentenalter ist und die Grenze theoretisch 60 mal passieren darf. Die Zahl der Reisenden wird also niedriger gelegen haben. Die Gemüter erhitzen sich aber nicht an diesem Rentenzahlenbeispiel, sondern an den Menschen, die reisen dürfen, und denen, denen diese Reisen verwehrt werden. Da es keine klaren Rechtsvorschriften gibt, dafür aber eine Fülle von Gerüchten, ist der Phantasie freier Raum gelassen. Wenn man sich die Mühe macht und die Geschichten analysiert, fällt auf, daß viele Menschen mehrmals im Jahr fahren dürfen, andere dagegen abschlägig behandelt werden. Auch eine nachgewiesene Verwandtschaft ersten Grades gibt kein Anrecht auf eine Reiseerlaubnis, weil selbst der Besuch der Mutter oder Tochter verweigert werden kann, andere Bürger im arbeitsfähigen Alter aber sogar zu Freunden in die BRD reisen dürfen. Da es keine Begründung für Absagen gibt, suchen die Opfer dieser behördlichen Willkür in Abhängigkeit von ihrer psychischen Konstellation die Schuld bei sich, indem sie ihre politische Vergangenheit durchforsten und meistens auch fündig werden, oder sie verweigern sich aus tiefer Verärgerung. Andere werden krank und entwickeln das Abgrenzungssyndrom. Reisebenachteiligte, das sind die Verfemten der Gesellschaft, verfeinden sich aus Neid mit Reiseprivilegierten und beschließen, noch weniger zu arbeiten als vorher und streiken legal mit Krankenschein. Der Bürger wird zum Bittsteller degradiert, dem – wenn er bittend protestiert – das Recht eingeräumt wird, sich mit Eingabe-Petitionen an das Staatsoberhaupt zu wenden. Diese entwürdigende Praxis erinnert an überwundene Zeiten, in denen Bürgern das Recht zugebilligt wurde, sich mit einer Bittschrift an einem bestimmten Ort (Bittschriftenlinde) an den

Landesherrn zu wenden mit der Bitte um wohlwollende Beurteilung seines Anliegens. Auch damals bedurfte die Ablehnung durch den Souverän keiner Begründung. Aber heute in unserer sozialistischen Demokratie werden durch diese Praxis bei vielen Bürgern bittere Gefühle geweckt.

Denselben Rechtsunsicherheiten unterliegen die Bürger, die die DDR verlassen wollen, also einen Ausreiseantrag stellen und aus der Staatsbürgerschaft entlassen werden wollen. Allein die Praxis der Ausreisegenehmigung ist nicht frei von behördlicher Willkür und kommt in vielen Fällen einer Ausweisung gleich.

Die Zahl der Ausreisewilligen hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Offizielle Zahlen werden nicht genannt, vielleicht weil sie zu hoch sind.

Auch dieses Verhalten gibt zu Spekulationen Anlaß. Immer ist der Ausreisewunsch eine Gesellschaftskritik und immer bedeutet er einen Bruch mit einer vertrauten Umgebung, die man als Heimat bezeichnet. Viele könnte man halten, wenn man den Mut fände, ihnen den nötigen Freiraum für ihre Vorstellungen zu lassen. Es läuft also auch eine innere Grenze zwischen dem Apparat und den Menschen, die kein Gehör gefunden haben, nur weil sie eine von der offiziellen Meinung abweichende Auffassung von der Gesellschaftspolitik haben. Verweigerung und Ausreise sind nur graduelle Unterschiede eines Verhaltens, das gemeinsame Wurzeln hat.

Wenn die Kirche für einen Teil dieser Menschen einen Zufluchtsort darstellt, in dem sie sprechen dürfen, weil sie Zuhörer finden, die sie nicht bestrafen wegen ihrer Gedanken, dann hat die Kirche eine Aufgabe übertragen bekommen, bei deren Lösung die politischen Parteien versagt haben. Die Bedenken der Kirchenvertreter, aber auch die Verantwortung, die die Kirche jetzt gezwungenermaßen tragen muß, waren von Dr. Krusche in der Neuen Zeit vom 13.02.1988 unmißverständlich geäußert worden.

Die CDU hat sich mittels ihres Presseorgans der Meinung eines hochrangigen Kirchenvertreters bedient, um sich nicht selbst artikulieren zu müssen. Damit hat auch die Partei, der wir angehören, sich den Fragen der Gesellschaft einschließlich der politisch engagierten Christen, deren Interessen sie vorgibt zu vertreten, nicht gestellt.

Diskussionen zu diesem brisanten Thema müssen nicht unbedingt in den Presseorganen erfolgen.

Raum für gesellschaftspolitische Fragen bilden auch die örtlichen Mitgliederversammlungen, auf denen Vertreter höherer Parteigremien eine geeignete Plattform fänden, um ihren Standpunkt und vielleicht auch die Grenzen der Bündnispolitik zu erläutern.

Es geht nicht an, daß kritische gesellschaftspolitische Fragen, die immer ihre Ursachen haben, an unpolitische Organisationen wie die Kirche abgeschoben werden. Das christliche Ethos, das von den höheren Parteiebenen immer dann beschworen wird, wenn das sozialistische Ethos zu schwinden droht – Indikatoren sind Schlamperei, Kriminalität, Alkoholismus –, verpflichtet auch zur Wahrheitsfindung, so wie Christ sein bedeutet, nach der Wahrheit zu suchen.

Es geht nicht an, daß die CDU die Wahrheitsfindung den Vertretern der Kirche überläßt. Auch die Ausreisewilligen sind letztlich auf der Suche nach der Wahrheit, weil sie diese in der herrschenden Ideologie nicht finden. Mit Recht sind Staat

und Kirche getrennt. Wer seine ihm zugedachten Aufgaben aber an andere abgibt, verliert Vertrauen, das in ihn gesetzt wurde, und führt zu einem Schattendasein, eine besondere Form des Ausgrenzungssyndroms.

Wir meinen, daß die Zeit für klare gesetzliche Regelungen der Reisen in das kapitalistische Ausland einschließlich in die BRD gekommen ist, die dem abgewiesenen Bürger Einspruchsmittel auf dem Boden des Rechts gibt und den Apparat in die Pflicht nimmt, dem Bürger die Gründe für einen abschlägigen Bescheid zu nennen. Sozialismus und restriktive Reisepolitik sind weder durch Marx noch durch Lenin zu begründen, sondern sind Ausdruck der Angst vor der Öffnung und nur eine Bemäntelung rückständiger Verhältnisse, die viele Bürger als trostlos empfinden. Reisebeschränkungen, die schon im 19. Jahrhundert überholt waren, stellen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts erst recht einen Anachronismus dar. Deshalb sollte jeder reiselustige Bürger, wie in Ungarn seit Januar dieses Jahres, vom Recht des Reisens Gebrauch machen dürfen, wenn nicht ökonomische Gründe eine partielle Beschränkung erzwingen, Details dieses Reiserechts ebenso wie die des Ausreiserechts sind von Kirchenvertretern an anderer Stelle vorgestellt, diskutiert und von vielen Bürgern als an die Realitäten angepaßt empfunden worden. Sie könnten Basis für eine kritische Diskussion innerhalb der CDU sein.

2. Der fehlende geistige Pluralismus

Der geistige Pluralismus bedeutet für den Bürger, daß er sich auch dann öffentlich artikulieren darf, wenn er eine vom Apparat und der SED abweichende Meinung äußert und diese in Presse, Rundfunk und Fernsehen wiederfindet. Es ist ein elementares Bedürfnis verschiedener Gruppen der Gesellschaft, ihre Standpunkte auf öffentlichen Foren zu äußern und eine Konfrontation der Meinung zu schaffen. Sie wollen Offenheit, und die Spielregeln der Offenheit besagen, daß auch ihre Gegner zu Wort kommen müssen. Die bisherige Medienpolitik ist aber nach wie vor dazu angetan, die Kritik zum Schweigen zu bringen. So wurden im April einige Kirchenblätter ein Opfer der Zensur, ein Relikt der alten Ordnung, die statt zweifelndem Geist lakaienhafte Anpassung honoriert.

In unserer Medienpolitik ist der Zwang zum Verschweigen und zu tendenziöser Darstellung noch offenkundig, wenn sie auch bereits vom Hauch der Perestroika gestreift wurde. Dem gedruckten Wort fehlt deshalb die Glaubwürdigkeit. Die Titelseite unserer Tageszeitungen ist für die Hofnachrichten mit gewissen Nuancierungen aufgespart. Den breitesten Raum nimmt immer noch die Auflistung der Namen und der Funktion ihrer Träger ein. Langatmige Reden und Plenarberichte, vollgestopft mit Füllseln und Latinismen, die nur Wissenschaftlichkeit vortäuschen, wo keine ist, sowie langweilige statistische Zahlenkolonnen werden mit ermüdender Ausführlichkeit ohne eine journalistische Bewertung dem Leservolk angeboten. Diese erscheint dann einen oder mehrere Tage später im Heimkino aus der westlichen Hemisphäre mit schlagkräftigen und deshalb einleuchtenden Deutungen, die unsere Schwachstellen überbetonen und sich häufig von der Wahrheit entfernen. Die Modernisierung der Information ist ein aktuelles Problem und ein unaufschiebbares Bedürfnis der Gesellschaft. Schließlich ist die Publizität die Schwester der Demokratie, und an der

Titelseite unserer Tageszeitungen kann man den Stand der Demokratie in der DDR ablesen. Für viele CDU-Mitglieder sind der vielfach beschworene Aufbruch des 16. Parteitag und das Neue Denken aus der Sowjetunion in der Parteipresse nicht sichtbar. Es fehlt in der Darstellung der Politik und der Wirtschaft eine Eigenständigkeit der CDU. Solange die CDU-Mitglieder bewegende gesellschaftspolitische Probleme nur auf den untersten Parteiebenen diskutieren dürfen, um sie dort auszutrocknen und in ihrer Verweigerungshaltung parteigefördert zu festigen, wird auch der immer wieder zitierte Aufbruch nicht die Basis erreichen und eine belächelte Floskel bleiben. Wenn über die große Politik und die Gesellschaftspolitik in der Presse schon nicht realitätsgerecht und publikumswirksam berichtet werden darf, weil die Bündnispolitik es verbietet, dann sollte wenigstens die Umweltpolitik vom Atem des Neuen Denkens beachtet werden.

Wir sind in Neuenhagen besonders sensibel, wenn sich Außenstehende anmaßen, über unsere Abwasserprobleme in der CDU-Presse zu berichten. Die Neue Zeit hat zum Glück nicht die Breitenwirksamkeit, um durch schöngefärbte, verniedlichende Beschreibungen die Gemüter zu erregen. Aber Neues Denken bedeutet auch, daß die Schwachstellen schonungslos bloßgelegt und die Ursachen von Versäumnissen und Fehlentscheidungen öffentlich diskutiert werden. Das ist Aufgabe der Presse. Ansätze von Neuem Denken zeigten sich sogar in unserer Lokalpresse, dem Neuenhager Echo.

3. Der Stand der Vertretungsdemokratie

Die wesentlichsten Garantien für die Durchsetzung des staatsbürgerlichen Willens bietet die Funktion der Vertretungsorgane. Je stärker ihr Einfluß, desto größer die Garantie, daß sich der Apparat nicht von seiner Rolle, nämlich dem Dienst an der Gesellschaft, entfernt. Da der Apparat vorgibt, die staatsbürgerlichen Rechte garantiert zu haben, ist das rechtliche Garantiesystem in den Hintergrund getreten, und die Gesellschaft hat sich damit abgefunden, daß sich die gesellschaftliche Kontrolle erübrigt. Die Vertretungsdemokratie unterliegt einer fortschreitenden Schwächung und ist damit eine der Ursachen für die gesellschaftliche Verweigerungshaltung der Bürger. Um diesen politischen Dämmer Schlaf zu beenden, benötigen wir Foren konstruktiver Unzufriedenheit, auf denen auf Funktionsstörungen des politischen Systems aufmerksam gemacht wird. Es muß die Sicherheit gegeben sein, daß kein Funktionär in bedeutenden gesellschaftlichen Fragen Entscheidungen treffen darf, ohne gesellschaftlich kontrolliert zu werden. Dazu gehört, daß dem Dirigieren von oben Schranken gesetzt werden. Das rechtliche Verhältnis von Staat und regierender Partei muß durch die Vertretungsdemokratie geklärt und neu bestimmt werden. Dazu brauchen die Abgeordneten als Volksvertreter und die Volkskammer als höchstes Vertretungsorgan mehr Gewicht bei der Entscheidungsfindung. Die Lösungswege zur Beseitigung der Probleme sind nicht einfach, weil sich immer mehr Menschen den gesellschaftlichen und politischen Forderungen unseres Landes entziehen. Wir finden nicht genügend und zudem noch qualifizierte Menschen mit Standfestigkeit, die sich den Problemen stellen und mit einer klaren Konzeption vor die Bürger treten, von denen sie gewählt werden sollen.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Wähler niemanden finden, dem sie ihre Stimme wirklich geben würden. Deshalb entscheiden sie sich für einen Kandidaten, der ihnen vorgeschlagen wurde, von dem sie wenig wissen und nichts halten. Eingeeübte jahrzehntelange Wahlpraktiken haben die Wähler befähigt, nur nach dem Leumund zu fragen und nicht nach dem Programm. Die Forderung nach einem Funktionswandel der Volksvertretungsorgane muß mit einem Pluralismus der Meinungsbildung gekoppelt werden, um ein kulturvolles Klima des politischen Meinungsstreits zu schaffen, in dem jeder angehört und der Bürger – also der Wähler – aus seinem abwartenden Verhalten gerissen wird. Diese Wechselwirkung ist notwendig, um eine Mehrfachkandidatenwahl durchzusetzen, die aber voraussetzt, daß einige Bürger um ein Abgeordnetenmandat öffentlich durch Darlegung ihrer Programme vor den Wählern konkurrieren. Die Qualität der Abgeordnetenkandidaten entsteht nicht im Selbstlauf und schon gar nicht durch Beharren auf alten Positionen. Eine Umgestaltung der Gesellschaft mit Neuem Denken muß zunächst auf der höchsten Parteiebene und sichtbar für alle stattfinden, damit die Basis nicht das Präsidium überholt. Gerade wegen der bisher fehlenden Demokratie und der festgefahrenen Parteihierarchie schaut die Basis wie gebannt nach oben, um das befreiende Signal zu empfangen. Kritische Bürger und Unionsfreunde wollen ermuntert werden, damit sie nicht mit ihrem Veränderungswunsch im Parteigestrüpp hängen bleiben. Es fehlt einfach der Mut, Initiative unaufgefordert zu entfalten, die in jahrzehntelanger Entmündigung erstickt worden ist. Die immer gleichbleibende Minorität der CDU und anderer Parteien im Vergleich zur SED in nahezu allen gesellschaftlichen Gremien und auch in den Leitungen der Massenorganisationen trägt nicht dazu bei, die Bereitschaft der CDU-Mitglieder zu aktiver gesellschaftlicher Arbeit anzuregen. Dominierend ist immer in festgefühter Weise die SED, und Aussagen über die Parteizugehörigkeit in den Vorständen der gesellschaftlichen Organisationen und besonders der Kandidaten auf den Wählerlisten werden verschwiegen. Dadurch geht jedes Gefühl der Eigenständigkeit, der Stolz, für die eigene Partei wichtige Arbeit geleistet zu haben, verloren. Dieses Verfahren, entweder verordnet oder geduldet, fördert nicht den Ehrgeiz der Abgeordneten, eine wichtige Voraussetzung für Höchstleistungen, und trägt nicht zur Identifikation mit der Partei und der zu leistenden gesellschaftlichen Arbeit bei. Im Gegenteil, Fehlleistungen der SED – und auf kommunaler Ebene gibt es viele – müssen von den Blockparteien mitgetragen werden und gute Ergebnisse werden ausschließlich auf dem Konto der SED verbucht. Deshalb ist es kein Wunder, wenn der Bürger zwischen den Parteien keinen Unterschied macht, zumal im öffentlichen Sprachgebrauch und deshalb vom Hauptvorstand der CDU auch nicht zu übersehen, immer nur von der SED die Rede ist und die Anrede »liebe Freunde und Genossen« in der Öffentlichkeit von der CDU geduldeter Brauch ist. Mit der üblichen journalistischen Phraseologie, die die Gemüter einlullt und die Probleme vertuscht, wird man die Unionsfreunde nicht aus ihrer Lethargie wecken können. Es fehlt in allen Bereichen das Vertrauen zur Führung.

Es gibt noch weitere Gründe, daß sich immer weniger Bürger einer Abgeordnetenwahl stellen wollen. Die Abgeordnetenfunktion bedarf nämlich nicht nur einer inhaltlichen, sondern auch einer rechtlichen Neuregelung, weil die alte den Anforderungen, die die Gesellschaft an die Abgeordneten stellt, nicht mehr ge-

recht wird. Der Abgeordnete ist fast ausnahmslos vollbeschäftigt, also in einem Arbeitsrechtsverhältnis, das ihn laut Arbeitsvertrag zur Ausübung vorgeschriebener Tätigkeiten verpflichtet. In den Betrieben am Arbeitsplatz zählt nur das, was der Werktätige an Leistung materieller, ideeller oder gesellschaftlicher Natur für den Betrieb bringt, denn dafür wird er entlohnt. Gesellschaftliche Arbeit auf kommunaler Ebene ist für den Betriebsleiter naturgemäß uninteressant und wird allenfalls als eine Leistung zur Kenntnis genommen, von der er keinen Nutzen und die für ihn den Charakter einer nicht nachprüfbaren Hobbyarbeit hat. Hinzu kommt, daß die CDU – wie andere Blockparteien – in den Betrieben mit einer eigenen Parteiorganisation nicht vertreten ist und Parteiarbeit im Betrieb nur identisch mit der SED ist. Die beruflichen Weichen der Bürger werden ausschließlich in den Betrieben und nicht in den Territorien gestellt. Sie sind damit Weichen für das Leben! Abgeordnete, die – wenn sie Abgeordnetenarbeit ernst nehmen – sich auf Sitzungen, Verhandlungen, Kommissionen, Gespräche mit Bürgern gut vorbereiten wollen, müssen ihrer Arbeit häufiger fernbleiben oder diese im Vergleich zu ihren nicht gesellschaftlich engagierten Kollegen vernachlässigen. Diese gesellschaftlich eingebundenen Mitarbeiter können vom Standpunkt der Betriebsleitung nicht der gleichen beruflichen Förderung und Anerkennung unterliegen, wie Arbeitskollegen, die sich in – und sogar außerhalb – ihrer Dienstzeit mit der beruflichen Arbeit beschäftigen. Das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen schützt die Abgeordneten nur juristisch, wenn sie ihrem Arbeitsplatz wegen ihrer gesellschaftlichen Arbeit fernbleiben. Dieses Gesetz kann aber Diskriminierungen wie z.B. Benachteiligungen bei Beförderungen, bei der Prämienverteilung usw. nicht verhindern. Das alles trägt nicht zur Attraktivität einer Abgeordnetenfunktion bei. Nicht umsonst sind viele Abgeordnete in leitenden Funktionen, weil sie nur dann über ihre Zeit verfügen und Arbeiten per Anweisung an ihre Untergebenen verteilen können. So hat sich auch hier eine Klassenstruktur herausgebildet, die der Demokratie abträglich ist. Auf der anderen Seite beklagen wir die mangelhafte Qualität der Arbeit der Abgeordneten, die ihre Autorität bei der Bevölkerung einschränkt und kein Klima des Vertrauens schafft. Die Abgeordnetenarbeit kann nur dann attraktiv werden, wenn den Abgeordneten mehr Rechte als bisher eingeräumt werden. Dazu bedarf es großzügiger Freistellungen mit einem ungehinderten Zugang zu Informationsmaterialien über alle Bereiche der Volkswirtschaft, Dienstleistungen, Umweltschutz und andere Bereiche, die einer für den Bürger verständlichen Geheimhaltung unterliegen, kurz Transparenz im Informationsfluß. Für einen ungeschulten Bürger, der nur dazu erzogen worden ist, nach Aufruf die Hand zur Abstimmung über Dokumente zu heben, die er nicht gelesen oder nicht verstanden hat, weil ihm Hintergründe bewußt vorenthalten wurden, ist eine Legislaturperiode von fünf Jahren ein Stolperweg voller Enttäuschungen und der Gewißheit, wenig oder sogar nichts bewegt zu haben.

Wir brauchen gerade im Hinblick auf die kommenden Kommunalwahlen eine breite kritische Diskussion auf den unteren Parteebenen über die sinnvolle Abgeordnetentätigkeit, die dem Neuen Denken gerecht wird, die Abgeordnetentätigkeit effektiver für die Gesellschaft macht und dem Abgeordneten in seinem Berufsleben keine Benachteiligung bringen und ihn privat finanziell nicht belasten darf. Gerade außerhalb von Städten, in ländlichen Gebieten, braucht der Abgeordnete ein eigenes

Fahrzeug, in der Regel ein Auto, um in zumutbaren Zeiträumen seine gesellschaftliche außerdienstliche Tätigkeit zu verrichten. Die Unkosten und Risiken trägt er selbst, ein weiterer Gesichtspunkt für die fehlende Attraktivität einer Abgeordnetenfunktion.

Appelle an Gesinnung und Moral werden hier genauso wie auf anderen gesellschaftlichen Feldern versagen, weil sie sich nicht an der Wirklichkeit orientieren. Deshalb braucht auch der Abgeordnete eine Aufwandsentschädigung, die finanzielle Verluste großzügig abdeckt, sowie ein Auto, das er heute und nicht nach 17 Jahren Bestellzeit kaufen kann.

Auch sollte darüber nachgedacht werden, ob nicht eine berufliche Freistellung für die Dauer der Abgeordnetentätigkeit der Sache mehr dient als die bisherige Lösung.

Abnutzungserscheinungen, von denen doch niemand verschont bleibt, sind bei exponierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens besonders ausgeprägt, z.B. Parteivorsitzende sind hier nicht ausgenommen. Ihre Ausstrahlungskraft geht in dem Maße verloren, wie sie in ihrer Funktion verharren.

Das gilt grundsätzlich für alle leitenden Funktionen und hat psychologische Gründe. In der Vergangenheit der sozialistischen Staaten hat sich gezeigt, daß die jahrzehntelange Konzentration der Macht auf eine Person zu einem Autoritätsverlust führt, der mit mehr Macht kompensiert wird, ohne daß die Autorität dadurch restauriert wird.

Statt regiert wird dann nur noch administriert. Aber Demokratie, die wir laut Gorbatschow so nötig brauchen wie die Luft zum Atmen, lebt vom Wechsel der Macht. Wir brauchen auch in unserem Land eine gesunde Rotation der Amtsträger unter transparenten Bedingungen und in geheimer Abstimmung. Der ständige Wechsel ist das sicherste Mittel gegen Verschleiß, Amtsmissbrauch und Korruption. Alles menschliche Eigenschaften, die uns Menschen innewohnen. Macht und Demokratie schließen einander aus, und wer nur an die Stabilisierung der Macht denkt, verläßt die Demokratie.

4. Das Verhältnis von Staat und Kirche

In der Rede von Bischof Leich vom 3. März 1988 sind Fragen aufgeworfen worden, die die Mehrheit der Menschen in unserem Lande bewegen. Wir CDU-Mitglieder bedauern, daß einige dieser Probleme nicht von unserer Partei öffentlich formuliert wurden, obwohl sie von allgemeiner Bedeutung für die Gesellschaft sind. Vertreter der Kirche machen sich zunehmend Gedanken über das Bildungswesen der DDR. So ist die Glaubensfreiheit zwar garantiert, aber Atheismus und christliche Religion haben in der Schule nicht den gleichen Stellenwert. Außerdem besteht eine unerträgliche Unkenntnis in der Religionsgeschichte des Christentums, die den Staatsbürger von morgen zu einem kulturellen Analphabeten macht. Ohne Religion ist die Kunst der Vergangenheit in Europa und in der übrigen Welt nicht verständlich und das kulturelle Erbe verschlossen. Hinzu kommt das Unverständnis überzeugter Atheisten mit marxistischer oder auch nur hedonistischer Weltanschauung gegenüber religiös motivierten gesellschaftlichen Strömungen und kriegerischen Auseinandersetzungen in anderen Teilen der Welt.

So entsteht eine spezifische Form der religiösen Unwissenheit, die sich immer mit Intoleranz paart und zu politischen Fehlbeurteilungen führen kann.

Wir sind aber verantwortlich für die Staatsbürger von morgen, die auch die Politik für und mit der Dritten Welt tragen müssen. Mit Naturwissenschaften allein werden wir diesen Ansprüchen nicht gerecht werden. Religionsgeschichtsunterricht ist nicht der alleinige Schlüssel für eine höhere Bildung, würde aber sichtbare Lücken schließen. Zunehmend wird in anderen sozialistischen Staaten über kirchliche Schulen nachgedacht. In der DDR soll es nur die Theresienschule sein, ein Geheimtip für einflußreiche Funktionäre, die ihren Kindern etwas Gutes tun wollen. Auf diesem Gebiet hätte die CDU eine bildungspolitische Aufgabe, die sie in ihren Presseorganen diskutieren sollte. Bestände wirklich Glaubensfreiheit, müßte der Spielraum kirchlicher Bildungsstätten größer sein. Neues Gedankengut im Bildungswesen, das sich in das Neue Denken einfügt, würde das Ansehen der CDU in breiten Kreisen der Bevölkerung heben und neben anderen bereits erläuterten Gesichtspunkten viel zur Mitgliederwerbung beitragen.

Das Spektrum der gesellschaftlichen Mängel mit übergreifenden Tendenzen auf Kultur und Bildung sowie Wirtschaft ist größer als hier aufgeführt. Es kann nicht Aufgabe einer Ortsgruppe sein, einen umfassenden gesellschaftlichen Mangelkatalog aufzustellen und Maßnahmen zu seiner Beseitigung vorzuschlagen.

Wir haben aber das Recht und sogar als bewußte Parteimitglieder die Pflicht, die Politik in den Mittelpunkt unserer Überlegungen zu stellen. Dabei ist es unvermeidlich, unbequeme Fragen zu stellen. Die gesellschaftliche Umgestaltung in der UdSSR, die von Gorbatschow bewußt als Revolution bezeichnet wird, zwingt auch politisch organisierte DDR-Bürger, die Zukunft unseres Staates zu überdenken.

Zur Entwicklung der Ost-CDU im Herbst 1989

Von Michael Richter

Die 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone gegründete CDU wurde in den Jahren zwischen 1948 und 1952 unter dem Druck der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) und der SED zu einer Blockpartei umgeformt. Der politische Wille vieler Mitglieder stimmte mit dem äußeren Bild der Partei nicht mehr überein. Vor allem in der Frage des Führungsanspruchs der SED gab es seit der Gleichschaltung Anfang der fünfziger Jahre bis zum Herbst 1989 eine politische Kluft zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft.¹ Dieser Widerspruch bestimmte auch die Entwicklung im Vorfeld und während der Wende, als sich die Ost-CDU innerhalb weniger Monate gegen den erheblichen Widerstand zahlreicher Altfunktionäre programmatisch und organisatorisch zu einer eigenständigen Partei wandelte, die sich dann Anfang Oktober 1990 mit der westdeutschen CDU vereinigte. Die folgenden Seiten stellen den Gang der Entwicklung bis zum Sonderparteitag im Dezember 1989 dar.

Die Vorgeschichte der Erneuerung der CDU im Herbst 1989 reicht zurück bis in die Anfangszeit der Perestrojka. Schon Mitte der 80er Jahre gab es auf zahlreichen Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen Diskussionen über die Politik der SED und der eigenen Parteiführung. Vor allem in sozialethischen Fragen zeigte sich schon länger die Tendenz, daß die CDU ihre Rolle als »Transmissionsriemen« der SED zu sprengen suchte.² Die Fremdsteuerung durch die SED mittels williger Sekretäre wurde in den achtziger Jahren immer stärker abgelehnt. Die Mitglieder sahen angesichts der sich ändernden politischen Rahmenbedingungen in der Partei nicht mehr nur einen Schutzraum, sondern forderten stärkere Mitbestimmung, deutliche Signale der Eigenprofilierung und ein Abrücken von der unbedingten Gefolgschaft zur SED. Offene Proteste gegen die restaurative Politik der SED blieben aber auch in den achtziger Jahren eine Ausnahme.

1 So auch Siegfried SUCKUT: »Vom Blocksystem zur Konkurrenz. Zum Wandel der ehemaligen Blockparteien in der DDR seit dem Herbst 1989«, in: Ilse SPITTMANN/Gisela HELWIG (Hg.), *Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, Offene Fragen. Dreiundzwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 5. bis 8. Juni 1990*, Köln 1990, S. 129.

2 Vgl. Ehrhart NEUBERT, *Gesellschaftliche Kommunikation im sozialen Wandel. Auf dem Weg zu einer politischen Ökologie*, hg. v. Benn Roolf, Ev. Bekenntnisgemeinde Berlin-Treptow – innerkirchlich –, Berlin Oktober 1989, S. 53.

Die Entwicklung im Ostblock und die Veränderungen des politischen Gesamtklimas führten jedoch zu einem Aufbruch, der – von den Kirchen unterstützt – weder vor der SED noch vor den Blockparteien Halt machte. In der CDU nahm der Gegensatz zwischen Mitgliedern und Führung zu. Gerald Götting, seit 1966 Vorsitzender der Ost-CDU, verschloß sich jeder Diskussion über Veränderungen. Die Mitglieder fanden sich stärker in den Aussagen der Synoden der Evangelischen Landeskirchen wieder als in der Politik der Parteiführung. Die Unzufriedenheit wurde schnell zu einem flächendeckenden Phänomen. Allerdings wirkten an den wesentlichen Schaltstellen der Partei weiterhin die Kräfte, deren oberste Maxime die Befolgung der SED-Ideologie war.

Bereits im Sommer 1986 wandten sich die ersten Ortsgruppenvorstände in Briefen an Götting, um Veränderungen anzumahnen. Solche Vorstöße waren zu diesem Zeitpunkt noch etwas Außergewöhnliches und wurden von der SED und vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) argwöhnisch registriert. Mit Hilfe von Informellen Mitarbeitern (IM) versuchte man die Entwicklung aufzuhalten. 1988 verstärkte sich die Reformdiskussion. Eine Mehrheit der Mitglieder lehnte den »real existierenden Sozialismus« in wesentlichen Punkten ab. Die Diskussionen fanden statt in Mitgliederversammlungen³, Schulungsstätten und in den Gremien, in denen enge Kontakte zu den Kirchen bestanden. Auch im »Arbeitskreis für Kirchenfragen« beim Hauptvorstand der CDU waren kritische Stimmen zu hören. Anders als bei der LDPD, gingen die Anstöße zur Reform in der CDU fast ausschließlich von der Basis aus.

1988 und 1989 fanden in den Mitgliederversammlungen zahllose Diskussionen statt. Thema war dabei immer wieder die Entwicklung in der Sowjetunion und in den übrigen Staaten des Ostblocks und die Ideologie des Marxismus/Leninismus. Aber auch die allgemeinen Diskussionen in der Bevölkerung, die sich um Versorgungsprobleme, fehlende Grundfreiheiten, die totalitäre Bevormundung durch SED und Staatsapparat drehten, kamen zur Sprache. Ihren Niederschlag fand die Unzufriedenheit an der CDU-Basis in zahlreichen Briefen an die Parteiführung sowie in den monatlichen Informationsberichten der Kreissekretariate an die Bezirkssekretariate und in den Quartalsberichten an den Hauptvorstand.

Die durch Glasnost und Perestroika ausgelöste Entwicklung veranlaßte die SED und den Staatsapparat zu Gegenmaßnahmen. 1988 beschloß das MfS »zur Sicherung und Beherrschung der Lage in den Blockparteien und deren Medien« durch eine verstärkte »operative Durchdringung der

³ Vgl. z.B.: »Mut und Initiative wurden in jahrzehntelanger Entmündigung erstickt. Gedanken der CDU-Ortsgruppe Neuenhagen (DDR) vom 27. Juni 1988 an den Hauptvorstand der CDU«, in: Begleittexte auf dem Weg zur Einheit, hg. von der Exil-CDU, Berlin 1990, S. 23-29.

Kreisvorstände« mit IM des MfS ein »rechtzeitiges Erkennen von Tendenzen des ideologischen Aufweichens, des Zurücktretens vor gegnerischen Argumenten und der Überbetonung der Eigenständigkeit der Blockparteien«⁴ aufzuklären und operativ zu verhindern.

In einem Resümee der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) Rostock vom März 1989 hieß es zur Haltung von Funktionären und Mitgliedern der Blockparteien zu Grundfragen der Außen- und Innenpolitik der SED⁵: »Der außenpolitische Dialog der SED zur Sicherung des Friedens« werde zwar vorbehaltlos unterstützt; es würden jedoch zunehmend kritische und zum Teil auch ablehnende Positionen zur Informationspolitik und zur Wirtschaftsführung zum Ausdruck gebracht. Maßgeblich mit beeinflußt durch Orientierungen der Parteivorstände – das betraf vor allem die LDPD – seien besonders in den Bezirks- und Kreisvorständen sowie in einzelnen Ortsgruppen der Blockparteien Bestrebungen erkennbar, gegenüber der SED ein größeres Mitspracherecht bei innenpolitischen Entscheidungen durchzusetzen. Hinweise auf sozialismusfeindliche Ziele seien jedoch nicht bekannt. Die Grundpositionen eines großen Teils der Funktionäre der Blockparteien würden nachhaltig durch die gesellschaftliche Umgestaltung in der UdSSR geprägt.⁶ Die Maßnahmen von SED und MfS führten zwar in Einzelfällen zur Disziplinierung, sie konnten aber den gesamtgesellschaftlichen Aufbruch, der sich auch in den Blockparteien niederschlug, nicht mehr aufhalten.

Empörung lösten in den Blockparteien die offensichtlichen Fälschungen bei der Kommunalwahl im Mai 1989 aus. Die Kritik wurde jedoch in der bewährten Weise unterdrückt. Exemplarisch sei der Fall der Absetzung des Redakteurs der CDU-Zeitung *Die Union*, Andreas Helgenberger, erwähnt, der den Formalismus der sogenannten Volksaussprache in Vorbereitung der Wahlen auf's Korn nahm und dem auf Initiative des Presseamtes der DDR fristlos gekündigt wurde.

In zahlreichen Briefen beschwerten sich Mitglieder der Blockparteien bei ihren Parteiführungen, was in der Ost-CDU nur zu Repressionen führte, im Gegensatz übrigens zur LDPD, wo sich auch die Parteiführung Gedanken über eine Demokratisierung der Gesellschaft machte.

4 Geheime Verschlusssache 0043-515/88, in: Unabhängiger Untersuchungsausschuß Rostock (Hg.), *Arbeitsberichte über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit*, Rostock 1990, S. 65.

5 Auswertungs- und Kontrollgruppe der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock: *Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweise unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock*. Rostock, 17.03.1989. Zit. in: *Arbeitsberichte über die Auflösung* (zit. Anm. 4) S. 69-72.

6 Vgl. ebd. S. 68.

Der Hinweis auf die Reformkräfte in der CDU kann und darf allerdings nicht den Blick dafür verstellen, daß ein großer Teil der Funktionäre und viele Mitglieder bis zuletzt im Sinne der SED wirkten. Das wird verständlich, wenn man weiß, daß alle Kaderentscheidungen in den Blockparteien mit dem MfS abgestimmt waren. Haupt- und ehrenamtliche Kader in politisch bedeutsamen Funktionen wurden »erst eingestellt bzw. berufen, wenn das MfS dazu keine Einwände« hatte.⁷ Die SED-treuen Funktionäre haben das Bild der Ost-CDU nach außen wesentlich geprägt. Dieses Bild aber gab den tatsächlichen Zustand der Partei nicht adäquat wieder.

Im Sommer 1989 war die Diskrepanz zwischen Basis und Parteiführung größer denn je. Die Bereitschaft, den politischen Maximen Göttings zu folgen, nahm schnell ab. Neben dem kritischen Teil der Mitgliederschaft entwickelte auch der mittlere Funktionärsapparat ein stärkeres Eigenleben und distanzierte sich mehr und mehr von den Direktiven der Parteiführung. So wies der SED-Kreissekretär von Brandenburg im September 1989 z.B. darauf hin, daß leitende Funktionäre der Blockparteien anfangen, »die gleichen Fragen zu stellen, wie sie vom Klassegegner gestellt« würden.⁸ Auch unter Funktionären und Mitgliedern der CDU im Bezirk Rostock registrierte die SED »kritische Positionen zur Wirtschafts-, Informations- und Bildungspolitik«⁹.

Im Prozeß der Polarisierung in der Partei schwankten die Sekretäre der Bezirks- und Kreisebenen zwischen Loyalität gegenüber der Führung und Zustimmung zur Parteibasis. Innerhalb der CDU bildeten sich Gruppierungen, die das System des demokratischen Zentralismus in Frage stellten und die innerparteiliche Demokratisierung vorbereiteten.¹⁰ Auch hier versuchte die SED gegenzusteuern.

Wie in der Jahresplanung des MfS für 1989 vorgesehen, wurde »der Durchdringungsprozeß, einschließlich der Schaffung inoffizieller Quellen in den Bezirksvorständen der CDU und LDPD« weiter erhöht, um das

7 Analyse zur politisch-operativen Lage in den Bezirksverbänden der befreundeten Parteien – Berlin, 27. November 1987. Ministerium für Staatssicherheit – Bezirksverwaltung Berlin, Abt. XX/1 (ZAN). Zit. bei Stefan WOLLE, »Der Weg in den Zusammenbruch. Die DDR vom Januar bis zum Oktober 1989«, in: Eckhard JESSE/Armin MITTER (Hrsg.), *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft*, Bonn 1992, S. 89.

8 SED Kreisleitung Brandenburg: Monatsbericht September 1989. An: Bezirksleitung der SED. 1. Sekretär, Genossen Dr. Günther Jahn, Brandenburg, den 18.9.1989. Gez. Winfried Mitzlaff. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Rep. 530 Nr. 47.

9 Auswertungs- und Kontrollgruppe der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock: Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweise unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock. Rostock, 17.03.1989. Zit. in: Arbeitsberichte über die Auflösung (zit. Anm. 4) S. 69-72.

10 Vgl. Horst KORBELLA, *Die personelle und programmatische Erneuerung der CDU seit dem Sommer 1989*, Bonn, den 25.2.91., S. 9 (Privatarchiv Richter Ost-CDU 2).

»Anwachsen eines kritischen Potentials« wirksam zu unterbinden.¹¹ Im September 1989 registrierte das MfS an der Basis von LDPD und CDU dennoch verstärkte »Bestrebungen einer Neuprofilierung ihrer Parteien«. Erneut wurden die Leiter aller MfS-Dienststellen angewiesen, mit Hilfe der breiten IM-Basis in den Blockparteien »Beeinträchtigungen bzw. Störungen der Bündnispolitik rechtzeitig zu erkennen und durch geeignete operative Maßnahmen zu unterbinden«.¹²

Auch der von Vertretern der Bürgergruppen oft behauptete Gegensatz zwischen Oppositionellen und Demonstranten auf der einen und den Blockparteien auf der anderen Seite wird der Rolle der Mitglieder dieser Parteien nicht ganz gerecht. Unter den rund 500.000 Mitgliedern der Blockparteien gab es von Anfang an Zehntausende, die sich an den Demonstrationen beteiligten, die sich Bürgergruppen anschlossen, in den Kirchen mitarbeiteten und sich so völlig im Gegensatz zu ihren Leitungen an der friedlichen Revolution beteiligten.¹³

Einen Höhepunkt der kirchlichen Opposition gegen das SED-Regime stellte die Eisenacher Synode des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR im September 1989 dar. Auf dieser Tagung wurde am 10. September ein von vier im Bereich der evangelischen Kirche tätigen Mitgliedern der CDU¹⁴ veröffentlichter »Brief aus Weimar«¹⁵ bekannt, der sich an die Mitglieder und Vorstände der CDU wandte. Die CDU wurde darin zu gesellschaftlichen und politischen Reformen aufgefordert. Angemahnt wurden u.a. freie Reisemöglichkeiten, ein neues Wahlgesetz, innerparteiliche Demokratie, Daten über die Umweltverschmutzung und die Wiederaufnahme der Zeitschrift »Sputnik« in die Postzeitungsliste.¹⁶

11 Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Abteilung XX: Jahresplan 1989 des Leiters der Abteilung XX. Geheime Verschlusssache 153/88. Leipzig, 28. Dezember 1988. Bestätigt: Leiter der Bezirksverwaltung, Hummitzsch, Generalmajor. Bl. 23 (Forschungsstelle für die Verbrechen des Stalinismus Dresden, Bezirksverwaltung Leipzig).

12 Ministerium für Staatssicherheit – Bezirksverwaltung Erfurt. Leiter, gez. Schwarz, Generalmajor. Erfurt, 27.9.1989. Tgb. Nr. 563/89: Rückfließinformation zur politisch-operativen Lage unter feindlich-negativen Kräften im Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung Erfurt im Zusammenhang mit den gegenwärtig republikweit durchgeführten feindlich-negativen Aktivitäten zur Schaffung sogenannter Sammlungsbewegungen politisch-oppositioneller Personen. Bl. 27 (Forschungsstelle für die Verbrechen des Stalinismus Dresden, Bezirksverwaltung Erfurt).

13 Peter Joachim LAPP, »Ehemalige DDR-Blockparteien auf der Suche nach Profil und Glaubwürdigkeit«, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 62.

14 Martina Huhn (Rechtsanwältin aus Sachsen, Synodale des DDR-Kirchenbundes), Christine Lieberknecht (Pastorin aus Ramsla), Martin Kirchner (Leitender Jurist im Thüringer Landeskirchenrat, Oberkirchenrat) und Gottfried Müller (Chefredakteure der thüringischen Kirchenzeitung »Glaube und Heimat«).

15 Der »Brief aus Weimar« in: *Neue Zeit* vom 26. Oktober 1989; nachgedruckt in: *Begleittexte* (zit. Anm. 3) S. 31-36.

16 »ena« vom 28. September 1989. *Frankfurter Rundschau* vom 3. Oktober 1989.

Im Hauptvorstand wurden innerhalb von zwei Stunden nach Erscheinen des Briefes »Maßnahmen zur Verhinderung seiner weiteren Popularisierung« festgelegt.¹⁷ Das blieb jedoch ohne Wirkung. Der »Brief aus Weimar« wurde durch die Initiatoren in einer gezielten Postaktion allen Kreisverbänden der CDU zugeschickt. In den Vorständen und Mitgliederversammlungen wurde das Alternativkonzept schnell aufgenommen und diskutiert.¹⁸ Am 19. September, noch während der Synode, wies die CDU-Führung unter Gerald Götting den Brief zurück. Der Partei liege wie allen gesellschaftlichen Kräften viel daran, »Werte und Möglichkeiten unserer sozialistischen Demokratie und des Bündnisses aller gesellschaftlichen Kräfte noch wirksamer auszuschöpfen«, um neuen Anforderungen gerecht zu werden. Es widerspreche aber innerparteilicher Demokratie, »wenn sich Parteimitglieder – wie das am Wochenende in Eisenach geschehen« sei – an eine internationale Öffentlichkeit wenden.¹⁹ Götting ordnete an, die Unterzeichner aus der CDU auszuschließen.

Zum geplanten Parteiausschluß kam es jedoch nicht. Angesichts der Resonanz des Briefes schien einigen Mitgliedern des Hauptvorstandes ein Ausschluß das falsche Signal zu sein. Auch im Hauptvorstand gab es Funktionäre, denen der Kurs des völlig SED-loyalen und vom MfS abhängigen Götting nicht paßte und die – ähnlich wie in der LDPD – einen Kurs anstrebten, der der Blockpartei mehr Eigenständigkeit innerhalb des sozialistischen Systems einräumte. Bereits im März 1989 hatte das MfS auch »im Hauptvorstand der CDU erkennbare Ansätze« registriert, »unter dem Aspekt der Eigenständigkeit der Partei die Zusammenarbeit mit der SED zu unterlaufen«²⁰. Da Götting seinen kompromißlosen Standpunkt nicht durchsetzen konnte, fand am 26. September in Ost-Berlin ein einlenkendes Gespräch der Autoren des Briefes mit den Mitgliedern des Präsidiums und des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU, Werner Wünschmann und Adolf Niggemeier, statt, bei dem sich die Parteiführung zu weiteren Gesprächen bereit erklärte. Die Unterzeichner bekundeten ihrerseits, daß es ihnen nicht um die Bildung einer innerparteilichen oder gesellschaftlichen

17 KORBELLA (zit. Anm. 10) S. 10.

18 *Neue Zeit* vom 26. Oktober 1989. Text in: *Dokumentation zur Entwicklung der Blockparteien der DDR von Ende September bis Anfang Dezember 1989*, bearbeitet von Katharina Belwe/Ute Reuter, hg.: Gesamtdeutsches Institut (Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben), Bonn 1989, S. 77-79. Vgl. Helmut LÜCK, »Ein Mehr an Demokratie. Die neue CDU«, in: Hubertus KNABE (Hg.), *Aufbruch in eine andere DDR. Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes*, Reinbek 1989, S. 127f.

19 *Neue Zeit* vom 19. September 1989.

20 Auswertungs- und Kontrollgruppe der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock: Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock. Rostock, 17.03.1989. Zit. in: *Arbeitsberichte* (zit. Anm. 4) S. 69-72.

Opposition gehe, sondern um eine Belebung der Zusammenarbeit im Block. Sie seien »für die DDR auf der Basis ihrer sozialistischen Ordnung«. ²¹

Nach dem Gespräch erklärte der Hauptvorstand in internen Schreiben an die Bezirkssekretariate, daß es »für die CDU als staatstragende Partei völlig ausgeschlossen« sei, sich mit Gruppen – mögen sie kirchlich protegiert sein oder nicht – zu identifizieren, die sich selber als »oppositionell« verstünden. Für die Teilnahme an allen öffentlichen Angelegenheiten bestünden in der DDR im übrigen »alle politischen, gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen«. Es wäre falsch, zu behaupten, die CDU sei im Block eine »nachgeordnete Partei«. Vielmehr sei sie völlig gleichberechtigt und gleichverpflichtet. ²² Der Hauptvorstand forderte alle Mitglieder auf, die »zügellose Hetze gegen den sozialistischen deutschen Staat« in Mitgliederversammlungen zurückzuweisen und diese zu nutzen, »die Auseinandersetzung mit jenen Kreisen in der BRD zu führen, die erneut zum Angriff auf die Grundprinzipien und Grundwerte des Sozialismus vor allem in der DDR« blasen. ²³

Während die Parteiführung hoffte, das Thema »Brief aus Weimar« wäre damit abgeschlossen, wirkte das Papier unter den CDU-Mitgliedern wie ein Luftzug in der Glut. Auf zahlreichen Mitgliederversammlungen wurden die Thesen weiter diskutiert. Beim Sekretariat des Hauptvorstandes häuften sich bald Briefe, Beschwerden und Eingaben, in denen sich Mitglieder, Ortsgruppen und Kreisvorstände die Forderungen des Reformpapiers zu eigen machten und ergänzten. ²⁴ Gefordert wurde bereits ein vorgezogener Parteitag und der Rücktritt der Parteiführung. ²⁵

Auch den staatlichen Organen blieb der Stimmungsumschwung an der CDU-Basis nicht verborgen. In einem »Stimmungsbericht« informierte die Bezirksverwaltung Neubrandenburg des MfS die Bezirksleitung der SED, daß »feindlich-negative Kräfte, kirchliche Amtsträger, einzelne Künstler und Mitglieder der LDPD bzw. der CDU ihre Aktivitäten« verstärkten, »Vorstellungen wie das 'Neue Forum' an der Basis zu verbreiten und Wirkungen zu erreichen«. ²⁶

21 Akte Weimar, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP). Die hier und nachfolgend angeführten Dokumente aus dem ACDP befanden sich zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrages noch unter provisorischer Signatur. Vgl. Ralf Georg REUTH, »Wie de Maizière an die Spitze kam. Wendungen in der Wende der einstigen Blockpartei«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. Juli 1991.

22 Information des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU. Für die Bezirkssekretariate. Parteiinternes Material. Nr. 14/1989. Berlin, 26.9.1989, ACDP (s. Anm. 21).

23 Ebd.

24 Vgl. Akte Weimar, ACDP (s. Anm. 21).

25 Vgl. LÜCK (zit. Anm. 18) S. 129.

26 Ulrich von SASS/Harriet von SUCHODELETZ (Hg.), *Feindlich-negativ. Zur politisch-operativen Arbeit einer Stasi-Zentrale*, Berlin 1990, S. 135f.

Ende September Anfang Oktober 1989 überschlugen sich die Ereignisse in der DDR. In der Zeit um den 40. Jahrestag am 7. Oktober 1989 erlebte man Großdemonstrationen, wie es sie zuletzt im Juni 1953 gegeben hatte. Durch den Massensexodus drohte das Land auszubluten. Auch in der CDU gärte es immer stärker. Am 10. Oktober 1989 erschien in der Dresdner CDU-Zeitung *Die Union* der »erste Glasnost-Artikel«²⁷ der Redakteurin Uta Dittmann unter dem Titel »Es ist möglich, miteinander zu reden« über die Ereignisse in Dresden. Darin hieß es: »Die Information über die Ereignisse der letzten Tage und Nächte in Dresdens Innenstadt, die auch unsere Zeitung gestern veröffentlicht hat, war einseitig und vermittelte ein falsches Bild...«.²⁸ Am 11. Oktober setzte sich auch die *Neue Zeit* über die üblichen Regeln der Berichterstattung hinweg, verkürzte eine ADN-Meldung über die Unruhen am 10. Oktober und setzte den eigenen Bericht im Konjunktiv fort.²⁹ Was nach westlichen Maßstäben lapidar schien, hatte im totalitären Unterdrückungsstaat enorme symbolische Bedeutung.

Erst nachdem auch die SED ab dem 11. Oktober offiziell auf Dialogpolitik umgeschwenkt war und im ganzen Land bereits offizielle Wende-Erklärungen abgegeben wurden, zeigte auch der Hauptvorstand der CDU Kompromißbereitschaft. Die CDU-Presse veröffentlichte am 12. Oktober einen Artikel Göttings, in dem dieser erklärte, es gebe viele Fragen, die einer gründlichen Diskussion und überlegter Entscheidungen bedürften. Den »Brief aus Weimar« nannte Götting nun plötzlich einen »Anstoß«, durch den die CDU »ihr Profil als politische Partei von Christen unverwechselbar« zeige.³⁰

Die Politik des Hauptvorstandes der CDU lag – im Gegensatz zur LDPD – zu diesem Zeitpunkt jedoch weiterhin voll auf der Linie Honeckers. Das zeigte sich, als Honecker am 13. Oktober die »Vorsitzenden der befreundeten Parteien« Günther Maleuda, Gerald Götting, Manfred Gerlach und Heinrich Homann sowie den Präsidenten des Nationalrats der Nationalen Front, Lothar Kolditz, zu einer »Beratung über aktuelle Aufgaben bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR« empfing. Honecker betonte, angesichts der Entwicklung dürfe kein Eindruck von Zweigleisigkeit entstehen. Zwar solle der Sozialismus durch »tiefgreifende

27 So Dresdens Oberbürgermeister Herbert Wagner auf einer Tagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung am 9. November 1990 in Bayreuth. Mitschrift des Autors (Privatarchiv Richter 4023).

28 *Die Union* vom 10. Oktober 1989. In der Ausgabe vom 6./7./8. Oktober 1989 hieß es: »Wie die zuständigen Staatsorgane mitteilen, kam es in der Nacht vom 4. und 5. Oktober 1989 im Bereich des Dresdner Hauptbahnhofes zu rowdyhaften Ausschreitungen ...«.

29 Vgl. Gunter HOLZWEISSIG, »DDR-Presse im Aufbruch«, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 226.

30 Gerald Götting, »Unsere Verantwortung«, in: *Neue Zeit* und *Die Union* vom 12. Oktober 1989.

Wandlungen und Reformen« weiter verbessert werden, das Entscheidende bleibe aber, »unbeirrt an unseren Grundwerten festzuhalten, am Sozialismus in der DDR nicht rütteln zu lassen. In Zukunft solle die Nationale Front eine größere Rolle spielen. In der Volkskammer werde die SED künftig Anfragen und Antworten erlauben.³¹ Götting, Homann, Kolditz und Maleuda stimmten den Ausführungen Honeckers uneingeschränkt zu. Nur Gerlach drängte auf kritische Formulierungen im Kommuniqué. Er kritisierte die Führungs- und Sprachlosigkeit der SED. Man dürfe mit Entscheidungen nicht bis zum XII. Parteitag der SED warten. Auf der Tagesordnung stünden öffentlicher Dialog, Reisefreiheit, mehr Demokratie im politischen Leben, Änderungen im politischen Strafrecht und ein neues Wahlsystem.³²

Die CDU-Führung war zu diesem Zeitpunkt weit davon entfernt, derartige Forderungen zu übernehmen oder gar selbst zu formulieren. Nur langsam, parallel zur SED und unter dem Druck der Ereignisse verstärkte sich auch hier die Diskussion über den weiteren Weg der DDR und der eigenen Partei. Mitte Oktober 1989 wurde die Forderung nach der Einberufung eines Sonderparteitages der CDU immer lauter. Nach einem Aufruf der Ortsgruppe Neuenhagen³³ folgten Aufrufe aus anderen Parteiverbänden. Am 16. Oktober tagte in Berlin das Präsidium der CDU mit den Bezirkssekretären. Trotz kontroverser Diskussionen konnte Götting keine Änderung des politischen Standortes abgerungen werden. Die Bezirksvorsitzenden von Karl-Marx-Stadt und Schwerin, Klaus Reichenbach und Lothar Moritz, erklärten unter dem Beifall der Anwesenden, daß es in der CDU längst eine andere CDU gebe als die, die Götting noch zu führen meine. Götting verbot daraufhin jede Beifallskundgebung und erklärte, die Entwicklung werde durch den Einsatz sowjetischer Truppen bald wieder ein Änderung erfahren.³⁴

Angesichts der Haltung der Bezirkssekretäre sah sich das Präsidium des Hauptvorstandes jedoch veranlaßt, noch am selben Tag erstmals im SED-Stil Selbstkritik zu üben. Man habe im Bestreben, »die imperialistischen Aktionen gegen unsere Gesellschaft abzuwehren« vor allem auf Kontinuität gesetzt. Dabei seien Signale aus den eigenen Reihen nicht früh genug erkannt worden. Der Hauptvorstand schloß sich jetzt den allgemein erhobenen Forderungen nach Dialog, Reisefreiheit etc. an, erklärte aber zugleich, für die CDU sei »all das unverzichtbar ... was zum Sozialismus in der DDR und zu

31 Günter SCHABOWSKI, *Der Absturz*, Berlin 1991, S. 258. Hannes BAHRMANN/Christoph LINKS, *Wir sind das Volk. Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989. Eine Chronik*, Berlin 1990, S. 25. Vgl. Manfred GERLACH, *Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat*, Berlin 1991, S. 287f.

32 Vgl. GERLACH (zit. Anm. 31) S. 288-290. Vgl. Interview mit Manfred Gerlach in *Der Spiegel* vom 6. November 1989.

33 Aufruf zum Sonderparteitag (Privatarchiv Richter, Korbella S. 58f.).

34 KORBELLA (zit. Anm. 10) S. 11.

seinen eigenen Zügen beigetragen«³⁵ habe. Nach der offiziellen Selbstkritik gaben nun nacheinander auch die meisten Bezirks- und Kreisvorstände der CDU Erklärungen ab, in denen sie sich der neuen Linie Göttings anschlossen oder aber bereits weitergehende Forderungen stellten. Es wurde kritisiert, daß der Hauptvorstand der CDU sich erst so spät mit einer Erklärung zu den Problemen des Landes an die Öffentlichkeit gewandt habe.³⁶

Nun setzte ein Differenzierungsprozeß ein, der zeigte, wie heterogen die Kräfte waren, die sich unter dem Dach der CDU zusammengefunden hatten. Er griff in der zweiten Oktoberhälfte auch auf die CDU-Führung über. Hier saßen in der Mehrzahl Funktionäre, die ihre Posten den guten Beziehungen zur SED oder zum MfS verdankten und die allein aus diesem Grund die Politik der SED mittrugen.

Am 26. Oktober 1989 kam es auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Kirchenfragen beim Hauptvorstand der CDU zu einer weiteren Auseinandersetzung über den »Brief aus Weimar« und den zukünftigen Kurs der Union. Götting hatte zuvor den Entwurf eines Positionspapiers verschickt, das auf der Tagung beraten werden sollte.³⁷ Auch der stellvertretende CDU-Vorsitzende Wolfgang Heyl forderte, die führende Rolle der SED auch weiterhin anzuerkennen, gleichzeitig aber das Profil der Blockpartei zu modifizieren.³⁸

Diese SED-freundliche Politik der Parteivorsitzenden kollidierte mit den Auffassungen der Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre der Parteibasis. Auf einer Tagung der CDU mit »Kulturschaffenden« am 27. Oktober 1989 in der Zentralen Bildungsstätte der CDU in Burgscheidungen kam es zu leidenschaftlich geführten, stundenlangen Auseinandersetzungen. Götting eröffnete die Tagung zunächst im üblichen Stil mit einer Rede, die keinerlei Selbstkritik enthielt.³⁹ Sie wurde ebenso wie ein Referat von Werner Wünschmann von den Anwesenden ohne Beifall und mit erkennbarer Ablehnung aufgenommen. Am Nachmittag wurde in der Diskussion jedoch offen mit der Politik Göttings abgerechnet und sein Rücktritt gefordert.⁴⁰ Der Haupt-

35 *Neue Zeit* vom 17. Oktober 1989.

36 Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abteilung Presseorgane. Berlin, den 25.10.1989; Vorschläge aus Briefen von Unionsfreunden und Ortsgruppen sowie Informationsberichte von Vorständen der CDU. ACDP (s. Anm. 21).

37 Schreiben Gerald Göttings an alle Mitglieder des Parteihauptvorstandes vom 25. Oktober 1989. ACDP (s. Anm. 21).

38 *Neue Zeit* vom 27. Oktober 1989.

39 Vgl. Eröffnungsansprache des Parteivorsitzenden zur Künstlertagung (27.10.1989). ACDP (s. Anm. 21).

40 Bericht von Nikolaus Flämig aus Hennerdorf. An den Bezirksverband Dresden der CDU und die Redaktion der Union, Hennersdorf, am 30.10.1989. ACDP (s. Anm. 21). Vgl. REUTH (zit. Anm. 21).

vorstand reagierte mit Erklärungen, in denen er sich zur Mitverantwortung für die vierzigjährige Geschichte der DDR bekannte und Thesen über den weiteren Weg der Blockpartei formulierte. Dennoch wuchs der Druck auf Götting.

Nachdem der »Brief aus Weimar« am 27. Oktober auch in der gesamten Unionspresse abgedruckt worden war, veröffentlichte die *Neue Zeit* einen Tag später den Diskussionsentwurf eines Positionspapiers des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU, in dem nun in acht Grundforderungen u. a. freie Wahlen, eine am Markt orientierte Wirtschaft, ein grundlegend verändertes öffentliches Leben, das sich »durch lebendige Demokratie, strikte Rechtsstaatlichkeit und realistische Medien politisch auszeichnet«, sowie eine »neue Qualität innerparteilicher Demokratie« formuliert wurden.⁴¹ Betont wurde jedoch erneut, daß die CDU eine eigenständige Partei in der DDR und für den Sozialismus sei und bleibe. Das Präsidium des Hauptvorstandes rief auf, den Entwurf zu diskutieren und kurzfristig den 17. Parteitag einzuberufen.⁴² Vor allem die mit den Kirchen verbundenen CDU-Mitglieder, die Kontakt zu oppositionellen Bürgergruppen hatten, forderten jedoch bereits einen eindeutigen Kurswechsel der Partei und den Rücktritt Göttings. Am 1. November verlangten die vier Initiatoren des »Briefes aus Weimar« und Vertreter aus den Bezirken Götting in einem Gespräch zum Rücktritt auf.⁴³

Am 2. November fand daraufhin eine außerordentliche Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstandes statt, zu der Götting zwar noch eingeladen hatte, an der er aber selbst nicht mehr teilnahm. Heyl eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, es gehe »längst nicht mehr allein um eine Solidarisierung mit dem Brief aus Weimar, sondern um ganz konkrete Forderungen nach personellen Veränderungen«. Er informierte darüber, daß Götting selbst darum gebeten habe, ihn von seiner Funktion als CDU-Vorsitzenden zu entbinden. Beraten wurde auch ein Rücktritt des gesamten Präsidiums des Hauptvorstandes.⁴⁴

Die Mitglieder des 1987 eingesetzten Hauptvorstandes beauftragten Wolfgang Heyl mit der vorläufigen Wahrnehmung des Vorsitzes der CDU. Heyl lehnte es jedoch ab, für die Wahl eines neuen Vorsitzenden am 10. November zu kandidieren. Statt dessen schlug er u.a. Lothar de Maizière vor, auf den sich schließlich die Anwesenden einigten. De Maizière hatte bis zu diesem Zeitpunkt keine Parteifunktionen innegehabt, besaß als Vizepräsident

⁴¹ *Neue Zeit* vom 28. Oktober 1989. Vgl. *Wir sind das Volk. Hoffnung '89. Teil 2: Die Bewegung. Oktober/November 1989*, Halle/Leipzig 1990, S. 31f. Vgl. LÜCK (zit. Anm. 18) S. 129f.

⁴² *Neue Zeit* vom 28. Oktober 1989.

⁴³ Teilnehmer u.a. Martin Kirchner, Martina Huhn, Christine Lieberknecht, Gottfried Müller, Walter Riedel, Heinz Hellwig, Peter Zimmermann. Vgl. KORBELLA (zit. Anm. 10) S. 11f.

⁴⁴ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. März 1991.

der evangelischen Bundessynode jedoch kirchliches Vertrauen und schien von daher besonders geeignet, die Nachfolge Göttings anzutreten.

Götting erklärte am 2. November seinen Rücktritt.⁴⁵ Bis zur offiziellen Wahl de Maizières übernahm Heyl kommissarisch die Leitung der Partei. Nach dem Wechsel an der Parteispitze avancierte die CDU »rasch zur Vorreiterin der Reformbestrebungen unter den Blockparteien«⁴⁶. Bereits einen Tag nach Göttings Rücktritt verlangte die CDU-Fraktion der Volkskammer die sofortige Einberufung der Volkskammer und forderte die Regierung auf, die Vertrauensfrage zu stellen. Angesicht des Unmutes über die Kommunalwahlen gelte es nun, ein neues Wahlgesetz auszuarbeiten und die Kommunalwahlen zu wiederholen.⁴⁷

Offen verkündetes Ziel der CDU war nun eine demokratische Reform des Sozialismus. De Maizière erklärte am 6. November 1989 in der *Neuen Zeit*, die DDR brauche endlich »einen Sozialismus, der diesen Namen wirklich verdient«. Nicht der Sozialismus sei am Ende, so de Maizière einige Tage später, sondern »seine administrative diktatorische Verzerrung«.⁴⁸ In zahlreichen weiteren Stellungnahmen setzte sich der neue Vorsitzende nun bis zum Dezember 1989 immer wieder unmißverständlich für einen demokratisch erneuerten Sozialismus ein. Am 19. November 1989 nannte er den Sozialismus »eine der schönsten Visionen menschlichen Denkens«.

Auch die Bezirks- und Kreisverbände der CDU schlossen sich nach dem Führungswechsel dem neuen Kurs einer Demokratisierung der Gesellschaft an, lehnten aber die sozialistischen Bekundungen der Parteiführung teilweise ab. In der Dresdener Stadtverordnetenversammlung erklärte die CDU-Fraktion bereits am 26. Oktober den Auszug aus dem Demokratischen Block.⁴⁹ Das Bezirkssekretariat der CDU in Erfurt forderte am 14. November 1989 die Herstellung der Eigenständigkeit des Bezirkstages als höchstem gewählten Machtorgan des Bezirkes und eine »selbständige und unabhängig von Parteinstanzen praktizierte Machtausübung«. Die CDU kündigte für die nächste Sitzung an, als Fraktion aufzutreten und forderte vom Ratsvorsitzenden die Akzeptierung von Fraktionsbildungen, rechtzeitige Information der Abgeordneten, Wahl einer unabhängigen Tagungsleitung, die Bildung eines Beschwerdeausschusses, die Anrede aller Abgeordneten als »Abgeordnete«, eine einheitliche Pausenversorgung, ein Ende der Bevorzugung der SED im

45 »Gerald Götting erklärt Rücktritt als CDU-Vorsitzender« und »Hartmann löst Homann als NDPD-Vorsitzenden ab«, in: Informationen des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen 21, vom 17. November 1989, S. 27.

46 SUCKUT (zit. Anm. 1) S. 131.

47 BAIHMANN/LINKS (zit. Anm. 31) S. 81.

48 *Neue Zeit* vom 18. November 1989.

49 Vgl. KORBELLA (zit. Anm. 10) S. 11.

Bezirkstag und eine Revision des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen vom 4. Juli 1985.⁵⁰ Zu seiner Sitzung am 17. November trat der Bezirkstag Erfurt bereits fraktionsweise an.⁵¹ Die CDU-Fraktion erklärte, daß sie den »Block« nicht mehr als Plattform der Zusammenarbeit ansehe und das Einstimmigkeitsprinzip nicht mehr akzeptiere.⁵²

Ähnlich, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, lief die Entwicklung nun fast überall ab. Daß es sich bei den Forderungen der CDU nicht um leere Worthülsen, sondern um konkrete Schritte hin zur angestrebten politischen Mitarbeit handelte, zeigten die vom Amt für Nationale Sicherheit registrierten »Anstrengungen zur Schaffung einer Kaderreserve« der CDU, die Ende November 1989 unternommen wurden, um auch auf unterer staatlicher Ebene (Bezirk, Kreis, Kommunen) Positionen durch CDU-Abgeordnete besetzen zu können.⁵³

Bei der vom 20. bis 22. November in Burgscheidungen tagenden Hauptvorstandssitzung kam es zu heftigen Debatten darüber, ob der Sozialismus noch ein tragfähiger Begriff für die zu erneuernde Gesellschaft sei. Bei einer Abstimmung im Plenum forderte die Mehrheit der Hauptvorstandsmitglieder, auf den Begriff »Sozialismus« zu verzichten. Ein Bericht des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) über die Sondersitzung des Hauptvorstandes der CDU in Burgscheidungen spiegelt diesen Konflikt wider. Hier hieß es, es gebe unter den Mitgliedern »äußerst widersprüchliche Auffassungen zur weiteren Perspektive und Zielen der CDU«. Dabei zeichne sich eine Auseinandersetzung zwischen dem neuen Vorsitzenden, der an den humanistischen Traditionen der Partei festhalte, und jenen Mitgliedern ab, die eine stärkere Machtbeteiligung in Staat und Regierung fordern.⁵⁴

Da sich de Maizière mit seinen Vorstellungen durchsetzte, legte die CDU nach der Sitzung den Entwurf eines demokratisch-sozialistisch orientierten Programmpapiers vor, in dem ein Volksentscheid über eine neue Verfassung ohne Führungsanspruch einer Partei gefordert wurde. Der Hauptvorstand

50 Schreiben des Bezirksvorsitzenden der CDU Erfurt, Schnieber, an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Erfurt, Swatek, vom 14. November 1989. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar 041494.

51 Vgl. ebd.

52 Rat des Bezirkes Erfurt. Der Sekretär: Hinweise, Vorschläge und kritische Bemerkungen aus der Diskussion der 16. Tagung des Bezirkstages, ihre Klärung, Entscheidung sowie Beantwortung. Abg. B. Schnieber (CDU). Erfurt, 23.11.1989. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar 041492.

53 Bezirksamt für Nationale Sicherheit Halle, Abteilung XX: Einschätzung zur politisch-operativen Lageentwicklung. Halle, 24. November 1989 mü-ki. Gez. i.V. Steffen, Major, Gröger, Oberst, Leiter der Abteilung, in: Keine Überraschung zulassen! Berichte und Praktiken der Staatssicherheit in Halle bis Ende November 1989. Hg. von Mitgliedern der Redaktion »Das andere Blatt«. Halle 1991², S. 117-121.

54 Vgl. ebd.

sprach sich für eine »Koalition der Vernunft und Verantwortung« aus, die allen gesellschaftlichen Kräften offen stehen sollte. In einem zweiten Entwurf des Grundsatzpapiers »Position der CDU zu Gegenwart und Zukunft« bekannte sich die CDU am 25. November erneut zu ihrer Mitschuld an den gesellschaftlichen Deformationen und sprach sich für eine humane und demokratische Gesellschaft, für einen »Sozialismus nach christlichem Verständnis«⁵⁵ aus. Die wesentliche Frontlinie in der CDU lief nun zwischen den Befürwortern einer demokratischen Reform des Sozialismus um de Maizière, der sich auf dieser Grundlage für freie Wahlen 1990 und für eine Konföderation aussprach⁵⁶, und den sich an der Politik der westlichen Union orientierenden Reformkräften.

Unerwartet rief die SED über Nacht zum 28. November die Parteien und Massenorganisationen zu einer geheimen Sitzung des »Demokratischen Blockes«⁵⁷ zusammen. De Maizière stellte gleich bei der Eröffnung »einem Paukenschlag gleich«⁵⁸ für die CDU den Antrag, »diese Sitzung als unsere letzte zu betrachten und von ihr an den Runden Tisch zu gehen«. Dieser schien ihm besser geeignet als der Block, die neue, gleichberechtigte Zusammenarbeit der demokratisch-sozialistischen Parteien zu demonstrieren und zu realisieren. Auch die anderen Parteien und Massenorganisationen bekundeten ihre Bereitschaft, sich an einem Runden Tisch zu beteiligen.⁵⁹

De Maizière warf der SED vor, das angeblich ursprüngliche Verständnis des Blocks als »Beratungs- und Entscheidungsorgan gleichberechtigter, eigenständiger politischer Kräfte« unterminiert zu haben und trat für eine völlige Selbständigkeit der Mitglieder des Blocks ein. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits zahlreiche CDU-Vorstände ihren Austritt aus dem Block erklärt und bereits dasselbe von der Parteiführung gefordert. Für die SED wies Krenz den Vorschlag zurück und erklärte, daß sich der Block in 40 Jahren Existenz der DDR bewährt hätte. Krenz forderte die Blockmitglieder auf, dem Vorschlag nicht zu folgen und statt dessen eine gemeinsame Position für den Runden Tisch festzulegen. Daraufhin unterstützten alle Parteien und Massenorganisationen – mit Ausnahme der CDU – das Anliegen der SED. Dennoch blieb dies die letzte Sitzung. Der 1945 ins Leben gerufene Block ging auch ohne einen Auflösungsbeschluß in den Wirren der kommenden Ereignisse sang- und klanglos unter.

55 *Neue Zeit* vom 25. November 1989.

56 Unterlagen der VIII. Tagung des Hauptvorstandes der CDU vom 20.-22.11.1989 in Burgscheidungen. ACDP (s. Anm. 21).

57 Stenografischer Bericht. »Demokratischer Block« vom 28. November 1989. Zit. bei Uwe THAYSEN, »Der Runde Tisch. Oder: Wer war das Volk?« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 21 (1990), S. 71-100 und S. 285-287.

58 GERLACH (zit. Anm. 31) S. 338.

59 Brief von Lothar de Maizière an Martin Ziegler vom 28. November 1989. Bundesarchiv Potsdam A-3 1 Bl. 21f.

Die Auseinandersetzungen zwischen den »Demokraten« und den »demokratischen Sozialisten« in der CDU bestimmte nicht nur die interne Entwicklung der Partei, sie hatte auch erhebliche Auswirkungen auf die Haltung der bundesdeutschen Union gegenüber der Ost-CDU. Im Bonner Kanzleramt und im Bundesvorstand der West-CDU nährten de Maizières sozialistische Bekundungen Skepsis.⁶⁰ Bereits seit September 1989 hatte es in der West-Union Diskussionen über das Verhältnis zur Ost-CDU gegeben. Dabei standen sich von Anfang an Gegner und Befürworter von Kontakten zu Vertretern der Ost-CDU gegenüber.

Auf einer Sitzung des CDU-Präsidiums am Abend des 25. Oktober wurde beschlossen, Kontakte zu reformwilligen Kräften an der Basis der Ost-CDU zu suchen, an der seit Jahrzehnten eingenommenen Haltung, keine offizielle Verbindung mit der Führung der Ost-CDU herzustellen, jedoch nicht zu rütteln.⁶¹ Helmut Kohl erklärte, es bestehe ein verstärktes Interesse an persönlichen Kontakten zu Mitgliedern und Gruppen der Ost-CDU.⁶² Er erinnerte jedoch auch daran, daß die Ost-CDU zahlreiche »Freunde der Union in früherer Zeit verraten« habe. Mit ihrer Hilfe seien einst Hunderte nach Sibirien verschleppt worden: »Mit solchen Leuten«, so der Bundesvorsitzende, »können wir uns nicht an einen Tisch setzen«.⁶³ Der Linie differenzierter Kontakte folgte die Führung der West-CDU von nun an kontinuierlich. Das bedeutete, daß – wie bereits zur CDU-Führung unter Götting – auch zum demokratisch-sozialistischen Vorstand unter de Maizière keine Kontakte aufgenommen, andererseits aber Initiativen auf Landes-, Kreis- und Ortsebene unterstützt wurden.

Die bundesdeutsche Union mußte sich durch den von de Maizière propagierten demokratischen Sozialismus als nichtsozialistische Partei aus dem Kreis der akzeptierten politischen Kräfte ausgeschlossen fühlen. Aus parlamentarisch-demokratischer Sicht war die demokratische Erneuerung des Sozialismus zwar ein Fortschritt gegenüber dem totalitären Sozialismus der SED, als politisches Konzept jedoch stellte auch der demokratische Sozialismus das freiheitliche Modell westlicher Demokratie radikal in Frage. Auf der Grundlage des sozialistisch eingeschränkten Demokratieverständnisses konnte es schwerlich gute Partebeziehungen geben. Die DDR-internen Denkkategorien und die dort üblichen Diskursgepflogenheiten fanden dabei wenig Beachtung. Im Westen war man es gewöhnt, klare politische Alternativen zu formulieren. Die baldige Aufnahme von Partebeziehungen scheiterte

60 Vgl. Horst TELTSCHIK, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 39.

61 Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 28. Oktober 1989.

62 *Kölnische Rundschau*, *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Rundschau* vom 10. Oktober 1989.

63 Zit. in *Welt am Sonntag* vom 22. Oktober 1989.

somit an den konträren politischen Vorstellungen von Ost- und West-CDU und Verständigungsschwierigkeiten.

Die demokratisch-sozialistische Ausrichtung der Führung und von Teilen der Mitgliederschaft der Ost-CDU führte aber nicht nur dazu, daß die West-CDU sich weigerte, die Ost-CDU als Schwesterorganisation zu akzeptieren und nach alternativen Partnern in der DDR Ausschau zu halten, sie provozierte auch die Bildung neuer Parteien in der DDR, deren Demokratieverständnis nicht durch den Ausschluß der nichtsozialistischen oder anderer demokratischer Parteien vom politischen Machtkampf getrübt war.

Bedingt durch die Linkslastigkeit des politischen Spektrums – fast alle politischen Kräfte vertraten mehr oder weniger sozialistische Ziele – fühlten sich breite potentielle Wählerschichten nicht repräsentiert. Der Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA), Rainer Eppelmann, sprach dies als erster aus. Er, der selbst noch wenige Tage zuvor für eine sozialistische Entwicklung plädiert hatte, unternahm nun den Versuch, den DA gegen den Widerstand des starken linken Flügels zu einem Sammelbecken nichtsozialistischer Kräfte umzuformen und für die Bevölkerungsgruppen wählbar zu machen, die auf den Demonstrationen mit Plakaten wie »Nie wieder Sozialismus!« auf sich aufmerksam machten. Dieses Bemühen wurde von zahlreichen westlichen Parteien honoriert. Der DA wurde schnell zum beliebten Ansprechpartner der Bonner Parteiprominenz.

Die Unfähigkeit der Führungen der Blockparteien, sich schnell vom ideologischen Ballast jahrzehntelanger sozialistischer Indoktrination zu lösen und die christliche, konservative oder liberale Wählerklientel zu bedienen, führte ab Dezember 1989 zu einer Gründungswelle neuer politischer Parteien. Vor allem im Süden der DDR bildeten sich ab Dezember 1989 viele christliche, liberale und konservative Parteien. Sie gingen oft aus dem Neuen Forum oder anderen Bürgerinitiativen hervor, lehnten die linksorientierten Oppositionsgruppen jedoch ebenso ab wie die Blockparteien und verstanden sich oft von Anfang an als DDR-Ableger bundesdeutscher Parteien.⁶⁴ So wurde z. B. Anfang Dezember 1989 in Leipzig die »Christlich-Soziale Partei Deutschlands« (CSPD) gegründet, deren Mitbegründer, Pfarrer Hans Wilhelm Ebeling, die CSDP als »nachgeborenen Zwilling« der CSU und als Schwesterpartei von CSU und CDU in der Bundesrepublik bezeichnete.⁶⁵

64 Vgl. Friedhelm B. MEYER ZU NATRUP/Ulrich SCHÜLLER, »Demokratie im Aufbruch – Skizzen zur Entwicklung demokratischer Parteien und Bewegungen in der DDR«, in: *Eichholz Brief* Jg.27 (1990), Heft 2, S. 54.

65 Reinhard MYRITZ/Hans-Willi NOLDEN, 18. März 1990. *Die Parteien in der DDR und ihre Programme*, hg. vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Köln 1990, S. 50. Vgl. Peter R. WEILEMANN u.a., *Parteien im Aufbruch. Nichtkommunistische Parteien und politische Vereinigungen in der DDR*, 2. akt. Auflage mit Ergebnissen der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 (Deutschland-Report 8), Melle 1990, S. 33.

Dem Hauptvorstand der Ost-CDU blieb die Veränderung der politischen Landschaft nicht verborgen. Der Zusammenbruch des SED-Regimes, das Überangebot an sozialistisch-demokratischen Alternativen, die Neubildung demokratischer Parteien im christlich-demokratischen, konservativen und liberalen Lager, die ablehnende Haltung des Bundesvorstandes der West-CDU, aber vor allem auch die Forderung der Mitglieder, die mehrheitlich von Sozialismus, gleich welcher Provenienz, nichts mehr wissen wollten, setzten den Hauptvorstand unter Druck, von lieb gewordenen Denktraditionen Abschied zu nehmen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Hauptvorstand war dies jedoch ein Abschied in kleinen Raten. Deutlich blieb die Ost-CDU wie auch die anderen ehemaligen Blockparteien im politischen Milieu der in Auflösung befindlichen DDR befangen.

Vor dem Sonderparteitag Mitte Dezember 1989 erreichte die Diskussion über den weiteren Weg der CDU einen Höhepunkt. In der *Neuen Zeit* polemisierte der stellvertretende Chefredakteur des Blattes, Hans Güth⁶⁶, gegen die West-CDU und empfahl der Ost-CDU einen linken Kurs im Sinne des »Sozialismus aus christlicher Verantwortung«, wie ihn Jakob Kaiser vertreten habe.⁶⁷ Auch das Funktionärsorgan *Union teilt mit* setzte sich für einen sozialistischen Kurs ein und blieb ein Sprachrohr der reaktionären Kräfte in der Partei. Aus der Mitgliederschaft aber kamen deutliche Signale gegen jede Art von Sozialismus, die die CDU-Führung nicht länger ungestraft ignorieren konnte.

Auf ihrem Sonderparteitag (15./16. Dezember 1989) in Berlin verabschiedete sich die Ost-CDU offiziell vom Sozialismus, bekannte sich zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, zur parlamentarischen Demokratie und zur Einheit der deutschen Nation. Die Delegierten beschlossen eine entsprechende neue Satzung und wählten einen neuen Parteivorstand. Unter dem Druck der Mitglieder, die zum überwiegenden Teil jede Form eines Sozialismus ablehnten, aber auch um die CDU nicht als im Parteienspektrum weiter links stehend als die Sozialdemokratische Partei (SDP) erscheinen zu lassen, die von Anfang an jede explizit »sozialistische« Zielbeschreibung vermieden hatte⁶⁸, revidierte de Maizière auf dem Parteitag überraschend seine prosozialistische Haltung und strich unter tosendem Beifall den Sozialismus als »leere Hülse«⁶⁹ aus dem Vokabular der CDU. Die Delegierten suchten erkennbar ihre Identität in der Gegnerschaft zur SED, der sie die

66 Nach Angaben des Untersuchungsausschusses Freieilichtlicher Juristen (UFJ) war der ehemalige Leiter der gesamtdeutschen Abteilung der CDU und stellvertretende Chefredakteur der *Neuen Zeit*, Hans Güth, unter dem Tarnnamen »Garn« langjähriger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Vgl. Situationsbericht des UFJ vom 3. bis 9. Dezember 1959.

67 *Neue Zeit* vom 6. Dezember 1989.

68 SUCKUT (zit. Anm. 1) S. 131.

69 *Union teilt mit*, 1 (1990) S. 2.

Verantwortung für die vergangene Entwicklung zuwiesen. In seiner Rede bezeichnete de Maizière den »demokratischen Zentralismus« als »genetische(n) Defekt der DDR und des in ihr betriebenen Pseudosozialismus«.

Am 17. Dezember gratulierte auch der Vorsitzende der Exil-CDU der SBZ, Siegfried Dübel, de Maizière zu dessen Wahl. Erstmals habe die CDU in Mitteldeutschland seit der Absetzung Jakob Kaisers wieder einen »legalen Vorsitzenden und legitimen Sprecher«. Die Exil-CDU, so Dübel, habe in den Jahren ihrer Existenz für Veränderungen in der DDR gekämpft. »Dies war nicht immer leicht, insbesondere nicht in jener Zeit, in der nicht nur eine Annäherung zwischen SPD und SED erfolgte, sondern auch die westdeutsche CDU sich mit der Herrschaft der totalitären SED abzufinden begann und es auch in der westdeutschen CDU z. T. sehr hochrangige Stimmen gab, die der Demokratie in unserer Heimat auf absehbare Zeit nur sehr geringe Chancen einräumen wollten.« Die politische Verpflichtung der Exil-CDU, für die christlichen Demokraten in Mitteldeutschland zu sprechen, ende mit der Wahl de Maizières. Unabhängig davon, so Dübel, werde die Exil-CDU auf absehbare Zeit zusammenbleiben und hoffe auf gute Zusammenarbeit mit den Bezirks- und Kreisverbänden der CDU in der DDR.⁷⁰ Anders als die Exil-CDU reagierte der Bundesvorsitzende der West-CDU auf den Parteitag. Noch bei seinem Besuch in Dresden weigerte sich Kohl, mit dem Vorsitzenden der Ost-CDU zusammenzutreffen.⁷¹

Nach dem Parteitag setzte sich die Veränderung der Ost-CDU schnell fort. Bereits am 23. Dezember wurde die alte Struktur des ehemaligen Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU zum 31. Dezember aufgehoben.⁷² Auf einer Tagung des Parteivorstandes am 5. und 6. Januar 1990 in Burgscheidungen sprach sich die CDU-Führung für die Einheit der Nation in den bestehenden Grenzen und für die Überwindung der Militärblöcke aus. Deutschland könne zur »Brücke zwischen Ost und West« und zum stabilisierenden Faktor in Europa werden.⁷³

Auch diese Positionsbestimmung, die an die politischen Vorstellungen Jakob Kaisers anknüpfte, war nur eine Momentaufnahme auf dem Weg der Blockpartei. Sie macht deutlich, daß die Veränderungen innerhalb der CDU in einem schmerzlichen Prozeß erfolgten, der nur Schritt für Schritt

70 Schreiben des 1. Vorsitzenden der Exil-CDU, Siegfried Dübel, an den Vorsitzenden der CDU Deutschlands in der DDR, Lothar de Maizière, vom 17. Dezember 1989. ACDP (s. Anm. 21).

71 SUCKUT (zit. Anm. 1) S. 133.

72 Schreiben von Lothar de Maizière an Guntram Kostka vom 8. März 1990. ACDP (s. Anm. 21).

73 *Grundsätze für das Programm der CDU*, hg. v. d. Geschäftsstelle des Parteivorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Vgl. Hans-Joachim FIEBER/Michael PREUSSLER (Hg.), *Deutsche Orientierungen. Deutschlandpolitische Dokumente und Materialien seit Oktober 1989*, Berlin 1990, S. 48.

vorankam. Von einer radikalen Absetzung der alten Führung und einer schnellen Besinnung auf eventuelle gemeinsame Werte der Union in ganz Deutschland konnte keine Rede sein. Zu stark waren die Positionen der Funktionäre in der Ost-CDU, die die Ideologie und das System der DDR verinnerlicht hatten. Eine Parteirevolution fand nicht statt. Vielmehr paßten die CDU-Funktionäre sich und die Partei unter dem Druck der Mitglieder nur langsam den Auffassungen der bundesdeutschen CDU an.

Die europäische Einigung und die deutschen Unionsparteien

Von den Anfängen in der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart

Von Winfried Becker

Die ersten Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren durch eine Vielfalt von Plänen und Bewegungen gekennzeichnet, die auf die Vereinigung Europas zielten. Ähnlich wie nach 1918, bezog die Europa-Bewegung ihre innere Legitimation aus den Erfahrungen und Schrecken des Krieges; allerdings spielte nun auch schon der Rückgriff auf die Friedensbewegung der Zwischenkriegszeit eine Rolle. Gerade die christlichen Parteien hatten sich, mehr als ihre teils im Bann des 19. Jahrhunderts stehende Konkurrenz, um internationale Verständigung bemüht.¹ Das Streben nach der Einheit Europas wurde vielfach als produktive Antwort auf den Einbruch des Nationalismus, des Imperialismus und schließlich des Totalitarismus verstanden, der seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die kriegerische Selbsterstörung Europas eingeleitet hatte. Die ersten Europa-Programme der Nachkriegszeit gingen darum auch nicht von nur einer Nation aus, sondern waren internationalen Ursprungs und zugleich auf die Zusammenarbeit der europäischen Nationen ausgerichtet.

Der italienische Movimento Federalista Europeo wollte aufgrund der negativen Erfahrungen mit der »klassischen« Diplomatie die »Außenpolitik der Allianzen und des Mächtegleichgewichts« abschaffen. Die Union Europäischer Föderalisten, gegründet im Dezember 1946, sprach sich ebenfalls gegen jede Machtpolitik und Blockbildung aus.² Schon diese Aussagen zeigten, daß die aus den Widerstandsbewegungen in besetzten Ländern

1 Alwin HANSCHMIDT, »Eine christlich-demokratische 'Internationale' zwischen den Weltkriegen. Das 'Secrétariat International des Partis Démocratiques d'Inspiration Chrétienne' in Paris«, in: Winfried BECKER/Rudolf MORSEY (Hg.), *Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert*, Köln/Wien 1988, S. 153-188. Jean-Marie MAYEUR, *Des Partis catholiques à la Démocratie chrétienne XIXe-XXe siècles*, Paris 1980; Jean-Claude DELBREIL, *Les catholiques français et les tentatives de rapprochement franco-allemand (1920-1933)*, Metz 1972.

2 Politische Resolution von Montreux, 27.-31.8.1947. Jürgen SCHWARZ (Hg.), *Der Aufbau Europas. Pläne und Dokumente 1945-1980*, Bonn 1980, S. 55f. (siehe auch die Einleitung von J. Schwarz, das Vorwort von Louise Weiss). Curt GASTEYGER, *Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945-1990. Eine Darstellung und Dokumentation über das Europa der Nachkriegszeit*, Köln 1990, S. 30f. Walter LIPGENS, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945-1950. Erster Teil 1945-1947*, Stuttgart 1977, S. 360ff.

Europas herrührenden Europa-Bewegungen³ ein stark idealistisches Gepräge trugen. Realistischer orientiert waren die schon 1946 entwickelten Pläne von Winston Churchill⁴ und Duncan Sandys sowie die Ziele der Europäischen Parlamentarier-Union⁵. Ihr Generalsekretär wurde 1947 der politische Schriftsteller Richard Nicolas Graf Coudenhove-Kalergi⁶, der schon in den zwanziger Jahren in aufsehenerregender Weise für »Paneuropa« eingetreten war. Churchill und Coudenhove-Kalergi, so unterschiedlich sie ihrer Stellung, ihrer Herkunft und ihren Ideen nach waren, tendierten dazu, Westeuropa als eine regionale Staatengruppe von eigener kultureller Prägung und eigenem politischem Gewicht zu begreifen.

Konkrete politische und wirtschaftliche Programmpunkte zur Herbeiführung dieser Einheit faßten drei Resolutionen des vom 7. bis 10. Mai 1948 in Den Haag tagenden Europa-Kongresses ins Auge: Schaffung einer wirtschaftlichen und politischen Union mit Verzicht der beitretenden Länder auf einige ihrer Souveränitätsrechte, Einberufung einer parlamentarischen europäischen Versammlung mit zunächst beratender Funktion, Aufhebung der Zollschränken, Konvertibilität der Währungen, Koordination der großen Industrien und des Verkehrswesens⁷. Die deutschen Delegierten wurden von Ehrenpräsident Churchill herzlich begrüßt. Dieser äußerte volles Verständnis für das deutsche Problem. Konrad Adenauer, Vorsitzender der CDU der britischen Zone, berichtet in seinen Memoiren von diesem ersten gelungenen Gehversuch einer deutschen Delegation auf internationalem Parkett nach dem verlorenen Krieg. Ihm kamen dabei seine Kontakte aus der Vorkriegszeit zu Édouard Herriot zustatten, der in Den Haag als Vorsitzender des Conseil Français pour l'Europe Unie anwesend war⁸.

Die Europabewegung christlich orientierter Kräfte und Gruppen hatte in den ausgehenden vierziger Jahren einen internationalen Charakter. Auf dem neutralen Boden der Schweiz hatte die Europa-Union ermutigend auf

3 Walter LIPGENS (Hg.), *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945. Eine Dokumentation*, München 1968.

4 Rede in Zürich am 19.9.1946. J. SCHWARZ (zit. Anm. 2) S. 51f.; GASTEYGER (zit. Anm. 2) S. 30.

5 Gegründet am 8./9.9.1947. J. SCHWARZ (zit. Anm. 2) S. 57.

6 Martin POSSELT, *Richard Coudenhove-Kalergi und die europäische Parlamentarier-Union. Die parlamentarische Bewegung für eine »Europäische Konstituante« (1946-1952)*, Phil. Diss. Graz 1987. Vgl. Reinhard FROMMELT, *Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925-1933*, Stuttgart 1977. Helge HEIDEMEYER, *Richard Coudenhove-Kalergi. Konzeptionen, Programme und Organisation seiner Europapolitik, hauptsächlich im Zeitraum von 1946 bis 1958*. Magisterarbeit Passau 1988.

7 J. SCHWARZ (zit. Anm. 2) S. 65f.

8 Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1945-1953*, Stuttgart 4. Aufl. 1980, S. 136f. Über die Karriere des »Radikalen« Herriot, ursprünglich Bürgermeister von Lyon, in der Dritten Republik: Madeleine REBÉRIOUX, *La République radicale? 1898-1914*, Paris 1975. Dominique BORNE/Henri DUBIEF, *La crise des années 30, 1929-1933*, Paris 1976, 1989.

die Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus gewirkt⁹. Am 3. Juli 1947 nahm der Generalsekretär der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft, Bruno Dörpinghaus, mit dem Mitbegründer der Vereinigung Christlicher Demokratischer Deutscher in der Schweiz und Vorstandsmitglied der Christlichen Nothilfe in Zürich, Dr. Johann Jakob Kindt-Kiefer, Kontakte auf, um in der Schweiz Zusammenkünfte zwischen Vertretern der westdeutschen Landesverbände der CDU und französischen Mitgliedern des Mouvement Républicain Populaire zu organisieren.¹⁰ Dies geschah mit der Billigung französischer Regierungsstellen in Paris. Probleme der westeuropäischen Sicherheit, der politischen Organisation Europas und der Erarbeitung einer christlich-demokratischen Doktrin standen auf der Tagesordnung der aus diesen Vereinbarungen erwachsenden ersten Genfer Konferenzen 1947/48 (bis 1956). An ihnen nahmen namhafte Vertreter Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Niederlande, Österreichs und der Schweiz teil. In das Jahr 1947 fiel auch die Gründung der Nouvelles Equipes Internationales (NEI). Diese Vereinigung christlich-demokratischer Parteien des europäischen Kontinents wollte nach den Worten von Leo Schürmann, 1950 Präsident der Sektion der Jüngeren in den NEI, »europäische Politik verstehen und verwirklichen auf Grund der Lehren des christlichen Naturrechts« und zu diesem Zweck jene politischen Gruppierungen zusammenführen, »qui s'inspirent des principes de la démocratie chrétienne«.

Diese Vereinigungsversuche von Politikern der nun erstmals wirkungsvoll in Erscheinung tretenden christlich-demokratischen Parteien entstanden in einer Konkurrenzsituation, die gegenüber den ebenfalls europaweite Kontakte aufnehmenden Parteien des Sozialismus und des Liberalismus gegeben war¹¹. So wurde ein eigenständiger Ansatz zur politischen Gestaltung und zur Überwindung der Bedrohung in der Nachkriegszeit entwickelt. Die eigene geistige Grundlage sah man in der Gewissensverantwortung des einzelnen und gleichgesinnter Menschen gegenüber den Normen des christlichen Glaubens. Hier erkannte man eine als aktuell erachtete Alternative zu den Ideologien, die in säkularen Denkansätzen des 18. und 19. Jahrhunderts wurzelten. Jenseits des weltanschaulichen Materialismus, Atheismus und der ganzheitlichen Erfassung des Menschen durch weltimmanente Heilslehren erwartete man aus der Rückbesinnung auf Grundlagen der christlichen Kultur, daß sich ein Ausweg aus den jüngst zutage getretenen Verheerungen

9 GASTEYGER (zit. Anm. 2) S. 25f.

10 Bruno DÖRPINGHAUS, »Die Genfer Sitzungen. Erste Zusammenkünfte führender christlich-demokratischer Politiker im Nachkriegseuropa«, in: Dieter BLUMENWITZ u.a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Bd. I: *Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, Stuttgart 1976, S. 538-565; daraus die folgenden Zitate.

11 Adenauer an Franz Bettschart, 30.7.1946. ADENAUER, *Briefe 1945-1947*, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1983, S. 294.

der europäischen Zivilisation und drängenden Daseinsnöten finden lasse. Angesichts der kommunistischen Gefahr glaubte man in den Lehren des Christentums einen Rückhalt gewinnen zu können, der die geistige Widerstandskraft stärkte und das politisch zu bewerkstelligende Eintreten für Sicherheit und Frieden ideell fundierte. Auf dem Kongreß der Katholischen Volkspartei der Niederlande in Utrecht 1949 brachte Dr. Felix Hurdes, der von den Nationalsozialisten inhaftiert worden war und nun die Ämter des Generalsekretärs der Österreichischen Volkspartei und des österreichischen Unterrichtsministers bekleidete, diese Auffassung auf die emotionale und prophetische Formel: »Das künftige Europa wird christlich sein oder es wird überhaupt nicht sein!«

In Neubesinnung auf die Grundlagen der Völkergemeinschaft und in Ablehnung des kollektivistischen und des soeben untergegangenen nationalistischen Totalitarismus traten auch die Landesverbände der neu entstandenen Unionsparteien seit 1945 für eine friedliche Staatengemeinschaft ein. Obwohl außenpolitische Aussagen in ihren ersten Programmen eigentlich den Argwohn der Besatzungsbehörden erregen mußten, konnte das Eintreten für eine engere Verbindung der europäischen Völker kaum beanstandet werden. Diese Abwendung von nationalistischen Irrwegen der jüngsten Vergangenheit entsprach mehrfach propagierten Erwartungen der Westalliierten, die eine demokratische Neuorientierung des deutschen Volkes erhofften.

Der Beitrag, den christlich orientierte Politiker und Parteien in Deutschland zur Propagierung der europäischen Idee während der Jahre 1945 bis 1949 leisteten, war grundlegend. Aus einem noch vorhandenen Fundus christlicher Prägung, der über die Zeit des Nationalsozialismus gerettet worden war, ja dem dieser Irrweg der deutschen Geschichte anscheinend gerade Rechtfertigung widerfahren ließ, traten die neu entstandenen Parteien der CDU und CSU für Völkerversöhnung und eine europäische Föderation aus christlichem Kulturverständnis ein.¹² Sie trugen nach dem Krieg die Aufbruchsstimmung und das rationale Eintreten für Europa maßgeblich mit, das aus den Widerstandsbewegungen und aus den Friedensideen der zwanziger Jahre gespeist worden war und nun allgemeine Bedeutung erlangte. Eine den Europa-Idealismus nicht überschätzende Tradition wird in Rechnung stellen, daß die starke und bedrohliche Stellung der Sowjetunion diesem Bekenntnis zu Europa ebenso günstig war wie die Erwartung der westlichen Alliierten,

¹² Resolution des Ersten Parteitag der CDU Deutschlands, 22.10.1950. Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei*, Mainz 1987, S. 446. Unergiebig für den europäischen Aspekt Dieter HAUNGS, »Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Christlich Soziale Union in Bayern (CSU)«, in: Hans-Joachim VEEN (Hg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bd. 1: *Bundesrepublik Deutschland - Österreich*, Paderborn 1983, S. 9-194.

daß Deutschland sich zur Demokratie bekehren werde. Dennoch war die Europaidee der christlichen Kräfte eigenständig begründet. Das gemeinsame Bekenntnis zur europäischen Idee bot auch eine Ausgangsbasis, um die christlich-demokratischen Parteien (West-) Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Beneluxstaaten, der Schweiz und Österreichs in eine engere Verbindung zu bringen. Dieser programmatisch fundierte Integrationsansatz, der zwar, wie zuweilen von deutscher Seite gewünscht, keine Verwirklichung in der Organisation einer »christlichen Internationale« fand, schuf doch erste Möglichkeiten zur Wiederzulassung deutscher Politiker auf internationalen Konferenzen.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der ersten Regierungsbildung trat, trotz aller Beschränkungen durch das Besatzungsstatut, Deutschland als in mancher Hinsicht selbständiger und kalkulierbarer Faktor in die Europapolitik ein.¹³ Die Formulierung einer Politik für Europa hatte bisher hauptsächlich in Ideen, Plänen, Organisationen und Konferenzen ihren Niederschlag gefunden. Sie erreichte nun infolge des Kalten Krieges ein konkreteres Stadium, eine erste Phase der Realisierung. Entscheidende Anstöße zur Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in eine nähere Verbindung der europäischen Staaten, namentlich Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands, gingen von der Außenpolitik der Vereinigten Staaten aus. Diese verfolgten eine Linie weiter, die mit der Ausdehnung der Marshall-Plan-Hilfe auf die deutschen Westzonen und mit dem Hoover-Bericht über die Lage in Europa begonnen hatte.

Anfang 1950 plante das Bureau of German Affairs, das westliche Deutschland langfristig in einen wirtschaftlichen und politischen Einigungsprozeß Europas einzubeziehen, um so auf eine produktive Weise den möglicherweise von Deutschland erneut ausgehenden Gefahren zuvorzukommen. Es verwarf die beiden Methoden der Unterdrückung durch Besatzungspolitik oder der Erziehung zu demokratischen Musterschülern, die gegenüber dem deutschen Volk versagen würden. Das »energischste Volk des Kontinents« sei vielmehr in seinem wirtschaftlichen Aufwärtstreben und in seiner Wiedervereinigungsabsicht zu unterstützen. Dazu seien der Abbau des wirtschaftlichen Konkurrenzneids und auch der politischen Vorbehalte Englands und Frankreichs gegenüber Deutschland erforderlich. Die USA plädierten für die Schaffung eines europäischen Markts und vor allem für die Zuwendung Großbritanniens, dessen Commonwealth-Verpflichtungen sie in einer Art weltpolitischer Arbeitsteilung übernehmen wollten, zu Europa und zu Deutschland. Die Einigung Europas werde so zur Lösung des

¹³ Regierungserklärung Adenauers vom 20.9.1949. Herbert MÜLLER-ROSCHECH, *Die deutsche Europapolitik 1949-1977. Eine politische Chronik*, Bonn 1980, S. 10f.

deutschen Problems notwendig. Wegen der nicht vorhersehbaren innenpolitischen Entwicklung Westdeutschlands sei zudem Eile geboten, und die dort gegenwärtig Regierenden könnten als die wahrscheinlich geeignetsten Verhandlungspartner gelten: »The present German leaders are on the whole sympathetic to the West and are probably the most cooperative Germans we shall have to deal with.«¹⁴ Neben dieser Expertise standen auch sehr negative Einschätzungen der Regenerationskräfte Deutschlands¹⁵. Entscheidend war zuletzt für die amerikanische, die deutsche Wiederbewaffnung betreibende Politik, daß Westdeutschland so behandelt werden müsse, daß es eine der Rekonstruktion Europas, die als dringendes Desiderat der amerikanischen Politik galt, förderliche Rolle übernehmen könne. Dazu gehörte wesentlich die Immunisierung gegen die von einer eventuellen prosovjjetischen Orientierung auch Westdeutschlands drohenden Gefahren.

Es bleibt das Verdienst des ersten Bundeskanzlers, die vor allem in der Politik der Vereinigten Staaten liegenden Chancen für die Bundesrepublik erkannt und genutzt zu haben. In Adenauers Konzeption und Realisierung europäischer Politik verwoben sich eng prinzipielle Gesichtspunkte und pragmatisches, auf den Wiederaufstieg Deutschlands gerichtetes Handeln¹⁶. Die Prinzipien waren aus Lebenserfahrung und aus einer Betrachtung der jüngsten deutschen Geschichte gewonnen. Schon als Oberbürgermeister von Köln (1917-1933), der weltoffenen Handelsmetropole am Rhein, hatte sich Adenauer für eine Verflechtung der westdeutschen, französischen und belgischen Industrie eingesetzt.¹⁷ Die jahrhundertelange Rivalität zwischen Deutschland und Frankreich war in zwei Weltkriege gemündet. Das lehrte ihn, die benachbarte Lage dieser Staaten und der Benelux-Länder nicht mehr zur Selbstprofilierung und zum ausufernden Konkurrenzkampf, sondern zu letztlich einvernehmlichem Handeln im Sinne der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen zu nutzen. Die zwingenden Rahmenbedingungen

14 Memorandum Prepared in the Bureau of German Affairs, Washington 11.2.1950 (Diskussionspapier), in: *Foreign Relations of the United States 1950* (FRUS), Vol. IV: *Central and Eastern Europe, The Soviet Union*, ed. by S. Everett GLEASON/Fredrick AANDAHL u.a., Washington 1980, S. 597-602.

15 Vgl. das Urteil des Direktors der Policy Planning Staff, George F. Kennan: »The Germans are by and large a sick people from whom no political impulses emerge in any clear and healthy form ...«, mit der Schlußfolgerung, die europäische Orientierung der Deutschen zu fördern und ihre Demokratie wirtschaftlich zu stützen: Paper Prepared by the Director of the Policy Planning Staff, Washington 8.3.1949. *FRUS 1949*, Vol. III: *Council of Foreign Ministers, Germany and Austria*, Washington 1974, S. 96-102. Vgl. Peter R. WEILEMANN, »Der Wandel in Westeuropa«, in: Dieter MAHNKE (Hg.), *Amerikaner in Deutschland. Grundlagen und Bedingungen der transatlantischen Sicherheit. Mit einem Vorwort von Gerhard Stoltenberg*, Bonn-Berlin 1991, S. 54f.

16 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967*, Stuttgart 1991.

17 Hugo STEHKÄMPER (Hg.), *Konrad Adenauer Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976*, Köln 1976.

dafür schienen Adenauer durch die 1945 geschaffene weltpolitische Lage gegeben. Um sich gegenüber der weit vorgedrungenen Sowjetunion und gegenüber den kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Ländern zu behaupten, schienen ihm die ehemals verfeindeten Hauptmächte des Kontinents sozusagen in einem Boot zu sitzen. Wollte ein geeintes Europa in einer gewandelten Welt seine Kultur und politische Eigenständigkeit wahren, dann mußte es die Mitte des Kontinents, Deutschland, mit einbeziehen. Umgekehrt konnte nach Adenauers Meinung Deutschland seine Gleichberechtigung und Wiedervereinigung nur erringen, wenn es dafür die Unterstützung der freien Mächte Westeuropas und der atlantischen Welt gewann, wenn eine Identifikation seiner Interessen mit denen des freien Europas erfolgte.

Die Absage an jeden Neutralismus und der Anschluß an die Westmächte ergaben sich für Adenauer aber noch aus einem anderen Grund, aus einer dringend gebotenen Neuorientierung im politischen Denken der Deutschen. Die allzugroße Achtung vor der staatlichen Macht, verbunden mit einer zunehmend materialistischen Weltanschauung, hatten in Adenauers Augen die Deutschen für den Nationalsozialismus anfällig gemacht und damit das Unheil heraufbeschworen. Adenauer trat nun für die Verbreitung einer freiheitlichen Staatsauffassung ein, einer Staatstheorie der Subsidiarität, die von den Rechten und Pflichten der Person ausging, das Gemeinwohl aber nicht geringschätzte. Diese sollte das ideelle Fundament für das gemeinsame Europa legen und Deutschland das Vertrauen seiner ehemaligen Feindmächte und zukünftigen Partner wiedergewinnen. Das gemeinsame Bekenntnis zur Freiheit und Menschenwürde, beruhend in der christlich-humanistischen Weltanschauung europäischer Tradition, fundierte nach Adenauers Auffassung erst die gemeinsame Front der europäischen Völker gegen die aktuelle Bedrohung dieser in der Vergangenheit schon so oft herausgeforderten europäischen Lebensform.¹⁸ Ein in Europa politisch eingefügtes Deutschland würde auch der Versuchung widerstehen können, erneut den Weg in die Isolierung zu gehen, indem es in Überschätzung seiner eigenen Kraft ein undurchsichtiges Spiel zwischen Ost und West betrieb.

Obwohl er sich des unschätzbaren Werts einer Annäherung Großbritanniens an Deutschland bewußt war, suchte Adenauer seit Beginn seiner Regierungstätigkeit vor allem die wirtschaftliche und politische Union zwischen Frankreich und Deutschland voranzutreiben. Diese Union »würde psychologisch und materiell von gewaltigem Einfluß sein und Kräfte freisetzen, die Europa sicherlich retten werden«, erklärte er dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith¹⁹. Dies bedeutete einen ersten

18 ADENAUER, *Erinnerungen* (zit. Anm. 8) S. 97, 39-47, 312-316, 210f., 246.

19 ADENAUER, *Erinnerungen* (zit. Anm. 8) S. 312.

entscheidenden Schritt zur Erfüllung der Voraussetzungen, unter denen die USA zu ihrem Engagement in Europa, um nicht die Früchte des Sieges und ihrer Kriegsanstrengungen zu verspielen, weiterhin bereit waren. Nach Meinung Adenauers würde die deutsch-französische Union den Grundstein zur europäischen Einigung legen und damit Europa insgesamt fähig machen, zum gleichwertigen Partner der Vereinigten Staaten und zum Subjekt der Weltpolitik zu werden. Erst das so erreichte euro-atlantische Bündnis schien ihm die Gefahren zu bannen, die von der imperialistisch auftretenden und eine sozialistische Internationale fördernden Sowjetunion als Weltmacht zu befürchten waren.²⁰

Ausgehend von dieser Konzeption und diesen Maximen, deren Kohärenz im Rückblick aber nicht überbewertet werden sollte²¹, zeigte sich die deutsche Bundesregierung sogleich in der Lage, europäische Institutionen und Verträge mitzugestalten. Adenauer hat umgehend nach erster Kenntnisnahme den Schuman-Plan akzeptiert. Das am 18. April 1951 unterzeichnete Abkommen über die Montanunion schuf einen großen einheitlichen Wirtschaftsraum für Kohle, Eisen und Stahl. Die wirtschaftlichen Einzelheiten dieses gemeinsamen Marktes kümmerten Adenauer wenig²². Er sah im Fall von wirtschaftlichen Schranken den Anfang zu grundlegenden Veränderungen des europäischen Lebens. Die Montanunion schien ihm zusammen mit anderen Zusammenschlüssen den Weg zu einer überstaatlichen Entwicklung Europas nach Analogie des Deutschen Zollvereins und des wirtschaftlichen Zusammenwachsens der USA zu ebnen. Sie sollte seiner Meinung nach nicht dazu dienen, den Kontinent nach außen abzuschließen, sondern vielmehr Impulse zur weiteren atlantischen Verflechtung geben. Trotz dieser umfassenden Perspektive wahrte Adenauer den deutschen Rechtsstandpunkt in der Saarfrage²³ bei Unterzeichnung des Schuman-Plans. Zweifellos war das

20 ADENAUER, *Erinnerungen* (zit. Anm. 8) S. 426; ein Schlüsseldokument für Adenauers Auffassungen ist seine Ansprache vor dem American Committee on United Europe am 16.4.1953 in New York. Druck: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Konrad Adenauer, Reden 1917-1967. Eine Auswahl*, Stuttgart 1975, S. 291-298; Bruno HECK, »Europa und die deutsche Frage«, in: Bruno HECK, *Grundlagen und Wandel. Aufsätze und Reden 1976-1986*, hg. von Klaus GOTTO, Osnabrück 1987, S. 135-148, S. 140.

21 »One must bear in mind his [Adenauers] tendency, deriving perhaps from inexperience of foreign affairs, to make occasional snap decisions in this field with an eye only to their short-term advantages and without giving much consideration to their full implications.« General B. Robertson (For the High Commissioner: Christopher Steel) to Mr. Younger, Wahnheide 19.6.1950. *Documents on British Policy Overseas (DBPO)*, ed. by Roger BULLEN/M.E. PELLY u.a., Series II, Vol. I: *The Schuman Plan, the Council of Europe and Western European Integration, May 1950-December 1952*, London 1986, Nr. 108, S. 195.

22 Wie Anm. 21.

23 Zur Saarfrage nun: Rainer HUDEMANN/Raymond POIDEVIN (Hrsg.), *Die Saar 1945-1955. Ein Problem der europäischen Geschichte*, München 1992.

deutsch-französische Verhältnis Anfang der fünfziger Jahre noch von Differenzen überschattet und lange nicht so problemlos wie das deutsch-italienische. Aus britischer Sicht hob aber die Verbreitung des Europagedankens in beiden Ländern, bei der Bevölkerung und bei den Regierungen, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland deutlich von den skandinavischen und anderen Randstaaten Europas ab.²⁴

Die Tatsache, daß das Saarland bereits assoziiertes Mitglied des Europarats war, hinderte die Bundesregierung nicht, aus dem übergeordneten Gesichtspunkt, ein föderatives Europa zu schaffen, dieser ersten großen europäischen Gemeinschaft von ursprünglich zehn Staaten beizutreten. Während die SPD vom Beitritt zum Europarat eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands befürchtete und diesen darum im Bundestag ablehnte, ging der Bundeskanzler umgekehrt davon aus, daß von einer Stärkung der Bundesrepublik durch Mitgliedschaft in europäischen Institutionen letztlich auch Berlin und der deutsche Osten profitieren würden. Die mit erstrangigen Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion besetzte deutsche Delegation, der unter andern Hermann Pünder (als Delegationsführer), Heinrich von Brentano, Eugen Gerstenmaier, Kurt Georg Kiesinger, Helene Weber und Luise Rehling angehörten, brachte in Straßburg eine Bundestagsresolution ein, die auf einen Vorschlag des Zentralkomitees der Union Europäischer Föderalisten zurückging. Diese Resolution vom 26. Juli 1950 sah unter Bezug auf Artikel 24 des Grundgesetzes einen Europäischen Bundespakt vor, der eine übernationale, parlamentarisch unterbaute Bundesgewalt mit Befugnissen einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts-, Rechts- und Außenpolitik schaffen würde.²⁵ Obwohl die Beratende Versammlung des Europarats in Straßburg keine legislativen Befugnisse hatte, stellte sie ein beachtliches Diskussionsforum dar, aus dessen Debatten und Kontakten sich die Notwendigkeit zur Schaffung einer Hohen Behörde, wie sie der Montanunion gegeben wurde, herauschälte.

Die beratende Versammlung des Europarats bejahte mit großer Mehrheit, allerdings gegen die Stimmen der Iren und bei Enthaltung der Schweden, der britischen und der deutschen Sozialdemokraten, einen folgenlos bleibenden Antrag Churchills auf Schaffung einer vereinigten europäischen Armee. Adenauer brachte gegenüber den Hohen Kommissaren den Plan eines deutschen Wehrbeitrages ins Gespräch. Es gelang, außen- und innenpolitische Widerstände gegen diese Planungen zu überwinden und den deutschen Verteidigungsbeitrag im Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vom 27. Mai 1952 zu verankern. Teile der evangelischen

²⁴ Analysis of Replies to Foreign Office Circular Despatch of 16th April, Foreign Office 20.7.1951, DBPO (zit. Anm. 21), II, 1, Nr. 347, S. 656-665.

²⁵ Hermann PÜNDER, *Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1968, S. 462-472.

Kirche mit Martin Niemöller und Gustav Heinemann lehnten jede Aufrüstung ab und liehen dem damals in Deutschland weitverbreiteten Ohne-mich-Standpunkt ihre Stimme. Ein politisches Votum der evangelischen Kirche gegen den Wehrbeitrag kam aber nicht zustande.²⁶ Hier bewährte sich der Interkonfessionalismus der CDU, die in Robert Tillmanns, Robert Lehr, Hermann Ehlers und anderen wichtige Repräsentanten des protestantischen Lebens für sich hatte gewinnen können.

Mit der Aufstellung einer deutschen Armee verband der Bundeskanzler, der alles andere als ein Militarist war, mehrere andere Ziele: Er wollte Souveränität und Gleichberechtigung für die Bundesrepublik erreichen, was in zähe und umständliche Verhandlungen um den sogenannten Generalvertrag (oder Deutschlandvertrag) führte. Ihm schwebte vor, über die Gestellung, Verwaltung und Bezahlung der einzelnen Armeekontingente der europäischen Staaten zu dem raschen Aufbau einer bundesstaatlichen europäischen Gemeinschaft mit eigenem Budget zu gelangen. Und er beurteilte, darin weitgehend einig mit den westlichen Außenministern, die Lage eines unbewaffneten Deutschland zwischen zwei Blöcken als sehr gefährdet. Wie verschiedene Motive und Zielrichtungen in einem gleichen oder sehr ähnlichen Ergebnis zusammenfallen konnten, zeigt ein Vergleich der Pläne Adenauers mit dem von Ministerpräsident René Pleven vorgelegten Plan (1950), der ebenfalls deutsche Kontingente in einer europäischen Armee, aber zur besseren Kontrolle Deutschlands, vorsah. Adenauer wollte gegen den Widerstand der Sozialdemokraten den Situationszwang, das Bedürfnis nach einer gemeinsamen europäischen Verteidigung, zur Schaffung einer europäischen Föderation nutzen. Der Aufbau einer glaubhaften Verteidigung gelang auch mit der Integration der Deutschen Bundeswehr in die NATO 1955. Doch die zuvor erfolgte Ablehnung des Vertrags über die EVG in der französischen Nationalversammlung bedeutete eine schwere Niederlage für die Europapolitik der CDU. Adenauer hatte mehr erreichen wollen als einen deutschen Verteidigungsbeitrag, nämlich eine supranationale Organisation der westeuropäischen Sicherheit.

In den Jahren 1954/55 vollzog sich eine gewisse Wende auch für die deutsche Europapolitik. Schon seit Beginn der fünfziger Jahre waren nach Meinung kompetenter Beobachter Zeichen eines Klimawechsels zu verspüren, hatte im Westen das Gefühl der Bedrohung durch die Sowjetunion im

²⁶ Kurt Georg KIESINGER, *Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904-1958*, hg. von Georg SCHMOECKEL, Stuttgart 1989, S. 396ff. *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, Bd. 3, 1950, Wortprotokolle, bearb. von Ulrich ENDERS und Konrad REISER, Boppard 1986, S. 64ff., 102ff. Winfried BECKER, »Views of the Foreign Policy Situation Among the CDU Leadership, 1945-57«, in: Ennio DI NOLFO (Ed.), *Power in Europe? II, Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC 1952-1957*, Berlin-New York 1992, S. 351-371, 362ff.

Kalten Krieg nachgelassen.²⁷ Die Genfer Konferenzen der Regierungschefs und der Außenminister der Vier Mächte 1955 signalisierten eine Wende zur Entspannungspolitik und, wenn auch unter ganz veränderten Vorzeichen, eine Art Wiederaufnahme der Konferenzdiplomatie der Großen Drei aus dem Zweiten Weltkrieg. Während sich ein rasanter technischer Umbruch vollzog, behielten die Siegermächte im wesentlichen die Kompetenz für die immer wichtiger werdenden Fragen der militärischen Sicherheit und der Abrüstung. Denn es war nicht gelungen, ein wie auch immer vereintes Europa mit »klassischen« Attributen der Staatsgewalt, mit Hoheitsrechten in der Sicherheits- und der Außenpolitik, auszustatten.

Besonders wegen der ausbleibenden Erfolge in der deutschen Frage geriet die Europapolitik der Bundesregierung in die Defensive. Inmitten einer sich wandelnden Situation suchte Außenminister Heinrich von Brentano einerseits eine Erfolgsbilanz der europapolitischen Entwicklung zu präsentieren, andererseits sich auf die allmähliche Wandlung des außenpolitischen Klimas einzustellen. Im Blick auf das schon Erreichte führte er aus, daß wegen der Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses kriegerische Verwicklungen in Westeuropa undenkbar geworden seien.²⁸ Er erwartete, daß die gegenseitige Annäherung der Staaten des freien Europas die Friedensaussichten in ganz Europa und in der Welt verbessern, daß sie eine Überwindung jener nationalistischen Bestrebungen, die in anderen Teilen der Welt immer noch zu Kriegen führen würden, zur Folge haben werde. Zugleich betonte von Brentano, daß die Bundesregierung in ihren Bemühungen um Aufhebung der deutschen Teilung nicht nachlassen werde und daß sie dabei der Unterstützung durch drei der Vier Mächte sicher sein könne. Er warnte davor, sich durch Annäherung an die Sowjetunion das schwer verdiente Vertrauen der Westmächte zu verscherzen und unterstrich die Unverzichtbarkeit eines freien Deutschlands für die Bewahrung einer freiheitlichen Ordnung auf dem europäischen Kontinent. 1960 berief er sich an historischem Ort, in Rom, auf das gemeinsame Erbe der europäischen Völker, das in dem Wort »Rom« zusammengefaßt werden könne: »jene auf dem christlichen Glauben errichtete, von Recht und Freiheit bestimmte Kulturwelt, die in den vielen Jahrhunderten unserer Geschichte zwar wechselnde Gestalt annehmen konnte, die aber in ihrer Substanz und in ihrem Auftrag der übrigen Menschheit gegenüber unverseht und unverändert dasteht.«²⁹

27 DÖRPINGHAUS (zit. Anm. 10). Hanns Jürgen KÜSTERS, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982, S. 64ff.

28 Heinrich VON BRENTANO, *Deutschland, Europa und die Welt. Reden zur deutschen Außenpolitik*, hg. von Franz BÖHM, Bonn 1962, S. 187 (zu den Ergebnissen der Genfer Konferenz). Vgl. Arnulf BARING (Hg.), *Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer, 1949-1964*, Hamburg 1974.

29 VON BRENTANO (zit. Anm. 28) S. 340-348 (Vom Nationalstaat zur Einheit Europas).

Auf dieser Grundlage entwickelte von Brentano eine vielleicht dialektisch zu nennende Auffassung über das Problem der europäischen Einigung. Das Bestehen nationaler Interessen, ja der »Eigenpersönlichkeit« der Nationen, gab er zu; deshalb könne das Ziel nur Vielfalt in der Einheit lauten. Zugleich hielt von Brentano an der Vorstellung einer supranationalen Gemeinschaft fest. Er bemühte sich allerdings, naheliegende und realitätskonforme Wege zur Erreichung dieses Endpunkts anzugeben. Diese sah er etwa darin, die von jeher freundschaftlichen Beziehungen, wie sie z.B. zwischen Deutschland und Italien bestanden, auszubauen. Zwischen diesen beiden Ländern könnten neue Formen der europäischen Zusammenarbeit erprobt und könne auf die Mittel der hergebrachten Diplomatie verzichtet werden. Brentano kritisierte indirekt den Zentralismus europäischer Nachbarn, wenn er darauf verwies, daß der in der deutschen Geschichte ausgebildete Föderalismus es der Bundesrepublik erleichtert habe, nach 1945 die Bahnen machtpolitischen Denkens zu verlassen und für einen deutschen Staat Bereitschaft zum Souveränitätsverzicht zu entwickeln.

Von Brentano faßte ansatzweise einen neuen Nationbegriff in den Blick. Dieser war nicht mehr gekennzeichnet durch die gleichsam national-revolutionäre Totalität, mit der die Nation nach dem Verständnis der französischen Revolution und mancher »Kleindeutscher« des 19. Jahrhunderts ihre Mitglieder umschloß. Er unterschied sich von den älteren Konzepten durch zwei wesentliche, als freiheitsverbürgend verstandene Einschränkungen: durch den Föderalismus, wie er ganz richtig als Verfassungsprinzip aus der deutschen Geschichte abgeleitet werden konnte, und durch die Besinnung auf die zumindest allen mittel- und westeuropäischen Völkern gemeinsamen Werte einer okzidentalen oder lateinischen Zivilisation und Tradition, die dem Zusammenschluß der europäischen Nationen zur Grundlage dienen konnte.

Daß die Quintessenz solcher Gedanken im politischen Meinungsstreit und Tageskampf eingesetzt wurde und Verwertung fand, hat ihre theoretische Würdigung als konzeptionellen Neuansatz vielleicht erschwert. Der Entschluß, für ein vereintes Europa einzutreten, blieb für von Brentano und für Kurt Georg Kiesinger gleichbedeutend mit einer großen Alternative: der Entscheidung zwischen denen, »die sich zur Freiheit und zum Recht bekennen«, und dem die Selbstbestimmung in Europa verweigernden System³⁰. Dazwischen sei kein Drittes möglich, folglich auch keine dritte Macht Europa. Möglicherweise nahm diese Apodiktik auf (bereits früher geäußerte) Befürchtungen Rücksicht, die von Deutschlands Streben nach Vorherrschaft in einem Europa der »third force« ausgingen.³¹ Die deutsch-französische

30 VON BRENTANO (zit. Anm. 28) S. 347.

31 Robertson (Steel) an Younger, DBPO (zit. Anm. 21) II, 1, Nr. 108, S. 199.

Annäherung erschien als Bestandteil der umfassenderen Atlantischen Gemeinschaft.

Die Mitte der fünfziger Jahre sich wandelnde Lage und die Beerdigung der EVG führten einerseits zu einer Stärkung des Nationalgedankens und zu einer produktiven Beschäftigung mit dieser Herausforderung für den Europagedanken. Andererseits entband die Atlantische Gemeinschaft die Westeuropäer von der Pflicht zur sicherheitspolitischen Selbstorganisation, was ursprünglich ja nicht in der Absicht ihrer amerikanischen Initiatoren gelegen haben dürfte. Auch war sie geeignet, hier und da laut werdenden Argwohn gegenüber einem Übergewicht Deutschlands in einem Europa der »dritten Kraft« zu besänftigen.

Diese Stagnation bildete den Hintergrund für die neu praktizierte funktionale Methode der europäischen Einigung. Schritt für Schritt, durch die Schaffung und den Ausbau beschränkter europäischer Gemeinsamkeiten, sollte nun die Einigung Europas vorangetrieben werden. Die Einigung blieb für die Unionsparteien in der Bundesrepublik das vorgegebene, erstrebenswerte und eigentlich wichtige Ziel. Die Mittel und Wege, es zu erreichen, sollten gemäß den gegebenen Umständen und Gelegenheiten immer dann ergriffen werden, wenn sie dem größeren Zweck dienten. Dafür konnte die Montanunion schon gewissermaßen als Vorbild dienen. Aber aus der Phase des elementaren Aufbruchs der ersten Nachkriegsjahre trat die europäische Bewegung seit Mitte der fünfziger Jahre in ein bis heute andauerndes Stadium der pragmatischen, oft unbefriedigenden, der spröden Wirklichkeit Tribut zollenden Entwicklung. An dieser beteiligten sich die von der CDU und CSU geführten Bundesregierungen in vorderster Linie.

Als Kronzeuge des »Institutionalismus«, durch den die 1957 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs weiterentwickelt werden sollte, läßt sich Walter Hallstein anführen. Dieser Jurist war seit 1950 an allen bedeutenden Europa-Verhandlungen beteiligt gewesen. Von 1958 bis 1967 bekleidete er das Amt des (ersten) Präsidenten der EWG-Kommission.³² Seiner Tätigkeit dort setzte er das Ziel der »Vergemeinschaftung der nationalen Politiken«. Hallstein begriff die funktionale Einigungsmethode gemäß der politikwissenschaftlichen Kategorie des *system transformation effect*³³. Nach seiner Auffassung lagen konstitutive Elemente für die Ent-

32 Wolfgang RAMONAT, »Rationalist und Wegbereiter, Walter Hallstein«, in: Thomas JANSEN/Dieter MAHNKE (Hg.), *Persönlichkeiten der Europäischen Integration. Vierzehn biographische Essays*, Bonn 1981, S. 337-378. Theo M. LOCH, »Walter Hallstein. Eine biographische Skizze«, in: *Wege nach Europa. Walter Hallstein und die junge Generation*, Andernach 1967, S. 7-47. Gert NICOLAYSEN/Hans-Jürgen RABE (Hg.), *Europäische Gemeinschaft. Verfassung nach drei Jahrzehnten. Walter Hallstein zum 80. Geburtstag*, Baden-Baden 1982.

33 Walter HALLSTEIN, *Die echten Probleme der europäischen Integration*, Kiel 1965, S. 5f., 18, 23 (Vortrag vor dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel); DERS., *Der Schuman-Plan*, Frankfurt/M. 1951.

wicklung der Gemeinschaft – statt in der früher zwischen den europäischen Nationen betriebenen Macht- und Hegemonialpolitik – in der Übung des Rechts, konkret in der Anwendung des Rechts der Römischen Verträge und der Gesetze der Gemeinschaft, sowie in der Strategie, zu gemeinsamen Überzeugungen zu finden. Die Kommission, der Ministerrat, das der wirklichen Entscheidungsbefugnis noch entbehrende Parlament und der Europäische Gerichtshof sollten die aktiven Vollzugsorgane des Integrationsprozesses der nationalen Volkswirtschaften werden. Von ihren Aktivitäten erwartete sich Hallstein einen wirklichen föderativen Interessenausgleich, in dem er eine neue Stufe internationaler Zusammenarbeit erblickte, den entscheidenden Fortschritt gegenüber jeder Hegemonialpolitik, wie sie etwa als preußische Hegemonie im Bismarckreich einigend gewirkt hatte. Einheitsstiftend sollten der jedem Mitglied Vorteile eröffnende Interessenausgleich und die »Sachlogik« der einmal eingeschlagenen Entwicklung wirken, die eine »Kettenreaktion von Integrationen« auslösen würde. Nach Hallstein eröffnete der vergrößerte Markt nicht nur einzelnen Mitgliedern wie der Bundesrepublik Deutschland unabhängig von der unzuverlässigen Weltkonjunktur verbesserte Absatzchancen, sondern verlangte auch gegenseitige Angleichung der Steuer- und Sozialpolitik gemäß den vereinheitlichten Wettbewerbsbedingungen – ein zweifellos bis zum heutigen Tag höchst aktuelles Problem. Schließlich konnte Hallstein feststellen, daß auch von außen, etwa aus der Perspektive der Entwicklungsländer, die Gemeinschaft zunehmend, nicht nur in handels- und wirtschaftspolitischer Hinsicht, als Einheit betrachtet wurde. Hallstein betonte ähnlich wie Brentano, daß die Europapolitik des Staates Neues schaffe, ja daß sie auf die Verwandlung des Menschen ziele.

Ein Nachteil des funktionalistischen Standpunkts, den der Wirtschafts- und Rechtsexperte Hallstein einnahm, lag in der Ausblendung herkömmlicher Aspekte von Macht und Führung. Dies ging an den Realitäten des starken staatlichen Selbstbewußtseins westeuropäischer Nationen vorbei.³⁴ Charles de Gaulle versuchte, eine Politische Union auf der Grundlage des Bilateralismus mit der Bundesrepublik Deutschland zu errichten, um das Gewicht eines solchermaßen vereinten Europas in der Weltpolitik zu stärken. Er fand in Adenauer einen ähnlich gesinnten Partner. Die Frucht dieses in der EWG nicht durchsetzbaren Bilateralismus war der Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag von 1963. Er nahm Elemente auf, die frühere Pläne und Verhandlungen für den politischen Zusammenschluß der sechs EWG-Staaten insgesamt vorgesehen hatten.³⁵ Die hier vorgesehene Konsultationsverpflichtung in außenpolitischen Angelegenheiten war ebenso zukunftsweisend wie

³⁴ J. SCHWARZ (zit. Anm. 2) S. 22.

³⁵ Thomas JANSEN, *Europa. Von der Gemeinschaft zur Union. Strukturen, Schritte, Schwierigkeiten*, Bonn 1986, S. 93.

der deutsch-französische Jugendaustausch, zu dessen Verwirklichung bereits unmittelbar nach Abschluß des Vertrages erste Schritte unternommen wurden.

Indes offenbarte die Politik der Bundesregierungen in den sechziger Jahren einen gewissen Zwiespalt. Adenauer und Teile der CDU sowie vor allem der CSU zeigten sich bereit, auf eine nähere kooperative, intergouvernementale Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich einzugehen und ein engeres Einvernehmen zwischen beiden Staaten anzustreben.³⁶ In den Verhandlungen über die Fouchet-Pläne verfolgten die deutschen Vertreter aber weiterhin supranationale Ziele. Sie wollten, teils zusammen mit Italien und den Benelux-Staaten, verhindern, daß durch die spezielle deutsch-französische Zusammenarbeit das politische Zusammenwachsen aller EWG-Staaten und die Kompetenz der NATO unterlaufen würden.

Der Zusammenschluß der Organe von EWG, Montanunion und Euratom zu den Europäischen Gemeinschaften (E.G.) 1967 behob nicht deren Krise. Während Adenauer aus praktischen und prinzipiellen Gründen der Bildung einer engeren Gemeinschaft aufgeschlossen gegenübergestanden hatte, weil er weltpolitisch in der Kategorie der Bipolarität dachte, vertrat Kurt Georg Kiesinger, Kanzler der großen Koalition von 1966 bis 1969, eine mehr integrale Sichtweise der weltpolitischen Beziehungen. Er sprach sich in seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 für den Beitritt Großbritanniens zur EWG aus. Gleichzeitig wünschte er, die engen Beziehungen der Bundesrepublik zu Frankreich, Italien und zu den Benelux-Staaten weiter auszugestalten. Besonders angelegen war ihm die Weiterentwicklung der deutsch-französischen Interessengemeinschaft, die wegen der »Fakten der Geographie« und als »Bilanz der Geschichte« längst überfällig sei. Wenn Deutschland und Frankreich ihre Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technologischem, kulturellem, militärischem und politischem Gebiet weiterentwickeln müßten, so richte sich ihre Allianz nicht gegen irgendwelche Feinde. »Das solide Bündnis« zwischen den freien Nationen Europas und den USA hielt Kiesinger auch in Zukunft für unerläßlich. Er sah es sogar gestärkt, wenn durch die deutsch-französische Zusammenarbeit erreicht werde, daß Europa zunehmend »mit einer Stimme« spreche, wie dies amerikanische Staatsmänner wünschten.³⁷ Ähnlich wie vor ihm von Brentano und

³⁶ Thomas JANSEN/Werner WEIDENFELD, *Europa. Bilanz und Perspektive*, Mainz 1973, S. 18-26.

³⁷ Kurt Georg KIESINGER, *Entspannung in Deutschland – Friede in Europa. Reden und Interviews 1967*, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Kassel 1967, S. 3-8, 10f., 14f., 18f. Vgl. Klaus HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. Mit einem einleitenden Essay von Karl Dietrich Bracher*, Stuttgart-Wiesbaden 1984, S. 306ff.

Hans Furler, 1960 bis 1962 Präsident des Europäischen Parlaments³⁸, trat Kiesinger hier nicht für das Modell einer Dritten Kraft Europa zwischen den Supermächten ein.³⁹ Allerdings plädierte er für die Brückenfunktion einer neu zu schaffenden »europäischen Friedensordnung«. Durch die Anbahnung friedlicher Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks sollte eine Überwindung des europäischen »Antagonismus« in die Wege geleitet werden. Im Zuge dieser auf den bewährten Rückhalt im Westen nicht verzichtenden Politik könne auch die Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen der europäischen Friedensordnung herbeigeführt werden.

In den siebziger und achtziger Jahren wurde die Europäische Gemeinschaft in vielen multilateralen Verhandlungen erheblich erweitert und intensiv ausgebaut. 1973 traten ihr England, Irland und Dänemark bei. 1979 wurde die erste Direktwahl des europäischen Parlaments durchgeführt.

1977 veröffentlichte die Europäische Volkspartei (EVP), die Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, den Entwurf ihres Politischen Programms.⁴⁰ Jetzt erst gingen die Wünsche und Versuche aus den vierziger und den frühen fünfziger Jahren, die christlichen Parteien des kontinentalen Europas zu einem organisatorischen Zusammenschluß zu bringen, in Erfüllung. Die Deutschen und die Italiener stellten laut Geschäftsordnung von 1976 die meisten Mitglieder eines wichtigen Führungsorgans der EVP, des Politischen Büros, jeweils 31 Prozent. Aus ihrem einer christlichen Inspiration verpflichteten Menschenbild leitete die EVP einen detaillierten Katalog von verfassungspolitischen, sozialen, wirtschaftlichen, bündnispolitischen, internationalen und europapolitischen Forderungen ab. Eine »ausgewogene Entspannung« wurde nun ebenso verlangt wie eine tatkräftige Unterstützung der Länder der Dritten Welt. Im Unterschied zum Bund der sozialdemokratischen Parteien, der dem Modell eines souveränen Europas zwischen den USA und der Sowjetunion den Vorzug gab, sah die EVP die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten »gekennzeichnet durch eine tiefe Übereinstimmung vom Wert der Freiheit und der Gerechtigkeit; durch eine hohe Gemeinsamkeit der politischen Ziele und durch die unverzichtbare atlantische Allianz für unsere Sicherheit und

38 Dieses wurde durch Furlers Initiative 1958 als gemeinsames Organ der drei verschiedenen Europäischen Gemeinschaften EWG, Montanunion und Euratom geschaffen. Horst FERDINAND/Adolf KOHLER, *Für Europa. Hans Furlers Lebensweg*, Bonn 1977, S. 69-71. Hans FURLER, *Reden und Aufsätze 1953-1957*, Baden-Baden 1958, S. 209ff. Furler wurde 1956 Präsident der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion.

39 Dieter MAHNKE, »Parlamentarier für Europa. Hans Furler, Karl Mommer«, in: Th. JANSEN/D. MAHNKE, *Persönlichkeiten* (zit. Amn. 32), S. 493-532, 513f.

40 Institut für Europäische Politik, *Materialien zur Europapolitik*, Bd. 2: *Die europäischen Parteien. Strukturen, Personen, Programme*, zusammengestellt und eingeleitet von Thomas JANSEN und Volkmar KALLENBACH, Bonn 1977, S. 34-53.

die der ganzen westlichen Welt«⁴¹. Diese Absage an Äquidistanz-Vorstellungen, die damals in der öffentlichen Meinung verbreitet wurden, trug der Ausgangssituation und den fortdauernden Bedingungen Rechnung, unter denen sich der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft vollzogen hatte.⁴²

Während der achtziger und neunziger Jahre erhielten die wirtschaftliche und auch die politische Ausgestaltung der Staatengemeinschaft neue Impulse durch die Direktwahl des europäischen Parlaments, die Stärkung der europäischen Institutionen und durch die weitere Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Auch die Erweiterung der Gemeinschaft blieb auf der Tagesordnung und wurde sogar nach dem Umbruchjahr 1989 erneut aktuell.⁴³ Die deutsche Regierung war bereit, die vielfältigen Probleme der inneren Angleichung durch supranationale Regelungen zu lösen oder diese, wie im Falle des Binnenmarkts⁴⁴ und der vorgesehenen Währungsunion, äußerst entschieden voranzutreiben. Gegen ein allzu zentralistisches Auftreten der Brüsseler Institutionen meldeten Vertreter der Unionsparteien im Namen des Föderalismus, ihres alten Programmpunkts, Vorbehalte an.

Bevor die überraschende Wiedervereinigung Deutschlands stattfand, wurden im Lager der Unionsparteien unterschiedliche Meinungen darüber geäußert, wie die Zukunft Europas aussehen solle. Über das Ziel eines immer näheren Zusammenschlusses gab es zwar keine Differenzen, aber Nuancen, was die Stellung Europas in der Welt und dessen innere Entwicklung betraf. Herbert Blankenhorn, von 1953 bis 1969 Botschafter bei der NATO, in Paris, Rom und London, wollte Europa als »Dritte Kraft« angesichts des »ständigen Anwachsens der Supermächte« sehen, betonte dessen Verpflichtungen zur internationalen Solidarität sowie in der Entspannungspolitik und rief zur Überwindung des Provinzialismus und der »weltanschaulichen Unterschiede« in Europa auf.⁴⁵ Der frühere Familienminister Bruno Heck beharrte auf dem engen, unverzichtbaren Zusammenhang zwischen einer zukünftigen Wiedervereinigung und einer freiheitlichen Europapolitik, warnte

41 Die europäischen Parteien (zit. Anm. 40) S. 22f., 43f.

42 Vgl. Hans FURLER, *Im neuen Europa. Erlebnisse und Erfahrungen im Europäischen Parlament*, Frankfurt/M. 1963, S. 53f. Walter Hallstein – *Europa 1980*, Einleitung und biographische Skizze von Theo M. LOCH, Bonn 1968, S. 129-145. Vgl. auch Wilfried LOTH, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957*, Göttingen 1990.

43 Ludger KÜHNHARDT/Ians-Gert PÖTTERING, *Europas vereinigte Staaten. Annäherung an Werte und Ziele*, Osnabrück 1991, S. 57ff.

44 Vgl. Armin TÖPFER/Roland BERGER (Hg.), *Unternehmenserfolg im Europäischen Binnenmarkt*, Landsberg/Lech 1991.

45 Herbert BLANKENHORN, *Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979*, Frankfurt/M. 1980, S. 17f.; indes hatte der italienische Wirtschaftswissenschaftler Ernesto Rossi 1944 in der »Gemeinsamkeit der Überzeugungen und Interessen« innerhalb nation-übergreifender Parteien »die sicherste Grundlage der Einigung« gesehen. W. LIPGENS, *Europa-Föderationspläne* (zit. Anm. 3) S. 385.

vor der Zementierung der Teilung Europas durch Hinnahme des status quo und sah gewachsene Aufgaben des europäischen »Vaterlands der Vaterländer« in den drei Bereichen der europäisch-atlantischen Zusammenarbeit, der Ost-West- und der Nord-Süd-Politik.⁴⁶ Beiden Autoren erschien der Zusammenschluß als eine auch von der außereuropäischen Welt erwartete Bedingung des europäischen Überlebens.

Überraschenderweise stellt sich nach dem Umbruch in Osteuropa, dem Teilrückzug der USA vom europäischen Kontinent und dem Weiterbestehen regionaler Krisenherde das Problem eines gemeinsamen Auftretens der Europäer umso drängender. Es scheint kein Grund gegeben zu sein, auf bewährte transatlantische Bindungen leichtfertig zu verzichten.⁴⁷ Daß die Problemkonstellationen teils verschärft andauern oder sich auf beunruhigende Weise verschoben haben, erleichtert es nicht, eine knappe historische Bilanz zu ziehen.

Die christlich-demokratischen Parteien in Deutschland haben seit 1945 das Zusammenwachsen Europas aus inneren und äußeren Gründen als wünschenswertes Ziel angesehen. In der Besinnung auf die vom Christentum geprägte Kultur eines gemeinsamen Wurzeln verpflichteten Europas glaubten sie ein Heilmittel für die vom Nationalsozialismus hervorgerufenen Verheerungen sowie gegen zukünftige Bedrohungen eines materialistischen und diktaturanfälligen Denkens finden zu können. Daraus leiteten sie die Notwendigkeit auch des politischen Zusammenschlusses ab. Ihnen fiel ein Verzicht auf die ohnehin zunächst nicht gegebene Souveränität nach der Niederlage leichter als den Siegern des Zweiten Weltkriegs. Der gemeinsame Weg nach Europa sollte auch beschritten werden, um die Rückkehr als gleichberechtigter Partner in die Völkergemeinschaft zu erleichtern.⁴⁸ Für die ersten sicherheits- und wirtschaftspolitischen Zusammenschlüsse war die besonnene Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland von besonderer Bedeutung. Diese wollten der in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg dominant gewordenen Stellung der Sowjetunion ein europäisches Gegengewicht entgegensetzen, zu dessen Rekonstruktion Deutschland als Partner unerlässlich zu sein schien. Angesichts der Spaltung Deutschlands war die Eingliederung der Bundesrepublik in das freiheitliche, westeuropäisch-atlantische Lager nur gegen erhebliche innere Widerstände möglich und beschwor Grundsatzkonflikte herauf. Eine große Leistung der deutschen Europapolitik bestand darin, das Problem der Wiedervereinigung und die

46 HECK (zit. Anm. 20) S. 140ff.

47 Vgl. Arnulf BARING (in Zusammenarbeit mit Volker Zastrow), *Unser neuer Größenwahn. Deutschland zwischen Ost und West*, Stuttgart 1988, S. 16ff. (mit einigen rasch überlebten Urteilen über die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung).

48 Vgl. DBPO (zit. Anm. 21) II, 1, Nr. 108, S. 196, 199.

entschiedene Besinnung auf die freiheitliche Staatsform, die liberale Demokratie, mit dem Ja zu Europa und zur Atlantischen Gemeinschaft argumentativ nachvollziehbar zu verknüpfen: Das Selbstbestimmungsrecht und die freiheitliche Staatsverfassung wurden nicht als isoliert von einer deutschen Regierung zu verfolgende Ziele angegeben, sondern waren als gemeinsam von allen demokratischen Staaten Europas zu verteidigende Güter und darum auch als Kristallisationspunkte einer westeuropäischen Staatengemeinschaft anzusehen, in die Westdeutschland integriert sein sollte. Die Anfänge der Entspannungspolitik bei den Genfer Konferenzen beeinträchtigten die von Adenauer befürwortete Integration Westeuropas. Die Ablehnung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die französische Nationalversammlung bereitete eine herbe Enttäuschung. Von Brentano rang mit dem Problem, den Gedanken der Nation und des Selbstbestimmungsrechts mit der Absicht der Einigung Europas in Einklang zu bringen. Die politische Stagnation nach 1954 trug dazu bei, die Integration auf die wirtschaftliche Ebene zu verlagern, wo sie prominente deutsche Fürsprecher fand. Politisch waren die unionsgeführten Bundesregierungen an einander teils zuwiderlaufenden Strategien der Einigung beteiligt. Adenauer ging auf de Gaulles Kooperationsangebot führender Staaten in Kontinentaleuropa ein. Zugleich wurde der supranationale, föderative Zusammenschluß auf Kommissions- und Konsultationsebene weiter verfolgt. In den ausgehenden sechziger Jahren, in einer Krisenzeit innen- und außenpolitischer Unzufriedenheit, versuchte Kiesinger der Europapolitik eine neue ostpolitische Dimension zu geben, ohne allerdings, wie seine sozial-liberalen Nachfolger, deutschlandpolitische Zugeständnisse zu machen und das Atlantische Bündnis ungenügend zu finden. An der Parlamentarisierung der Europäischen Gemeinschaft wie vorher an der Arbeit der Kommission in Brüssel nahm die Bundesrepublik Deutschland maßgeblichen, wenn auch selten spektakulären Anteil. Der Zusammenhang zwischen der deutschen und der europäischen Einigung wurde von Bruno Heck 1987 noch einmal in die Kontinuitätsperspektive deutscher Nachkriegspolitik gestellt. In jüngster Zeit wurden von Anhängern der CDU und CSU aus begründeten Sacherwägungen oder wegen Gefährdung des Föderalismus Vorbehalte gegen zentralistische Regelungen aus Brüssel geltend gemacht. Doch man blieb darin einig, den Zusammenschluß Europas als lebensnotwendig anzusehen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit wurde von Bundeskanzler Helmut Kohl und von dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand unumkehrbar vertieft.

Die intentionale und politisch-argumentative Verknüpfung von europäischer und deutscher Einigung hat sich, wenn auch unter großen Opfern für die einer langjährigen Diktatur ausgelieferten Ostdeutschen, letztlich bewährt; die nahezu jederzeit erstrebte europäische Einbindung deutscher Politik hat dieser die rasche Zustimmung der westeuropäischen Nationen

zur Wiedervereinigung gesichert.⁴⁹ Nachdem umgekehrt auch der langwierige deutsche Einigungsprozeß kein unüberwindliches Problem für Europas Einigung mehr darstellt, scheint die Zukunft doch einige unberuhigende Aussichten zu eröffnen.

Von einem christlich geprägten Kulturbewußtsein in Europa, das die erste Nachkriegszeit durchzog, ist auch seitens der Unionsparteien kaum noch die Rede: Kann aber ein Staat ohne Diskussion über seine Fundamente bestehen?⁵⁰ Die Erweiterung der EG, bestehend aus West-, Süd- und Teilen Mitteleuropas, nach Osten steht auf der Tagesordnung; hier sollten die Europäer die Geschichte und die Geographie zu Rate ziehen, um zu erkennen, daß die an Deutschland angrenzenden osteuropäischen Staaten in die europäische Schicksalsgemeinschaft gehören. Rußlands Entwicklung weist hingegen in den asiatischen Raum.⁵¹ Im Interesse der besseren Handlungsfähigkeit mag eine besondere deutsch-französische Zusammenarbeit Vorteile bieten; doch es wäre unklug und geschichtsvergessen, aus ihr eine Front gegen Großbritannien, gegen die USA und gegen das nach wie vor aktuelle Atlantische Bündnis zu zimmern. Das größte Problem bleibt die außenpolitische Handlungsfähigkeit Europas. Angesichts der deutschen Verdienste um Europa ist unverständlich, warum die deutsche Sprache in Brüssel nicht gleichberechtigt neben der französischen und englischen Verwendung findet.

49 Alfred GROSSER, »Eine kleine Bilanz der deutsch-französischen Beziehungen im Hinblick auf den europäischen Einigungsprozeß«, in: Bernhard BEUTLER (Hg.), *Reflexionen über Europa*, Bonn 1992, S. 16. Peter-Christian MÜLLER-GRAFF, »Deutsche Einheit und europäische Integration«, in: Beate KOHLER-KOCH (Hg.), *Die Osterweiterung der EG. Die Einbeziehung der ehemaligen DDR in die Gemeinschaft*, Baden-Baden 1991, S. 27f. Vgl. Werner WEIDENFELD, »Die gesamteuropäische Dimension der deutschen Einheit«, in: Werner WEIDENFELD/Christine HOLESCHOVSKY u.a., *Die doppelte Integration. Europa und das größere Deutschland*, Gütersloh 1991, S. 9ff.

50 Vgl. zum Problem Bd. 35 der Veröffentlichungen der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung: Michael ZÖLLER (Hg.), *Europäische Integration als Herausforderung der Kultur: Pluralismus der Kulturen ohne Einheit der Bürokratien? Kongreß Junge Wissenschaft und Kultur, Erfurt 22.-24. Mai 1991*, Essen 1992, S. 276, 282, 286f.

51 GROSSER S. 16ff.

Christliche Demokratie und europäische Integration

Von Jean-Dominique Durand*

Die europäische Integration stellt, auch wenn sie sich bislang auf die Staaten der westlichen Hälfte des Kontinents beschränkte, ohne Zweifel einen der bedeutendsten Vorgänge des 20. Jahrhunderts dar. Die Europäer entschlossen sich, aus dem Jahrhunderte währenden Wechselspiel der kriegerischen Konflikte mit all ihren unglückseligen Folgen auszubrechen, um sich aus freien Stücken an den Bau eines Europa zu machen, das auf demokratischen Werten und gegenseitiger Achtung beruht sowie auf der Entwicklung von Formen der Zusammenarbeit, die geeignet sind, ein echtes Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Schicksalsgemeinschaft entstehen zu lassen.

Die Christliche Demokratie hat zu diesem Prozeß der Neugestaltung Europas seit dem Ausgang der 40er und in den 50er Jahren als treibende Kraft auf ganz besondere Weise beigetragen. Manche glaubten dahinter sogar die Hand des Vatikans vermuten zu dürfen: »Die Kirche hat eine Dreierallianz gebildet – Adenauer, Schuman, De Gasperi, drei Tonsuren unter einem Hut«, notierte der Sozialist und Präsident Frankreichs Vincent Auriol in seinem *Journal du Septennat*. Auf dem Kongreß der Section française de l'Internationale ouvrière (SFIO) im Mai 1954 in Puteaux warnte Robert Lacoste vor einem »rheinischen Europa«, das als gemeinsame Schöpfung der römischen Kirche, des Kapitalismus und Deutschlands »nach Weihwasser und Hochofen« rieche.¹ Erinnert Auriols Bemerkung über die Dreierallianz nicht an die Allianz der Feinde Frankreichs im Jahre 1914? Für viele Zeitgenossen, vornehmlich für Sozialisten und Liberale, war der Einfluß der Christlichen Demokraten beim Bau Europas derart, daß sie ein »schwarzes Europa« befürchteten, zumal dieses Europa damals weder Großbritannien, noch die skandinavischen Staaten umschloß, sondern sich auf jene sechs Staaten beschränkte, die die ersten Gemeinschaften bildeten und in welchen die Christlichen Demokraten ihr größtes Wählerpotential hatten.

* Übersetzung aus dem Französischen.

¹ Zit. nach Jean-Marie MAYEUR, »Pie XII et l'Europe«, in: *Relations Internationales* 1981, S. 413-425. IDEM: »Pie XII et les mouvements catholiques européens«, in: *Catholicisme social et démocratie chrétienne*, Paris 1986, S. 67-83.

Der Europagedanke gehört unbestreitbar zum geistigen Erbe der Christlichen Demokraten. Er nimmt darin einen herausragenden Platz ein und trägt als Bestandteil ihrer Identität zum inneren Zusammenhalt der christlich-demokratischen Parteien bei.² Dabei haben die Christlichen Demokraten keineswegs einen Ausschließlichkeitsanspruch auf die Idee der europäischen Integration. Edgar Morin, ein hellstichtiger Beobachter, früher dem Europagedanken wenig zugetan, verweist in seinem Buch *Penser l'Europe* auf die Bedeutung der »doppelten ideologisch-politischen Inspiration« durch Sozialdemokraten und Christliche Demokraten. Ablehnung kam von den Marxisten, für die die europäische Integration – so Morin – dem Bau einer »Superfestung des Kapitalismus« gleichkam, was die Europamystik der Sozialdemokraten und der Christlichen Demokraten nicht verschleiern könne. Festzuhalten ist auch, daß die Pioniere, von Richard Coudenhove-Kalergi bis zu Aristide Briand, keineswegs dem christlich-demokratischen Lager entstammten. Und Robert Schuman und Alcide De Gasperi, um nur diese beiden zu nennen, waren in Koalitionsregierungen eingebunden und wirkten innerhalb eines demokratischen und parlamentarischen Systems, das auf dem Gespräch und auf der Überzeugungskraft gegenüber dem Verbündeten und Partner beruhte. Halten wir mit Edgar Morin fest, daß auch die Sozialdemokraten eine wichtige Rolle gespielt haben.³ Und lassen wir nicht das weitsichtige Handeln von Jean Monnet⁴ außer acht, von dem Bundeskanzler Helmut Kohl sagte, daß er ranggleich neben Robert Schuman, Alcide De Gasperi, Konrad Adenauer, Paul-Henri Spaak und anderen Gründervätern des neuen Europas steht.⁵

Interne Debatten

Einstimmigkeit und Mangel an Diskussion gehören nicht zu den Charakteristika christlich-demokratischer Parteien. Im französischen Mouvement

2 Siehe etwa Pierre LETAMENDIA bezüglich des französischen MRP; die Europapolitik habe dazu beigetragen, über wirtschaftliche Grundentscheidungen und die Kolonialfrage entstandene Risse zu kitten: *Le MRP* (thèse pour le Doctorat d'Etat en Science politique), Bordeaux 1975, S. 120. Zu verweisen ist auch auf Maria Grazia MAIORINI, *Il 'Mouvement Républicain Populaire' – Partito della IV Repubblica*, Mailand 1983, sowie auf die Untersuchungen von Emile-François CALLOT über *Le Mouvement Républicain Populaire*, Paris 1978, und *L'action et l'Œuvre politique du Mouvement Républicain Populaire*, Paris 1986.

3 Sergio PISTONE (Hrsg.), *I Movimenti per l'Unità Europea dal 1945 al 1954. Atti del Convegno internazionale, Pavia 19-21 ottobre 1989*, Mailand 1992.

4 Edgar MORIN, *Penser l'Europe*, Paris 1987 (Neuaufgabe 1990), S. 161-162, charakterisiert Jean Monnet als »technocrate illuminé« und als einen der »saints prêcheurs« des Europagedankens. Siehe auch Jean MONNET, *Mémoires*, Paris 1976, und Altiero SPINELLI, *Diario Europeo*, Bologna 1989-1992, 3 vols.

5 Rede vom 9. November 1988 anlässlich des 100. Geburtstag von Jean Monnet, in: Helmut KOHL, *L'Europe est notre destin. Discours actuels*, Paris 1990, S. 199-216.

Républicain Populaire (MRP) gab es hinsichtlich Europas unterschiedliche Strömungen. Auch wenn die Protokolle der geheimen Gespräche von Genf zwischen den Führern der christlich-demokratischen Parteien Europas⁶ einen Georges Bidault zeigen, der viel stärker für Europa eintrat, als gemeinhin geglaubt wurde, so war es doch Robert Schuman, der den Kurs seiner Partei maßgeblich beeinflusste: »Robert Schuman allein gebührt das Verdienst, den MRP ganz auf die Europaidee eingeschworen zu haben«, schreibt Pierre Letamendia.⁷

Vor 1947/48 hat es in Frankreich, wie auch in den übrigen Ländern Europas, innerhalb der christlich-demokratischen Parteien kaum eine eingehende Diskussion über Europa gegeben; der Wiederaufbau fand zunächst im nationalen Rahmen statt. Der Schuman-Plan wurde späterhin innerhalb der eigenen Partei mit gemischten Gefühlen aufgenommen, die föderalistischen Tendenzen stießen auf Widerstand. Dabei waren die europäischen Überzeugungen eines Schuman oder eines Bidault weder von der gleichen Durchsetzungskraft noch von gleichem Inhalt geprägt. Der Belgier Paul van Zeeland, »weniger europäisch als gemeinhin angenommen« (Michel Dumoulin)⁸, hing eher dem Gedanken einer Freihandelszone an als dem einer echten politischen Integration. Der Europagedanke trug nach 1950 zur Identität und zur Integration der christlich-demokratischen Parteien bei, aber man darf nicht dem Mythos der Einhelligkeit anhängen oder dem Mythos eines »Europa des Vatikans«. Die christlich orientierten Parteien waren nicht Glieder einer Einheitsorganisation.

Das Europa-Engagement des MRP setzte relativ spät ein⁹ und gewann erst erst ab 1948/49 solide Konturen: Am 19. Juli 1948 erklärte Georges

6 Philippe CHENAU, *Une Europe vaticane? Entre le plan Marshall et les Traités de Rome*, Brüssel 1990, S. 128-135, sowie »Les démocrates chrétiens et la construction de l'Europe (1947-1957)«, in: *La Revue politique*, Jan.-Febr. 1991, S. 87-101. Roberto PAPINI, *L'internazionale DC. La cooperazione tra i partiti democratici cristiani dal 1925 al 1985*, Mailand 1986, S. 116-134 (frz. Ausgabe: *L'internationale démocrate chrétienne 1925-1986*, Paris 1988).

7 Jean-Marie MAYEUR, *Des partis catholiques à la Démocratie chrétienne. XIX^e - XX^e siècles*, Paris 1980, S. 226-231. Pierre LETAMENDIA (zit. Anm 2), S. 117. Zur Politik Robert Schumans: Raymond POIDEVIN, *Robert Schuman homme d'Etat 1886-1963*, Paris 1986, sowie *Robert Schuman*, Paris 1988. Zu nennen sind auch Robert ROCHEFORT, *Robert Schuman*, Paris 1968, Henri BEYER, *Robert Schuman. L'Europe par la réconciliation franco-allemande*, Lausanne 1986, und René LEJEUNE, *Robert Schuman. Une âme pour l'Europe*, Paris-Fribourg 1986. Aufschlußreich auch Victor CONZEMIUS, *Robert Schuman. Christ und Staatsmann*, Hamburg-Freiburg 1986, und Hans MAIER, »Robert Schuman et les débuts de la réconciliation franco-allemande comme condition de l'union européenne«, in: Bernhard BEUTLER (Hrsg.): *Réflexions sur l'Europe*, Brüssel 1993, S. 33-53.

8 Michel DUMOULIN, »La Belgique et les débuts de la construction européenne. Zones d'ombre et de lumière«, in: *La Belgique et les débuts de la construction européenne. De la guerre aux traités de Rome*, Brüssel 1987, S. 9-34.

9 François-Georges DREYFUS, *Histoire de la démocratie chrétienne en France*, Paris 1988, S. 280-284. Danièle ZERAFKA, »Les Centristes, la Nation et l'Europe«, in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine* 1986, S. 485-498.

Bidault vor dem Ministerrat der Westunion (Brüsseler Pakt), vor der er für eine Wirtschafts- und Zollunion und eine Europäische Versammlung eintrat: »Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß wir Europa schaffen werden, daß wir es schaffen können.«¹⁰ Diese Feststellung hinderte ihn allerdings nicht daran, föderalen Lösungen zu mißtrauen.

Heute weiß man, daß das Wort vom »Europa des Vatikans« Ausdruck einer Legende ist.¹¹ Die christlich-demokratischen Parteien waren von eher flexiblen Strukturen geprägt, so daß dem Gewicht der einzelnen Persönlichkeiten wesentliche Bedeutung zukam. Sie zeigten keine Neigung, sich auf internationaler Ebene zu organisieren. Als Robert Bichet, Generalsekretär des MRP, eine Organisation der europäischen Parteien ins Leben rufen wollte, stieß er – so seine Erinnerungen – auf allerlei Vorbehalte.¹² »Bloß keine schwarze Internationale«, soll Alcide De Gasperi ihm geantwortet haben, und in Frankreich blockierte der Vorstand des MRP dieses als verfrüht erachtete Vorhaben, auch weil man die übrigen christlich-demokratischen Formationen, von denen viele auf der Rechten keine Konkurrenz hatten, als zu konservativ empfand.

Es setzte eine Phase ein, in der der MRP die internationalen Kontakte auf persönliche Beziehungen einzuschränken suchte, was sich in der Bildung der *Nouvelles Equipes Internationales* (NEI)¹³ niederschlug, während andere Parteien, vor allem die Italiener, auf eine tatsächliche Integration hinarbeiteten. Bezeichnend ist der neutrale Name, den man dieser neuen Struktur gab; Aufschluß gab lediglich der Untertitel »Internationale Union der Christlichen Demokraten«. Mitglieder des NEI waren christlich-demokratische Parteien und Einzelpersonlichkeiten. Karl Josef Hahn bestätigt, daß diese »farblose Bezeichnung« nur gewählt wurde, um »nicht den Eindruck einer 'schwarzen Internationale' zu erwecken, was in Ländern wie Frankreich und Belgien abschreckend gewirkt hätte.«¹⁴ Am 20. Mai 1949 hob anläßlich einer Sitzung des geschäftsführenden Vorstands des MRP der stellvertretender Generalsekretär hervor, daß »es zwischen den verschiedenen Parteien christlich-demokratischer Prägung Unterschiede« gebe, woraus er den Schluß zog, daß »ein Zusammenschluß unmöglich sei.«¹⁵ Die Durchsicht der Protokolle läßt den Eindruck entstehen, daß die Sorge umging, man könne zu sehr in

10 Jacques DALLOZ, *Georges Bidault. Biographie politique*, Paris 1992, S. 198-200.

11 Jean-Marie MAYEUR, *Des partis catholiques* (zit. Anm 7), et Philippe CHENAUX, *Une Europe vaticane?* (zit. Anm 6).

12 Robert BICHET, *La Démocratie chrétienne en France. Le Mouvement Républicain Populaire*, Besançon 1980, S. 243.

13 Philippe CHENAUX, »Les démocrates chrétiens« (zit. Anm 6), sowie »Les Nouvelles Equipes Internationales«, in: Sergio PISTONE (zit. Anm 3).

14 Karl Joseph HAHN, *La Démocratie chrétienne en Europe*, Rom 1979, S. 15.

15 Archives Nationales, Archives MRP 350 AP/46.

die Nähe konservativer Bewegungen geraten und sich dadurch – so einige Stimmen – kompromittieren. Andere waren auch bereit, Bündnisse anderer Art einzugehen, so etwa Léo Hamon: »Wir dürfen um keinen Preis mit der Rechten marschieren. Wir müssen allein oder mit den Sozialisten handeln, da wir sonst unsere Kräfte verzetteln.« In der Sitzung vom 17. Februar vertrat der Abgeordnete André Noël die Auffassung, daß man sich beim Anschluß an eine christlich-demokratische Internationale »eines europäischen Konservatismus schuldig machen würde«. ¹⁶ Jean Gilibert ging noch weiter und unterstrich, daß man nicht »irgendein«, sondern ein »progressives« Europa brauche. Man solle wegen der Christlichen Demokratie nicht in Sentimentalität verfallen, fuhr er fort, um dann in Anspielung auf den Belgier Paul van Zeeland festzustellen, daß es »derzeit in Europa viele Christen gibt, die keine Demokraten sind.«

Kontakte zwischen den Christlichen Demokraten waren also keineswegs selbstverständlich, trotz der wichtigen, diskret verlaufenden Genfer Gespräche zwischen 1948 und 1953, deren historische Bedeutung außer Frage steht, da sie den wichtigsten Persönlichkeiten der christlich-demokratischen Parteien Europas Gelegenheit gaben, sich in aller Stille zu treffen. ¹⁷ Bei einem dieser Treffen im November 1949 hatte Maurice Schuman beklagt, daß die christlich-demokratische Familie keine einheitliche Doktrin besäße, da sie – seiner Meinung nach – »im wirtschaftlichen zumindest zwei Strömungen aufweise: eine mehr liberale und eine eher sozialistische.« ¹⁸

In Frankreich findet man die gleiche Besorgnis in einer Informationsschrift für politische Bildung wieder, die im September 1949 den Leitern der MRP-Verbände auf Departementsebene zugestellt wurde. ¹⁹ Das dritte der vier Kapitel, das sich mit dem »Bau eines geeinten Europas« befaßte, enthielt den Aufruf, nationale Interessen zurückzustellen und »ideologische Festungen« einzureißen: »Die einen wollen ein französisches Europa, die anderen ein germanisches, die einen wollen ein liberales Europa, die anderen ein sozialistisches und wiederum andere ein christlich-demokratisches Europa. Wir vertreten die Auffassung, daß Europa nicht einer einzigen politischen Gruppierung gehören kann und daß es auch nicht dem Einfluß einer einzigen, starken Nation ausgesetzt sein kann.« Auch gab es innerhalb des MRP einiges Mißtrauen gegenüber der europäischen Bewegung; man wollte sich nicht auf eine Entwicklung einlassen, über die man keine Kontrolle zu haben glaubte. ²⁰

16 IBIDEM 350 AP/71.

17 Philippe CHENAUX, *Une Europe vaticane?* (zit. Anm 6), S. 128-135, sowie »Les démocrates chrétiens« (zit. Anm 6).

18 Philippe CHENAUX, *Une Europe vaticane?* (zit. Anm 6), S. 142.

19 Archives Nationales, Archives MRP 350/AP 1.

20 Philippe CHENAUX, »Le MRP face au projet de Communauté politique européenne,

Die Christlichen Demokraten Frankreichs waren eher auf Wahrung der Unterschiede bedacht, die italienischen hingegen übernahmen in der über-nationalen Zusammenarbeit nicht selten die Rolle der treibenden Kraft. Auf dem Kongreß der NEI in Sorrent vom 12. bis zum 14. April 1950 erinnerte De Gasperi daran, daß »wir von den gleichen Grundsätzen getragen sind und daß dies zu einer gewissen Ähnlichkeit oder sogar zur Gleichheit bei den Problemlösungen führen muß.«²¹ Dies fand seinen Niederschlag auch in der Gründung eines Verbindungsbüros zum Ausland (*Ufficio collegamento con l'Estero*), das die Aufgabe hatte, »die Menschen und die demokratischen Parteien christlicher Prägung zu sammeln und die Verwirklichung der europäischen Einheit vorzubereiten.«²² Doch blieben die Ergebnisse, auch als die Beziehungen endlich enger wurden, eher mager. Amintore Fanfani, der von 1954 bis 1959 das Amt des politischen Sekretärs der DCI bekleidete und ohne Unterlaß in Europa unterwegs war, um Kontakt mit den führenden Persönlichkeiten der Christlichen Demokratie zu pflegen,²³ stellte 1955 hinsichtlich des Fortgangs der Einigung Europas mit Bitternis fest: »Man hätte andere und bessere Ergebnisse erzielen können, wenn die christlich-demokratischen Parteien Europas hierüber mehr Einvernehmen erzielt hätten. Die Skrupel, die die christlich-demokratischen Parteien Europas auf dem Gebiet der Organisation und der Aktion zuweilen gelähmt haben, haben zur Stärkung der Kräfte der Gegner des Europagedankens beigetragen.«²⁴

Innerkatholische Debatten

Die Christliche Demokratie bildete keinen monolithischen Block. Sie war auch nicht die politische Bewegung aller Katholiken, bei denen – zumindest in Frankreich – der Europagedanke auch auf ernstzunehmenden Widerstand stieß. In Deutschland, Belgien, Holland, Luxemburg und Italien konnte die Idee der Einheit Europas die Katholiken in breitem Konsens an das Konzept der Christlichen Demokratie binden, in Frankreich hingegen erreichte der

1952-1954«, in: Serge Berstein, Jean-Marie-Mayeur, Pierre Milza (Hrsg.), *Le MRP et la construction européenne. Actes du colloque organisé les 18 et 19 janvier 1990 au Sénat, par le Centre d'histoire de l'Europe du Vingtième Siècle et l'Amicale du MRP*, Brüssel 1993, S. 161-179.

²¹ Rede in Sorrento, »L'idea europea nel solidarismo cristiano«, in: *Il Popolo*, 15 avril 1950, sowie in: Maria Romana DE GASPERI (Hrsg.), *De Gasperi e l'Europa. Scritti e Discorsi*, Brescia 1979, S. 85-90.

²² *Democrazia Cristiana. Relazione della Direzione Centrale 1949-1952. Atti e documenti, VI Congresso Nazionale, Rom, 21-26 novembre 1952*, Rom o. J., S. 308-314.

²³ *Democrazia Cristiana. Relazione della Direzione Centrale, Luglio 1954-ottobre 1956. Atti e documenti, VI Congresso Nazionale, Trento 14-18 ottobre 1956*, Rom o.J., S. 230-234.

²⁴ Rede auf dem IX. Kongress der NEI in Salzburg, veröffentlicht in *Il Popolo*, 17. Sept. 1955.

MRP nur einen Teil der katholischen Wähler. François Perroux hielt z.B. dem kleinen Europa der Sechs ein »Europa ohne Grenzen« entgegen.²⁵

Der MRP als Partei der Christlichen Demokraten Frankreichs stieß auf dreifache Ablehnung, zum einen durch die christliche Linke, die ein kapitalistisches Europa ablehnte, weil es den USA untertan wäre, zum anderen durch die nationalistische Rechte, die die Idee eines supranationalen Europa zurückwies, und schließlich auf die Ablehnung verschiedener Persönlichkeiten, die aus der christlich-demokratischen Bewegung hervorgegangen waren. So prangerte bei der Debatte um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) Edmond Michelet, der sich dem Gaullismus angeschlossen hatte, in *Le Monde* vom 20. März 1954 das »gefährliche Europa der Heimatlosen und der Technokraten« an und rief zu »aktivem Widerstand der Vaterländer« auf.²⁶ Der Historiker Joseph Hours aus Lyon, der zu den Gründervätern des MRP gehört, fuhr ebenfalls schwerstes Geschütz auf. Er brachte in mehreren Artikeln, die sich an unterschiedliche Kreise richteten, die Vorstellung eines supranationalen Europas als Wiederkehr des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation auf und trug so zur Begründung des Mythos eines klerikalen und germanischen, eines von Deutschland beherrschten »vaticanischen« Europa bei. Mit Nachdruck erinnerte Hours an die »rein germanische Schule« von Robert Schuman.²⁷

Diese Ideen sind vor dem Hintergrund der Tatsachen leicht zu widerlegen und halten einer historischen Betrachtung nicht stand. Kurz nachdem De Gasperi am 19. August 1954 verstorben war, holte Etienne Borne zu einem heftigen Gegenschlag aus, als er das Andenken an den verstorbenen Staatsmann mit den Worten feierte: »Die Dreiergruppe Adenauer, Schuman und De Gasperi, alle drei gleichzeitig an der Macht und alle drei Christliche Demokraten, soll die Gefahr einer schwarzen Internationalen heraufbeschworen haben – eine hübsche Geschichte. Es wurde auch behauptet, daß diese drei großen Europäer nicht über den Schatten ihrer lotharingischen Abstammung springen könnten und daß sie an der Wiederherstellung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation arbeiteten. Das kommt einer abgefeimten und böswilligen Geschichtsfälschung gleich. Diejenigen, deren Kopf plötzlich nur noch vom Mittelalter erfüllt ist, hätten ja auch wissen müssen, daß das katholische Rom der feste Fels war, an dem das Heilige

25 François PERROUX, *L'Europe sans rivages*, Paris 1954.

26 Jean CHARBONNEL, *Edmond Michelet*, Paris 1987, S. 95.

27 Joseph HOURS, »L'Europe à ne pas faire«, in: *La Vie Intellectuelle*, Oktober 1950, S. 276-304, weiterhin: »L'idée européenne et l'idéal du Saint-Empire«, in: *L'Année politique et économique*, Jan.-März 1953, S. 1-15, zit. bei Jean-Marie MAYEUR, *Pie XII et les mouvements* (zit. Ann 1), S. 1-15. Verwiesen sei auch auf einen Beitrag von Joseph HOURS in *La Nef*, Januar 1954, S. 59-68: »Les catholiques français face aux projets d'Europe«.

Römisches Reich zerbrach. De Gasperi hat in seiner Jugend noch das Habsburgerreich bekämpft, und er war – da man nun die Sprache einer fernen Vergangenheit sprechen muß, um sich denjenigen Zeitgenossen verständlich zu machen, die Angst davor haben, das Neue der Gegenwart zu begreifen – alles andere als ein Ghibelline. Er steht in der Tradition der Welfen, die bei ihrem Aufstand gegen den Imperialismus Friedrich Barbarossas die *Libertas* der italienischen Kommunen auf ihre Fahnen schrieben.«²⁸

Angesichts solcher Auseinandersetzungen blieben die französischen Bischöfe eher vorsichtig und begnügten sich im Juni 1950 in einem Hirtenbrief »Über den Frieden« mit einer knappen Empfehlung, die Bemühungen um die europäische Einheit zu unterstützen.²⁹ In den amtlichen Dokumenten der italienischen Bischöfe finden sich ebenfalls kaum Aussagen zu Europa.³⁰ Die »Azione cattolica« und die »Sozialwochen« der italienischen Katholiken scheinen sich nicht vertieft mit dem Europagedanken befaßt zu haben. Bei der XXII. Sozialwoche in Mailand (26. Sept. – 3. Okt. 1948) über die »Internationale Gemeinschaft« wäre Europa sogar völlig unter den Tisch gefallen, wenn nicht Guido Gonella seinen Vortrag dem Thema »Die Einheit Europas in der modernen Welt« gewidmet hätte. Die Schlußentschließung rief zwar zur politischen und wirtschaftlichen Einheit auf, blieb aber sehr vage und wollte nur zum »Fortschritt der Menschheit und zur Erhaltung des Friedens in der Welt« beitragen.³¹

28 Etienne BORNE, »Alcide De Gasperi«, in: *La vie Intellectuelle*, Oktober 1954, S. 103-107. Die Auseinandersetzung Hours/Borne ist ausführlich dargestellt bei Yvon TRANVOUEZ, »Europe, chrétienté et catholiques français. Débats en marge du MRP«, in: *Le MRP et la construction européenne* (zit. Anm. 20), S. 87-102. Über die Meinungsgegensätze im französischen Katholizismus hinsichtlich Europas Marcel MERLE, »Les facteurs religieux de la politique extérieure française«, in: *Forces religieuses et attitudes politiques dans la France contemporaine. Actes du Colloque de Strasbourg (23-25 mai 1963)*, Paris 1965, S. 311-338; Hinweise auch bei Aline COUTROT und François-Georges DREYFUS, *Les forces religieuses dans la société française*, Paris 1965, S. 266-270.

29 Hirtenbrief »Sur la Paix«, *La Documentation Catholique* 1950, col. 908.

30 Eine systematische Auswertung der Hirtenbriefe und der Diözesanpresse wäre wünschenswert. Sie stellt allerdings in Anbetracht der Zahl der Bistümer (257 Bischöfe im Jahr 1947) und der Diözesanzeitungen eine nicht leicht zu bewältigende Aufgabe dar. Ansätze zu einer solchen Untersuchung in meinen Arbeiten über *L'Eglise catholique dans la crise de l'Italie (1943-1948)*, Rom 1991, S. 180-215, 233-239, und »La stampa cattolica diocesana in Italia nel secondo dopoguerra (1945-1948)«, in: *Quaderni del Centro Studi C. Trabucchi*, 16 (1991), S. 27-70; desweiteren Bruno BOCCIINI CAMAIANI und Daniele MENOZZI (Hrsg.), *Lettere pastorali dei vescovi della Toscana*, Genua 1990; Daniele MENOZZI (Hrsg.), *Lettere pastorali dei vescovi dell' Emilia Romagna*, Genua 1986. Das *Enchiridion della Conferenza Episcopale Italiana*, Vol. 1, 1954-1972, Bologna 1985, enthält Dokumente für die Zeit nach 1954 (Dekrete, Erklärungen, Pastoraldokumente).

31 Zu dieser Settimana Sociale siehe außer den 1949 veröffentlichten Akten auch *Il cammino delle Settimane Sociali*, Rom 1989, S. 168-172.

In den 50er Jahren tauchte das Thema Europa bei den »Sozialwochen«, die für die Fortbildung der aktiven Katholiken von so grundlegender Bedeutung waren, nicht mehr auf. Es scheint also, vorbehaltlich weiterer Studien zu diesem Thema in anderen Ländern, daß die katholische Welt das von Pius XII. ständig und unmißverständlich vorgetragene Bekenntnis zum Einigungsprozeß, der eine geistige Leistung sei, mit der man die Werte des Christentums, den Frieden und die Entspannung in der Welt erhalten könne, nicht aufgegriffen hat. Eine große Anzahl päpstlicher Erklärungen dieses Inhalts ließe sich anführen,³² so z.B. die Rede vor dem Kardinalskollegium am 2. Juni 1948, in der Pius XII die »hellsichtigen und mutigen Geister« lobend hervorhob, die daran arbeiteten, »ein bis in seine Grundfesten erschüttertes Europa wieder aufzubauen und auf die Straße des Friedens zu führen, um diesen ständigen Unruheherd zur treibenden Kraft weltweiter Entspannung zu machen.« In seiner Rundfunkansprache zu Weihnachten 1953 forderte er die Einheit der Völker Europas und rief die christlichen Politiker auf, sich dafür einzusetzen. Die Christlichen Demokraten haben also bei dieser großen Aufgabe in Rom Zuspruch und Unterstützung gefunden.

Ein Zeichen der Vorsehung

Die Schwierigkeit des Unterfangens war ihnen wohl bewußt: »Es ist leichter«, sagte Robert Schuman im Dezember 1951, »entwickelten Gebieten die Eigenständigkeit zu geben und sie als unabhängige Staaten anzuerkennen ... als souveräne Staaten, die seit Jahrhunderten völlig unabhängig sind, dahin zu bringen, freiwillig auf einen Teil dieser Unabhängigkeit zu Gunsten einer supranationalen Autorität föderaler oder sonstiger Natur zu verzichten.«³³

Das Wissen um diese Schwierigkeit, vor allem aber das Gefühl, nach der Tragödie des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges nun an einem Wendepunkt der Geschichte angekommen zu sein, ließ die Führer der Christlichen Demokratie erkennen, daß die Zeit reif sei zu handeln. Nach seiner Rückkehr aus Rom schrieb Konrad Adenauer am 23. August 1951 in einem Brief an Robert Schuman, der sehr bezeichnend ist für die Geisteshaltung der damals wichtigsten Politiker: »Es ist in meinen Augen ein sehr günstiges Zeichen, ja ein Zeichen der Vorsehung, daß die ganze Last nun

32 Jean-Marie MAYEUR, »Pie XII et l'Europe« (zit. Anm 1). Philippe CHENAUX, *Une Europe vaticane?* (zit. Anm 6), S. 23-43, sowie »Le Vatican et l'Europe (1947-1957)«, in: *Storia delle Relazioni Internazionali*, 1988/1, S. 47-83, und »Le Vatican de Pie XII et la division de l'Europe«, in: *Relations Internationales* 1992, S. 475-488. Carla MENEGUZZI ROSTAGNI, »Il Vaticano e la costruzione europea (1948-1957)«, in: Ennio DI NOLFO, Romain II. RAINERO, Brunello VIGEZZI (Hrsg.), *L'Italia e la politica di potenza (1950-1960)*, Mailand 1992, S. 143-172.

33 Philippe CHENAUX, *Une Europe vaticane?* (zit. Anm 6), S. 167.

auf den Schultern von Männern ruht, die, wie Sie, wie unser gemeinsamer Freund Präsident De Gasperi und wie ich selbst, vom Willen beseelt sind, das nun neu zu schaffende Europa auf einer christlichen Grundlage entstehen zu lassen. Ich glaube, daß die europäische Geschichte nur selten Gelegenheit geboten hat, unter derart günstigen Vorzeichen wie jetzt ein derartiges Werk in Angriff zu nehmen.«³⁴

Diese Worte Adenauers unterstreichen, daß die zum rechten Zeitpunkt ergriffene Initiative einiger weniger langfristig überaus folgenreich sein kann. Insgesamt hat die Christliche Demokratie ungeachtet aller Divergenzen, aller Zögerlichkeit und aller Widerstände beim Aufbau Europas eine Pionierfunktion übernommen, indem sie die Grundlage legte und die Dinge voranbrachte. Problematisch war, daß der Aufbau Europas im Anfang nur von der Intuition einiger Persönlichkeiten getragen wurde, nur das Ergebnis der Willensäußerung einer – nicht ausschließlich christlich inspirierten – Elite war, ohne daß die Grundlagen hierzu solide abgesichert waren und ohne daß – im Rahmen des Themas, das uns hier beschäftigt – die katholische Welt in all ihren Verästelungen voll und ganz teilgenommen hätte.

Die Anfänge der Einigungsbestrebungen

Die Anfänge der Einigungsbestrebungen liegen nicht weit zurück. Wenn Félicité de Lamennais 1830 in seiner Schrift »*L'Avenir*« als Verfechter einer Union Europas auftritt, so ist er doch nur der einsame Prophet, der er des öfteren war. Und wenn Philippe Buchez, ein christlicher Sozialist und Vorläufer der Christlichen Demokraten, in seiner Zeitung mit dem symbolischen Namen »*Der Europäer*« (1831-1838) nach Methoden und Wegen suchte, um zu einer »europäischen Föderation« zu kommen, so war doch insgesamt der Kampf für Europa nicht Sache der Katholiken. Es war der Kampf von Victor Hugo mit seiner Rede vor dem Friedenskongreß in Paris im September 1848, der Kampf von Giuseppe Mazzini und der Kampf von Giuseppe Garibaldi, ein liberal und nationalstaatlich gefärbter Kampf, der das alte Europa zu zerstören suchte, ein aus römischer Sicht höchst suspektes und für die Mehrheit der Katholiken nicht annehmbares Ziel.

Die Katastrophe des Ersten Weltkriegs, die Botschaften von Benedikt XV., seine vorbehaltlose Verdammung des »sinnlosen Massakers«,³⁵ die Aufrufe

³⁴ IBIDEM S. 165-166.

³⁵ Giuseppe ROSSINI, *Benedetto XV, i cattolici e la prima guerra mondiale*, Rom 1963; Giuseppe MELLINATO, »Benedetto XV inascoltato profeta di pace«, in: *La Civiltà Cattolica* 1989, I, S. 452-458; Giorgio RUMI, *Benedetto XV e la pace 1918*, Brescia 1990; Jean-Marie MAYEUR, »Les papes, la guerre et la paix de Léon XIII à Pie XII«, in: *Les Quatre Fleuves* 1984, Nr. 19, S. 23-33.

zum Frieden von Pius IX., seine Verdammung des »ungemäßigten Nationalismus«,³⁶ all dies hat dazu beigetragen, daß Bewegung in die Überlegungen kam. Marc Sangnier, der Pius XI. nahe stand, entwickelte auf der Linie dieser Botschaften eine pazifistische Aktion, die zur Aussöhnung zwischen den ehemals kriegführenden Parteien führen sollte.³⁷ Vor dem Krieg hatte dieser Prophet der deutsch-französischen Annäherung die Friedensinitiativen von Alfred Vanderpol unterstützt. Im Oktober 1912 hatte er in Leuven zusammen mit dem jungen Robert Schuman an dem Kongreß der Internationalen Union für Völkerrecht nach christlichen Grundsätzen teilgenommen.³⁸ Im Oktober 1921 organisierte er einen internationalen Kongreß in Paris, dem 1922 ein zweiter in Wien und bald – 1923, dem Jahr der Besetzung des Ruhrgebiets – ein dritter in Deutschland folgte. Der Kongreß von Bierville im Jahre 1926 brachte es dann auf Tausende von Teilnehmern. Die Politik von Aristide Briand wurde aus diesen Kreisen heraus vorbehaltlos unterstützt. Der Geist von Locarno fand seine Entsprechung im Geist von Bierville. Er prägte zahlreiche Initiativen, so die Bewegung der Jugendherbergen und diejenige der »Compagnons de Saint François« von Joseph Folliet und nach 1945 den »Treffpunkt mit dem neuen Deutschland« von Emmanuel Mounier und Alfred Grosser und das Internationale Verbindungs- und Dokumentationsbüro von Pater du Rivau. Auch in zahlreichen Zeitschriften ist dieser Geist zu finden. Zu nennen sind die Zeitschrift *Etudes*, in der Pater Yves de la Brière schrieb, die *Revue des Jeunes* von Robert Garric, *La Vie Intellectuelle* und *La Vie Catholique*, 1924 von Francisque Gay gegründet, sowie das *Bulletin Catholique International* von Maurice Vassard.³⁹

36 Enzyklika *Ubi arcano*, 23. Dezember 1922. Siehe auch Marc AGOSTINO, *Le pape Pie XI et l'opinion (1922-1939)*, Rom 1991, und Danilo VENERUSO, *Il seme della pace. La cultura cattolica e il nazionalimperialismo fra le due guerre*, Rom 1987 (insbesondere S. 22-31); desweiteren Joseph JOBLIN, *L'Eglise et la guerre. Conscience, violence, pouvoir*, Paris 1988.

37 Jean-Claude DELBREIL, *Les catholiques français et les tentatives de rapprochement franco-allemand (1920-1933)*, Metz 1972, und *Centrisme et Démocratie chrétienne en France. Le Parti Démocrate Populaire des origines au MRP 1919-1944*, Paris 1990. Jacques GADILLE, »Conscience internationale et conscience sociale dans les milieux catholiques d'expression française dans l'entre-deux-guerres«, in: *Relations Internationales* 1981, S. 361-374. Jean-Marie MAYEUR, »Les catholiques français et la paix du début du XX^e siècle à la veille de la deuxième guerre mondiale«, in: *Les internationales et le problème de la guerre au XX^e siècle*, Rom 1987, S. 151-164. Peter FARRUGIA, »French Religious Opposition to War, 1919-1939: The Contribution of Henri Rosen and Marc Sangnier«, in: *French History* 1992, S. 279-302. Jean-Dominique DURAND, »Pie XI, la paix et la construction d'un ordre international«, Communication au Colloque Achille Ratti, Pape Pie XI, Rom, März 1989.

38 Christian PENNERA, *Robert Schuman. La jeunesse et les débuts politiques d'un grand Européen de 1886 à 1924*, Saargemünd 1985, S. 38-39.

39 Jean-Louis LOUBET DEL BAYLE, *Les non-conformistes des années trente. Une tentative de renouvellement de la pensée politique française*, Paris 1969. Über La Brière: Marc AGOSTINO, »Le père Yves de La Brière et la diffusion des orientations pontificales«, in: Jean-Dominique DURAND et Régis LADOUS (Hrsg.), *Histoire religieuse. Histoire globale. Histoire ouverte*.

Es wehte ein neuer Geist. Es ging darum, Europa neu aufzubauen, Deutschland zu integrieren und die deutsch-französische Aussöhnung in den Mittelpunkt zu stellen. Dieser neue Geist war ein europäischer Geist. Er wurde getragen vom *popolarismo*, einer christlich-demokratischen Bewegung, die durch keinen mehr als durch Don Luigi Sturzo repräsentiert wird, der 1919 den Partito Popolare Italiano gegründet hatte.⁴⁰ Die Anhängerschaft des *popolarismo* vertrat einen aus dem Christentum abgeleiteten Universalismus, maß der Nation einen nachgeordneten Rang bei und forderte den Bau Europas. Der Partito Popolare Italiano (PPI) rief als erste Partei nach der Überwindung der Trennung zwischen Siegern und Besiegten und unterhielt sofort internationale Beziehungen. Die Parteioberen reisten quer durch Europa und waren auch viel in Deutschland unterwegs. Sturzo, ab 1924 im Exil, war schier unermüdlich. Er traf sich auch mit Adenauer. 1927 schuf er das Internationale Sekretariat der demokratischen Parteien christlicher Prägung (SIDPIC), in dem diese erstmals untereinander Kontakt aufnehmen konnten.⁴¹ Europa war hier eines der Hauptthemen. Jacques Gadille hat sehr zu Recht die Entstehung des internationalen Bewußtseins der Katholiken unterstrichen, und er hat auch dessen Bedeutung für Frankreich nachgewiesen: »Das Erkennen der internationalen Dimension ihres religiösen Bekenntnisses scheint für die französischen Katholiken wohl die wichtigste, wenn nicht die radikalste Neuerung gewesen zu sein, die sie in der Zeit zwischen den Weltkriegen erlebten.«⁴²

Nach dem Krieg, als die Hydra des Nationalsozialismus besiegt war, wurden diese alten Kontakte und Verbindungen mit neuem Leben erfüllt. Alle Beteiligten waren von dem Wunsch beseelt, Europa geistig und politisch

Mélanges offerts à Jacques Gadille, Paris 1992, S. 249-263. Maurice VAISSE, »Le Bulletin Catholique International (1925-1933)«, in: *Relations Internationales* 1981, S. 343-360.

⁴⁰ Gabriele DE ROSA, *Il Partito Popolare Italiano*, Bari 1966, sowie *Luigi Sturzo*, Turin 1977, und *Sturzo mi disse*, Brescia 1982. Unbedingt zu beachten sind die von Gabriele DE ROSA herausgegebenen Akten des Kolloquiums *Luigi Sturzo e la democrazia europea*, Bari 1990; darin insbesondere Giorgio CAMPANINI: »Il popolarismo come dottrina politica«, S. 75-87; Jean-Marie MAYEUR, »Sturzo e la cultura democratica cristiana francese«, S. 149-158; Mario D'ADDIO, »Luigi Sturzo nella storia del pensiero politico contemporaneo«, S. 309-328; Guiseppe IGNESTI, »I problemi della pace e dell'assetto politico internazionale nell'analisi di Sturzo«, S. 334-341.

⁴¹ Roberto PAPINI, *L'internazionale DC* (zit. Anm 6), S. 33-47. Alwin HANSCHMIDT, »Eine christlich-demokratische 'Internationale' zwischen den Weltkriegen. Das 'Secrétariat International des Paris Démocratiques d'Inspiration Chrétienne' in Paris«, in: Winfried BECKER, Rudolf MORSEY (Hrsg.), *Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert*, Köln-Wien 1988, S. 152-188. Jean-Claude DELBREIL, »Les démocrates d'inspiration chrétienne et les problèmes européens dans l'entre deux guerres«, in: *Le MRP et la construction européenne* (zit. Anm 20), S. 15-39.

⁴² Jacques GADILLE (zit. Anm 37). Daniel J. GRANGE, »Les catholiques français et la coopération internationale durant le premier après-guerre: le Comité Catholique des Amitiés Françaises«, in: *Relations Internationales* 1992, S. 443-474.

wiederaufzubauen. Konrad Adenauer hatte es Robert Schuman 1951 schon gesagt: die Gelegenheit war einzigartig, man durfte sie nicht verpassen. Dies erkannt zu haben, ist eines der Schlüsselemente dafür, daß Europa auf der Ebene der Institutionen derart schnell vorankam. In den 50er Jahren konnten die christlich-demokratischen Parteien als die Europaparteien schlechthin auftreten: »Wir sind die Partei für Europa«, rief der Philosoph Etienne Borne 1954 auf dem Kongreß des MRP in Lille aus. Jean Lecanuet führte in seinem Bericht über Europa aus: »Der Frieden hängt von dem Willen Frankreichs ab, Europa schaffen zu wollen«. Europa wurde in allen Ländern zu einem Hauptthema, in der nationalen Presse, auf den Plakaten und in den Reden der Politiker bei ihren nationalen oder lokalen Parteitagen. Mehr noch: Das Thema Europa hatte für die christlich-demokratischen Parteien eine identitätsbildende Wirkung und trug zur Ausprägung ihres besonderen Charakters bei. Pierre Pflimlin, ehemaliger Ministerpräsident und herausragende Gestalt unter den Christlichen Demokraten Frankreichs, ist für diese Identifizierung mit Europa ein gutes Beispiel: Sein »Glauben an Europa«, seine »europäische Berufung«, seine »Leidenschaft für Europa«, ein immer wiederkehrendes Bekenntnis,⁴³ haben ihn in Europafragen unbeugsam gemacht. So führte denn auch die Europapolitik nach der sogenannten »Volapück«-Pressekonferenz (1962) zum Bruch mit General de Gaulle.⁴⁴ Es waren wiederum europapolitische Beweggründe, die den MRP veranlaßten, 1965 Jean Lecanuet gegen De Gaulle als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen; Lecanuet konnte den Präsidenten der Republik zu einer Stichwahl zwingen. Ähnliches gilt für das Verhältnis des MRP zu Pierre Mendès-France, der 1954 für das Scheitern der EVG verantwortlich gemacht wurde. Der MRP war die einzige französische Partei, die Europa in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellte. In den 50er Jahren kam der Haltung der Christlichen Demokraten Frankreichs eine umso größere Bedeutung zu, als die französischen Sozialisten durch Rücksicht auf die Europapolitik ihrer Schwesterparteien in Verlegenheit kamen; die englische Labourpartei lehnte Europa ab, die Sozialistische Partei Italiens unterhielt Beziehungen zu den italienischen Kommunisten, die deutschen Sozialdemokraten hatten 1952 im Bundestag gegen die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gestimmt.

43 Pierre PFLIMLIN, *Mémoires d'un Européen*, Paris 1991, S. 313-373.

44 Die Idee eines supranationalen Europa zurückweisend, erklärte der Präsident im Laufe einer Pressekonferenz mit ironischem Unterton: »Dante, Goethe, Chateaubriand, appartiennent à toute l'Europe dans la mesure même où ils étaient respectivement et éminemment Italien, Allemand et Français. Ils n'auraient pas beaucoup servi l'Europe s'ils avaient été apatrides et s'ils avaient pensé, écrit en quelque 'espéranto' ou 'volapück' intégrés.«

Drei Grundwerte

Was nun bewegte die Christlichen Demokraten? Ihr Europa beruht auf drei Grundwerten – dem Christentum, dem Frieden und der Demokratie. Sie wollen ein politisch geeintes Europa.

Das Christentum

In seinem Buch *Penser l'Europe* beschreibt Edgar Morin Robert Schuman und Alcide De Gasperi als »Prediger«, die mit ihrem Glauben an Europa Ökonomen und Technokraten das ideologische Bindemittel für den Bau einer Produktions- und Marktgemeinschaft lieferten.⁴⁵ Tatsächlich haben die Christlichen Demokraten, darin Schüler Jacques Maritains, es abgelehnt, Europa mit dem christlichen Glauben gleichzusetzen, aber sie wollten doch die Beziehungen zwischen den Staaten von den Grundsätzen des Christentums bestimmt sehen. Es gäbe hierzu eine unendliche Reihe von Zitaten, wie etwa das folgende aus einer Rede von Henri Teitgen auf dem Kongreß der Union Féminine Civique et Sociale im Jahr 1953: »Wir müssen Europa schaffen, denn Europa bleibt, auch wenn es in der Vergangenheit oft das schlimme Schauspiel von Egoismus, Unrecht, Haß und Verbrechen geboten hat, die Hüterin – die ungetreue Hüterin – der urchristlichen Werte, auf denen die wahre Zivilisation beruht, die in der großen Botschaft von der Würde und der Brüderlichkeit der Menschen ihren Niederschlag gefunden haben.«⁴⁶ Ähnlich äußerte sich Guido Gonella, ein Mitstreiter Alcide De Gasperis, auf der XXII. Settimana Sociale der italienischen Katholiken im Herbst 1948 in Mailand, als er zum Thema »Die internationale Gemeinschaft« das Wort ergriff: »Das Christentum ist die stärkste Kraft bei der Wiederherstellung der geistigen Einheit Europas, und zwar durch seinen universalistischen Charakter, durch seine Synthesekraft und durch seine Fähigkeit, Orient und Okzident zu verbinden, durch seine Fähigkeit, den Kräften der Spaltung zu widerstehen, integrierend zu wirken und den echten Geist der Solidarität zwischen den Menschen und den Völkern zu verbreiten.« Auch De Gasperi bringt dies anläßlich der Europäischen Parlamentarier-Konferenz im April 1954 in Paris zum Ausdruck: »Wenn ich mit Toynbee behauptete, daß das Christentum am Anfang der Zivilisation Europas steht, so tue ich dies keineswegs, um unsere Geschichte ausschließlich nach konfessionellen Kriterien zu bewerten. Für mich zählt nur das gemeinsame europäische Erbe: die unteilbare Moral, die die Verantwortlichkeit des Menschen als Person in den Mittelpunkt stellt, die Ehrfurcht vor althergebrachtem Recht, der Sinn für

⁴⁵ Zit nach Philippe CHENAUX, *Une Europe vaticane?* (zit. Anm 6), S. 9.

⁴⁶ Marcel MERLE (zit. Anm 28).

Schönheit, der sich über die Jahrhunderte immer stärker herausgebildet hat, und das Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit im Lichte tausendjähriger Erfahrung.«⁴⁷

Mit päpstlichem Zuspruch bedacht, haben die Christlichen Demokraten zur Verteidigung der Werte des Christentums in ihrem Kampf gegen den Kommunismus eine zusätzliche Argumentationskette aufgebaut. Kein Zweifel, daß die Furcht vor der Expansion des Kommunismus und der Macht der Sowjetunion, die im Februar 1948 die Tschechoslowakei unter ihr Joch gezwungen hatte, und das Mitgefühl mit dem tragischen Schicksal der christlichen Parteien und Gemeinschaften in dem von der Sowjetunion beherrschten Teil Europas entscheidend dazu beigetragen haben, daß man sich des Europagedankens stärker bewußt wurde.

Der Frieden

Frieden ist ebenso ein Grundwert der Christlichen Demokraten wie das Bewußtsein einer gemeinsamen christlichen Kultur. Europa bauen, heißt vor allem, den Idealzustand des Friedens zwischen den Nationen herstellen. Das Mißtrauen gegenüber dem Nationalismus prägt das christliche Denken von Francisco de Vitoria in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts bis zu Pius XI. und der Verurteilung der Action Française im Jahre 1926. Das höchste Gemeingut ist das Wohl der Menschheit. René Pucheu zitierte in einem in *France-Forum* erschienenen Artikel einen Vortrag von Maurice Blondel bei den Semaines Sociales de France im Jahre 1928, in dem dieser auf das Thema »Vaterland und Menschheit« eingeht: »Die Menschheit, ist sie nicht ein natürliches Gebilde, oder besser noch, eine historische Solidargemeinschaft, oder noch besser, eine geistige Einheit?«⁴⁸ Im Anschluß daran erhob Robert Schuman die Einigung Europas zum Vorbild für die Gesamtheit der menschlichen Familie: »Das geeinte Europa ist ein Vorgriff auf die universale Solidargemeinschaft der Zukunft«, schreibt er in *Pour l'Europe*.

Diese Überlegungen zur Zukunft finden, vor dem Hintergrund der Ereignisse, die zum Ersten Weltkrieg und danach zum Totalitarismus geführt haben, ihre Ausgestaltung in der persönlichen Erfahrung des einzelnen. In ähnlich gelagerten Erfahrungen finden wir das Verbindende im Wirken von Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi. Alle drei

47 Rede vom 24 April 1954, »La nostra patria Europa«, in: Maria Romana DE GASPERI (zit. Anm 21), S. 199-204. Jean-Dominique DURAND, »Alcide De GASPERI ovvero la politica ispirata«, in: *Storia Contemporanea* 1984, S. 545-591.

48 René PUCHEU, »Aux sources de la passion 'européiste'«, in: *France-Forum*, Nr. 279-280 (Juli-September 1992), S. 14-19.

stammten aus Grenzgebieten – aus Lothringen, dem Rheinland und aus dem Trentino; sie kannten die Geschichte als eine Abfolge von Kriegen; sie hatten ein ausgeprägtes Empfinden für die Relativität und Verletzbarkeit von Grenzen. Diese Beobachtung trifft auf Schuman und De Gasperi umso mehr zu, als sie noch Bürger des Deutschen Reiches bzw. der Donaumonarchie waren, ehe sie 1919 – der eine im Alter von 33, der andere im Alter von 38 Jahren – Franzose bzw. Italiener wurden. Auf dieser gemeinsamen historischen Erfahrung gründete ein tiefes Gefühl des gegenseitigen Vertrauens und Verstehens, wie aus ihrem Briefwechsel eindeutig hervorgeht.⁴⁹ In dieser gemeinsamen Erfahrung gründeten auch drei grundlegende Erkenntnisse: Die Zerstückelung Europas ist gefährlich; der Friede und die damit einhergehende Einigung Europas können nur über den Weg der deutsch-französischen Aussöhnung erreicht werden; Deutschland gehört ins Zentrum einer neuen europäischen Ordnung, es muß in ein Netz gegenseitiger Verpflichtung eingebunden werden. In seiner sehr wichtigen und mutigen Rede in Köln im März 1946 bekräftigte Konrad Adenauer seinen Glauben an die »Vereinigten Staaten von Europa«; sie seien »die beste, sicherste und dauerhafteste Sicherung der westlichen Nachbarn Deutschlands.«⁵⁰

»Europa wird nicht untergehen«, schrieb Jacques Maritain in einer zu Beginn des Krieges veröffentlichten Sammlung von Artikeln, in der er die Bedeutung der deutschen Frage unterstrich und für ein föderales Deutschland plädierte, das in ein ebenfalls föderal organisiertes Europa einzubinden sei: »Alle, die sich mit Europa befaßt haben, wissen, daß moralisch wie geographisch das deutsche Problem im Zentrum aller Schwierigkeiten und Wirrnisse unseres Kontinents steht; ohne den Beitrag und die Mitarbeit Deutschlands gibt es keinen Frieden und keine Zivilisation in Europa – und es gibt sie auch nicht mit einem Deutschland, das von pangermanistischen Bestrebungen und preußischem Imperialismus beherrscht wird.«⁵¹ »An dem

49 Am 28. Februar 1953 schrieb Schuman an De Gasperi: »Nous nous sommes rencontrés tard dans la vie, mais notre amitié a été profonde et sans réserves. Nous y étions, sans doute, prédestinés à un moment où était définie une nouvelle politique pour nos pays«, in: *De Gasperi scrive. Corrispondenza con capi di stato, cardinali, uomini politici, giornalisti, diplomatici*, hrsg. von Maria Romana DE GASPERI, Brescia 1974, vol. 2, S. 84. In einem Brief vom 18 Juli 1954: »Je vous redis mon cher Président et ami, mon sentiment affectueux et toute ma gratitude« (ibidem S. 85-86).

50 Joseph ROVAN, *Konrad Adenauer*, Paris 1987, S. 86-105. Dazu auch Adenauers *Memoiren* (frz. Übersetzung Paris 1965) und Jean MONNET, *Le Chancelier Adenauer et la construction de l'Europe*, Lausanne 1966; desweiteren Winfried BAUMGART, »La politica europeistica di Adenauer 1945-1963«, in: Umberto CORSINI et Konrad REPGEN (Hrsg.), *Konrad Adenauer e Alcide De Gasperi: due esperienze di rifondazione della democrazia*, Bologna 1984, S. 363-389.

51 Jacques MARITAIN, *De la justice politique. Notes sur la présente guerre*, Paris 1940, in: *Œuvres complètes*, Fribourg-Paris, vol. VII, S. 283-332.

Deutschland von morgen werden unsere Leistungen gemessen«, schrieb Joseph Rován kurz nach dem Krieg in *Esprit*.⁵²

Die christlich-demokratischen Parteien hatten – wie andere auch – dies bald erkannt und brachten den Gedanken an eine deutsch-französische Aussöhnung voran, auch mit Hilfe von Kontakten, die schon seit den 20er Jahren bestanden. Die deutsch-französische Aussöhnung war eines der Hauptthemen bei den Genfer Gesprächen, denen eine Schlüsselrolle zukam, und bei den Treffen der *Nouvelles Equipes Internationales* (NEI). Er wünsche sich die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland als dauerhafte Basis für die Einigung Europas, sagte Adenauer beim II. Kongreß der NEI in Luxemburg Anfang 1948. Mit ihrem Gelingen werde das christliche Abendland gerettet.⁵³ »Die Einigung Europas ist für den Frieden unerläßlich«, sagte 1953 François de Menthon, damals Präsident des Europarats: »Unser Unterfangen ist seiner Natur nach friedlich«, fügte er hinzu.⁵⁴

Die Demokratie

Europa vor jedem weiteren totalitären Abenteuer bewahren und seine Einheit verwirklichen – dies war die dritte unverzichtbare Säule, auf der das Vorgehen der christlich-demokratischen Parteien beruhte. Robert Schuman schwebte beim Gedanken an Europa die Demokratie in vollendeter Form vor.⁵⁵ De Gasperi stellte ohne jeglichen Anflug christlicher Nostalgie humanistische Werte, Pluralismus, Laizismus und die Menschenrechte in den Vordergrund, um für alle ideologischen Strömungen offen zu sein, was diesen wiederum ermöglichte, am Bau Europas mitzuarbeiten. »Es geht um die Verteidigung des demokratischen Prinzips in Europa,« rief er im italienischen Senat am 15. März 1952 bei der Debatte zur Billigung der EGKS aus. »Dies ist unser Programm, und vergeßt alle Hirngespinnste über Karl den Großen und das Mittelalter! Es geht um eine Koalition aus Demokraten, die auf dem Prinzip der Freiheit beruht. Dies ist unser

52 Joseph ROVAN, »L'Allemagne de nos mérites«, in: *Esprit*, Oktober 1945, zit. bei Philippe CHENAUX, *Une Europe vaticane?* (zit. Anm 6), S. 90. In der Rede, die er anlässlich des Empfanges bei Bundeskanzler Kohl zu seinem 75. Geburtstag gehalten hat, ist Joseph Rován noch einmal auf diese grundlegende Idee eingegangen (veröffentlicht in *Le Monde*, 25 Sept. 1993, S. 7).

53 IBIDEM S. 127.

54 François de MENTION, »L'Europe dans la vie internationale«, in: *Guerre et Paix. De la coexistence des blocs à une communauté internationale*, 40^e Semaine Sociale de France – Pau 1953, Lyon 1953, S. 339-359.

55 Robert SCHUMAN, *Pour l'Europe*, Paris 1964.

Schutzwall, dies ist unser Programm und dies ist unser Kampf!«⁵⁶ Einige Monate später führte er vor dem Europarat aus: »Hauptziel der Einigung Europas muß die Bewahrung unseres demokratischen Lebensstils bleiben, die Bewahrung unserer Zivilisation und unserer Freiheit und die Stärkung unserer freien Institutionen.«⁵⁷ Das vereinte Europa wurde als Bollwerk gegen die Wiederkehr des Totalitarismus angesehen, d.h. damals vor allem gegen den Kommunismus. »Die Verwirklichung einer solchen allgemeinen Demokratie im christlichen Sinne«, schrieb Robert Schuman, »findet ihre Erfüllung im Bau Europas.«⁵⁸

Im September 1948 verabschiedete der dritte Kongreß der *Nouvelles Equipes Internationales*, der sich mit dem Thema »Die Organisation Europas« befaßte, einen Appell für eine »freie und demokratische Union für Wirtschaft und Politik.« Die Schlußentschließung unterstrich die Bedeutung der kulturellen und politischen Einheit Europas auf der Grundlage demokratischer und christlicher Werte. Nur so könne eine wahre Demokratie geschaffen werden, in der Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen guten Willens unter gleichen und solidarischen Bedingungen verwirklicht würden. Das Idealziel der Verschmelzung von politischer und sozialer Demokratie wurde der »Herrschaft der brutalen Gewalt« entgegengestellt. Die Verwirklichung dieses Zieles mache erforderlich, daß die »absolute Souveränität der Staaten der Herrschaft des Rechts weicht«. Der Geist christlicher Solidarität müsse »schrittweise von der kleinsten Einheit aus bis zum effektiven Zusammenwirken zwischen den Nationen« verwirklicht werden. Die Brücke zum Prinzip der Subsidiarität und zur Doktrin der intermediären Körperschaften wurde mit der Ablehnung staatlicher Allmacht geschlagen. Das Dokument spiegelt die beiden Ziele der christlich-demokratischen Parteien – die europäische Gemeinschaft und ihre föderale Organisation.

Zwei Ziele

Ein gemeinschaftliches Europa

Der Gemeinschaftsgedanke gehört zur Christlichen Demokratie. Er ist sozusagen die Synthese der Lehre von den intermediären Körperschaften und gleichzeitig Ausdruck der Zusammengehörigkeit von Personen innerhalb

⁵⁶ Nach Maria Romana DE GASPERI (Hrsg.), *De Gasperi e l'Europa* (zit. Anm 21), S. 138-151. Die Gesamtheit der Redebeiträge anlässlich der parlamentarischen Beratung der Pariser Verträge in Alcide DE GASPERI, *Discorsi parlamentari*, Rom 1985, S. 1060-1076.

⁵⁷ Maria Romana DE GASPERI (Hrsg.): *De Gasperi e l'Europa* (zit. Anm 21), S. 160-168; Rede vom 15. Sept. 1952.

⁵⁸ Robert Schuman (zit. Anm 55), S. 77.

eines Volkes als lebendiges, autonomes und verantwortliches Ganzes.⁵⁹ Aus der Geschichte zog man die Lehre, daß die traditionellen Methoden der Diplomatie nicht mehr zum Erfolg führten: Die Friedensverträge, die eigentlich den Krieg beenden sollen, schienen im historischen Rückblick nichts anderes als verlängerte Waffenstillstände, die das Wiederaufflammen der kriegerischen Auseinandersetzungen für einige Jahre, bestenfalls einige Jahrzehnte verhindern, ohne zu einem echten Frieden zu führen. Daß mit dem Jahr 1870 eine verhängnisvolle Abfolge deutsch-französischer Kriege begonnen hatte, war in aller Bewußtsein; der Vertrag von Versailles, mit dem die Besiegten gedemütigt und gestraft wurden, erschien als der Inbegriff des verheerenden Vertragswerks schlechthin. Jetzt, nach den Verbrechen der Nazis und nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, ging es darum, einen dauerhaften Frieden auf einer grundlegend neuen Basis zu errichten. Aus der Sicht der Christlichen Demokraten gab es für die Staaten Westeuropas nur einen Weg, um ohne Identitätsverlust ihre nationale Existenz zu wahren: die Gründung einer Gemeinschaft europäischer Staaten. Kern dieser Gemeinschaft, die nicht mehr eine einfache Freihandelszone, sondern eine echte Solidar- und Schicksalsgemeinschaft sein sollte, war die deutsch-französische Aussöhnung.

Dies war Sinn und Inhalt der von Jean Monnet inspirierten grundlegenden und prophetischen Erklärung Robert Schumans vom 9. Mai 1950. Der französische Außenminister schlug vor, die Produktion von Kohle und Stahl einer gemeinsamen Behörde zu unterstellen; dieser Vorschlag hatte echten Symbolcharakter, da er zwei Bereiche betraf, die für den Krieg unerlässlich waren. Gleichzeitig sollten die Nationen untereinander in freier Willensentscheidung neue Solidaritätsbände knüpfen. Der Gemeinschaftsgedanke fand hier eine konkrete Umsetzung. Er stand im Gegensatz zu den üblichen diplomatischen Kontakten, Treffen und Verträgen nach Art des Vertrags von Locarno, deren Unzulänglichkeiten ja offen zutage getreten waren; er entsprach auch nicht jenem aus der Ära Metternich überkommenen Begriff des »europäischen Konzerts«, das ja das Aufkommen des Nationalismus nicht hatte verhindern können. Es stand auch im Gegensatz zu einer Europakonzeption, die nur Freiheit des Handels bedeutete.

Für die Christlichen Demokraten fand die Einigung Europas ihre Rechtfertigung primär im Ideal der Solidargemeinschaft. Dieses gründet im Personalismus der Christlichen Demokraten, einem weiteren Schlüsselement ihrer Doktrin. Personalismus bedeutet Solidarität und Verantwortung: Europa

⁵⁹ Siehe hierzu die Überlegungen des Präsidenten der 49. *Semaines Sociales de France* in Straßburg 1962, Alain Barrère, über »L'Europe des personnes et des peuples« (Du fait européen à la Communauté européenne, S. 17-34 der Akten). Insgesamt wäre eine vergleichende Studie der Beiträge zu dieser *Semaine Sociale* wünschenswert, insbesondere der Reden von Jean Boissonnat, Philippe Farine, Joseph Folliet, Daniel Pépy, Jean Baboulène, Maurice Byé, Jean Rivero.

kann ohne Dialog, Solidarität und Zusammenarbeit nicht entstehen; nur so können die nationalen Egoismen und die Logik des Krieges überwunden werden. Auf diesem Weg würden die europäischen Staaten mit der Vergangenheit brechen: Die Einheit sollte in Frieden geschaffen werden, schrittweise und in gegenseitigem Einverständnis, getragen vom Willen zur Überwindung der Tragik europäischer Geschichte mit all ihren Eroberungen. Ein christlich-demokratisches Sendungsbewußtsein wird hier erkennbar, in Anbetracht dessen besser verständlich wird, was der von Christlichen Demokraten beschworene »Glauben an Europa« meint.

Die europäische Union

Im Manifest der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) heißt es: »Unser Ziel ist die Schaffung einer politischen, demokratischen und supranationalen Union in Europa. Die europäische Regierung muß gegenüber den nationalen Regierungen eigene Kompetenzen besitzen, und sie muß vor dem europäischen Parlament verantwortlich sein. Das Parlament ist in allgemeiner Wahl direkt zu wählen, es muß eine eigene gesetzgeberische Funktion haben.«⁶⁰

Georges Bidault führte allerdings im August 1949 vor dem Europarat aus: »Wir müssen erkennen, daß wir den Weg, der die Völker Europas zu einer echten Gemeinschaft führt, nur sehr umsichtig, gemäßigt und in mancher Hinsicht auch nur langsamen Schritten gehen dürfen.«⁶¹ Bald darauf stellte er den Einigungsgedanken noch weiter zurück: »Wir müssen die Mission für Europa mit der Mission Frankreichs für die Welt in Einklang bringen«, sagte er am 20. November 1953 vor der Abgeordnetenkammer, wobei er an die Union Française dachte. Bidault schwebte eine Assoziation souveräner Staaten vor, da »Frankreich im Rahmen Europas weder seine Souveränität aufgeben, noch seine universale Berufung verleugnen darf.«⁶²

Jacques Maritain hingegen wünschte ein föderales Europa, »wie schwierig auch immer das Unternehmen sei.«⁶³ 1951 schrieb er in einem Manifest

60 Hugues PORTELLI und Thomas JANSEN, *La Démocratie chrétienne, force internationale*, Paris X-Nanterre 1986, S. 401-410.

61 Philippe CHENAUX (zit. Anm 20).

62 Jacques DALLOZ (zit. Anm 10), S. 320-326. Bekannt ist die Formel Georges Bidaults, »faire l'Europe sans défaire la France«. Georges-Henri SOUTOU, »Georges Bidault et la construction européenne 1944-1954«, in: *Revue d'Histoire Diplomatique* 1991, S. 269-306.

63 Jacques MARITAIN, »Europe and the Federal Idea«, in: *The Commonwealth*, 19. et 26. April 1940, in: *Œuvres complètes*, vol. VII, S. 993-1016. In Maritains Schrift *De la justice politique* (zit. Anm 51), S. 327, ist zu lesen: »La solution fédérale, consentie à la fois, après la liquidation sanglante des rêves hitlériens, par l'Europe et par les peuples d'Allemagne délivrés du nazisme et de l'esprit prussien, en d'autres termes une pluralité politique d'Etats germaniques conforme à la diversité des héritages culturels, et engagée dans une fédération européenne dont

mit dem Titel »Das Unmögliche erreichen. Deklaration einiger französischer Christen«, der christliche Patriotismus münde ins Universale und dürfe »nicht im Rahmen eines engen Nationalismus verharren«. Frankreich müsse »am Aufbau eines wirklich föderalen Europa aktiv mitwirken«; die europäischen Nationen würden, wenn sie »einen Teil ihrer Souveränität zugunsten einer supranationalen und friedlichen Gemeinschaft abgeben und so unter Wahrung ihrer Identität ihr Überleben sichern, ein Zeichen für die Zurückweisung des staatlichen Absolutheitsanspruches setzen und so der befreiten Welt den Weg zur Einheit und zum Frieden aufzeigen.«⁶⁴

Es war noch weit bis zur Einhelligkeit in europäischen Fragen. In Italien trat De Gasperi, der von »unserer Heimat Europa« sprach⁶⁵, für die Notwendigkeit einer »zentralen politischen Autorität«⁶⁶ ein. Gern verwies er auf die Schweiz als Modell für die Schaffung eines neuen Europas.⁶⁷ De Gasperi verstand es, seine etwas zögerlichen christlich-demokratischen Partner davon zu überzeugen, daß eine Föderation auf den Weg gebracht werden müsse.⁶⁸ Sein Treffen mit Robert Schuman am 12. und 13. Februar

tous les Etats participants admettent parillement les diminutions de souveraineté requises par une coopération organique institutionnelle«.

64 Jacques et Raïssa MARITAIN, *Œuvres complètes*, Fribourg-Paris, vol. IX, S. 1168-1184. Unterzeichner des Textes waren André Aumonier, Jean Daniélou, Paul Claudel, Jean Guilton, Gabriel Marcel, Léopold Sedar Senghor, François Perroux und Edmond Michelet.

65 Rede vor der Europäischen Parlamentarierkonferenz in Paris, 21. April 1951. Die Wortwahl erinnert an den Titel eines Buches von Gaston Riou, *Europe, ma patrie* (1928); Riou gründete 1926 die Union économique et douanière européenne.

66 Rede im Europarat, Straßburg, 15. September 1952.

67 In einem Rundfunkvortrag zur EVG am 5. Januar 1955 gebrauchte De Gasperi die Formulierung »une sorte de grande Suisse«. Im September desselben Jahres spielte er in seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Karlspreises in Aachen erneut auf das Modell der Schweiz an.

68 An dieser Stelle sei auf einige sehr nützliche Untersuchungen zur Europapolitik der Christlichen Demokraten hingewiesen: Umberto CORSINI und Konrad REPGEN (Hrsg.), *Konrad Adenauer e Alcide De Gasperi: due esperienze di rifondazione della democrazia*, Bologna 1984; hierin insbesondere die Beiträge von Umberto CORSINI, »Le origini dottrinali e politiche del pensiero internazionalista e dell'impegno europeistico di Alcide De Gasperi« (S. 249-293); Winfried BAUMGART, »La politica europeistica di Adenauer 1945-1963« (S. 363-389); Pietro PASTORELLI, »La politica europeistica di De Gasperi« (S. 295-362). Der Band ist aus einem Kolloquium hervorgegangen, das vom 10. bis 15. Settembre 1979 in Trient stattfand. Zu nennen sind auch Pietro PASTORELLI, *La politica estera italiana del dopoguerra*, Bologna 1987, und Severino GALANTE, »La genesi dell'impotenza: la politica estera della Democrazia cristiana tra Grande Alleanza e guerra fredda (1943-1949)«, in: *Storia delle Relazioni Internazionali* 1986, S. 245-302, sowie Ronald IRVING, »Italy's Cristian Democrats and European Integration«, in: *International Affairs* 1976, S. 400-411. Unverzichtbar: Ennio DI NOLFO, Romain H. RAINERO et Brunello VIGEZZI (Hrsg.), *L'Italia e la politica di potenza in Europa*, vol. 2, 1945-1950, Mailand 1988, und vol. 3, 1950-1960, Mailand 1992. Mehrere der zahlreichen Beiträge dieses Werkes haben die Politik De Gasperis und der Christlichen Demokraten zum Gegenstand. Sie sind in Anbetracht ihrer Tragweite nicht nur für Italien von Bedeutung. Ich nenne insbesondere Brunello VIGEZZI, »De Gasperi, Sforza, la diplomazia italiana e la politica di potenza dal

1951 in Santa Margherita Ligure war von großer Bedeutung.⁶⁹ Der italienische Regierungschef überzeugte seinen Gesprächspartner davon, daß man auf dem Weg zu einem Bundesstaat Europa weiter gehen und daß eine Etappe auf dem Weg dorthin die Bildung einer Verteidigungsgemeinschaft sein müsse, die den Eckpfeiler der europäischen Union bildete. Im Juni traf er sich mit Adenauer in Rom, der seine erste Auslandsreise machte und der auch im Vatikan von Pius XII. mit Zuspruch bedacht worden war. Als äußeres Zeichen für seine Entschlossenheit voranzugehen, übernahm De Gasperi selbst das Außenministerium. An seine Seite berief er Paolo Emilio Taviani als Staatssekretär, der in Paris die italienische Delegation leitete, die dort den Vertrag verhandelte; an dessen Stelle entsandte er in die französische Hauptstadt einen Föderalisten – Ivan Matteo Lombardo – der seit langem Mitglied der Föderalistischen Bewegung Europas war.⁷⁰ Im Oktober brachte Taviani in Paris das Projekt eines in allgemeiner Wahl zu wählenden Europaparlaments zur Sprache. In seiner berühmten Rede vor der Beratenden Versammlung des Europarats in Straßburg forderte De Gasperi am 10. Dezember die Sechs auf, ihren Willen zur Schaffung gemeinsamer politischer Institutionen und vor allem nach einer Volksvertretung mit echten

Trattato di pace al Patto Atlantico», vol. 2, S. 3-57; Antonio VARSORI, »De Gasperi, Nenni e Sforza e il loro ruolo nella politica estera italiana del secondo dopoguerra«, vol. 2, S. 59-91; Carla MENEGUZZI ROSTAGNI, »La Santa Sede e la politica estera italiana (1945-1949)«, vol. 2, S. 169-193; Brunello VIGEZZI, »L'Italia e i problemi della 'politica di potenza'. Dalla crisi della CED alla crisi di Suez«, vol. 3, S. 3-29; Alfredo CANAVERO, »La politica estera di un ministro degli Interni: Scelba, Piccioni, Martino e la politica estera italiana (1954-1955)«, vol. 3, S. 31-58; Anna BEDESCHI MAGRINI, »Spunti revisionistici nella politica estera di Giovanni Gronchi Presidente della Repubblica«, vol. 3, S. 59-73; Carla MENEGUZZI ROSTAGNI, »Il Vaticano e la costruzione europea (1948-1957)«, vol. 3, S. 143-172; Severino GALANTE, »Alla ricerca della potenza perduta: la politica internazionale della DC e del PCI negli anni '50«, vol. 3, S. 173-198; Antonio VARSORI, »L'Italia fra alleanza e CED (1949-1955)«, vol. 3, S. 587-623.

69 Philippe CHENAUX, *Une Europe vaticane?* (zit. Anm 6), S. 159. Die erwähnte Treffen war nach Chenaux eine Begegnung »de deux hommes, de deux destinées, que tout concourait à rapprocher: formation intellectuelle, expériences politiques, même foi chrétienne profonde et vécue«. Siehe auch Pierre GUILLEN, »Les questions européennes dans les rapports franco-italiens de la rencontre de Santa Margherita (février 1951) au voyage de Pierre Mendès-France à Rome (janvier 1953)«, in: Jean-Baptiste DUROSELLE, Enrico SERRA (Hrsg.), *Italia e Francia 1946-1954*, Mailand 1988, S. 298-313.

70 Daniela PREDÀ, »De Gasperi, Spinelli e l'art. 38 della CED«, in: *Il Politico* 1989, S. 575-595, und *Storia di una speranza. La battaglia per la CED e la Federazione europea nelle carte della Delegazione italiana (1950-1952)*, Mailand 1990. IDEM, »Dalla Comunità Europea di Difesa alla Comunità Politica Europea: il ruolo di De Gasperi e Spinelli«, in: Sergio PISTONE (zit. Anm 3), S. 367-392. Eine Reihe aufschlußreicher Beiträge zur geistigen Ausrichtung der italienischen Christdemokraten hat Paolo Emilio TAVIANI in seinem Band *Solidarietà atlantica e Comunità europea*, Florenz 1966, zusammengefaßt; darin besonders beachtenswert seine »Breve storia del tentativo della CED«, S. 243-299. Im Tenor ähnlich die gesammelten Reden von Guido GONELLA, *Lo spirito europeo. Scritti e discorsi 1936-1979*, Rom 1979.

Vollmachten stärker zu bekunden.⁷¹ Auch wenn Schuman und mit ihm Paul van Zeeland zur Vorsicht mahnten, De Gasperi sorgte für Dynamik – eine »konstruktive und anspruchsvolle Dynamik«, laut Philippe Chenaux⁷² –, und es gelang ihm, in dem Vertragsentwurf zur Schaffung der EVG den berühmten Artikel 38 unterzubringen, der ausdrücklich die Entwicklung föderaler Institutionen vorsah.

Man kann hier das ganze Gewicht ermessen, das die Entscheidung und die Entschlossenheit des Führers der Democrazia Christiana Italiens, der sich schon lange für die föderale Option entschieden hatte, für die Christlichen Demokraten in Europa hatte.⁷³ Altiero Spinelli notierte in seinem *Europäischen Tagebuch* unter dem Datum des 8. August 1948, daß De Gasperi die föderalistischen Initiativen unterstützte und dabei Zuspruch aus verschiedenen Kreisen erfahre, auch von der Föderalistischen Bewegung im Vatikan, was auf eine Konvergenz der Entwicklungen hindeutet.⁷⁴ So fand Pater Messineo in der Ausgabe vom 17. Mai 1952 von *La Civiltà Cattolica* die folgenden Worte: »Man muß in aller Objektivität zugeben, daß der Abgeordnete De Gasperi, seit er das Außenministerium übernommen hat, der Politik Italiens eine viel stärkere universale und europäische Ausrichtung gibt, indem er zum glühenden Verfechter der Einheit und bei den von ihm besuchten internationalen Konferenzen auch zum energischen Streiter für ein unitaristisches Ideal wurde, das sich harmonisch in die christliche Sicht der Beziehungen zwischen den Völkern einfügt.« De Gasperi hatte den Anstrengungen der Christlichen Demokraten für ein geeintes Europa, mit dem er sich selbst identifizierte, zu einer neuen Qualität verholfen. Im September 1952 kehrte er aus Aachen zurück, wo er mit dem Karlspreis ausgezeichnet worden war, der jährlich an eine Persönlichkeit verliehen wird, die sich beispielhaft für die Idee Europas eingesetzt hat. Er soll den Wunsch geäußert haben, daß nur diese Auszeichnung seinen Sarg schmücke.⁷⁵

Die Frage der EVG hat bei den Bemühungen der Christlichen Demokraten um eine föderalistische Lösung und bei den Diskussionen zwischen und

71 Maria Romana DE GASPERI (Hrsg.), *De Gasperi e l'Europa* (zit. Anm 21), S. 116-123. Giuseppe PETRILLI, *La politica estera ed europea di De Gasperi*, Rom 1975, S. 73-74. Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang auch die Rede De Gasperis vor dem Senat am 1. April 1952, »Sul bilancio del Ministero degli Affari Esteri per l'esercizio finanziario 1952-1953«, in: *Discorsi parlamentari* (zit. Anm 56), S. 1082-1093; Auszüge in *De Gasperi e l'Europa*, S. 152-159.

72 Philippe CHENAUX, *Une Europe vaticane?* (zit. Anm 6), S. 159-169.

73 Unzutreffend hingegen die Darstellung von Marinella NERI GUALDESI, »La battaglia dei federalisti italiani per costruire l'alternativa europea federale (1950-1956)«, in: *L'Italia e la politica di potenza in Europa (1950-1960)* (zit. Anm 68), S. 253-287.

74 Altiero SPINELLI, *Diario europeo 1948-1969*, Bologna 1989, S. 28.

75 Maria Romana CATTI DE GASPERI, *La nostra patria Europa: il pensiero europeistico di Alcide De Gasperi*, Mailand 1969, S. 89, zit. bei Daniela PREDA (zit. Anm 70).

innerhalb der Parteien eine große Rolle gespielt. Die Widerstände von Van Zeeland in Belgien sind bekannt; sein Auftritt bei der Konferenz der Außenminister der Sechs in Baden-Baden am 7. und 8. August 1953 ist ebenfalls bekannt, als er nicht für eine politische Gemeinschaft, sondern für eine Vereinigung souveräner Staaten eintrat.⁷⁶ Im französischen Lager war Robert Schuman auf De Gasperis Linie eingeschwenkt, wie Pierre Guillen festhält⁷⁷. Die vorsichtige Haltung des MRP wurde aufgegeben; auf dem Parteitag von Bordeaux im Mai 1952 verlangte Paul Coste-Floret, der Berichterstatter für die Außenpolitik, »die Bildung einer politischen Gewalt in Europa, die über die europäische Armee verfügt«⁷⁸, während Pierre-Henri Teitgen, ein überzeugter Föderalist, zum Vorsitzenden der Partei gewählt wurde.⁷⁹ Doch wurde die EVG mit der Rückkehr von Georges Bidault ins Außenministerium im Januar 1953 ein ständiger Anlaß zur Sorge. Die Forderung Frankreichs nach zusätzlichen Protokollnotizen führte zu immer neuen Verzögerungen. Robert Schuman schien diese Beunruhigung zu teilen. Auf dem MRP-Kongreß vom Mai 1953 griff er die seiner Meinung nach allzu vorsichtige Politik seines Nachfolgers an⁸⁰ und ließ eine Entschließung verabschieden, in der die schnelle Unterzeichnung der Zusatzprotokolle und die Ratifizierung des Vertrags gefordert wurden.⁸¹ Die französische Regierung wollte sich aber 1953 nicht von den föderalistischen Bestrebungen der Italiener mitreißen lassen; bei seinem Aufenthalt in Rom im Februar ging Bidault nicht über Absichtserklärungen hinaus. Konkretes war nicht zu erreichen, trotz der »Beschwörungen«, die De Gasperi in einem Schreiben vom 3. April an Bidault richtete.⁸² Auch wenn Guido Gonella im Parteiorgan der *Democrazia Christiana Il Popolo* vom 14. Mai einen enthusiastischen Artikel über das »christlich-demokratische Vierergerüst« bestehend aus De Gasperi, Adenauer, Bidault und Van Zeeland veröffentlichte, so wurde das von Italien vertretene föderalistische Ideal von Frankreich doch nicht geteilt. Der Mißerfolg der EVG in Paris war für die italienischen Christlichen Demokraten ein tiefer Schock: »Das französische Parlament hat die EVG auf eine dramatische Weise zurückgewiesen«, schrieb am 14. September 1954 die von De Gasperi begründete Wochenzeitschrift *La Discussione*: »der

76 Michel DUMOULIN (zit. Anm 8), S. 30.

77 Pierre GUILLEN (zit. Anm 69), S. 36.

78 Archives Nationales, Archives MRP 350 AP/23.

79 Pierre-Henri TEITGEN: »Faites entrer le témoin suivant«. 1940-1958, de la Résistance à la Vè République, Rennes 1988.

80 Raymond POIDEVIN, *Robert Schuman* (zit. Anm 7), S. 95.

81 Raymond POIDEVIN, *Robert Schuman homme d'Etat* (zit. Anm 7), S. 377. Philippe CIENAUX kommt zu der Ansicht, daß der Gegensatz Bidault/Schuman nicht überschätzt werden dürfe, da auch Schuman hinsichtlich supranationaler Strukturen Zurückhaltung gezeigt habe. (zit. Anm 20).

82 Zit. bei Pierre GUILLEN (zit. Anm 69), S. 39.

EVG-Vertrag war die Charta der Europaanhänger.« Schuld daran, dachte man in Rom, waren die erklärten Gegner, aber auch die lasche Haltung der Anhänger. Igino Giodani wies in *La Discussione* vom 13. Juni 1954 darauf hin, daß bei den Parteitagen von MRP und CDU in Lille und Köln der Bau Europas zwar unterstützt wurde, aber doch »mehr in Köln als in Lille«. Im Vergleich zur vehementen Opposition gegen das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hätten die Anhänger des Vorhabens ein Bild der Schwäche und des Zauderns ohne erkennbaren politischen Willen geboten, notierte Paolo Emilio Taviani.⁸³ Bidault habe ein supranationales Projekt mit den nationalistischen Konzepten der französischen Abgeordneten in Einklang bringen wollen, doch hätten die Verteidiger des Projekts es nicht verstanden – so *La Discussione* –, dem Parlament den Vertrag schmackhaft zu machen. Statt dessen hätten sie sich bei der Diskussion um die deutsche Wiederbewaffnung nicht auf europäische, sondern auf nationalistische Überlegungen eingelassen.⁸⁴ Für die DCI war also der MRP »für den Mißerfolg mitverantwortlich.«⁸⁵ Einige Monate später, am 23. Oktober, erlebten die Italiener bei den Gesprächen über die Verträge von Paris, die als Ersatz für die gescheiterte EVG erhalten sollten, erneut eine herbe Enttäuschung: Während die DCI in der neuen Westeuropäischen Union ein Mittel sah, um den Schaden vom 30. August zu begrenzen, lehnte der MRP sie vollständig ab und wünschte den seiner Meinung nach allzu schwachen und ineffizienten Rahmen der WEU durch bilaterale Verträge zwischen den Sechs zu stärken. Paolo Emilio Taviani, der in der Zwischenzeit Verteidigungsminister geworden war, bedauerte zwar diesen Meinungsunterschied, blieb aber im Ton diplomatisch. In *Il Popolo* vom 17. November bekundete er die »Bewunderung (der italienischen Christlichen Demokraten) für die Zähigkeit und die Inbrunst, mit der sich die Christlichen Demokraten in Frankreich auch weiterhin für das europäische Ideal schlagen wollen. Sie befinden sich in einem viel schwierigeren Umfeld als wir ... Somit ist die Position der französischen Christlichen Demokraten schwieriger und aus wahltaktischer Sicht auch riskanter.« Allerdings konnte er es sich nicht verkneifen hinzuzufügen: »Die Christlichen Demokraten Italiens bedauern, feststellen zu müssen, daß die Freunde im MRP zwar grundsätzlich übereinstimmen, in der konkreten politischen Aktion aber keine Übereinstimmung erkennen lassen.«⁸⁶ Bei der Abstimmung über die Ratifizierung Ende Dezember 1954 stimmte die große Mehrheit der MRP-Abgeordneten entweder dagegen oder

83 Paolo Emilio TAVIANI (zit. Anm 70), S. 245-299.

84 »L'errore d'impostazione degli europeisti francesi«, in: *La Discussione*, 12. September 1954.

85 Mitteilung von Paolo Emilio TAVIANI an den Verfasser, Rom 27. Oktober 1989.

86 »Le decisioni del MRP«, *Il Popolo*, 17 novembre 1954, in: Paolo Emilio TAVIANI (zit. Anm 70), S. 307-311.

enthielt sich der Stimme. Nur einige entschlossen sich zusammen mit Robert Schuman, der erneut mit den Italienern auf einer Linie lag, die Pariser Verträge zu billigen.

Diese Wechselfälle sind aufschlußreich. Sie lassen Schwierigkeiten und Schwankungen auf der einen Seite, auf der anderen aber auch die Entschlossenheit der dominanten Strömung erkennen, das Einigungsprojekt trotz des Mißerfolgs der EVG zum Projekt der Christlichen Demokraten zu machen, wovon das Manifest der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD), das Programm der Europäischen Volkspartei und die Programme der einzelnen Parteien zeugen.⁸⁷ Die Römischen Verträge von 1957 sollten nur ein Schritt auf diesem Weg sein. Man müsse, schrieb Pierre Pflimlin, »schließlich zu einer europäischen Föderation kommen, deren Zuständigkeit sich über das wirtschaftliche hinaus auch auf die Außenpolitik und die Verteidigung« erstrecke.⁸⁸ Doch müsse diese Föderation in Anwendung des Grundsatzes individueller Verantwortlichkeit und des Grundsatzes der Subsidiarität, beide der Soziallehre der katholischen Kirche entlehnt, die Autonomie der Staaten in zahlreichen Bereichen wahren. Es gehe darum, Supranationalität und Wahrung der nationalen Eigenheiten in Einklang zu bringen, eine nicht einfache, von einem schwer auflösbaren Widerspruch geprägte Aufgabe.

Während der bedeutenden *Semaine Sociale de France* 1962 ging Jean Rivero, Professor an der Rechtsfakultät in Paris, auf das gleiche Thema ein; er wies auf die Existenz eines »Pulverfasses« hin und warnte vor den Risiken des Nivellierens und des Gleichmachens. »Europa und seine Werte können nur auf dem Weg über seine Nationen erreicht werden«, sagte er und führte zur Lösung des Problems die Lehre von Pius XI. über die Subsidiarität an: »Innerhalb Europas muß in diesem Licht das schwierige Gleichgewicht zwischen den nationalen Unterschieden und der notwendigen Einheit definiert werden.«⁸⁹ Damit knüpfte er an Gedanken an, die Menthon 1953 bei der *Semaine Sociale* in Pau so formuliert hatte: »Europa muß im Dienste der Nationen und durch die Nationen, die es ausmachen, gebaut werden; dieses

87 Im Programm des Centre des Démocrates Sociaux français (C.D.S.), *L'autre solution*, von 1977 ist zu lesen: »Pour les héritiers de Robert Schuman, l'union de l'Europe est l'axe de la politique de la France« (S. 196). Und weiter: »Une Fédération d'Etats, d'un type nouveau, verra progressivement le jour à partir d'une première étape confédérale. La Fédération Européenne de l'avenir, pour laquelle il n'existe ni précédent ni modèle, sera une Confédération qui a réussi« (S. 201). Vgl. auch das auf dem IX. Kongress in Athen (11.-13. November 1992) verabschiedete Grundsatzprogramm der Europäischen Volkspartei.

88 Pierre PFLIMLIN (zit. Ann 43), S. 211.

89 Jean RIVERO, »Europe, nations et communauté mondiale«, in: *L'Europe des personnes et des peuples*. 49^e *Semaine Sociale de France*, Straßburg 1962, S. 169-187.

Projekt muß im Einklang mit den nationalen Gegebenheiten verwirklicht werden und sich bei seiner Verwirklichung auf diese abstützen.«⁹⁰

»Der Traum von Europa ist der Beitrag christlich-demokratischer Politik zu diesem Jahrhundert«, rief Etienne Borne 1954 in seiner Rede auf Alcide De Gasperi aus.⁹¹ Dieser »Traum« wird sicher nicht nur von Christlichen Demokraten geträumt; auch zählt die Christliche Demokratie nicht unbedingt zu den Vorreitern des Europagedankens; bekannt ist, daß um Europa Streit in ihren Reihen ausgetragen wurde. Unbestreitbar ist aber, daß die Christliche Demokratie, von der Notwendigkeit eines geeinten Europas überzeugt, das auf dem Eckpfeiler der deutsch-französischen Aussöhnung ruht, die Gunst der Stunde nutzte, als durch das Zusammentreffen von Persönlichkeiten, die den gleichen Glauben und die gleichen Grundwerte vertraten, eine Atmosphäre des Vertrauens entstand. Die Christliche Demokratie nimmt in der Geschichte der Einigung Europas eine bedeutende und unersetzliche Rolle ein. Gewiß, die rein institutionelle Bilanz mag eher mager scheinen, vor allem, wenn man an den nachhaltigen Mißerfolg mit der europäischen Verteidigungsgemeinschaft und mit dem parallelen Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft denkt. Diese Projekte waren überwiegend christlich-demokratischer Herkunft, während die übrigen (wie die EGKS und die EWG) auch von anderer Seite mitgetragen wurden. Der Beitrag der Christlichen Demokraten bezieht sich eher auf eine bestimmte Art der Politik, auf eine Methode und auf Konzepte, die ihrer Sicht der Dinge – der christlich-demokratischen Weltanschauung – entstammen. Zusammenfassend können drei Aspekte hervorgehoben werden. Zuerst die Definition und Umsetzung einer neuartigen, auf die deutsch-französische Verständigung bauenden Politik, wie in der Deklaration vom 9. Mai 1950 knapp formuliert, die auf freiwilliger Grundlage, demokratisch und umsichtig aus dem Teufelskreis von Krieg, Niederlage und Revanche führte. Zweitens gelang es, eine Dynamik zu erzeugen, die auch andere politische Gruppierungen, wie Sozialisten, Liberale und – in Frankreich – General de Gaulle und die Gaullisten – in das Werk des europäischen Einigungsprozesses einband und ihre eigenen, spezifischen Eigenheiten mit einbringen ließ. Drittens konnten – und dies ist ganz wichtig – typisch christlich-demokratische Konzepte, wie die Anerkennung der intermediären Körperschaften, die Verteidigung der Persönlichkeitsrechte, der Begriff der Gemeinschaft und das Prinzip der Subsidiarität auf Europa angewendet werden; letzteres fand sogar Eingang in den 1991 unterzeichneten Vertrag von Maastricht. Diese Konzepte haben sich in der Zwischenzeit durchgesetzt und sind zu politischem Gemeingut geworden, zweifelsohne ein Erfolg der Christlichen Demokraten, der aber

90 François de MENTHON (zit. Anm 54).

91 Etienne BORNE (zit. Anm 28).

auch eine Gefahr in sich birgt, denn es geht der Christlichen Demokratie durch die Verallgemeinerung ihres Gedankengutes ein Teil dessen verloren, was ihren besonderen Charakter, ihre Identität ausmacht. Dieser Gefahr kann durch Neubesinnung und durch Fortentwicklung des christlich-demokratischen Gedankengutes entgegengewirkt werden, eine Aufgabe, die sich auch in Anbetracht der Tatsache stellt, daß jetzt zwischen Atlantik und Ural die Mauern eingerissen sind. Die Europäische Gemeinschaft hat es nun mit einem Europa zu tun hat, das nur noch durch seine natürlichen Grenzen begrenzt ist, in dem es aber an Herausforderungen nicht fehlt.

Die Europapolitik der CDU im Hinblick auf Frankreich und den Mouvement Républicain Populaire (MRP) 1945-1966¹

Von Reinhard Schreiner

1. Frankreich im Europakonzept Konrad Adenauers

Programmaussagen der CDU zu europapolitischen Fragen sind in den offiziellen Dokumenten der ersten Jahre nach Parteigründung relativ selten zu finden und lassen sich fast ausschließlich auf Konrad Adenauer zurückführen, zumal er als Kanzler und – bis 1955 – als Außenminister die Außenpolitik maßgeblich bestimmt hat¹. Sein erklärtes Ziel war von Anfang an die politische Einigung Europas, in der er die Lösung für eine Reihe verschiedenartiger Probleme sah, die sich in drei Punkten zusammenfassen lassen: erstens die Lösung des westeuropäischen Sicherheitsproblems angesichts der sowjetischen Bedrohung, zweitens die Normalisierung der deutsch-französischen Beziehungen und drittens die Rückgewinnung von Einfluß und Souveränität für die Bundesrepublik. Europa allein hielt Adenauer jedoch für zu schwach, sich selbst zu verteidigen. Er baute auf die Schutzmacht USA, auch wenn diese sich damit einen entscheidenden politischen Einfluß in Westeuropa sicherte.

Die Einigung Europas war nach verbreiteter Ansicht Voraussetzung für die Rettung der christlich-abendländischen Kultur. In Frankreich allerdings nahm die Idee eines christlichen Europa als Bollwerk gegen Kommunismus und sowjetische Expansion schon aus geographischen Gründen einen weniger großen Stellenwert ein als in Deutschland. Darüber hinaus war bei der Volksrepublikanischen Bewegung (MRP), die als französische Schwesterpartei der Christlich-Demokratischen Union in Deutschland angesehen werden kann (gegr. 1944 – aufgelöst 1967), eine Einigung auf eine

¹ Hans-Peter SCHWARZ, »Adenauer und Europa«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 27 (1979), pp. 471-523. Vgl. auch seine umfangreiche Biographie (Adenauer. *Der Aufstieg: 1876 – 1952*, Stuttgart 1986, pp. 850-879), deren zweiter Band (Adenauer. *Der Staatsmann: 1952 – 1967*) 1991 erschienen ist. – Die nachfolgenden Ausführungen geben unwesentlich verändert einen Vortrag wieder, den ich am 19. Januar 1990 in Paris im Rahmen eines von der Fondation National des Sciences Politiques veranstalteten Kolloquiums über »Le MRP et la Construction Européenne (1944-1966)« gehalten habe. Eine französische Fassung ist mittlerweile erschienen in: Serge BERSTEIN, Jean-Marie MAYEUR, Pierre MILZA (Hg.), *Le MRP et la construction européenne*, Brüssel 1993, pp. 273-290

christliche Motivation schwierig, und zwar aus innenpolitischen Gründen, worauf noch einzugehen sein wird. Dennoch haben sich MRP-Politiker auf CDU-Parteitag immer für die Erhaltung einer christlich-humanistischen Lebensauffassung ausgesprochen.²

Der Versuch der Normalisierung der deutsch-französischen Beziehungen war sowohl in Frankreich und im MRP als auch in Deutschland und in der CDU eng mit europapolitischen Zielen verknüpft. Allerdings trat der MRP erst seit 1948, nachdem er vier Jahre lang zuvor die Zergliederung der deutschen Staatlichkeit gefordert hatte, für die Integration Deutschlands in ein europäisches Bündnissystem ein, um damit eine bessere Kontrolle über die deutsche Wirtschaft ausüben zu können und ein Wiedererstarken des Nationalismus und Militarismus zu verhindern.³ Damit betrachtete der MRP die europäische Integration in erster Linie als Lösung des deutschen Problems. Robert Schuman⁴, der 1948 das Amt des Außenministers von seinem Parteifreund Georges Bidault übernahm, verkörperte im MRP die neue positive Politik einer deutsch-französischen Verständigung; er ging sogar darüber hinaus von einer »deutsch-französischen Schicksalsgemeinschaft«⁵ aus. Im Unterschied zu Adenauer hielt Schuman aber ein deutsch-französisches »tête-à-tête« für verfrüht. Beide Staatsmänner waren sich darin einig, daß die Zeit der Nationalstaaten in Europa zu Ende sei und daß die europäischen Staaten aus eigener Kraft ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Probleme nicht lösen konnten. Anders als Bidault, der einer Atlantischen Gemeinschaft gegenüber einer Europäischen den Vorzug gab, wurde Schuman von den meisten CDU-Politikern als überzeugter Europäer geschätzt⁶, sieht man von den Konfrontationen ab, die sich in der Saarfrage – hier gab es allerdings auch in der CDU unterschiedliche Standpunkte – ergaben.

² In diesem Sinne äußerte sich Marc Scherer in seinem Grußwort auf dem zweiten CDU-Bundesparteitag (*Zweiter Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands*, Karlsruhe, 18.-21. Oktober 1951, pp. 85-87).

³ Reinhard SCHREINER, *Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944-1948*, Frankfurt/M. 1985.

⁴ Raymond POIDEVIN, *Robert Schuman, homme d'Etat 1886-1963*, Paris 1986.

⁵ Vgl. den gleichnamigen Artikel von François de MENTION (MRP) in *Informations-schrift der Deutschen Pressestelle der Europäischen Bewegung* vom 16.7.1952.

⁶ Zur Unterschiedlichkeit der europapolitischen Konzeptionen bei Bidault und Schuman vgl. POIDEVIN (*Schuman*, zit. Anm. 4), pp. 198-242. – Adenauer äußerte sich auf den Sitzungen des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone vom 10.7. und 3.8.1948 positiv über den Außenministerwechsel von Bidault auf Schuman, zit. bei Helmuth PÜTZ (Bearb.), *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone*, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1975, pp. 521, 539. – Konrad Kraske, Stellvertretender CDU-Bundesgeschäftsführer, schrieb in seinem Bericht über seine Teilnahme am MRP-Parteitag in Paris im Mai 1953: Von europäischer Überzeugung sei bei Bidault nichts zu spüren; er wolle sich nicht auf Europa festlegen, bis sich endgültig erwiesen habe, ob es für Frankreich nicht womöglich einen anderen und viel nützlicheren Weg als den der europäischen Einigung gebe (ACDP VII-004-215/1).

Adenauer bemühte sich in seinen Reden oft darum, die noch bestehenden Ängste und das Mißtrauen der Franzosen Deutschland gegenüber verständlich zu machen⁷ und fand in seiner Partei auch Unterstützung.⁸ Für ihn selbst stellte die europäische Einigung auch ein Mittel dar, veraltete preußische Traditionen zu beseitigen und Ängsten vor einer Rückkehr des Nationalsozialismus entgegenzuwirken. Die Angst vor einer französisch-sowjetischen Annäherung, basierend auf dem Freundschaftsvertrag vom Dezember 1944, spielte bei Adenauer eine nicht unbedeutende Rolle⁹, während man in Frankreich befürchtete, Deutschland könne sich dem Osten anschließen, um seine Wiedervereinigung zu erreichen.¹⁰ Für den CDU-Vorsitzenden stand die deutsche Wiedervereinigungspolitik nicht, wie er es den Kritikern in seiner Partei (u.a. Jakob Kaiser) immer wieder klarzumachen versuchte, im Widerspruch zur Westbindung.

Für Adenauer wie für Schuman galt die Bereinigung der deutschfranzösischen Beziehungen als Vorbedingung für die europäische Integration. Die von Frankreich gewünschte Kontrolle wollte Adenauer durch Partnerschaft ersetzen und im Endeffekt die Souveränität und Gleichberechtigung der Bundesrepublik in der europäischen Gemeinschaft durch Vertrauensgewinn erreichen. Damit sollte verhindert werden, daß sich die Siegermächte auf dem Rücken Deutschlands einigten. Das Problem einer Beschneidung der staatlichen Souveränität im vereinigten Europa stellte sich während dieser Zeit in Deutschland, anders als in Frankreich, nicht.

Ein klares Integrationskonzept hat es im MRP und in der CDU in den ersten Nachkriegsjahren aber nicht gegeben. Adenauer verwandte gelegentlich die Formel »Vereinigte Staaten von Europa« und spielte mit dem Gedanken einer wirtschaftlichen Verflechtung der westeuropäischen Länder.¹¹ Er hielt zwar in seiner Europapolitik an Grundsätzen, wenn er sie einmal gefaßt hatte (z.B. an der Bejahung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft) fest, war aber auch jederzeit bereit, diese Politik der außenpolitischen

7 Vgl. die Rede Adenauers auf dem ersten Parteitag der CDU der britischen Zone in PÜTZ (Konrad Adenauer, zit. Anm. 6), p. 350.

8 Vgl. Eugen Gerstenmaier (»Wir müssen uns geschlossen hinter den Bundeskanzler stellen und das Gestrüpp des Mißtrauens mit Frankreich auseinanderbiegen«) und Paul Bausch (»Wenn uns die Franzosen nicht verstehen, müssen wir versuchen, sie zu verstehen«) in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 15.11.1949 (ACDP VIII-001-006/2).

9 Adenauer in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 10.3.1956, in Günter BUCHSTAB (Bearb.), »Wir haben wirklich etwas geschaffen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957, Düsseldorf 1990, p. 859.

10 So Marc Scherer (Zweiter Parteitag, zit. Anm. 2), p. 86.

11 Vgl. den Brief Adenauers vom 31.10.1945 an den Duisburger Oberbürgermeister Heinrich Weitz in Hans Peter MENSING (Bearb.), Konrad Adenauer. Briefe. Band 1: 1945-1947, Berlin 1983, p. 130.

Situation anzupassen. Dieser »flexible« oder »dynamische Pragmatismus«¹² erklärt beispielsweise, warum Adenauer nach dem Scheitern der EVG nicht resignierte, sondern sich sofort neuen Ansätzen zuwandte.

2. Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen CDU und MRP

Eine enge politische Zusammenarbeit zwischen MRP und CDU hat es, dies belegen jedenfalls die Quellen im Archiv für Christlich-Demokratische Politik, nicht gegeben. Diese Tatsache verwundert umso mehr, als beide Parteien in ihren Ländern die europäische Integration vorbehaltlos unterstützten. Außerdem trafen sich schon früh, von 1947 bis 1956, Vertreter des MRP und der CDU mit anderen westeuropäischen christlichen Demokraten zu Informationsgesprächen im Rahmen des sogenannten Genfer Kreises¹³ und arbeiteten von 1947 bis 1965 in den *Nouvelles Equipes Internationales* (NEI), dem ersten europäischen Zusammenschluß christlich-demokratischer Parteien und Politiker nach dem Kriege, zusammen. Daneben gab es Kontakte von Mitgliedern beider Parteien im Rahmen der nationalen Parteitage, auf denen offizielle Grußworte eingeladener Vertreter ausgetauscht wurden, sowie eine Anzahl privater Treffen, deren Ergebnisse aber in den deutschen Quellen so gut wie keinen Niederschlag fanden.

Die Gespräche in Genf galten als vertraulich und wurden mit der Auflage geführt, daß nichts darüber publiziert werden dürfte. Adenauer störte die Unverbindlichkeit dieser Zusammenkünfte; auf seine Frage in der Sitzung vom 10. Juni 1949¹⁴, ob es für den MRP von Nachteil sei, wenn er sich der CDU öffentlich näherte, antwortete Bidault zwar mit einem Nein, die MRP-Vertreter verhielten sich aber ausgesprochen reserviert, wenn ihre deutschen Gesprächspartner das Thema einer offiziellen Zusammenarbeit anschnitten. Der Vorschlag von Albert Gortais in der gleichen Sitzung, gegenseitig Vertreter zu den nationalen Parteitagen einzuladen, wurde von der deutschen Seite dankbar aufgenommen. In dieser frühen Zeit, aber auch noch bis weit in die fünfziger Jahre hinein, waren die Ängste in der französischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland noch zu stark. Gerade diese Ängste wollte Staatssekretär Otto Lenz mit seinem Vorschlag, Redner in beiden Ländern auszutauschen oder Begegnungen von Politikern zu organisieren,

¹² Werner WEIDENFELD in T. JANSEN/ D. MAINKE (Hg.), *Persönlichkeiten der Europäischen Integration* (Europäische Politik 56), Bonn 1981, p. 322.

¹³ Bruno DÖRPINGHAUS, »Die Genfer Sitzungen. Erste Zusammenkünfte führender christlich-demokratischer Politiker im Nachkriegseuropa«, in: D. BLUMENWITZ/K. GOTTO/H. MAIER/K. REPGEN/H.-P. SCHWARZ (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Band 1, Stuttgart 1976, pp. 538-565.

¹⁴ Protokoll dieser und der weiter unten im Text folgenden Sitzung vom 24.3.1952 in Nachlaß Dörpinghaus, ACDP 1009-017.

abbauen helfen (Sitzung vom 24.3.1952). Dies hätte aber nach Meinung der MRP-Seite in Frankreich zu einem gegenteiligen Effekt geführt. Zur Genfer Begegnung vom 3. November 1952 schrieb Lenz in sein Tagebuch: »Wir machten den Vorschlag, wenigstens eine engere Form der Zusammenarbeit zu finden, damit die schlimmsten gegenseitigen Mißverständnisse möglichst rasch ausgeräumt werden können. Selbst dazu bestand auf französischer Seite wenig Neigung.«¹⁵

Ebenfalls kein Verständnis hatte die CDU für die Weigerung der Volksrepublikaner, sich direkt in den NEI zu engagieren. Obwohl Robert Bichet (MRP) 1947 Mitgründer und erster Präsident dieser Organisation war, trat der MRP erst 1964 als offizielles Mitglied bei. Die Ursachen hierfür waren nur aus den innerfranzösischen Verhältnissen her zu verstehen: Der MRP vermied es, in Frankreich als christliche Partei aufzutreten, weil er wegen zahlreicher innenpolitischer Schwierigkeiten konstant mit Parteien (Sozialisten, Radikalen) zusammenarbeiten mußte, die eine antiklerikale Tradition besaßen. Die Volksrepublikaner hatten lange gehofft, im Zuge dieser Zusammenarbeit zu einer großen Arbeiterpartei in Frankreich zu werden. Ihre christliche Inspiration wollten sie dennoch nicht verleugnen, was die rege Mitarbeit vieler MRP-Mitglieder in den NEI, als Einzelpersonen und nicht als Partei, erklärt.¹⁶ Die CDU kannte diese Schwierigkeiten nicht. Ihr Bekenntnis zu den christlichen Grundwerten nach den Erfahrungen der Terrorherrschaft in Deutschland hatte wesentlich zu ihrem Erfolg beigetragen. Als maßgeblich regierungsverantwortliche Partei war ihre Situation eine ganz andere als die ihrer französischen Schwesterpartei. Ihre Haltung gegenüber den oppositionellen Sozialdemokraten war nicht von Zugeständnissen, sondern durch eine offene politische Auseinandersetzung geprägt.

Es muß immer wieder betont werden, daß das unterschiedliche Stärkeverhältnis von MRP und CDU unterschiedliche Voraussetzungen für die Durchsetzung der jeweiligen politischen Zielsetzungen bedeutete. Die Volksrepublikaner waren im Vergleich zur CDU eine relativ schwache und immer schwächer werdende Partei in einer von Krisen geschüttelten Vierten Republik. Die CDU als stärkste Partei in Deutschland mit Adenauer als dominierender Persönlichkeit an der Spitze bestimmte als Regierungspartei die deutsche Außenpolitik. Den deutschen Christdemokraten fiel es schwer zu verstehen, warum der Erfolg, der im eigenen Land errungen worden war, sich nicht auf die europäische Ebene in der Form einer internationalen

15 K. GOTTO/H.-O. KLEINMANN/R. SCHREINER (Bearb.), *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953*, Düsseldorf 1989, p. 454.

16 Erling BIL, *La France devant l'Europe. La politique européenne de la IV^e République*, Kopenhagen 1966, p. 367.

Zusammenarbeit übertragen ließ. Auch Hinweise Adenauers, daß es in Frankreich keine christliche Partei wie die CDU gebe, wurden von den führenden Mitgliedern der Partei und schon gar nicht von der Parteibasis verstanden oder wollten nicht verstanden werden. In Frankreich wie in Deutschland herrschte ein großes Defizit an Kenntnissen über die innenpolitischen Situationen des jeweiligen Nachbarlandes.

In der CDU gab es schon 1951 Überlegungen, den lockeren Verband der NEI durch eine Christliche Internationale zu ersetzen, die effektiver arbeiten sollte, obwohl man wissen mußte, daß sowohl der MRP als auch die belgischen Christdemokraten, die auch nicht als Partei den NEI angehörten, dagegen sein würden.¹⁷ Den gleichen Vorschlag griff die Democrazia Cristiana Italiens Anfang 1959 auf, wobei die Deutschen zu diesem Zeitpunkt gegen eine Christliche Internationale stimmten, weil dadurch ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit mit Großbritannien, Österreich, der Schweiz und den skandinavischen Ländern erschwert worden wäre.¹⁸ Deutsche Vertreter beteiligten sich zwar an der Arbeit der NEI, empfahlen aber schon 1952 ihrer Parteiführung, die Beteiligung in dieser Organisation einzuschränken. Für Georg Strickrodt, einen der aktivsten Mitarbeiter, waren »die NEI lediglich die persönliche Angelegenheit eines Ministers (Robert Bichet), der kein Amt mehr habe«¹⁹; es gebe darin »keine wesentlichen Gesprächsmöglichkeiten, vor allem nicht nach Paris hin.«²⁰ Man war der Meinung, daß die NEI, wenn es um Gespräche über die westeuropäische Einigung ging, wegen der Anwesenheit der osteuropäischen Exil-Vertreter noch weniger leisten könnten als der Genfer Kreis.

Auch die wenigen Kontakte, die zwischen der CDU-Bundesgeschäftsstelle und dem MRP-Generalsekretariat geknüpft wurden, so in einem Briefwechsel zwischen Kraske und Mallet im November 1953, führten lediglich zur Bereitschaft, zukünftig gedruckte Parteiinformationen auszutauschen.²¹ In diesem Zusammenhang kam es auch Ende 1953 und Anfang 1954 zu gegenseitigen Besuchen deutscher und französischer Journalisten. Die Bitte von Bundesgeschäftsführer Bruno Heck an Generalsekretär André Colin vom 17. Mai 1954, »die Voraussetzungen einer konkreten Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien zu klären und deren organisatorischen Rahmen

17 Adenauer in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 3.7.1951, in Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden«*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1950-1953, Stuttgart 1986, pp. 49, 70. – Adenauer an Graf von Sprei vom 10.8.1951, in Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Nr. 11.04 S.

18 Vermerk Kraske vom 27.1.1959 (ACDP VII-004-210/2).

19 Strickrodt in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 3.7.1951 (zit. Anm. 17), p. 127.

20 Strickrodt an Kraske vom 22.11.1954 (ACDP VII-004-207/1).

21 ACDP VII-004-215/1.

für die Zukunft abzustecken«, blieb, wie aus den Akten der CDU-Bundesgeschäftsstelle hervorgeht, unbeantwortet.²²

3. Diskussion um die EVG

Der Vorschlag Robert Schumans von 1950 zur Bildung der Montanunion kam für den MRP überraschend. Er bot für Frankreich die Möglichkeit, die deutsche Wirtschaft zu überwachen und an ihr zu partizipieren; entscheidend aber war, daß damit die europäische Zusammenarbeit in Gang gesetzt wurde. Deshalb war das Echo in der CDU überwiegend positiv.²³ Erst nach Bekanntgabe des Plevenplans, der – nicht nur für Adenauer – auf den ersten Blick als ein Streben Frankreichs nach militärischer Vorherrschaft gedeutet werden konnte, wurde auch der Schumanplan bei den deutschen Christdemokraten zum Teil kritisiert.²⁴ Der MRP war nach außen hin die einzige Partei Frankreichs, die die EVG vorbehaltlos unterstützte, wobei das sicherheitspolitische Moment (Kontrolle über das deutsche Militär; Verhinderung, daß die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen wurde) gegenüber europapolitischen Erwägungen den Vorrang besaß. Kritische Stimmen gab es dennoch in der Partei, die eine Wiederbewaffnung Deutschlands grundsätzlich vermeiden wollten und mit einem Verzicht auf die französische Nationalarmee und damit auf Souveränitätsrechte nicht einverstanden waren.²⁵ Abgelehnt wurde der EVG-Vertrag auch, weil man argwöhnte, er könne der Bundesrepublik ein Übergewicht in der europäischen Gemeinschaft verschaffen.²⁶

CDU-Politiker kritisierten die EVG umgekehrt als Instrument französischer Hegemonial- und Sicherheitspolitik und die vorgesehene Diskriminierung des deutschen Kontingents. Adenauer, nach dessen Meinung Frankreich auf eine Neutralisierung Deutschlands aus war²⁷, neigte bis 1951 der NATO-Lösung zu und akzeptierte dann auf Druck der USA hin das EVG-Projekt, an dem er bis zum Schluß festhielt. Für ihn bot der Plevenplan die Möglichkeit, der Verwirklichung der westdeutschen Souveränität ein Stück näher zu kommen. Die militärische Sicherheit aber sah der Kanzler nicht durch die EVG, sondern durch die NATO garantiert.²⁸ Den EVG-Kritikern

²² Ebenda.

²³ Vgl. Adenauer in *Erster Parteitag der CDU 1950* (Brosch.), pp. 11-20.

²⁴ Vgl. die Kritik Adenauers gegenüber dem amerikanischen Hochkommissar John Jay McCloy in *Tagebuch Lenz* vom 2.3.1951 (zit. Anm. 15), p. 51.

²⁵ Vgl. die Berichte von Sprei und Kraske über ihre Teilnahmen an den MRP-Parteitagen von 1952 bzw. 1953 (ACDP VII004-205/1 bzw. 215/1).

²⁶ So Léo Hamon (Bericht Kraske, ACDP VII-004-215/1).

²⁷ *Tagebuch Lenz* vom 19.1.1951 (zit. Anm. 15), p. 13.

²⁸ Herbert BLANKENHORN, *Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949-1979*, Berlin 1980, p. 115. – SCHWARZ («Adenauer und Europa», zit. Anm. 1).

in der Parteispitze (Kaiser, Gradl, Blumenfeld) machte er deutlich, daß ein Scheitern der EVG und damit der Europäischen Integration den Rückzug der Amerikaner aus Europa bedeuten könnte.²⁹

Gilbert Zieburá hat die These aufgestellt, daß die deutschen und französischen Beweggründe für die Verwirklichung der EVG primär nicht auf eine gemeinsame europäische Zusammenarbeit gezielt hätten, sondern diametral entgegengesetzt gewesen seien: Frankreich habe damit die Verselbstständigung der westdeutschen militärischen und politischen Macht verhindern, die Bundesrepublik dagegen die EVG als Mittel zum politischen Wiederaufstieg nutzen wollen.³⁰ Diese These unterschlägt aber, daß sowohl auf französischer wie auf deutscher Seite das Gesamtziel der europäischen Einigung stets präsent war.

4. Krise und »relance européenne«: Vom Scheitern der EVG bis zur Gründung der EWG

Bis 1954 erweckten MRP-Politiker in ihren Kontakten mit der CDU den Eindruck, eine Ratifizierung des EVG-Vertrags durch die französische Nationalversammlung sei noch möglich.³¹ Die Hauptberater Adenauers in dieser Angelegenheit, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Walter Hallstein und der Bundespressechef Felix von Eckardt, verunsicherten den Bundeskanzler durch ihre unterschiedlichen Beurteilungen. Hallstein, der seine Informationen aus Kreisen europafreundlicher Politiker in Frankreich bezog, war von der Erfolgsaussicht, von Eckardt dagegen von der Aussichtslosigkeit der EVG-Ratifizierung in Frankreich überzeugt.³² Es ist nicht sicher, ob die Enttäuschung Adenauers über das Scheitern des Projekts wirklich so groß gewesen ist, wie er es in seinen Memoiren darstellt³³. Schon seit Jahren hatte er sich auf diesen Augenblick vorbereitet, um der Bundesrepublik den Beitritt zur NATO zu ermöglichen³⁴, und so im Frühjahr 1954 dem

p. 485. – Paul NOACK, *Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Entscheidungsprozesse vor und nach dem 30. August 1954*, Düsseldorf 1977, p. 241.

²⁹ Adenauer im CDU-Parteiausschuß vom 9.11.1951; siehe Werner WEIDENFELD in: H.-E. VOLKMAN/W. SCHWENGLER (Hg.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft*, Boppard 1985, p. 260.

³⁰ Gilbert ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Stuttgart 1970, p. 73.

³¹ So Alfred Coste-Floret in Tagebuch Lenz vom 17.5.1954 (Nachlaß Lenz, ACDP I-172).

³² WEIDENFELD (zit. Anm. 29), p. 265.

³³ Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1953-1955*, Stuttgart 1980, p. 298.

³⁴ Schon 1951 hatte Adenauer in einer Besprechung im Bundeskanzleramt erklärt, daß er sofort bereit sei, im Falle des Scheiterns der EVG dem Atlantikpakt beizutreten (Tagebuch Lenz vom 9.12.1951, zit. Anm. 15, p. 193). – Nach dem Scheitern des Projekts erklärte er in der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 11.10.1954, ein »Brüsseler Pakt plus NATO« sei »viel

Auswärtigen Amt den Auftrag erteilt, Ersatzlösungen für eine gescheiterte EVG zu erarbeiten.³⁵

MRP-Mitglieder hatten davor gewarnt, innerparteiliche Diskussionen in der CDU über eine Alternative zur EVG an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, um die Ratifizierung in Frankreich nicht zu gefährden, obwohl man auch im MRP über Möglichkeiten diskutierte, die nach einem Scheitern der EVG in Betracht gezogen werden könnten.³⁶ Aus diesem Grund hatte es Adenauer nicht für nötig gehalten, der Forderung Bidaults nach der Lösung der Saarfrage als Vorbedingung für die französische Ratifizierung der EVG nachzugeben. Auch Schuman war gegen eine Verbindung der beiden Themenkomplexe EVG und Saarfrage. Schon Jahre vorher hatte er immer wieder versucht, die europäische Einigung und das deutsch-französische Verhältnis durch das Saarproblem nicht zu belasten, wobei ihn führende Mitglieder seiner Partei unterstützten.³⁷ In Frankreich allerdings stand Schuman meist unter dem Druck der in der Saarfrage nationalistisch eingestellten Öffentlichkeit, was sich in Konflikten mit Adenauer niederschlug. Auch der Bundeskanzler wurde, als er der französischen Regierung die Europäisierung des Saargebiets zugestanden hatte, in der eigenen Partei heftig kritisiert (Kaiser, Zimmer, Altmeier). Die Lösung des Saarproblems im Jahr 1955 räumte ein großes Hindernis in der deutsch-französischen Zusammenarbeit aus dem Weg. Dieser Wendepunkt fällt in die erste Phase der sogenannten »*relance européenne*«, die in der Forschung auf den Zeitraum vom 30. August 1954 (Scheitern der EVG) bis zum 25. März 1957 (Unterzeichnung der Römischen Verträge) datiert wird.³⁸ In der Zeit zwischen Sommer 1954 und Frühjahr 1955 waren die Beziehungen zwischen MRP und CDU auf einem Tiefpunkt angelangt.

Als das französische Parlament den EVG-Vertrag nicht ratifizierte, wuchs in großen Teilen der deutschen öffentlichen Meinung ein Mißtrauen gegenüber Frankreich als Verhandlungspartner. Adenauer gab zwar zu, daß auch die Bundesrepublik für das Scheitern verantwortlich war, weil sie selbst mit der Ratifizierung so lange gezögert hatte, sprach aber auch von einer

besser, als es die EVG gewesen ist« (zit. in BUCHSTAB, *Bundesvorstandsprotokolle 1953-1957*, zit. Anm. 9, p. 256).

35 Wilhelm GREWE, *Rückblenden 1976-1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt*, Frankfurt/M. 1979, p. 194.

36 NEI-Tagung in Genf vom 3.5.1954 (ACDP VII-004-207/1).

37 In einem Treffen des Genfer Kreises vom 30.11.1949 machte die MRP-Delegation darauf aufmerksam, daß die Saarfrage letztlich in einem geeinten Europa gelöst und eine freie Entscheidung der Saarländer anerkannt werden müsse (Bericht von Brentano vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ACDP VIII-001-1006/2).

38 Vgl. die Beiträge von Jean-Baptiste DUROSELLE und Pierre GERBET in Enrico SERRA (Hg.), *La Relance Européenne et les Traités de Rome*, Brüssel 1989, pp. 61-93.

»gewissen Lethargie des MRP in der Nationalversammlung«³⁹. Die CDU war enttäuscht, als der größte Teil der MRP-Fraktion Monate später, am 30. Dezember 1954, die Pariser Verträge in der Nationalversammlung ablehnte.⁴⁰ Trotz des integrationsfeindlichen Klimas in Frankreich gehörte der MRP dennoch zu den wenigen Kräften im Lande, die eine Fortsetzung der europäischen Einigungspolitik forderten. Das politische Interesse der französischen Parteien konzentrierte sich in dieser Zeit auf innenpolitische Reformen und auf die Überseepolitik. Nach dem Sturz von Mendès-France im Februar 1955 machte der MRP die Unterstützung der neuen Regierung Faure von der Fortsetzung des europäischen Integrationskurses abhängig.

Die *relance européenne* leitete erst ab März 1955 eine konstruktive Phase deutsch-französischer Zusammenarbeit ein. MRP und CDU waren sich darin einig, daß die europäische Idee nur dann einen Aufschwung nehmen könnte, wenn die Befugnisse des Parlaments der Montanunion und des Europarats erweitert würden und somit echte parlamentarische Institutionen den Weg für eine zunächst wirtschaftliche Integration freimachten.⁴¹ Das Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 erweiterte den Handlungsspielraum der Bonner Außenpolitik erheblich und aktivierte die deutsche Europapolitik.

Die Initiative zur Gründung von EWG und Euratom, die von den Beneluxstaaten ausging, wurde vom MRP und von der CDU begrüßt. Der Gemeinsame Markt sollte durch die Politische Gemeinschaft ergänzt werden. In dieser Frage gab es in der Bundesregierung Kontroversen und Kompetenzschwierigkeiten zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Auswärtigen Amt.⁴² Die Gruppe um Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard befürchtete, daß mit der Zollunion eine protektionistische Handelszone geschaffen würde, die eine Ausweitung des globalen Welthandels behinderte. Dagegen verfolgte das Auswärtige Amt unter der Leitung des neuen Außenministers Heinrich von Brentano den Kurs der Gesamtintegration, der auch von Adenauer unterstützt wurde. Gegenüber seinem Kabinett bestand der Kanzler auf der Durchsetzung seiner Politik und verwies dabei auf seine Richtlinienkompetenz. Nach außen hin bemühte er sich um eine Gleichgewichtspolitik zwischen den in der Bundesrepublik widerstrebenden Kräften der »Freihändler«, die Großbritannien in die europäische Gemeinschaft integrieren wollten, und den »Föderalisten«, für die das supranationale

39 Adenauer in der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 11.10.1954 (BUCHSTAB, *Bundesvorstandsprotokolle 1953-1957*, zit. Anm. 9), p. 249.

40 BLANKENHORN (*Verständnis*, zit. Anm. 28), p. 203.

41 Otto Lenz und Franz Josef Strauß auf dem NEI-Jahreskongreß 1955 in Salzburg (ACDP VII-004-207/2).

42 Daniel KOERFER, »Zankapfel Europapolitik. Der Kompetenzstreit zwischen Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium 1957/58«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 29 (1988), pp. 553-568. – Hanns Jürgen KÜSTERS, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982, p. 222.

Konzept an erster Stelle stand. Für Adenauer selbst war die EWG nicht in erster Linie eine Wirtschafts-, sondern eine politische Kombination, eine Vorstufe, zu einem integrierten Europa zu kommen.⁴³ Auf wenig Verständnis bei der CDU stießen im MRP angestellte Überlegungen einer Assoziierung der überseeischen Gebiete Frankreichs an die Europäische Gemeinschaft (»Eurafrrique«), die von den Partnerstaaten finanziell unterstützt und diesen dafür neue Absatzmärkte eröffnen sollten.

5. Veränderte Bedingungen durch de Gaulle nach 1958

Der Amtsantritt de Gaulles bestätigte im MRP und in der CDU zunächst nicht die Befürchtungen, daß damit das Ende der europäischen Integration eingeleitet worden sei. Der neue Regierungschef hielt zur Überraschung aller an den geschaffenen europäischen Institutionen wie der Montanunion und der EWG fest. Auf Adenauer hatte de Gaulle in den persönlichen Treffen des Jahres 1958 einen starken Eindruck hinterlassen, der beim Bundeskanzler zu einer völlig neuen Einschätzung des Generals führte, was dessen Deutschland- und Europapolitik betraf. Einig waren sich beide vor allem in den Zielen, die deutsch-französische Freundschaft zu vertiefen und die sowjetische Gefahr abzuwehren. Eine Beseitigung der innenpolitischen Schwäche Frankreichs war für Adenauer gleichbedeutend mit einer Stärkung Europas.⁴⁴ Die entschlossene und klar definierte Politik de Gaulles stand für Adenauer, aber sicherlich nicht nur für ihn, in einem Kontrast zur »schon seit Jahren unentschiedenen Haltung des MRP«⁴⁵.

Erst de Gaulles Politik gegen die NATO ab 1959 und seine Kritik am Eingriff der europäischen Behörden in nationale Hoheitsrechte, dem Ausgangspunkt seiner Konzeption des »Europas der Vaterländer«, bereiteten Adenauer Sorgen⁴⁶ und führten zu scharfer Kritik in den Reihen der CDU und des MRP. In beiden Parteien war man sich sicher, daß ein Ausscheiden aus der Atlantischen Gemeinschaft einen Konflikt mit den USA und eine politische Isolierung nach sich ziehen sowie in militärischer Hinsicht zu einer gefährlichen Situation führen würde, woran auch eine eigene französische Atomstreitmacht nichts änderte. Eine Assoziierung der europäischen Regierungen, wie de Gaulle sie plante, wurde kritisiert als Rückschritt von der Konzeption der Supranationalität und als Ende der europäischen Integration, wie sie von Robert Schuman eingeleitet worden war. Der Rücktritt

43 Adenauer in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 16.9.1959 (ACDP VII-001-008/2).

44 CDU-Bundesvorstandssitzung vom 11.7.1958 (ACDP VII-001-007/3).

45 CDU-Bundesvorstandssitzung vom 28.11.1958 (ACDP VII-001-021/4).

46 CDU-Bundesvorstandssitzung vom 22.9.1960 (ACDP VII-001-009/6).

der fünf MRP-Minister aus der französischen Regierung 1962 war eine zwangsläufige Folge dieser Kritik. Als de Gaulle in einer Pressekonferenz am 14. Januar 1963 den britischen EWG-Beitritt abrupt ablehnte, stürzte er die europäischen Einigungsbemühungen in eine tiefe Krise. Eine wichtige Voraussetzung für seine Politik war die sich abzeichnende Entspannung im Kalten Krieg, der Frankreich bis dahin auf den Status einer von den USA abhängigen Macht gedrückt hatte. Nun sah er die Rolle der »Grande Nation« aufgewertet und das Ziel eines »Europa der Vaterländer« aufgewertet.⁴⁷

Die Tatsache, daß de Gaulle mit seinem Plan eines westeuropäischen Staatenverbundes unter Führung Frankreichs mit dem Ziel, die amerikanische Hegemonie in Europa abzubauen, in einen Konflikt mit den USA geriet, änderte die Voraussetzungen für die Frankreich- und Europapolitik der Bundesregierung, die sich bis 1958 angesichts der politischen Schwäche Frankreichs an die USA wenden konnte. Adenauer versuchte, die divergierenden Interessen zwischen de Gaulle und den USA (Kennedy) auszugleichen. Er unterstützte de Gaulle, um ein europäisches Gegengewicht gegen die USA zu bilden, war sich aber auf der anderen Seite im klaren, daß die Bundesrepublik gerade jetzt angesichts des sich zuspitzenden Konfliktes um Berlin auf den amerikanischen Schutz angewiesen war.⁴⁸

Das gaullistische, auch von Adenauer vertretene Konzept, ein europäisches Gegengewicht gegen die USA zu bilden, wurde von den »Atlantikern« in der CDU, insbesondere von dem seit 1962 amtierenden Bundesaußenminister Gerhard Schröder, abgelehnt. Der MRP wollte zwar auch einer amerikanischen Hegemonie entgegenwirken, jedoch im Unterschied zu de Gaulle mit dem Konzept eines supranational politisch geeinten Europa. Damit ist nur die innere Zerrissenheit von MRP und CDU in bezug auf die Außen- und Europapolitik angedeutet. Es wäre zu einfach, zwischen »Gaullisten«, »Atlantikern« oder »Föderalisten« zu unterscheiden. Einig war man sich in der Ablehnung der europa- und verteidigungspolitischen Vorstellungen de Gaulles nach 1960, im Festhalten an der NATO, im Willen zur weiteren deutsch-französischen und europäischen Zusammenarbeit. Diejenigen, die mit der politischen Einigung Europas ein neues Machtzentrum angesichts der amerikanischen Hegemonie in Europa erstrebten, sahen sich in der Schlußlinie der Kritik derer, die jedem Konflikt mit den USA aus dem Weg gehen wollten. Franzosen wie Deutsche kritisierten, daß de Gaulle der Bundesrepublik die Optionsmöglichkeit zwischen Frankreich und den USA aufgedrängt und sie damit in einen Konflikt gestürzt hatte.⁴⁹ Auch

47 Klaus HILDEBRAND in Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Adenauer und Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1958 bis 1969 (Rhöndorfer Gespräche 7)*, Bonn 1985, p. 62.

48 SCHWARZ (»Adenauer und Europa«, zit. Anm. 1), p. 486.

49 Jean Seitlinger auf dem Weltkongreß der Christlichen Demokraten 1963 in Straßburg (ACDP VII-004-213/1). – Rolf LAHIR in: *Adenauer und Frankreich* (zit. Anm. 47), p. 41.

im Hinblick auf Großbritannien warnten CDU-Politiker davor, in Europa allein auf Frankreich zu setzen und die deutsch-französische Freundschaft offiziell allzusehr zu betonen. Trotzdem war sich die Mehrheit der deutschen Christdemokraten darüber im klaren, daß der Weg nach Europa über Paris führen mußte und die bloße Ablehnung der Politik de Gaulles, auf den es einzuwirken galt, nichts einbringen konnte.⁵⁰

Die Einigung Europas nach der Konzeption der fünfziger Jahre schien nach dem Abschluß des deutsch-französischen Vertrags von 1963 aufgegeben worden zu sein. Dieser »Zweier-Bund« wurde von den Partnerstaaten der Sechsergemeinschaft, von Großbritannien und den USA als Distanzierung empfunden. MRP und CDU konnten dennoch nicht dagegen stimmen, was bedeutet hätte, daß sie gegen die endgültige Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland gewesen wären. Innerhalb der CDU wurde darauf hingewiesen, daß zwischen beiden Ländern noch fundamentale politische Differenzen bestünden und daß die Aufgabe einer autonomen deutschen Politik angesichts der Sonderstellung der Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt unverantwortlich sei.⁵¹

Trotz weiter bestehender Gemeinsamkeiten zwischen CDU und MRP in den europapolitischen Zielsetzungen (u.a. Forderung nach Stärkung der europäischen Institutionen) lösten sich die direkten Kontakte von Beginn der sechziger Jahre an allmählich auf. Ein wesentlicher Grund dafür war, daß der MRP, besonders nach seinem Ausscheiden aus der Regierung 1962, in Frankreich ständig an politischem Gewicht verlor, bis die Partei sich 1967 schließlich selbst auflöste. Die CDU dagegen stand als stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik weiter in der Regierungsverantwortung und konzentrierte sich in den letzten Jahren der Kanzlerschaft Adenauers in den Beziehungen zu Frankreich auf de Gaulle und nicht auf den MRP. In der Regierungszeit Erhards und unter Außenminister Schröder wurden dann die Kräfte in Deutschland gestärkt, für die eine enge Verbindung zu den Vereinigten Staaten wichtiger war als die zu Frankreich. Adenauer selbst glaubte immer weniger an den militärischen Schutz der USA, die sich seiner Meinung nach zu stark auf Vietnam und auf die Entspannung mit der Sowjetunion konzentrierten. Wie Strauß sah er in einer deutsch-französischen Union den Kern eines sich entwickelnden Europas.⁵² Tatsächlich hatte die Schwäche der amerikanischen Außenpolitik 1964/65, insbesondere hervorgerufen durch die Lockerung der NATO mit dem Ziel einer Entspannung zwischen der USA und der Sowjetunion, das Verhältnis zwischen Bonn und

50 H. von Brentano an F.C. von Oppenheim vom 1.10.1964 (Nachlaß von Brentano, Bundesarchiv Koblenz Nr. 239/37).

51 Kurt Birrenbach an von Brentano vom 16.7.1964 (Nachlaß von Brentano, Bundesarchiv Koblenz Nr. 239/166).

52 HILDEBRAND (*Adenauer und Frankreich*, zit. Anm. 47), p. 66.

Washington verschlechtert. Als mögliche Antwort blieb der Bundesregierung eine engere Beziehung zu Frankreich und die Beschleunigung der europäischen Einigung, wobei beides jedoch mit großen Schwierigkeiten verbunden war.

Als die CDU zu Anfang des Jahres 1963 Kontakte zur gaullistischen Union pour la Nouvelle République (UNR) knüpfte, riskierte sie den Bruch ihrer Beziehungen zum MRP. Verbittert schrieb, als er aus der Pariser Presse von diesen Kontakten erfuhr, Henri Meck an Johannes Even: »Mir ging ein Stich durchs Herz. Ich werde keine Reden mehr auf CDU-Veranstaltungen halten, wie ich es früher (gemeint ist u.a. das Grußwort auf dem CDU-Bundesparteitag in Köln 1954) getan habe«. Und Henri Ulrich fragte in einem Brief an Roland Gerstner (Rastatt): »Genügt es nun, Mehrheitspartei zu sein, um Anschluß an die CDU zu finden? Die UNR ist der politische Hauptgegner des MRP!«⁵³ Ihre Verbindung zur französischen Schwesterpartei glaubte die CDU pflegen zu können, indem sie weiterhin Vertreter zu den MRP-Parteitag schickte.⁵⁴

Ein europapolitisches Zusammenwirken zwischen MRP und CDU, wie zu Zeiten Robert Schumans, gab es nicht mehr. Der MRP hatte seine politische Bedeutung verloren, und die CDU war in ihrer Europapolitik tief gespalten und unentschlossen.⁵⁵ Die Verwirklichung einer europäischen Politischen Union lag in weiter Ferne, und es konnte für die Mehrheit der Europapolitiker jetzt lediglich nur darum gehen, die bestehenden europäischen Institutionen – insbesondere die EWG – zu erhalten und auszubauen.

⁵³ Meck an Even vom 28.2.1963 und Ulrich an Gerstner vom 23.2.1963 (Nachlaß von Brentano, Bundesarchiv Koblenz Nr. 239/12).

⁵⁴ Adenauer an Josef Hermann Dufhues vom 21.4.1964 (ACDP VII-004-215/2).

⁵⁵ So schrieb von Brentano an Birrenbach am 29.4.1964: »Die Europapolitik des AA ist eine glatte Sabotage am europäischen Gedanken« (Nachlaß von Brentano, Bundesarchiv Koblenz Nr. 239/166).

Philosophie aus dem Geist des Christentums

Religion und Politik bei Antonio Rosmini (1797-1855)

Von Christiane Liermann

Der in Rovereto geborene Theologe, Priester und Philosoph Antonio Rosmini (1797-1855) gilt in seinem Heimatland Italien als »Klassiker«, in Deutschland dagegen ist er selbst Italienkundigen kaum bekannt. Über die Gründe dafür, daß sein Werk hier ohne nennenswerte Resonanz blieb, kann man nur spekulieren: Neben der sprachlichen Barriere mag es das für einen katholischen Autor nicht gerade günstige weltanschauliche Klima im zeitgenössischen Deutschland gewesen sein, das die Rezeption verhindert hat, und gewiß auch die Tatsache, daß Rosmini in der katholischen Welt selbst umstritten war und Teile seiner Lehre ausdrücklich als häretisch verurteilt wurden. Der Häresieverdacht hat, gestützt auf die 1887 ergangene kirchenamtlich-theologisch-philosophische Verurteilung, tatsächlich noch lange Zeit nach Rosminis Tod die Beschäftigung mit seinem Denken geprägt: Es gab Versuche, ihn als orthodoxen katholischen Philosophen zu rehabilitieren, ebenso wie Versuche, ihm Heterodoxie nachzuweisen. Bei letzteren galt irritierenderweise die Tatsache, daß sich auch tendenziell kirchenkritische, laizistische Strömungen auf Rosmini berufen zu können glaubten, als schlagender Beweis für seine Abtrünnigkeit. So war er, grob gesagt, manchen zu katholisch, anderen nicht katholisch genug, während wieder andere ihn, indem sie das eminent religiöse Element in seinem Denken als kontingent einstufen, im Sinne nationalliberaler Politik und neoidealisticer Philosophie für sich reklamierten.¹ Die schlagwortartige Charakterisierung Rosminis als »italienischer Kant« galt den einen als Warnung, den anderen als Ehrentitel. Das gleiche trifft für die ebenfalls in der Literatur tradierte, auch nicht eben hilfreiche Bezeichnung »katholischer Kant« zu. Betrachtet man sein Werk, so scheinen darin die Kontroversen eines Jahrhunderts zwischen konservativem, liberalem, nationalem und neothomistischem bzw. neoscholastischem Denken in exemplarischer Weise abgebildet. Immerhin hat die Debatte dazu geführt, daß die Auseinandersetzung mit Rosmini in Italien Kontinuität besitzt und lebendig geblieben ist.

¹ Zur Einführung sei empfohlen: GIORGIO CAMPANINI, *Antonio Rosmini. Il fine della società e dello Stato*, Rom 1988, besonders S. 147 ff. über die Rosmini-Rezeption in Italien; DERSELBE, *Rosmini politico*, Mailand 1990.

Heute steht, wie gesagt, zumindest für die Geisteswissenschaften in Italien, Rosminis Rang in Philosophie und Theologie außer Frage. Wertschätzung und wissenschaftliches Interesse haben sich hier durchgesetzt, wovon Neuauflagen seiner Werke sowie zahlreiche Veröffentlichungen und Kongresse zeugen, die dem Roveretaner gewidmet sind.² Es bietet sich folglich an, diesen Autor als wichtigen Vertreter einer Philosophie aus dem Geist des Christentums auch im deutschen Sprachraum vorzustellen.

Der ideengeschichtliche Hintergrund

Die Vielfalt der Themen, die Antonio Rosmini in zahlreichen Abhandlungen untersucht hat, seine Belesenheit und präzise Kenntnis der europäischen Philosophie sind beeindruckend – zumal heute, in Zeiten wissenschaftlicher Spezialisierung. Sie erschweren aber auch den Versuch, auf wenigen Seiten einen Überblick über das Gesamtwerk zu verschaffen. Dieses besitzt zudem eine systematische Stringenz, die auf Rosminis ursprüngliche, in den Jugendjahren gefaßte Absicht zurückgeht, eine »christliche Enzyklopädie« aller (Geistes-)Wissenschaften zu schreiben als Gegenmodell zur französischen Enzyklopädie der »Lumières«. Wenngleich sich dieses hochgespannte Projekt nicht verwirklichen ließ, so veranschaulicht das Werk des Roveretaners doch sein lebenslanges Bemühen, auf verschiedenen Wegen, über die Metaphysik, die Rechtswissenschaft, die Ethik, die Ontologie, die Politik, die Theologie, die Pädagogik zur zentralen Frage, was der Mensch sei, vorzudringen. Charakteristisch für sein Werk ist also eine innere Kohärenz, deren Genese der Philosoph und Rosmini-Forscher Antonio Anzilotti wie folgt beschreibt:

»Alle diese Fragestellungen, die an die erste und allgemeine Frage nach der Beziehung zwischen bürgerlichem Fortschritt (*civiltà*) und Katholizismus, zwischen Philosophie und Religion, zwischen Glauben und Vernunft anknüpfen, sind derart auch untereinander verbunden, daß die eine die andere bedingt, so daß sie wie Strahlen einer einzigen Flamme erscheinen. Diese logische und praktische Einheit zwingt Denker, die sich damit befassen, dazu, sie alle zu behandeln, um zu vermeiden, daß einzelne isoliert oder auf Abstraktes reduziert werden. Daher ‚erleben‘ die Philosophen in jener Zeit ihre Spekulation, und die Philosophie vermischt sich mit der Politik, so daß es unmöglich ist, sie zu trennen. Bei Antonio Rosmini und Vincenzo

² Eine gute Übersicht über die einschlägigen Traditionen und wissenschaftlichen Aktivitäten bietet das hervorragende und grundlegende Werk von KARL-HEINZ MENKE, *Vernunft und Offenbarung nach Antonio Rosmini. Der apologetische Plan einer christlichen Enzyklopädie*, Innsbruck-Wien-München 1980.

Gioberti wird diese innerste Verbindung sehr deutlich. Von der gnoseologischen Frage kommt man zur religiösen, von dieser zur ekklesiastischen und folglich zur politischen.«³

»Jene Zeit«, damit ist die nachrevolutionäre Epoche gemeint, die sich bekanntlich vor die Aufgabe gestellt sah, die geistigen und politischen Folgen der Französischen Revolution weltanschaulich, wissenschaftlich und politisch zu »bewältigen«. Eine Totalrevision aller Wissens- und Lebensformen schien erforderlich. Wie verhalten sich Gesellschaft und Individuum, Freiheit und Geschichte zueinander? Wie läßt sich gesichertes Wissen über die Bestimmung, die Ordnung, die historischen Konstanten und Gesetze der menschlichen Gesellschaft gewinnen? Worauf basiert Souveränität? Und als zentrale Frage angesichts der fundamentalen Erschütterung aller Autoritäten: Welche Rolle spielt das Christentum in der Geschichte des menschlichen Geistes und der Kultur? Oder allgemeiner: Wie ist das Verhältnis zwischen (politischer) Philosophie und (christlicher) Religion beschaffen? Folgt man dem Wort Leopold Rankes, daß sich der Geist einer Epoche am klarsten daran ablesen läßt, wie sie politische Lehre und religiöse Überzeugung zueinander in Beziehung setzt, konkret: wie sie das Staat-Kirche-Verhältnis theoretisch formuliert und praktisch umsetzt, so wird der Spannungsreichtum der nachrevolutionären Ära deutlich, die dieses neu zu begründen hat. Hans Maier hat dazu in seiner großen Studie zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie die Antworten französischer Theoretiker wie De Maistre, De Bonald, Chateaubriand und Lamennais, um nur die Prominentesten zu nennen, untersucht und gezeigt, wie sich aus der anfänglich traditionalistischen Revolutionskritik und auf der Basis der durch sie in Gang gesetzten Gesellschaftslehre verschiedene Spielarten dessen entwickeln, was man sehr allgemein und bei aller Zurückhaltung gegenüber pauschalisierenden Termini »politischen Katholizismus« nennen kann.⁴ Nun ist die italienische Debatte jener Zeit um Wesen und Aufgabe des Katholizismus nicht weniger lebhaft als die französische, und es ist bedauerlich, daß man hierzulande davon kaum Kenntnis hat.⁵ In vielen Punkten gibt es Parallelen zu Frankreich, aber auch Differenzen, die nicht zuletzt dadurch bedingt sind, daß sich in Italien die Auseinandersetzung um die Neubestimmung der Rolle von Christentum und

3 ANTONIO ANZILOTTI, »Dal neoguelfismo all'idea liberale«, in: *Nuova Rivista Storica*, a. I (1917), S. 238.

4 HANS MAIER, *Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie*, München 1973; wichtig insbesondere S. 26 ff. die terminologische Differenzierung zwischen »politischem Katholizismus«, »liberalem Katholizismus« und »christlicher Demokratie«.

5 Eine sehr gute knappe Darstellung zum Thema bietet RUDOLF LILL, *Geschichte Italiens vom 16. Jahrhundert bis zu den Anfängen des Faschismus*, Darmstadt 1980, S. 101 ff. Aus der reichhaltigen Literatur zu diesem Thema sei weiterhin genannt: KARL EGON LÖNNE, *Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt 1986.

Kirche aufs engste verbindet mit der nationalen Frage. So ist die Frühphase des »Risorgimento«, der Bewegung zur nationalstaatlichen Einheit Italiens, gekennzeichnet durch eine Wiederbelebung »guelfischen« Gedankenguts, wobei »guelfisch« bzw. »neoguelfisch« eine italienische Variante des politischen Katholizismus benennt, die, anknüpfend an ältere Traditionen der Historiographie, insbesondere an Giambattista Vico, in Katholizismus, Kirche und Papsttum jene providentiellen, geschichtsmächtigen Kräfte sieht, die die Identität der italienischen Nation stiften und garantieren. Nur tritt diese Bewegung nicht monolithisch auf; sie kennt vielmehr zahlreiche divergierende Varianten, von der traditionalistischen, »ultramontanen« Ausprägung bis hin zur »liberalen« Form, die das (katholische) Christentum als den Motor zivilisatorischen, bürgerlichen Fortschritts begreift.

Rosminis kritische Distanz zum »politischen Katholizismus«

Dies ist, kurz skizziert, der geistesgeschichtliche Kontext, in dem Rosminis Werk gesehen werden muß und in dem sich seine politische Philosophie bewegt. Er bildet zugleich das Passepartout, von dem sich die Eigenständigkeit seines Denken abhebt. Denn der Roveretaner distanziert sich nach anfänglicher Sympathie für die Philosophie des Restaurationszeitalters und für den »Neoguelfismus« zunehmend deutlich von einer wie auch immer gearteten Inanspruchnahme der Religion durch die Politik. Auch für ihn, wie für viele zeitgenössische Autoren, steht im Zentrum des Interesses die Frage nach der »Klammer, die die Politik an die Religion bindet«, wie es in einem seiner Briefe aus dem Jahr 1823 heißt.⁶ Zunächst, in den frühen Schriften der zwanziger Jahre, scheint ihm jene »Verklammerung« darin zu bestehen, daß auf der Basis wiedererstarkter Religiosität kulturelle und soziale Erneuerung möglich sei. Mit Hilfe einer Rechristianisierung, so legt dieses Konzept nahe, lassen sich auch die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse stabilisieren. Doch so populär dieser Gedanke unter den Zeitgenossen ist, so wenig stellt er auf die Dauer Rosmini zufrieden, insofern er zu einer Verquickung des Religiösen mit dem Politischen führt, ohne eindeutig zwischen Glaubenswahrheit und politischer Lehre zu differenzieren. Hier Klarheit zu schaffen, ist eines von Rosminis wichtigsten Anliegen.

Sowohl der traditionalistischen Seite eines De Maistre, der er sich zunächst verbunden fühlt, als auch jenen Theoretikern, die christliche Lehre und soziale Doktrin zu einer »Fortschrittsreligion« amalgamieren, erteilt der Roveretaner folglich eine Absage. Anders als der späte Lamennais, als Saint-Simon oder Constant, mit denen er sich kritisch auseinandersetzt

⁶ ANTONIO ROSMINI, *Epistolario Completo*, 13 Bde., Casale Monferrato 1887-1884; hier Bd. I, S. 462.

(und anders auch als Carl Schmitt mit seiner politischen Theologie mehr als hundert Jahre später), weist er eine Fusion von religiösem Bekenntnis und politischem Credo zurück. Denn mehr und mehr gelangt er zu der Überzeugung, daß »societas civilis« und »societas religiosa« nach Wesen und Bestimmung höchst unterschiedliche Entitäten bilden, die bei aller Wechselwirkung sowohl theoretisch-wissenschaftlich als auch praktisch-politisch deutlich von einander zu unterscheiden sind. Verzicht auf diese Unterscheidung bedeutet nach Rosmini, daß Religion säkularisiert und Politik sakralisiert wird, daß jedenfalls beide durch Assimilation ihr eigentliches Wesen aufgeben. »Volk« oder »Nation« oder »Staat« oder »Gesellschaft« werden dann zu metaphysischen Größen geadelt, während die Jenseitsorientierung verloren geht.

Rosmini kritisiert also nicht nur die politisch-religiöse Anverwandlung, sondern auch die Funktionalisierung der Religion durch die Politik. Religion dient nicht als Instrument der Politik und wird auch nicht aufgewertet, indem man sie zum Vehikel derselben macht und in den Dienst der erwünschten sittlichen Homogenität der Gesellschaft stellt, denn beide Sphären besitzen eine je eigene Zweckhaftigkeit (von »Autonomie« spricht Rosmini jedoch nicht), die gefährdet wird durch unzulässige Überschreitung ihrer Grenzen. Den christlichen Glauben in den Dienst gesellschaftlicher Stabilität zu stellen – und sei es in der Absicht, ihn zu rehabilitieren, indem man ihn eine soziale Funktion anvertraut, wie es Lamennais' berühmte Formel »reconstituer la société politique à l'aide de la société religieuse« impliziert – erscheint Rosmini zu vordergründig. Es sei die Bemerkung erlaubt, daß – unter anderen Vorzeichen – dieses Dilemma, wie mir scheint, heute so aktuell ist wie damals: Bedarf nicht auch die säkularisierte, plurale Gesellschaft notwendigerweise allgemein verbindlicher Überzeugungen und Prinzipien, und ist es nicht für unseren Kulturkreis zuallererst das Christentum, das diese bereitstellt? Aber kann dieses auch selbst von der Aufgabe profitieren, das gemeinsame geistig-moralische Erbe im politischen Bewußtsein lebendig zu halten, oder wird es dadurch zweckentfremdet und auf eine subalterne Rolle in der civil society reduziert, sozusagen als Stichwortgeber für deren geistigen Überbau? Für Rosmini jedenfalls hat es das Christentum nicht nötig, durch Anpassung, sei es an Traditionalismus einerseits, sei es an bürgerliche oder sozialistische Fortschrittsdoktrinen andererseits, seine zeitlose Aktualität unter Beweis zu stellen: »Das Evangelium reicht schon von selbst aus. Die Religion braucht nicht mit menschlichem Eifer gerechtfertigt zu werden«, lautet ein Kernsatz bei Rosmini. Natürlich ist Religion, indem sie auf das Seelenleben des einzelnen und seine moralische Haltung Einfluß hat, eminent politisch, aber eben nur in mittelbarer Weise, gleichsam als Ferment durch ihre erzieherische Kraft und dadurch, daß sie das Hier und Jetzt des Politischen relativiert; und natürlich kann andererseits die Politik die

Religion beeinflussen, denn sie schafft die äußeren Bedingungen, unter denen religiöses Leben stattfindet.

Rosminis »liberaler Katholizismus«

An diesem Punkt läßt sich vielleicht der »liberale« Aspekt in Rosminis Denken am deutlichsten verorten. Selbstverständlich vertritt auch er die Auffassung, daß das Abendland genuin christlich ist, daß, anders gesagt, das Christentum Träger der abendländischen Zivilisation und Kultur ist; das ist ein Topos der »neoguelfischen« Geschichtsphilosophie, den er übernimmt und der ihn davor bewahrt, die religiöse Anschauung zur rein subjektiv beliebigen Privatsache zu erklären; aber aus der Einsicht in die kulturstiftende und gesellschaftstragende Kraft des Christentums folgt für ihn weder der Wunsch nach einer Rückkehr zum »christlichen Staat« durch ein Bündnis von Thron und Altar, noch leitet er daraus eine Art christlich-bürgerlich-nationalen Fortschrittsoptimismus ab, der das Werk seines bedeutenden Gegenspielers Vincenzo Gioberti kennzeichnet. Demgegenüber heißt es in Rosminis »Philosophie der Politik« unmißverständlich: »Die christliche Religion kann die Lage des Menschen in der Welt nur unter der einen Bedingung verbessern, daß sie ernsthaft bezeugt wird als gänzlich übernatürliche Einrichtung, die sich nicht um die momentanen und begrenzten Dinge dieser Welt kümmert, sondern nach den ewigen und unendlichen strebt.«⁷

Rosminis Programm, die christliche Philosophie zu erneuern, zielt mithin weniger auf die Versöhnung von katholischer Lehre und liberalen Ideen oder Programmen in politicis, an deren Ende eine Art »Zivilreligion« stehen könnte, als vielmehr auf ein reformiertes Bekenntnis unter den Bedingungen des modernen Freiheitsbewußtseins. Die Konsequenz des Freiheitsgedankens für das religiöse Bewußtsein liegt für ihn in einer stärker betonten Eigenverantwortung des Glaubenden. Sie liegt in der Überzeugung, daß sich die erlösende Gnade und die vermittelnde Rolle der Kirche an das je einzelne selbstverantwortliche Gewissen richten, an die »Person« in ihrer Erlösungsbedürftigkeit wie in ihrer Erlösbarkeit. Ohne daß mit diesem Appell an das einzelne Gewissen und seine Freiheit die Überlegenheit des kirchlichen Dogmas und seine den Glauben inspirierende, stützende Kraft in irgendeiner Weise in Zweifel gezogen würden, spürt man doch bei Rosmini etwas von der existenziellen Einsamkeit des gläubigen Gewissens in seinem Gespräch mit Gott. Die Tragik des um seine Verantwortlichkeit vor Gott wissenden Menschen erscheint als der Preis der Freiheit. Dieses »tragische Bewußtsein« des im Gespräch mit Gott auf sich selbst zurückgeworfenen Christen ist durchaus typisch für eine gewisse Strömung des italienischen

⁷ ANTONIO ROSMINI, *Filosofia della politica*, hg. von M. Addio, S. 325.

»liberalen Katholizismus«, zu der auch Rosminis Freund, der große Romancier Alessandro Manzoni gehört. Ja, man kann sogar sagen, daß darin der ureigenste Beitrag des italienischen liberalen Katholizismus besteht.⁸ Rosminis tiefgläubige Spiritualität verhindert jedoch, daß sich das einsame Bewußtsein mit dem Gestus des Heroisch-Aristokratischen schmückt und über die »naive« Volksfrömmigkeit mit ihren Riten und Zeremonien erhebt. Denn die Kirche als Volk Gottes bleibt für ihn unverbrüchlich die Institution, die das geoffenbarte gnadenreiche Wort des Schöpfers authentisch bewahrt. Um so notwendiger erscheint ihm die Rückbesinnung auf die Mittlerrolle der Kirche unter der Bedingung der Anerkennung menschlicher Unvollkommenheit durch die Urschuld. Diese Dimension muß zurückgewonnen werden, das ist der Kern seiner Lehre vom Christentum, denn gerade sie ist durch die Verquickung von politischer und religiöser Sphäre korrumpiert worden und verloren gegangen.

Freiheit des Glaubens bedeutet also bei ihm in erster Linie Freisein des religiösen Bekenntnisses, Unabhängigkeit der gläubigen Spiritualität von politisch-gesellschaftlicher Inanspruchnahme und Beeinflussung sowie Befreiung der Kirche von der Zumutung, politische Macht zu legitimieren, was ja lange Zeit durchaus im Sinne der Kirche selbst schien, insofern es ihren eigenen Anspruch auf weltliche Macht rechtfertigte. Scharfsinnig analysiert Rosmini, daß gerade diese geistig-spirituelle Autonomie in der »Moderne« gefährdet ist: Die ältere antichristliche und antikirchliche Polemik mag dem Christentum geschadet haben, nun aber ist seine Freiheit in sehr viel stärkerem Maße bedroht, und zwar durch den totalen, quasi-religiösen Charakter der modernen Ideologien. Ihnen ist zu eigen, was Rosmini »gesellschaftlichen Monismus« nennt, d.h. ein Ausschließlichkeits- und Absolutheitsanspruch, der in praktisch-politischer Hinsicht zum Despotismus, in theoretischer Hinsicht aber zu einer chiliastischen Heilslehre führt, in der die politische die religiöse Dimension absorbiert, säkularisiert und auf innerweltliche Perfektibilität reduziert. Sie geriert sich dann, so Rosmini, als »soziale Theodizee«, das heißt als Lehre vom rechten Weg zur Vervollkommnung und Selbsterlösung vom Bösen in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft.⁹ Anders ausgedrückt: Wenn »das Politische« keine Dimension außerhalb seiner selbst kennt und anerkennt, tendiert es zur Unfreiheit; und umgekehrt: Freiheit ist nur gegeben, wenn sich politische

⁸ Ganz in dieser Tradition ETTORE PASSERIN D'ENTREVES, *Religione e Politica nell'Ottocento europeo*, hg. von F. Traniello, Rom 1993.

⁹ Vgl. dazu die große Studie von PIETRO PIOVANI, *La teodicea sociale di Rosmini*, Padua 1957. Verwiesen sei außerdem auf die zahlreichen Rosmini-Studien des Turiner Historikers FRANCESCO TRANIELLO; hier beziehe ich mich insbesondere auf *Società religiosa e società civile in Rosmini*, Bologna 1966.

Macht eben auf das genuin Politische konzentriert und keinen Zugriff auf Heilswahrheiten beansprucht.

Rückblick: Die Französische Revolution als Wendepunkt

Bemerkenswert an Rosminis Ideologiekritik ist nicht nur die Tatsache, daß er als einer der ersten früh und eindringlich auf die Gefahren zunehmender Ideologisierung hinweist, sondern auch, daß er auf der Suche nach den Ursprüngen jener revolutionär-totalitären Tendenz, die er für typisch modern hält, weit zurückgeht. Im magischen Jahr 1789 kommt, so legt er dar, lediglich mit einem Schlag zum Vorschein, was sich schon viel früher angebahnt hat. Wegbereiter der Revolution in geistiger Hinsicht sind für ihn nämlich vor allem drei große Denkströmungen: die Naturrechtslehre als Fundament der absolutistischen Staatslehre, die Vertragstheorien von Hobbes bis Rousseau und schließlich die ökonomischen Theorien eines Smith und eines Malthus, die nach Rosmini in besonderer Weise dafür verantwortlich zu machen sind, daß der Mensch im gesellschaftlichen Kontext auf eine »materielle« Größe schrumpft und daß dabei die Frage nach dem Sinn menschlicher Existenz aus dem Blick gerät. So erscheint die Französische Revolution bei Rosmini als »Geschichtszeichen« im kantischen Sinne, als historischer Moment, in welchem frühere Entwicklungen kulminieren und ihre Bedeutung für den Gang der Weltgeschichte offenbaren. Während Kant die öffentliche Zustimmung des Publikums zum Befreiungsakt von 1789 als »Zeichen« für einen möglichen Fortschritt an freiheitlichem Bewußtsein interpretiert, begreift Rosmini die Französische Revolution als Chance zu einer genauen Diagnose jener (Fehl-)Entwicklungen, die sie provoziert haben. Für Rosmini ist die Französische Revolution nämlich gerade nicht, wie für De Maistre, ein »satanischer« Einbruch des Bösen in die Welt, was sich mit seinem christlichen Geschichtsbild auch kaum vereinbaren ließe. Etwas salopp könnte man sagen, daß er sie als heilsamen Schock betrachtet, der nicht Rückkehr, sondern Reform durch Überwindung althergebrachter Mißstände möglich und erforderlich macht.

Reformierter Katholizismus – Rosminis Ekklesiologie

Wenn die Französische Revolution als Resultat von Entwicklungen begriffen wird, die sich genau diagnostizieren lassen, dann verbietet sich nach Rosmini, zu eben jenen traditionellen Systemen und Leitbildern zurückzukehren, die die Revolution hervorgebracht haben. Aus seiner Kritik an der Tradition entsteht auf diese Weise sein Reformprogramm. Dies bezieht sich zunächst, aber keineswegs ausschließlich, auf die Kirche: Sie muß sich

kritisch fragen, inwieweit sie selbst der Verschmelzung von Sakralität und Profanität, der Vermischung von religiöser und politischer Sphäre Vorschub geleistet hat. Wie der Turiner Historiker Francesco Traniello gezeigt hat, ist Rosminis reformerische Ekklesiologie also gleichsam das Resultat seiner Auseinandersetzung mit der Vorgeschichte der Französischen Revolution. Denn anders als bei vielen Zeitgenossen, die die Pathogenese der Kirche mit der Reformation beginnen lassen, setzt seine Kritik im wahrsten Wortsinn »radikal« am Beginn der säkularen kirchlichen Herrschaft ein. Die weltliche Herrschaft der Kirche stellt für Rosmini die Ursache jener Gravamina dar, die er in seinem berühmten und umstrittenen gleichnamigen Buch als die »fünf Wundmale der Heiligen Kirche« (1832/33) bezeichnet; es sind die Trennung von Klerus und Volk, die mangelhafte Ausbildung des Klerus, die Zerstrittenheit der Bischöfe, die Tatsache, daß die Bischöfe durch die weltliche Macht berufen werden, und schließlich die wirtschaftliche Abhängigkeit der Kirchengüter. Die Folge dieser Gravamina ist, daß sich die Kirche ihrem eigentlichen spirituellen und pastoralen Auftrag nicht widmen kann.

Rosminis zur damaligen Zeit unerhörtes Fazit lautet: Die weltliche Macht der Kirche ist für sie selbst eine Belastung; sie verkommt zur politischen Größe, das heißt, sie befördert genau jenen Prozeß der Absorption des Religiösen im Politischen, der für das Seelenheil des einzelnen wie für die Gesellschaft gleichermaßen fatal ist. So selbstverständlich diese Kritik eines katholischen Priesters aus heutiger Sicht erscheinen mag, so unzeitgemäß war sie vor dem Hintergrund zeitgenössischer Kirchenpolitik. Rosmini nimmt hier programmatisch vorweg, was erst mehr als hundert Jahre später, durch das II. Vatikanische Konzil, als »offizielle« Beschreibung des kirchlichen Auftrags formuliert worden ist:¹⁰ Rigoroser Verzicht auf weltlichen Machtanspruch und radikale Rückbesinnung und Wiederbelebung der ausschließlich spirituellen Mission, innere Reform und Aufwertung des Laienstandes, dessen Vernachlässigung, gerade auch in geistig-moralischer Hinsicht, Rosmini verantwortlich macht für die Entfremdung zwischen geistlicher Hierarchie und Volk Gottes. Eine solcherart reformierte, nicht mehr durch Temporalia kompromittierte »societas religiosa« – dies war Rosminis zukunftsweisendes Postulat – kann eine neue Phase der Evangelisierung einleiten. Sie stellt dann wirklich die ideale »Kontrastgesellschaft« zur bürgerlichen Gesellschaft dar.

¹⁰ Vgl. P.PAVAN, *Dignitatis humanae – Dichiarazione sulla libertà religiosa*, Turin 1986. Das Dokument selbst stammt vom 7. Dezember 1965.

Rosminis Gesellschaftslehre

Wie verhält es sich nun, Rosminis zufolge, mit der bürgerlichen Gesellschaft (*società civile*), der die Gemeinschaft der Gläubigen (*società religiosa*) als Idealtypus von Gemeinschaft gegenübertritt? Diese Frage läßt sich in einem ersten Schritt vorläufig beantworten, indem man Rosminis Prämisse nachvollzieht, daß es sich bei beiden *societates um Daseinsformen des Menschen handelt* – erstere rein innerweltlich, letztere zugleich übernatürlich und innerweltlich.

Was bedeutet das konkret? Bevor Rosminis Konzept näher erörtert wird, sei daran erinnert, daß die Figur der »Zivilgesellschaft« oder »bürgerlichen Gesellschaft« zum festen Bestand der liberalen politischen Lehre gehört, zumeist verstanden als Verbindung von Bürgern in einem substaatlichen oder extrastaatlichen Raum. Hatten Rousseau und seine jakobinischen Anhänger in der politischen Gemeinschaft Horizont und Maßstab der Moralität gesehen, so versucht der Liberalismus dieses Konzept zum Zwecke der Sicherung individueller Freiheit und der Eingrenzung staatlicher Zugriffsmöglichkeit zu überwinden, indem er auf den Spuren Kants die Moral als »innere Gesetzgebung« in die Privatsphäre des subjektiven Gewissens verlagert. Dementsprechend hat der Staat die Aufgabe, das Zusammenleben der Individuen organisatorisch und legislativ zu regeln. Politik besteht nach diesem Verständnis in vernünftigen Rechtsverfahren, die, da selbst gebunden an das Sittengesetz, geeignet sind, die Unversehrtheit des höchsten Guts, der Autonomie der inneren Gewissensgesetzgebung, zu garantieren. Bekanntermaßen führt diese Konstruktion, jedenfalls in bestimmten liberalen Traditionen dazu, daß zwar Erziehungs- oder Gesinnungsdiktatur erfolgreich abgewehrt werden, jedoch um den Preis einer möglichen moralischen Indifferenz der Politik. Kant hatte dieses Dilemma durch die universale Geltung der Vernunft und unbedingte Anerkennung der gleichen Würde aller zu lösen versucht, wogegen von Hegel vorgebracht wurde, daß die Universalität doch stets zurückverwiesen sei auf den absoluten und legitimen Anspruch des subjektiven Bewußtseins, nichts anderes anzuerkennen als das, was es selbst als gut betrachtet. Universalität ist demnach, Hegel zufolge, nur um den Preis abstrakter Formalität zu haben.¹¹

Wie sieht nun Rosminis Lösungsansatz aus? Wenn es sich bei dem genannten Dilemma um ein Problem des »Transfers« zwischen Einzelem und Allgemeinem handelt, zwischen subjektiver Moral und allgemeinem Sittengesetz, dann kommt jenen Institutionen, die als Vermittler fungieren,

¹¹ Eine aktuelle Verteidigung Kants gegen Hegels Formalismusvorwurf liefert INGEBORG MAUS, *Zur Aufklärung der Demokratietheorie. Rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluß an Kant*, Frankfurt a.M. 1992, S. 261 ff.

eine ganz besondere Bedeutung zu. Zu diesen Institutionen zählt eben nach Rosmini die *società civile*. Ähnlich wie Kant auf der einen Seite, so könnte man sagen, umgreift er also die Spannweite zwischen abstrakter Universalität des Sittengesetzes und Verankerung im Subjekt; mit Hegel verbindet ihn andererseits die Aufmerksamkeit für die Konkretisation menschlichen Daseins in Familie, Gesellschaft und Staat, wo das Gesetz sich tatsächlich Geltung verschafft.

Zunächst zum wissenschaftlichen Ansatz: Während Rosmini für die Kirche als *societas religiosa*, wie oben angedeutet, eine eigenständige Ekklesio-logie entwickelt, bilden – seiner Wissenschaftslehre zufolge – die bürgerliche Gesellschaft und das politische Handeln, das auf sie abzielt und das in ihr wirkt, den Gegenstand der »wissenschaftlichen Lehre von der Praxis« (gleich »angewandte Ethik«), der wiederum die triadische Einteilung in Moral – Politik – Recht entspricht. Konsequenterweise sind drei seiner Hauptwerke der »Moralphilosophie«, der »Philosophie der Politik« und der »Philosophie des Rechts« gewidmet.¹² Rosminis wissenschaftlicher Ansatz ist ontologisch, das heißt: Ausgangspunkt für die philosophische Reflexion (oder »Kontemplation«, wie Rosmini sagt) über Moral-Politik-Recht ist die Frage nach dem »Wesen« der Moral, der Politik, des Rechts. Das bedeutet im konkreten Fall der Politik: Bevor in klassischer Tradition Zweck und Instrumente des politischen Handelns erörtert werden, versucht Rosmini zu klären, was Politik überhaupt ist.

Der »fundamentalpolitische« Ansatz unterscheidet Rosmini von fast allen zeitgenössischen und späteren philosophischen Entwürfen der Politik. Zu Recht schreibt der italienische Philosoph Giuseppe Capograssi: »Wenn es einen Denker gibt, der die Notwendigkeit gespürt hat, sich über alle Fragen des Seins klar zu werden, dann ist es wirklich Rosmini. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, alle Probleme des Lebens ohne Ausnahme zu reflektieren, mit einem Bedürfnis nach Konkretheit und nach Totalität, das man im modernen Denken außer bei Hegel nicht findet.«¹³

In Kontrast zu Rosminis Darlegung sind die politischen Philosophien der bedeutenden und einflußreichen Autoren des Risorgimento nämlich vor allem präskriptiv-dogmatisch: Sie schreiben dem Bürger, dem Staat, der Regierung vor, wie sie sein sollen, wie Politik generell sein soll; folglich handelt es sich, gemäß Rosminis Terminologie, tatsächlich um politische Philosophie und nicht um Philosophie der Politik, die fragt, was und wozu »Politik« überhaupt ist, was und wozu »Staat« überhaupt ist.

¹² *Filosofia della morale*, 1837-1838; *Filosofia della politica*, 1837-1839; *Filosofia del diritto*, 1841-1843.

¹³ GIUSEPPE CAPOGRASSI, »Per Antonio Rosmini« (1935); jetzt in: DERSELBE, *Opere*, Mailand 1959, Bd. 4, S. 100.

Ein Vergleich mit zwei »klassischen« politischen Studien der späteren Zeit, Benedetto Croce »Elemente der Politik«¹⁴ oder Giovanni Gentiles »Entstehung und Struktur der Gesellschaft«¹⁵ macht auch hier den Unterschied deutlich:¹⁶ Für Croce besteht Politik im politischen Handeln, welches ein Handeln nach Nützlichkeitskriterien und daher weder moralisch noch unmoralisch ist, sondern eine Abfolge von nützlichen Handlungen einer Gruppe von Individuen. Bei Gentile bedeutet Politik zuallererst aktiver Wille, verkörpert im Staat: Politik ist Handeln (attività) des Geistes als Staat, folglich ethisches Handeln selbst. Politik erscheint also bei beiden Autoren als Aktivität eines (utilitarisch oder ethisch handelnden) geistigen Willens, wobei die Strukturen und Formen, in denen sich politisches Leben und Sittlichkeit konkretisieren, unbeachtet bleiben.

Im Gegensatz dazu wird Rosminis Philosophie der Politik, die ebenso epistemologisch rigoros wie synthetisch-umfassend angelegt ist, geleitet von der Frage nach dem Sein und Dasein des Menschen in der Welt;¹⁷ folglich muß zunächst über dieses, über seinen Sinn und seine Grundlage gesprochen werden: »Der philosophische Teil der Politik sucht und findet in der menschlichen Natur selbst den Zweck der Gesellschaft, das wahre menschlich Gute (»il vero bene umano«), schreibt Rosmini in der »Philosophie der Politik«.¹⁸ Einige Kernaussagen aus Rosminis Anthropologie seien hier in Kürze beleuchtet. Rosmini spricht in der »Philosophie der Politik« selbst von einer »topographischen Karte des menschlichen Herzens«, die es zuallererst kennenzulernen gelte.¹⁹ Glück und Glücksverlangen spielen spielen in dieser »Herzenstopographie« eine entscheidende Rolle. Der Mensch möchte, schlicht gesagt, glücklich sein, er möchte ein gutes Leben führen. Rosmini betrachtet die natürliche Sehnsucht nach Erfüllung (appagamento), nach Glück (felicità), als das Proprium des Menschen – eine Sehnsucht, die sich erstreckt auf »natürliche« wie auf »übernatürliche« Ziele: »So behaupte ich«, schreibt er, »daß zuallererst der Wunsch (»amore«) nach allgemeinem

14 BENEDETTO CROCE, »Elementi di Politica«, in: *Etica e Politica*, Bari 1931, S. 213 und 216.

15 GIOVANNI GENTILE, *Genesi e struttura della società*, Florenz 1946, Kap. VI, S. 1 und 8, sowie Kap. XII, S. 1 f.

16 Vgl. dazu die Einleitung von SERGIO COTTAS zur von ihm edierten *Filosofia della politica* Rosminis, Mailand 1985, S. 22.

17 Was Rosminis Ontologie angeht, so verweise ich auf die Studie von FRIEDRICH PFURTSCHELLER, *Von der Einheit des Bewußtseins zur Einheit des Seins. Zur Grundlegung der Ontologie bei Antonio Rosmini-Serhati (1797-1855)*, Frankfurt a.M. 1977; hier wird Rosminis Beziehung zum Neothomismus erörtert. Pfurtschellers Untersuchung ist nicht zuletzt deshalb sehr hilfreich, weil der Autor anhand zahlreicher, ins Deutsche übersetzter Passagen Rosminis Seinslehre darlegt.

18 ANTONIO ROSMINI, *Filosofia della Politica* (zit. Anm. 16), S. 65.

19 IBIDEM S. 422.

Glück existentiell im Menschen ist und einen Platz in den natürlichen wie den übernatürlichen Dingen sucht ... Der Mensch mag ohne Wunsch nach Reichtum, nach Äußerlichkeiten, ohne Machtstreben, ohne Ruhmsucht, ohne Vaterlandsliebe sein, aber er kann nicht ohne Sehnsucht nach Glück sein; dieses Sehnen entsteht mit ihm, es ist keine Potenz, sondern es ist in actu von Beginn des Daseins der menschlichen Seele an; dieses Sehnen ist das höchste Bedürfnis, es ist die radikale Tendenz, es ist also ein Teil, und zwar ein existentieller Teil der Natur des vernünftigen und unsterblichen Menschen.«²⁰

Im allgemeinsten Sinne ist dieses dem Menschen eigene Sehnen ein Streben nach der Fülle des Seins, ein »Seinsbedürfnis«²¹. Insofern es sich auf das »Sein« als ideales, reales und moralisches Sein richtet, ist jedem Individuum zugleich das Bedürfnis nach Wahrheit, nach Wirklichkeit und nach Moralität zu eigen. Diese drei konstituieren als die apriorisch-ontologische Ausrichtung des Menschen auf ein unendliches Gut das Prinzip der Personalität des Menschen. »Die Wahrheit gehört zum Menschen und gestaltet ihn; die Tugend ist die Vollendung der menschlichen Person; die Glückseligkeit (felicità) ist jener vollkommene Zustand, zu dem das menschliche Urbedürfnis (sentimento essenziale), das heißt, die Natur des Menschen, immerfort hinstrebt; ... und die Erfüllung dieses Bedürfnisses kann nicht außerhalb der Tugend als der Vollendung der Person liegen« (Filosofia del Diritto IV, § 643).

Kein Zweifel also, daß Rosmini »erfülltes Leben«, »(be-)glückendes Leben« und »jugendhaftes Leben« in eins setzt. Die »Bedürfnisnatur« des Menschen besitzt im Gewissen jene Kontrollinstanz, die über das Glück, das er erstrebt und erreicht, zu urteilen imstande ist. Im Menschen gibt es eine intuitive Wahrnehmung (»sentimento fondamentale intellettuale«) des objektiven Seins, die in zweifacher Hinsicht, als Vernunft und als erkennender Wille (»volontà« als »principio razionale«), den Menschen als Person ausmacht. Dadurch, schreibt Rosmini in der »Philosophie des Rechts«, ist der Mensch in der Lage, »allgemein zu unterscheiden ..., zwischen dem, was zu respektieren ist, und dem, was nicht zu respektieren ist«. Die Anlage zum subjektiven intuitiven Erkennen der objektiven Wahrheit des Sittengesetzes nennt Rosmini bei anderer Gelegenheit »das göttliche Element« im Menschen, das Prinzip seiner ontologischen Besonderheit. Das innere Urteilsvermögen bezieht seine Wertkriterien demnach nicht aus dem Subjekt oder aus seiner Umwelt, sondern eben aus der Idee des Seins

20 ANTONIO ROSMINI, *Saggi di scienza politica*, hg. von G.B.Nicola, Turin 1933, S. 72.

21 Vgl. die Einführung von UMBERTO MURATORE zu Rosmini: *Etica e Politica. Filosofia pratica o filosofia della pratica? Atti del XXIV Corso della Cattedra Rosmini*, hg. von P. PELLEGRINO, Stresa 1991, S. 19.

selbst als der objektiven Wahrheit, die jenes erstrebt, erkennt, anerkennt. Die transzendenten Ziele des nach ewigem und absolutem Glück strebenden menschlichen Wesens sind im Hinblick auf das unendliche Prinzip dieses Strebens (auf die Idee des Seins) die Moralität und im Hinblick auf das absolute Objekt dieses Strebens (auf Gott) die Religiosität des Menschen.²²

Von dieser transzendenten Ausrichtung her ergeben sich nun weitreichende Konsequenzen, was die Gesellschaft- und Rechtslehre bei Rosmini betrifft. Zunächst einmal ist klar, daß sich Rosmini mit seinem Konzept in Opposition sowohl zum rationalistischen Subjektivismus als auch zum traditionalistischen Determinismus begibt.²³ Das Recht erscheint nämlich weder als Extrapolation einer subjektiven Ratio noch als gesellschaftlich tradierte Uroffenbarung des Schöpfergottes, vielmehr ist nach Rosmini das Recht Ausdruck des moralisch-religiösen Wesens der menschlichen Person, die den ontologischen und deontologischen »Schlüssel« darstellt, durch den sich dann die Perspektive öffnet auf alle Formen des Daseins, mithin auch auf die Dimension des Politischen.

»Politisch« heißt bei Rosmini eine Gesellschaft, sofern sie aus mehreren Individuen als Personen (»persone inquanto persone«) besteht, die qua Person-Sein Subjekte sind, das heißt Inhaber von Rechtstiteln, die ihnen a priori zukommen. (Folglich sind feudale Gesellschaften keine »politischen« Gesellschaften.²⁴) Die politische bürgerliche Gesellschaft setzt die Person voraus. Die Person ist Zweck, nicht Mittel dieser Gesellschaft. Daraus folgt als Imperativ: »Der Mensch muß die Personen behandeln als Zweck, das heißt, als solche, die einen eigenen Zweck haben.«²⁵ Während der erste Teil dieses Imperativs deutlich an Kant erinnert, verweist der zweite auf die Herkunft der Person-Natur des Menschen. Der Mensch ist selbst Zweck, weil er einen eigenen Zweck hat, und zwar dadurch, daß »das, was die menschliche Person zum Zweck macht, das göttliche Element ist, das ihr Gestalt gibt«, wie Rosmini in der »Philosophie des Rechts« (II, 544) schreibt. Die ontologische Besonderheit des Menschen, beruhend auf der erkennenden

22 Hierzu und zum Folgenden vgl. KARL-HEINZ MENKE (zit. Anm 2), S. 255.

23 IBIDEM S. 110 f.

24 Rosmini differenziert noch genauer, wenn er von »Gesellschaft-Gemeinschaft« spricht: »Das Wohl der Gesellschaft ist nichts anderes als ein Ausdruck des individuellen Glücks ... Das konstituierende Gesetz der die Menschen unter sich verbindenden Gemeinschaft besteht darin, daß eine Mehrzahl von Einzelpersonen auf solche Weise verbunden sind, daß sie gemeinsam eine einzige moralische Person bilden. Von daher ist eine wirkliche Gemeinschaft nicht jene der Herren und Sklaven, auch nicht die bürgerliche Gesellschaft, insofern in ihr der Herrschende Herr seiner Untertanen ist, sondern nur insoweit er seine Untertanen regiert ... Allein die von Jesus Christus gegründete Gemeinschaft der Kirche ist ohne Abstriche Gemeinschaft im vollen Sinn dieses Wortes«; zit. aus *Opere inedite di politica*, hg. von G.B. NICOLA, Mailand 1992, III, S. 396 f.

25 ANTONIO ROSMINI, *Filosofia della Politica* (zit. Anm. 16), S. 167.

Teilhabe am Göttlichen, bedingt sein Recht als Person, das Rosmini als »außer-gesellschaftlich«, unveräußerlich und universell, der menschlichen Würde inhärierend (*Filosofia del Diritto* III, § 239) bezeichnet. »Gesellschaftliches Recht« kann es nicht angreifen,²⁶ da es daher nicht abgeleitet wird, sondern selbst Prinzip dessen ist, was erlaubt, nützlich, erstrebenswert, allgemeingültig ist. Dies scheint mir betonenswert: Recht ist kein Derivat der Gesellschaft, sondern die Gesellschaft ist Derivat des Rechts, das die Person selbst konstituiert. »Wenn die Quelle des Rechts die Gesellschaft oder der Staat ist«, kommentiert der Philosoph Michele Sciacca Rosminis Rechtslehre, »dann gibt es kein anderes Recht als das positive Recht, das vollständig von der Geschichte gebildet wurde. Für Rosmini hat der Mensch als Person inhärierende Rechte, deren Quelle die Person selbst ist; diese Rechte bestehen nicht deswegen, weil sie von einer äußeren Autorität, einer Gesellschaft, einem Staat oder sonst von jemandem anerkannt werden, als ob sie dem Menschen weggenommen werden könnten, sondern sie sind absolut seine eigenen Rechte, die seinem Person-Sein und seinem Mensch-Sein als solchem inhärieren.«²⁷ Und weiter: »Die Gesellschaft hat ihre Rechte, aber keine Gesellschaft hat das Recht, jenes Recht der Person zu negieren, das dieser in ihrer sittlichen Würde und mit ihren transzendenten Zielen zusteht.«²⁸

Nach Rosmini, so war gesagt worden, stellt die Natur des Menschen, genauer: ihre Finalität, das »wahre menschliche Gute«, den letzten Zweck der politischen Gesellschaft dar, woraus ihr unmittelbarer Zweck resultiert, ein gerechtes Zusammenleben der Menschen durch Gesetze zu ermöglichen, die dem »wahren menschlichen Guten«, der menschlichen Sittlichkeit adäquat sind. Kriterium zur Beurteilung politischer Systeme muß folglich sein, inwieweit sie den Weg dorthin befördern. Die politische Ordnung besitzt also selbst keine Kompetenz hinsichtlich des moralisch-religiösen Guten, wohl aber hat sie die Aufgabe, durch gesetzliche Regelung (*modalità dei diritti*) dessen Entfaltung zu unterstützen: »Die Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft ist, ihrem unmittelbaren Zweck gemäß, beschränkt auf jene Seite der Moralität, die die äußere Gerechtigkeit unter den Menschen betrifft.«²⁹

Von daher betrachtet erscheint das *bonum politicum* oder *bonum sociale* als eine Art Teilmenge des wahren menschlichen Guten und damit als

26 ANTONIO ROSMINI, *Filosofia della Politica* (zit. Anm. 16), S. 215 f.

27 MICHELE FEDERICO SCIACCA, »Einleitung«, in: ANTONIO ROSMINI, *Die Politik als philosophisches Problem*, übersetzt und herausgegeben von I. Höllhuber, München 1963, S. 15.

28 IBIDEM S. 21.

29 Vgl. FRANCESCO TRANIELLO, *Società religiosa* (zit. Anm. 9), S. 108.

»Rudiment« des universalen Guten. Denn: »Der letzte Zweck, die Erfüllung der Seele, ist immer individuell, gänzlich im Subjekt verankert.«³⁰

Eine gerechte politische Ordnung, deren Leitprinzip die Sittlichkeit der Person ist, muß deren Entfaltungsmöglichkeit gegen jeglichen »despotischen«, ideologischen oder staatlichen Angriff sichern; Gewaltenteilung, Sicherung des Privatbesitzes, Auffassung von Regierung als »Amt«, Bewahrung der Vielfalt unabhängiger »intermediärer« gesellschaftlicher Einheiten, deren wichtigste die Familie ist, sind, Rosmini zufolge, Garanten der Unversehrtheit der Person.

Politik aus dem Geist des Christentums

kehrt man noch einmal zu Rosminis Ausgangsfrage zurück, wie das Verhältnis von *societas religiosa* und *societas civilis* beschaffen sei, so lassen sich auf der Basis des bisher Gesagten einige Punkte präzisieren: Kirche und Religion beeinflussen die Gesellschaft indirekt dadurch, daß sie dem einzelnen die letzten, übernatürlichen Ziele aufzeigen. Durch das aus der Teilhabe am Göttlichen gewonnene Prinzip der unveräußerlichen Rechte der Person bringt sie außerdem ein dynamisches, Freiheit und Sittlichkeit förderndes Element in Geschichte und Gesellschaft. Schließlich findet die politische Gewalt in der *societas religiosa* ein letztgültiges Modell, an dem sie sich orientiert.

Wenn aber die Kirche in diesem umfassenden Sinne Rechtswahrerin ist, warum überantwortet Rosmini ihr dann nicht auch die rechtsprechende Gewalt? Tatsächlich zögert er an diesem Punkt, und seine Schriften im Umkreis des Revolutionsjahres 1848 zeigen, wie er in dieser zentralen Frage nach Lösungen sucht. Letztlich aber entscheidet er sich, eben aufgrund der historischen Erfahrung, die zur Französischen Revolution führte, gegen die judikative Kompetenz der kirchlichen Autorität in politischen Angelegenheiten und für die Konstruktion eines rein weltlichen, politischen, von Laien gewählten und mit Laien besetzten Gerichtshofs (*tribunale politico*). Nicht im Gewand politischer Macht, sondern als moralische Autorität soll die erneuerte Kirche in der erneuerten Gesellschaft wirken. Dies erscheint ihm als der geeignete Weg jener zweifachen Reformbewegung, die er vor sich sieht: Reform der Kirche durch Selbstbefreiung und Reform des Staates durch die Realisierung eines juristisch-politischen Systems, das die christlichen Werte, wie sie in der katholischen Doktrin bewahrt werden, zu seinem ureigensten Fundament macht. Damit bleibt ganz offensichtlich die überragende sinnstiftende Funktion der Religion für das moralische Bewußtsein der Gesellschaft erhalten.

³⁰ ANTONIO ROSMINI, *Filosofia della Politica* (zit. Anm. 16), S. 263.

Daß die Reform des Staates möglich sei unter der Prämisse der unbedingten Anerkennung der katholischen Lehre als seiner geistig-moralischen Grundlage, schien Rosmini in der Zeit des Aufbruchs der vierziger Jahre nicht nur erstrebenswert, sondern durchaus wahrscheinlich. Aber seine Konzeption des Staates und der Politik traf dennoch nicht den Geist der Zeit. Unversöhnlich trat der Gegensatz zu Tage zwischen seinem Politik- und Staatsverständnis, das deduziert wird aus einem System objektiver Werte, die ein für alle Mal vorgegeben sind und die mit Hilfe der christlich erleuchteten Vernunft aufgefunden werden können, und einem »modernen« Politik- und Staatsverständnis, das auf der Idee vom rechtlich geschützten freien Spiel konkurrierender Wertvorstellungen, Weltanschauungen und ideeller Kräfte beruht. Glaubens- und Wertpluralismus blieb Rosmini, der an der absoluten Wahrheit der katholischen Lehre festhielt, fremd. Diese Position entfernt ihn von den Befürwortern eines »laizistischen« Staates, in dem Kirche und Staat getrennte Wege gehen, ebenso wie ihn auf der anderen Seite seine Kritik an der Idee eines machtgestützten Christentums im christlichen Staat von der intransigenten Linie unterscheidet. Denn Rosmini vertraute darauf, daß die christliche Lehre durch eigene Kraft, wenn sie nur von allem weltlichen Ballast, der sie verdunkelt, befreit werde, durch Vernünftigkeit und Wahrheit für jeden Menschen evident, »glaubhaft« und folglich politisch-gesellschaftlich wirksam sei. Solches Denken war unzeitgemäß, aber keineswegs folgenlos. Wie sich später zeigte, gingen von Rosmini wichtige Impulse für die Anfänge der christlich-demokratischen Bewegung in Italien aus. Bei ihm fand man die Idee christlich fundierter Politik im modernen Rechtsstaat vorgeprägt. Vor allem jene Katholiken, die – im Widerspruch zur Haltung des Heiligen Stuhls – ein konstruktives Verhältnis zum jungen italienischen Nationalstaat entwickeln und darin politisch aktiv werden wollten, beriefen sich auf Rosmini. Und seine Wirkung hält an: Als es nach dem Zusammenbruch des faschistischen Staates darum ging, die unbelasteten Traditionen nationalen und christlichen Denkens wiederzubeleben, auf die sich das Ethos der Republik gründen könne, setzte eine regelrechte Rosmini-Renaissance ein; seine scharfsinnige Ideologie- und Totalitarismuskritik, sein unbedingtes Festhalten an der Dignität der Person, sein Eintreten für ein politisch verfaßtes Gemeinwesen, das christliche Werte zu seiner moralischen Grundlage macht, sowie sein Konzept der Versöhnung von nationalem und christlichem Bewußtsein gaben ihm unerhörte Aktualität.

Es ist daher nicht erstaunlich, daß Rosmini auch heute wieder, da sich die italienische Christdemokratie durch Rückbesinnung auf ihre Wurzeln zu reformieren sucht und der italienische Nationalstaat durch separatistische Tendenzen gefährdet ist, als Anwalt christlichen Politikverständnisses und nationaler Integrität zitiert wird.

Parteiarchive in Europa I

Grundsätzliche Überlegungen*

Von Günter Buchstab

Parteien und Parlamente sind in der Demokratie westlichen Zuschnitts Komplementärgrößen, unverzichtbare Institutionen des demokratischen Verfassungslebens. Vieles, was im exekutiven und legislativen Raum von *Politikern und Parlamentariern erörtert wird, hat seinen Ursprung in der Aktivität und Initiative der Parteien.* Nachstehend einige grundsätzliche Gedanken über die Bedeutung der Parteien für das Archivwesen und die historische Forschung. Eine Vorstellung der westeuropäischen Parteiarchive ist für das folgende Heft geplant. Ein dritter Beitrag wird sich den im Aufbau befindlichen Parteiarchiven in den Staaten des ehemaligen Ostblocks widmen.

Ein vordemokratisches Archivverständnis?

In Anbetracht der herausragenden Bedeutung der Parteien für das politische, soziale und wirtschaftliche Leben in der modernen Demokratie muß es erstaunen, daß die Archivkunde die Parteien bisher vernachlässigt hat. Eine Erklärung hierfür ist in der etatistischen Tradition des Archivwesens zu suchen. Die staatlichen und kommunalen Archive konzentrieren sich vornehmlich darauf, die Tätigkeit ihrer administrativen Träger zu dokumentieren. Fast ist man geneigt, angesichts des geringen Stellenwerts, der den Parteien und ihren Unterlagen im allgemeinen eingeräumt wird, von einem vordemokratischen Archivverständnis zu sprechen. Es ist offenbar noch nicht allgemein bewußt, daß die Dokumentation des vielfältigen schriftlichen Niederschlags, der von außen, von den Organisationen, von den Parteien, auf die staatliche und kommunale Tätigkeit einwirkt, sich zu den traditionellen Aufgaben der Archive hinzugesellen muß. Die Einbeziehung der nichtstaatlichen Überlieferung in die Archivierungsprogramme muß bedacht und organisiert werden.

* Eine Übersicht zur Entwicklung und aktuellen Lage der Parteiarchive in Europa folgt in Band 2 dieser Zeitschrift.

Die staatlichen und kommunalen Archive wären damit allerdings in der Regel überlastet, können sie doch allein schon die fast lawinenartige Vermehrung des Behördenschriftguts kaum noch bewältigen. Die Frage stellt sich aber auch, ob die Materialien der Parteien überhaupt in ihre Zuständigkeit fallen, sind doch die Parteien weder Einrichtungen privater noch öffentlich-rechtlicher Natur. Was ist eigentlich das Objekt, um das sich – angesichts seiner unbestreitbaren Bedeutung in der Demokratie – nicht nur die Politologie, sondern auch die Archivwissenschaft intensiver kümmern müßte?

Zur Parteientypologie

Über Parteiarchive kann nicht gehandelt werden, ohne einen Blick auf die Parteien selbst zu werfen. Selbstverständlich kann hier kein weiterführender Beitrag zur Parteienforschung oder zu einer allgemeinen Parteientehre geleistet werden. Auch die unterschiedlichen politischen Zielvorstellungen der Parteien sollen ausgeblendet bleiben. Ein kurzer Blick auf die Typologie politischer Parteien ist jedoch angezeigt, weil sich daraus Konsequenzen für das Archivwesen und die Arbeit des Archivars ableiten lassen.

Am Anfang des Parteiwesens im freiheitlich-demokratischen Staatswesen steht die schwach gegliederte Honoratiorenpartei; für einige Länder ist sie heute noch charakteristisch. Sie tritt in erster Linie zu Wahlzeiten in Aktion; ihre Repräsentanten stehen für eine klar zu definierende gesellschaftliche Gruppe. Sie verfügt weder über eine ausgeprägte Mitgliedschaft noch über eine zentrale Parteiorganisation – und schon gar nicht über eine irgendwie geregelte Archivalienverwaltung.

Einen völlig anderen Typus stellt die demokratische Massenpartei dar, die – außerhalb des Parlaments – mit einem eigenen Funktionärsstab und mit einem mehr oder weniger großen bürokratischen Apparat ausgestattet ist und somit über ein ständig zur Verfügung stehendes Instrument für regelmäßige Aktivitäten zur politischen Meinungs- und Willensbildung verfügt. Inwieweit sie eine aktive Mitglieder- oder eher eine lediglich zu Wahlzeiten attraktive Wählerpartei ist, soll in diesem Zusammenhang dahingestellt bleiben. Sie jedenfalls scheint am ehesten dafür geeignet, den politischen Willen bestimmter Bevölkerungsteile zu bündeln, sei es in weltanschaulicher, religiöser, sozialer, wirtschaftlicher oder landsmannschaftlicher Hinsicht.

Nicht zu vergessen sind schließlich jene Parteien, die in bestimmten Regionen verwurzelt sind oder Minoritäten repräsentieren.

Aus der demokratischen Massenpartei hat sich die sogenannte Volkspartei entwickelt, auch als »Allerweltpartei« oder »catch-all-party« bezeichnet,

die eine tiefere ideologische Durchdringung ihrer potentiellen Klientel für eine breitere Ausstrahlung und einen raschen Wahlerfolg zu opfern bereit ist (Kirchheimer). Diesem Parteityp scheint vornehmlich dort Erfolg beschieden zu sein, wo bestimmte gesellschaftliche Bedingungen, z.B. die Abschwächung sozialer Gegensätze, mit speziellen politisch-historischen Bedingungen (5 %-Klausel, Parteienverbote etc.) einhergehen.

Schließlich kennen wir in Europa die – hoffentlich überwundene – totalitäre Abart der demokratischen Massenintegrationspartei, in der die Konkurrenz von Meinungs- und Willensbildung institutionell beseitigt ist. Sie ist ein reines Herrschaftsinstrument der politischen Führung und versucht, »sich die Massen geistig und moralisch einzugliedern« (Kirchheimer). Deshalb verlangt sie von ihren Mitgliedern blinden Gehorsam und unbedingte Disziplin sowie ein permanentes Bekenntnis zu ihren Zielen in Wort und Tat. Sie ist das wesentliche Kennzeichen des diktatorischen Einparteiensystems, wohingegen – je nach Wahlrecht – das Zwei- und Mehrparteiensystem das Bild der westlichen Demokratien charakterisiert. Daß sich dieses Bild noch weitaus differenzierter präsentiert durch eine mehr oder minder ausgeprägte Faktionenbildung in einzelnen Parteien, soll nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden.

Alle diese – hier nur grob skizzierten – Parteitypen finden sich in vielerlei Mischformen und Variationsbreiten im europäischen Raum. Eine wissenschaftliche Archivalienkunde wird also das Schriftgut und die Dokumente von Parteien, ihren Einrichtungen und ihren Vertretern vor diesem Hintergrund zu berücksichtigen haben.

Parteien und ihre Archive

Von vorrangigem archivarischen Interesse sind – was die Massenparteien betrifft – die Unterlagen der Parteiverbände und -gremien aller Ebenen sowie die Akten ihrer parlamentarischen Vertretungen. Zusammen mit diesen parteitypischen Materialien (Programme, Sitzungsprotokolle, Korrespondenzen, Aktenvermerke usw.) bilden die Unterlagen von Politikern aus ihrer Tätigkeit in Parteiämtern, in Legislative oder Exekutive, d.h. die Nachlässe, eine zusammenhängende Quellenmasse. Gerade die Nachlässe spiegeln wider, was oben gesagt wurde: Parteien – und ihre Repräsentanten, die in der Regel nur über die Partei in Staatsämter gelangen, also nicht von einer Obrigkeit ernannt werden – operieren an der Nahtstelle zwischen Staat und Gesellschaft. Von daher sind Nachlässe von entscheidender Bedeutung für die Parteiarchive. Und für den Nachweis des Wirkens von Honoratiorenparteien sind sie geradezu unverzichtbar. Wie sonst ließen sich – angesichts

der unterentwickelten Organisationsstruktur dieses Parteientyps – dessen historisch-politische Spuren nachzeichnen?

Die Nachlässe der Funktionäre und führenden Repräsentanten aller Ebenen haben aber auch für die weiter entwickelten, sozusagen auf einer höheren Stufe stehenden Massenparteien einen hohen Stellenwert, vor allem dann, wenn die eigentlichen Organisationsakten – aus welchen Gründen auch immer – verloren gegangen sind. Nachlässe spiegeln nämlich nicht nur das politische Wirken des jeweiligen Nachlassers wider, sie bilden auch eine Ergänzung der eigentlichen Parteiakten, im Falle ihres Fehlens eine Art Ersatzüberlieferung.

Die Parteiakten wiederum sind entscheidend für die Kenntnis der organisatorischen und programmatischen Entwicklung, kurz: für den Nachweis der Wirksamkeit der sog. Massenparteien – und zwar auf allen Organisationsstufen. Sie sind ein Beleg für die Meinungs- und Willensbildung der sog. Parteibasis und ihre Umsetzung in politisches Wollen und Handeln – zunächst im kommunalen Sektor, dann aber über die Funktionäre und Repräsentanten auch auf der regionalen und nationalen, ggf. sogar internationalen Ebene. Nur wenn das Archivgut der Parteien möglichst geschlossen erhalten bleibt und deren Archive wirklich das Ende ihrer Schriftgutverwaltung darstellen, ist umfassende Parteienforschung möglich und die wechselseitige Durchdringung von Staat und Gesellschaft in der Demokratie nachvollziehbar.

Aus Nachlässen und den eigentlichen Parteiakten kann die Forschung sowohl übergreifende Themen, d.h. zeithistorische, politologische, soziologische, als auch regional-, lokal-, parlaments- oder parteispezifische Fragestellungen behandeln. Bleibt also festzuhalten: Die gesamte Quellenbasis (Nachlässe und Akten der Parteigremien) möglichst geschlossen zu erhalten und der Forschung anzubieten, müßte das Bestreben nicht nur von Historikern, Soziologen und Politologen, sondern vor allem auch das Anliegen der Archive und der Archivare sein.

Für Material, das aus Parteitätigkeit hervorgeht, gibt es freilich – anders als bei Schriftgut aus öffentlich-rechtlicher Tätigkeit – keine Abgabepflicht, und es darf wohl in einem freiheitlichen Gemeinwesen, da das Wirken der Parteien zwischen privat und öffentlich angesiedelt ist, eine solche Verpflichtung auch nicht geben. Insofern gestaltet sich die Akquisition von Parteimaterial besonders schwierig. Auch erwarten Politiker, ihre Erben und Parteiverbände von Archiven einen besonderen Vertrauensschutz, da das abgegebene Material nicht nur zum privaten Nachteil, sondern auch in der politischen Auseinandersetzung verwendet werden könnte. In diesem Vertrauensschutz ist ein besonderer Grund für die Einrichtung von Partei- bzw. parteinahen Archiven zu sehen. Wo die Möglichkeit der Abgabe an solche Archive nicht vorhanden ist, besteht Gefahr daß dem kollektiven

Gedächtnis und der historischen Forschung wertvolles Material verloren geht.

Wie aber steht es nun mit Parteiarchiven im europäischen Raum? Zunächst ist festzustellen, daß Archive politischer Parteien in Europa eher Ausnahme als Regel sind. Dies ergab sich aus einer Umfrage, die das Archiv für Christlich-Demokratische Politik 1990 durchgeführt hat, sowie aus der Auswertung von Archivzeitschriften und -inventaren, wobei sich, insbesondere für die sozialistischen Parteien, die sich im Gegensatz zu anderen schon recht früh um ihre Archivalien gekümmert haben, der von der International Association of Labour History Institutions (Gent) herausgegebene *Directory 1987* als sehr hilfreich erwiesen hat. Viele Briefe dieser Umfrage blieben unbeantwortet – ein Indiz, daß das Bewußtsein der angeschriebenen Parteien und Parteiführungen dafür, welche Bedeutung ihre schriftlichen Unterlagen haben, noch unterentwickelt ist. Die Vermutung liegt deshalb nahe, ja sie drängt sich geradezu auf, daß den Parteiorganen die eigene Geschichte, ihre Wurzeln und ihre geschichtliche Entwicklung und ihr Standort in der Historie relativ gleichgültig sind.

Dafür lassen sich verschiedene Gründe ins Feld führen: Zum einen kennen Parteien – dies ergibt sich aus oben Gesagtem – keine behördenmäßige Büroorganisation mit Aktenordnung, Registraturen und Aktenkellern. Hauptamtlich besetzte Geschäftsstellen mit ausgewiesenem Personal existieren – bis auf die Zentralen – meist nicht. Es fehlt an Geld – dies ist wohl einer der wesentlichen Gründe –, an Raum und Personal, das zudem häufig wechselt. Aus diesen Gründen ist eine systematische Aktenführung die absolute Ausnahme. In aller Regel werden die Akten, wenn sie nicht mehr für den laufenden Geschäftsbetrieb gebraucht werden, in die Keller oder auf die Dachböden verbannt oder aber aus Platzgründen vernichtet. Parteien sind außerdem naturgemäß weniger an ihrer Geschichte als vielmehr an politischer Gestaltung, an Machtgewinn und Machterhalt interessiert; sie schauen nach vorn und versuchen Wahlen zu gewinnen.

Immerhin konnten parteinahe Zentralarchive nachgewiesen werden: 1. bei den Sozialdemokraten/Sozialisten in Deutschland, Belgien, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und Österreich; 2. bei den Christlichen Demokraten in Deutschland, Belgien, Italien, Österreich und Spanien; 3. bei den Liberalen in Deutschland und Belgien.

Neben den Zentralarchiven, die in der Regel mit dem Sitz der jeweiligen Parteispitzen eng verbunden sind, gibt es eine Reihe eigens gegründeter Einrichtungen, die sich der Akten annehmen – Vereine, Stiftungen, aber auch Forschungsstellen, die sich mit einer bestimmten parteipolitischen Richtung befassen und sich um das einschlägige Quellenmaterial bemühen. Nicht zu vergessen ist schließlich, daß eine Reihe von Parteien ihre Materialien den staatlichen Archiven anvertraut; auch Minister-Nachlässe werden dort

aufbewahrt. Material kleiner Parteien, die manchmal nur von kurzer Lebensdauer waren, ist häufig nicht mehr nachweisbar, eine besonders bedenkliche Feststellung.

Aus den erhaltenen Informationen gewinnt man den Eindruck, daß die sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien aufgrund ihrer relativ langen und ungebrochenen Tradition sich am ehesten ihrer Geschichte bewußt sind. Sicher spielt der Wunsch eine Rolle, mit den eigenen Archiven das parteieigene Selbstverständnis zu stärken, anhand der Quellen die Kongruenz von Praxisarbeit und theoretischer Fundierung, die die Klassiker der Arbeiterbewegung vorgegeben hatten, zu prüfen und – *last but not least* – mit einer Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ein Gegengewicht zur sogenannten bürgerlichen Historie der Haupt- und Staatsaktionen zu schaffen. Aus diesen Gründen haben sie frühzeitig ihre Materialien in – heute frei zugänglichen – Forschungseinrichtungen konzentriert.

Bei den christlich-demokratischen sowie bei den konservativen und liberalen Parteien ist die Lage hingegen anders. Bei diesen gilt es, das Verständnis für Archive und deren Bedeutung zu entwickeln und zu schärfen. Eine Ausnahme bildet die Bundesrepublik Deutschland, wo die Existenz der Politischen Stiftungen, die im wesentlichen vom Staat finanziert werden, die Gewähr für eine ordnungsgemäße Archivierung von Parteiakten bietet.

Ganz anders dagegen verhält es sich mit den Akten der sozialistisch-kommunistischen Parteien des ehemaligen Ostblocks, die als »Staatsstrukturen« über ein anderes Selbstverständnis als die demokratischen Parteien des Westens verfügten. Aus ihrer umfassenden, den Staat völlig vereinnahmenden, ja unterordnenden Tätigkeit heraus errichteten sie zentrale Parteiarchive. Ihre »Dokumente der Arbeiterklasse«, so das Lehrbuch des Archivwesens der DDR von 1984, »verkörperten einen einmaligen Schatz von Erfahrungen und Lehren des historischen Kampfes der Arbeiterbewegung, der für die politisch-ideologische Arbeit von unschätzbarem und ständig steigendem Wert war. Hinzu kam, daß mit der Eroberung der Macht und Machtausübung durch die Arbeiterklasse das Archivgut ihrer Partei eine völlig neue Qualität erhielt.« Zugänglich waren diese Materialien aber nicht. Sie waren zur geheimen Staatssache erklärt. Nun ist zu erwarten, daß sie jedermann für die Auswertung zur Verfügung stehen werden.

Fazit

Insgesamt ist die Situation der Parteiarchivalien in Europa wenig zufriedenstellend. Besserung ist gefordert. Schritte dazu müssen zunächst auf nationaler und regionaler Ebene erfolgen. Sofern angesichts der offenkundigen Bedeutung der Parteien in der parlamentarischen Demokratie nicht Stiftun-

gen, Vereine oder Forschungseinrichtungen sich der Materialien annehmen können, sollten es die staatlichen Archive tun. Historiker und Archivare müssen darauf hinwirken, historisches Bewußtsein in den Parteien zu entwickeln, damit ihre Bedeutung im politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Prozeß angemessen gewürdigt werden kann.

Ein Erfahrungsaustausch auf europäischer und internationaler Ebene ist in Gang gesetzt. Die 1992 in Montreal gegründete Sektion der Partei- und Parlamentsarchive ist ein Schritt in die richtige Richtung, von dem Signalwirkung ausgehen könnte. Einheitliche Kriterien der archivischen Bewertung, Erschließung und Benutzung wären für Archive wie für die Historie von großem Gewinn. In einem demokratisch strukturierten Europa ohne Grenzen können archivische und historiographische Barrieren nur dann überwunden werden, wenn grenzüberschreitende Problemlösungen gefunden werden. Auch den Archiven und Archivaren ist hier eine wichtige europapolitische Aufgabe zugewiesen.

Die CDU aus der Nähe betrachtet

Der Beitrag des Archivs für Christlich-Demokratische Politik zur Geschichtsschreibung über die Union

Von Udo Wengst

Bei einem Vergleich zwischen der Weimarer Republik, jenem ersten, kläglich gescheiterten Versuch einer Demokratiegründung auf deutschem Boden, und der Bundesrepublik Deutschland, der so überraschend erfolgreichen parlamentarisch-demokratischen Staatsbildung in einem »halben Land« nach der nationalsozialistischen Katastrophe, ist der Unterschied in der Entwicklung des jeweiligen Parteiensystems besonders augenfällig. In der Nationalversammlung von 1919 verteilten sich die Wählerstimmen im wesentlichen auf sechs Parteien, die fast alle unter zum Teil geänderten Bezeichnungen an Vorläuferorganisationen im Kaiserreich anknüpften. Die SPD, die Deutsche Demokratische Partei und das Zentrum vereinigten etwas mehr als 75 % der Stimmen auf sich und besaßen als sogenannte »Weimarer Koalition« eine breite Mehrheit. Diese verloren sie allerdings schon 1920, und in den folgenden Jahren ließ die Integrationskraft dieser drei Parteien ebenso deutlich nach wie die von Deutscher Volkspartei und Deutschnationaler Volkspartei. Das Parteiensystem zersplitterte zusehends, und die radikalen Flügelparteien gewannen im Laufe der Zeit ständig an Zulauf. Im letzten vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten gewählten Reichstag im November 1932 waren nicht weniger als dreizehn Parteien vertreten, und – was noch bedeutsamer war – NSDAP und KPD verfügten zusammen über 50 % der Mandate.

Ganz anders verlief die Entwicklung in der Bundesrepublik. Schon vor ihrer Gründung wurde durch die Lizenzierungspolitik der Alliierten einerseits und Bestrebungen auf deutscher Seite andererseits eine Konzentration auf wenige Parteien herbeigeführt und damit in wesentlichen politischen Spektren die deutsche Tradition nicht fortgesetzt. Allein bei KPD und SPD handelte es sich um Wiedergründungen der von den Nationalsozialisten 1933 verbotenen Organisationen. Die FDP war insofern ein neues Gebilde, als es mit dieser Partei erstmals gelang, die seit dem 19. Jahrhundert bestehenden unterschiedlichen Richtungen des deutschen Liberalismus in einer Organisation zusammenzufassen. Gänzlich neu, wenn auch an Überlegungen zu Beginn der Weimarer Republik anknüpfend, war sodann die Gründung

von CDU und CSU, bei denen es sich um überkonfessionelle christliche Volksparteien handelte, die ganz unterschiedliche Traditionen bündelten.

Mit dem Wegfall alliierter Einschränkungen und Verbote noch vor der ersten Bundestagswahl 1949 kam es dann zwar zu einer Reihe von Neugründungen, vor allem von Regional- und Protestparteien, die zum Teil auch in den ersten Deutschen Bundestag einzogen, in dem immerhin zehn Parteien vertreten waren. Im Unterschied zur Weimarer Republik verlief die weitere Entwicklung in der Bundesrepublik jedoch in entgegengesetzter Richtung. Die Integrationskraft vor allem von CDU und CSU, aber auch der SPD, gewann zusehends an Boden, und auf Union und SPD entfiel im Laufe der 50er Jahre ein immer größerer Anteil von Wählerstimmen. Die Regional- und Protestparteien zerfielen innerhalb weniger Jahre genauso wie das Zentrum, das sich noch eine Weile in Nordrhein-Westfalen halten konnte. Auch die Radikalen auf der linken und rechten Seite besaßen keine Chance. Die Sozialistische Reichspartei und die KPD, vom Bundesverfassungsgericht 1952 bzw. 1956 für verfassungswidrig erklärt und verboten, waren schon vor dem jeweiligen Spruch aus Karlsruhe gescheitert: Aufgrund der Diskreditierung antidemokratischer nationalistischer Positionen durch den Nationalsozialismus und kommunistischer Ideologien durch die Realität in der SBZ/DDR gab es für Parteien auf dem linken und rechten Rand des politischen Spektrums kaum Zustimmung in der Bevölkerung. Dem Konzentrationsdruck, den die großen Parteien ausübten, insbesondere die Union, konnte allein die FDP widerstehen, ohne dabei allerdings ihr Ziel zu erreichen, sich als echte »Dritte Kraft« zwischen Christlichen Demokraten und Sozialdemokraten zu etablieren.

Angesichts der Bedeutung, die Parteien für das Gelingen oder Scheitern parlamentarischer Demokratien unstreitig haben, war es naheliegend, daß die nach 1945 in der Bundesrepublik etablierte Zeitgeschichtsforschung in der Parteiengeschichte ein zentrales Forschungsgebiet erblickte. Es versteht sich von selbst, daß dabei zunächst die Untersuchung der Entwicklungen im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik im Vordergrund stand, denn zeitgeschichtliche Forschung sah sich damals insbesondere mit der Aufgabe konfrontiert, Erklärungen für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie zu finden.

Wenn demgegenüber die Gründung und die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland und damit auch ihrer Parteien erst sehr viel später zum Thema der Zeitgeschichte wurden, so hat dies einmal damit zu tun, daß die Zeitgeschichtsforschung wie jede andere Geschichtsforschung ein Mindestmaß an Quellenzugang haben muß. Da Archivalien in der Regel 30 Jahre unter Verschuß bleiben, ehe sie der Forschung zur Verfügung stehen, war die Quellengrundlage bis in die zweite Hälfte der 70er Jahre für die Aufarbeitung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland schlicht unbefriedigend.

Dies änderte sich am Ausgang der 70er Jahre entscheidend nicht nur dadurch, daß nunmehr sukzessive amtliche Akten für Forschungszwecke frei gegeben wurden, sondern mehr noch deshalb, weil die der CDU, der SPD und der FDP nahestehenden politischen Stiftungen Archive eingerichtet hatten, in denen Aktenmaterial der Parteien, der ihnen angeschlossenen oder nahestehender Organisationen und der in ihren Reihen wirkenden Akteure gesammelt, gesichtet, aufbereitet und der Forschung zur Verfügung gestellt wurde. Die Stiftungs- oder Parteiarchive entwickelten sich innerhalb weniger Jahre zu zentralen, nicht mehr wegzudenkenden Einrichtungen für die Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, dies um so mehr, als in vielen Fällen keine restriktive Handhabung der 30-Jahresfrist geübt wurde und wird.

Einen besonderen Stellenwert darf unter den Parteiarchiven das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung beanspruchen, das den bisher größten und am besten erschlossenen Aktenbestand unter den Parteiarchiven aufweist. Hinzu kommt, daß Mitarbeiter des Archivs mit Darstellungen und Editionen zur Geschichte der Union wesentliche Forschungsleistungen erbracht und Forschungen Dritter angeregt oder betreut haben, für deren Veröffentlichung die von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebene und von Mitarbeitern des Archivs redaktionell betreute Reihe *Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte* zur Verfügung steht. Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß sich die Neugründung der Union nach 1945 als ungemein erfolgreich erwiesen hat und sie zu der Partei geworden ist, die das Gesicht der Bundesrepublik Deutschland wie keine andere geprägt hat. Unter Berücksichtigung dieser Tatbestände erscheint eine Zwischenbilanz geboten, in der unter vergleichender Perspektive auch auf die Arbeit der anderen Parteiarchive und auf die wichtigeren Forschungsarbeiten über CSU, SPD und FDP eingegangen werden soll.

Die Gründung des ACDP erfolgte 1976 und damit einige Jahre nach der Errichtung der Parteiarchive von FDP (1968) und SPD (1969), die jedoch erst nach einiger Zeit in größerem Ausmaß für Wissenschaftler zugänglich wurden und heute unter den Bezeichnungen »Archiv des Deutschen Liberalismus« (ADL) und »Archiv der sozialen Demokratie« (AdsD) firmieren. Die CSU zögerte lange, ein eigenes Archiv einzurichten. Erst 1986 entstand das Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP).

Mittlerweile hat das ACDP, wie die 1992 erschienene Bestandsübersicht dokumentiert,¹ eine imponierende Sammlungs- und Erschließungsarbeit geleistet. Die Akten haben einen Umfang von 10.000 laufenden Metern

¹ *Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Kurzübersicht, 3. erweiterte Auflage, Melle 1992.*

erreicht. Beeindruckend ist vor allem die Fülle von persönlichen Papieren. Insgesamt weist die Bestandsübersicht 539 Nachlässe, Deposita und Nachlaßsplitter nach. Hinzu kommen der Bestand CDU-Bundespartei (Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle) und das zentrale Parteiarchiv der Ost-CDU, Akten von Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden aus den alten und den neuen Bundesländern, von CDU-Fraktionen der Länderparlamente, von der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags, von internationalen christlich-demokratischen Organisationen und der CD- bzw. EVP-Fraktion im europäischen Parlament, von den Vereinigungen der Partei und schließlich noch einige Sondersammelgebiete, auf die nicht näher einzugehen ist. Es ist keine Frage, daß dieses Material bisher lediglich zu kleinen Teilen wissenschaftlich ausgewertet wurde und in Zukunft für vielerlei Fragestellungen auch über den engeren Bereich der Parteigeschichtsforschung hinaus eine hervorragende Quellengrundlage abgeben wird.

Richtig verstanden bedeutet diese Feststellung, daß die Aufarbeitung der CDU-Geschichte noch in den Anfängen steckt. Im Hinblick hierauf vermag es Verwunderung auslösen, wenn eine zweibändige, dickleibige Bibliographie, die in der Reihe *Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte* erschienen ist, annähernd 19.000 Titel aufführt, die im Zeitraum zwischen 1945 bis 1986 über CDU und CSU erschienen sind.² Diese große Zahl kommt jedoch dadurch zustande, daß die Bibliographie alle Titel erfaßt, die auch nur entfernt mit der Union zu tun haben. Nur ein Teil der genannten Arbeiten befaßt sich mit CDU und CSU als eigentlichem Forschungsgegenstand. Von diesen wiederum kann nur ein Teil als wissenschaftlich gelten, und davon schließlich weist ein noch geringerer Teil historische Zielsetzung und Vorgehensweise auf. Gleichwohl ist die Bibliographie für jeden, der sich mit der Union befaßt, ein unverzichtbares Hilfsmittel. Sinnvoll gegliedert und durch ein Personen-, Sach-, Institutionen- und Regionenregister erschlossen, bietet sie dem Benutzer einen leichten Zugriff auf die ihn interessierenden Themen.

Einen Schwerpunkt der Betätigung der Mitarbeiter des ACDP in der Forschung bildet die Edition zentraler Quellenbestände der Union. Mit dieser Zielsetzung unterscheidet sich das ACDP von den anderen Parteien bzw. Stiftungen. Obwohl auch die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung über ein Forschungsinstitut verfügt, das mit mehreren ausgewiesenen Historikern besetzt ist, gehörte die Edition zentraler Quellenbestände der SPD nicht zu den vorrangigen Aufgaben des Instituts. Von einem seiner Mitarbeiter

² *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945-1980*, erstellt von Gerhard Hahn (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 4), Stuttgart 1982; *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1981-1986 mit Nachträgen 1945-1980*, erstellt von Brigitte Krahe und Michaela Seibel (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 15), Düsseldorf 1990.

ist lediglich eine Auswahl von Reden, Schriften und Korrespondenzen Kurt Schumachers, des ersten Vorsitzenden der SPD in der Nachkriegszeit, erschienen.³ Zu erwarten ist auf längere Sicht allerdings die Edition der Protokolle der Sitzungen des Parteivorstandes ab 1945 (Bearbeiter Willy Albrecht), während die seit langem angekündigte Edition der Sitzungsprotokolle der SPD-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat nach wie vor aussteht. Dagegen ist die Edition der Protokolle der Sitzungen der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag von 1949 bis 1966 im Erscheinen begriffen. Sie wird bearbeitet von Mitarbeitern der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn.⁴

Mitarbeiter derselben Einrichtung haben auch die Bearbeitung der Bundesvorstandsprotokolle der FDP für die Zeit von 1949 bis 1967 übernommen, die mittlerweile als vierbändige Edition erschienen sind.⁵ Wie die Parlamentarismuskommission für SPD und FDP, so ist das Institut für Zeitgeschichte für die CSU tätig geworden, da das Archiv für Christlich-Soziale Politik bisher ebenso wenig über eine eigene Forschungsabteilung verfügt wie das Archiv des Deutschen Liberalismus. Im Herbst 1993 erscheint eine umfangreiche Dokumentation über die Anfangsjahre der CSU, die die Protokolle der Landesversammlungen, des Landesausschusses, der als kleiner Landesparteitag zu bezeichnen ist, und des Landesarbeitsausschusses enthält, den man als eine Art erweiterten Vorstand bezeichnen kann.⁶

Mit der Entscheidung, starkes Gewicht auf die Edition zentraler Quellenbestände der CDU zu legen, setzte das ACDP eine Richtung fort, die vor seiner Gründung schon eingeschlagen worden war. Bereits 1975 hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Dokumentation unter dem Titel *Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone 1946 – 1949* herausgegeben, die insbesondere Protokolle der Tagungen des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone, der ersten parteiorganisatorischen

3 *Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945-1952*, hrsg. von Willy Albrecht, Berlin – Bonn 1985.

4 *Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1957*, bearb. von Petra Weber; *Sitzungsprotokolle 1957-1961*, bearb. von Wolfgang Hölscher; *Sitzungsprotokolle 1961-1966*, bearb. von Heinrich Potthoff (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 8/I-III), Düsseldorf 1993.

5 *FDP-Bundesvorstand. Sitzungsprotokolle 1949-1967. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher 1949-1954*, bearb. von Udo Wengst; *Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier 1954-1960*, bearb. von Udo Wengst; *Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende*, bearb. von Reinhard Schiffers (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 7/I-III), Düsseldorf 1990, 1991 und 1993.

6 *Die CSU 1945-1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union*, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. von Barbara Falt und Alf Mintzel unter Mitarbeit von Thomas Schlemmer (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 5), München 1993.

Zusammenfassung der CDU oberhalb der Länderebene, enthält.⁷ Bedeutung kam dieser Dokumentation vor allem deshalb zu, weil Adenauer an der Spitze des Zonenausschusses stand. Die abgedruckten Quellen gestatteten erstmals einer breiteren wissenschaftlichen Öffentlichkeit, den Beginn von Adenauers Nachkriegskarriere in einer wichtigen Arena verfolgen zu können. Doch ließ diese Dokumentation handwerklich einiges zu wünschen übrig, insbesondere weil ihr ein undurchsichtiges Auswahlprinzip zugrunde lag und Kommentierung und Sachregister fehlen. Hierin unterscheiden sich die Editionsbinden, die von Mitarbeitern des ACDP, beginnend mit dem Jahr 1981, vorgelegt wurden, grundsätzlich. Sie enthalten alle eine kurze Einleitung, eine – meist etwas knappe – Kommentierung und sind durch ein Personen- und Sachregister erschlossen. Erschienen sind bisher die Protokolle der Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden von 1946 bis 1950,⁸ die Sitzungsprotokolle der CDU/CSU-Frakturen von Wirtschaftsrat⁹ und Parlamentarischem Rat¹⁰ und schließlich die Sitzungsprotokolle des CDU-Bundesvorstandes von 1950 bis 1961.¹¹

Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, die von 1946 bis 1950 das »organisatorische Bindeglied zwischen den Zonen- und Landesverbänden« darstellte (S.VII), besaß keine Entscheidungskompetenzen und diente lediglich als Diskussionsort und Clearingstelle. Verschiedene Versuche, auf der Basis der Arbeitsgemeinschaft die CDU als Bundespartei zu gründen, scheiterten insbesondere an Bayern, aber auch an Adenauer, der sich über Jahre hinweg in dieser Frage abwartend verhielt und erst im Mai 1950 dafür eintrat, »die Partei auf gesamtdeutscher Basis zu organisieren« (S. 695). Adenauers Stellung in der Partei war inzwischen so gefestigt, daß er

⁷ Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, eingel. und bearb. von Helmuth Pütz, Bonn 1975.

⁸ Die Unionsparteien 1946-1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden, bearb. von Brigitte Kaff (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 17), Düsseldorf 1991.

⁹ Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947-1959, bearb. von Rainer Salzmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 13), Düsseldorf 1988.

¹⁰ Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion, eingel. und bearb. von Rainer Salzmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 2), Stuttgart 1981.

¹¹ Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953, bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 8), Stuttgart 1986; Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953-1957, bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Düsseldorf 1990; Adenauer: »...um den Frieden zu gewinnen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957-1961, bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 24), Düsseldorf 1994.

bereits zu diesem Zeitpunkt von den Landesvorsitzenden einstimmig zum vorläufigen Vorsitzenden der Partei gewählt wurde (S. 698) und an einer Bestätigung dieser Entscheidung, die im Herbst 1950 in Goslar erfolgte, kein Zweifel mehr bestand.

Während die Arbeitsgemeinschaft keinen Vorsitzenden, sondern nur einen Vorstand besaß, ließ sich Adenauer auf der ersten Konferenz der Landesvorsitzenden am 10. Juni 1948 sogleich zum Vorsitzenden dieser Konferenz wählen (S. 212-217). Ebenso verfuhr er, als zur Koordinierung des Bundestagswahlkampfes im Frühjahr 1949 ein Wahlausschuß und ein Wahlrechtsausschuß eingesetzt wurden, deren Sitzungsprotokolle ebenfalls in diesem Band veröffentlicht sind (S. 371-465, S. 560-634). Insbesondere aus der Konferenz der Landesvorsitzenden entwickelte sich ein »organisatorisches Institut«, auch wenn sich die CSU dagegen verwahrte und an der Übernahme des Vorsitizes durch Adenauer zunächst Kritik übte (S. 223 ff. und S. 230 f.).

Bis in das Jahr 1948 hinein nahmen Mitglieder der Ost-CDU an den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft und der Landesvorsitzenden teil; erst im August 1948 distanzierte sich die Arbeitsgemeinschaft von der Führung der Ost-CDU unter Nuschke und Hickmann. Vertreter der CSU beteiligten sich bis Mai 1950 an den Sitzungen, und noch das Partei-Statut vom Oktober 1950 enthielt als letzten Paragraphen die Formulierung: »Die CDU bildet nach näherer Vereinbarung mit der CSU eine Arbeitsgemeinschaft« (S. 756).

In der Edition sind Unterlagen von 23 Sitzungen unterschiedlicher Leitungsgremien der Union veröffentlicht. Dabei ist die Überlieferung durchaus verschieden. Neben stenographischen Niederschriften gibt es knappe Beschlußprotokolle oder lediglich Einladungsschreiben und Pressecommuniqués. Wenn möglich, hat die Bearbeiterin, Brigitte Kaff, zur Aufhellung von Sitzungsabläufen auch Parallelüberlieferungen hinzugefügt und somit den Informationswert der Edition erhöht.

Vor ähnlichen Problemen wie Brigitte Kaff stand auch der Bearbeiter der Sitzungsprotokolle der CDU/CSU-Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrates, Rainer Salzmann. Die 161 Sitzungen aus dem Zeitraum vom 21. Juli bis zum 27. August 1949 sind zwar sämtlich durch Protokolle überliefert, doch handelt es sich in der großen Mehrzahl lediglich um knappe Beschlußprotokolle. Zur Erhöhung ihres Informationswertes hat der Bearbeiter in den Anmerkungen ergänzendes Material insbesondere aus den Nachlässen Holzapfel (Fraktionsvorsitzender) und Pünder (Oberdirektor der Verwaltung) abgedruckt.

Beim Frankfurter Wirtschaftsrat handelte es sich um ein parlamentähnliches Gebilde, mit zunächst 52, dann 104 Mitgliedern, die von den Landtagen der Länder der Bizone entsandt wurden. Ihnen oblag die Gesetzgebungs-

kompetenz und das Verordnungsrecht für alle Aufgabenbereiche, die in die Zuständigkeit der bizonalen Verwaltungen fielen. Außerdem hatte der Wirtschaftsrat die Direktoren der einzelnen Verwaltungen zu wählen und konnte damit über die politische Ausrichtung der »bizonalen Regierung« entscheiden.

In den veröffentlichten Protokollen kann man nachlesen, wie die CDU/CSU-Fraktion im Sommer 1947 mit ihrem Festhalten an der Forderung, daß ein Unionspolitiker den Direktorenposten der Verwaltung für Wirtschaft besetzen müsse, die Vorentscheidung für die »bürgerliche« Koalitionsbildung fällte (S. 43-46, S. 51-54) und im Frühjahr 1948 durch ihre Kompromißbereitschaft gegenüber der FDP die Wahl von Pünder zum Oberdirektor und von Ludwig Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft durchsetzte (S. 156 f.). Von besonderem Interesse sind die Debatten über den wirtschaftspolitischen Kurs des Wirtschaftsrates, wobei in diesem Gremium schon vor der Wahl Ludwig Erhards eine Mehrheit für eine freie Wirtschaft plädierte (S. 64, 73, 86, 96 und 108). Forciert und durchgesetzt hat die marktwirtschaftliche Konzeption dann allerdings Erhard, der aber auf Widerstand in der Fraktion stieß, als nach der Währungsreform im Herbst 1948 Probleme auftraten (S. 225 f., S. 268, S. 285 f.).

Obwohl Adenauer dem Wirtschaftsrat nicht angehörte, nahm er doch an einer Reihe von Sitzungen teil und wirkte darauf hin, daß die von der Fraktion verfolgte Politik seinen Intentionen entsprach. So vertrat er im Sommer 1947 in der Fraktion mit Nachdruck die Meinung, daß die CDU die »Regierungsverantwortung« in der Bizone übernehmen müsse (S. 46). Wenig später warnte er vor der SPD, die danach trachte, »die CDU kaputt zu machen« (S. 81 f.). Bereits zu diesem Zeitpunkt und nochmals ein Jahr später mahnte er die Fraktion, auf die Abgrenzung ihrer Verantwortlichkeit gegenüber den Alliierten bedacht zu sein, und im Oktober 1948 verlangte er mit Blick auf die erste Bundestagswahl von seinen Parteifreunden in Frankfurt eine einheitliche (Wirtschafts-)Politik (S. 284). Auch 1949 hat es Interventionen Adenauers gegenüber CDU-Abgeordneten des Wirtschaftsrates gegeben. An den Sitzungen der Fraktion nahm er nun allerdings nicht mehr teil. Dies war darauf zurückzuführen, daß der Wirtschaftsrat an Bedeutung verlor, da die wichtigen politischen Entscheidungen nun vor allem im Parlamentarischen Rat in Bonn fielen.

Der Parlamentarische Rat, der am 1. September 1948 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat und am 8. Mai 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedete, bestand aus 65 Mitgliedern, die ebenso wie die des Frankfurter Wirtschaftsrates von den Landtagen entsandt worden waren. Zur dominierenden Figur dieses Gremiums entwickelte sich Konrad Adenauer, dem es gelang, seine Wahl zum Präsidenten durchzusetzen. Damit hatte er die Position gewonnen, die ihm eine institutionelle Basis

außerhalb der eigenen Partei schuf und zum herausgehobenen Ansprechpartner der Alliierten machte. Nicht zuletzt durch dieses Präsidentenamt, dessen politische Möglichkeiten er voll ausschöpfte, legte Adenauer den Grundstein für die Übernahme des Bundeskanzleramtes im September 1949.

Die Protokolle der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates, meist Verlaufs- und nur in wenigen Fällen Wortprotokolle, deren Edition wiederum Rainer Salzmann besorgt hat, belegen darüber hinaus, daß Adenauer, im Gegensatz zu einer landläufigen Meinung von seinem nur geringen Anteil an der Ausgestaltung des Grundgesetzes, als unumstrittene Führungsfigur auch in wesentlichen Sachfragen innerhalb der Fraktion die großen politischen Linien vorzeichnete. Dies gilt vor allem für das Föderalismusproblem und die damit zusammenhängende Ausgestaltung der zweiten Kammer, eine Frage, deren Bedeutung Adenauer mit Recht hoch einschätzte, nicht zuletzt im Hinblick auf das Verhältnis zur FDP und DP, das Adenauer sorgfältig pflegte, womit er die Koalitionsbildung vom Spätsommer 1949 vorbereitete.

Adenauer war bereits über ein Jahr Bundeskanzler, als der CDU-Bundesvorstand am 5. Dezember 1950 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Die Protokolle dieser Sitzungen, anfänglich lediglich knappe Verlaufsnotizen, die im Laufe des Jahres 1952 allmählich ausführlicher wurden und ab Dezember dieses Jahres als Wortprotokolle abgefaßt wurden, liegen nunmehr bis zum 25. August 1961 in drei dickleibigen Bänden vor. Ediert hat sie Günter Buchstab, der Leiter der Wissenschaftlichen Dienste der Konrad-Adenauer-Stiftung und in dieser Funktion zugleich auch erster Mann des ACDP, der damit eine Quelle von besonderem Gewicht veröffentlicht hat. Der Bundesvorstand trat im angegebenen Zeitraum zu 68 Sitzungen zusammen und wies damit nur eine relativ geringe Tagungsfrequenz auf. Dies und die Größe des Quorums (bis zu 65 Teilnehmer) qualifizierte ihn nicht als eigentliches Entscheidungsgremium der CDU, sondern in erster Linie als Diskussionsforum, in dem allerdings – wie Buchstab in der Einleitung zum ersten Band formuliert – »politische Entscheidungen durch Informationsaustausch und Meinungsbildung reifen und sich durchsetzen«(S.XXIV). Beschlüsse wurden im Bundesvorstand nicht gefaßt, die zentralen Politikbereiche aber alle eingehend diskutiert. Zu nennen sind hier (vor allem am Anfang) die Organisation der Partei, ihre Finanzierung, das schwierige Konfessionsproblem, die Vorgänge in den Ländern, die Beziehungen zu den anderen Parteien und schließlich alle großen Themen der Innen- und Außenpolitik.

Die Protokolle belegen, daß Adenauer sehr schnell eine dominierende Rolle spielte und sich gegenüber innerparteilichen Opponenten und Rivalen wie Jakob Kaiser, Friedrich Holzapfel und Werner Hilpert durchzusetzen verstand. Auch vermochte er sein »Herrschaftswissen« als Bundeskanzler

geschickt einzusetzen, in dem er ab 1952 vor allem seine einführenden Lageberichte als Führungsinstrument gebrauchte und den Gang der anschließenden Aussprache entscheidend beeinflusste. Adenauer diente die Bundesvorstandssitzungen in erster Linie dazu, die Zustimmung der Partei für seine Politik zu gewinnen, was ihm meist auch gelang, nicht zuletzt dadurch, daß er sich auf die Sitzungen sorgfältig vorbereitete, sich mit Mitarbeitern und einflußreichen Politikern aus den Führungsgremien der Partei abstimme und Fragen erst dann zur Sprache brachte, wenn er einer Zustimmung weitgehend sicher sein konnte (Bd. 1, S. XXIII).

Heftige Auseinandersetzungen blieben Adenauer im Bundesvorstand gleichwohl nicht erspart – so z. B. über seine Haltung in der Saarfrage am 30. September 1955 (Bd. II, S. 619-644). Am Zustand der Partei und an seinem Führungsstil wurde ab 1955 Kritik angemeldet. Es war Alois Zimmer, der im November 1955 die Frage aufwarf, ob überhaupt noch eine »autonome Parteiführung« vorhanden oder ob »die Parteiführung identisch mit der Führung des Kabinetts plus Bundestagsfraktionsvorstand« sei (Bd. II, S. 692). Derselbe Zimmer hatte bereits zwei Monate zuvor ein stärkeres »Selbstbewußtsein« der Partei mit der Begründung gefordert, daß irgendwann die Zeit kommen werde, »wo der Bundeskanzler nicht mehr oben steht« (Bd. II, S. 646 f.). Zimmer brachte seine Kritik bezeichnenderweise in Abwesenheit Adenauers vor, der sich zur Frage nach der Rangfolge von Partei und Fraktion unterschiedlich ausließ (Bd. II, S. 567 und S. 829). Im Juni 1955 fand er es selbst erschreckend, daß die CDU nur auf ihm aufbaue (Bd. II, S. 572). Als jedoch die Vertreter der Landesverbände von Nordrhein und Westfalen-Lippe im Frühjahr 1956 daran gingen, durch eine Statutenänderung die Zusammensetzung des Vorstandes zu ändern und durch eine Erhöhung der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden die Parteiführung auf eine breitere Basis zu stellen, stieß dies auf den erbitterten Widerstand des Kanzlers (Bd. II, S. 908-918). Auf dem Parteitag in Stuttgart 1956 setzten sich die Antragsteller jedoch durch und fügten Adenauer eine Niederlage bei. An der »dominierenden Rolle Adenauers« in der Partei – so Buchstab in der Einleitung – und dem großen Einfluß der »Regierungsfraktion in der Parteispitze auf die politischen Richtlinien und auf den Gesetzgebungsprozeß« (Bd. II, S. XXVII und S. XXXI) vermochte dies jedoch wenig zu ändern.

Dies galt im Prinzip anfangs auch für die dritte Legislaturperiode, in der sich allerdings – wie in der Einleitung zu Bd. 3 (S. X) zu lesen ist – »die vorstandsinternen Konflikte häuften« und »sowohl in sachlicher wie persönlicher Hinsicht, in Ton wie in Inhalt schärfer und heftiger als jemals zuvor« ausgetragen wurden. Konfliktfelder waren insbesondere die Deutschlandpolitik, in der Adenauer gegen jedwede Aufweichungstendenzen an der bisherigen Politik festhielt, die Medienpolitik, die Entwicklungen im Energie- und Agrarbereich oder aber die Krankenversicherungsreform

(Bd. III, S. XI-XIX). Darüber hinaus wurden wiederholt Klagen am Zustand der Partei laut, in die auch Adenauer am 16. September 1961 mit der Bemerkung einstimmt: »Nach meiner Meinung haben wir keine Bundespartei« (Bd. III, S. 397). Die nach der Präsidentenkrise von 1959 eingeleiteten Initiativen zur »Aktivierung und Intensivierung der Parteiarbeit« führten im Februar 1960 zur Verabschiedung eines neuen Parteistatutes, mit dem als neues Führungsgremium ein engerer Bundesvorstand geschaffen wurde. Mit 24 Mitgliedern war dieses Organ für ein effizientes Entscheidungszentrum allerdings zu groß, und seine Aktionsmöglichkeiten wurden im folgenden auch noch dadurch eingeschränkt, daß zur Vorbereitung der Bundestagswahl im September 1961 ein besonderes Wahlgremium eingesetzt wurde. Buchstab ist zuzustimmen, wenn er den organisatorischen »Aktionismus« jener Tage dahingehend deutet, »daß die Bandbreite der Parteiaufgaben mit der anfangs so effektiven Spitze eines mit großer persönlicher Autorität und politischem Prestige ausgestatteten Vorsitzenden, der gleichzeitig Bundeskanzler war, nicht mehr zu bewältigen war« (Bd. III, S. XXV).

Neben der Bearbeitung und Herausgabe zentraler Quellenbestände hat das ACDP sich auch um die monographische Aufarbeitung der Unionsgeschichte bemüht. Den Anfang machte ein kleines Bändchen mit dem Titel *Die Gründung der Union* im Jahre 1981, das auch die historischen Voraussetzungen der Gründung und die Wegbereiter und Repräsentanten behandelt.¹² Als Ergebnis ist festzuhalten, daß die »negative Erfahrung der Parteienzersplitterung in der Weimarer Zeit« genauso eine Gründungsvoraussetzung einer interkonfessionellen Partei war wie das »Bewußtsein der verbindenden Gemeinsamkeiten im Kampf gegen das NS-Regime« (Brigitte Kaff, S. 71). Die neue Partei stand, wie anhand ausgewählter Repräsentanten veranschaulicht wird, in der Tradition christlicher Grundwerte. Sie nahm soziale und gewerkschaftliche Traditionen ebenso auf wie konservative, liberale oder auch föderalistische Traditionen. Den Abschluß des Bandes bilden zwei Beiträge über Franz Böhm und Konrad Adenauer, in denen die beiden grundlegenden Neuerungen in der Gründungsphase der Bundesrepublik exemplifiziert werden, zum einen die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft, zum anderen die außenpolitische Neuorientierung.

Archivalisch gut abgestützte Darstellungen folgten aber erst einige Jahre später mit den Arbeiten von Winfried Becker und Horstwalter Heitzer, die sich beide ausführlich mit den ersten Jahren der Unionsgeschichte befaßten. Während Becker Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei zonenübergreifend untersucht,¹³ behandelt

12 Günter BUCHSTAB/Klaus GOTTO (Hrsg.), *Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten* (Geschichte und Staat, Bd. 254/255), München-Wien 1981.

13 Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Ent-*

Heitzer allein die CDU in der britischen Zone.¹⁴ In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß es für die FDP, deren Gründungsgeschichte ähnlich verlief wie die der Union, für diesen Zeitraum parallele Arbeiten gibt. So stellt Dieter Hein die Gründung, Entwicklung und Struktur der FDP für den Gesamtbereich der drei Westzonen dar,¹⁵ während Karsten Schröder wie Horstwalter Heitzer lediglich der Entwicklung in der britischen Zone nachgeht.¹⁶

Beckers Arbeit basiert in sehr starkem Maße auf Aktenbeständen des ACDP, dazu ergänzend auf weiteren archivalischen und veröffentlichten Quellen, schließlich auf Befragungsergebnissen von mehr als 70 Zeitzeugen und einer umfassenden Auswertung der einschlägigen Literatur. Ebenso überzeugend wie die Quellengrundlage ist die Gliederung. Auf eine knapp skizzierte Vorgeschichte und ebenso geraffte Darstellung der Programmgeschichte folgt das zentrale und den größten Forschungsertrag enthaltende Kapitel über die Gründung und Entwicklung der Landesparteien in den Westzonen. Unter standardisierten Kriterien werden die einzelnen Landesverbände abgehandelt und dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet. Im Anschluß hieran unterzieht Becker die Vorgänge in der CDU in der sowjetisch besetzten Zone einer konzentriert zusammenfassenden Betrachtung, schildert sodann dem Leser die Bildung zentraler Parteiinstanzen bis zur CDU-Gründung 1950 und bilanziert schließlich in einer Schlußbemerkung das Ergebnis seiner Darstellung. Hierin weist Becker insbesondere die oftmals vorgenommene Zweiteilung der Unionsgeschichte zurück, ganz gleich ob sie programmatisch (vom Ahlener Programm zu den Düsseldorfer Leitsätzen) oder organisatorisch (von der Sammlungsbewegung zur Volkspartei) begründet wird. Becker betont dagegen die Identität der CDU, »die aus dem Aufbruch von 1945 hervorging und weit zurückreichende Wurzeln hatte« (S. 274).

Mit dieser Einschätzung stimmt Heitzer im wesentlichen überein. Auch Heitzer, der seine Darstellung in drei Teile gegliedert hat (CDU-Parteigründungen in den Ländern der britischen Zone und erste Versuche überregionaler parteipolitischer Zusammenarbeit, Parteiführung und -organisation von

wicklung bis zum Entstehen der CDUBundespartei (Studien zur politischen Bildung, Bd. 13), Mainz 1987.

14 Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 12), Düsseldorf 1988.

15 Dieter HEIN, *Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 76), Düsseldorf 1985.

16 Karsten SCHRÖDER, *Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946-1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 77), Düsseldorf 1985.

1946-1949, Zonenausschuß) und eine noch breitere Quellenbasis als Becker nachweisen kann, vermag letztlich keinen Bruch in der Programmatik vom Ahlener Programm zu den Düsseldorfer Leitsätzen zu erkennen. Auch er betont, daß die CDU (in der britischen Zone) von Beginn an eine Volkspartei gewesen sei.

Heitzers detaillierte Untersuchung enthält jedoch mehr als nur eine Bestätigung der Ergebnisse Beckers. Sie erbringt zusätzlich vor allem einen wichtigen Beitrag zur Adenauer-Forschung. Denn der Zonenverband war »im hohen Maße mit der Persönlichkeit Adenauers« verbunden (S. 742) und diente dem späteren Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzenden »als Hausmacht im Kampf um die Führung der CDU« (S. 745). In diesem Zusammenhang ist u.a. auf die Auseinandersetzungen und Konflikte Adenauers mit Hermes, Kaiser und Arnold hinzuweisen, gegen die er seinen Führungsanspruch durchsetzte.

Im Hinblick auf die oben gegebenen Hinweise auf Adenauers Umgang mit dem CDU-Bundesvorstand verdienen Heitzers Ausführungen über Adenauers Führungsstil besonderes Interesse, der – wie Heitzer betont – von seinen Erfahrungen als Kölner Oberbürgermeister geprägt war und bereits alle Elemente enthielt, die auch für den CDU-Bundesvorsitzenden kennzeichnend waren. Der Vorsitzende des Zonenverbandes »stand einer kooperativen Parteiführung distanziert gegenüber, weil sie seinen politischen Handlungsspielraum einschränkte. Adenauers Stellvertreter in der rheinischen und zonalen Partei wurden an politischen Entscheidungsprozessen oft nur partiell beteiligt, unzureichend oder verspätet unterrichtet. Kein anderer Landesvorsitzender handhabte die Einberufung des Vorstandes so eigenmächtig wie Adenauer« (S. 743). Mit Blick auf Adenauers mächtige und bald unangefochtene Stellung im Zonenverband wird verständlich, warum er einem organisatorischen Ausbau der Arbeitsgemeinschaft zu einer Bundespartei über Jahre hinweg distanziert gegenüberstand und den Zonenverband auch erst dann auflöste, als er bereits Bundesvorsitzender der CDU war.

Bis 1948 – darauf ist oben bereits hingewiesen worden – hat es in der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands noch eine gewisse Zusammenarbeit der Union in den westlichen Besatzungszonen mit der CDU in der sowjetisch besetzten Zone gegeben. Sie wurde jedoch von westlicher Seite abgebrochen, da die Ost-CDU mehr und mehr auf SED-Kurs gebracht und gleichgeschaltet wurde. Dieser Prozeß, den Becker auf nur wenigen Seiten abgehandelt hat (S. 210-213), ist nunmehr in der 1990 erschienenen Studie von Michael Richter detailliert nachzulesen,¹⁷ die – bereits vor der »Wende« von 1989/90 abgeschlossen – lediglich auf Aktenbeständen in Archiven

17 Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), Düsseldorf 1990.

der »alten« Bundesrepublik und auf Zeitzeugenbefragungen basiert, aber gleichwohl durch ihren Ertrag beeindruckt.

Richter, dessen Darstellung mit der Absetzung Kaisers als Vorsitzender der Ost-CDU durch die Sowjets im Dezember 1947 einsetzt, zeichnet präzise die Umwandlung der Ost-CDU von einer zur Beginn noch teilweise demokratischen Partei zu einer Kaderpartei nach. Er kann darlegen, wie sich die Führung und die Basis auseinanderentwickelten, weil die Parteispitze offen die SED-Diktatur unterstützte, »während die CDU-Arbeit an der Basis in die Illegalität gedrängt und kriminalisiert wurde« (S. 195). Mit rüden Methoden, die an Vorgänge bei der nationalsozialistischen Machtergreifung erinnern, wurde in der zweiten Januarhälfte 1950 der sächsische Landesvorsitzende Hickmann zum Rücktritt gezwungen (S. 223 f.) und die CDU der DDR »als Teil der Nationalen Front vollständig zu einem Instrument kommunistischer Machtpolitik« umgeformt (S. 289). Bis zum Frühjahr 1952 kam es zu Entlassungswellen von CDU-Mitgliedern in Verwaltungen, Schulen, in der Justiz und der Polizei: »Schritt für Schritt wurde die CDU aus allen Bereichen, die für das politische Leben der DDR von Bedeutung waren, verdrängt« (S. 317).

Bis zu den Stalin-Noten von 1952 blieb ihr allein die Aufgabe gestellt, Einfluß auf die Kirchen und die christliche Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zu nehmen, Westspionage zu betreiben und sich für eine eventuelle gesamtdeutsche Alternative bereit zu halten. Dabei ließen die Sowjets gegenüber dem Außenminister der DDR und führenden CDU-Politiker Dertinger keinen Zweifel an der mit den Stalin-Noten von 1952 verfolgten Absicht. Der Sowjetische Botschafter Puschkin teilte ihm mit, daß »gerade die Verhinderung der Westbindung der Bundesrepublik das eigentliche Ziel der (ersten) Note gewesen sei« (S. 356). Aus einem Artikel, den Dertinger Anfang April 1952 für die *Tägliche Rundschau* geschrieben hatte, strich der sowjetische Chefredakteur folgenden Satz: »Im Gegensatz zur (ersten) westlichen Antwort geht aus der (zweiten) sowjetischen Note hervor, daß die Sowjetunion nicht daran denkt, Deutschland in ein östliches Bündnisssystem einzugliedern oder das deutsche Potential für sich nutzbar zu machen« (S. 357). Mit dem Scheitern des Notenwechsels und damit der gesamtdeutschen Alternative verloren die Sowjets endgültig das Interesse an der Ost-CDU, und die SED besaß nun freie Hand. Dertinger und zahlreiche andere CDU-Funktionäre wurden im Januar 1953 verhaftet und anschließend verurteilt (S. 363-368). Als neuer »starker Mann« der Partei etablierte sich Generalsekretär Gerald Götting, der die Partei endgültig zu einer Kaderpartei umformte.

Mit Recht hat Richter als den wesentlichen Unterschied hervorgehoben, »daß sich in der westlichen Union die Politiker durchsetzten, deren Auffassungen Mehrheiten in der Partei fanden«, während durch die restriktive

Politik der Sowjetischen Militär Administration Deutschland (SMAD) »in der SBZ gerade die politischen Kreise protegiert wurden, die kaum über Rückhalt unter den Mitgliedern der CDU verfügten« (S. 376).

Mit der Geschichte der Organisation der (westlichen) CDU in den Jahren von 1950-1980 hat sich Wulf Schönbohm beschäftigt.¹⁸ Für den Zeitraum der Ära Adenauer konstatiert Schönbohm eine starke Stellung der Landesverbände, denen gegenüber allein Adenauer eine Chance hatte, sich durchzusetzen, da er »durch Kanzleramt, Parteivorsitz und seine überragende Persönlichkeit eine besondere Autorität in der Partei genöß« (S. 38). Allerdings schränkt Schönbohm diese Feststellung im folgenden ein, wenn er sagt, daß Adenauers Macht als Parteiführer nicht »unbegrenzt« gewesen sei: »In allen Fragen der Parteiorganisation, des Parteiapparates, der Parteifinancen usw., bei denen die Kompetenzen der Landesverbände tangiert waren, setzte sich Adenauer [...] in der Mehrzahl der Fälle nicht durch« (S. 40 f.). In gewissem Gegensatz hierzu formuliert Schönbohm an anderer Stelle, daß die CDU der 50er Jahre ein »Hilfsorgan von Parteipräsentanten in Regierung und Fraktion« gewesen sei und sich erst seit den 60er Jahren als eigenständige Organisation emanzipiert habe (S. 295). Aus einem »Kanzlerwahlverein« und einer »Honoratiorenpartei«, aus einer »christlichen Gesinnungs- und Weltanschauungspartei« entwickelte sich – so Schönbohm in Abweichung von Becker und Heitzer – letztlich erst im Lauf der 70er Jahre eine »pluralistische Volkspartei«, eine »Mitgliederpartei« mit einer »zur politischen Drehscheibe und Koordinationszentrale« gewordenen Bundesgeschäftsstelle, die eine Zentralisierung der Parteiführung herbeigeführt habe, die mit der »Zurückdrängung der in der CDU traditionell starken föderalistisch-dezentralen Vorstellungen« verbunden gewesen sei (S. 297-300).

Mit seinem Ansatz, der eine innerparteiliche Entwicklung über einen größeren Zeitraum hinweg untersucht, entsprach Schönbohm sicherlich einem weit verbreiteten Interesse nach Überblicks- bzw. Gesamtdarstellungen. Sie gibt es schon seit einigen Jahren – in durchaus unterschiedlicher Qualität – für alle kleineren Parteien, die in den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik eine gewisse Rolle gespielt haben,¹⁹ für die CSU, deren historische Erforschung über Jahre hinweg allein mit dem Namen Alf Mintzel verbunden

18 Wulf SCHÖNBOHM, *Die CDU wird moderne Volkspartei: Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 7), Stuttgart 1985.

19 Hermann MEYN, *Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 29) Düsseldorf 1965; Franz NEUMANN, *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei* (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 5), Meisenheim am Glan 1968; Ilse UNGER, *Die Bayernpartei: Geschichte, Struktur 1945-1957* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Stuttgart 1979; Hans WOLLER, *Die Loritz-Partei: Geschichte, Struktur und*

war,²⁰ und für die SPD, deren Geschichte Kurt Klotzbach für den Zeitraum von 1945 bis 1965 in beeindruckender Weise dargestellt hat.²¹ Für die CDU konnte in diesem Punkt bis vor kurzem nur Fehlanzeige gemeldet werden. Nunmehr jedoch hat Hans-Otto Kleinmann, stellvertretender Leiter des ACDP, die lange vermißte Gesamtdarstellung für den Zeitraum von 1945 bis 1982 vorgelegt.²²

Schon bei der Lektüre des Vorworts muß der wissenschaftlich interessierte Leser seine Erwartungen zurückschrauben, denn Kleinmann teilt mit, daß er keine »gelehrte Monographie« geschrieben habe – deshalb auch der durchgehende Verzicht auf Anmerkungen. Was geboten wird, ist »ein Buch zum Blättern und Lesen«, ein Werk »zum Nachschlagen«, das dem Leser in Form einer erzählenden Darstellung Informationen über wichtige Ereignisse, Personen und Daten der CDU vermittelt (S. 12).

Dieser Zielsetzung entspricht die weitgehend chronologische Gliederung: Aufstieg als Sammlungsbewegung der politischen Mitte, 1945-1950; die Ära Adenauer, 1950-1963; von den sechziger in die siebziger Jahre; in der Opposition: erste Phase 1969-1976; in der Opposition: zweite Phase 1976-1982. Diese den Zeitphasen folgende Gliederung wird jedoch nicht konsequent durchgehalten. Zwischen die Oppositionskapitel ist ein Kapitel mit der Überschrift »Aufwertung in der Provinz« eingeschoben, die abschließenden Kapitel behandeln die »Vereinigungen und Sonderorganisationen im Zeichen der 'Wende'« und die »Europapartei«. Die in dieser Kapiteleinteilung zum Ausdruck kommende Darstellungsweise Kleinmanns, der verschiedene Parteiebenen getrennt voneinander behandelt, kennzeichnet auch die Untergliederung der Kapitel selbst. Neben Parteien über die historischen Entwicklungen der Bundespartei stehen immer wieder vom Hauptstrom der Ausführungen abgesetzte Betrachtungen über die Landesverbände und Vereinigungen der Partei.

Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945-1955 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 19), Stuttgart 1982; Ute SCHMIDT, *Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung* (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 51), Opladen 1987; Josef MÜLLER, *Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950-1957* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 92), Düsseldorf 1990.

20 Alf MINTZEL, *Die CSU – Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972* (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 26), Opladen 1975; DERS., *Geschichte der CSU. Ein Überblick*, Opladen 1977.

21 Kurt KLOTZBACH, *Der Weg zur Staatspartei: Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin-Bonn 1982.

22 Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945-1982*, hrsg. von Günter Buchstab, Stuttgart 1993.

Angesichts der Bedeutung, die die Vereinigungen und Landesverbände für die CDU hatten und haben – von ihnen geht nach Kleinmann neben der Bundestagsfraktion die Bewegung innerhalb der Partei aus (S. 208) – ist ihre Berücksichtigung innerhalb einer Gesamtdarstellung der CDU sicherlich gerechtfertigt. Zu bemängeln ist allerdings, daß die unterschiedlichen Ebenen nicht zusammengeführt werden und somit die Einflußnahme der Landesverbände und Vereinigungen auf die Willensbildung und Politikgestaltung der Bundespartei ebenso wenig deutlich wird wie umgekehrt die Einwirkungen der Bundespartei auf die Landesverbände und Vereinigungen. Die zahlreichen Informationen, die über diese in Kleinmanns Buch gegeben werden, bleiben ohne Bezug, da ein Interpretationsrahmen für die Einarbeitung in den Gesamtzusammenhang fehlt. Dies mag bei der Anlage des Buches als Nachschlagwerk unvermeidlich sein, muß aber als Tatbestand festgestellt werden.

Die Darstellung der Entwicklung der Bundespartei und ihrer Politik vermag nicht in jeder Beziehung zu überzeugen. Gelungen erscheint die Schilderung der Entstehungs- und Gründungsphase sowie der Oppositionszeit. Weniger überzeugend hingegen sind die Ausführungen über die Ära Adenauer, die sich an der Abfolge der Bundesparteitage orientieren. Dabei muß eingeräumt werden, daß es gerade hinsichtlich dieses Abschnittes besonders schwer ist, eine Trennungslinie zwischen Parteigeschichte und allgemeiner Geschichte der Bundesrepublik zu ziehen. Dennoch hätte man sich gewünscht, daß die Probleme, mit welchen die Partei sich intern auseinandersetzte, und die Debatten über Koalitionspolitik sowie über das Verhältnis zu den anderen Parteien und die Diskussionen über zentrale Fragen der Innen- und Außenpolitik ausführlicher behandelt worden wären.

Da Kleinmann über die Partei umfassend informieren will und deshalb die Besetzung minder wichtiger Ämter ebensowenig ausläßt wie Tagungen und Konferenzen geringerer Bedeutung, liest sich seine Darstellung partienweise etwas trocken. Dabei kann Kleinmann durchaus ansprechend schreiben und Zusammenhänge treffend kennzeichnen (so heißt es z. B. über den Beginn der »Kanzlerpartei« 1949 in zugespitzter Formulierung: »Adenauer war mehr als ein Programm und effektiver als eine Organisation«, S. 132) und Personen glänzend charakterisieren (S. 353 ff. und S. 413). Durch das Korsett, in das er sich gezwungen hat, wird ihm dies jedoch über weite Strecken unmöglich gemacht.

Fassen wir zusammen: Als Nachschlagwerk wird Kleinmanns Buch auf absehbare Zeit unverzichtbar sein, insbesondere auch deshalb, weil sich seine Ausführungen in der Tat stets auf der Höhe des »Forschungsstandes« bewegen (S. 12). Eine Darstellung, die mit der Klotzbachs über die SPD vergleichbar ist, hat Kleinmann aber nicht vorgelegt. Eine Gesamtdarstellung der CDU-Geschichte, die mehr Interpretation und Analyse enthält, die

die verschiedenen Parteiebenen in einem Gesamtzusammenhang in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit beschreibt und die schließlich die Bedeutung und den Stellenwert der CDU für die Geschichte der Bundesrepublik in die Betrachtung einbezieht, steht nach wie vor aus.

Es mag durchaus sein, daß eine solche Darstellung zur Zeit nicht möglich ist, da notwendige Vorarbeiten noch fehlen. Archivmaterial hierfür steht jedoch in den Beständen des ACDP reichlich zur Verfügung, und seine Mitarbeiter werden auch in Zukunft durch Editionen und Darstellungen zur weiteren Aufhellung der CDU-Geschichte beitragen. Aus der wissenschaftlichen Forschung zur Unionsgeschichte ist das ACDP jedenfalls nicht mehr wegzudenken. Es leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Zeitgeschichte, in der auch in Zukunft die Parteiengeschichte einen bedeutsamen Platz einnehmen wird. Denn bei aller Kritik, die augenblicklich am Zustand der Volksparteien in der Bundesrepublik geübt wird, hat der Satz nach wie vor Geltung, den Peter Hintze in einem Nachwort zu einer soeben erschienenen Sammlung von Reden und Beiträgen Helmut Kohls²³ niedergeschrieben hat: »Die Aufgaben der Volksparteien bleiben bestehen – denn diese sind als Vermittler und Träger der politischen Willensbildung in der parlamentarischen Demokratie unersetzbar« (S. 468).

²³ Helmut Kohl, *Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973-1993*, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993.

Organisationen und Zusammenschlüsse christlich-demokratischer Parteien seit 1945

Eine Übersicht*

Zusammengestellt von Reinhard Schreiner

Die organisatorische Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit der Christlichen Demokraten seit 1945 vollzog sich auf mehreren Ebenen. Mit der Zeit ist so ein kaum mehr überschaubares Geflecht der verschiedensten Organisationen entstanden, für das im folgenden ein Wegweiser an die Hand gegeben wird. Die Aufstellung ist Teil eines Lexikonprojekts, das über die christlich-demokratischen Parteien und die Biographien christlich-demokratischer Politiker unterrichten soll.

Als Dachorganisation der weltweiten Zusammenarbeit gilt heute die *Christlich Demokratische Internationale (CDI)*, die bis 1982 *Christlich Demokratische Weltunion (CDWU)* hieß und die Regionalorganisationen *Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD)* und *Organización Demócrata Cristiana de América (ODCA)* umfaßt. Bis 1992 gehörte die *Christlich-Demokratische Union Zentraleuropas (UCDEC)*, die heute eine Arbeitsgruppe in der EUCD bildet, als dritte eigenständige Regionalorganisation dazu. Die EUCD entstand 1965 aus den *Nouvelles Equipes Internationales (NEI)*, dem ersten Zusammenschluß europäischer Christlicher Demokraten nach 1945, der unter anderem durch die *Genfer Gespräche* vorbereitet wurde.

Eine zweite Ebene der Zusammenarbeit entstand in Europa 1952 mit der Gründung der Beratenden Versammlung der Montanunion bzw. des Europäischen Parlaments 1958 (*Christlich-Demokratische Fraktion*), eine dritte schließlich durch die Gründung der *Europäischen Volkspartei (EVP)* im Jahr 1976, wobei die CD-Fraktion im Europäischen Parlament den Namen »Fraktion der EVP« (nicht zu verwechseln mit der EVP selbst) erhielt. EUCD und EVP sind heute organisatorisch sehr eng miteinander verbunden.

Die internationale Zusammenarbeit zwischen christlich-demokratischen und konservativen Parteien vollzieht sich in der *Internationalen Demokratischen Union (IDU)* und – für Europa – in der *Europäischen Demokratischen Union (EDU)*.

* Stand Mai 1994

Nachfolgend eine Zusammenstellung der einzelnen Organisationen (mit Vereinigungen) in alphabetischer Reihenfolge. Es ist jeweils vermerkt, wenn Akten der genannten Organisationen im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) aufbewahrt werden.

Christlich-Demokratische Akademie für Mittel- und Osteuropa

Gründung 1992 auf Initiative der EUCD und EVP mit dem Auftrag, systematische Bildungs- und Trainingsseminare für die Mitarbeiter und den Nachwuchs der christlich-demokratisch orientierten Parteien in Mittel- und Osteuropa anzubieten. Die Akademie wird von einem internationalen Vorstand geleitet, der sich zusammensetzt aus den Präsidenten und Vertretern der Mitgliedsparteien von EUCD und EVP.

Vorsitzender: Ferenc Rabar (Ungarn)
Sitz: Budapest

Christlich-Demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments

Gründung 1952 (offizielle Anerkennung 1953) als CD-Fraktion der Beratenden Versammlung der Montanunion, ab 1958 dann CD-Fraktion des Europäischen Parlaments, seit 1976 Fraktion der EVP

Präsidenten: Emmanuel M.J.A. Sassen (NL, 1953-1958), Alfred Wigny (B, 1958), Alain Poher (F, 1958-1966), Joseph Illerhaus (D, 1966-1969), Hans August Lückner (D, 1969-1975), Alfred Bertrand (B, 1975-1977), Egon A. Klepsch (D, 1977-1982), Paolo Barbi (I, 1982-1984), Egon A. Klepsch (D, 1984-1992), Leo Tindemans (B, seit 1992)

Generalsekretäre: Hans Joachim Opitz (D, 1954-1959), Carl Otto Lenz (D, 1960-1966), Arnaldo Ferragni (I, 1966-1972), Alfredo De Poi (I, 1972-1975), Giampaolo Bettamio (I, 1976-1986), Sergio Guccione (I, 1986-1991), Gerhard Guckenberger (D, seit 1991)

Sitz: Brüssel
ACDP: Bestand IX-001

Christlich-Demokratische Fraktion der Interparlamentarischen Union

Vorsitzender: Josef Höchtel (Österreich)
Sitz: Wien

Christlich-Demokratische Fraktion (Fraktion der EVP) im Europarat

Vorsitzender: Camille Dimmer (L)
Sitz: Straßburg

Christlich-Demokratische Fraktion in der Nordatlantischen Versammlung

Vorsitzender: Jan van Vlijmen (NL)

Sitz: Heemstede (NL)

Christlich Demokratische Internationale (CDI) *Internationale Démocrate Chrétienne (IDC)*

Gründung 1982 in Quito (Ecuador) als Nachfolgeorganisation der Christlich Demokratischen Weltunion (CDWU bzw. UMDC). Zusammensetzung aus den christlich-demokratischen Parteien der EUCD, der ODCA, der UCDEC (bis 1992 als Regionalorganisation) sowie einzelner christlich-demokratischer Parteien und Bewegungen aus Asien und Afrika. Die CDI ist gegenüber den beiden Regionalorganisationen EUCD und ODCA selbständig

Kongresse/Generalversammlungen finden alle drei Jahre statt. Der Kongreß wählt das Präsidium (Präsident, Vizepräsident, Schatzmeister, Generalsekretär und Präsidial-Assistent); das Präsidium bildet gemeinsam mit den wichtigsten Amtsträgern der Regionalorganisationen und Vereinigungen das Exekutivkomitee; es hat die Aufgabe, die Organisation zu leiten und ist dem Politischen Büro, in dem wiederum alle Komponenten der CDI vertreten sind, verantwortlich.

Präsidenten: Andrés Zaldívar (Chile, 1982-1986), Flaminio Piccoli (I, 1986-1989), Eduardo Fernández (Venezuela, 1989-1993), Emilio Colombo (I, seit 1993)

Generalsekretäre: Angelo Bernassola (I, 1982-1986), Luis Herrera Campíns (Venezuela, 1986-1989), André Louis (B, 1989-1993), Sergio Pizarro Mackay (Chile, seit 1993)

Vereinigungen: Internationale Union Junger Christlicher Demokraten (UIJDC), Weltunion Christlich-Demokratischer Frauen (UMFDC), Internationale Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (ICDA)

Sitz: Brüssel

ACDP: Bestand IX-006

Christlich-Demokratische Union Zentraleuropas (UCDEC) *Union Chrétienne Démocrate d'Europe Centrale*

Gründung 1950 in New York als Zusammenschluß der christlich-demokratischen Parteien Mitteleuropas, die nach 1945 emigrieren mußten. Vorgeschichte: Die Versuche der NEI zu einem gesamteuropäischen Zusammenschluß christlicher Parteien mußten mit dem Beginn des Ost-West-Gegensatzes und der Teilung Europas aufgegeben werden. Die osteuropäischen Vertreter emigrierten nach der Auflösung ihrer Landesparteien (Polen 1946, Tschechoslowakei 1948, Ungarn 1949) nach Amerika und gründeten dort die UCDEC. Gründungspräsident: Joseph Kozi-Horvath (Ungarn), erster Generalsekretär: Konrad Sieniewicz (Polen). Die Organisation blieb den NEI, in deren Comité Directeur sie durch Delegierte vertreten war, weiterhin verbunden.

Organe: Generalversammlung, Rat, Leitungskomitee, Ständige Kommissionen, Regionalvertreter

Die UCDEC ging 1992 in der EUCD als »Arbeitsgruppe der Parteien Zentraleuropas« auf (Beschluß auf dem Kongreß in Warschau, 21.-22. Juni 1992). Geschäftsführender Vorsitzender: Stanislaw Gebhardt (Polen), Generalsekretär: Ivan Carnogursky (Slowenische Republik)

Bis 1992 Regionalorganisation der CDI

Sitz: Washington (1950-1951), New York (bis 1962), Rom, Bratislava (ab 1990)

Christlich Demokratische Weltunion (CDWU)

Union Mondiale des Démocrates Chrétiens (UMDC)

Gründung 1961 in Santiago de Chile als Dachverband der Regionalorganisationen NEI, UCDEC und ODCA. Seit Anfang 1955 arbeiteten die Generalsekretäre dieser Organisationen an der Schaffung einer weltweiten Organisation und trafen zum ersten Mal auf einer interkontinentalen Konferenz 1956 in Paris zusammen. 1982 Umwandlung in CDI

Organe: Weltkonferenz, Weltkomitee und Generalsekretariat

Präsidenten: Rafael Caldera (Venezuela, 1961-1967), Mariano Rumor (I, 1967-1982)

Generalsekretär: René de León (Guatemala, 1974-1982). Von 1964 (Einsetzung des Generalsekretariats in Rom) bis 1964 übernahmen die Generalsekretäre der Regionalorganisationen gemeinschaftlich die Sekretariatsarbeit; von 1964 bis 1974 fungierte als Exekutivsekretär E. Talentiono (I), Zweiter Sekretär der EUCD.

Sitz: Rom (ab 1964)

ACDP: Bestand IX-009

Democratic Youth Community of Europe (DEMYC)

Demokratischer Jugendverband Europas

Union des Jeunes Démocrates Européens

Gründung 1964 in Hamburg zunächst als »Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer und konservativer Jugendverbände« Europas, im gleichen Jahr als »Conservative and Christian Democratic Youth Community« (COCDYC). Gründungsvorsitzender: John MacGregor (GB)

Vorsitzender: Klaus Welle (D), Generalsekretär: Arthur Winkler-Hermaden (Österreich)

Anerkannte Vereinigung der EDU

Europäische Demokratische Union (EDU)

European Democrat Union (EDU)

Union Démocratique Européenne (UDE)

Gründung 1978 in Kleßheim bei Salzburg. Initiatoren: ÖVP und CDU/CSU (insbes. F.J. Strauß). Die EDU versteht sich als »Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer, konservativer und anderer nicht-kollektivistischer Parteien« und als wichtige Ergänzung zur EUCD und EVP. Sie will eine organisatorische Brücke zwischen CD-Parteien, Gaullisten und den konservativen Parteien in Skandinavien und Großbritannien schlagen

Vorsitzende: Josef Taus (Österreich, 1978-1979), Alois Mock (Österreich, seit 1979)

Anerkannte Vereinigungen: European Union of Women (EUW) bzw. Europäische Frauen-Union (EFU), Europäische Demokratische Studenten (EDS, Beobachterstatus), Democratic Youth Community of Europe (DEMYC), Europäische Mittelstands-Union (EMSU), European Democratic Group in the European Parliament (EDG)

Sitz: Wien

Regionalorganisation der IDU

Europäische Demokratische Studenten (EDS)

European Democrat Students

Etudiants Démocrates Chrétiens

Nach Vorbesprechungen auf internationalen Tagungen 1960 in Stockholm und Eichholz Gründung 1961 in Wien als Internationale Union Christlich-Demokratischer und Konservativer Studenten (International Christian Democratic Student Union, ICCS). 1970 Umbenennung in Europäische Union Christlich-Demokratischer und Konservativer Studenten (European Christian Democratic Student Union, ECCS), ab 1975 EDS

Vorsitzender: Tim Arnold (D)

Ständiger Beobachter bei der EDU

ACDP: Bestand IX-003

Europäische Frauen-Union (EFU)

Union Européenne Féminine (UEF)

European Union of Women (EUW)

Gründung 1955 in Den Haag als Zusammenschluß von Frauen christlich-demokratischer und konservativer Parteien in Europa. Eine erste internationale Tagung fand auf Initiative der österreichischen Frauenbewegung 1953 in Salzburg statt. Beratende Versammlungen 1954 in Basel und Innsbruck

Organe: Generalversammlung (alle zwei Jahre), Ständige Kommissionen, Direktionskomitee (verantwortlich für die Verwirklichung der Beschlüsse der Generalversammlung), Rat (zusammengesetzt von den Mitgliedern des Direktionskomitees, den Vorsitzenden der nationalen Gruppen und der Ständigen Kommissionen; tagt jährlich)

Vorsitzende: Lola Solar (A, 1955-1959), Elsa Conci (I, 1959-1963), Maria Probst (D, 1963-1967), Charlotte Fera (D, 1967-1973), Diana Elles (GB, 1973-1979), Ingrid Diesen (S, 1979-1983), Ursula Schleicher (D, 1983-1987), Marilies Flemming (A, seit 1987)

Anerkannte Vereinigung der EDU

**Europäische Kommunalpolitische Vereinigung (EKPV),
seit 1993: Europäische Kommunal- und Regionalpolitische
Vereinigung (EKPRV)**

***Association Européenne des Administrateurs Locaux Démocrates
Chrétiens***

Gründung 1978 in Mainz als Zusammenschluß der christlich-demokratischen Kommunalpolitiker aus allen europäischen Staaten, die der EG angehören. Bildung eines Initiativ Ausschusses 1977 innerhalb der EUCD auf Vorschlag von Adolf Herkenrath (D). Gründungsvorsitzender: Nicolas Signorello (I), erster Generalsekretär: Adolf Herkenrath (D)

Vorsitzender: Adolf Herkenrath (D, seit 1993), Generalsekr.: François Biltgen (L)
Anerkannte Vereinigung der EVP/EUCD

Europäische Mittelstands-Union (EMSU)

***European Medium and Small Business Union
Union Européenne des Classes Moyennes***

Gründung 1979 in Rom als Zusammenschluß von Mittelstandsvereinigungen christlich-demokratischer, konservativer und anderer Mitte-Parteien in Europa. Vorbesprechung auf Initiative der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU und Konstituierung eines Initiativ Ausschusses 1977 in Bonn

Vorsitzende (des Exekutivkomitees): Christian Schwarz-Schilling (D, 1979-1982), Ingeborg Hoffmann (D, 1982-1984), Ingo Friedrich (D, 1984-1991), Ursula Braun-Moser (D, seit 1991)

Anerkannte Vereinigung der EDU

Europäische Mittelstandsvereinigung (EMV)

Association Européenne des Classes Moyennes (AECM)

Gründung 1980 in Brüssel als Zusammenschluß der Mittelstandsvereinigungen der christlich-demokratischen Parteien in der EG

Vorsitzender: Lieven Lenaerts (B)
Anerkannte Vereinigung der EVP/EUCD

**Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer
(EUCDA)**

Union Européenne des Travailleurs Démocrates Chrétiens (UETDC)

Offizielle Gründung 1977 in Brüssel von christlichen Gewerkschaften und Gewerkschaftsflügeln christlicher Parteien Westeuropas. Bildung eines Initiativ Ausschusses 1976 in Brüssel und vorbereitende Konferenz im gleichen Jahr in Köln. Gründungsvorsitzender: Hans Katzer (D), erster Generalsekretär: Robert de Gendt (B, 1978 gewählt)

Vorsitzender: Jean-Claude Juncker (L, seit 1993), Generalsekretär: Antonio Costanzo (I)

Anerkannte Vereinigung der EVP/EUCD

Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD)

Union Européenne des Démocrates Chrétiens (UEDC)

Gründung 1965 als Nachfolgeorganisation der NEI. Die EUCD ist ein über den Bereich der EG hinausgehender Zusammenschluß christlich-demokratischer Parteien. EUCD und EVP sind organisatorisch und politisch eng verbunden. Die beiden Sekretariate fusionierten im April 1983, wobei auch die Personalunion des Generalsekretärs eingeführt wurde. Ziel: Förderung der Zusammenarbeit der europäischen christlich-demokratischen Parteien, um zu einer gemeinsamen Politik für die Schaffung eines föderierten Europas zu kommen. Mitgliedsparteien sind alle Mitgliedsparteien der EVP und die CD-Parteien aus fast allen Ländern West- sowie neuerdings auch aus Ländern Osteuropas.

Organe: Kongreß (jährlich), Politisches Büro, Exekutivkomitee, Präsident, Generalsekretariat

Präsidenten: Mariano Rumor (I, 1965-1973), Kai-Uwe von Hassel (D, 1973-1981), Diogo Freitas do Amaral (P, 1981-1983), Giulio Andreotti (I, 1983-1985), Emilio Colombo (I, 1985-1992), Wilfried Martens (B, seit 1993)

Generalsekretäre: Leo Tindemans (B, 1965-1974), Arnaldo Forlani (I, 1974-1978), Giuseppe Petrilli (I, 1978-1983), Thomas Jansen (D, seit 1983)

Anerkannte Vereinigungen (auch der EVP): Union Christlich-Demokratischer Frauen, Junge Europäische Christdemokraten, Europäische Kommunalpolitische Vereinigung, Europäische Mittelstandsvereinigung, Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer

Sitz: Brüssel

Regionalorganisation der CDI

ACDP: Bestand IX-004

Europäische Union Junger Christdemokraten (EUJCD)

Union Européenne des Jeunes Démocrates Chrétiens (UEJDC)

Seit 1984 *Europäische Junge Christdemokraten (EJCD)* oder *Junge Europäische Christdemokraten (JECD)*, *Jeunes Démocrates Chrétiens Européens (JDCE)*, *European Young Christian Democrats (EYCD)*

Die europäische Sektion der Internationalen Union der Jungen Christlichen Demokraten (IUJCD, s. unten) änderte 1967 ihren Namen in Europäische Union Junger Christdemokraten (EUJCD). Vorsitzender 1967-1970: Egon A. Klepsch (D). 1984 haben die EUJCD und das sogenannte »Team Of The Ten«, die beiden Jugendvereinigungen von EUCD und EVP, ihre Fusion in JECD vollzogen.

Vorsitzender: Enrico Letta (I), Generalsekretär: Marc Bertrand (B)

Anerkannte Vereinigung der EVP/EUCD

Europäische Volkspartei (EVP)***Parti Populaire Européen (PPE)***

Gründung 1976 durch EUCD und CD-Fraktion im Europäischen Parlament im Hinblick auf die Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 als Föderation der CD-Parteien der Europäischen Gemeinschaft. Gründerparteien: CVP und PSC (B), CDU und CSU (D), CDS (F), FG (IR), DC (I), CSV (L), CDA (NL). Hinzu kamen die Parteien aus Griechenland (ND), Portugal (CDS) und Spanien (PNV und UDC). Zur Zeit gehören der EVP 18 Parteien aus 14 Ländern an.

Die EVP ist eine eigenständige Partei auf europäischer Ebene mit entsprechenden Kompetenzen und Beschlußorganen sowie einem eigenen politischen Programm, der (im Unterschied zur EUCD, mit der die EVP eng zusammenarbeitet) ausschließlich christlich-demokratische Parteien aus den Mitgliedsländern der EG angehören. Allerdings wurde 1991 eine Öffnung gegenüber den konservativen Parteien Großbritanniens und Skandinaviens beschlossen. Die EVP tritt im Europäischen Parlament und im Europarat als geschlossene Fraktion auf.

Organe: Präsident, Exekutivkomitee, Politisches Büro und Kongreß

Präsidenten: Leo Tindemans (B, 1976-1985), Piet Bukman (NL, 1985-1987), Jacques Santer (L, 1987-1990), Wilfried Martens (B, seit 1990)

Generalsekretäre: Josef Müller (D, 1976-1978), Jean Seitlinger (F, 1978-1983), Thomas Jansen (D, seit 1983)

Anerkannte Vereinigungen: s. Europäische Union Christlicher Demokraten. 1978 Gründung einer eigenen Frauen-Sektion (s. Union Christlich-Demokratischer Frauen)

Sitz: Brüssel

ACDP: Bestand IX-007

Frauen-Sektion in der EVP

Siehe Union Christlich-Demokratischer Frauen (UCDF)

Frente de Trabajadores Demócrata Cristianos de América (FETRALDC)

Front der christlich-demokratischen Arbeiter Amerikas, Gründung 1977 in Caracas als Zusammenschluß der Arbeitnehmerorganisationen der CD-Parteien in Lateinamerika

Vorsitzender: Fernando Guante (Dominikanische Republik), Generalsekretär: Oscar Martínez (Venezuela)

Anerkannte Vereinigung der ODCA

Genfer Gespräche

Zusammenkünfte (1947-1956, drei bis viermal jährlich) führender Persönlichkeiten christlich-demokratischer Parteien aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz in Genf (Teilnehmer u.a. Konrad Adenauer, Georges Bidault und Robert Schuman). Die Gespräche dienten zur allgemeinen Information und galten als vertraulich. Trotz ihrer Unverbindlichkeit waren sie u.a.

bedeutend als erste Kontaktaufnahme deutscher und französischer Politiker nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie bereiteten vor und begleiteten die Arbeit der Nouvelles Equipes Internationales (NEI).

International Young Democrat Union (IYDU)

Internationale Demokratische Jugendunion

Gründung 1981 in Washington als internationaler Verband christlich-demokratischer und konservativer Jugendorganisationen; Mitglieder in Europa, USA und Kanada, Australien, Neuseeland, Japan und Israel. Gründungsvorsitzender: Elmar Brok (D), erster Generalsekretär: Klaus Dohl (D)

Vorsitzender: Simon Upton (Neuseeland)

Anerkannte Vereinigung der IDU

Internationale Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (ICDA)

Internationale des Travailleurs Démocrates Chrétiens (ITDC)

Gründung 1991 in Brüssel von den Arbeitnehmervereinigungen der EUCD (EUC-DA) und der ODCA (FETRAL-DC) aus 36 europäischen und lateinamerikanischen CD-Parteien

Vorsitzender: Heribert Scharrenbroich (D), Generalsekretär: Dagoberto Gonzales (Venezuela)

Sitz: Königswinter

Anerkannte Vereinigung der CDI

Internationale Demokratische Union (IDU)

International Democrat Union (IDU)

Union Démocratique Internationale (UDI)

Gründung 1983 in London als weltweite Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer und konservativer Parteien der Mitte.

Regionalorganisationen: Europäische Demokratische Union (s. dort); *Caribbean Democratic Union*, Gründung 1986 in Grenada durch acht Parteien der Mitte aus der englischsprachigen Karibik, Vorsitzender: Edward Seaga (Jamaika), Sitz: Kingston; *Pacific Democrat Union*, Gründung 1982 in Tokio, Gründerparteien: Liberal-Demokratische Partei von Japan, Liberale Partei von Australien, Nationale Partei von Neuseeland und Republikanische Partei der USA, Gründungsvorsitzender: John Atwill (Australien), Vorsitzender: Frank Fahrenkopf (USA), Sitz: Canberra

Organe: Parteiführerkonferenz (alle zwei Jahre), Exekutivkomitee (Sitzungen alle sechs Monate). Zu einzelnen Fragen finden Sitzungen von Arbeitsgruppen auf internationaler und regionaler Ebene sowie Delegationsreisen in politisch aktuelle Regionen und Länder statt.

Präsidenten: Alois Mock (Österreich, 1983-1987), Kaare Willoch (Norwegen, 1987-1989), Andrew Peacock (Australien, 1989-1992), Carl Bildt (Schweden, seit 1992)

Sitz: London

Internationale Union der Jungen Christlichen Demokraten (IUJCD) ***Union Internationale des Jeunes Démocrates Chrétiens (UIJDC)***

Gründung 1951 auf dem NEI-Kongreß in Bad Ems durch die 1947 gegründete Jugendsektion der NEI. Die IUJCD blieb aber bis 1959 regional auf Europa beschränkt. Änderung der Organisationsstruktur auf der Sitzung des Rats der IUJCD in Paris 1959 in Zusammenarbeit mit der Jugendorganisation der ODCA und Aufteilung in eine europäische und lateinamerikanische Sektion. Die eigentliche Gründung als Weltverband (Weltkomitee) der Jungen Christlichen Demokraten und als Zusammenschluß der Jugendorganisationen der NEI (heute EUCD), ODCA und UCDEC fand 1962 in Caracas statt. Hauptorganisator und Generalsekretär bis 1969: Stanislaw M. Gebhardt (PL)

Vorsitzender: Filippo Lombardi (CH), Generalsekretär: Marcos Villasmil (Venezuela)

Anerkannte Vereinigung der CDI

Juventud Demócrata Cristiana de América (JUDCA)

Christlich-Demokratische Jugend Amerikas, Gründung 1959 als Zusammenschluß der Jugendorganisationen der christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika. Ein Jugendausschuß der ODCA bestand bereits seit 1955.

Vorsitzender: Luis Nuñez (Venezuela), Generalsekretär: Ricardo Herrera (Chile)

Anerkannte Vereinigung der ODCA

Movimiento de Parlamentarios Demócrata-Cristianos de América (ParlaDC)

s. Organización Demócrata Cristiana de América (ODCA)

Mujeres Demócrata Cristianas de América (MUDCA)

Christlich-Demokratische Frauen Amerikas, Gründung 1967 in Santiago de Chile als Zusammenschluß der Frauenorganisationen der christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas. Generalversammlungen und Ständige Kommissionen

Vorsitzende: Rina Marta Leiva (Argentinien), Generalsekretärin: Egléc Isava (Venezuela)

Anerkannte Vereinigung der ODCA

Nouvelles Equipes Internationales (NEI)

Gründung 1947 in Chaudfontaine (Belgien) als Zusammenschluß europäischer Parteien bzw. Persönlichkeiten christlich-demokratischer Prägung. Vorbesprechungen 1946 in Montreux und 1947 in Luzern bei Treffen christlicher Politiker aus Frankreich (G. Bidault), Italien (A. Piccioni), Belgien (D. Lamalle, A. Lohest), Luxemburg (E. Reuter, A. Hentgen), den Niederlanden (P.J.S. Serrarens, E.M.J.A. Sassen), Österreich (F. Hurdas) und der Schweiz (J. Escher, M. Rosenberg)

Organe: Politisches Büro, erweiterter Lenkungsausschuß (Comité Directeur), daneben eine Kulturkommission, eine Wirtschafts- und Sozialkommission und eine Ost-West-Kommission. Jährliche Kongresse und Studienkonferenzen

1965 Umwandlung in EUCD

Präsidenten: Robert Bichet (F, 1947-1949), Auguste-Edmond de Schrijver (B, 1950-1959), Theo Lefèvre (B, 1960-1965)

Generalsekretäre: Jules Soyeur (B, 1947-1949), Robert Bichet (F, 1950-1955), Alfred Coste-Floret (F, 1955-1960), Jean Seitlinger (F, 1960-1965)

Sitz: Brüssel (1947-1950), Paris (1950-1960) und Rom (ab 1960)

Regionalorganisation der CDWU

ACDP: Bestand IX-002

Organización Demócrata Cristiana de América (ODCA)

Organisation Christlicher Demokraten Amerikas, Gründung 1949 in Montevideo (Gründungsbeschluß auf einer ersten Versammlung 1947 ebendort) als Zusammenschluß lateinamerikanischer christlich-demokratischer Parteien. Die ODCA knüpfte bald Beziehungen zu ihrer europäischen Schwesterorganisation NEI und gab den Anstoß zur Gründung der CDWU.

Organe: Kongreß, Rat (ein Delegierter je Mitgliedsland), Direktionskomitee (der Präsident, die Vizepräsidenten und der Generalsekretär)

Präsidenten: Dardo Régules (Uruguay, 1949-1951), Eduardo Frei (Chile, 1955-1957), Rafael Caldera (Venezuela, 1964-1968), René de León (Guatemala, 1969-1973), Napoleón Duarte (San Salvador, 1974-1980), Ricardo Arías Calderón (Panama, 1981-1985), Osvaldo Hurtado (Ecuador, 1985-1987), Renán Fuentealba (Chile, 1987-1989), Fidel Chávez-Mena (El Salvador, 1989-1991), Sergio Pizarro Mackay (Chile, seit 1991)

Generalsekretäre: Dardo Régules (Uruguay, 1947-1948), Tomás Reyes Vicuña (Chile, 1955-1969), Luis Herrera Campins (Venezuela, 1969-1977), Aristides Calvani (Venezuela, 1977-1985), Hilarión Cardozo (Venezuela, 1986-1991), Pedro Pablo Aguilar (Venezuela, seit 1991)

Die ODCA stellt im Lateinamerikanischen Parlament eine eigene Fraktion und gründete 1991 darüber hinaus die Bewegung der Christlich-Demokratischen Parlamentarier Amerikas (Movimiento de Parlamentarios Demócrata-Cristianos de América, ParlaDC) mit Vertretern aus den CD-Fraktionen des Lateinamerikanischen Parlaments und anderer regionaler Parlamentarierversammlungen (Mittelamerikanisches-, Andenparlament) sowie des Eingeborenenparlamentes. Die ParlaDC plant zur Zeit nach dem Vorbild der Europäischen Volkspartei die Gründung eines Partido Popular Americano (PPA).

Vereinigungen: Juventud Demócrata Cristiana de América (JUDCA), Mujeres Demócrata Cristianas de América (MUDCA), Frente de Trabajadores Demócrata Cristianos de América (FETRAL-DC)

Sitz: Montevideo (bis 1955), Santiago de Chile, Caracas

Regionalorganisation der CDI

Ständige Konferenz der Vorsitzenden und Generalsekretäre der christlich-demokratischen Parteien der Länder des Gemeinsamen Marktes

Gründung 1970 durch die Parteien der CD-Fraktion des Europäischen Parlaments.
1971 Eingliederung in die EUCD

Stiftung zur Zusammenarbeit Christlicher Demokraten Europas

Gründung 1989. Verfolgt »gemeinnützige Zwecke auf der Grundlage des Christlichen Menschenbildes«. Ziel u.a. Pflege der internationalen Zusammenarbeit, Vergabe von Stipendien an Wissenschaftler

Vorsitzender: Horst Langes (D, seit 1989)

Union Christlich-Demokratischer Frauen (UCDF)

Union Féminine Démocrate-Chrétienne en Europe (UFDC)

Gründung 1975 in Berlin (nach Beschluß auf einer Tagung der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Schloß Eichholz bei Bonn, 1975) als Zusammenschluß der in der EUCD bestehenden Frauenorganisationen. Um auch in der EVP mitarbeiten zu können, wurde auf der ersten Generalversammlung der UCDF in Straßburg 1978 als weitere Organisation eine Frauensektion der EVP gegründet (Vorsitzende: Marlene Lenz, D).

Organe: Generalversammlung, Direktionskomitee

Vorsitzende: Franca Falcucci (I, 1975-1986), Marlene Lenz (D, seit 1986)

Generalsekretärinnen: Marie-Therese Larcher (CH, 1975-1978), Luisa Raposo (P, 1978-1981), Monique Badénès (F, seit 1981)

Anerkannte Vereinigung der EVP/EUCD

United Students for Europe (USE)

Vereinigte Studenten für Europa

Gründung 1988 in Namur (Belgien) als europäische Vereinigung christlich-demokratischer Studenten

Enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union Junger Christdemokraten

Weltunion Christlich-Demokratischer Frauen (UMFDC)

heute: **Internationale Frauen-Union Christlicher Demokraten (IFDC)**

Union Mondiale des Femmes Démocrates Chrétiennes (UMFDC)

Gründung 1978 in Caracas von den Frauenorganisationen der ODCA (MUDCA) und der EUCD (UFDC). Gründungsvorsitzende: María Bello de Guzmán (Venezuela), erste Generalsekretärin: Charlotte Fera (D)

Vorsitzende: Anna-Maria Cervone (I), Generalsekretärin: María Bello de Guzmán (Venezuela)

Sitz: Brüssel

Anerkannte Vereinigung der CDI

Abstracts

Rudolf Morsey: Konrad Adenauer's policy on the German Question
(pp. 1-14)

Adenauer acted on the premise that the freedom enjoyed by Germans in the western zones was preferable to the unity of all those under communist regimes. He secured freedom and equality of rights for the Federal Republic of Germany via integration into the West, which excluded any possibility of Germans going their own way. He presumed that the division of Germany could only be overcome in combination with East-West detente. As of the mid-50's, though, the status quo became more defined and the western Allies urged the recognition of a divided Germany. Even so, Adenauer did not relinquish the legal position of the Federal Republic nor his demand for self-determination for all Germans. His aims were finally justified in 1989/90.

Günther Heydemann: New beginnings in inner-German politics in the 60's (pp. 15-32)

Taking into consideration his remarkable plans and designs, Adenauer's *ostpolitik* of the years between 1958 and 1963 can certainly not be said to be inflexible and static. Seen from a historical point of view, the transition from Adenauer's *ostpolitik* to the politics practised by the Brandt/Scheel government as of late 1969, is not as fractured as the political controversies of the 70's, which still have after-effects today, would suggest.

Christian Hacke: The inner-German political concepts of the CDU and the CSU during their time in the opposition (1969-1982) (pp. 33-48)

The differences of opinion between the government and the opposition were not so marked in basic matters as in the question of what action to take regarding inner-German political aims and where to set the limits of this aims. If one follows the development of the inner-German political concepts of the CDU and the CSU, then one should also note the fact that, during the second half of the 70's, »utopians« and »realists« within the SPD increasingly hindered each other. With the change of power in 1982, a promising policy of *détente* was developed during a difficult process of reorientation.

Manfred Kittel: The turning point in »Vergangenheitsbewältigung«. The swastika graffiti of 1959/60 and the relationship of the Federal Republic to National Socialism (pp. 49-67)

The desecration of the synagogue in Cologne on 24.12.1959, which is considered today to have been arranged by communists, triggered off numerous similar acts. Defamatory comments in the international press, above all in the Eastern Bloc, tried to blame the political system in the Federal Republic of Germany for the action in Cologne and its consequences. It was of far-reaching importance that the debate on the intellectual breeding ground introduced a change of paradigm: The basic anti-totalitarian consensus of the young Federal Republic was broken, the communist system of the East was upgraded to a counter model to the »capitalist system«.

Martin Reißmann: On the role of the East-CDU in the political system of the DDR (pp. 69-88)

After having been brought into line with the official state policies, the party leadership of the East-CDU, which was instructed in detail and which to a great extent followed the course set by the SED, attempted to enforce its mandate of »politico-ideological persuasion« for Marxist socialism throughout the party. It was not very successful. There is no recognisable representation of the interests of Christian citizens against the course of the SED. The grass-roots to a great extent reacted wither with refusal of inactivity to the demands from the upper echelons, which meant that membership, particularly in the 50's and 60's, was frequently only a formal matter.

Manfred Agethen: The potential of unrest and striving for reform in the rank and file of the East-CDU prior to the change of power. The »Weimar letter« and the »Neuenhagen letter« (pp. 89-114)

Within the rank and file of the East-CDU, a wide potential for criticism was retained, even though the CDU had been brought into line with official state policies. This became particularly manifest at critical points in the history of the DDR (the uprising of 17th June 1953, construction of the Berlin wall, the constitution of 1968), and experienced a revival as of the mid-80's with *perestroika* and *glasnost*. The »Weimar letter« of September 1989 was a milestone in the protests of the grass-roots against the party leadership and the SED's claim to the right to form the government. The »Neuenhagen letter« of June 1988 is less well-known, but its effect in the forefront of the Reform Party Conference of December 1989 must not be ignored. It is published here for the first time in full length.

Michael Richter: On the development of the East-CDU in the autumn of 1989 (pp. 115-133)

The peaceful revolution in the autumn of 1989 led to the reanimation of inner-party democracy in the East-CDU and to political reorientation. This process, which culminated in the removal of Gerald Götting and the election of Lothar de Maizière as chairman of the East-CDU, was marked by massive inner-party disagreement about the path chosen and the profile of the party. Following the defeat of the pro-Communist CDU leadership, the basic confrontation in December 1989 was between the democratic-socialistic powers (round de Maizière) and western democratic reform powers which were supported by the majority of the rank and file.

Winfried Becker: The European union and the German Christian-Democrat Parties. From their post-war beginnings to the present day (pp. 135-154)

Since the day of their formation, CDU and CSU have made European integration their goal. A major achievement of christian-democratic politics has been to link the problem of German unity and adherence to liberal democracy with the »Yes« to Europe and to the Atlantic Alliance using an understandable train of argument. From Adenauer to Kohl, German-French cooperation was of vital importance in the European process of unity.

Jean-Dominique Durand: Europe and the Christian Democrats (pp. 155-182)

The concept and orientation of the European Community are in many ways marked by the philosophy of the Christian Democrats. It was mainly during the 50's that the Christian Democrat parties – not without debates and periods of indecision – developed their concepts and brought their influence to bear.

Reinhard Schreiner: The CDU's European policy with regard to France and the Mouvement Républicain Populaire (MRP) 1945-1966 (pp. 183-196)

There was little contact between the CDU and its French counterpart, the MRP, although both parties, led by Konrad Adenauer and Robert Schuman, directed their foreign policy towards French/German cooperation and the unity of Europe. The Popular Republicans found it difficult to cooperate with Christian-Democrat parties of other countries, because within France they had to collaborate with traditionally anti-clerical parties. After de Gaulle took over power in 1958 and the MRP was dissolved, the CDU found a new partner in the UNR of de Gaulle.

Christiane Liermann: Philosophy from the perspective of Christianity. Religion and politics by Antonio Rosmini (1797-1855) (pp. 197-213)

What role does Christianity play in society, what meaning does modern political consciousness have for the identity of Christians and the Church? This is the question addressed by Rosmini, Italian philosopher and theologian, in his extensive works. In critical dispute with »political catholicism« and contemporary progressive belief he develops his concept of a »civil society«. Within this society the Church functions as a »religious society« of Christians not by exercising secular power, but through its intellectual-moral authority.

Günter Buchstab: Party archives in Europe I: Basic considerations (pp. 215-221)

Parties and parliaments are essential institutions of democracy. Much of what is discussed in the executive and legislative area of politicians and parliamentarians originates from the activity and initiative of the parties. The article explains the significance of this for historical research and the archives.

Udo Wengst: A close-up of the CDU. The contribution of the Archives for Christian-Democratic Politics towards recounting the history of the Union (pp. 223-240)

The Archives for Christian-Democratic Politics of the Konrad Adenauer Foundation assist with research not only in collecting archive material and making it accessible, but also in providing, maintaining and publishing source editions and reports. The contribution submits the work of the Archives to a critical acknowledgement.

Reinhard Schreiner: Organisations and associations of Christian-Democrat Parties from 1945 – a synopsis (pp. 241-252)

As of 1945, the organisation of the Christian-Democrats' international associations has developed on several levels. With time, an almost unfathomable web of the most varied organisations has developed, for which a guide is hereby provided.

Résumés des articles

Rudolf Morsey: La politique de Konrad Adenauer sur la question allemande (pp. 1-14):

Adenauer partait du principe que la liberté des Allemands des zones occidentales était prioritaire sur la réunification de tous les Allemands sous un régime communiste. Il réussit à garantir la liberté et l'égalité des droits de la République Fédérale d'Allemagne par le biais de l'intégration au monde occidental, écartant ainsi toute possibilité à l'Allemagne d'agir à part. Il n'espérait surmonter la division de l'Allemagne que

dans le contexte d'une détente du conflit est-ouest. A partir du milieu des années 50 le statu quo se consolida pourtant et les puissances occidentales insistèrent aussi sur la reconnaissance de la division. Adenauer, néanmoins, n'abandonna ni la position juridique de la République fédérale d'Allemagne ni le postulat d'auto-détermination pour tous les Allemands. En 1989/90 ses buts ont été justifiés tardivement.

Günther Heydemann: Des débuts innovateurs dans la politique sur la question allemande des années 60 (pp. 15-32)

En raison des plans et des projets considérables, on ne peut pas du tout qualifier la »Ostpolitik« d'Adenauer entre 1958 et 1963 d'inflexible et d'immobile. Depuis fin 1969, la »Ostpolitik« et la politique sur la question allemande du gouvernement Brandt/ Scheel étaient basées sur l'acceptance de la situation établie en Allemagne et en Europe depuis la fin de la guerre. La transition entre ces deux politiques s'avère d'un point de vue historique beaucoup plus cohérente que les débats politiques des années 70, qui ont des répercussions jusque aujourd'hui, ne le laissent entendre.

Christian Hacke: La »question allemande« et la CDU/CSU à l'époque de l'opposition (1969-1982) (pp. 33-48)

Les controverses entre gouvernement et opposition concernaient moins les aspects fondamentaux de la politique sur la »question allemande« que des questions de méthode et de limites. Tout en suivant le développement des conceptions politiques de la CDU/CSU, il faut tenir compte du fait qu'au milieu des années 70, à l'intérieur du SPD, les groupes des »utopistes« et des »réalistes« se bloquaient réciproquement. Lors du changement de pouvoir en 1982 après un processus de réorientation difficile, la formulation d'une politique de détente dotée de perspectives positives réussit.

Manfred Kittel: Péripétie de la »Vergangenheitsbewältigung«. Le barbouillage de croix gammées en 1959/60 et les rapports de l'Allemagne fédérale avec le national-socialisme (pp. 49-67)

La profanation de la synagogue de Cologne le 24.12.1959, aujourd'hui considérée preuves à l'appui comme dirigée par les communistes, devait déclencher toute une série d'excès du même genre. Les commentaires diffamatoires de la presse internationale, surtout du bloc de l'Est, essayaient d'imputer l'acte de Cologne et ses conséquences au système politique de la République fédérale. La conséquence du débat sur les racines spirituelles a été d'introduire un changement de paradigme: le consensus fondamental anti-autoritaire de la jeune République fédérale s'effondrait, les systèmes communistes de l'Est étaient revalorisés au rang de modèle alternatif au »système capitaliste«.

Martin Rißmann: A propos du rôle de la CDU est-allemande dans le système politique de la RDA (pp. 69-88)

Après la mise au pas, la direction de la CDU est-allemande, soigneusement guidée et quasiment dépendante du Parti Socialiste Unitaire (SED), s'efforça de suivre la directive de «convaincre sur le plan politico-idéologique» en faveur du socialisme marxiste à l'intérieur même de sa propre structure. Ce travail ne connut que des résultats insuffisants. Une représentation des intérêts des citoyens chrétiens contre la politique du SED n'est pas discernable. La base du parti réagit face aux exigences de la direction maintes fois par rejet et passivité. Ainsi l'appartenance au parti ne s'effectua surtout au cours des années 50 et 60 souvent que sur un plan formel.

Manfred Agethen: Foyers d'agitation et tentatives de réformes à la base de la CDU est-allemande à la veille du «changement politique». La «Lettre de Weimar» et la «Lettre de Neuenhagen» (pp. 89-114)

Malgré la mise au pas, une volonté de critique assez répandue existait, qui fit son apparition surtout aux moments cruciaux de l'histoire de la RDA (la révolte de juin 1953, la construction du mur, la constitution de 1968). Elle reprit naissance à partir du milieu des années 80 grâce à la *perestroïka* et à la *glasnost*. La «lettre de Weimar» de septembre 1989 marqua une étape dans la protestation de la base contre la direction du parti et contre le régime du Parti Socialiste Unitaire d'Allemagne. La «lettre de Neuenhagen» de juin 1988, moins connue, ne doit pas pour autant être négligée dans ses conséquences sur la préparation du congrès réformateur de décembre 1989. Ce document est publié ici pour la première fois en version intégrale.

Michael Richter: A propos du développement de la CDU est-allemande en automne 1989 (pp. 115-133)

La révolution pacifique d'automne 1989 déclencha un processus de réanimation de la démocratie à l'intérieur du parti et d'une nouvelle orientation politique. Ce processus, qui mena à la destitution de Gerald Götting et à l'élection de Lothar de Maizière en tant que président de la CDU est-allemande, se caractérisa par des querelles acharnées à l'intérieur du parti quant à son trajectoire et à son profil. Après la destitution de la direction pro-communiste il y eut confrontation entre les tendances démocratiques-socialistes (rassemblées autour de L. de Maizière) et des tendances réformatrices selon le modèle démocratique de l'Ouest, celles-ci soutenues par la majorité de la base.

Winfried Becker: L'intégration européenne et les partis allemands chrétiens-démocrates. Des les débuts pendant la période de l'après-guerre à l'époque actuelle (pp. 135-154)

Depuis la période de leur fondation, la CDU et la CSU se sont fixées comme but l'intégration européenne. Le grand mérite de la politique chrétienne-démocrate est d'avoir associé le problème de la réunification et de l'adhésion à la démocratie libérale au oui à l'Europe et à la Communauté atlantique. D'Adenauer à Kohl,

la coopération franco-allemande a eu une importance décisive dans le processus d'unification européenne.

Jean-Dominique Durand: L'Europe des Démocrates Chrétiens (pp. 155-182)

La Communauté européenne doit beaucoup dans sa conception et dans ses orientations, aux apports de la Démocratie chrétienne, empruntant amplement à sa *Weltanschauung*. C'est dans les années 1950 que les partis démocrates chrétiens ont exercé l'influence la plus spécifique et que prend forme la conception européenne démochrétienne, non sans débats ni hésitations.

Reinhard Schreiner: La politique européenne de l'Union Chrétienne-Démocrate (CDU) par rapport à la France et au Mouvement Républicain (MRP) de 1945 à 1966 (pp. 183-196)

Entre la CDU et son parti frère français MRP il n'y eut que peu de contacts, bien que les deux partis avec à leurs têtes Konrad Adenauer et Robert Schuman mettaient l'accent sur l'entente franco-allemande et l'intégration européenne en ce qui concerne la politique extérieure. Etant donné que le MRP dépendait en France d'une coopération avec des partis traditionnellement laïques, la coopération avec des partis chrétiens-démocrates étrangers ne fut pas évidente. Après l'accès au pouvoir du Général de Gaulle en 1958 et après la dissolution du MRP, le parti gaulliste UNR devint le nouvel interlocuteur de la CDU.

Christiane Liermann: Philosophie d'inspiration chrétienne. Religion et politique dans l'œuvre d'Antonio Rosmini (1797-1855) (pp. 197-213)

Quel est le rôle du christianisme dans la société? Quelle est l'influence de la conscience politique moderne sur l'identité des chrétiens et de l'Eglise? Ce sont les questions traitées par le philosophe et théologien italien Antonio Rosmini dans son œuvre volumineuse. En confrontant le «catholicisme politique» aux pensées progressistes de son temps dans une analyse critique, il élabore un concept de «société civile», dans laquelle l'Eglise, en tant que «société religieuse» des chrétiens, n'exerce plus de pouvoir temporel mais agit par le biais de son autorité morale et spirituelle.

Günter Buchstab: Archives des partis en Europe I: Considérations générales (pp. 215-221)

Les partis et les parlements sont des institutions indissociables de la démocratie. Nombre de sujets débattus par les politiciens et les parlementaires dans les secteurs exécutifs et législatifs tirent leur origine de l'activité et de l'initiative des partis. Le présent article en explique l'importance pour la recherche historique et la constitution d'archives.

Udo Wengst: La CDU observée de près. La contribution des archives de la politique chrétienne-démocrate à l'historiographie sur l'Union (pp. 223-240)

Les Archives de Politique Chrétienne-Démocrate de la Fondation Konrad Adenauer contribuent à la recherche tant par la collection, la classification, la conservation et la mise à disposition de documents que par la production, l'entretien et la publication d'éditions-source et de monographies. Le présent article constitue une revue critique des prestations et des publications issues des archives.

Reinhard Schreiner: Les organisations et les associations des partis chrétiens-démocrates depuis 1945 – synopsis (pp. 241-252)

Le développement organisationnel de la coopération internationale des chrétiens-démocrates s'effectua sur plusieurs niveaux depuis 1945. Avec le temps il s'est constitué un réseau à peine saisissable des organisations les plus variées auquel cette contribution se propose en tant que guide.

Resúmenes

Rudolf Morsey: La política sobre la cuestión alemana de Konrad Adenauer (pp. 1-14)

Adenauer partió de la premisa de que había que anteponer la libertad de los alemanes en las zonas occidentales a la unidad de todos bajo dominio comunista. La consolidación de la libertad y paridad de derechos de la República Federal de Alemania la consiguió él a través de la integración en el Occidente, la cual excluía cualquier trayectoria especial para Alemania. Adenauer contaba con que la separación se superaría sólo en conexión con una distensión del conflicto este-oeste. A mediados de los años 50, sin embargo, el status quo se consolidara, las potencias occidentales instaron a un reconocimiento de la separación. Ello no obstante, Adenauer no renunció a la posición jurídica de la República Federal ni a una reivindicación a la autodeterminación para todos los alemanes. Éste su objetivo encontró su ulterior justificación en los acontecimientos de 1989/90.

Günther Heydemann: Nuevos planteamientos en la política sobre la cuestión alemana de los años sesenta (pp. 15-32)

Teniendo en consideración los notables proyectos y esbozos de la »Ostpolitik« de Adenauer entre 1958 y 1963 en modo alguno se la puede caracterizar de inflexible e inamovible. Por ello, la transición a la »Ostpolitik« y a la política sobre la cuestión

alemana practicada desde finales de 1969 por el Gobierno Brandt/Scheel, y que se basaba en la acepción de hecho de la situación establecida en Alemania y Europa desde el fin de la guerra, se presenta retroactivamente, desde el punto de vista histórico, mucho más coherente de lo que sugieren las controversias políticas, que hasta hoy día repercuten.

Christian Hacke: Los conceptos sobre la política de la cuestión alemana de la CDU y la CSU en el período de oposición (1969-1982) (pp. 33-48)

Entre el Gobierno y la oposición no fueron controvertibles tanto problemas básicos, sino más bien modos de procedimiento y los límites a imponer en la política de la cuestión alemana. Si se observa el desarrollo de los conceptos de la CDU y la CSU sobre esta cuestión, merece atención el hecho de que en la segunda mitad de los años setenta en la SPD de manera creciente los »utopistas« y los »realistas« se bloqueaban mutuamente. En un arduo proceso de reajuste, se consiguió entonces, con el cambio de poder en 1982, la enunciación de una prometedor política de distensión.

Manfred Kittel: Peripecia en la »Vergangenheitsbewältigung«. Las embajadas con la cruz gamada de 1959/60 y la relación de la Alemania Federal con el Nacionalsocialismo (pp. 49-67)

La profanación de la Sinagoga de Colonia el 24.12.1959 – considerada hoy como dirigida por los comunistas – desencadenó toda una serie de actos similares. Comentarios difamantes de la prensa internacional, sobre todo del bloque oriental, intentaron achacar el suceso de Colonia y sus repercusiones al sistema político de la República Federal. Una importancia de mayor alcance la tuvo el hecho de que el debate sobre las raíces espirituales introdujo un cambio de paradigmas: se rompió el consenso fundamental antitotalitario de la joven República Federal, los sistemas comunistas del Este fueron revalorizados como contramodelo frente al »sistema capitalista«.

Martin Reißmann: Sobre el papel de la CDU-Este en el sistema político de la RDA (pp. 69-88)

En la CDU-Este, tras la neutralización de los partidos, la jefatura, minuciosamente dirigida y en gran parte sumisa a la SED, se esforzó en imponer a sus agrupaciones la misión de »captación político-ideológica« para el socialismo marxista. Sin embargo, los resultados fueron más que exiguos. No es de percibir una representación de los intereses de ciudadanos cristianos en contra del rumbo de la SED. La base del partido reaccionó frente a las exigencias de arriba reiteradamente con rechazo y pasividad, por lo que la función de socio, sobre todo en los años cincuenta y sesenta, sólo se desempeñó, con frecuencia, en sentido formal.

Manfred Agethen: Focos de agitación y tentativas de reforma en la base de la CDU de la RDA en las vísperas del »cambio«. La »Carta de Weimar« y la »Carta de Neuenhagen« (pp. 89-114)

La neutralización de los partidos en la RDA no logró apagar en la base de la CDU un sentido de crítica, que se manifestó especialmente en puntos neurálgicos de la historia de la RDA (levantamiento de junio, construcción del muro, Constitución de 1968) y que renació a partir de mediados de los años 80 con Perestroika y Glasnost. Un hito en el resentimiento de la base frente a la cúspide del partido y a la pretensión de supremacía del Partido Unitario Socialista de Alemania lo constituyó la »Carta de Weimar« de septiembre de 1989. Menos conocida es la »Carta de Neuenhagen« de junio de 1988, cuya influencia, en vísperas de la Convención Reformatoria del Partido de diciembre de 1989, no se debe menospreciar. El texto se publica aquí, por primera vez, íntegramente.

Michael Richter: Sobre la evolución de la CDU de la RDA en Otoño de 1989 (pp. 115-133)

La revolución pacífica del Otoño de 1989 condujo a la CDU de la RDA a una revivificación de sus principios democráticos y a una nueva orientación política. Este proceso, que presupuso la destitución de Gerald Götting y la elección de Lothar de Maizière como Presidente de la CDU de la RDA, estuvo marcado por fuertes disensiones internas sobre trayectoria y perfil del partido. Destituída la directiva procomunista de la CDU, en diciembre de 1989 se hallaron enfrentadas, en lo esencial, fuerzas democrático-socialistas (alrededor de L. de Maizière) y fuerzas reformistas de tipo democrático occidental, apoyadas por la mayoría de la base del partido.

Winfried Becker: La integración europea y los partidos cristiano-demócratas alemanes. Desde los comienzos en la posguerra hasta la actualidad (pp. 135-154)

Desde los días de su fundación, la CDU y la CSU se fijaron como meta la integración europea. El gran mérito de la política cristiano-demócrata consiste en haber combinado el problema de la reunificación y la adhesión a la democracia liberal con el Sí a Europa y a la Comunidad Atlántica. Dentro del proceso de la unidad europea, la cooperación franco-alemana fue de importancia decisiva.

Jean-Dominique Durand: La Europa de los Cristiano-Demócratas (pp. 155-182)

La Comunidad Europea debe mucho, en su concepción y en su orientación, a las aportaciones de la democracia cristiana, asumiendo ampliamente de su ideología. Es durante los años cincuenta que los partidos cristiano-demócratas ejercieron la

influencia más específica y que, no sin controversias ni vacilaciones, toma forma la concepción europea democristiana.

Reinhard Schreiner: La política europea de la Unión Cristiano Demócrata de Alemania (CDU) con respecto a Francia y al Movimiento Republicano Popular (MRP) 1945-1966 (pp. 183-196)

Entre la CDU y su partido gemelo francés, el MRP, hubo pocas relaciones, a pesar de que ambos partidos, con Konrad Adenauer y Robert Schuman a la cabeza, habían orientado el centro de gravedad de su política exterior hacia el entendimiento franco-alemán y la integración europea. A los republicanos populares les resultaba difícil una colaboración con partidos cristiano-demócratas, teniendo en cuenta que en Francia no podían prescindir de una cooperación con partidos tradicionalmente anticlericales. Una vez asumido el poder por de Gaulle y disuelto el MRP, la CDU encontró en la UNR gaullista un nuevo interlocutor.

Christiane Liermann: Filosofía desde el espíritu del cristianismo. Religión y política en Antonio Rosmini (1797-1855) (pp. 197-213)

Qué papel juega el cristianismo en la sociedad, qué importancia tiene la conciencia política moderna para la propia aperccepción de los cristianos y de la Iglesia? De esta pregunta trata el filósofo y teólogo italiano Antonio Rosmini en su vasta obra. En discrepancia crítica con el «catolicismo político» y con el credo progresista de la época, dilucida él su concepto de una «sociedad civil». En ella, la Iglesia, como «sociedad religiosa» del cristiano, actúa no por medio de su poder temporal, sino a través de su autoridad moral.

Günter Buchstab: Archivos de partidos en Europa I: Consideraciones básicas (pp. 215-221)

Partidos y Parlamentos son instituciones irrenunciables. Mucho de lo que los políticos y parlamentarios debaten en los sectores ejecutivo y legislativo tiene su origen en la actividad e iniciativa de los partidos. En este artículo se dilucida lo que esto significa para la investigación histórica y para la Archivología.

Udo Wengst: La CDU observada de cerca. La aportación del Archivo para la Política Cristiano-Demócrata a la historiografía sobre la Unión (pp. 223-240)

El Archivo para la Política Cristiano-Demócrata de la Fundación Konrad Adenauer contribuye a la investigación, no solo con la colección, clasificación y conservación de documentos, sino también con la producción, asesoramiento y edición de fuentes y monografías. Las prestaciones del Archivo y sus publicaciones se ven sometidas en el artículo a un encomio crítico.

Reinhard Schreiner: Organizational y asociaciones de partidos cristiano-demócratas a partir de 1945 – una sinopsis (pp. 241-252)

El desarrollo organizatorio dentro de la colaboración internacional de los Demócratas Cristianos se efectuó a varios niveles. Con el tiempo, se ha formado así una ya apenas impenetrable maraña de las más diversas organizaciones, para lo que aquí se proporciona una guía.

Zusammenfassungen

Rudolf Morsey: Die Deutschlandpolitik Konrad Adenauers (S. 1-14)

Adenauer ging davon aus, daß die Freiheit der Deutschen in den Westzonen der Einheit aller unter kommunistischer Herrschaft vorzuziehen sei. Die Sicherung der Freiheit und Gleichberechtigung der Bundesrepublik Deutschland erreichte er durch die Westintegration, die jeglichen deutschen Sonderweg ausschloß. Er erwartete die Überwindung der Teilung nur im Zusammenhang einer Entspannung des Ost-West-Konflikts. Seit Mitte der 50er Jahre verfestigte sich jedoch der Status quo, drängten auch die Westmächte zur Anerkennung der Teilung. Dennoch gab Adenauer die Rechtsposition der Bundesrepublik und die Forderung nach Selbstbestimmung für alle Deutschen nicht auf. 1989/90 hat seine Zielsetzung ihre späte Rechtfertigung erfahren.

Günther Heydemann: Deutschlandpolitische Neuansätze der 60er Jahre (S. 15-32)

Der Übergang von der Adenauerschen Ostpolitik zwischen 1958 und 1963, die in Anbetracht bemerkenswerter Pläne und Entwürfe keineswegs als inflexibel und immobil bezeichnet werden kann, zur seit Ende 1969 praktizierten Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel, die auf der faktischen Akzeptanz der seit Kriegsende in Deutschland und Europa geschaffenen Lage gründete, stellt sich rückblickend, aus historischer Sicht, weitaus bruchloser dar, als die bis heute nachwirkenden politischen Kontroversen der 70er Jahre suggerieren.

Christian Hacke: Die deutschlandpolitischen Konzeptionen von CDU und CSU in der Oppositionszeit (1969-1982) (S. 33-48)

Zwischen Regierung und Opposition waren nicht so sehr grundsätzliche, sondern vielmehr Fragen der Vorgehensweise und der Grenzen deutschlandpolitischer Zielsetzungen strittig. Verfolgt man die Entwicklung der deutschlandpolitischen Konzeptionen von CDU und CSU, so verdient auch die Tatsache Beachtung, daß sich in

der zweiten Hälfte der 70er Jahre in der SPD zunehmend »Utopisten« und »Realisten« gegenseitig blockierten. In einem schwierigen Prozeß der Neuordnung gelang dann mit dem Machtwechsel von 1982 die Formulierung einer zukunftssträchtigen Entspannungspolitik.

Manfred Kittel: Peripetie der Vergangenheitsbewältigung. Die Hakenkreuzschmierereien 1959/60 und das bundesdeutsche Verhältnis zum Nationalsozialismus (S. 49-67)

Die Schändung der Kölner Synagoge am 24.12.1959, die heute erwiesenermaßen als kommunistisch gesteuert gilt, löste zahlreiche Nachahmungstaten aus. Diffamierende Kommentare der internationalen Presse, vor allem des Ostblocks, versuchten, die Kölner Tat und ihre Folgen dem politischen System der Bundesrepublik anzulasten. Von weitreichender Bedeutung war, daß die Debatte um den geistigen Nährboden einen Paradigmenwechsel einleitete: Der antitotalitäre Grundkonsens der jungen Bundesrepublik zerbrach, die kommunistischen Systeme des Ostens wurden als Gegenmodell zum »kapitalistischen System« aufgewertet.

Martin Reißmann: Zur Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR (S. 69-88)

In der Ost-CDU bemühte sich nach der Gleichschaltung eine minutiös angeleitete und weitgehend SED-hörige Parteiführung darum, den Auftrag der »politisch-ideologischen Überzeugungsarbeit« für den marxistischen Sozialismus in den Gliederungen durchzusetzen. Sie erzielte dabei nur unzureichende Ergebnisse. Eine Vertretung der Interessen christlicher Bürger gegen den Kurs der SED ist nicht erkennbar. Die Parteibasis reagierte auf die Forderungen von oben vielfach mit Verweigerung und Passivität, so daß die Mitgliedschaft vor allem in den fünfziger und sechziger Jahre häufig nur noch in formalem Sinn ausgefüllt wurde.

Manfred Agethen: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der »Brief aus Weimar« und der »Brief aus Neuenhagen« (S. 89-114)

An der Basis der Ost-CDU hielt sich trotz Gleichschaltung ein breites Kritikpotential, das an neuralgischen Punkten der DDR-Geschichte (Juniaufstand, Mauerbau, Verfassung 1968) in besonderem Maße zum Vorschein kam und seit Mitte der 80er Jahre mit Perestroika und Glasnost auflebte. Ein Markstein des Aufbegehrens der Basis gegen die Parteispitze und den Herrschaftsanspruch der SED stellt der »Brief von Weimar« vom September 1989 dar. Weniger bekannt ist der »Brief aus Neuenhagen« vom Juni 1988, dessen Wirkung im Vorfeld des Reformparteitages vom Dezember 1989 ebenfalls nicht unterschätzt werden darf. Er wird hier erstmals vollständig veröffentlicht.

Michael Richter: Zur Entwicklung der Ost-CDU im Herbst 1989 (S. 115-133)

Die friedliche Revolution im Herbst 1989 führte in der Ost-CDU zur Wiederbelebung innerparteilicher Demokratie und zu politischer Neuorientierung. Dieser Prozeß, der zur Absetzung Gerald Göttings und zur Wahl Lothar de Maizières zum Vorsitzenden der Ost-CDU führte, war gekennzeichnet durch heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen über den Weg und das Profil der Partei. Nach Absetzung der prokommunistischen CDU-Führung standen sich im Dezember 1989 im wesentlichen demokratisch-sozialistische Kräfte (um de Maizière) und westlich-demokratische Reformkräfte, die von der Mehrheit der Basis getragen wurden, gegenüber.

Winfried Becker: Die europäische Einigung und die deutschen Unionsparteien. Von den Anfängen in der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart (S. 135-154)

CDU und CSU haben sich seit den Tagen ihrer Gründung die europäische Integration zum Ziel gesetzt. Eine große Leistung christlich-demokratischer Politik besteht darin, das Problem der Wiedervereinigung und die Besinnung auf die liberale Demokratie mit dem Ja zu Europa und zur Atlantischen Gemeinschaft argumentativ nachvollziehbar verknüpft zu haben. Die deutsch-französische Zusammenarbeit war von Adenauer bis Kohl im europäischen Einigungsprozeß von entscheidender Bedeutung.

Jean-Dominique Durand: Christliche Demokratie und europäische Integration (S. 155-182)

Die Europäische Gemeinschaft ist in Konzeption und Ausrichtung in mancherlei Hinsicht durch das Gedankengut der Christlichen Demokratie geprägt. Es waren vor allem die 50er Jahre, in welchen die christlich-demokratischen Parteien, nicht ohne Debatten und Schwanken, ihre Konzeption entwickelten und ihren Einfluß geltend machten.

Reinhard Schreiner: Die Europapolitik der CDU im Hinblick auf Frankreich und den Mouvement Républicain Populaire (MRP) 1945-1966 (S. 183-196)

Zwischen der CDU und ihrer französischen Schwesterpartei MRP gab es nur wenig Kontakte, obwohl beide Parteien mit Konrad Adenauer und Robert Schuman an der Spitze ihre Außenpolitik schwerpunktmäßig auf die deutsch-französische Verständigung und die europäische Einigung ausrichteten. Den Volksrepublikanern fiel die Zusammenarbeit mit christlich-demokratischen Parteien anderer Länder schwer, weil sie in Frankreich auf Zusammenarbeit mit traditionell antiklerikalen Parteien angewiesen waren. Nach der Regierungsübernahme durch de Gaulle 1958 und

der Auflösung des MRP fand die CDU in der gaullistischen UNR einen neuen Ansprechpartner.

Christiane Liermann: Philosophie aus dem Geist des Christentums. Religion und Politik bei Antonio Rosmini, 1797-1855 (S. 197-213)

Welche Rolle spielt das Christentum in der Gesellschaft, welche Bedeutung hat das moderne politische Bewußtsein für das Selbstverständnis des Christen und der Kirche? Diese Fragen behandelt der italienische Philosoph und Theologe Rosmini in seinem umfangreichen Werk. In kritischer Auseinandersetzung mit dem »politischen Katholizismus« und der zeitgenössischen Fortschrittsreligion entfaltet er sein Konzept einer »bürgerlichen Gesellschaft«. In ihr wirkt die Kirche als »religiöse Gesellschaft« der Christen nicht mehr mittels weltlicher Macht, sondern durch geistig-moralische Autorität.

Günter Buchstab: Parteiarchive in Europa I: Grundsätzliche Überlegungen (S. 215-221)

Parteien und Parlamente sind unverzichtbare Institutionen der Demokratie. Vieles, was im exekutiven und legislativen Raum von Politikern und Parlamentariern erörtert wird, hat seinen Ursprung in der Aktivität und Initiative der Parteien. Der Beitrag erläutert, was dies für die historische Forschung und das Archivwesen bedeutet.

Udo Wengst: Die CDU aus der Nähe betrachtet. Der Beitrag des Archivs für Christlich-Demokratische Politik zur Geschichtsschreibung über die Union (S. 223-240)

Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik trägt nicht nur mit der Sammlung und Erschließung von Archivalien, sondern auch mit der Erstellung, Betreuung und Herausgabe von Quelleneditionen und Darstellungen zur Forschung bei. Der Beitrag unterzieht die Leistungen des Archivs und aus dem Archiv hervorgegangene Veröffentlichungen einer kritischen Würdigung.

Reinhard Schreiner: Organisationen und Zusammenschlüsse christlich-demokratischer Parteien seit 1945: eine Übersicht (S. 241-252)

Die organisatorische Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit der Christlichen Demokraten seit 1945 vollzog sich auf mehreren Ebenen. Mit der Zeit ist so ein kaum mehr überschaubares Geflecht der verschiedensten Organisationen entstanden, für das hier ein Wegweiser an die Hand gegeben wird.

Die Mitarbeiter dieses Bandes

Dr. Manfred Agethen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin bei Bonn

Prof. Dr. Winfried Becker, Philosophische Fakultät der Universität Passau, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Innstraße 25, 94032 Passau

Dr. Günter Buchstab, Konrad-Adenauer-Stiftung, Leiter des Arbeitsbereiches Wissenschaftliche Dienste, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin bei Bonn

Prof. Dr. Jean-Dominique Durand, Université Jean Moulin Lyon III, Faculté des Lettres et Civilisations, 74 rue Pasteur, F 69239 Lyon Cedex 02

Prof. Dr. Christian Hacke, Universität der Bundeswehr Hamburg, Fachbereich Wirtschafts- und Organisationswissenschaften, Institut für Internationale Politik, Holstenhofweg 85, 22039 Hamburg

Prof. Dr. Günther Heydemann, Universität Leipzig, Fachbereich Geschichte, Augustusplatz 9-11, 04109 Leipzig

Dr. Manfred Kittel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München

Dr. Christiane Liermann, Konrad-Adenauer-Stiftung, Referentin in der Hauptabteilung Bildung-Hochschulen-Begabtenförderung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin bei Bonn

Prof. Dr. Rudolf Morsey, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Lehrstuhl für Neuere Geschichte, insbesondere Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, Freiherr-vom-Stein-Straße 2, 67324 Speyer

Dr. Michael Richter, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismus-Forschung, Mommsenstraße 13, 01062 Dresden

Dr. Martin Reißmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Peter-Hensen-Straße 1, 53175 Bonn

Dr. Reinhard Schreiner, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin bei Bonn

Dr. Udo Wengst, Stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München

Günther Heydemann/
Lothar Kettenacker (Hg.)
Kirchen in der Diktatur
Drittes Reich und SED-Staat

Fünfzehn Beiträge. 1993.
Ca. 360 Seiten, Paperback DM 39,- / öS 304,- / SFr 40,30
ISBN 3-525-01351-5

Mit dem nationalsozialistischen und ebenso mit dem marxistisch-leninistischen Staat mußten die christlichen Kirchen zwangsläufig in Konflikt geraten. Wie ist es ihnen in den beiden totalitären Herrschaftssystemen ergangen? Und wie haben sie sich gegenüber den beiden Diktaturen verhalten? Diese Fragen umschließen viele weitere. Etwa: Wie war die Grundeinstellung zu den Kirchen im Dritten Reich und im SED-Staat? Und wie umgekehrt die Haltung der Kirchen zur Staatsmacht? Wie sind sie jeweils mit den Herrschaftsideologien umgegangen?

In dem Band geht es um die Kirchen, zugleich aber um die letzten Jahrzehnte der deutschen Geschichte. Die Kirchen sind auch Bezugspunkt für die vergleichende Betrachtung beider Staaten. Die Autoren sind Historiker und Theologen aus beiden Teilen Deutschlands und den USA. Die Beiträge haben - nach einer einleitenden Studie über Totalitarismus und Religion - drei thematische Schwerpunkte: Staat und Kirche, Ideologie und Theologie, Kirche und Gesellschaft.

V&R

Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen

Herbert Schambeck
Helmut Widder · Marcus Bergmann

Herausgeber

Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika

XXVII, 729 S. 1993, (3-428-07584-6)

Geb. DM 98,- / öS 765,- / sFr 98,-

Das Kolumbus-Jahr 1992 ist nicht alleine ein historisches Datum, sondern markiert auch einen Aufbruch der Vereinigten Staaten von Amerika in eine neue Zukunft. Die lange demokratische Geschichte der USA im historischen Spannungsfeld zwischen Individuum, Staat und Religion, als „System der ‚checks and balances‘ im Bereich der Ideale“, wird in dieser Sammlung mit zum Teil erstmals in deutscher Sprache veröffentlichten Zeugnissen dokumentiert.

„Die Geschichte ist Erklärung der Gegenwart und Wegweiser für die Zukunft“ — diesem Gedanken trägt die besondere Auswahl der Herausgeber Rechnung. Sie versammeln in diesem Werk neben „klassischen“ Dokumenten auch seltenere Schriftstücke, die gleichwohl Marksteine der amerikanischen (Verfassungs-) Geschichte darstellen.

Die Anthologie vereint, jeweils mit einleitenden Worten versehen, 150 Dokumente, u. a. den „Frühesten Protest gegen die Sklaverei von 1866“ und die bedeutsame Ansprache „I have a dream“ von Martin Luther King; sie dokumentiert die „Grundrechtserklärung von Virginia 1776“ ebenso wie die Inauguration von John F. Kennedy. Die Darstellung von 500 Jahren amerikanischer Geschichte anhand ausgesuchter Schriftstücke beginnt folgerichtig mit den „Kolumbus-Privilegien“ vom 30. April 1492 und endet mit Bill Clintons Inaugurationsrede vom 20. Januar 1993.

Duncker & Humblot GmbH · Berlin

Postfach 110329 · D-10115 Berlin · Telefon (030) 77 00 0 31

PORTRAITS DES WIDERSTANDS



UVK

*Der Fachverlag
für Wissenschaft
und Studium*

Geschichte

Hochverrat?

Die "Weiße Rose" – das waren nicht nur Hans und Sophie Scholl. Mit und neben den berühmten Protagonisten des studentischen Widerstands arbeiteten Freunde, Bekannte und Gleichgesinnte gegen die nationalsozialistische Unmenschlichkeit. Von den Geschwistern Scholl und von ihren vergessenen Freunden berichten in diesem Buch Historiker und Zeitzeugen auf der Grundlage bislang unbekannter oder ungenutzter Quellen.

"Portraits des Widerstands" ist eine Schriftenreihe der Karlsruher Forschungsstelle "Widerstand", herausgegeben von Professor Dr. Rudolf Lill. Sie berichtet über die Geschichte des deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus im Spiegel aktueller historischer Forschung und Zeitzeugenberichte. Portraits des Widerstands – Zeitgeschichte für jeden historisch interessierten Leser.

Die "Weiße Rose"
und ihr Umfeld



**PORTRAITS DES
WIDERSTANDS**

Forschungsstelle Widerstand
UNIVERSITÄT KARLSRUHE

UVK
Geschichte

R. Lill (Hg.)
Hochverrat?
Die "Weiße Rose" und ihr Umfeld
224 S., kt., 21 Abb.
DM 24,80
ISBN 3-87940-456-9
(Portraits des Widerstands, Bd. 1)

UVK
Universitätsverlag Konstanz
Postfach 102051
D-78420 Konstanz
Tel. 07531/23058

DDR - Juni '53

Die erste Volkserhebung im Stalinismus

Von Manfred Hagen

1992. 248 Seiten. Kart. DM 38,-

Im Rückblick auf die Wellen von Massenprotesten, die die kommunistischen Diktaturen Europas zum Einsturz brachten, steigt die Bedeutung jener ersten Erhebung, die bisher auf den „17. Juni“ eingeeignet wurde. Zudem ermöglichte das Ende der DDR sowohl Zugang zu internen Papieren und Akten als auch die Befragung einer großen Zahl von Zeitzeugen. Gründliche Untersuchung zeigt, daß die Bewegungen des Sommers 1953 mehrere Wochen umfaßten, die Parteiführung in eine langanhaltende Krise stürzten und daß Trägergruppen wie Teilnehmermasse eine breite soziale Grundlage hatten. Die dann folgende Verhärtung und innere Überrüstung prägte die Geschichte der DDR dauerhaft. Die Vielfalt des Geschehens wird hier weder rein chronologisch noch ortsweise, sondern nach charakteristischen Phänomenen dargestellt.

Pressestimme:

„In Aufmachung und Gestaltung ist das Buch von Manfred Hagen vorbildhaft. Fotos, Faksimiles, Kartenskizzen untermauern den Text, der der besseren Lesbarkeit halber auf Fußnoten verzichtet. Eine Auswahlbibliographie sowie ein Orts- und Personenregister machen es zu einem Nachschlagewerk, zu dem Historiker, Journalisten, geschichtlich Interessierte immer wieder greifen werden, wenn es um die Geschichte des 17. Juni 1953 geht.“ FAZ

Der Umbruch in Osteuropa

Herausgegeben von Jürgen Elvert und Michael Salewski

1993. 203 Seiten (Historische Mitteilungen, Beiheft 4). Kart. DM 74,-

Im November 1991 veranstaltete die Ranke-Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien in Leipzig, ein internationales Symposium, das den Veränderungen in den Staaten jenseits des „ehemaligen Eisernen Vorhangs“ gewidmet war. Referenten aus dem In- und Ausland trugen ihre Erkenntnisse über Ursachen und Folgen jener Aufstände, Umstürze und Revolutionen der jüngsten Vergangenheit in den ostmittel- und osteuropäischen Ländern vor.

Aus dem Inhalt: H. Lemberg: Osteuropa, Mitteleuropa, Europa. Formen und Probleme der „Rückkehr nach Europa“ — H. Brahm: Voraussetzungen und Verlauf der Reformpolitik Gorbatschows — G. Wettig: Die sowjetische Rolle beim Umsturz in der DDR und bei der Einleitung des deutschen Einigungsprozesses — K. Blaschke: Formen des Widerstandes in der DDR — P. Hübner: Die Vereinigung: Hoffnungen, Erwartungen und Illusionen in der DDR — W. Selfert: Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf Osteuropa — Z. Stádek: Der tschechische Realsozialismus. Seine Destabilisierung und sein Zusammenbruch — L. J. Kiss: Warum scheiterte der „Gulaschkommunismus“? Eine Anatomie des Kádárismus — A. U. Gabanyi: Rumänien. Anatomie einer Dauerkrise — A. Ignatow: Widerstände und Chancen für die Demokratisierung in Bulgarien — M. Garfeff: Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit: Die baltischen Staaten — M. Salewski: Von der Zukunft des Vergangenen



Franz Steiner Verlag Stuttgart

Postfach 10 10 61 — D-70009 Stuttgart

Preisänderungen vorbehalten

Günter Kahle

LATEINAMERIKA

in der Politik der europäischen Mächte 1492-1810

1993. VIII, 102 S. DM 19,80 ISBN 3-412-04093-2

Eine politische Geschichte dieses Raumes für die Zeit vom Ausgang des 15. Jahrhunderts bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts ist in ihrer Gesamtheit nie geschrieben worden, was zum Teil daran liegen mag, daß sie kaum oder gar nicht von der europäischen Geschichte getrennt gesehen und deshalb auch nur im Zusammenhang mit ihr verstanden werden kann. Lateinamerikanische Kolonialgeschichte ist weitgehend identisch mit Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die über demographische und ökonomische Fragen hinaus auch Probleme der staatlichen Organisation, der Kirche und Missionen sowie der damit verbundenen kulturellen Belange wie Bildungswesen, Baukunst usw. berührt.

Die Literaturangaben bieten eine - notwendigerweise sehr knappe - Auswahl aus dem reichhaltigen Schrifttum, in welchen die politischen Ereignisse jener Jahrhunderte partiell behandelt und unter bestimmten, meist eng begrenzten speziellen Aspekten gesehen werden kann.

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Theodor-Heuss-Str. 76, 51149 Köln

Leonid Luks

KATHOLIZISMUS UND POLITISCHE MACHT im kommunistischen Polen 1945 bis 1989

Die Anatomie einer Befreiung

1993. VI, 210 S. Br. ISBN 3-412-11592-4

„Das Thema des Werks ist von zentraler Bedeutung für die Zeitgeschichte Osteuropas und von großer Aktualität. Es geht um den Sonderfall Polen, dessen Entwicklung innerhalb des Ostblocks von Anfang an von den übrigen Ländern abwich und das als wichtigster Vorreiter der Emanzipation vom Sowjetkommunismus gelten kann. Dafür waren – so die zentrale These – in hohem Maße die katholische Kirche und der polnische Katholizismus überhaupt verantwortlich, die einerseits Widerstand gegen den kommunistischen Staat leisteten, andererseits immer wieder mit ihm kooperierten.“
(Andreas Kappeler)

Peter Fäßler/ Thomas Held/ Dirk Sawitzky (Hg.)

LEMBERG - LWÓW - LVIV

Eine Stadt im Schnittpunkt
europäischer Kulturen

1993. 208 S. Br. ISBN 3-412-04292-7

Mit dem Umbruch in Osteuropa werden historische Traditionen wieder in Erinnerung gerufen, die lange Jahrzehnte verschüttet waren. Das heute westukrainische Lemberg verkörpert wie kaum eine andere Stadt die historisch-kulturelle Vielfalt in dieser osteuropäischen Region.

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Theodor-Heuss-Str. 76, 51149 Köln

BÖHLAU

Götz Bergander

DRESDEN IM LUFTKRIEG

Vorgeschichte - Zerstörung - Folgen

2., aktualisierte und erweiterte Auflage 1994.
428 S. 100 s/w-Abb. Gb. ISBN 3-412-10193-1

Die Zerstörung Dresdens gilt als Höhepunkt des strategischen Bombenkrieges konventioneller Art in Europa. Der Autor beschreibt nicht nur diese „Jahrhundertkatastrophe“, sondern Dresdens Bedeutung im Luftkrieg insgesamt. Zahlreiche Dokumente, Fotos und Karten ergänzen den Text.

Alexander Demandt

DER IDEALSTAAT

**Die politischen
Theorien der Antike**

2. unveränderte Auflage 1994, X, 477 S.
Leinen mit farb. Schutzumschlag,
ISBN 3-412-14393-6

Seit Homer und Hesiod sind die Grundfragen menschlichen Zusammenlebens in der abendländischen Geistesgeschichte Gegenstand der Reflexion und der Kritik. Die tradierten Formen staatlicher Gemeinschaft wurden immer wieder in Frage gestellt und haben sich in Wechselwirkung mit ihren Kommentatoren ebenso häufig verändert. Das vorliegende, als Einführung in die politischen Theorien der Antike gedachte Buch ist aus der Sicht des Historikers geschrieben, der vor allem den Bezug zur politischen Wirklichkeit zeigt und zugleich auf das Nachleben dieser Theorien hinweist, ohne die wir auch unsere gegenwärtigen politischen Prinzipien nicht begreifen können.

BÖHLAU VERLAG WEIMAR KÖLN WIEN

Theodor-Heuss-Str. 75, D - 51149 Köln

BÖHLAU

**Klaus Fußmann, Heinrich Theodor Grütter,
Jörn Rüsen (Hrsg.)**

HISTORISCHE FASZINATION

Geschichtskultur heute

1994. VII, 285 S. 35 Abb. Br. ISBN 3-412-06491-2

Die Bedeutung von Geschichte im kulturellen Leben hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Gründung zahlreicher Museen, bedeutende kulturhistorische Ausstellungen und die Präsenz historischer Themen in den Medien zeugen ebenso davon wie die historisch-politischen Debatten, sei es der Historikerstreit oder die Diskussion um die Verarbeitung der jüngeren gesamtdeutschen Vergangenheit. Der vorliegende Sammelband versucht, sich zum einen dem Phänomen der historischen Faszination theoretisch zu nähern. Darüber hinaus versammelt er Beiträge von führenden Vertretern verschiedener Bereiche der öffentlichen Geschichtskultur wie Museum, Fernsehen, Rundfunk, Verlagswesen und Publizistik. Sie geben Auskunft über bedeutende historische Projekte der jüngsten Zeit und reflektieren gleichzeitig die unterschiedlichen Bedingungsfaktoren und ästhetischen Wahrnehmungsformen von Geschichte in der Öffentlichkeit.

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Theodor-Heuss-Str. 76, D - 51149 Köln

BÖHLAU

Ludwig Watzal

FRIEDEN OHNE GERECHTIGKEIT?

Israel und die Menschenrechte der Palästinenser

1994. XIV, 388 Seiten. Gebunden mit Schutzumschlag. ISBN 3-412-02694-8

Mit der Unterzeichnung des Autonomieabkommens für den Gazastreifen und die Stadt Jericho am 4. Mai 1994 durch Israel und die PLO gibt es erstmals seit 45 Jahren wieder einen Hoffnungsschimmer auf Frieden im Nahen Osten. Wie zerbrechlich diese Friedensbemühungen jedoch noch sind, haben nicht zuletzt das Massaker eines jüdischen Extremisten in der Ibrahim-Moschee von Hebron im März dieses Jahres und die darauf folgenden blutigen Anschläge der Palästinenser gezeigt.

Die Lage der Menschenrechte in Israel und in den besetzten bzw. teilautonomen Gebieten ist nach wie vor prekär. Folterungen und Tötungen sowie Diskriminierungen im politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen, sozialen oder medizinischen Bereich sind nicht einfach von der Tagesordnung verschwunden.

Der Autor bietet einen umfassenden Überblick über die aktuelle und zeitgeschichtliche Situation und stützt sich dabei neben eigenen Recherchen auf die Zeugnisse israelischer, palästinensischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen. Er macht deutlich, daß noch viel beiderseitiges Entgegenkommen notwendig ist und es einen dauerhaften Frieden erst geben wird, wenn Israel dem palästinensischen Volk Gerechtigkeit widerfahren läßt und seine Menschenrechte achtet.

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN
Theodor-Heuss-Str. 76, D - 51149 Köln

BÖHLAU



MAJESTAS

Herausgegeben von Heinz Duchhardt,
Richard A. Jackson und David J. Sturdy.

1. Jahrgang 1993. 192 S. Br.

Erscheinungsweise: jährlich. DM/sFr 58,-/öS 453,-
für Mitglieder der "Majestas" DM/sFr 36,-/öS 281,-

Bis ins 20. Jahrhundert hinein war Europa ein wesentlich von der Monarchie, von der Institution des Königtums geprägter Kontinent, das Gesellschaften formte, das spezifische Staatsapparate und Ideologien benötigte und schuf, das sich selbst stilisierte. Die neue Zeitschrift will den vielen mit „Königtum“ im weitesten Sinn befaßten historischen Wissenschaften - Geschichte, Rechts- und Verfassungsgeschichte, Kirchen- und Liturgiegeschichte, Kunst-, Musik- und Literaturgeschichte - , aber auch Disziplinen wie der Soziologie oder der Anthropologie ein Forum zum interdisziplinären Gespräch geben, das auch außereuropäische Kulturen einschließen soll. Neben Aufsätzen in englischer, französischer und deutscher Sprache, Forschungsberichten und Quellenveröffentlichungen enthält die in Jahresbänden erscheinende Zeitschrift auch einen Rezensionsteil.

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN
Theodor-Heuss-Str. 76, D - 51149 Köln

BÖHLAU



HISTORISCHE ANTHROPOLOGIE

Kultur - Gesellschaft - Alltag

Herausgegeben von: Richard van Dülmen, Egon Flaig, Utz Jeggle, Ludolf Kuchenbuch, Rolf Lindner, Alf Lüdtke, Ute Luig, Hans Medick, Michael Mitterauer, Jan Peters, Edith Saurer, Martin Schaffner, Norbert Schindler, Heide Wunder.

Erscheinungsweise: dreimal jährlich.
Einzelheft DM 34,80 Jahrgang DM 78,-
(für Studierende DM 68,-)

Die Vielfalt und Widersprüchlichkeit historischer Praxis, in der die Menschen sich Welt aneignen, steht im Blickpunkt der neuen Zeitschrift *Historische Anthropologie*. Befindlichkeiten und Einstellungen, Deutungen und Imaginationen, Verhaltens- und Handlungsweisen sollen in ihren historisch-sozialen Bezügen untersucht und dargestellt werden. Es geht darum, in den gesellschaftlich-kulturellen Verhältnissen und alltäglichen Lebenswelten der Vergangenheit die Gleichzeitigkeiten von "Fremdem" und "Eigenem", von "langer Dauer" und rapidem Wandel zu erschließen.

Historische Anthropologie bildet ein Forum für die wissenschaftliche Diskussion aktueller Themen und neuer Zugangsweisen zur Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Die Zeitschrift hat ihren Schwerpunkt auf dem mitteleuropäischen Raum, gleichzeitig soll sie den historischen Blick auf außereuropäische Kulturen öffnen. *Historische Anthropologie* legt Wert auf interdisziplinäre Zusammenarbeit und bringt Wissenschaft "ins Gespräch": sie bietet Materialien und Diskussionsstoff für eine an historisch-kultureller Selbstverständlichkeit interessierte Gegenwart.

Bitte fordern Sie unseren Prospekt an!

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN
Theodor-Heuss-Str. 76, 51149 Köln

